

Geschichte unserer Zeit

Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra

Band 6

5. Teil:

Der Kampf um die nationale Macht, ab 1929

2. Buch:

Der Kampf um die nationale Macht, Frühjahr 1931 bis Sommer 1932

Nationale Verlags-Gesellschaft m. b. H., Leipzig © 1932-1935.

Dieses Digitalisat © 2020 by The Scriptorium und ins Netz gestellt am 11. November 2020, dem 102. Jahrestag der Waffenstillstandserklärung, die den Ersten Weltkrieg beendete und den wohl unheilvollsten Frieden der Neuzeit einleitete. - Alle Illustrationen stammen aus dem Original.

Eingriffe durch Scriptorium:

der besseren Lesbarkeit halber wurden stellenweise ausgeschriebene Zahlenworte in Ziffern abgeändert (z.B. hundertfünfzigtausend → 150 000) und bei solchen Textstellen Betonung (Fettdruck) hinzugefügt, wo es aus heutiger rückblickender Perspektive angebracht schien.

Die Textgliederung wurde leicht vereinfacht und geringfügige Druck- bzw. Satzfehler wurden korrigiert.

Druckversion 2021 gesetzt vom Hilfsbibliothekar, alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



Scriptorium dankt Herrn M. P. S.

für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!



Inhalt des Sechsten Bandes:

5. Teil, 2. Buch: Der Kampf um die Macht. Frühjahr 1931 bis Sommer 1932

7. Kapitel: Kampf der demokratischen Diktatur gegen die nationale Opposition.

Wählereien der Kommunisten. Krisis der Wirtschaft und der Reparationen

Brünings politische Notverordnung März 1931. - Weitere Entwicklung der Nationalsozialisten. - Preußenregierung gegen Stahlhelmvolksbegehren. - Kommunistische Bemühungen. - Deutschlands Wirtschaftsnot. - Gutachten über Arbeitslosigkeit. - Sanierungspläne Brünings. - Sozialdemokratischer Parteitag. - Zweite Notverordnung vom 5. Juni 1931. - Tribute. - Chequers. - Parteien gegen Notverordnung. - Drohender Finanzzusammenbruch. - Hindenburg an Hoover. - Hoovers Tributmoratorium. - Auslandssturm auf Reichsbank. - Bankkatastrophe. - Konferenzen in Paris und London. - Zustand der deutschen Wirtschaft. - Kommunisten. - Nationale Opposition. - Stahlhelmvolksentscheid. - Sozialdemokratische Verfassungsverletzungen. - Kommunistische Gefahr. - Regierungsmaßnahmen. - Layton-Bericht. - Sparsamkeit oberstes Gesetz. - Dritte Notverordnung. - Niederlage in Genf.

8. Kapitel: Von der Harzburger Front zur Eisernen Front. Brünings weitere Tätigkeit

Schlüsselstellung des Zentrums. - Katholische Aktion. - Zentrum und Nationalsozialismus. - Bürgerliche Mitte und Sozialdemokratie. - Pläne um Preußen. - Zwiespalt in der Sozialdemokratie. - Sozialistische Arbeiterpartei. - Nationale Front. - Regierungsneubildung. - Harzburger Kundgebung. - Reichstagsversammlung. - SA in Braunschweig. - Bedeutung des Nationalsozialismus. - Reichsregierung und Nationalsozialismus. - Landtagswahl in Hessen. - Hitler und das Ausland. - Preußenregierung gegen Nationalsozialismus. - Hitlerriecherei. - Boxheimer Dokumente. - Severings Gewaltregiment. - Severings Begünstigung der Kommunisten. - Unwille der Marxisten über Reichsregierung. - Selbsthilfe des Reichsbanners. - Gründung der "Eisernen Front". - "Eiserne Front", ihre Drohungen. - Tribute und Schulden. - Laval in New York. - Sonderausschuß der Basler Bank. - Vergebliche Bemühungen um Tributkonferenz. - Stillhalteverhandlungen. - Wirtschaftskatastrophen. - Wirtschaftsbeirat. - Vierte Notverordnung. - Preiskommissar mit diktatorischen Vollmachten. - Bankensanierung und ihre Kritik.

9. Kapitel: Abrüstungsstreit. Wahlkämpfe in Deutschland

Abrüstungsansichten und Gegensätze im Völkerbund. - Deutschlands Abrüstungsforderungen. - Skandale in Frankreich. - Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung. - Beginn der Weltabrüstungskonferenz in Genf. - Erster Vorstoß Frankreichs. - Reden Englands, Amerikas, Deutschlands, Japans, Italiens, Polens, Rußlands, Österreichs. - Deutsche Vorschläge. - Ausschüsse und Vertagung. - Französische Intrigen an der Donau und ihr Scheitern. - Vorgänge im Memelland. - Polnische Absichten. - Reichspräsident Hindenburg. - Hindenburg und Brüning. - Kampf um Hindenburg. - Brünings Versuche zur Wiederwahl Hindenburgs. - Kandidatenfragen. - Wahlkampf. - Erster Wahlgang. - Severings Vorgehen gegen die S.A. - Severings Niederlage. - Zweiter Wahlgang. - Streit um die preußische Geschäftsordnung und ihre Änderung. - Landtagswahlvorbereitung. - Groeners Verbot der S.A. - Urteile und Unwille darüber. - Forderung eines Reichsbannnervverbotes. - Länderwahlen und ihre Ergebnisse. - Zerrüttung des Parlamentarismus.

10. Kapitel: Der Sturz der demokratischen Diktatur

Weltnot der Arbeitslosigkeit. - Freiwilliger Arbeitsdienst. - Krisenkongreß der Gewerkschaften. - Lutherplan. - Schwierigkeiten Stegerwalds. - Schwierigkeiten Groeners. - Stürmischer Reichstag. - Rücktritt des Reichswehrministers. - Hindenburg in Neudeck. - Preußens Zustand. - Pläne der Preußenregierung. - Stellung der Parteien. - Kommunistische Gewalttat im Landtag. - Brünings Finanzpläne. - Hindenburgs Zweifel. - Rücktritt der Brüningregierung. - Brüning und sein Werk.

11. Kapitel: Direktorialregierung der nationalen Konzentration

Kabinetts von Papen. - Papen und die Parteien. - Papen und das Zentrum. - Regierungserklärung. - Brünings Rechtfertigung. - Finanznotverordnung. - Neuer politischer Kurs. - Süddeutsche Gegenströmungen. - Politische Notverordnung. - Spannungen in Preußen. - Brauns Ausscheiden. - Preußische Notverordnung. - Länder gegen Reich. - Einigungsbestrebungen der bürgerlichen Mitte. - Sozialdemokratie und Gewerkschaften. - Zentrum gegen Reichsregierung. - Taktik der Kommunisten. - Kommunistische Unruhen. - Roter Freischärlerkrieg. - Bürgerkrieg. - Reichsexekution gegen Preußen. - Reichstagswahl und Thüringer Landtagswahl. - Neue Aufgaben. - Stellung, Ziele und Pläne der Nationalsozialisten.

12. Kapitel: Genf und Lausanne: Abrüstung und Tribute

Streit um Abrüstung. - Frankreichs Widerstand. - Ausweichen Tardieus. - Öffentliche Meinung über Genf. - Französische Verbissenheit. - Ergebnislosigkeit der Ausschüsse. - Französisch-englische Pläne. - Hoovers Vorschlag. - Stellung der anderen Mächte dazu. - Englischer Vorschlag. - Streit um die Entschließung. - Vertagung der Konferenz. - Englischer Konsultativpakt. - Streit um die Tribute. - Konferenz von Lausanne. - Reden Macdonalds, Papens, Herriots. - Verlängerung des Moratoriums. - Papens Vorschläge. - Französische Weigerung. - Papens politische Forderung. - Französische Ablehnung. - Gentlemen-Agreement. - Englisch-französischer Vorschlag. - Schwierige Verhandlungen. - Schließliche Einigung. - Schlußsitzung. - Pakt von Lausanne. - Bedeutung der Konferenz.

13. Kapitel: Kulturkampf in der Deutschen Republik

Entwicklung der materialistischen Kultur. - Suchen nach neuen Formen. - Ansturm gegen Christentum und Kirche. - Vorsturm der Gottlosen. - Neuer Versuch eines Reichsschulgesetzes. - Neue Gottlosenaktion. - Kommunistischer Jugendtag in Leipzig. - Freidenker und Gottlose. - Stellung der Sozialdemokratie. - Bewegung der Kinderfreunde. - Die Freidenkerbewegung. - Maßnahmen der Reichsregierung. - Notverordnung gegen Gottlose. - Gegensätze im christlichen Kulturkreis: katholische und evangelische Kirche, Stahlhelm und Nationalsozialisten. - Konkordat in Preußen. - Streit um Konkordat. - Staatsvertrag zwischen evangelischer Kirche und Preußen. - Streit zwischen evangelischer Kirche und Volksbildungsministerium wegen Einsichtnahme in Religionsunterricht. - Sturz Grimmes und seine Folgen. - Wendung der Kulturpolitik. - Richtlinien Gayls.

Schluß



7. Kapitel: Kampf der demokratischen Diktatur gegen die nationale Opposition. Wühlereien der Kommunisten. Krisis der Wirtschaft und der Reparationen.

Das Sommerhalbjahr, das zwischen der Frühjahrs- und Herbsttagung des Reichstags 1931 lag, stand innenpolitisch im Zeichen gewaltiger Spannungen, hervorgerufen durch zwei Energien: **Die nationale Opposition und die Wirtschaftskrisis.**

Die Diktatur Brünings stand auf sehr schmaler Basis. Sie befand sich nicht nur im schroffen Gegensatz zu der immer mehr erstarkenden nationalen Opposition und zu den Kommunisten, sondern auch zu den Sozialdemokraten. Allerdings: **Die Kommunisten waren keine gefährlichen Gegner.** Ihre ganze Wühlarbeit war chaotisch, entbehrte der künstlerischen Systematik, deren auch die Träger politischer Ideen nicht entraten können, und es war bei einiger Wachsamkeit den staatlichen Organen verhältnismäßig leicht, alle kommunistischen Pläne zu vereiteln. **Auch die Sozialdemokratie war ungefährlich.** Sie wand sich in inneren Krämpfen und lag im Banne einer tiefen, ohnmächtigen Schwäche, so daß sie aus einer inneren Not heraus sich gegen Brüning nicht über eine unfruchtbare Kritik hinaus vorwagen durfte. Der Kanzler selbst spürte das Bedürfnis, die Fäden zur Sozialdemokratie nicht ganz abreißen zu lassen, da er diese Partei für eine parlamentarische Mehrheit nötig hatte und als ehemaliger Gewerkschaftler christlicher Färbung im Grunde ihr näher stand als dem nationalen Flügel. **Der gefährlichere Feind der demokratischen Diktatur war die nationale Opposition, getragen von den Nationalsozialisten und Deutschnationalen,** und gerade jetzt sich zu einem mächtigen Stoße gegen das herrschende System anschickend, zum Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtages.

Neben diesem großen politischen Ringen lastete die steigende Wirtschaftsnot auf der Regierung und dem Volke des Reiches. Diese Not war gewiß eine Auswirkung der großen Weltnot, die sich auch über die andern großen Staaten auszubreiten begann. Aber Deutschland wurde in ganz besonderem Maße von dem Zerfall des alten Wirtschaftssystems heimgesucht, weil es nicht bloß seit einem Jahrzehnt durch eine innere sozialistische Mißwirtschaft zerrüttet und verwüstet worden war, sondern auch durch den grausamen Aderlaß der Tribute aufs ärgste geschwächt worden war. **Aber ebenso machtlos wie dem Andringen der nationalen Opposition stand die demokratische Diktatur dem Andringen der Wirtschaftskrise gegenüber.** Brüning versuchte, die Not durch Notverordnungen zu bannen. Aber dieser Versuch mißlang vollkommen. Denn diese Notverordnungen waren kraftlos, geboren aus einem innerlich kraftlosen Geiste der Erwägungen und Zweifel, erfüllt von liberalistischen Bedenken, die sich noch ganz im Rahmen des *laissez faire, laissez aller* des sterbenden Wirtschaftssystems bewegten. **Mangel an Mut und innerer Größe aber konnten die Not nicht wirksam bekämpfen, und weil das Volk dies fühlte, darum wandte es sich in immer mächtigeren Umfange ab von Brüning.**

**Brünings politische
Notverordnung März 1931**

Zunächst entbrannte der Kampf zwischen Brüning und der nationalen Opposition um die "**Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen**" von Ende März. Amtlich wurde die Notverordnung damit begründet, daß sie aufgebaut sei auf dem Gedanken, daß Beschimpfungen oder böswillige Verächtlichmachung des Staates und seiner Einrichtungen sowie der kirchlichen Gemeinschaften verhindert werden müßten. Der Stahlhelm dagegen behauptete, die Notverordnung habe den Zweck, seinem Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtages Abbruch zu tun, und forderte ihre Aufhebung. Hugenberg erklärte, die Notverordnung sei ein von Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam unternommener Versuch, die Gewerkschaftsdiktatur dieser beiden Parteien zu stabilisieren und die nationale Opposition zu schwächen. Dem widersprach die Reichsregierung. Man wolle nur die zunehmende Verhetzung deutscher Volksgenossen durch rechts- und linksradikale Elemente verhindern, die den Nährboden bilde für die zahlreichen politischen Morde und Ausschreitungen, die das deutsche Volk in den letzten Monaten zu beklagen habe.

In Wirklichkeit aber war es doch anders. **Da Brüning mit der parlamentarischen Opposition nicht mehr fertig wurde, suchte er sie auf außerparlamentarischem Wege auszuschalten.** Man wollte mit der Notverordnung den Regierungsparteien in Reich und Ländern das Mittel geben, auf

jede Weise die nationale Opposition zu fesseln und zu hindern. Besonders glaubte Brüning, durch die Notverordnung einen Keil zu treiben in die gefährlich angewachsene Nationalsozialistische Partei. Brüning ging von der Voraussetzung aus, daß in der Hitlerpartei sich bis jetzt zwei Richtungen im latenten Gegensatz gegenüberstanden: eine legale und eine aktivistisch-revolutionäre. Die Notverordnung würde die legale Richtung fesseln und gerade dadurch die revolutionäre Richtung veranlassen, sich endgültig von der legalen Gruppe zu trennen. So würde die Partei zerschlagen werden. Auch Severing, der am Zustandekommen der Notverordnung eifrig mitgearbeitet hatte, hegte ähnliche Hoffnungen. Der preußische Innenminister wollte den Untergang der Nationalsozialisten sich ganz organisch vollziehen lassen. Er sah großmütig davon ab, die Schutzabteilungen (S.A.) zu verbieten, denn er glaubte, diese würden sich alsbald zu illegalen Taten hinreißen lassen, und dann könne die preußische Regierung nicht nur ganz anders gegen die Schutzabteilungen, sondern auch gegen die ganze Nationalsozialistische Partei vorgehen.

Aber es kam ganz anders, als Brüning und Severing gehofft hatten! Zwar forderten Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten sofortige Einberufung des Reichstages, damit die Notverordnung aufgehoben würde. Aber der Ältestenrat lehnte am 8. April den Antrag ab. **Hitler jedoch tat etwas Unerwartetes: er erklärte, die Notverordnung solle der letzte Schlag gegen die Nationalsozialisten sein, aber gerade darum fordere er, daß ihre Bestimmungen peinlichst befolgt würden, denn der Nationalsozialismus sei entschlossen, sein Ziel nur auf verfassungsmäßigem Wege zu erreichen. Rücksichtslos werde jeder aus der Partei ausgeschlossen, der bewußt gegen die Notverordnung verstoße oder solche Verstöße als Führer und Leiter dulde.**

Jetzt geschah allerdings etwas für Hitler Unerwartetes, was aber Severing erhofft und gewünscht hatte. So erfüllten sich wenigstens zum kleinen Teile Severings Hoffnungen. **Hauptmann Stennes, der oberste S.A.-Führer Ost, dem die Schutzabteilungen Ostelbiens unterstanden, war mit Hitlers Legalitätserklärung nicht einverstanden.** Er träumte immer noch von einem Marsch auf Berlin, wie Mussolini einst nach Rom marschiert war. Dieses Parteistadium aber hatte Hitler seit 1923 überwunden. Stennes griff scharf die "bürgerlich-liberalistischen Tendenzen" der ostelbischen Nationalsozialisten an. Die Partei sei verwässert und verweichlicht, besitze keine revolutionäre Schwungkraft mehr. Deshalb übernahm er jetzt die revolutionäre Führung der Schutzabteilungen. Stennes sagte sich los von Hitler.

**Weitere Entwicklung
der Nationalsozialisten**

Aber plötzlich stand Stennes allein! Der große Augenblick Brünings und Severings trat nicht ein. Goebbels, von Killinger und zahlreiche andere S.A.-Führer hielten Hitler die Treue. Auf einer großen Tagung in Weimar erteilte Hitler Goebbels den **Befehl, die Partei rücksichtslos von allen bolschewistischen Elementen zu säubern.** Bis zum 12. April hatten sämtliche S.A.-Führer ihre Loyalität ausdrücklich zu erklären, sonst erfolgte ihr Ausschluß. **Das staunende Deutschland erlebte ein Beispiel geradezu grandioser Disziplin.** Die Zeitungen nationaler Färbung schrieben: Die von Hitler entschlossen und vorbildlich durchgeführte Reinigung sei eins der wichtigsten und segensreichsten Ereignisse der deutschen Innenpolitik seit 1918, es sei ein gewaltiger Schritt vorwärts und könne eine große Entwicklung einleiten.

Bereits am 7. April war die Stennesirrigung zusammengebrochen. Hinter dem Rebellen und seinen Helfern Wetzell und Veltjens stand nur eine Handvoll Radikalgesinnter, etwa zwölf Stabsführer und die Stabswache. **Die Partei Hitlers hatte den schwärenden Krankheitsstoff ausgeschieden, wie ein starker, gesunder Körper Fremdstoffe von sich stößt.** Schon einmal, im Sommer 1930, hatte sich eine kleine revolutionäre Gruppe unter Führung von Otto Strasser, Major Buchrucker und Herbert Blank von der "bürgerlich-kapitalistischen" Hitlerpartei getrennt. Jetzt ging Stennes den gleichen Weg, als ein Besiegter. Ende Mai verschmolz sich die Stennesgruppe mit der Strassergruppe. Aber es blieb ein verschwindend kleines Häuflein Außenseiter.

Nichtsdestoweniger hoffte Brüning weiter auf den Zerfall der Nationalsozialisten. Er überschätzte die Bedeutung der "Schicksalsschläge", welche die Hitlerpartei zu gleicher Zeit in den letzten Tagen des März getroffen hatte: die Notverordnung, der Sturz Fricks in Thüringen, die Stennesirrigung. Die

Wirkung mußte sich ja bei den nächsten Wahlen zeigen! Und diese nächsten Wahlen fanden am 17. Mai im Lande Oldenburg statt.

Den **Oldenburger Landtagswahlen** kam insofern eine ganz außergewöhnliche Bedeutung zu. Über 200 der ersten Redner und Politiker aller Parteien des Reiches wirkten in Reden, Versammlungen usw. mit. Diese Wahlen sollten ein Prüfstein werden. Mit fiebriger Erregung wurde ihr Ergebnis im Reiche erwartet. Denn in Oldenburg sollte sich die künftige parteipolitische Entwicklung im Reiche abzeichnen! Das Ergebnis war für die Anhänger der demokratischen Diktatur niederschmetternd. Von insgesamt 262 520 abgegebenen Stimmen erhielten die Deutschnationalen 12 689 (Reichstag 1930: 14 203), die Kommunisten 18 935 (1930: 13 933), die Sozialdemokraten 54 878 (1930: 65 448) und die Nationalsozialisten 97 778 (1930: 76 216). **Die Nationalsozialisten gingen als weitaus stärkste Partei aus dem Wahlkampfe hervor, sie erhielten die vierfache Zahl der Mandate des letzten Landtages**, während die Sozialdemokraten ein Drittel verloren. Schwerer und drohender denn je hing die Wolke des Gerichtes über dem in Deutschland herrschenden System. -

Inzwischen regierte in Preußen Severing kräftig mit Hilfe der Notverordnung gegen Nationalsozialisten und Stahlhelm, die das Volksbegehren zur Auflösung des Landtages vorbereiteten. In den einzelnen Provinzen, in Schleswig-Holstein, Rheinprovinz, Westfalen, Hannover, Oberschlesien, Hessen-Nassau verboten die Oberpräsidenten das Tragen der braunen Uniform der Nationalsozialisten. Polizeipräsident Grzesinski tat dasselbe in Berlin. Ein deutschnationaler Werbefilm, der jahrelang unbeanstandet vorgeführt wurde, wurde jetzt plötzlich von den Behörden verboten. Das Bundesorgan des "Stahlhelm" wurde am 10. April von Grzesinski auf drei Monate verboten. Der Staatsgerichtshof, der vom Stahlhelm angerufen wurde, mußte das Verbot mildern, bis auf den 1. Mai beschränken. Die *Landvolk-Zeitung* in Itzehoe wurde vom schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten auf einen Monat verboten. Flugblätter, sogar Handzettel der christlich-sozialen Partei, wurden verboten. Desgleichen der *Illustrierte Beobachter*. Der nationalsozialistischen *Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung* wurde vom Oberpräsidenten Schleswig-Holsteins das Erscheinen untersagt. Kundgebungen wurden aufgelöst, so in Dortmund und Breslau. Der Nationalsozialist Feder wurde in Kassel wegen einer Rede Mitte April auf Grund des Republikschutzgesetzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Goebbels erhielt 15 Tage Gefängnis. Severing ließ die Lektüre und das Privatleben der Polizeibeamten beobachten, ob sie mit der nationalen Opposition sympathisierten. Aber den Beamten die Einzeichnung in die Listen des Volksbegehrens zu verbieten, wagte er nach dem Mißerfolg vom Oktober 1929 nicht wieder.

**Preußenregierung gegen
Stahlhelmvolsbegehren**

Severing und sein Parteigenosse, der preußische Ministerpräsident Braun, waren sich der ungeheuren Tragweite wohl bewußt, die ein Erfolg des Stahlhelmvolsbegehrens haben würde.

"Preußen war noch niemals preußischer als zu der Zeit, wo ich als alter Ostpreuße an der Spitze des Staates stehe", sagte Braun. "Die **Preußenwahlen** werden stattfinden, nicht, wenn Hitler und der Stahlhelm, sondern wenn die preußische Regierung es will! Das Volksbegehren ist nur das Vorpostengefecht. Die eigentliche Entscheidung aber fällt bei den Wahlen zum preußischen Landtag. Dafür müssen wir uns Pulver trocken halten. **Der Ausgang dieses Kampfes wird entscheidend sein für die politische Entwicklung nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich.**"

Und vor dieser Entscheidung bangte die Sozialdemokratie. Daher der verbissene, fanatische Haß, der zu manch unbesonnener Handlung verleitete, so daß hohe Reichsstellen regulierend eingreifen mußten. Ein Stahlhelmflugblatt, das einen Aufruf der Volksbeauftragten vom November 1918 wiedergab, war von der preußischen Regierung verboten worden, weil der Aufruf "eine ungewöhnlich plumpe Fälschung" darstelle. Das Verbot mußte nach Eingreifen des Kanzlers aufgehoben werden, weil der Wahrheitsbeweis für den Aufruf erbracht worden war. Ein sozialdemokratischer Landrat Hansmann in Schwelm hatte sich zu schweren Beleidigungen gegen die Frontkämpfer hinreißen lassen. Der Stahlhelm verlangte, gestützt auf mehr als 30 eidesstattliche Versicherungen über die Äußerungen, von der Preußischen Regierung Abberufung des Landrates.

Severing erklärte die Bezeichnungen für unwahr. Darauf verklagte die *Rheinisch-Westfälische Zeitung* den Landrat wegen Beleidigung und übler Nachrede. Hausmann schwor die ihm zur Last gelegten Äußerungen ab. Nichts geschah. Ende Juni 1931 endlich, nach zwei Monaten, wurde Hausmann abberufen und zur Disposition gestellt. Als dann aber bei der Staatsanwaltschaft Meineidsanzeige gegen Hansmann erstattet worden war, lehnte Anfang 1932 die Gerichtsbehörde weitere Verfolgung der Sache ab, da Hansmann bei seiner Vereidigung vermutlich seiner spontanen Äußerungen sich nicht mehr erinnert habe! - Niemals ward die Macht eines Staates zu groteskerem Narrenspiel mißbraucht.

Der Angriff der nationalen Opposition beunruhigte doch die sozialistischen Machthaber. Sie suchten nach Finten. Sie wollten die Atmosphäre trüben, verwirren, wie Tintenfische, die sich hinter einer Sepiawolke ihren Verfolgern entziehen. Man läßt verlauten, daß im September oder Oktober Landtagsneuwahlen stattfinden sollten, um die Nutzlosigkeit und Überflüssigkeit des **Volksbegehrens** zu erweisen und viele von der Einzeichnung abzuhalten. Aber vergebens! **Als am 22. April die Einzeichnungslisten geschlossen wurden, enthielten sie nahezu sechs Millionen Namen.** Angesichts dieser Tatsache sah sich Severing sogar genötigt, im Hinblick auf die behördlichen Maßnahmen von einer "falschen Auslegung und Handhabung der Notverordnung" zu sprechen. Aber die Rechtswidrigkeiten der Machthaber gingen weiter. Sozialdemokratische Landräte und Beamte erzwangen ohne jeden Rechtsgrund Herausgabe der Listen und veröffentlichten in ihrer Presse Namen von Beamten, die sich eingezeichnet hatten. Mit dieser Methode terroristischer Anprangerung versuchten sie ihre Gegner einzuschüchtern. Ja, es wurden Beamte entlassen und durch Sozialdemokraten ersetzt, wie denn überhaupt die preußische Regierung ihre Macht zu verstärken suchte, indem sie seit 1. April massenhaft sozialdemokratische Parteibuchinhaber in freiwerdende Beamtenstellen hineinschob.

Die sozialdemokratische Herrlichkeit war aufs tiefste erschüttert. Prominente Persönlichkeiten kehrten der Partei den Rücken, so der Senatspräsident Grützner, der Berliner Stadtbaurat Dr. Wagner, der Berliner Landgerichtspräsident Soelling, der Landesrat Dr. Scholz in Hannover. Ja, die nationale Opposition begann bereits, den Angriff gegen den **Reichspräsidenten von Hindenburg** zu richten. Dieser hatte seine nationalen Wähler aufs Tiefste enttäuscht. Er hatte ruhig zugesehen, wie ohne Recht und Grund, lediglich mit Gewalttat, die nationale Opposition niedergeknüppelt wurde. Er hatte selbst die Notverordnung unterzeichnet, die diesen Zwecken diene. Den Nationalsozialisten, die sich bemühten, eine persönliche Aussprache mit Hindenburg herbeizuführen, wurde jede Audienz verweigert. Dr. Frick gab das erste Zeichen zum Angriff. Am 1. Mai 1931 erklärte er in einer öffentlichen Rede, man müsse den Herrn Reichspräsidenten "in aller Ehrerbietung, aber auch in Entschiedenheit bitten, sein Amt niederzulegen." Davon wollten natürlich die Parteien der Mitte nichts wissen, und in volksparteilichen Kreisen wurde ein Gesetzentwurf erwogen, der Hindenburg auf Lebenszeit das Amt der Reichspräsidenschaft übertragen sollte. -

Kommunistische Bemühungen

Bei diesem Ringen zwischen Demokratie und Nationalismus hofften die Kommunisten für sich auf die Rolle des lachenden Dritten. Allerdings vereitelte die Polizei alle Vorbereitungen für diese Rolle. In Breslau und im Rheinland wurden Sprengstoffe beschlagnahmt, welche die Kommunisten für ihre Zwecke reserviert hatten. Die Osterkundgebungen des kommunistischen Reichsjugendtages wurden verboten. Dennoch kam es am Gründonnerstag in Berlin zu Ansammlungen, Umzügen, Ausschreitungen, wobei Schaufenster zertrümmert wurden. Auch während der Osterfeiertage flackerten Umtriebe in Berlin und Braunschweig auf. Besonders ließen sich die Kommunisten die Eroberung der Reichswehr angelegen sein. Sie trieben dort Propaganda mit Zeitungen *Der Rote Reiter*, *Der Rote Soldat*. Sie bildeten Zellen. Im Reiterregiment zu Fürstenwalde wurden im April 14 Reiter und dazu 12 kommunistische Funktionäre verhaftet. In Hannover stahl ein Gefreiter einen Karabiner und lieferte ihn einem Rotfrontführer zu Unterrichtszwecken aus. Auch in Ostpreußen mußten drei kommunistische Führer verhaftet werden, weil sie alle Anstrengungen machten, mit der Reichswehr in Verbindung zu kommen. Überhaupt entfalteten die Kommunisten auf allen Gebieten emsige Tätigkeit. Seit 1929 hatten sie über ganz Deutschland ein weitverzweigtes Industriespionagenetz gut organisiert. Im April 1931 wurden 13 Kommunisten

wegen Werksspionage in den Höchster Farbwerken verhaftet. Man kam einer **Industriespionage von geradezu riesigem Umfange** auf die Spur, wie man sie bisher noch nicht erlebt hatte.

Ihre Mitglieder hatten die Kommunisten in der Revolutionären Gewerkschaftsorganisation zusammengefaßt. In ihr sollten anderthalb Millionen eingeschriebene Mitglieder sich befinden. Sie behaupteten auch, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu einem Drittel mit Kommunisten durchsetzt seien, und behaupteten, die Sozialdemokraten seien keine Gefahr mehr für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung.

Infolge der Wachsamkeit der Polizeibehörden kam es am 1. Mai nicht zu großen kommunistischen Kundgebungen und Ausschreitungen. Jedoch ereignete sich in **Berlin** ein Zwischenfall. Ein Mitglied der kommunistischen Studentengruppe hißte auf dem Universitätsgebäude die Sowjetfahne. Darüber kam es am folgenden Tage zu erregten Gegenkundgebungen der rechtsstehenden Studenten, welche Schlägereien und Unruhen zur Folge hatten. Wesentlich erfolgreicher **machten sich die Kommunisten die Wirtschaftsnot der Erwerbslosen zunutze, wie das die letzten Jahre schon immer geschehen war.** Es war eine alltägliche Erscheinung in Berlin, daß Rotten kommunistischer Erwerbsloser am hellen Tage Lebensmittelgeschäfte überfielen und ausplünderten. Besonders Anfang Juni war das Reich von derartigen Vorfällen beunruhigt. In **Wehofen bei Hamborn** versuchten etwa 300 Erwerbslose eine Konsumanstalt zu stürmen. In **Berlin** ereignete sich ein Schaufenstersturm, wobei Handzettel verteilt wurden, die zum Plündern aufreizten. In **Duisburg-Hamborn** ereigneten sich schwere Plünderungen. Barrikaden wurden errichtet, es wurde geschossen und es gab eine Anzahl Verletzte. In **Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Berlin, Elmsbeck und Barmbeck bei Hamburg** ereignete sich Ähnliches. -

**Deutschlands
Wirtschaftsnot**

Die wirtschaftliche Not war überhaupt das schwerste Problem, vor das die Regierung Brüning gestellt war und dem sie machtlos gegenüberstand. **Die deutsche Not war nur ein Teil der großen Krisis, welche die gesamte Weltwirtschaft erfaßt hatte, aber sie war besonders schwer infolge der maßlosen Opfer, die Deutschland jahrelang durch die Tribute gebracht hatte.** Nun, eine Reihe von Jahren zeigte sich die Not des deutschen Volkes nicht so unverhüllt, solange man im Auslande Anleihen machen konnte. Jetzt aber war es nicht nur mit den ausländischen Anleihen zu Ende, sondern Deutschland war gezwungen, neben den Tributen noch einen beträchtlichen Teil der früher aufgenommenen Anleihen zurückzuzahlen. Das Schlimme dabei war, daß das rachsüchtige Frankreich direkt und indirekt ein Hauptgläubiger Deutschlands war.

Deutschland hatte, um seinen Tributverpflichtungen nachzukommen, bis zum Jahre 1930 etwa 19 Milliarden Schulden im Ausland machen müssen. (Die Inlandkredite der deutschen Wirtschaft betragen bis Ende 1930 50 Milliarden Mark.) **Nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 setzte eine gewaltige Zurückziehung dieser Anleihen ein. Innerhalb weniger Wochen mußte Deutschland zwei Milliarden zurückzahlen. Das gab der deutschen Wirtschaft einen schweren Stoß.** Die Reichsbank litt fortgesetzt an Schwierigkeiten bei der Beschaffung der für die Tribute notwendigen Devisen, denn die plötzlichen und unerwarteten Goldentziehungen legten sich wie ein lähmender Alb auf das gesamte Wirtschaftsleben. Die Industrie schränkte sich ein, die Zahl der Arbeitslosen stieg sprunghaft bis auf 4 Millionen und darüber an. Dann kam die Notverordnung vom Dezember 1930, die neue, schwere Belastungen brachte, besonders die Tabakindustrie kam fast zum Erliegen. Tausende von Tabakarbeitern wurden brotlos, und die aus der erhöhten Tabaksteuer erwarteten Einnahmen blieben aus.

Trotz der bodenlosen Verarmung des Volkes, trotz des Ansteigens der Arbeitslosenziffer auf nahezu 5 Millionen hofften die führenden Männer immer noch im Frühjahr 1931 auf eine Besserung. Man wiegte sich in der angenehmen Hoffnung, Amerika werde neue Anleihen geben. Aber Amerika blieb kühl. Es litt an einer inneren Wirtschaftsbeklemmung, wie auch England. Der Reichsbankpräsident Luther hatte sich Ende März mit dem Präsidenten der Bank von England, Montague Norman, einen Plan ausgedacht, daß man eine Anzahl Neuyorker Multimillionäre zu einer vorbildlichen Kreditaktion zusammenschließen und sie veranlassen wolle, über die Bank für Internationale

Zahlungen in Basel der mitteleuropäischen Industrie 500 Millionen Dollar Kredite zur Verfügung zu stellen. Aber nichts wurde daraus. Es wurde nur noch schlimmer.

Man mußte sich schon in Deutschland an den Gedanken gewöhnen, daß man sich aus eigener Kraft emporraffen müsse. Und das war erheblich schwerer. Zuviel Gegensätze standen sich schroff gegenüber, die Not war zu groß. Agrarpolitik, Sozialpolitik, Wirtschafts-, Etats- und Reparations-sorgen bereiteten der Regierung Brüning ein schlimmes Frühjahr, denn diese Regierung war unfähig, zu bessern, zu helfen.

Nur einige Beispiele. Die schwebende Schuld des Reiches betrug am 31. März 1700 Millionen. Gewiß, ein Jahr zuvor war sie 200 Millionen größer, war dann bis Ende September 1930 auf 1300 zurückgegangen, um dann wieder monatlich um rund 70 Millionen zu steigen. Der April brachte eine Zunahme von mehr als 100 Millionen. Hinter neuen Anleihen konnte man diese Schuldenlast nicht verstecken. Man kriegte keine. Und dabei gingen die Steuern rapide zurück, weil die Wirtschaft tot war! Was tun? Sparen, eisern sparen!

Genau dasselbe Bild boten die Länder. Preußen hatte 230 Millionen Fehlbetrag. Der Steuerausfall allein betrug rund 100 Millionen. Anleihen gab's nicht mehr. Also sparen! In Bayern wurde die Finanznot politisch ausgemünzt. Das separatistische Bajuwarenland war von der Steuervereinlichung der Dezernernotverordnung erfaßt worden und hatte gegen diesen Eingriff in seine "Hoheitsrechte" beim Staatsgerichtshof Klage erhoben. Um dem "verpreußten" Reiche und Staatsgerichtshofe Daumenschrauben anzulegen, drohte die Münchner Regierung Anfang Mai 1931, bevor der Gerichtshof entschieden hatte, sie werde die "Konsequenzen ziehen", d. h. ihren Reichspostminister Schätzel aus der Brüningregierung zurückziehen!

Die deutschen Gemeinden befanden sich in keiner rosigen Lage. Ihre gewissenlose jahrelange Verschwendungspolitik, die zum guten Teil auch in einer unverantwortlichen Behandlung der Gehälterfrage begründet war - man ließ der Habgier der städtischen Beamten nur allzusehr die Zügel schießen - stand in keinem Verhältnis zur steigenden Verminderung der Steuern. Auch waren Reich und Länder nicht mehr in der Lage, den Gemeinden Zuschüsse zu leisten. Die Mindereingänge an Steuern betragen in Berlin bis zum 31. März 1931 (Etatsjahr 1930) allein 46 Millionen Mark. Die Mindereingänge der Berliner Verkehrsanstalten hatten eine Höhe von 40 Millionen erklommen! Die Selbstverwaltungskörperschaften der weitaus meisten deutschen Städte standen vor dem Bankrott.

Die Privatwirtschaft rang mit dem Tode. Das zeigten die furchteinflößenden Ziffern der Erwerbslosen von 4¾ Millionen. Ende Mai kündigte allein der Berliner Einzelhandel zum 1. Juli 5500 Angestellte und Arbeiter. Wo sollte die Erleichterung herkommen, wenn die Arbeitslosigkeit in diesem riesenhaften Umfange weiterwuchs?

Geradezu trostlos stand es um die Landwirtschaft. Fast über jedem deutschen Bauernhofe schwebte der Pleitegeier. Man machte gar kein Geheimnis daraus. **Besonders im deutschen Osten war die Lage katastrophal.** Die Bauern schrien um Hilfe. Sie beklagten sich, daß das Osthilfegesetz vom 31. März 1931 zu langsam durchgeführt würde. Auch in den andern Teilen Deutschlands war die Not ungeheuer. Die Bauern forderten ausreichenden Zollschutz, damit das Volk nicht durch die Konkurrenz des Auslandes überschwemmt würde, sie verlangten angemessene Preise, um bestehen zu können.

Die Arbeit der Reichsregierung mußte sich also auf folgende Punkte erstrecken. Ordnung der Haushalte im Reich, in den Ländern und Gemeinden, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Schutz der Landwirtschaft und Beseitigung der Reparationen. Die drei ersten Probleme, die innenpolitischer Natur waren, sollten durch eine Notverordnung gelöst werden. Das letzte Problem konnte nur in einer Auseinandersetzung mit den Tributgläubigern geregelt werden.

Während die Reichsregierung über der neuen Notverordnung brütete, legte der Braunsausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit **zwei Gutachten** vor, Anfang April und Anfang Mai. Diese Gutachten sind Meisterwerke

**Gutachten über
Arbeitslosigkeit**

liberalistischer Dialektik. Beherrscht von der Furcht, ein Machtwort zu sprechen, wird jeder Vorschlag von der Kommission selbst durch seine ausführliche Widerlegung entkräftet.

Das erste Gutachten, Anfang April, enthält etwa folgendes: Man muß bemüht sein, die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern. Das kann erreicht werden einmal durch Arbeitszeitverkürzung, außerdem durch Einschränkung ungerechtfertigten Doppelverdienstes.

Allerdings: eine generelle und schematische Arbeitszeitverkürzung durch Gesetz und Verbot aller Überstunden ist unvereinbar mit den wirtschaftlichen Erfordernissen. Immerhin könnten durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mehrere Hunderttausend Erwerbslose beschäftigt werden. Allerdings arbeitet bereits ein Fünftel aller Arbeitnehmer verkürzt. Doch könnten die Behörden mit gutem Beispiele vorgehen. Auch die staatlichen Schlichtungsinstanzen sollten auf die Verkürzung hinwirken. Das Gutachten befürwortet die 40-Stunden-Woche an Stelle der bisherigen 48-Stunden-Woche. Überstunden sollten hinfort nur mit behördlicher Genehmigung möglich sein. Ihr Ertrag soll der Arbeitslosenversicherung zugutekommen. Ein Lohnausgleich für den Verlust von acht Arbeitsstunden ist wirtschaftlich nicht möglich. Die Arbeitnehmer würden also durch diese Regelung ein Sechstel ihres Lohnes einbüßen.

Auch in der Frage der Doppelverdiener wird nach ausführlichem Für und Wider einstimmig eine gesetzliche Regelung abgelehnt. Man solle den Arbeitgebern nur vorschlagen, bei Einstellung von Arbeitskräften sozial zu handeln. -

Dies Gutachten wurde, zum guten Teil wegen seiner lahmen und mattherzigen Sprache, nicht sonderlich günstig im Volke aufgenommen.

Auch **das zweite Gutachten**, Anfang Mai, fand wenig Gegenliebe. Es beschäftigte sich mit der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht und einer Auslandsanleihe und war zustande gekommen nach ausführlichen Besprechungen mit Vertretern des Kyffhäuserbundes, Stahlhelms, Reichsbanners, Reichslandbundes und anderen Organisationen.

Zahlreiche Vorschläge für Arbeitsbeschaffung waren abgelehnt worden. Nötig sei vor allem Kapital durch öffentlichen Kredit, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Langfristige Kredite seien nötig. Man müsse Auslandskapital heranziehen.

Dann werden Arbeitsgebiete besprochen, die noch erschlossen werden könnten: Elektrizitätswirtschaft, Gastwirtschaftsgewerbe, Verkehrswesen. Aber man solle keine neuen Straßen und Kanäle anlegen, denn sie könnten der Eisenbahn Abbruch tun! Das bestehende Straßennetz solle verbessert werden. Ein weiterer Ausbau des Eisenbahnnetzes wird nicht empfohlen, dagegen ließe sich die Elektrifizierung durchführen. Zielbewußt müßten die landwirtschaftlichen Siedlungen und Meliorationen gefördert werden.

Einzelne Unternehmer dürfen zur Erweiterung ihres Arbeitsfeldes keine Subventionen erhalten, dadurch würden andere ungerechterweise geschädigt. Man solle den freiwilligen Arbeitsdienst fördern. Unter bestimmten Voraussetzungen sei auch Arbeitspflicht berechtigt und notwendig.

Dieses Gutachten rief in Wirtschaftskreisen starke Enttäuschung hervor. Es stand und fiel mit der Auslandsanleihe, deren Höhe in Wirtschafts- und Bankenkreisen auf eine Milliarde veranschlagt wurde. Wo sollte man das Geld aber beschaffen? Man bekam ja keine Anleihen! Auch im Reichsarbeitsministerium hatte man starke Zweifel. Man wollte selbst ein Gutachten ausarbeiten.

Immerhin spielten die Vorschläge der Braunskommission in den Beratungen der Reichsregierung über die neue Notverordnung eine gewisse Rolle. Diese Beratungen waren ein schwieriges Werk. Bei ihnen stand Brüning unter starkem Druck von rechts und links. Brüning ging davon aus, daß Deutschland vom Ausland keine Hilfe zu erwarten habe, es müsse sich selbst helfen. Das könne nur durch schärfste Sparsamkeit geschehen. Um die Landwirtschaft zu schützen, wollte Brüning die Zölle erhöhen - Widerspruch der Sozialdemokraten. Ein heißer Kampf wurde um den Brotpreis geführt. Die Arbeitslosenversicherung hatte 400 Millionen Defizit. Das sollte durch zehnprozent-

gen Leistungsabbau eingespart werden - Widerspruch bei den Sozialdemokraten: die Errungenschaften von 1918 sind in Gefahr! Brüning wollte die Gehälter der Beamten kürzen - einmütiger und geharnischter Widerspruch sämtlicher Beamtenorganisationen: wenn ihr uns nur einen Pfennig nehmt und unsere wohlerworbenen Rechte kürzt, treibt Deutschland unrettbar ins Chaos!

Die ganzen Arbeiten waren unfruchtbar, weil man stets die "wirtschaftlichen Interessen", den materiellen Egoismus als das Höhere über den sozialen Pflichten des Einzelnen und der Gemeinschaft betrachtete. Der Staat war und blieb, was er seit 40 Jahren war, der Handlanger der Wirtschaft, und konnte sich nicht zum Hüter einer geschlossenen Volksgemeinschaft erheben. -

Der Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt war erfolgt. Das Ausland ward, im Zusammenhang damit, mit wachsendem Mißtrauen auch gegen Deutschland erfüllt. Starke Zurückziehung kurzfristiger Kredite setzte ein. Der Goldbestand der Reichsbank schmolz zusammen. Der Diskontsatz mußte erhöht werden. Milliarden flossen ins Ausland, immer würgender wurde die Not.

Brüning arbeitete weiter an seinem Sanierungsplane. Diesmal ging's um **Steuererhöhungen bei Umsatz, Einkommen, Vermögen**. Die Kapitalisten entrüsteten sich, die Börse wurde noch nervöser. Das ganze Volk verharrte in Angst und Spannung. Alle Hoffnungen, die von der Regierung noch vor wenigen Wochen gehegt wurden, sind zusammengebrochen, jetzt forderte dieselbe Regierung von allen Teilen des Volkes ohne Ausnahme schwere Opfer.

**Sanierungspläne
Brünings**

Gegen Ende Mai hatten sich die Pläne der Regierung dahin verdichtet, daß man mit folgendem rechnete: **Abbau der Gehälter, Abbau der Sozialversicherung, Ersetzung der Unterstützung durch Arbeit, Drosselung der öffentlichen Haushalte, Erhöhung der Steuer.**

Um diese Zeit fand in Breslau der **Frontsoldatentag des Stahlhelm** statt, der von 150 000 ehemaligen Soldaten besucht war. Dies Ereignis erhielt durch **blutige Kommunistenüberfälle in Breslau, Erfurt, Eisenach** und anderwärts sein Gepräge.

**Sozialdemokratischer
Parteitag**

Um die gleiche Zeit aber fand in Leipzig der **Sozialdemokratische Parteitag** statt, der die ganze Schwäche dieser einst so mächtigen Partei offenbarte. Unter dem Druck der Brüningschen Diktatur war die Sozialdemokratie gezwungen, ih-



Treueschwur des Stahlhelms in Breslau, Juni 1931. [Photo Scherl?]



Stahlhelmführer Seldte und Düsterberg in Breslau, Juni 1931. [Photo Scherl?]

rer radikalen Minderheit entgegentzukommen. Und so war es kein Wunder, daß auf dem Parteitag ausschließlich rote Fahnen und keine schwarz-rot-goldne anzutreffen war. Bekanntlich befanden sich im März 9 sozialdemokratische Abgeordnete in Opposition zu ihrer Partei, als sie dem Bau des Panzerkreuzers B zustimmten, und diese Opposition hatte ihren Stützpunkt in Breslau. Hier wurde Ende März auf einer Funktionärversammlung der Standpunkt der Mehrheit, die Regierung Brüning zu tolerieren, scharf mißbilligt. Denn diese Tolerierungspolitik führe nicht zur Rettung der Demokratie, sondern habe die Ausschaltung von Verfassung und Parlament zur Folge.

Dieser Auffassung mußte die Partei Rechnung tragen, wenn sie nicht zerbröckeln wollte. So betonte sie also ihren Gegensatz zu Brüning. Bereits am 28. Mai hatte eine Sitzung der Reichstagsfraktion stattgefunden, die eine radikale Sprache führte. Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung wurden als unzureichend und teilweise verfehlt bezeichnet. Eine Senkung der Löhne und Gehälter ohne gleichzeitige Preissenkung verschärfe die Wirtschaftskrise, weil sie die Kaufkraft der Konsumenten schwäche. Man sprach von kapitalistischer Mißwirtschaft. Ein Abbau der Sozialversicherung dürfe unter keinen Umständen erfolgen. Im Kampfe gegen die Not der Arbeitslosen müsse eine besondere allgemeine Krisensteuer erhoben werden. Die Zölle für Brot, Getreide und Futtermittel seien unverzüglich herabzusetzen.

"Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erblickt ihre dringendste Aufgabe in der Erhaltung des Reallohnes und des sozialen Arbeitsschutzes, der Steigerung der Massenkaufkraft, der Sicherung der Lebenshaltung der Erwerbslosen und einer gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit. Die ins Unerträgliche steigende Not und die wachsende Erbitterung der Volksmassen drohte zu schweren innerpolitischen Verwicklungen zu führen, wenn trotz aller Warnungen der Versuch unternommen werden sollte, eine Sanierung der öffentlichen Finanzen einseitig auf Kosten der Opfer der Krise zu erreichen."

Dieser demagogische Ton, der Ankurbelung der Wirtschaft forderte, ohne den Weg dahin zu zeigen, wurde in Leipzig fortgeführt. Der Parteivorsitzende Otto Wels hielt eine Rede, die grundsätzlich alles verdammt. Der Nationalsozialismus sei "nackte Reaktion und Volksfeindlichkeit", Brüning verstehe nicht zu regieren, die hohen Reparationszahlungen seien untragbar, der Kommunismus sei Unsinn. Die ganze Kritik richtete sich gegen die Sozialdemokratie selbst und ihre dreizehnjährige Herrschaft. Schließlich forderte der Parteitag Sturz der kapitalistischen Wirtschaft, Herabsetzung

der Zölle, Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf Banken und Kreditinstitute, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Beendigung des Lohnabbaues, Schutz der Sozialpolitik und der sozialen Einrichtungen. Mit 329 gegen 62 Stimmen wurde eine verschärfte Fraktionsdisziplin angenommen und den 9 Abgeordneten, die gegen den Panzerkreuzer gestimmt hatten, die Mißbilligung ausgesprochen.

Bei den Gegnern der Sozialdemokraten herrschte der Eindruck vor, daß die Partei lahm und furchtsam und wahlscheu sei. Die bürgerliche Presse meinte, daß diese Partei auch für das Kabinett Brüning keine Gefahr mehr sei. Bei dieser Gelegenheit wies man auch auf die Vergreisung der Partei hin. Von der Million Mitglieder waren nur 44 Prozent nach 1890 geboren. Kaum 8 Prozent waren jünger als 25 Jahre, dagegen 42 Prozent älter als 45. Es offenbarte sich, daß die Sozialdemokratie abgewirtschaftet hatte.

Zweite Notverordnung vom 5. Juni 1931

Unberührt von aller Kritik gab Brüning am 5. Juni seine **neue Notverordnung** heraus. In einem Aufruf gab Brüning bekannt, daß Deutschland vor dem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch stehe. Die Hoffnungen, die man auf den Youngplan gesetzt habe, hätten sich nicht erfüllt. Schwerste Lasten und Opfer müßten dem Volke zugemutet werden, um die Zahlungsfähigkeit des Reiches aufrecht zu erhalten. Das Volk solle sich nicht in kleinlichem Parteikampf zersplittern, sondern vereint um seinen Wiederaufstieg ringen.

Im einzelnen brachte die Notverordnung folgendes: **Kürzung der Gehälter um 4 bis 7 Prozent, Ersparnis für das Reich 101, für Länder und Gemeinden 207, für Reichsbahn 64 Millionen. Abstriche im Reichsetat 120, im Versorgungsetat 85, in der Arbeitslosenfürsorge 400 Millionen. Beseitigung der Lohnsteuererstattung 60 Millionen, insgesamt eine Milliarde Ersparnisse.**

Dem standen **688 Millionen Erhöhungen durch Zuckersteuer, Mineralölzoll und Umsatzsteuer** gegenüber. Die **neu eingeführte Krisensteuer** sollte allein 385 Millionen erbringen. Diese Krisensteuer war eine Art Zuschlag zur Einkommensteuer und sollte nicht als unproduktive Unterstützung verwendet werden, sondern um den Arbeitslosen wieder Arbeit zu beschaffen.

Alles, was da gefordert wurde, um die fehlenden 1700 Millionen zu schaffen, war Opfer für jeden einzelnen Deutschen, eine neue, schwere Belastung: die da noch ein Einkommen hatten, mußten neue Lasten übernehmen, die Arbeitslosen büßten ein Fünftel ihrer Unterstützung ein.

Daneben versuchte Brüning **einige lebenswichtige Erleichterungen** zu schaffen. Die Regierung beschloß, die erhöhte Umsatzsteuer für alle Lebensmittel zu beseitigen, sie befreite den Steinkohlenbergbau unter Tage von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Sie vereinbarte mit der Reichsbahn, daß für 200 Millionen Arbeiten ausgeführt werden sollten, wodurch 120 000 Arbeitslose beschäftigt werden konnten. Sie schaffte den Rahmen für freiwilligen Arbeitsdienst und ließ sich die Möglichkeit offen, die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabzusetzen. Auch in der Preispolitik sollte etwas geschehen, wie auch auf dem Gebiete des Aktienrechts. Vor allem glaubte Brüning, den persönlichen Eigenunternehmer schützen zu müssen vor der gefährlichen Zunahme anonymer Wirtschaftsbetriebe, die nur als juristische Persönlichkeiten existierten.

Durch die **Einschränkung der Arbeitslosenfürsorge** des Reiches wurden neue Wohlfahrtslasten für Länder und Gemeinden bedingt. Die Notverordnung ermahnte Länder und Gemeinden zu strengster Sparsamkeit, vor allem machte sie auf strengste **Ausgabendrosselung in bezug auf Gehälter** aufmerksam. Der ungesunde Zustand, daß Gemeindebeamte wesentlich höhere Gehälter als Reichs- und Staatsbeamte bezogen, mußte beseitigt werden. Vor allem erhielten die Länderregierungen weitgehende Rechte, in die Finanzverwaltung der Gemeinden einzugreifen, Beschlüsse durchzuführen und, wenn nötig, einen Staatskommissar über die Verwaltung der Gemeinde zu setzen. Damit war der Todesstoß gegen die aus Steins Reformen hervorgegangene kommunale Selbstverwaltung geführt, der Todesstoß, den die Gemeinden infolge ihrer vielfachen dreizehnjährigen Luderwirtschaft selbst herbeigeführt hatten.

Die Notverordnung wollte die letzten Kräfte und Reserven des grenzenlos verarmten Volkes einsetzen. Das war ein Wille, der aber die Kräfte des parlamentarisch-demokratischen Systems bei weitem überstieg. Immerhin befestigte die Notverordnung die demokratische Diktatur, indem sie diese nun auch auf die Selbstverwaltungskörperschaften der Gemeinden ausdehnte. So setzte sich die Idee eines neuen Regierungswesens nach unten durch.

Es war vorauszusehen, daß alle Bevölkerungsschichten und die meisten Parteien und Verbände mit der Notverordnung unzufrieden waren. Nicht Krisensteuer, Kürzung der Gehälter und Arbeitszeit tun dem Volke not, sondern energische Revisionsverhandlungen in der Tributfrage, erklärte die Volkspartei. Der Reichsverband der deutschen Industrie und der Reichslandbund kritisierten, daß die Notverordnung jede neue Kapitalbildung verhindere. Die Städte und Gemeinden beklagten den Verlust ihrer Selbstverwaltung.

Ja, **die Frage der Tributrevision beschäftigte schon seit Monaten nicht nur Deutschland, sondern auch die anderen Völker.** In den Gläubigervölkern waren die Ansichten **Tribute** geteilt. Es fehlte nicht an Stimmen, welche endgültige Streichung aller Tribute forderten. Aber sie waren in der Minderzahl. **Frankreich** wollte überhaupt nichts von einer Tributstreichung wissen. Das Äußerste, zu dem man in **England** und **Amerika** entschlossen war, war eine gegenseitige Herabsetzung der Kriegsschulden und somit eine Verringerung der Tribute. Die deutsche Regierung hatte nicht den Mut, gegen die Gläubigerstaaten beharrlich ihren Standpunkt zu vertreten, daß Deutschland keine weiteren Tribute mehr zu zahlen verpflichtet sei. Ja, sogar vor einer Revision des Tributplanes schreckte Brüning noch zurück. Er war allenfalls entschlossen, "bei passender Gelegenheit" einen internationalen Kriegsschuldenzahlungsaufschub zur Diskussion zu stellen. Es sollte ein allgemeines fünfjähriges Moratorium herbeigeführt werden, wodurch die Endfristen des Youngplanes um weitere fünf Jahre verlängert wurden. Die deutsche Regierung war sogar bereit, von Frankreich eine große Anleihe, vielleicht ein bis zwei Milliarden, zu teurem Zinssatz zu nehmen, um so das hartnäckige Frankreich dem Plane eines fünfjährigen Moratoriums günstig zu stimmen!

Es ist eine eigentümliche Verkettung der Ereignisse, daß gerade in dem Augenblicke, da durch die Verkündung der Notverordnung die innere Krise ihrem Höhepunkte zustrebte, zugleich das **außenpolitische Problem der Tribute** in das sich auftürmende schwarze Wettergewölk hineinmischte. Anlaß hierzu wurde der schon seit 10 Wochen geplante Besuch Brünings und Curtius' in England, im Verfolg einer Einladung, die Macdonald und Henderson an die deutschen Minister Mitte März hatten ergehen lassen. Etwa zur gleichen Stunde, da in London die beiden deutschen Staatsmänner eintrafen - eine ungeheure Menschenmenge hatte sich vor und auf dem Bahnhof eingefunden und laut und klar ertönte aus ihr eine Stimme "Deutschland erwache!" - wurde in Deutschland die Notverordnung veröffentlicht. Macdonald und Henderson empfanden dies Zusammentreffen der Ereignisse peinlich und glaubten, hierin einen Schachzug der deutschen Minister zu sehen, die auf diese Weise ihren Besprechungen einen kräftigeren Nachdruck verleihen wollten.

Den **Besprechungen in Chequers** sah das englische Volk mit großer Spannung entgegen. Die *Times* glaubten zu wissen, daß die Deutschen mit der Absicht gekommen seien, die Tribute auf vier Jahre auszusetzen. Allerdings hatte Brüning die Tasche voll Entschließungen, die aus allen Teilen des Reiches bei ihm eingelaufen waren und energisch Revision des Youngplanes oder gar Aufhebung der Tribute forderten. Macdonald aber war besser bewaffnet. Eine Revision des Youngplanes sei überhaupt nicht spruchreif, frühestens vielleicht in zwei Jahren. Der englische Minister legte dem Reichskanzler eine Anzahl Depeschen aus Washington vor, worin die Regierung der Vereinigten Staaten es glatt ablehnte, sich in irgendwelche Verhandlungen über eine Revision der Schuldenabkommen einzulassen. Da war gar nichts zu machen. Die Schuldner, insbesondere Deutschland, mußten sich fügen. Macdonald erklärte, er habe keine Möglichkeit, die Revision des Youngplanes in Erwägung zu ziehen. Jeder Schritt in dieser Richtung sei vorläufig ganz aussichtslos. Er könne den Deutschen nur den einen Rat geben, das nach dem Youngplan mögliche Moratorium zu beantragen, denn eine Revision komme als praktische Politik nicht in Frage. Als Termin, zu dem das Moratorium erklärt werden sollte, nahm man vorläufig den 15. August in Aussicht, da man

zunächst noch den Besuch des amerikanischen Sekretärs für Auswärtiges Stimson Ende Juli in Europa abwarten wollte. Von diesen Aussichten waren Brüning und Curtius nicht sehr entzückt, immerhin beschlossen sie, noch einen Schritt in dieser Richtung bei der französischen Regierung zu unternehmen.

Chequers war ein Mißerfolg. Curtius versuchte, die Bedeutung der Zusammenkunft abzuschwächen, indem er erklärte, es handle sich um keine Konferenz, sondern nur um einen freundschaftlichen Besuch. Macdonald und Brüning gaben ein Communiqué heraus, worin von der Wiederherstellung des Vertrauens, von wirtschaftlicher Belebung und internationaler Zusammenarbeit die Rede war. Aber man hörte weder etwas von Abrüstung noch von Tributerleichterungen. In England war man enttäuscht, in Frankreich zufrieden. Am Schluß lud Brüning die Engländer nach Berlin ein, sie sagten freundlich zu.

Trotzdem Brüning ein übriges getan und erklärt hatte, daß sich der Besuch in England "keineswegs gegen Frankreich" gerichtet habe, hielt es Briand für nötig, Deutschland mit strafenden Worten zu züchtigen. Am 9. Juni, nach Chequers, erging sich Briand vor der Kammer in harten Worten über innerdeutsche Vorgänge. Die Breslauer Stahlhelmtagung, sagte er, sei ein ebenso tadelnswertes wie beklagenswertes Ereignis. Zwei königliche Prinzen hätten daran teilgenommen. Es sei bezeichnend, daß die Tagung in der Nähe der polnischen Grenze stattgefunden habe. Die Reichsregierung sei heftig angegriffen worden, weil sie zu schwach sei, um eine Änderung der deutschen Ostgrenze zu erreichen. Nun, "wir werden bestrebt sein, aus dem deutschen Volke, wenn auch keine befreundete, so doch eine friedliebende Nation zu machen... Ich möchte jedenfalls nicht, daß das Kabinett Brüning durch Nationalsozialisten ersetzt wird!" In bezug auf die Reparationen äußerte Briand, daß zwar Deutschland seine Ansicht äußern könne, das sei sein Recht. Aber "der Youngplan kann nicht abgeändert werden, denn er hat einen endgültigen Charakter."

In Deutschland waren Hoffnungen geweckt. Besonders, da Brüning nach seiner Rückkehr gesagt hatte, Chequers sei ein Anfang und die Regierung müsse volle Handlungsfreiheit haben. Allen Dispositionen der Reichsregierung widerspräche jetzt eine Einberufung des Reichstages. In der deutschen Öffentlichkeit wurden Stimmen laut, daß Deutschland ein Transfermoratorium beantragen werde. Die Regierung dementierte: die Überweisung der Reparationsdevisen werde nicht eingestellt. Immerhin, die Gerüchte von der deutschen Zahlungseinstellung bewirkten gewaltige Kursstürze an der Pariser Börse. Besonders verloren die französischen Bankaktien, die den Deutschen so viel Kredite gewährt hatten. Nervosität beherrschte die Presse der Hauptstadt Frankreichs.

In Deutschland erhob sich inzwischen der Sturm gegen die Notverordnung.

Die Kommunisten riefen zu Massenkundgebungen auf. In Mannheim wurden Barrikaden errichtet, die Polizeibeamten beschossen. In allen Teilen Frankfurts kam es zu schweren Unruhen. In Kassel schoß man aus Häusern auf die Polizei. Bei den Straßenkämpfen blieben Tote und Verwundete. In Berlin wucherte das Banditenunwesen schlimmer denn je. Die Bandenüberfälle nahmen zu, es war schlimmer als 1923. In zehn Minuten, ehe die Polizei eintraf, waren die Plünderungen beendet und die Räuber verschwunden.

**Parteien gegen
Notverordnung**

Die **Nationalsozialisten** wetterten gegen die Notverordnung. Sie sei volksfeindlich und verfassungswidrig. In Chemnitz sprach Hitler vor 30 000 seiner Anhänger und forderte sie auf, für die Freiheit des Vaterlandes zu wirken. Es ereigneten sich Zusammenstöße mit den Kommunisten. Zwei Nationalsozialisten wurden getötet, zehn zum Teil schwer verletzt.

Keine Partei war mit der Notverordnung zufrieden. Die Kriegsbeschädigten protestierten und verlangten Reichstageeinberufung. Die **deutsche Volkspartei** lehnte die Notverordnung ab und drohte mit Regierungskrise, indem sie ihren Minister zurückziehen wollte. Die **Bayrische Volkspartei** und die Sozialdemokraten forderten Abänderungen. Die **Landvolkpartei** verhielt sich abwartend. Nur das **Zentrum** stand voll und ganz hinter Brüning und bezeichnete eine Parlamentstagung als schädlich. Die **Regierungen Preußens, Bayerns, Sachsens, Oldenburgs, Braunschweigs** verlangten Änderung oder Aufhebung der Notverordnung.



Nationalsozialistischer Gautag in Chemnitz, 7. Juni 1931. [Photo Scherl?]



Gautag Sachsen in Chemnitz, 7. Juni 1931. [Photo Scherl?]

Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten beantragten, daß der Reichstag zusammengerufen würde. Da auch die **deutsche Volkspartei** und die deutsche **Wirtschaftspartei** sich dafür aussprachen, fühlte sich Brüning bedrängt. Er verwies auf seinen Anfang in Chequers und lehnte mit aller Entschiedenheit die Einberufung des Reichstages ab. Allenfalls war er bereit, unter gewissen Voraussetzungen, die Notverordnung in einem Reichstagsausschuß zu besprechen. Die Parteiführer gingen zu Brüning, verlangten, daß die Wünsche ihrer Parteien berücksichtigt würden. Brüning aber war zu keiner Änderung der Notverordnung zu bewegen. So war am 12. Juni allgemein die Ansicht vertreten, daß die Stimmung in allen Parteien sehr stark einer Einberufung des



Kavallerietag in Dresden, 12 Juli 1931. Photo Scherl.

Parlaments zuneige. Es würde aber eine schwere Schlappe für die Regierung bedeuten, wenn sie gezwungen wäre, den Reichstag einzuberufen. Da droht Brüning mit einem recht unfeinen Mittel, dem Eingeständnis seiner Schwäche: er drohte mit Rücktritt und Verantwortungsentziehung des gesamten Kabinetts, falls durch die Haltung der Deutschen Volkspartei eine Parlamentstagung herbeigeführt werde.

Tagelang gingen die Verhandlungen zwischen Brüning und der Volkspartei hin und her. Genau so, wie zwischen Brüning und der Sozialdemokratie verhandelt wurde. Mit allen Mitteln bearbeitete die Regierung die widerstrebenden Parteien. Sie führte Vernunftgründe ins Feld, sie drohte mit Gewalt. Im Reichstag werde, so sagte der Regierungsvertreter, wahrscheinlich eine Mehrheit für Aufhebung der Notverordnung zustande kommen, aber keine Mehrheit für positive Mitarbeit. Brüning erklärte, für den Fall der Einberufung des Reichstages oder des Haushaltsausschusses werde er sofort zurücktreten und sich vom Reichspräsidenten mit diktatorischen Vollmachten ausstatten lassen oder die Macht an eine militärische Stelle übertragen.

Eine Panik hatte sich des Ältestenrates bemächtigt: in diesen Tagen war die Finanznot ins Unermessliche gestiegen, und nun sollte noch die Diktatur an Stelle der Demokratie treten? Als nun über den Oppositionsantrag über Einberufung des Reichstags abgestimmt wurde, erhielt dieser Antrag nur 265 Stimmen statt 289. Wirtschaftspartei und Landvolk hatten dafür gestimmt, die Deutsche Volkspartei hatte ihn abgelehnt. Brüning hatte ihr die Erfüllung einiger Forderungen zugesagt: schnelle und entschlossene Tributrevision, Umbildung der Regierung durch aufnahmefähige und starke Männer, eingehende Verhandlungen zwischen Fraktionsvorsitzenden und Reichskanzler über Durchführung dieser Maßnahmen. Bei der Haltung der Deutschen Volkspartei spielte auch die unerschütterliche Ablehnung durch die nationale Opposition eine Rolle, die eindeutig jede Übernahme der Mitverantwortung verweigerten, auch bei Erfüllung der von der Deutschen Volkspartei aufgestellten Bedingungen. - **So trat die Deutsche Volkspartei hinter Brüning.**

Die **Sozialdemokraten** hatten zwar ihren Antrag auf Einberufung des Reichstags fallen lassen, dafür wollten sie aber nun den Haushaltsausschuß einberufen. Nun verhandelte Brüning stundenlang mit Breitscheid. Der Reichskanzler erklärte seine Bereitschaft, unter der Voraussetzung, daß das finanzielle Gesamtergebnis nicht gefährdet würde, die Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion fortzusetzen. Auch sei er gewillt, im gegebenen Zeitpunkte der Einberufung des Reichs-

haushaltsausschusses zuzustimmen und an seinen Arbeiten mitzuwirken. Das genügte der Sozialdemokratie, die infolge ihrer inneren Schwäche Angst vor ihrem eigenen Mute bekommen hatte, und die Fraktion erklärte:

"Nachdem die Regierung sich zur alsbaldigen Aufnahme von Verhandlungen zur Änderung der Notverordnung bereiterklärt hat, nimmt die sozialdemokratische Fraktion von der Einberufung des Haushaltsausschusses angesichts der bedrohlichen Finanz- und Wirtschaftslage im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand."

An diesem 16. Juni 1931 hatte der Diktator Brüning über den sterbensschwachen Parlamentarismus gesiegt. -

In der Tat **trieb Deutschlands Finanzlage in jenen kritischen Tagen dem Abgrund entgegen.**

**Drohender
Finanzzusammenbruch**

Ein neuer Ansturm der ausländischen Gläubiger auf die Reichsbank setzte ein. Bis zum 6. Juni wurden 164 Millionen Gold und Devisen zurückgezogen. In der Woche vom 8.-13. Juni allein 643 Millionen, in der Woche vom 15.-20. nochmals 366 Millionen! Die Reichsbank stand vor dem Verbluten. An einem einzigen Tage mußte das Kreditinstitut 150 Millionen abgeben. **Die Seele dieser Wirtschaftsdrosselung war Frankreich.** Es wollte der deutschen Reichsbank das gleiche Schicksal bereiten wie der österreichischen Kreditanstalt, um Deutschland durch das Abtreiben in das Chaos gefügig zu machen. Frankreich wie auch die Vereinigten Staaten hatten sich ja in den letzten drei Jahren zu Herren des Goldes gemacht, 1675 Millionen Dollars lagerten in ihren Tresoren.

Man geht nicht fehl, diesen Sturm auf die deutsche Währung der Politik Brüning und Curtius zur Last zu legen. Die Notverordnung hatte die Gemüter aufgeregt. Die französischen Bankaktien fielen, die Banken zogen ihre Kredite zurück aus Deutschland, das ja selbst erklärt hatte, es stehe vor dem Ruin! Im letzten Grunde aber war der Vorgang das schließliche Ergebnis jahrelanger sozialistischer Wirtschaftspolitik. Der schwedische Professor Cassel in Stockholm sagte: "Die Bestrebungen der Sozialdemokratie, eine großartige Unterstützungspolitik mit Hilfe der Einfuhr von Auslandskapital aufrecht zu erhalten, sind jetzt gescheitert. Deutschlands Außenkredit ist verdorben." Auch in Paris hörte man ähnliches: Die Finanzpolitik der Sozialdemokraten sei stets recht unerfreulich gewesen. Jetzt sei die Sozialdemokratie zu keiner Aktion mehr fähig.

So brach ein System nach zehnjähriger verfehlter Herrschaft in der Katastrophe zusammen. **Aus diesem Zusammenbruch wollte der französische Gläubiger seinen letzten größten Sieg ziehen. Was vor 13 Jahren den Franzosen nicht gelungen war, das glaubten sie jetzt zu erreichen: Deutschland, das widerspenstige, hartnäckige, sollte sich im Bolschewismus zerfleischen!** Französische Zeitungen wandten sich ganz offen gegen den Plan des Gouverneurs der Bank von England, Deutschland in seiner Not zu helfen.

In der Tat setzten die Kommunisten große Hoffnungen auf den bevorstehenden Finanz- und Wirtschaftszusammenbruch. Der Kommunist Selbmann sprach am 11. Juni im Preußischen Landtage das kühne und denkwürdige Wort: **"Die Kommunisten werden anstatt mit dem Stimmzettel mit der Handgranate auf den Barrikaden die Entscheidung herbeiführen!"** Schon am folgenden Tage ereigneten sich in allen Teilen Deutschlands schwere und blutige Zusammenstöße, nicht allein mit Nationalsozialisten, sondern vor allem mit den Schutzorganen der Staatsmacht. In Hamburg, Bremen, Köln-Mülheim, Kassel, Lauenburg, Emden, Prinkenau krachten Schüsse, floß Blut. Tage voll Unruhe und Erschütterungen gingen übers Volk. In Essen rumorte es, in Leipzig wurde geplündert. In Darmstadt, Dortmund, Braunschweig stieg die rote Flut. In Mainz wurde geplündert, in Remscheid geschossen. **Allenthalben wuchs die Siegeszuversicht der Kommunisten, besonders, da sich auch in Spanien der Bolschewismus erhoben hatte.** Moskau war zufrieden. Nun würde der Bolschewismus endlich in Deutschland siegen! Aber die Erhebung war, wiewohl nach einem zentralen Plane vorbereitet, doch so chaotisch und indiszipliniert, daß ihre Unterdrückung keine großen Schwierigkeiten bereitete.

Angesichts der schweren Gefahr, in welcher Deutschland schwebte, bemühte sich

**Hindenburg
an Hoover**

Brüning um beschleunigte Herbeiführung eines Tributmoratoriums. **Seinen Plan, mit Frankreich zu verhandeln, gab er nach Briands Kammerrede als aus-sichtslos auf.** Es blieb nur der eine Weg, von dem im Youngplan gegebenen Rechtsmittel Gebrauch zu machen. Auch konnte man nicht mehr bis zum 15. August mit der Erklärung des Moratoriums warten, wie ursprünglich in Chequers vereinbart war, sondern man faßte schon den 15. Juli ins Auge. Die Reichsregierung berief die deutschen Botschafter aus Paris, Rom und Washington zu einer Besprechung am 18. Juni nach Berlin, um dies brennende Problem zu erörtern. Die Gefahr wurde für so ernst gehalten, daß Hindenburg selbst am 20. Juni einen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Hoover, schrieb. Alle Möglichkeiten, hieß es darin, die Lage durch innere Maßnahmen zu verbessern, ohne Hilfe vom Ausland, seien erschöpft. Deutschland brauche dringend Hilfe. Die Hilfe müsse sofort kommen, wenn schweres Unglück für Deutschland und die anderen Völker vermieden werden solle. Hoover allem sei in der Lage, um die sofortige Änderung der für Deutschland und die übrige Welt drohende Lage herbeizuführen.

Mit Sorge verfolgte Amerika den rapiden Wirtschaftsverfall Deutschlands. Bereits am 10. Juni wurden in Neuyork Reichsmarkwechsel in hohen Beträgen angekauft, um die Massakrierung der deutschen Währung durch Frankreich zu verhindern. Präsident Hoover erwoگ bereits den Plan einer zweijährigen Einstellung aller Reparations- und Kriegsschuldenzahlungen. Am 16. Juni traf der Schatzsekretär Mellon in London ein und kabelte ein erschütterndes Bild von Deutschlands Wirtschaftslage, wie er es von Macdonald gehört hatte, nach Washington. Der Bericht wurde unterstützt durch die Ausführungen des amerikanischen Botschafters Sackett in Berlin. **In England wie in Amerika verstärkte sich die Auffassung, daß Frankreich auf dem besten Wege war, ein ganz gefährlicher Feind Europas und der Welt zu werden.** Den amerikanisch-englischen Besprechungen ist es wohl auch zuzurechnen, daß die Bank von England endgültig die österreichische Anleihe in Höhe von 150 Millionen Schilling übernahm, um so Österreich aus den Krallen des französischen Gläubigers zu befreien.

Nun kehrte auch noch **Senator Morrow** von einer Europareise nach Washington zurück. Er **teilte Hoover mit, daß die revolutionäre Bewegung in Deutschland nicht mehr aufzuhalten sei, wenn nicht schnellstens eine Besserung der Wirtschaftslage eintrete.**

Jetzt hatte Hoover keine Zeit mehr zu verlieren. Amerika, der große Gläubiger, würde sich selbst einen ungeheuren Schaden zufügen, wenn es Deutschland untergehen lasse. Neben einem bolschewistischen Rußland konnte die Weltwirtschaft nicht noch ein bolschewistisches Deutschland ertragen. Hoover schlug am 20. Juni, noch vor Erhalt des Hindenburgbriefes, dem Weißen Hause eine allgemeine einjährige Zahlungseinstellung auf alle Zahlungen, Kapital und Schulden, zwischen den Regierungen der Reparationen und der Reliefschulden vor. Daneben schlug die amerikanische Finanzwelt vor, der Reichsbank durch die Federal Reserve Bank in Neuyork einen Bereitschaftskredit von 300 Millionen Dollars zur Verfügung zu stellen, um Deutschland seine Verpflichtungen am Quartalsletzen zu ermöglichen. Der Vorschlag Hoovers wurde den Gesandten und Botschaftern aller beteiligten Mächte übermittelt. **Der Plan des amerikanischen Präsidenten entlastete Deutschland von etwa anderthalb Milliarden Reparationszahlungen.**

**Hoovers
Tributmoratorium**

Die Welt atmete auf. In England ward der Plan "auf das Herzlichste" begrüßt. Mussolini sprach seine "herzliche Zustimmung" aus. Deutschland war selbstverständlich einverstanden. Etwas zögernd trat Belgien "in voller Aufrichtigkeit" dem Plane bei. In Moskau aber war man sehr enttäuscht. Durch Amerikas Hilfe seien die günstigen Revolutionsaussichten für lange Zeit vernichtet. Max Hölz hielt eine Rede in Moskau, worin er sagte, 90 Prozent der Siegesaussichten für den Kommunismus in Deutschland seien zerstört.

Aber darauf kam es jetzt weniger an. Viel bedenklicher war, daß **Frankreich sich störrisch dem Plane Hoovers widersetzte. Frankreich machte Einwendungen.** Deutschland solle den ungeschützten Teil der Zahlungen, 612 Millionen, an die Bank in Basel zahlen. Die auf Frankreich entfallenden 500 Millionen solle Deutschland als Anleihe zurückerhalten, dagegen solle der Rest den

französischen Trabanten in Ost- und Südosteuropa zufließen. Die gesamten gestundeten Zahlungen müßten nach Ablauf eines Jahres sofort und in voller Höhe nachgezahlt werden. Sachlieferungsverträge müßten weiter ausgeführt werden. Deutschland müsse Garantien geben, daß nach Ablauf des Feierjahres die Youngplanzahlungen in voller Höhe wieder aufgenommen würden. Deutschland dürfe die finanzielle Entlastung nicht zum Ausbau seiner militärischen Rüstungen benutzen. **Auch politische Forderungen wurden gestellt:** Ostlocarno zur Sicherung der polnischen Grenze, Verzicht auf die Zollunion, Unterdrückung des Stahlhelms und der Nationalsozialistischen Partei.

Amerika war empört. Hearst schrieb in 18 Zeitungen:

"Frankreich ist eine ständige Kriegsdrohung. Es benutzt gestohlene Gelder, um eine gigantische Kriegsmaschine aufzubauen, um Europa zu unterjochen. Frankreichs großsprecherische Piratennation sollte vor ein Weltkriegsgericht gestellt und gezwungen werden, Frieden zu halten, oder die vernichtenden Folgen seiner Politik zu tragen."

Die Welt stand gegen Frankreich.

Der 76jährige Staatssekretär Mellon kämpfte in Paris einen erbitterten Kampf. Er sparte nicht mit Drohungen. Er forderte von Frankreich wesentliche Einschränkung seiner Heeresausgaben. Aber Frankreich war hartnäckig, und Deutschland ward verraten. Der Abgeordnete Breitscheid nahm an den Besprechungen der französischen Kammersozialisten teil und beeinflusste sie dahin, daß sie der französischen Regierungspolitik und den französischen Vorbehalten zum Hooverplan zustimmten!

Die Verhandlungen Mellons zogen sich in die Länge. Laval erklärte, er bleibe fest. Er verlangte, daß Deutschland die gestundeten Beträge in spätestens fünf Jahren nach Ablauf des Moratoriums nachzahlen solle. Mellon schlug eine Frist von 25 Jahren vor. Frankreich verlangte Garantien, daß Deutschland in den nächsten fünf Jahren keinen neuen Moratoriumsantrag stelle. Mellon legte sich aufs Bitten. Man kam nicht weiter, man war verzweifelt. Der 1. Juli war da. Die Reichsbank mußte einen amerikanischen Kredit von 100 Millionen Dollars in Anspruch nehmen, um über den kritischen Termin hinwegzukommen und Zahlungen zu leisten. **Schon erwog man in Washington, den Hooverplan ohne Frankreich durchzuführen. In Amerika wuchs der Unwille. Man forderte Youngplanrevision, ja, Beseitigung der Kriegsschulden.**

Endlich, am 6. Juli, nach fast vierzehntägigem Ringen und nachdem Mussolini bereits von sich aus, ganz unabhängig von den französisch-amerikanischen Verhandlungen, seinen Schuldner ein Moratorium gewährt hatte, wurde **zwischen Frankreich und Amerika ein Kompromiß geschlossen:** die Zahlungen der interalliierten Schulden werden vom 31. Juli 1931 bis 30. Juli 1932 aufgehoben, das Reich liefert die ungeschützte Jahresrate an die Basler Bank ab, aber die französische Regierung stellt ihren Anteil von 500 Millionen der deutschen Regierung als Anleihe zur Verfügung gegen Hinterlegung von Reichsbahnschuldverschreibungen; alle Zahlungen sind zu verzinsen unter den von Amerika angeregten Bedingungen und sollen in zehn Jahresraten vom 11. Juli 1933 ab amortisiert werden. (Mellon hatte 35 Jahresraten vorgeschlagen.) Die Zentralnotenbanken sollen durch die Basler Bank den osteuropäischen Staaten für ihren Ausfall an den ungeschützten Zahlungen einen Kredit zur Verfügung stellen. Frankreich mußte, gegen seinen Willen, der Basler Bank in monatlichen Raten einen Garantiefonds in Höhe seines Anteils an den ungeschützten Zahlungen übernehmen. Der Versuch Frankreichs, diese seine Verpflichtung aus dem Youngplan auf Deutschland abzuwälzen, mißlang. Die Frage der Sachlieferungen soll auf einer Konferenz in London geregelt werden. Schließlich behält sich Frankreich das Recht vor, von der deutschen Regierung die unerläßlichen Zusicherungen bezüglich der Verwendung des ihr zur Verfügung gestellten Kredites zu lediglich wirtschaftlichen Zwecken zu verlangen.

Auch dieses Hooverkompromiß bewies wieder einmal, daß Frankreich gesiegt hatte. Frankreich hatte wesentliche Forderungen gegen Mellon durchgesetzt, nicht allein, weil die deutsche Sozialdemokratie wieder einmal eine verräterische Rolle gespielt hatte, sondern **weil Brüning unter der Zwangsvorstellung litt, daß man Frankreich beschwichtigen müsse, um freundschaftliche Beziehungen zu erreichen. Diese verhängnisvolle Idee beherrschte die äußeren**

Schicksale Deutschlands seit mehr als 12 Jahren, und an ihr, ob sie nun sichtbar oder unsichtbar blieb, scheiterten alle Versuche Englands und Amerikas, Deutschland zu helfen.

Was brachte denn nun der Hooverkompromiß? Er war ein augenblickliches Narkotikum, das nicht heilte, sondern nur betäubte. Die Entlastung von anderthalb Milliarden kam den deutschen Staatsbürgern nicht zugute. Die Notverordnung blieb in unverminderter Härte stehen. Ja noch mehr! Ein neuer Sturm Frankreichs auf die Reichsbank setzte ein! Am 6. Juli wurden abermals Kredite in Höhe von 80 Millionen abgezogen. **Jetzt endlich kamen deutsche Staatsmänner zu der Erkenntnis, daß es sich bei diesen Angriffen nicht um wirtschaftliches Vertrauen oder Mißtrauen handelte, sondern daß alles auf politische Motive zurückzuführen war: Frankreich wollte Deutschland in die Knie zwingen.** Zollunion, Ostlocarno. Zum ersten Male nahm die Reichsbank einen Kredit der Golddiskontbank in Höhe von 50 Millionen Dollars in Anspruch, denn ein Teil der Tribute mußte noch am 15. Juli gezahlt werden.

Eine neue Krisis zog herauf. In England ist man voll schwerer Sorge. Man rechnete, daß Deutschland eine Anleihe von 1,6 Milliarden Mark brauche, um über die schwerste Not hinwegzukommen. Mit aller Verzweiflung suchte die Reichsregierung Auslandskredite ins Land zu ziehen. Um die ausländischen Gläubiger zu beruhigen und sicherzustellen, notverordnete Hindenburg am 8. Juli, daß alle Unternehmer mit mehr als fünf Millionen Vermögen verpflichtet seien, eine Ausfallbürgschaft bis insgesamt 500 Millionen Mark für etwaige Ausfälle in ausländischen Kreditgeschäften zu übernehmen. Gleichzeitig reiste der Reichsbankpräsident Luther nach London, um in seiner Not mit Montague Norman zu verhandeln. Jetzt aber war der Engländer unnahbar. Und Luther mußte sich soweit demütigen, daß er ihm nacheilte, um ihn wenigstens noch im Eisenbahnzuge zu erreichen!

**Auslandssturm
auf Reichsbank**

Frankreich war stark wie noch nie nach dem Kriege. Wenn jetzt die Deutschen wegen ihrer Kredite gekrochen kamen, und das würde bestimmt geschehen, dann würde Laval hohnlächelnd sagen: erst duckt euch unter unsere politischen Forderungen, dann wollen wir mal sehen! So schrecklich wie die Regierung Brüning ist eigentlich nur die Regierung Erzberger von den Franzosen gedemütigt worden.

Sogar noch weiter ging Frankreich. Es begann auch einen Druck auf London auszuüben durch Zurückziehung seiner Kredite. **Inzwischen bettelte Luther in Paris um Kredite.** Verzicht auf Panzerkreuzer, Verzicht auf Zollunion, Ostlocarno fordern die Franzosen dagegen. Mit wahrhaft sadistischer Grausamkeit weideten sie sich an den Qualen des hilflosen Reichsbankpräsidenten. Natürlich erreichte er nichts! **Unerbittlich bestand Frankreich auf seinen Forderungen, welche die phantastischsten Ausmaße annahmen,** u. a. auch Auflösung der Nationalsozialistischen Partei, Ausweisung Hitlers, Unterdrückung des Stahlhelms. Der deutsche Botschafter von Hoesch in Paris mußte sich bereitfinden, am Sonntag, dem 12. Juli, einen Bittgang zum Ministerpräsidenten Laval zu unternehmen. Endlich, um 10 Uhr abends, konnte er den Franzosen nach vielen vergeblichen Bemühungen sprechen und Deutschlands Not schildern.

Bankkatastrophe

Inzwischen geschah in Deutschland etwas. Der Sturm auf die deutschen Banken wurde fortgesetzt. Über Schweiz und Holland flossen die Devisen ab. Es waren jetzt nicht nur ausländische Gläubiger, die ihre kurzfristigen Kredite zurückzogen, sondern auch Deutsche, die in starkem Umfange jetzt ihr Kapital ins Ausland flüchteten. Am Sonnabend, dem 11. Juli, mußte die Reichsbank 103 Millionen Mark Devisen abgeben. Am folgenden Montag mußte die Darmstädter und Nationalbank die Schalter geschlossen halten. Die Bank war ausgepumpt, ruiniert, da sie, vielleicht etwas zu weitherzig, von den kurzfristigen Auslandskrediten Gebrauch gemacht hatte.

Brüning stand vor einer gefährlichen Wendung. Kaum war die Reparationskrise behoben, da brach eine neue, viel schwerere wirtschaftliche Sturzwelle herein. Frankreich jubelte, England machte Luther die bittersten Vorwürfe. Er hätte sich 14 Tage vorher um den Gang der Entwicklung kümmern sollen. Auch in der Schweiz hatte man den Eindruck, daß Luther versagt hatte. Von Frankreich hatte die Reichsregierung nichts zu hoffen. Sie war sich klar darüber, daß **die Erfüllung**

der innenpolitischen Forderungen Frankreichs in Deutschland die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschwören könne. Man war der Verzweiflung nahe. Man dachte im ersten Augenblick daran, überhaupt sämtliche Schuldentzahlungen einzustellen, die Auslandskredite durch einen Konkurs zu annullieren. Das schien aber bei längerer Überlegung unmöglich. Zunächst mußte man sich selbst helfen. Man mußte das Volk beruhigen, indem das Reich erklärte, es übernehme die volle Garantie für die Verpflichtungen der Danatbank. Dann wurden zwei Bankenfeiertage verordnet, um den in Verwirrung geratenen Bankenorganismus sich wieder beruhigen zu lassen und einen Ansturm der Gläubiger zu verhindern. Die Basler Bank tat nichts weiter, als den Rediskontkredit von 100 Millionen Dollar für die Reichsbank zu verlängern. Ein Antrag von Montague Norman, diesen Rediskontkredit zu erhöhen, wurde durch Frankreich und Belgien zu Fall gebracht.



*Berlin im Zeichen der Zahlungsschwierigkeiten der Danatbank:
Ansammlungen vor der Städtischen Sparkasse (Stadtbank) am Mühlendamm. [Photo Scherl?]*

Brüning stand vor der Aufgabe, aus eigener Kraft über die Krisis hinwegzukommen. Alle Mittel wurden erwogen: scharfe Bekämpfung der Kapitalflucht, Zurückgreifen auf die Rentenmark, Herabsetzung der Notendeckung, Kreditkündigungen - diese hätten eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt - vor allem die Herbeiführung eines Teilmoratoriums für in- und ausländische Schulden.

Es hagelte Notverordnungen: über beschränkte Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen, über Kapitalflucht und Devisenhamsterie, über die Beschränkung des Börsenverkehrs. Der Reichsbankdiskont wurde auf 10 Prozent erhöht, die Notendeckungsgrenze wurde herabgesetzt. **Ein katastrophaler Zusammenbruch mittlerer und kleiner Banken in den nächsten Wochen war die Folge.**

Brüning und Curtius reisten am 17. Juli nach Paris. **Die deutschen Minister konnten sich immer noch nicht von der krankhaften Liebe zu Frankreich freimachen,** trotzdem die Zusammenhänge klar zutage lagen. In **unbegreiflicher Verblendung** schrieb das Zentrumsblatt *Germania*:

*Konferenzen in
Paris und London*

"Wenn Frankreich in diesem Augenblicke von sich aus, ohne kleinliche politische Forderungen zu stellen, in der Kreditaktion die Führung ergreift, dann würde es das Hauptverdienst an der Rettung aus der deutschen Krise tragen und in Deutschland würde diese Hand-

lungsweise nicht vergessen werden. Frankreich bringt keine Opfer und geht kein Risiko ein, wenn es mit dieser Kreditaktion gleichzeitig eine neue Basis deutschfranzösischer Wirtschaftszusammenarbeit schafft, die eine tragfähigere Grundlage der Politik darstellt als machtpolitische Instrumente und ein lückenloses Bündnissystem. Der deutsche Besuch in Paris würde unter diesen Umständen die günstigsten Aussichten auf eine Verständigung eröffnen..."

In Paris wurde Brüning eine Zwei-Milliarden-Anleihe zur Verfügung gestellt - gegen Verpfändung der Zölle, Kontrolle über die deutsche Anleihenpolitik und deutschen Verzicht auf Versailles. **Brüning war enttäuscht. Das konnte er nicht annehmen. Auch in Amerika und England entrüstete man sich über die französischen Forderungen.** Das einzige, was man in Paris erwog, war der Plan, in den Gläubigerländern Stillhaltekonsortien zu bilden, die weitere Kapitalabzüge aus Deutschland verhindern sollten.

Dann ging's nach **London**. Macdonald hatte zu einer **Ministerkonferenz** eingeladen, an der Amerika, Deutschland, Japan, Italien, Belgien und Frankreich teilnehmen sollten. Am 20. Juli eröffnete Macdonald die Konferenz. Er rückte Deutschlands Not in den Mittelpunkt. Zwei Wege gäbe es, diese Not zu bannen: entweder neue Anleihen, wie man sie in Paris besprochen habe, oder Deutschland von innen heraus zu stärken. Brüning faßte seine Pläne in zwei Grundforderungen zusammen: Verhinderung der Zurücknahme weiterer ausländischer Kredite und Vergrößerung der Golddecke.

Es kam, wie vorauszusehen, zu harten Zusammenstößen zwischen Laval und Snowden. Der Franzose bestand auf seinen politischen Bindungen, falls Deutschland geholfen werden solle. Er lockte wieder mit der Zweimilliardenanleihe, drohte schließlich, die Verhandlungen abzubrechen, als er bei den andern Teilnehmern nur Ablehnung erfuhr.

Die Konferenz beschäftigte sich dann mit dem Beschluß der Basler Bank, den 100-Millionen-Dollarkredit zu verlängern. Der Kredit lief am 16. August ab, wurde jetzt aber um drei Monate prolongiert. Dann gaben die Gläubiger auf ausdrückliches Drängen Deutschlands ihre Zustimmung, daß weitere kurzfristige Anleihen aus Deutschland nicht abgezogen werden sollten, sondern daß die Gläubiger eine Reihe von Monaten stillhalten sollen. Schließlich warf Brüning die Frage nach einem neuen kurzfristigen Kredit an Deutschland auf. Er schlug vor, daß die Notenbanken der einzelnen Staaten durch die Basler Bank einen Ausschuß von Banksachverständigen berufen sollen, die sich in Berlin mit Deutschlands Wirtschafts- und Finanzlage beschäftigen würden.

Das Londoner Ergebnis war also nur eine Zwischenlösung: Dreimonatige Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Kredites, das Stillhalten der Gläubiger gegen weitere Kreditabzüge, und das Banksachverständigenkomitee. Die erwartete neue Anleihe erhielt Brüning nicht. **Die politische Folge der Londoner Konferenz, die am 24. Juli geschlossen wurde, war eine weitere Verschärfung des französischen Gegensatzes zu Deutschland,** den Brüning auf der gemeinsamen Rückreise mit Laval zu beseitigen mehr als nötig sich bemühte.

Für England, das offensichtlich Deutschland helfen wollte, hatte die Konferenz außerdem noch die Folge, daß das goldmächtige **Frankreich seinen Angriff, den es bisher gegen Österreich und Deutschland gerichtet hatte, jetzt auch gegen die englische Währung richtete.** Vom 14. bis 24. Juli wurden von den 150 Millionen Pfund französischer Kredite 40 Millionen Pfund zurückgezogen. Dieser Vorgang trug erheblich dazu bei, daß England im September seine Währung von der Goldbasis löste.

Brüning äußerte sich über die Konferenz folgendermaßen: Sie habe nur eine Zwischenlösung gebracht, er habe auch von vornherein nichts anderes erwartet. Die Gegensätze zwischen Frankreich einerseits und Amerika-England andererseits hätten große Schwierigkeiten bereitet. Immerhin sei der Ausgang der Konferenz sehr gut, sie sei die Vorbereitung für eine Dauerlösung. Brüning hatte außerdem die Absicht, neben dem Ausschuß der Banksachverständigen, den die Basler Bank ernennen solle, noch einen davon vollständig getrennten Ausschuß von Bankiers zu ernennen. Brüning ging also ähnlich vor wie Wirth in dem kritischen Herbst 1922.

Die Ansicht der nationalen Opposition war eine andre. Bereits am 21. Juli telegraphierte sie an Brüning in London, sie mache in aller Form darauf aufmerksam, daß sie, gemäß ihrer Grundeinstellung, neue Bedingungen, die gegenüber Frankreich eingegangen würden, als für sie rechtsverbindlich nicht ansehen werde. Unterzeichnet war das Telegramm vom Grafen Goltz, Hitler, Hugenberg, Seldte, Düsterberg u. a. Die Berliner Pressestimmen des nationalen Flügels waren nach Beendigung der Konferenz der Ansicht, ihr eigentlicher Wert liege im Negativen. Wenn Laval sich mit Deutschland zu verständigen wünsche, so tue er das nur aus Furcht, daß in Deutschland einmal eine stärkere und vom Ausland unabhängige Regierung ans Ruder kommen könne als das Kabinett Brüning. Diese Ansicht wurde gewissermaßen von der linksdemokratischen *Vossischen Zeitung* bestätigt, die da meinte, ein innerpolitisches Stillhalteabkommen sollte dafür sorgen, daß neugesponnene Fäden zwischen Berlin und Paris nicht durch Kundgebungen zerstört würden, die Deutschland nichts nützen und Frankreich unnötig reizten. Deutschland hätte dann bei den kommenden Verhandlungen eine gute Chance. Diese Äußerung war ein Angriff auf den bevorstehenden Stahlhelmvolksentscheid.

Kaum war die Londoner Konferenz beendet, so zitterte schon neue Unruhe durch Europa. Macdonald und Henderson trafen am 27. Juli zu ihrem Gegenbesuche in Berlin ein, empfangen von einer starken Reichsbannerabteilung. In Deutschland und England knüpften sich Hoffnungen, in Frankreich Befürchtungen an diesen Besuch. Und Frankreich trug kein Bedenken, England fühlen zu lassen, daß es noch große Summen aus London zurückziehen könne. Und dies war wohl der Grund, daß sich der Besuch lediglich in formalen Höflichkeiten erschöpfte. Es war eben so: **ein tiefes politisches Mißtrauen erfüllte die großen Völker mit einer schmerzlichen Unsicherheit. Frankreich fürchtete eine Annäherung zwischen England und Deutschland, England fürchtete die allzuweit gehende Zuneigung der deutschen Regierung zu Frankreich, und Frankreich hatte nur das eine Bestreben, Deutschland in die Knie zu zwingen, und suchte sich bei diesem Vorhaben gewaltsam das widerstrebende England gefügig zu machen.** Eine außerordentlich hochgespannte politische Atmosphäre lastete auf Europa, vergleichbar etwa derjenigen politischen Schwüle, die in der letzten Zeit vor dem Weltkriege auf den Regierungen Europas lastete.

Wenden wir uns nun den inneren Vorgängen in Deutschland zu.

Das deutsche Wirtschaftsleben befand sich in einer tiefen Zerrüttung. Die **Ära der Borgwirtschaft ausländischen Geldes** 1924-1929 hatte etwa **ähnliche Folgen wie die Inflationszeit**. Viele Betriebe konnten nicht mehr bescheiden mit kleinen Zahlen rechnen, allzugern griffen die Unternehmer nach den mit vollen Händen aufgeprägten Auslandskrediten, ohne sich wegen der Rückzahlung Sorgen zu machen. Die Banken bewilligten und gaben Geld, nahmen Zinsen und Provisionen und dachten auch nicht daran, daß man eines Tages das geliehene Geld von ihnen zurückfordern konnte. Aber das, was durch das geliehene Geld an Vermehrung des Kapitals erhofft wurde, trat nicht ein, da sowohl der Export wie die inländische Kaufkraft immer tiefer sanken. Ein Taumel der Leichtfertigkeit, ja der Gewissenlosigkeit hatte die kapitalistische Wirtschaft ergriffen, und letztthin war die Darmstädter und Nationalbank ein nicht schuldloses Opfer dieser Verhältnisse geworden.

Zustand der deutschen Wirtschaft

Das Zurückziehen und Ausbleiben ausländischer Kredite hatte gewaltige Zusammenbrüche großer Unternehmen zur Folge. Verfehlte Spekulationen, Untreue, Betrügereien, Depotunterschlagungen, Verfehlungen anderer Art, der ganze Schmutz niedriger Habgier wurde in immer neuen Katastrophen enthüllt. Schon seit August 1929 begann dieser Totentanz mit dem Zusammenbruch der Raiffeisenbank, der Frankfurter Allgemeinen Versicherungsaktiengesellschaft und der Südwestdeutschen Bank. Dann brach die korrupte Kleiderverwertungsgesellschaft der **Brüder Sklarek** zusammen, und der Prozeß, der mit Zuchthausstrafen für die Sklareks endete, ist für diese Zeitspanne ebenso typisch wie der **Barmatprozeß** für die Inflationszeit. Zahlreiche Beamte des Berliner Magistrats bis zum Berliner Oberbürgermeister Böß hinauf staken bis zum Halse im Korruptionssumpfe.

Nach dem Juli 1931 gab es dann **zahlreiche weitere Katastrophen**: Banken, Beamtenbanken, Mühlenbauindustrie Frankfurt a. M., Brandenburgische Holzindustrie, Deutsche Autoversicherung

Stuttgart, Norddeutsche Wollkämmerei in Bremen, Deutsch-evangelische Heimstättengesellschaft in Berlin, Chemnitzer Teppichfabrik Kohorn, Schultheiß-Patzenhoferbrauerei in Berlin, um nur einige zu nennen, gingen im Strudel unter. An diesen Zusammenbrüchen verlor das deutsche Volk $\frac{3}{4}$ Milliarden seines Vermögens, und sehr oft waren es kleine Leute, die um all ihre Spargroschen betrogen wurden!

Um **die kapitalistische Katastrophe** nicht über dem Volke zusammenschlagen zu lassen, war die Regierung genötigt, eine Anzahl bedrohter, aber noch verhältnismäßig gesunder Unternehmungen der Industrie zu subventionieren, besonders die westdeutsche Montanindustrie, wo eine Zeche nach der anderen die Tore schloß und die schwingenden Räder stillstanden, auch in der Maschinen- und Fahrzeugindustrie. Etwa eine halbe Milliarde Gelder waren dazu nötig, nicht mitgerechnet etwa $\frac{3}{4}$ Milliarden, welche zur Stützung einer Anzahl von Banken verwandt wurden. Die Industrieproduktion war auf den Stand von 1900 zurückgegangen.



*Folgen der Wirtschaftsnot 1931:
Sterbende Zechen an der Ruhr. Photo Scherl.*



*Not der Arbeitslosen: Sie suchen Kohlen auf den
Halden des Ruhrgebietes. Photo Scherl.*



*Guben: Stillgelegtes Braunkohlenbergwerk 1931.
Photo Scherl.*



*Guben: Niedergelegte Eisenbahnwerkstätten 1931.
Photo Scherl.*

Allerdings war es auch eine Anklage gegen die Wirtschaft, die besonders und nicht mit Unrecht von den Linksparteien erhoben wurde, daß viel Geld, etwa 2 Milliarden, durch Fehlleitungen unnütz vergeudet wurde.

Nicht anders sah es **bei den marxistischen Unternehmungen** aus. Ein Beispiel dafür bot das Krankenkassenwesen. Die marxistischen Leiter errichteten herrliche und prunkvolle Verwaltungspaläste, die in keinem Verhältnis zur würgenden Not des Volkes standen. Mit vollen Händen warfen sie die Millionen, die sich die Versicherten vom kargen Lohne absparen mußten, hinaus. Es kümmerte sie herzlich wenig, ob der Bau später doppelt oder dreimal so teuer wurde als ursprünglich veranschlagt war! Die großen Städte Berlin, Frankfurt, Düsseldorf, Halle, Breslau, Dortmund, Braunschweig, Altona, Magdeburg, Solingen, Chemnitz waren Zeugen dieser gewissenlosen marxistischen Wirt-

schaft. - Und dazu die Habgier und Korruption sozialdemokratischer Beamter in hohen Stellen! So mußten zwei höhere Beamte der Provinzialverwaltung in Merseburg wegen Amtsunterschlagung mit Gefängnis bestraft werden.

Das Hoffnungslose des ganzen Zustandes lag also darin, daß keine Regierung, keine geschwächte Staatsmacht mehr in der Lage war, diesen Zusammenbruch des anonym-kapitalistischen Großwirtschaftssystems aufzuhalten. Er war eine höhere Gewalt, die unerbittlich durchs Volk schritt, die Zahl der Arbeitslosen vergrößernd, eine Anklage gegen ein System der Massenvirtschaft, sei es nun kapitalistisch oder marxistisch, die mit zwingender Notwendigkeit eine Heilung forderte und nach den Leuten rief, die den Mut hatten, diese Heilung durchzuführen. -

Kommunisten

Das Schwelen des unterirdischen kommunistischen Bürgerkrieges in Deutschland war zu einer Dauererscheinung geworden. Die Regierungen erwiesen sich als machtlos, das dunkle Treiben zu beseitigen, sie fühlten sich nur in der Lage, Ausschreitungen zu verhindern, daß nicht einmal unversehens der kranke Staat stürzte. Man konnte bei den sozialistischen Regierungen, besonders in Preußen, erkennen, daß sie geradezu das kommunistische Treiben begrüßten, als ein Gegengewicht gegen die nationale Opposition. Man kann die ganze Severingsche Innenpolitik dahin kennzeichnen: sie war ein schlafwandlerisches Balancieren, hart am eignen Sturz vorbei, zwischen nationaler Opposition und Bolschewismus. **Die ganze innere Schwäche des Systems lag darin, daß es sich nur noch halten konnte durch die gegenseitige Zerfleischung des Volkes.**

Es würde ermüden, all die Zusammenrottungen und Plünderungen in den großen Städten aufzuzählen. Was ward dagegen getan? Als die Nationalsozialisten einen großen Sporttag für Berlin ansetzten, ward er umgehend von Severing verboten. Dagegen erlaubte der Minister ein ähnliches kommunistisches Unternehmen, die Rote Spartakiade. Erst als in Berlin Polizeibeamte angegriffen und getötet wurden, als man in Berlin und im Ruhrgebiet geheime kommunistische Rundschreiben über die Vorbereitung größerer Aktionen fand, verstand sich Severing dazu, auf Druck der Reichsregierung auch die Rote Spartakiade zu verbieten und einen verschärften Schießerlaß für die Polizei herauszugeben.

Aber die Kommunisten hatten ein feines Gefühl für Severings Schwäche. Anfang Juli erklärte der deutsche Reichstagsabgeordnete Piek in Moskau, im kommenden Herbst werde der Generalangriff gegen das Bürgertum beginnen. Daß dem so war, bewiesen große Waffenfunde in Berlin und Magdeburg und andern norddeutschen Städten. **Die entdeckten kommunistischen Waffenlager wurden als die größten Waffenlager seit der Entwaffnung bezeichnet.** Kein Zweifel, daß eine große kommunistische Erhebung vorbereitet wurde. Zahlreiche Funktionäre kamen in Haft. Als der schwarze 13. Juli kam, jubelte Moskau. In wenigen Monaten werden die deutschen Kommunisten in Berlin die roten Banner hissen können, schrieb die *Prawda*. Mit vermehrten Kräften suchte jetzt die Polizei nach Dokumenten und Plänen. Und sie fand sie! Aus ihnen ging hervor, daß **auf Weisung Moskaus eine große Aktion in Verbindung mit dem Finanzausbruch vorbereitet wurde.** Gleichsam ein Wetterleuchten des drohenden Unheils waren der Aufruhr in Gelsenkirchen am 16. Juli, wo 40 Geschäfte geplündert wurden, die Schießereien in Koblenz und Trier.

Um die "politischen Ausschreitungen" zu bekämpfen, hatten der Reichspräsident und die Reichsregierung am 17. Juli eine Notverordnung erlassen, durch welche die Pressefreiheit stark beschränkt wurde. Dadurch wurde den Behörden ein weitgehendes Recht in bezug auf Verbote und Strafen zugesprochen, und sie machten von diesem Rechte ausgiebig Gebrauch.

Als die Kommunisten nun ihre Pläne vereitelt sahen, da versuchten sie, auf Severing einen Druck auszuüben. Sie verlangten Herstellung der vollen Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit für die Arbeiterschaft, Außerkraftsetzung der Notverordnung, sofortige Zurücknahme aller Abbaumaßnahmen der Bezüge bei den Erwerbslosen und unteren Beamten, Sicherung der vollen und sofortigen Auszahlung aller kleineren Guthaben bei allen preußischen Sparkassen, sofortige Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes als der Kampforganisation gegen Nationalsozialisten und Stahlhelmer. "Von der Annahme oder Nichtannahme dieser Forderungen macht die Kommunisti-

sche Partei ihre Stellungnahme zum Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtages abhängig."

Ganz abgesehen davon, daß Severing einen Teil dieser Bedingungen zu erfüllen gar nicht in der Lage war, weil sie vom Reiche verordnet waren, antwortete Severing, "daß die preußische Staatsregierung es ablehnt, Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zum Gegenstande eines politischen Tauschhandels zu machen." Darauf beschloß die Kommunistische Partei, ihre Anhänger aufzufordern, für die Auflösung des preußischen Landtages zu stimmen.

Auch auf der Seite der nationalen Opposition verstärkte sich die Aktivität.

**Nationale
Opposition**



Studentenunruhen vor der Universität in Berlin.
Photo Scherl.

Immer schärfer trat hier jetzt das junge Deutschland in die Erscheinung, an den Universitäten kochte und gärte es. Zusammenstöße und Unruhen häuften sich, und der preußische Volksbildungsminister Grimme richtete an die Universitätsrektoren einen Erlaß, worin er Anwendung schärfster Maßnahmen zur Bekämpfung politischer Zusammenstöße empfahl. Den Studentenunruhen in Berlin, Königsberg, Halle folgten jetzt Zwischenfälle in Köln, weil die geplante Kundgebung gegen Kriegsschuldlinge und Versailles untersagt worden war. Auch in Greifswald kam es zu Zusammenstößen, in beiden Fällen griff Polizei mit dem Gummiknüppel ein.

Unter dem Drucke der schweren politischen und wirtschaftlichen Krise führten Hitler und Hugenberg am 9. Juli 1931 in Berlin den **Zusammenschluß der nationalen Opposition** herbei: "Die nationale Opposition wird den Entscheidungskampf zur Niederringung des heutigen Systems einleiten und durchführen." Dieser Schritt der festen Zusammenfügung wurde ausgelöst durch das Mißtrauen, das man Brüning gegenüber in bezug auf die französischen Forderungen betreffs Auflösung der Nationalsozialistischen Partei und der Ausweisung Hitlers hatte.

Gerade damals in den kritischen Tagen wurde der nationalen Opposition von ihren Gegnern der Vorwurf gemacht, sie suche sich der Verantwortung zu entziehen. Hitler gab gegen alle derartigen Vorwürfe eine Erklärung folgenden Wortlautes ab:

"Das Eintreffen dieser Krise wurde von uns seit Jahren vorhergesagt. Schuld daran sind die Friedensverträge mit ihren nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche Leben der Völker bedrohenden und vernichtenden Folgen. Die letzte und schwerste Folge wird das Hineintaumeln in das bolschewistische Chaos sein. Unsere Vorschläge zur **Besserung der Lage sind solange undurchführbar, als nicht ein durchgreifender Systemwechsel in Deutschland eine klare antibolschewistische Front herstellt.** Nur auf dieser eindeutigen Grundlage ist noch eine Rettung von Staat und Wirtschaft vor der bolschewistischen Katastrophe möglich, die sonst ganz Europa in schwerste Mitleidenschaft ziehen wird. **Wir sind jederzeit bereit, die Verantwortung für eine Sanierung allein oder mit andern zu übernehmen.**"

Auch Hugenberg und Goltz an der Spitze der Vereinigten Vaterländischen Verbände verlangten einen systematischen Kurswechsel.

Stahlhelmvolsentscheid

Den ersten Schritt zu diesem geforderten Systemwechsel und der Übernahme der Verantwortung durch die nationale Opposition sollte der **Stahlhelmvolsentscheid** bringen. Seit Ende Juli wurden die Vorbereitungen dazu getroffen, sehr zum Ärger Frankreichs, das da glaubte, die Tage der Regierung Braun in Preußen seien gezählt und eine vollkommene Neuorientierung der deutschen Politik zum Schaden Frankreichs könne eintreten. Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Vereinigten Vaterländischen Verbände, der Christlich-soziale Volks-

dienst, die Deutsche Volkspartei erließen Aufrufe zur Beteiligung am Volksentscheid.



Stahlhelmkundgebung zum Volksentscheid 1931 im Berliner Lustgarten. [Photo Scher!]



Berliner Nationalsozialisten im Sportpalast. Versammlung zum Volksentscheid, Anfang August 1931. [Photo Scher!]

Auch die Kommunisten stellten, wie wir sahen, eine Teilnahme in Aussicht. Aber dessen ungeachtet mehrten sich wieder die blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In Berlin brachte der 2. August mit seinen kommunistischen Demonstrationen gegen den Krieg sowieso wieder Unruhen.

Die Welt erwartete mit Spannung den Volksentscheid. In **Italien** stand man einem günstigen Verlauf wohlwollend gegenüber. Man erwartete ihn. In **Schweden** zeigte man Sympathien für das Vorgehen des Stahlhelm. Mit Recht erklärte man in Deutschland, daß die Politik der Selbsterniedrigung, die in Locarno, Thoiry, dem Haag und dem Youngplan kulminierte, die Hauptschuld an der Verarmung Deutschlands trüge. Hugenberg und seine Gesinnungsfreunde hätten recht behalten und könnten mit Stolz darauf hinweisen, daß die bedeutendsten Wirtschaftler der Welt sich ihrer Ansicht angeschlossen hätten. So schrieb das *Aftonbladet*. In Paris fabelte man von einem bevorstehenden Staatsstreich Hitlers; in **England** war man kühler.

Die Regierenden in Deutschland wurden nervös. Selbst im Zentrum, das ja den Volksentscheid ablehnte, war man zwiespältiger Meinung, und eine zwieträchtliche Spannung griff Platz. Brüning hielt am 4. August im deutschen Rundfunk eine Rede, worin er sagte:

"Als Staatsbürger - nicht als Parteipolitiker - erkläre ich Ihnen, daß Sie mich nicht an der Wahlurne sehen werden. Nicht Zuspitzung der parteipolitischen Gegensätze ist das Gebot der Stunde, sondern ihre Fruchtbarmachung in einer diese Gegensätze überbrückenden schöpferischen Synthese."

Severing meinte, gerade jetzt, in der großen Krise, müsse die sozialistische Regierung in Preußen am Ruder bleiben. Der Ministerpräsident Braun sah plötzlich die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform und der Verbilligung des Staatshaushaltes ein. Am 7. August erließ die Staatsregierung einen von wilder Demagogie erfüllten Aufruf. Darin war die Rede von Preußen, dem letzten großen Bollwerk, der Zitadelle der Demokratie und Republik in Deutschland. Die Gegner wollten nur die Vernichtung aller Volksrechte seit 1918:

"Wer aus blindem Haß der Errungenschaften der Demokratie den Sturz der Regierung der Weimarer Koalition in Preußen will, wer an die Stelle von Ordnung und Sicherheit die gegenseitige Zerfleischung der dann um die Herrschaft kämpfenden radikalen Parteien, also den Bruderkrieg im eigenen Land, setzen will, wer die mühsam angeknüpften, von der deutschen Wirtschaft zur europäischen Umwelt führenden Fäden wieder zerreißen will, wer ein Sowjetpreußen oder ein faschistisches Preußen will, der gehe zum Volksentscheid und stimme mit 'ja'. Wer dagegen für den sozialen und demokratischen Ausbau der deutschen Republik und des Freistaates Preußen ist, wer der Preußischen Regierung mithelfen will, uns aus dem furchtbaren Elend der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in hartem und zähem Kampf wieder aufwärts zur Gesundung zu führen, wer Vernunft, Besonnenheit und tiefe, glühende Liebe zu Volk und Vaterland gerade in schwerster Zeit beweisen will, der folge der Parole: Haltet euch fern vom Volksentscheid! Beteiligt euch nicht am Volksentscheid!"

Jedes Wort dieser Verzweiflungstat war ein Hohn auf die Wahrheit. Ein Sturm der Empörung brach los. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* sagte, dies sei politischer Unfug, und forderte Austritt der Zentrumsminister aus der Preußenregierung. Die ganze Rechtspresse war entrüstet. Stahlhelm und Volkspartei protestierten bei Hindenburg und Reichsregierung gegen diese gewaltsame Wahlbeeinflussung. Auch die Deutschnationalen taten dies, selbst den Demokraten war es zuviel.

Die Preußenregierung hatte nämlich außerdem unter Berufung auf die Pressenotverordnung vom 17. Juli verlangt, daß die Zeitungen diese Kundgebung an erster Stelle in Fettdruck veröffentlichen sollten. Da griff Hindenburg ein und ersuchte den Reichskanzler um Abänderung der Pressenotverordnung, damit ein ähnlicher Mißbrauch zu gewaltpolitischem Zwecke durch eine Regierung, die sich gewissenlos über Recht und Gesetz hinwegsetzte, verhindert würde. § 1 der Pressenotverordnung wurde demzufolge so abgeändert: "Die oberste Landesbehörde kann die Aufnahme einer Kundgebung **nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern** verlangen."

Am 9. August ging der Volksentscheid von statten. Er wurde, wie das nicht anders zu erwarten war, von kommunistischen Blut- und Mordtaten begleitet. In Berlin, in Altona, Koblenz, Köln wurden Angehörige der Rechtsparteien und Polizisten meuchlings getötet. Preußen hatte 26 Millionen Wähler. Davon stimmten 9,8 = 37 Prozent mit Ja. **Der Volksentscheid war gescheitert.** Die Kommunisten hatten in letzter Stunde Stimmhaltung geübt. Hindenburg und die Mitglieder des Reichskabinetts waren nicht zur Abstimmung gegangen. Braun und Laval atmeten auf.

Dennoch bewies das Ergebnis, daß von den Wählern, die Nichtwähler ausgeschlossen, fast 10 Millionen gegen das herrschende System gestimmt hatten, während sich dieses nur auf etwa 8 Millionen stützen konnte. Braun und Severing hatten einen Pyrrhussieg erfochten. Die Sozialdemokratie, nicht-beamtete und beamtete, ließ jetzt ihrem Haß die Zügel schießen. Auf dem Koblenzer Reichsbanner-tag gab der Reichsbannerführer Hörsing preis, was er alles tun würde, wenn er Brüning wäre: Hitler und den deutschen Kronprinzen ausweisen, die Nationalsozialistische und Kommunistische Partei auflösen, alle Fürstenvermögen enteignen, alle Beamten, die nicht zur Republik stünden, ohne Pension entlassen. Ministerpräsident Braun scheute sich nicht, im Gegensatz zu Hindenburg zu treten. In einer öffentlichen Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei sagte er gelegentlich:

**Sozialdemokratische
Verfassungsverletzungen**

"Der Umstand, daß der Herr Reichspräsident Ehrenmitglied des Stahlhelms ist, verpflichtet mich und die preußische Regierung nicht, uns vom Stahlhelm und seinen Volksentscheidsgenossen, die vom Kreml in Moskau bis zum Braunen Haus in München reichen, ohne Widerspruch verunglimpfen und beschimpfen zu lassen."

Die *Märkische Volkszeitung* rief zum allgemeinen Kampfe auf. Die reaktionären Hetzer mußten mit Stumpf und Stiel ausgerottet und mitsamt ihrem Adolf Hitler und sonstigen Geistern aus der Republik hinausgejagt werden. Ja, in Stade wurden sogar die Namen der Bürger, die am Volksentscheid teilgenommen hatten, in Listen zusammengefaßt und im Gewerkschaftshaus zu öffentlicher Einsicht ausgelegt. So sollten die, die für Auflösung des Landtages waren, gebrandmarkt werden. Die Stader Sozialdemokraten wagten sogar tagelang dem Auslegungsverbot des Hannoverschen Oberpräsidenten zu trotzen! Die von Friedrich Ebert, dem Sohne des ersten Reichspräsidenten, geleitete *Brandenburger Zeitung* veröffentlichte die Namen von 15 Polizeioffizieren und 23 andern Beamten der Brandenburger Polizeischule, die am Volksentscheid teilgenommen hatten. Und in der Tat beschloß die Preußenregierung auf solche Denunziation hin, die Leiter der Polizeischulen in Brandenburg, Burg, Hannoverisch-Münden, Sensburg und Frankenstein ihrer Posten zu entheben und führte diesen Beschluß auch durch! - **Die Regierung des "freien Volksstaates" griff rücksichtslos zu den Mitteln, die sie am "monarchischen Obrigkeitsstaate" verdammen zu müssen glaubte.** Tatsächlich aber hatte dieser Obrigkeitsstaat diese Mittel nur in den Zeiten finsterster Reaktion nach den Freiheitskriegen angewandt, als es noch keine Verfassungen und Parlamente gab. **Offenkundiger konnten die Machthaber der Sozialdemokratie ihre reaktionäre, terroristische Gesinnung nicht beweisen.** -

Nun lebte im August die **kommunistische Gefahr** wieder einmal stark auf. **Die Vorgänge in Berlin** führten zu einer zehntägigen Besetzung des Karl-Liebknecht-Hauses. Man entdeckte hier die Zentrale für die Zersetzungsarbeit in Schupo und Reichswehr in ganz Deutschland. Man kam kommunistischen Verschwörer- und Terrorgruppen auf die Spur, die eine Fortsetzung des verbotenen Rotfrontkämpferbundes bildeten und in Berlin etwa 1000 Mann stark waren. Ein örtliches Verbot der Kommunistischen Partei für Berlin lehnte der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski ab. Auch die preußische Regierung lehnte von sich aus ein Verbot ab, wenn es der Reichsinnenminister nicht für das ganze Reich verordnete. Die innere Spannung stieg auf einen Höhepunkt. Man entdeckte, daß für die Tage des Volksentscheides ein großer Putsch vorbereitet gewesen war. Unablässig hatte Moskau geschürt und gehetzt. In allen Teilen Norddeutschlands bestanden geheime, aber gut organisierte und wohlbewaffnete Rote Schützenbünde, Kampftruppen des Bürgerkrieges. In aller Stille führte die Polizei den großen Schlag. In Aachen und im Wurmrevier, im Ruhrgebiet, Hamborn, Duisburg, Mülheim,

**Kommunistische
Gefahr**

Recklinghausen, in Berlin, Magdeburg, Halle, Frankfurt a. d. Oder, Oberschlesien, in Chemnitz und Obersachsen wurden zahlreiche Waffen, Munition und Kampfpläne gefunden, die Führer wanderten ins Gefängnis. In einem Wäldchen bei Chemnitz wurde am helllichten Tage eine kommunistische Instruktion an Maschinengewehr und Handfeuerwaffen abgehalten. Bei Gotha hielten die Kommunisten regelmäßige militärische Übungen ab.

Die *Leipziger Neuesten Nachrichten* richteten schwere Vorwürfe gegen die preußische Regierung:

"Für die preußischen Behörden sind bisher die Führer der kommunistischen Organisation tabu gewesen und man hat sich auch nach dem blutigen Sonntag des Volksentscheides damit begnügt, daß die Leitung der Kommunistischen Partei durch ihre Abgeordneten Gohlke und Pieck der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums erklären ließ, ihre Leute nicht mehr in der Hand zu haben... Bei dieser unfähigen Haltung der preußischen Regierung ist es daher notwendig, daß nunmehr das Reich als Garant für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe ein Machtwort spricht. So wie bisher gehen die Dinge in Preußen nicht mehr weiter."

Die Polizei stieß immer tiefer in die kommunistische Verschwörung vor. **Immer offensichtlicher wurden die Zusammenhänge mit Moskau.** In Berlin zum Beispiel konnte man einen Tscheka-Agenten verhaften, Mitglied einer Organisation, die in enger Verbindung mit der Sowjet-G.P.U. arbeitete und erst vor kurzem aus Südeuropa gekommen war. In Moskau redete Max Hölz, der große Moment werde kommen, noch in diesem Winter, wo das Proletariat nach russischer Methode losschlagen werde. Man erfuhr dabei, daß er zum Führer der kommunistischen Kampforganisationen in Deutschland, Österreich und Polen ernannt worden sei.

Trotzdem zauderten die Regierungen Preußens und des Reiches, entscheidende Maßnahmen zu treffen. Man beschränkte sich auf eine kleine und begrenzte Abdämpfung des Revolutionsbrandes. Man löste, in Berlin, kommunistische Schülerorganisationen auf, man schleppte die Funktionäre dutzendweise wegen Hochverrats vor das Reichsgericht, man beschlagnahmte schockweise in Berlin und Wuppertal Kisten mit Waffen und Munition, man beobachtete, lag auf der Lauer, drohte, tat aber weiter nichts. **Weder der Reichsinnenminister Wirth noch der preußische Innenminister Severing hatten ein Interesse, die Kommunistische Partei zu beseitigen, war sie doch ein willkommenes Gegengewicht gegen die höchst unbequeme nationale Opposition.** Es kam nur darauf an, die kommunistische Gefahr soweit zu bannen, daß sie dem sozialistisch-demokratischen Staate nicht gefährlich werden konnte. - In der Tat war die Gefahr der bolschewistischen Erhebung im August 1931 ebenso akut wie im August 1923. Beide Male setzte Moskau seine Hoffnungen auf den Finanzzusammenbruch Deutschlands.

Trotz der Schlapfen, die sie erlitten, gaben die **Kommunisten** die Hoffnung nicht auf. Ihre besondere Aufmerksamkeit widmeten sie, wie seit je, den **Erwerbslosen, die sie, die Not ausnützend, in revolutionären Erwerbslosenbünden zusammenzufassen suchten.** Besonders günstig entwickelte sich dies im Freistaat Sachsen, wo man versuchte, "das ganze Heer der Erwerbslosen für die Forderungen der Beschlagnahme der Lebensmittel, der Besteuerung der Besitzenden und der Einstellung der Zahlungen für Polizei, Kirchen, Fürsten usw. im Interesse der Unterstützung der Erwerbslosen zu mobilisieren." **Daß sich die Bemühungen der Kommunisten gegen die Arbeitsdienstpflicht richteten, versteht sich von selbst.** In dem ewig unruhigen Ruhrgebiet machte sich Anfang Oktober eine kommunistische Streikbewegung bemerkbar, die aber keinen Erfolg hatte. Letzten Endes war die kommunistische Bewegung in Deutschland nur eine Teilerscheinung der großen kommunistischen Welle, die durch ganz Europa ging, sich verschieden stark äußerte in Spanien, in den Meutereien der englischen Flotte, im französischen Heere. -

Die Aufgaben der Reichs- und Landesregierungen während der Sommermonate bestanden in der Erfüllung einer doppelten Pflicht: einmal in der Überwindung der schweren Wirtschaftskrisis des 13. Juli, sodann in der Durchführung der Notverordnung vom 5. Juni. Es lag in der Richtung der Brüning'schen Regierungsweise, daß er bei diesen Arbeiten möglichst nicht vom Parlament kontrolliert zu werden wünschte. Der Ältestenrat

Regierungsmaßnahmen

des Reichstages lehnte denn auch am 17. Juli die von Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten geforderte Einberufung des Reichstages ab. Die innere Fieberschwäche der Sozialdemokratie bildete für Brüning ein Moment der Stärke, wie sich ja nun immer deutlicher gezeigt hatte, daß die einzige Lebenskraft des demokratisch-republikanischen Regierungssystems bis zu seiner Steigerung in der demokratischen Diktatur die Negation, die Verneinung war.

Niemand täuschte sich darüber, daß **die Überwindung der Finanzkrise die notwendigste und dringlichste Forderung der Politik** war. Zunächst wurde die zusammengebrochene Danatbank durch drei Verordnungen des Reichspräsidenten gestützt, deren wichtigste Bestimmung die war, daß das Reich die Ausfallbürgschaften für die Verbindlichkeiten und Spareinlagen des illiquiden Kreditinstitutes übernahm. Bei diesen Maßnahmen setzte sich in den Kreisen der Regierung die Erkenntnis durch, daß der rein privatwirtschaftliche Standpunkt nicht mehr allein bestimmend sein dürfe für die Richtung, in die der Kapitalstrom fließen müsse. Ein gewisser Staatssozialismus im Geldverkehrswesen ließ sich nicht mehr umgehen. Diese Erkenntnis zieht sich gleichsam wie ein roter Faden durch die Verordnungen, welche die Reichsregierung erließ. Sie gipfelte in dem Bestreben, das vornehmlich von der Sozialdemokratie unterstützt wurde, **das gesamte deutsche Bankwesen mehr oder weniger unter Staatsaufsicht zu stellen**. Diese Maßnahmen zeigten eine ganz neue Wendung an. Bisher, seit 1919, stand der Staat ganz unter dem Einfluß der Wirtschaft und Wirtschaftsgruppen, sowohl der kapitalistischen wie derjenigen der Besitzlosen. **Jetzt zum ersten Male regte sich ein gewisses Machtgefühl des Staates, daß er nicht mehr länger der Beherrschte, sondern der Gesetzgeber der Wirtschaft sein mußte, wenn nicht das Volk ganz zugrunde gehen sollte unter dem Absolutismus der Wirtschaft. Es war der Anfang einer Rückkehr zur Staatssouveränität gegenüber der Wirtschaft**. Insofern bedeuteten, ähnlich wie die Reichstagswahl vom September 1930, die Vorgänge vom Sommer 1931 eine Loslösung des deutschen Volkes von der bleiernen Tradition der Nachkriegszeit.

Der Zahlungsverkehr, der zunächst auf das Rigoroseste beschränkt wurde und eine vorübergehende Aufhebung des vollen Verfügungsrechtes der Bankgläubiger über ihre Spareinlagen über sich ergehen lassen mußte, wurde endlich am 10. August wieder hergestellt. Erst am 10. August konnten die Sparkassen wieder voll die angeforderten Beträge auszahlen. Sieben Verordnungen regelten diesen Gang. Die Börse blieb den ganzen August über, bis zum 3. September geschlossen. Bei seinen Schritten zur Wiederbelebung des Bankwesens ließ sich Brüning durch eine Kommission, bestehend aus sieben Bankiers, beraten.

Dann ergriff man **Maßnahmen gegen Kapitalflucht und Devisenhamsterei**. Um das Überschreiten der Grenze zum Zwecke der Ausführung deutschen Geldes zu erschweren, wurde am 18. Juli eine Grenzüberschreitungsgebühr von 100 Mark erhoben, wogegen die Schweiz, Österreich, Dänemark und die Tschechoslowakei Einspruch erhoben. Erst im August ward die Gebühr wieder aufgehoben. Wer deutsches Geld ins Ausland brachte, wurde außerdem mit schweren Zuchthausstrafen bedroht.

Andere Maßnahmen waren die Unterschreitung der Notendeckungsgrenze, indem der Münzumsatz am 18. Juli in Abänderung des Münzgesetzes vom 30. August 1924 von 20 auf 30 Reichsmark pro Kopf der Bevölkerung, also insgesamt um etwa 600 Millionen erhöht wurde.

Vor allem aber wurde, gleichsam als Rückgrat für alle deutschen Banken, auf Anregung der Reichsbank Anfang August die **Akzept- und Garantiebank** gegründet, eine Aktiengesellschaft mit 200 Millionen Kapital, woran das Reich mit 80 Millionen beteiligt war. Diese Bank sollte verhindern, daß deutsche Kreditinstitute von ähnlichen Vorfällen wie die Danatbank betroffen wurden. **Auch hier zeigte sich die Tendenz zum Staatssozialismus durch Beteiligung des Reiches**, wie denn das Reich auch auf die Dresdner Bank Einfluß zu gewinnen suchte durch Beteiligung mit 300 Millionen. Überhaupt war man bestrebt, das deutsche Bankwesen einheitlicher zu organisieren, ein Ziel, das man durch Fusionen und Zusammenschlüsse zu erreichen suchte. Wie sich die Deutsche Bank mit der Diskontogesellschaft verschmolzen hatte, so wollte man nun die Danatbank mit der Dresdner Bank, die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt mit der Sächsischen Staatsbank vereinigen.

Natürlich waren das Pläne, deren Verwirklichung Monate dauerte, aber sie waren die Folge der Erkenntnis, daß das alte Kleid des Geldhandels für den zusammengeschrumpften deutschen Wirtschaftskörper zu weit geworden war.

Natürlich fehlte es nicht an guten Ratschlägen aus dem Volke. Kreise der deutschen **Industrie** forderten, daß der Reichsbankpräsident Luther, der seine Unfähigkeit erwiesen habe, wieder durch Schacht ersetzt werde. Aber Luther hielt sich. Vor allem jedoch witterte die **Sozialdemokratie**, daß für sie wieder eine günstige Zeit angebrochen sei. Mit lauter Stimme forderte sie entschiedene sozialistische Wirtschaftsmaßnahmen. Die **Gewerkschaften** stellten ein umfassendes Programm auf: Das Reich solle sich an den Banken beteiligen, das Aktienrecht solle reformiert werden, über Kartelle und Monopole solle eine ausgedehnte Kontrolle ausgeübt werden; die Privatwirtschaft dürfe Verlustverkäufe nicht scheuen, der Lohnabbau sei einzustellen, Kartellbindungen müßten beseitigt werden, überhöhte Zölle in Landwirtschaft und Industrie seien abzubauen; schließlich sei die Verständigung mit Frankreich anzustreben. Tatsächlich stand die Reichsregierung wieder einmal so im Banne der Sozialdemokratie, daß sie erwog, dem Reichswirtschaftsminister einen sozialdemokratischen Kommissar beizugeben, um so eine "Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern" zu schaffen - als ob alle Arbeitnehmer Sozialdemokraten wären! - Der **Landwirtschaft** allerdings ging's hundsmiserabel. Sie wußte nicht, wo sie die Mittel hernehmen sollte, um die Ernte einzubringen. Das Reich mußte mit Unterstützungsmaßnahmen eingreifen. -

In den Rahmen der Aufräumungsarbeiten auf dem wirtschaftlichen Trümmerfelde gehörte auch der Bericht, den die **Basler Kommission der Banksachverständigen** Mitte August erstattete. Den Vorsitz der Kommission hatte der Amerikaner Albert Wiggin, den Bericht erstattete der Engländer Walter T. Layton.

**Layton-
Bericht**

Der Bericht beschäftigte sich mit den Reparationen und Deutschlands Verschuldung. Die deutsche Krise sei zwar ein Teil der Weltwirtschaftskrise, aber "**Deutschland spielt im Wirtschaftsleben der Welt und insbesondere Europas eine so bedeutsame Rolle, daß, solange sich nicht Deutschlands Lage bessert, es auch keine allgemeine Erholung von der allgemeinen Depression geben kann**". Deutschland habe zwar 7,3 Milliarden Auslandsguthaben. Wenn es aber davon 5 Milliarden langfristiger Anlagen zu seiner Sanierung mobilisiere, dann würde das einen schweren Aderlaß bedeuten. Deutschland habe aber eine Auslandsverschuldung von 25,5 Milliarden, darunter 10,3 Milliarden kurzfristige Kredite. Hiervon seien von Januar bis Juli 3 Milliarden zurückgezogen worden. Ein anderer Weg der Sanierung sei die Einschränkung der deutschen Einfuhr auf 2,5 Milliarden, die Steigung auf 4,5 Milliarden. Das aber würde weitere Verarmung und Arbeitslosigkeit in Deutschland und einen Schleuderelexport zum Schaden der andern Völker zur Folge haben. **Die Wurzel alles Übels aber seien die Reparationen.** Seit 1924 habe Deutschland 10 Milliarden im Ausland geborgt, um damit seine Reparationen zu bezahlen. Es stehe fest, "daß, wenn man weiter den Pelion auf den Ossa türmt, und die alljährlichen Verpflichtungen zu der Schuld dazukommen, die Last der Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus kommerziellen Schulden ständig zunehmen muß, und wenn ein großer Teil der wachsenden Schuld kurzfristig aufgenommen ist, Deutschland in steigendem Maß solchen Krisen verwundbar ausgesetzt bleibt, wie es sie jetzt erleidet." Die Kommission schloß den Bericht mit folgenden Worten:

"Wir schließen mit der ernststen Mahnung an alle beteiligten Regierungen, in der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen keine Zeit zu verlieren und unverzüglich eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen und Deutschland und dadurch der Welt die so dringend benötigte Hilfe zu bringen."

Zwar hatte der Bericht den einen Erfolg, daß sich in England und Amerika immer mehr die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer entschlossenen Aufrollung des Schuldenstreichungsproblems durchsetzte, aber das, was unmittelbar von ihm Deutschland erwartete, nämlich die Umwandlung der kurzfristigen Kredite in langfristige, brachte er nicht zuwege. Die deutschen Wirtschaftler waren enttäuscht. Innerhalb der Reichsregierung war man unzufrieden. Auf Grund des Berichts war am 18. August in Basel ein Stillhalteabkommen geschlossen worden, auf Grund dessen eine Zurückziehung

kurzfristiger Kredite auf sechs Monate, bis zum 18. Februar 1932, ausgesetzt wurde. Es sei nur eine provisorische Lösung, die keine Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Welt und Deutschlands biete, sagte Brüning. -

Aufs engste verknüpft mit den Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft waren jene Schritte, die der Ausführung der Notverordnung vom 5. Juni dienten. Das Wichtigste hierbei waren die Bemühungen, die auf eine **Verminderung der Arbeitslosigkeit** h zielten. Bei den Verhandlungen zwischen Regierungsstellen und Wirtschaftsvertretern über Verkürzung der Arbeitszeit kam zwar nichts heraus. Auch die Angelegenheit des freiwilligen Arbeitsdienstes hatte recht magere Erfolge. Es zeigte sich, daß der Grundsatz der Freiwilligkeit, entsprungen der Angst der Regierung vor den Linksparteien, schon von vornherein die ganze Maßnahme unwirksam machte. Es fanden sich nur Angehörige der nichtmarxistischen Lager, von den Nationalsozialisten über den Stahlhelm zum Jungdeutschen Orden, welche praktisch sich dem Arbeitsdienst unterzogen. Bauern, Arbeiter und Studenten, Angehörige evangelischer und katholischer Organisationen schufen Arbeitsgemeinschaften. Sie entstanden im Schwarzwald und in Oberschlesien, in Bayern und Württemberg und Westfalen. In Sachsen schuf der Jungdeutsche Orden ein "Freikorps der Arbeit", das 150 Mann umfaßte, in Gotha entwickelte sich eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Stahlhelm und Jungdeutschem Orden. In Westfalen und Norddeutschland nahm der Jungdeutsche Orden die Organisation in die Hand. Was aber bedeuteten diese paar tausend Mann Arbeitswillige, die sich mit Regulierung von Wasserläufen und Kultivierung von Ödland beschäftigten, gegen die vier Millionen Erwerbslose, die dauernd das deutsche Wirtschaftsleben belasteten! Wichtiger war es schon, daß vom 5. Oktober ab die Arbeitslosenunterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen verkürzt wurde. Hatte doch die Arbeitslosenversicherung ein Defizit von 600 Millionen.

Bei weitem am schwersten war es, die **Haushalte des Reiches, der Länder und Gemeinden**, die Milliardenfehlbeträge aufwiesen, in Ordnung zu bringen. Es war ein Verzweiflungsschritt der Reichsregierung, wenn sie am 20. Juli durch Dekretierung von 120 Prozent Verzugszinsen auf Steuerrückstände die Steuerzahler zu beschleunigter Zahlung bringen wollte, wenn der Reichsfinanzminister Richtlinien zur schärferen Einziehung der Steuern herausgab. Die Wirtschaft schrumpfte zusammen, und mit ihr versiegten die Steuerquellen. Jeden Monat blieben die E ingänge um 100-150 Millionen hinter den Erwartungen zurück. Das Reich versuchte seine Ausgaben zu drosseln durch Abbau von Beamten und Gehältern, die Reichspost allein entließ 800 Telephonistinnen, aber schließlich, im August, waren weder das Reich, noch die Länder, noch die Gemeinden in der Lage, die Gehälter zu zahlen: sie wurden ratenweise zusammengestöppelt, in zwei, drei oder vier Zahltagen. Die Beamten waren nicht mehr in der Lage, am Monatsersten ihre Miete gleich voll zu bezahlen!

**Sparsamkeit
oberstes Gesetz**

Es war verzweifelt: Reichsbahn 700 Millionen Defizit, Freistaat Preußen 511 Millionen Defizit, die deutschen Gemeinden 1¼ Milliarde Defizit, ebensoviel hatte das Reich! Man kämpfte um weiteren Gehaltsabbau, um weitere Einschränkungen. **Sparen, sparen, sparen!** Sehr zum Verdruß des Volkes. In diesem Sommer starb die Selbstverwaltung der Gemeinden, das Werk Steins ward zu Grabe getragen. 13 Jahre Mißwirtschaft hatten das zustande gebracht.

Mit der Notverordnung des Reiches vom 5. August fing es an. Den Spar- und Girokassen, Giroverbänden und kommunalen Kreditinstituten wurde bis auf weiteres untersagt, Anleihen, Kredite und Darlehen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten zu geben. Als Ersatz dafür stellte das Reich den Gemeinden einen Überbrückungskredit von 80 Millionen für August zur Verfügung, damit wenigstens die laufenden Fürsorgelasten geregelt werden konnten. Der entscheidende Schritt erfolgte drei Wochen später. Die **Reichsnotverordnung vom 25. August** bestimmte: "Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen." Die Landesregierungen sollten die Personalausgaben und anderen Ausgaben der Gemeinden senken. Jetzt war dem Staatskommissar, der im 18. Jahrhundert die Verwaltung der Städte regelte, aufs neue der

Weg gebahnt. Reichsfinanzminister Dietrich zeigte Richtlinien: Anpassung der allzu hohen Gemeindegehälter an die Gehälter des Reiches und der Länder, Einstellungs- und Beförderungssperre, Entlassungen und Kündigungen von Angestellten und Arbeitern, Einziehung entbehrlicher Stellen, Einschränkung im Schulwesen, Lehrerabbau, Kürzung der Gehälter, Erhöhung der Schulklassenfrequenz.

Preußen beschloß sogleich, bis Jahresende sämtliche Hilfslehrkräfte der höheren Schulen, 2000 Studienassessoren und 1500 Assessorinnen, zu entlassen. In Bayern wurden die Gehälter gekürzt. Am 12. September erließ die preußische Regierung eine Sparnotverordnung, die eine beträchtliche Kürzung der Gehälter für Oberbürgermeister und Bürgermeister brachte. 6000 Junglehrer wurden brotlos. Ein Sturm der Entrüstung brach los. Die Beamten räsionierten, klagten beim Staatsgerichtshof, der Staatsrat erklärte die preußische Notverordnung für verfassungswidrig, aber er konnte keinen Einspruch erheben, da ein solcher nur bei vom Landtag beschlossenen Gesetzen möglich war. Aber Braun ließ sich nicht beirren. Er stand unter dem eisernen Zwange des Sparenmüssens, nachdem sich alle stillen Hoffnungen auf Auslandsanleihen zerschlagen hatten. - Auch in den andern deutschen Ländern wurden in der Zeit vom 26. August bis 17. Oktober drakonische Sparnotverordnungen erlassen, welche Gehälter und Pensionen herabsetzten und einschneidende Einsparungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Rechtspflege und vor allem des Schulwesens, mit sich brachten.

Dritte Notverordnung

Eine Zusammenfassung all dieser, auf Sparsamkeit gerichteten Bestrebungen brachte **die dritte Notverordnung der Reichsregierung vom 6. Oktober**. Diese Notverordnung, wie die vom 5. Juni schon wochenlang vorher mit Spannung erwartet, war das Ergebnis der Besprechungen Brüning's mit zwei lose zusammengefaßten Kreisen deutscher Wirtschaftler. Aus einem wochenlangen Chaos von Durcheinander von Meinungen, Gegensätzen, Ratlosigkeit und guten Ratschlägen, unter dauernder Störung von außenstehender sozialistischer Interessenpolitik ging diese neue diktatorische Maßnahme hervor. Sie diente der "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und der Bekämpfung politischer Ausschreitungen" und enthielt neben Ergänzungen und Berichtigungen der beiden Notverordnungen vom Dezember 1930 und vom Juni 1931 auch verschiedene neue Bestimmungen. Für die Gemeinden war es wohl das wichtigste, daß die Bürgersteuer sowie die Getränkesteuer weiter erhoben werden durften und ein Teil der Hauszinssteuer zur Verwendung in den allgemeinen Finanzen freigegeben wurde. **Wichtig waren vor allem die Vorschriften in der Arbeitslosenfürsorge**. Die Verkürzung der Versicherungsdauer auf 20 Wochen blieb bestehen. Neu war, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ermächtigt wurde, bis zu einem Drittel ihrer Leistungen in Sachleistungen bestimmter Art, d. h. Nahrungsmittel, Kleidung, Kohlen, abzugelten. Diese Maßnahme führte dazu, daß in der Folgezeit für Arbeitslose und Minderbemittelte das aus dem Kriege bekannte **Bezugskartensystem** wieder auflebte, um damit die Betroffenen in den Genuß der billigen Mittel kommen zu lassen. Neu waren ferner die **Vorschriften für Wohnungs- und Siedlungswesen**. Die Hauszinssteuer sollte vom 1. April ab um ein Fünftel gesenkt werden, vor allem aber sollte das Siedlungswesen stark gefördert werden. Geeignete Arbeitslose sollten der landwirtschaftlichen Siedlung zugeführt werden, und die Gemeinden sollten für einen Teil ihrer Arbeitslosen Stadtrandsiedlungen und vorstädtische Kleinsiedlungen schaffen. Staatskommissare sollten zu diesem Zwecke den Gemeinden Beträge zur Verfügung stellen. Der dritte Teil der Notverordnung regelte das **Haushalts- und Schuldenwesen**. Zur Einschränkung der Ausgaben der öffentlichen Hand sollten in den nächsten drei Jahren Neubauten für Verwaltungsgebäude der öffentlichen Verwaltung einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechtes möglichst unterbleiben. Auf diese Weise sollte der gewissenlosen Verschwendungswirtschaft von Krankenkassen usw., die sich prächtige Paläste bauten, Einhalt geboten werden. Auch wurden Richtlinien zur Senkung der Höchstpensionen und der Pensionen der Doppelverdiener gegeben.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht brachte die Notverordnung nur erst einen begrenzten Teil von Vorschriften. Nötig war es, daß man die Kapitalherabsetzung bei den Betrieben erleichterte, um ihre Rentabilität der herrschenden Armut anzugleichen. Der Kupferschieferbauenden Gewerkschaft Mansfeld A.-G., die vor dem Zusammenbruch stand, wurde eine umfangreiche finanzielle Stützung

gewährt. Man konnte ja diesen einzigen kupfererzeugenden Betrieb Deutschlands nicht sterben lassen. Allein die Katastrophe dieses Unternehmens hätte viele Tausende von Familien arbeitslos gemacht. Auch der Landwirtschaft wurden Kredite zur Mobilisierung der Ernte in Aussicht gestellt. - Allerdings das, was das Volk hoffte und erwartete: Abbau der Mieten, Zinsen und Preise und ihre Angleichung an die abgebauten Löhne und Gehälter brachte die Notverordnung nicht. Diese Fragen mußten noch mit Fachleuten besprochen und beraten werden, und die Reichsregierung beschloß, nach der Veröffentlichung der Notverordnung an die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms heranzugehen.

Auch auf dem Gebiete der **Rechtspflege** traf die Notverordnung Bestimmungen. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wurde die amtsgerichtliche Zuständigkeit von 800 auf 1000 Mark erhöht. In der Strafrechtspflege wurden Vereinfachungen vorgenommen. Um die Gerichte zu entlasten, sollten Bagatellsachen nur noch verfolgt werden, wenn es das öffentliche Interesse erforderte. Dann wurden Sondergerichte eingesetzt, zur beschleunigten Aburteilung gewisser, die Allgemeinheit besonders erregenden Straftaten, Terrorakte und schwere Steuerhinterziehungen. So wurde die neue Instanz des "Schnellrichters" geschaffen.

Zur **Bekämpfung politischer Ausschreitungen** wurden die Bestimmungen für die Drucker und Verleger von Schriften illegalen Charakters verschärft. Dasselbe geschah in bezug auf die Zeitungsverbote. Neu war die Bestimmung, daß die Polizeibehörden ermächtigt wurden, "Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigung" zu schließen. So wollte man die Terrorakte unmöglich machen, "die durch die oft kasernenmäßige Zusammenfassung von Mitgliedern radikaler Verbände in Heimen und Verkehrslokalen entstanden sind und immer häufiger zu planmäßig vorbereiteten Überfällen auf das Publikum und auf entsprechende Zusammenschlüsse Andersdenkender geführt haben". Hierdurch wurde den **Polizeibehörden** die Möglichkeit gegeben, **nicht nur kommunistische, sondern auch nationalsozialistische Lokale zu schließen**, und sie machten in der Folgezeit reichlich Gebrauch hiervon, besonders gegen die Nationalsozialisten.

Schließlich wurde die Außerkraftsetzung der in Artikel 48 genannten Grundrechte wiederholt, die bereits in der Notverordnung vom März ausgesprochen war.

Die Notverordnung Brüning's verfolgte den Zweck, das Volk und die Regierung ein- und umzustellen auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage. Schwere Monate waren vorhergegangen. Und so kam es, daß der Ton dieser Notverordnung ein ganz anderer war als der Ton der früheren Notverordnungen. **Das war nicht mehr der Staat vom 11. August 1919, der hier sprach. Das war ein neuer Staat, eine Diktatur.** - Eine Diktatur, die nicht mehr willens war, das *laisser faire*, *laisser aller* der Wirtschaft über sich zu ertragen, eine Diktatur aber, die im gleichen Augenblick, da sie sich von wirtschaftlichen Bindungen befreite, auch den Verzweiflungskampf gegen ihre immer stärker werdenden Gegner aufnehmen mußte. **So ward diese Notverordnung zu einem Wendepunkt im Schicksal des Reiches: in der Person des Reichskanzlers Brüning ging das Zentrum zur Parteidiktatur über Deutschland vor** - *in majorem Dei gloriam*, die Demokratie und den Marxismus gemäßigter Richtung als willige Werkzeuge benutzend. Deutschland stand wieder einmal da, wo es im Juli 1917 stand, als der Stern Mathias Erzbergers aufging. Nur war diesmal das Zentrum stärker, weil die Sozialdemokratie schwächer geworden war, - aber auch seine Gegner waren zu gefahrdrohender Stärke angewachsen! -

Bevor wir uns der Machtentwicklung der einzelnen politischen Gruppen zuwenden, sei noch **ein kurzer Blick auf den äußeren Gang der Schicksale Deutschlands** gestattet.

In jenem Frühjahr 1931 rangen drei Großmächte um Deutschland: Frankreich, England und Italien, von denen die beiden letzten gewissermaßen miteinander verbündet waren und sich im Gegensatz zu Frankreich befanden. Suchten nun England und Italien die Freundschaft Deutschlands, so hatte Frankreich allein die Absicht, Deutschland restlos zu unterjochen, damit es der französischen Vorherrschaft in Europa nicht mehr gefährlich werden könne. Der Kampf um die Hegemonie spielte sich nicht mehr auf militärischem und politischem Gebiete,

sondern auf wirtschaftlichem Gebiete ab: Durch sein Gold wollte Frankreich Deutschland zu Boden zwingen.

Das Triumvirat Hindenburg, Brüning und Curtius hatte die Wahl zwischen England-Italien auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite. Der Zentrumskanzler Brüning, der in Erzbergers Spuren ging, der volksparteiliche Minister Curtius, der in Stresemanns internationaler Verständigungsdogmatik befangen war, **entschied sich für das herrschsüchtige Frankreich**. Sie versäumten es, die Neuorientierung der Außenpolitik vorzunehmen, die England ihnen ermöglichen wollte, sie standen der italienischen Sympathie kühl gegenüber.

Und wenn schon Brüning und Curtius die Absicht hatten, das unversöhnliche Frankreich und seine Vorherrschaft in Europa anzuerkennen, so begingen sie die unkluge Handlung, Frankreich, das seit der ersten Haager Konferenz im August 1929 außerordentlich gereizt gegen Deutschland war, noch mehr zu reizen durch die auf eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich gerichtete Politik. Welchen Sturm der Plan entfesselte, als er bekannt wurde, ist im vorigen Kapitel geschildert worden.

Jetzt aber begann der **rücksichtslose Wirtschaftsangriff Frankreichs auf Österreich und Deutschland**. Im Mai brach die österreichische Kreditanstalt zusammen, im Juni und Juli stand die Reichsbank vor der Katastrophe, und Frankreich versuchte alles, um Deutschland in den Ruin zu treiben. Deshalb widersetzte es sich auch dem Moratoriumsplan Hoovers. Nichtsdestoweniger gingen Luther und Brüning nach Paris, flehten um Hilfe und Unterstützung, ließen sich demütigen und höhnen, aber Hilfe kam ihnen nicht von Paris!

Unter dem mächtigen Druck dieser Ereignisse ließen sich die Franzosenfreunde Brüning und Curtius, zumal der Haager Gerichtshof sich nicht für die deutsch-österreichische Zollunion ausgesprochen hatte, bereit finden, auf der Genfer Völkerbundsversammlung in ganzer Linie vor Frankreich bedingungslos zu kapitulieren! Curtius gab die Zollunion preis! Dies war seit langem das schmachlichste Ereignis der deutschen Außenpolitik, Deutschland ward außenpolitisch um volle zehn Jahre zurückgeworfen.

**Deutschlands
Niederlage in Genf**

Große Teile des deutschen Volkes empfanden die brennende Schmach dieser Genfer Kapitulation und forderten stürmisch den Rücktritt von Curtius. Aber noch einmal gelang es Brüning, seinen Bundesgenossen **Curtius** zu retten. Da ließ sich dieser, schwächlich und kraftlos, zu einer neuen, schweren Entgleisung verleiten. Gelegentlich einer Rede in Genf bezeichnete er Briand als den Führer, dem die Staatsmänner in geschlossenem Zuge zu einem gemeinsamen Ziele folgten. **Unbekümmert um das verzweifelte Ringen des eignen Volkes erkannte dieser deutsche Außenminister bereitwillig die Hegemonie Frankreichs an.**

Alle Bemühungen von Brüning und Curtius waren auf eine deutsch-französische Zusammenarbeit gerichtet, hatten den Zweck, das seit zwei Jahren grollende Frankreich zu versöhnen. Bereits in Genf kam ein deutsch-französisches Abkommen zustande, das die Wirtschaftsbeziehungen und Zollverhältnisse beider Länder regeln sollte. Man hoffte auf deutscher Seite, daß dieses Abkommen die Grundlage für eine internationale Anleihe an Deutschland schaffe.

Für Frankreich jedoch hatte das Abkommen nur Zweck und Sinn, wenn es gelang, durch französisches Gold die deutsche Industrie zu erobern. Die deutschen Politiker dagegen träumten davon, durch die Verbindung französischen Geldes mit deutscher Arbeitskraft neue Aufstiegsmöglichkeiten für das sterbende Wirtschaftssystem zu schaffen. Das waren die gleichen Tendenzen, wie sie seit 1925, durch Stresemann, Rechberg, Mahraun bestimmt, auf eine deutsch-französische Wirtschaftszusammenarbeit gerichtet waren und bereits in verschiedenen Industrien zu Kartellierungen zwischen deutschen und französischen Unternehmungen geführt hatten.

Ende September weilten Laval und Briand in Berlin. Das magere Ergebnis dieses Besuches war die **Gründung einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission**, die in Fortführung der Genfer Abmachungen die Aufgabe hatte, "alle die beiden Völker berührenden Wirtschaftsfragen zu prü-

fen", die bereits bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zu verstärken und auszubauen und neue Vereinbarungen abzuschließen. Den Vorsitz dieser Kommission übernahm auf deutscher Seite Brüning.

Die deutschen Staatsmänner, die allmählich zu der Erkenntnis gekommen waren, daß auf rein politischem Gebiete die Besserung des sehr angespannten Verhältnisses zu Frankreich wohl kaum zu erwarten war, **gaben sich der Hoffnung hin, daß die Zusammenarbeit französischen Kapitals mit deutscher Technik und deutschen Menschenkräften günstige politische Nebenwirkungen haben könnte**. Vor allem wollte man der Welt den Willen zur Zusammenarbeit und Verständigung dartun, zum andern ein Instrument schaffen, um praktische Arbeit zu leisten.

Nun hatte ja **Frankreich** im Laufe der letzten vier Jahre für sechs Milliarden Mark Gold im Auslande gehamstert und es **war wohl kapitalkräftig genug für solch ein geplantes Unternehmen - wenn es nicht eben Frankreich gewesen wäre, das Deutschlands dauernde Ohnmacht, ja seinen Untergang wollte. Und die Unwahrhaftigkeit dieser ganzen Politik ergab sich schon daraus, daß die maßgebenden Kreise Deutschlands selbst "keine übertriebenen Hoffnungen" auf die Erfolge der Kommission setzten!** -

So befand sich, als der Herbst 1931 ins Land zog, die deutsche Republik wahrhaftig in einer verzweifelten Lage, innen und außen. Wo war die Hoffnung, die das Novemberreich von 1918 an eine bessere Zukunft glauben ließ? **Immer kleiner wurde der Kreis derjenigen, die noch Vertrauen zu den Gewalten des Reiches hatten, immer mächtiger schwoll die Heerschar der Gegner, die entschlossen einem Neuen zustrebten. Das ist so im ewigen Kreislauf der Welt:** aus Verwesung und Tod wird neues kräftiges Leben geboren, aus dem Geiste zeitlich begrenzter Verneinung erhebt sich der große, starke, die Zeiten überdauernde Geist der Bejahung!



8. Kapitel: Von der Harzburger Front zur Eisernen Front. Brünings weitere Tätigkeit.

Es hat seit dem Juli 1917 noch keinen Zeitpunkt in der deutschen Geschichte gegeben, wo das deutsche Volk so gänzlich von einer einzigen Partei beherrscht wurde wie seit Frühjahr 1931 vom römischen Zentrum. Die demokratische Diktatur Brünings war in Wirklichkeit eine Zentrumsdiktatur. Eine Partei, hinter der kaum vier Millionen Wähler standen, offenbarte sich als die Nutznießerin des republikanischen Gedankens, den sie ganz unbemerkt in die eigene Parteidiktatur hinüberleitete.

Brüning war alles andere als ein Genie. Er war nichts weiter als der Beauftragte seiner Partei, das willige Werkzeug zur Ausführung von Parteibefehlen. So kam es, daß Brüning die traurige Rolle zufiel, der Metternich des 20. Jahrhunderts zu werden. Die enge Verbindung zwischen Brüning und seiner Partei wurde bei der Konferenz des geschäftsführenden Vorstandes der Zentrumspartei am 12. August 1931 in Berlin ausdrücklich festgestellt. Die Leitung der preußischen Zentrumsfraktion habe der Politik des Reichskanzlers stetige und wertvollste Unterstützung zukommen lassen. Für die Wirksamkeit der äußerst schwierigen staatspolitischen Aufgaben im Reiche und in Preußen müsse die notwendige sachliche und methodische Handlungseinheit bei den verantwortlichen Instanzen der Partei wie bei allen Vertretern in den beiden Kabinetten nach jeder Richtung hin gewährleistet sein.

Nur durch ein durch keinerlei sittliche Bedenken gehemmtes, sonst aber überaus folgerichtig durchgeklügeltes Handeln, das im wahrsten Sinne machiavellistisch genannt werden muß, konnte das römische Zentrum zu einer Machtentfaltung gelangen, wie sie bisher noch keiner Partei, selbst nicht der Sozialdemokratie, beschieden gewesen war. Diese Macht wurzelte in einem System doppelter Rückversicherung, ohne jede vertikale und horizontale Bindung, in einem System, das, in der *reservatio mentalis* begründet, dem Zentrum nicht die geringste Verantwortung auferlegte, aber unweigerlich jeden, der sich mit ihm verband, fesselte.

**Schlüsselstellung
des Zentrums**

Mit diesem System allerdings konnte das römische Zentrum nur herrschen im Kreis der demokrati-

schen Koalition. Hier bildete auch die Sozialdemokratie keine Gefahr, weil ihre republikanische Staatsidee grundsätzlich mit der Auffassung des römischen Zentrums übereinstimmte.

Das Ziel des römischen Zentrums war, in der Regierung Preußens wie in der Regierung des Reiches die ausschlaggebende Schlüsselstellung fest in der Hand zu behalten. Die breite demokratische Front wurde nun dadurch beherrscht, daß sich das Zentrum der Preußenregierung mit der Sozialdemokratie koalierte, während Brüning im Reiche sich auf den Brei der in Verwesung übergehenden bürgerlichen Mitte bis zur Volkspartei hin stützte. Diese scheinbare Einarmigkeit des Zentrums im Reich und in Preußen war eine ganz vorzügliche Sache. Keiner der beiden Verbündeten konnte den Mund auf tun. Man hielt sie gegenseitig in Schach, je nachdem man das Gewicht mehr auf den preußischen oder den deutschen Hebelarm verschob. In diesem Sinne waren Brüning, Wirth, Stegerwald und Hirtsiefer jeder an seinem Platze, und das Gehirn, das diese Männer regierte, **war der Prälat Kaas, der mächtige, häufig aber nicht in Erscheinung tretende Parteivorsitzende.**

Kaas gab der Herrschaftsidee seiner Partei, wie sie in ihren Grundzügen am 19. Juli 1917 vorgezeichnet war, im September 1931 einen außerordentlich treffenden Ausdruck:

"Es ist kein Zufall, sondern die Logik geschichtlicher und staatlicher Entwicklung, daß auf dem Höhepunkte der Not weder eine versprechungsfrohe Sozialdemokratie noch eine reaktionär orientierte Rechte das Steuer des deutschen Staatsschiffes in der Hand halten. Die eine würde mit Sicherheit die Politik der Illusionen solange fortgeführt haben, bis gerade der Arbeiterschaft ein noch ernüchternderes Erwachen beschert gewesen wäre, die andere würde uns in eine Rückwärtsentwicklung hineinsteuern, in der auch die gesunden, ausbauwürdigen Errungenschaften der neuen Zeit auf sozialem Gebiete in die Brüche gehen würden."

Wie gesagt, die Diktatur des römischen Zentrums beruhte auf seiner Fähigkeit, sich sowohl auf die Trümmer eines bürgerlichen Konglomerates wie auch auf die Sozialdemokratie im rechten Augenblick umzuschalten. Während Brüning, Wirth, Stegerwald mit **Hindenburg**, Groener, Dietrich und Schiele zusammen Notverordnungen erließen, unterzeichnete Hirtsiefer mit Braun und Severing und Grimme den Aufruf des preußischen Ministerpräsidenten Braun gegen den Stahlhelmvolksentscheid. Das war gar kein Unsinn, das war folgerichtig bis zum Äußersten. Ihren höchsten Triumph erlebte diese Zentrumsdiktatur im Frühjahr 1932, als das Zentrum das gesamte bürgerliche Treibholz und die Sozialdemokratie zusammenzwang unter der Reichspräsidentenskandidatur Hindenburgs, des willfährigen Schirmherrn von Brüning.

Es lag in der Natur der Sache, daß der Machiavellismus des römischen Zentrums zeitweise für die Wählerschaft eine starke Belastung bildete. Eine starke Spannung erzeugte immerhin der Umstand, daß die preußischen Zentrumsminister den Augustaufruf Brauns mit unterzeichnet hatten. Doch die Spannung wurde beseitigt. Es gab einflußreiche Strömungen, besonders im Adel, Grundbesitz und Wirtschaftsleben Westdeutschlands, die da forderten, Brüning solle sich offen zu einer "Diktatur auf nationaler Grundlage" bekennen. Besonders energisch trat der Zentrumsabgeordnete von Papen hierfür ein. Doch das Zentrum wußte derartige unzeitgemäße und schädliche Tendenzen abzuschwächen. Wohl hatte Brüning Ende August 1931 vermutlich auf Hindenburgs Wunsch eine Besprechung mit Hugenberg, aber sie führte zu keinem Ergebnis.

Nur eine politische Machtquelle fürchtete das römische Zentrum in Deutschland: die nationale Opposition. Mit der allerdings konnte man nicht machiavellistisch umspringen, wie mit dem bürgerlichen Konglomerat oder der kranken Sozialdemokratie. Die nationale Opposition forderte allerdings für den Fall der Zusammenarbeit mit dem Zentrum, daß diese Partei ihren Teil der Verantwortung voll übernahm, und das hätte die endgültige Trennung des Zentrums von der Sozialdemokratie in Preußen zur Folge gehabt. Dadurch wäre ein Hintertürchen verbaut worden, das man doch in geeigneten Fällen gut benutzen konnte, und dafür war das Zentrum nicht zu haben. Die ganze Macht des Zentrums beruhte ja allein darauf, der Sozialdemokratie gegenüber "Toleranz" zu üben, um so eine Machtergreifung der nationalen Rechten zu verhindern!

Mit Sorge und Unruhe sahen die Zentrumspolitiker das Anwachsen des Nationalsozialismus, und

bei aller Selbstbeherrschung ward Brüning doch stets nervös und unsicher, wenn er im Reichstag den Nationalsozialisten gegenüberstand. Hier war die Gefahr, die für das Zentrum, den Turm, das Bollwerk des Reichs, den "Block der Vernunft" drohte. Die *Germania* schrieb einmal Mitte August 1931, das Zentrum denke nicht daran, die Hilfe der Nationalsozialisten in Anspruch zu nehmen.

"Es ist Sache des Nationalsozialismus, zu glauben, was er will. Es ist unser Recht, ihm zu sagen, daß wir im Zentrum nicht über uns hinweggehen lassen und daß es sich in unserer Politik nicht um Parteipolitik, sondern um **die Politik der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes** handelt."

Natürlich war dieser Ausdruck: Politik der Wiederaufrichtung des deutschen Volkes machiavellistisch zu verstehen. Es handelte sich um die ultra-montane Politik, die in den Außenbeziehungen vor allem in der Versöhnung mit Frankreich gipfelten.

Um **die innersten Triebkräfte des Zentrums** zu verstehen, muß man an den Kern seines Daseins herangehen. Das Zentrum war entstanden aus Feindschaft gegen Preußen, und, um es kurz zu sagen, gegen Preußen als den sichtbaren Ausdruck protestantischen Staatsgedankens. Darum war das Zentrum bereits vor dem Krieg der Hort des polnischen Separatismus in den Ostmarken. Nach dem Sturz der Hohenzollern betrachtete das Zentrum seine Aufgabe als noch nicht vollendet. Nun galt es, den protestantischen Staatsgeist im Volke vollends zu zerstören. Der Begriff Brandenburg sollte als geschichtlicher Widersinn ausgelöscht werden. Deswegen war das Zentrum zur Zeit der Rheinlandbesetzung der Hort der rheinischen Separatisten! Die Zentrumspresse gefiel sich in der gehässigen Herabsetzung **Friedrichs des Großen** und **Bismarcks**. Am 31. Juli 1928 schrieb die *Godesberger Volkszeitung*:

"Heute am 30. Todestage Bismarcks dürfen wir wünschen und hoffen, daß wir diesen Staatsmann in unserm katholischen Innern immer mehr aussterben lassen und an die Stelle in uns, wo der eiserne Kanzler thronte, einziehen lassen das Dreigestirn Görres-Ketteler-Leo XIII."

Das war unverblümt, aber es traf das Richtige. Heimat und Volk schrieb ein Jahr später, am 28. Juli 1929:

"Bismarck verbündete sich mit den preußischen Junkern und Militärs, er schuf damit die Einkreisungspolitik gegen Deutschland; wir müssen uns wieder mit allen friedensfördernden Kräften verbünden, um mit ihnen dem föderalistischen Deutschland, den Vereinigten Staaten von Europa den Weg zu bahnen."

Zerschlagung Preußens und Ausrottung des den Frieden gefährdenden Nationalismus war also das Hochziel dieser Partei.

Dahinter allerdings stand **ein noch höheres Ziel: Das ganze deutsche Volk in die katholische, d. h. römische Kirche zurückzuführen.** Ausgehend von der Doktrin, daß noch keine Ketzerei länger als 400 Jahre gedauert habe, bildete die "Katholische Aktion" des Papstes von 1928 einen neuen Antrieb für die religiösen Bestrebungen des Zentrums. "Auf, es gilt das hohe Ziel: ein christlich-katholisches Deutschland!" schrieb die Allgäuer Zeitung am 2. Juni 1928, nachdem bereits ein Jahr vorher Prälat Kaller auf der Breslauer Akademikertagung erklärt hatte: "Einmal muß doch ganz Deutschland unser werden!" **Diese religiösen Ziele waren durchaus politisch zu verstehen**, worüber **der Jesuit Noppel** keinen Zweifel ließ. Im Hinblick auf Deutschland erklärte er:

**Katholische
Aktion**

"In manchen Ländern und Zeiten scheinen das Gebiet der Katholischen Aktion und jenes der sozialen und politischen Aktion sich fast völlig zu decken. In solchen Fällen besteht eine fast selbstverständliche Personalunion der Führer der einzelnen Bewegungen, **die Politiker sind dann eben die Führer der Katholischen Aktion.**"

Und dies Wort traf für Brüning zu.

Um so mehr traf es zu, als Brüning durch einen nationalen Anschein auch die nationalen Katholiken auf seine Seite zu ziehen versuchte. Denn es war absolut nicht so, daß Zentrum und deutsche Katholiken ein und dasselbe waren! Nur etwas mehr als ein Drittel der deutschen Katholiken, in der Hauptsache die Geistlichkeit, bekannte sich zum Zentrum. Und das war der Zweck der Katholischen Aktion, dieser Laienbewegung, in Deutschland nun alle Katholiken im Zentrum zu vereinigen. Daß dies noch nicht der Fall war, war die innere Schwäche des Zentrums. Wenn dies aber einmal Tatsache wurde, dann glaubte das Zentrum, unbesieglich zu sein. Darum sagte der **ehemalige Reichskanzler Marx** am 18. Oktober 1928 ganz deutlich in der *Kölnischen Volkszeitung*: "Die Einheit der Katholiken auf politischem Gebiet ist ein wesentlicher Teil der Katholischen Aktion." Mitte 1932 beschwerte sich die Katholische Vereinigung für nationale Politik beim Bischof von Hildesheim, daß in dessen Diözese **Redemptoristenpatres das Halten nichtkatholischer Zeitungen und die Wahl nationaler Parteien in Predigt und Beichtstuhl als Todsünde bezeichneten und die Absolution verweigerten**, so daß sich der nationalen katholischen Bevölkerung große Verwirrung bemächtigte. Gleichzeitig, gewissermaßen als Wahlpropaganda für den Reichstag 1932, riefen Brüning und andre Zentrumsführer die katholischen Geistlichen der einzelnen Diözesen zu Konferenzen zusammen, in denen folgende Entschließung angenommen werden mußte: "Die Seelsorger erblicken im **Zentrum die einzige Partei**, die nach ihrem Wesen und nach ihrer Geschichte **die katholischen Grundsätze und Belange** in politischen Angelegenheiten vertreten hat und vertritt."

Aber gegen dieses Ziel erwuchs dem Zentrum ein gewaltiger Widerstand in der Nationalsozialistischen Bewegung. Sie war wohl diejenige Partei Deutschlands, welche nächst dem Zentrum die meisten Katholiken umfaßte. Die tiefe Trennung zwischen den nationalsozialistischen und zentrumlichen Katholiken lag eben auf politischem Gebiet. Daß die nationalsozialistischen Katholiken den nationalen Gedanken, den das Zentrum ablehnte, zur Grundlage ihrer Politik machten, diese informatorische "Irrlehre", das zog ihnen den Haß des Zentrums zu! Die Bischöfe hatten ja festgestellt, daß das Programm der Nationalsozialisten in offenem Gegensatz zur katholischen Religion stehe!

*Zentrum und
Nationalsozialismus*

Natürlich hatte das Zentrum eine Möglichkeit, dem Nationalsozialismus Wunden beizubringen, nicht auf politischem Gebiete, sondern auf - kirchlichem. **Das Gerüst der Zentrumspartei war die römische Kirche. Und die von hier aus sich ergebende Macht wendeten die Priester zur geistigen Niederknüppelung der Nationalsozialisten an.** Die Priester verweigerten den Nationalsozialisten die kirchlichen Gnadenmittel. Besonders kraß trat dieser Fall bei dem Gauführer Peter Gemeinder in Erscheinung. Der war in Darmstadt im September 1931 gestorben, und **die römische Kirchenbehörde verweigerte ihm das kirchliche Begräbnis.** Der Haß der römischen Kirche gegen den nationalen Sozialismus war derart, daß sie jeden katholischen Nationalsozialisten gleichsam als exkommuniziert betrachtete. Der Nationalsozialismus andererseits antwortete damit, daß er in Westdeutschland eine tiefe Bresche in das Zentrumsmassiv schlug.

Natürlich hatte das Zentrum eine Möglichkeit, dem Nationalsozialismus Wunden beizubringen, nicht auf politischem Gebiete, sondern auf - kirchlichem. **Das Gerüst der Zentrumspartei war die römische Kirche. Und die von hier aus sich ergebende Macht wendeten die Priester zur geistigen Niederknüppelung der Nationalsozialisten an.** Die Priester verweigerten den Nationalsozialisten die kirchlichen Gnadenmittel. Besonders kraß trat dieser Fall bei dem Gauführer Peter Gemeinder in Erscheinung. Der war in Darmstadt im September 1931 gestorben, und **die römische Kirchenbehörde verweigerte ihm das kirchliche Begräbnis.** Der Haß der römischen Kirche gegen den nationalen Sozialismus war derart, daß sie jeden katholischen Nationalsozialisten gleichsam als exkommuniziert betrachtete. Der Nationalsozialismus andererseits antwortete damit, daß er in Westdeutschland eine tiefe Bresche in das Zentrumsmassiv schlug.

Das war das Eigentümliche bei Brüning: er ward berufen durch das Vertrauen des Reichspräsidenten, weil dieser in ihm den Retter sah, aber Brüning hatte bereits einen viel höheren und mächtigeren Auftrag in der Tasche, den der Katholischen Aktion. Seine gesammelte Kraft konzentrierte sich nicht auf das Vaterland, wie Hindenburg wollte, sondern auf die Unterdrückung des Nationalsozialismus und auf die enge Verbindung mit Frankreich, ungeachtet mancher Schwierigkeiten, die diese außenpolitische Aufgabe mit sich brachte. Daß dieser Brüningschen Kraftanstrengung Erfolg nicht beschieden war, lag an den immer fürchterlicher über Deutschland hereinbrechenden Schicksalsschlägen. Brüning hatte genug zu tun, die Katastrophe abzuwenden. Die nationale Opposition verlangte nun von Brüning ein klares Bekenntnis zum Nationalismus und zu Preußen. Das aber konnte und durfte Brüning nicht abgeben, denn er war gebunden in der Disziplin der römischen Kirche! **Der Gegensatz zwischen Zentrum und Nationalsozialismus war eine neue, sichtbare Form des uralten Ringens zwischen priesterlicher und weltlicher Herrschaft über den Staat.**

Doch bevor wir uns der nationalen Opposition zuwenden, müssen wir die Bundesgenossen des Zentrums ein wenig näher betrachten.

Die Septemberwahlen von 1930 hatten ein ganz eigenartiges Kräfteverhältnis gebracht. Es hatten sich fünf politische Lager gezeigt, von denen das mittelste, der Angelpunkt des Ganzen, **das Zentrum**, 4 132 650 Wähler hatte. Nur um ein [72] wenig stärker waren **die Kommunisten** mit 4 541 718 Wählern. Die andern drei Lager waren einander gleichstark: **Die Sozialdemokratie** hatte 8 581 292 Wähler zusammengebracht, die in Auflösung befindliche bürgerliche **Mitte**, bestehend aus elf Parteien, stützte sich auf 8 647 259 Wähler, und **die nationale Gruppe**, Nationalsozialisten und Deutschnationale, umfaßte 8 832 842 Wähler. 1928 war die Kräfteverteilung folgende: Sozialdemokraten 9 100 503, bürgerliche Mitte 8 369 818, nationale Gruppe 5 190 135.

Die **bürgerliche Mitte** nun, auf die sich Brüning's Zentrumsregierung im Reiche stützte, war ein regelloser Haufen von elf Interessentengruppen verschiedenster Art: Bauern, Mittelstand, Industrie, evangelische Pfarrer usw. Die größten Parteien dieses Konglomerats waren die Deutsche Volkspartei mit rund 1,6 Millionen, die Wirtschaftspartei mit 1,4, die Staatspartei mit 1,3 und die Bayrische Volkspartei mit 1,1 Millionen Wählern. **Die von Dingeldey geführte Volkspartei** war der unsichere Kantonist in diesem Block. Von ihrem Minister Curtius, den die Partei in der Regierung hatte, sagte sie sich im Spätsommer 1931 los und verlangte sehr vernehmlich seinen Rücktritt. Die entsetzlichen Fehler, die Curtius in Genf gemacht hatte, überstiegen denn doch erheblich die Befürchtungen seiner Parteifreunde.

**Bürgerliche Mitte
und Sozialdemokratie**

Dem Reichskanzler Brüning machte Dingeldey den Vorwurf, er mache der Sozialdemokratie allzuviel Zugeständnisse. Man werde das Gefühl nicht los, daß die Arbeit der Reichsregierung durch die Wünsche der Sozialdemokratie diktiert sei. Die Kräfteverteilung in Deutschland sei doch heute so, daß die Existenz der Reichsregierung letzten Endes von der Haltung der Deutschen Volkspartei abhängt. Das verpflichte die Volkspartei, alle vorhandenen Möglichkeiten zu erkunden. Wie schließlich die Entscheidung der Reichstagsfraktion ausfallen werde, das lasse sich noch nicht sagen. Jedenfalls solle man bemüht sein, eine Nationalregierung nach englischem Muster, also etwa eine Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, zu bilden.

Die Volkspartei war also nicht sehr geneigt, die Regierung Brüning noch weiterhin zu unterstützen, und sie stand schon mit einem Fuße im Lager der nationalen Opposition. Aber sie erkannte doch den Nutzen einer Politik der doppelten Tür und verschmähte es nicht, sich Ende September an den Verhandlungen zu beteiligen, welche von Mitgliedern der Landvolkpartei, der Wirtschaftspartei, Staatspartei, der Volkskonservativen und Christlich-Sozialen geführt wurden. Zweck dieser Besprechungen war eine Zusammenarbeit, nicht ein Zusammenschluß, der Mitte und der gemäßigten Rechten, um im Parlament den Mittelparteien zwischen Hugenberg und Sozialdemokraten etwas mehr Einfluß zu verschaffen. Ähnliche Bestrebungen waren bereits der Septemberwahl vorausgegangen und hatten zu nichts geführt. So war es diesmal auch wieder.

Wenn man's also recht betrachtete, dann war der aus 11 verschiedenen Parteichen bestehende Block der Mitte für Brüning ein recht schwankender Grund, wenn er sich darauf stützen mußte. Nicht viel anders war es mit der **Sozialdemokratie**, die sich seit dem Frühjahr in einem Zustande innerer Zersetzung befand. Es war nämlich ein Streit darüber ausgebrochen, ob man die Regierung Brüning unterstützen solle oder ob man ihr Opposition leisten müsse.

Nach dem Stahlhelmsentscheid allerdings wurde diese gewissermaßen innere Frage zunächst in den Hintergrund geschoben durch ein wesentlich schwierigeres Problem: Die Bedrohung der Macht und der Existenz der Sozialdemokratie überhaupt durch die nationale Opposition. Daran zweifelte man nicht mehr, daß die Parteien der nationalen Opposition immer weiter anwachsen würden. Es konnte geschehen, daß sich eines Tages Brüning auf die nationale Seite schlug, was allerdings der ganzen Einstellung Brüning's nach sehr unwahrscheinlich war - diesen Argwohn wurde die Sozialdemokratie überhaupt nie los und infolge dieser Furcht hielt sie es für das kleinere Übel, Brüning zu

tolerieren, um ihn nicht durch Opposition endgültig nach rechts zu drängen. Nun aber rückte die nationale Gefahr gegen das letzte Bollwerk der Opposition, gegen Preußen vor.

Da entsprang in dem Hirn Otto Brauns ein ganz genialer Gedanke, der, mit der allgemeinen Finanzkalamität des Reiches und der Länder scheinbar begründet, lediglich beabsichtigte, der sozialdemokratischen Macht in Preußen einen stärkeren Rückhalt im Reiche zu geben. Der Ministerpräsident schlug in einem Vorwärts-Artikel zum Verfassungstage vor, den unseligen Dualismus zwischen Reich und Preußen durch eine Verwaltungsreform ohne Verfassungsänderung durchzuführen auf dem Wege einer Verwaltungsgemeinschaft zwischen Reich und Preußen. Braun erbot sich, die Initiative zu ergreifen, denn eine Reichsreform gegen Preußen sei unmöglich, mit Preußen aber könne sie schnell durchgeführt werden.

Pläne um Preußen

Die Staatspartei war begeistert, das Zentrum war zufrieden. Die *Germania* begrüßte Brauns Angebot um so mehr, als so auf dem schnellsten Wege die Frage zu einem praktischen Erfolge geführt werden könne. Die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Zentrum war also wieder einmal da, diesmal aber erlitten sie beide eine Schlappe. Am 13. August sprach Brüning im Reichsrat über die Notwendigkeit strengster Sparsamkeit. Bei dieser geeigneten Gelegenheit entwickelte Braun seinen Plan, und Brüning war dieser Strukturänderung nicht abgeneigt. Doch schon erhob sich der ganz energische bayrische Widerspruch Helds gegen den Angriff auf die Eigenstaatlichkeit der Länder, und Bayern verlangte Einberufung des Reichstages, wenn die Reichsregierung diesen Plan durchführen sollte.

Die *Bayrische Staatszeitung* bezeichnete es als undurchführbar, dem preußischen Staate eine Art Hegemoniestellung im Reiche zu verschaffen. Bayern lehne rundweg alle Pläne gegen den brüderstaatlichen Charakter und für eine Unitarisierung des Reiches ab. Eine Notverordnung hierüber sei untragbar. Bayern betrachtete also die Reichsreformbestrebungen als Bestreben, das Reich zu zentralisieren, Süddeutschland seiner paar Sonderrechte, die es noch besaß, zu berauben. Für Preußen aber sahen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen die Gefahr einer Staatsauflösung, und um ihr vorzubeugen, forderten sie Einberufung des Landtages, was allerdings durch Regierungskoalition und Staatsministerium verhindert wurde.

Als nun der Gedanke Brauns bereits auf diese Weise stark erschüttert worden war, beging Breitscheid noch die Unvorsichtigkeit, den Zweck des ganzen Vorschlages im *Vorwärts* zu enthüllen. Natürlich, schrieb er, gelte die urplötzliche Schwenkung der Preußenregierung von bisher unter Brünings Kanzlerschaft geübter völliger Ablehnung jeder Reform des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen zur jetzigen Reformbereitschaft nur für den Fall, daß im Reiche keine nationale Regierung komme, diene also überhaupt **nur dem Zwecke, die Bildung einer nationalen Regierung im Reiche zu verhindern**. Man wollte also Brüning nach links orientieren.

Nach dieser Entwicklung war es für die Sozialdemokratie unmöglich, weiterhin den Gedanken Brauns zu verfolgen. Jetzt bemächtigte sich die Staatspartei der Idee. Der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff schlug am 20. August Reichsreform durch Notverordnung vor, und zwar so, daß der preußische Innenminister Severing Reichsinnenminister wurde und der preußische Ministerpräsident Braun als Vizepräsident des Reichskabinettes weiterwirkte. Die preußische Justiz- und Steuerverwaltung sollte das Reich übernehmen. - Ein ähnliches Projekt wurde im Reichsinnenministerium, das der Zentrumsangehörige Wirth verwaltete, ausgearbeitet. Hierin spielte die Zerlegung Preußens in "neue Länder" eine Rolle, ein alter separatistischer Gedanke des Zentrums feierte seine Auferstehung.

In der Tat wurden **neue separatistische Hoffnungen** im Zentrum wach. Das *Düsseldorfer Tageblatt*, eine Zentrumszeitung, brachte am 11. September den Plan des Essener Oberbürgermeisters Bracht, den dieser mit Unterstützung des preußischen Zentrumswohlfahrtsministers Hirtsiefer ausgearbeitet hatte: es sollten eine Ruhrprovinz und ein Rheinstaat mit den Hauptstädten Essen und Köln gebildet werden. Dieser Vorschlag erinnerte doch aber allzusehr an französische Tendenzen der Besatzungszeit, und der allgemeine Unwille des Volkes nötigte die Reichsregierung, diesen

Plänen Widerstand entgegenzusetzen. Auf diesem Wege konnte auch die Sozialdemokratie nicht mehr folgen, denn nicht separatistische Zersetzung Preußens, sondern straffe, unitarische Zusammenfassung der Länder zum Zwecke der Beherrschung war ihr Ziel. Separatismus war eine Gefahr für die Sozialdemokratie, nur Unitarismus konnte sie stärken, ihre Herrschaft, die schon stark schwankte, neu befestigen.

Als nun Höpker-Aschoff hartnäckig an seinen Plänen festhielt, erklärte die Reichsregierung eine Verwirklichung durch Notverordnung für unmöglich. Das sei Verfassungsverletzung. Übrigens hätten sich acht deutsche Freistaaten bereits gegen Höpker-Aschoff ausgesprochen. Auch innerhalb der Preußenregierung führte die abweichende Auffassung der Staatspartei und der Sozialdemokratie zu tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten. Die Folge davon war der Rücktritt Höpker-Aschoffs am 12. Oktober: er war untragbar geworden und mußte vor dem Zusammentritt des Landtages verschwinden.

Abermals, wie schon immer, waren die Reichsreformpläne gescheitert. Im Landtag verbrämte Severing am 14. Oktober die offensichtliche Niederlage Brauns damit, daß er sagte, die ganze Angelegenheit hätte nur den Zweck gehabt, bei der Umbildung der Reichsregierung eine Orientierung nach rechts zu verhindern. - Die Pläne Brauns und Höpker-Aschoffs waren Platzpatronen, die zersplitterten, ehe sie ihr Ziel erreichten.

Inzwischen vertiefte sich der Gegensatz innerhalb der Sozialdemokratie immer mehr, der seit dem Frühjahr bestand. Je länger die Notverordnungs- politik Brünings dauerte, um so lauter forderten die Massen, daß die Parteileitung mit der Reichsregierung breche. Die Führer der Partei aber konnten sich zu einem Bruch mit Brüning nicht entschließen. Sie pochten auf ihre 143 Sitze im Reichstag und wiesen den Reichskanzler immer wieder darauf hin, daß er fallen werde, wenn ihre Abgeordneten gegen ihn stimmten. So glaubten sie zu verhindern, daß Brüning sich der nationalen Opposition zuwenden würde, oder wenigstens den Deutschnationalen, die 100 Stimmen weniger als die Sozialdemokraten hatten. Hertz, Hilferding, Breitscheid hatten dauernde Besprechungen mit dem Kanzler, machten ihm Schwierigkeiten wegen seiner Notverordnungen, ließen sich von ihm versichern, daß er loyal mit der jetzigen Mehrheit weiterarbeiten und keine andere Koalition im Parlament anstreben werde, forderten, daß kein weiterer Abbau der Löhne und sozialen Leistungen erfolge und daß die Härten der Juninotverordnung beseitigt würden.

Zwiespalt in der Sozialdemokratie

Mit diesem Wohlwollen gegenüber dem Kanzler aber waren weite Kreise der Partei nicht einverstanden. Die Kluft, die auf dem Leipziger Parteitag im Frühjahr noch mühsam überbrückt worden war, vertiefte sich im Sommer und Herbst. Bereits Anfang Juli sammelten Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel Unterschriften, besonders bei den Betriebsräten der Berliner Metallindustrie, um von der Parteileitung in ultimativer Form Bruch mit Brünings Notverordnungs- politik zu fordern. 36 Berliner Betriebsversammlungen stellten sich Mitte Juli hinter den Aufruf der Opposition. Besonders die sozialdemokratische Jugend machte aus ihrer Opposition keinen Hehl. Am 11. August hielt die **sozialdemokratische Arbeiterjugend Groß-Berlins** auf dem Gendarmenmarkte eine "Rote Verfassungsfeier" ab. Dabei sagte der Führer der sozialistischen Arbeiterjugend Berlins, Schmidt, folgendes:

"Wir haben heute zu einer roten Verfassungsfeier aufgerufen, die nicht den Zweck haben soll, die Verfassung zu feiern. Hierzu haben wir fürwahr keinen Grund... Was wir müssen, das ist die Mobilmachung auf der ganzen Front zum Kampf für den sozialistischen Staat. Am Ende dieses Kampfes wollen wir dann in ehernen Lettern die Verfassung des Sozialismus in die Geschichte der Menschheit schreiben."

Der nächste Redner Schröder unterstrich diese Ausführungen:

"Für uns Sozialdemokraten gilt es, diese schwere wirtschaftliche Krise mit allen Mitteln und bewußt auszunutzen zur Erringung der endgültigen Macht im Staate. Jetzt gilt es weniger zu reden als zu handeln und zur Tat zu schreiten."

Dann brachten viele tausend junger Sozialisten ein dreifaches Hoch aus auf den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung und gegen den kapitalistischen Staat.

Dieser Druck von unten führte dazu, daß in einer Sitzung der Reichstagsfraktion Anfang September bereits 30 Abgeordnete gegen jede weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning durch die Partei sich aussprachen. Volksversammlungen wurden abgehalten, welche entschlossen die Lösung von Brüning forderten. Am 23. September wurde in einer solchen Versammlung gefordert, daß eine eigene oppositionelle Gruppe in der Partei gegründet wurde. Alle Versuche, die Spannungen zu überbrücken, waren fehlgeschlagen.

Am nächsten Tage wurden sieben Abgeordnete aus Gründen der Parteidisziplin ausgeschlossen: Seydewitz, Rosenfeld, Ströbel, Ziegler, Portune, Öttinghaus und Siemßen. Hinter diesen radikalen Sozialisten standen von Anfang an zwei Bezirke: Zwickau und Breslau. Schon in den folgenden Tagen bildeten sich in Magdeburg, Berlin, Hamburg, Kiel und in anderen Städten oppositionelle Gruppen.

Der *Vorwärts* bezeichnete dies alles wohl als nebensächlich, glaubte aber unter dem Eindruck dieser Vorgänge eine schärfere Sprache gegen Brüning führen zu müssen: Die gegenwärtige Reichsregierung möge sich hüten, durch Überspannung des Bogens eine politische Krise herauszufordern, deren Auswirkungen unübersehbar sind. Diese letzte Äußerung sei "gleichbedeutend mit dem Ende der Regierung Brüning".

Aber die Opposition ließ sich keineswegs verblüffen. Der Gang der Dinge gab ihr recht. Bei den Hamburger Wahlen am 27. September war die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen seit September 1930, also innerhalb eines Jahres, von 240 984 auf 214 509 zurückgegangen, also um rund 26 500. Dagegen waren die Kommunisten von 135 279 auf 168 618 angewachsen. Seit den Bürgerchaftswahlen vom 19. Februar 1928 hatten die Sozialdemokraten eine Einbuße von 13 Prozent erlitten. Diese Entwicklung war symptomatisch. Und auf die Aufgabe, ein weiteres Abwandern der Sozialdemokraten zu den Kommunisten zu verhindern, gründete die Opposition das Recht ihrer Existenz. Sie spielte dabei die Rolle der ehemaligen Sozialrevolutionäre, der Trudowicki, in Rußland. Bereits Anfang Oktober verfügte die neue Bewegung über 182 Ortsgruppen.

Innerhalb der Sozialdemokratie fühlte man sich doch bedroht. Funktionärversammlungen in Rathe-now, Stettin, Münster, Magdeburg verlangten, daß die Partei den Ausschließungsbeschluß gegen die sieben Abgeordneten aufhebe, damit die Einheit der Partei gesichert sei. Die Sozialdemokratie befand sich in einer ähnlichen Krise wie die Deutschnationalen drei Jahre vorher. Beide Male rächte es sich, daß die Kraft der Disziplin in liberalistischer Methodik vollkommen verrotten war. Die Führung hatte die Massen nicht in der Hand. Bei den Nationalsozialisten war es anders, wie der Fall Stennes bewiesen hatte.

Am 2. Oktober rief der ebenfalls ausgeschlossene Rechtsanwalt Dr. Eckstein, Vorsitzender der sozialdemokratischen Ortsgruppe Breslau, eine Versammlung ein, zu der 3000 Menschen erschienen. Seydewitz und Ziegler hielten scharfe Reden gegen die Tolerierungspolitik der Parteileitung, die einer Ohnmachtspolitik gleiche und den Forderungen der Arbeiterschaft nicht mehr entspreche. Gegen vier Stimmen nahm man eine EntschlieÙung an, worin zur Bildung einer **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands** aufgerufen wurde.

**Sozialistische
Arbeiterpartei**

In Berlin machte die Bewegung Fortschritte. Ganze Versammlungen traten geschlossen über. Im *Vorwärts* fanden zahlreiche Entlassungen statt, da die neue Partei hier bereits über Zellen verfügte. Im östlichen Freistaat Sachsen agitierte die sozialistische Jugend stark für die neue Partei. Schon regte sich die Kommunistische Opposition und schlug in einem Schreiben an Rosenfeld und Seydewitz eine gemeinsame Sitzung vor, um Klarheit zu schaffen über das von den Führern der linken Opposition vertretene Aktionsprogramm. Aber hiervon wollten die neuen Männer noch nichts wissen.

Der 4. Oktober brachte die entscheidende Sitzung in Berlin. 88 Vertreter aus dem Reiche waren zur

Konferenz erschienen und gründeten in aller Form die Sozialistische Arbeiterpartei. Den Vorsitz übernahm das Triumvirat Seydewitz, Rosenfeld und Ströbel. Durch ihr scharf abgegrenztes Aktionsprogramm stellte sich die Partei zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus. In dem Manifest las man folgendes:

"Die Sozialistische Arbeiterpartei steht in schärfstem Gegensatz zum bürgerlichen Klassenstaat und sieht die Vorbedingungen zum Sturze des Kapitalismus in der Anknüpfung an die Tagesnot und der Zusammenfassung der vereinzelt proletarischen Kämpfer zur marxistisch geführten Aktion der ganzen Klasse. Hinter ihr stehen die sozialistische Jugend und die Zehntausende sturmerprobter Kämpfer und Funktionäre."

Man erwog gleichzeitig die Gründung eines "Schutzbundes" unter roter Fahne als Konkurrenz zum schwarz-rot-gelben Reichsbanner.

Als Ende November 1931 in Berlin die **erste zentrale Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei** abgehalten wurde, sprach der Redner über die "Entscheidungsschlacht mit dem Klassenfeinde" und sagte:

"Für diesen Kampf brauchen wir alle und sind **bereit, die Front aller Proletarier zu schmieden**: Die kommunistischen sowie die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kampf für den Rätestaat des Proletariates!"

Die neue Partei betrachtete es also als ihre Aufgabe, nachdem die Sozialdemokratie versagt hatte, **eine neue einheitliche marxistische Richtung zu schaffen**. Sie entwickelte eine mächtige Propaganda im ganzen Reiche, ihre Versammlungen waren sehr stark besucht, die Arbeiterjugend stand hinter ihr. Und da sie wohl auch über finanzkräftige Genossen verfügte, konnte sie alsbald eine Tageszeitung und eine Wochenschrift herausgeben. Trotz aller Beschwichtigungsversuche der Sozialdemokratie sah diese in der neuen Partei eine wirklich unbehagliche Konkurrenz.

So war also wieder einmal eine neue Partei entstanden. Etwa ein Fünftel bis ein Viertel der alten Sozialdemokratie neigte zu ihr hin. **Die Notwendigkeit dieser Partei war bedingt durch das Gesetz der Entwicklung in den Generationen**. Stärker als Menschenkraft ist dieses Gesetz. **Eine Partei ist wie ein Mensch. Sie möchte den Höhepunkt ihrer Kraft und ihres Sieges verewigen. Aber sie wird alt und schwach, wenn ihr Geist nicht auf emporreißende, hohe, der Ewigkeit zustrebende seelisch-sittliche Ziele gerichtet ist, und aus ihrem verwelkenden Körper geht ein Neues, Junges hervor, im Gegensatz zu seiner Mutter**.

Auch die alten Stützen der Partei im Staate bröckelten ab. Die marxistische Partei war verbürgerlicht, und daher ergab sich eine innere Unwahrhaftigkeit. Es ist schon oben davon die Rede gewesen, wie die gesellschaftlichen Spitzen der Partei abbrachen. Anfang Oktober trat nun auch der Universitätsprofessor und frühere preußische Innenminister vor Severing, Wäntig, aus, weil die Partei durch Unterstützung der Notverordnungs politik die wichtigsten demokratischen Grundrechte der Verfassung angreife. Die sozialdemokratischen Führer hätten sich in die bestbezahltesten Stellen des Reiches und Preußens gebracht, seien hochbezahlte Minister, Regierungs- und Polizeipräsidenten und bezögen die hohen Gehälter des alten bürgerlichen Staates. Damit aber sei die soziale Frage nicht gelöst. Infolgedessen liefen die Massen zu Hunderttausenden aus der Partei: Sozialdemokratische Minister, Regierungs- und Polizeipräsidenten bauten in bürgerlicher Wohlhabenheit Villen oder hätten Zehn- bis Zwölfzimmer-Dienstwohnungen. Das vertrage sich nicht mit den sozialdemokratischen Lehren, die früher von denselben Führern überall gepredigt worden seien. -

So also sah es aus in der Partei der Wels, Scheidemann, Breitscheid, Löbe, Hilferding, Severing: starker gegnerischer Druck von unten, Unwille, Mißtrauen, Abwendung von oben. Das hatte Brüning allerdings fertiggebracht: die Sozialdemokratie in einen Zustand innerer Schwäche zu versetzen. Und die innerlich vollkommen hilflose Sozialdemokratie hatte nicht mehr die Kraft, gegen Brüning aufzutreten. Würde sie das tun, dann wußte sie: Brüning würde auch den letzten Schein des demokratischen Parlamentarismus zerstreuen und ohne jedes Parlament mit diktatorischer Voll-

macht regieren. Dann war es überhaupt aus mit jedem Einfluß der Sozialdemokratie auf die Reichsregierung. Brüning kannte die Schwäche der Sozialdemokratie, er wußte, daß sie sich von ihm führen lassen mußte trotz Abbau der Löhne und Sozialversicherung! -

Doch die schwankende bürgerliche Mitte und die schwache Sozialdemokratie waren nur parlamentarische Hilfstruppen Brünnings und insofern von untergeordneter Bedeutung. Den eigentlichen Kampf hatte der Reichskanzler gegen die unversöhnliche **nationale Opposition** zu führen. Deren Heerschar setzte sich zusammen aus 6¼ Millionen Nationalsozialisten und 2½ Millionen Deutschnationalen. Die Front Hitlers war einheitlich geschlossen

**Nationale
Front**



Standarte Leipzig beim Ausmarsch, 1931. Photo Scherl.



Hitler in Nürnberg 1931 am Luitpoldhain. Im Stahlhelm: General von Epp. [Photo Scherl?]

und fest gefügt. Die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln, die Anfang 1931 nur 100 000 Mann in sich vereinigten, waren bis Ende des Sommers 1931 auf die dreifache Zahl angewachsen.

An Hugenberg lehnte sich der Stahlhelm, Seldte und Düsterberg, an. Auch standen die vom Grafen Goltz geführten Vereinigten Vaterländischen Verbände hinter den Deutschnationalen. Das waren aber nur Organisationsfragen, keine Machtfragen, da der Mitgliederbestand in der Deutschnationalen Volkspartei, im Stahlhelm, Bund Königin Luise und Vaterländischen Parteien nahezu identisch war und bei den Wahlen keinerlei Erhöhung der Stimmenzahl brachte. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder in der Nationalsozialistischen Partei betrug im August 600 000 und war dreimal so hoch als der Bestand der eingeschriebenen Mitglieder in der Deutschnationalen Volkspartei.

Schon Anfang Juli war **eine gewisse Übereinstimmung des Handelns zwischen Hitler und Hugenberg** erreicht worden. Mit ganzer Energie wurde der Kampf gegen Brünings Innen- und Außenpolitik konzentriert. Es wurde **ein doppeltes Ziel** verfolgt: endgültige Zerreißung der Verbindung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, endgültige Beseitigung der unterwürfigen Franzosenpolitik Brünings. Die Nationalsozialisten außerdem wlzten in aller Deutlichkeit und Schwere die ganze Verantwortung für die kommunistischen Mordtaten auf die Regierung Brüning, die nicht tatkräftig genug gegen die feigen Mörder vorging. Waren doch unter der Regierung Brüning mehr als 50 Nationalsozialisten bis zum Herbst 1931 meuchlings gemordet worden!

Ende August wurde zwischen Hitler und Hugenberg vereinbart, daß die Parteien gemeinsam wieder im Reichstage erscheinen wollten und ihn wieder verlassen würden, wenn es für richtig erkannt sei: die nationale Opposition wollte einheitlich gegen die Regierung vorgehen. Sie war nicht mit einzelnen Personalveränderungen im Kabinett zufrieden, sie forderte den Rücktritt der Gesamtregierung!

In zahllosen Versammlungen wurde ein schweres Trommelfeuer gegen Brüning veranstaltet, ohne Unterlaß. Zehntausende lauschten begeistert den Worten Hitlers, so auf den großen Kundgebungen in Hamburg, in Gera und wieder in Hamburg. Immer neue Scharen strömten zur Hakenkreuzfahne, nichts hielt sie ab, sie spotteten der Mordseuche, die im Finstern schlich. Hier bei Hitler fanden sie Mut und Willen und Kraft und aufrichtige Vaterlandsliebe! Hitler war der Mann, der Deutschland retten konnte! Das wußten viele Millionen.

Die zwingende Gewalt des Nationalsozialismus spornte auch die Deutschnationalen zu emsiger Tätigkeit an. Viele Tausende besuchten Mitte September den Reichsparteitag in Stettin, und Hugenberg bte scharfe Kritik an der Regierung, ihrer Franzosenliebe, ihrer Verbindung mit der Sozialdemokratie, ihrer zögernden Haltung der Not und dem organisierten Mord gegenüber. Fort mit der Diktatur des Zentrums! Ihr Zweck sei es, eine Rechtsregierung zu verhindern. Aber Zentrumsdiktatur bedeute Bolschewismus für Deutschland!

Immer wieder erklärte die nationale Opposition, sie sei bereit, jederzeit die Verantwortung zu übernehmen.

Und dann kamen die Hamburger Wahlen. Die Nationalsozialisten, die 1930: 144 684 Stimmen errangen, erhielten 202 465, die Deutschnationalen stiegen von 31 376 auf 43 269. **Die nationale Opposition gewann also innerhalb eines Jahres 70 000 Stimmen, das waren etwa 10 Prozent aller, die da abgestimmt hatten.**

In der Reichskanzlei konnte man sich nicht darüber täuschen, daß die Macht der nationalen Gegner immer mehr stieg. Die Sozialdemokratie fürchtete man nicht, aber die nationale Opposition mußte man fürchten! Brüning sah mit Sorge der kommenden Reichstags-sitzung entgegen. Es war gut, wenn man schon vorher der nationalen Opposition Gelände abgewann, indem man ihren Vorwurf entkräftete, das Kabinett Brüning sei eine Parteiregierung des Zentrums.

So kam es zum Zwischenspiel einer **Regierungsneubildung**. Curtius hatte sein Rücktrittsgesuch eingereicht, und dies nahm Brüning zum Vorwande, dem Reichspräsidenten am 7. Oktober die Demission des Gesamtkabinetts zu unterbreiten. Jetzt beauftragte Hindenburg Brüning, eine neue Regierung ohne parteimige Bindungen zu

Regierungsneubildung

bilden, eine "überparteiliche" Regierung, der bei der kommenden Reichstagssitzung nicht von der nationalen Opposition gemachte Vorwurf der Parteilichkeit wiederholt werden konnte. Die Bildung der überparteilichen Regierung durch Brüning stieß auf einige Schwierigkeiten. Insbesondere war wieder einmal Bayern durch die neue Notverordnung stark verstimmt: ein Teil ihrer Bestimmungen sei in Bayern undurchführbar.

Mit starker Spannung erwartete man in allen Parteilagern das Ergebnis der neuen Brüningregierung. Die Zeitungen aller Richtungen beschäftigten sich mit der großen Frage, wie sich der Reichstag zur neuen Brüningregierung stellen werde. Bekomme Brüning eine parlamentarische Mehrheit, dann müsse er weiter parlamentarisch regieren, bekomme er sie nicht, dann werde er von Hindenburg diktatorische Ermächtigung erhalten. Daß der Reichstag Brüning stürzen könne, daran dachte man überhaupt nicht mehr. So kraftlos war bereits das parlamentarisch-demokratische System im Innern!

Am 9. Oktober war die neue "überparteiliche" Regierung fertig. Curtius und Wirth waren ausgeschieden. Brüning blieb Kanzler und übernahm zugleich das Außenministerium, Reichswehrminister Gröner wurde gleichzeitig Reichsinnenminister. Brüning drohte mit der Militärdiktatur. Dietrich, Stegerwald, Schätzel, Schiele und Treviranus blieben im neuen Kabinett. Zwei neue Minister waren Joel für Justiz und Professor Warmbold für Wirtschaft.

Dies "überparteiliche" Kabinett, eine Neuauflage der Zentrumsdiktatur, erlebte sofort starke Anfeindung. Billigung fand es nur im Zentrum, in der Bayrischen Volkspartei, in der Staatspartei und bei den Volkskonservativen. Die Deutsche Volkspartei, die jetzt keinen Mann mehr im Kabinett hatte, drohte jetzt mit Opposition. Sie verlangte eine neue Regierung, die unbelastet sei von den Vorgängen der letzten Monate. Brüning dürfe nicht glauben, daß er die Unterstützung der Partei für ein Kabinett finden werde, das an denselben Halbheiten leiden müsse wie das frühere. Die Wirtschaftspartei forderte Zusammenfassung aller nationalen Kräfte in Deutschland zur Bildung einer Regierungsmehrheit. Nur so werde die Regierung gezwungen, sich von der Sozialdemokratie zu lösen. Die Sozialdemokratie hatte zwar keine Veranlassung, die neue Regierung zu unterstützen, sie hatte aber noch weniger Veranlassung gegen sie zu stimmen und dadurch der Diktatur die letzten Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Sie war sich klar darüber, daß sie die Mißtrauensanträge gegen die neue Regierung ablehnen werde.

Die Nationalsozialisten erklärten, das zweite Kabinett Brüning sei nichts anderes als das erste offene Eingeständnis der inneren Schwäche dieses Systems. Nicht mehr bei Brüning, sondern allein beim Reichspräsidenten liege der Schlüssel für die kommenden Entscheidungen.

Zwei Tage, bevor der Reichstag sich versammelte, hielt die nationale Opposition in Bad Harzburg eine gewaltige Kundgebung ab.

**Harzburger
Kundgebung**

Viele Zehntausende von Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Stahlhelmen waren zusammengeströmt. Hitler, Hugenberg, Seldte, Düsterberg, Goltz, Schacht, und eine Anzahl volksparteilicher Abgeordneter, unter ihnen der ehemalige Reichswehrminister Seeckt, waren erschienen. Nach dem glänzenden Vorbeimarsch der Wehrverbände, die mit ihren Fahnen und in ihrer Disziplin den Glauben an Deutschlands Zukunft trugen, begannen die Beratungen. Sie standen unter dem Leitgedanken, daß das gemeinsame Ziel die Erringung der politischen Macht sein müsse. Die sogenannte bürgerliche Mitte sollte durch die Kundgebung auf die Seite der nationalen Opposition gezogen werden. Diese müsse zugleich im Reich und in Preußen die Macht ergreifen. Eine Wiederkehr des Zentrums und der Sozialdemokratie zur politischen Macht komme nach der Machtübernahme nicht mehr in Frage.

Dann wurde eine **gemeinsame EntschlieÙung** gefaÙt, in der folgende Hauptgedanken auftraten:

"Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen... Wir fordern den sofortigen Rücktritt der Regierungen Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Ruder halten. Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen, vor allem im Reich und in Preußen... Wir lehnen es ab, die heutige Regierung und das

heute herrschende System mit dem Einsatz unseres Blutes zu schützen."



*Nationale Tagung in Bad Harzburg, 11. Oktober 1931.
Während des Feldgottesdienstes im Kalten Tale. [Photo Scherl?]*

Für die bevorstehende Reichstagsitzung einigten sich die Parteien auf **gemeinsame Anträge der nationalen Opposition**:

1. Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen.
2. Der Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auf Sonntag, den 8. November 1931, auszuschreiben.
3. Die von dem Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung seit dem 10. Februar 1931 erlassenen Verordnungen sind außer Kraft zu setzen.
4. Die Zahlung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen ist mit dem 31. Oktober 1931 einzustellen.

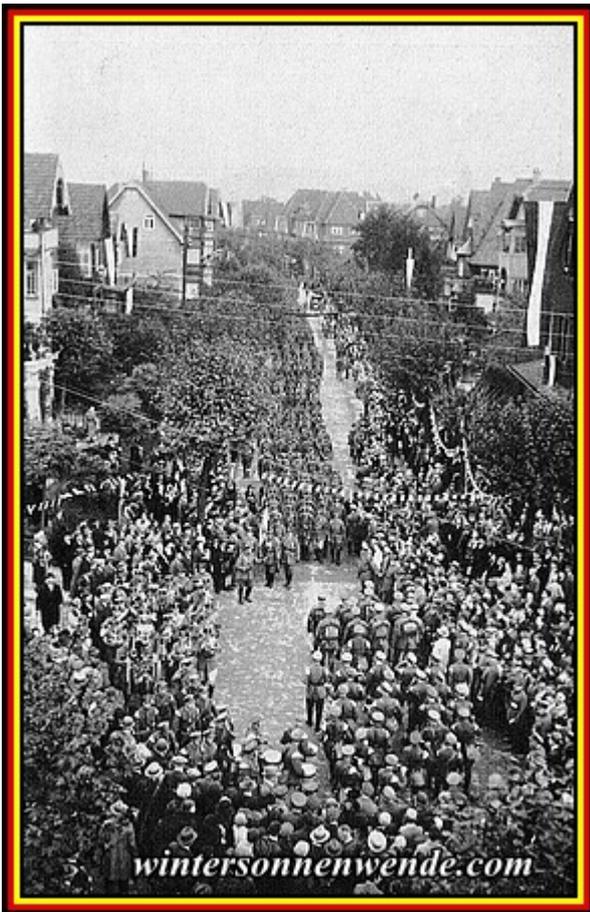
Den Nachmittag füllten die großen Reden der Führer aus. Die **Ausführungen Hugenburgs, Hitlers und Düsterbergs** gipfelten in dem Gedanken: Wir wollen keinen neuen Krieg, **wir wollen einen neuen Frieden der Verständigung als gleichbe-**



Adolf Hitler in Braunschweig. [Photo Scherl?]



*Nationale Opposition in Harzburg,
11. Oktober 1931. Kranzniederlegung am
Gefallenendenkmal durch Nationalsozialisten.
[Photo Scherl?]*



*4000 Stahlhelmer in Harzburg
am 11. Oktober 1931. [Photo Scherl?]*



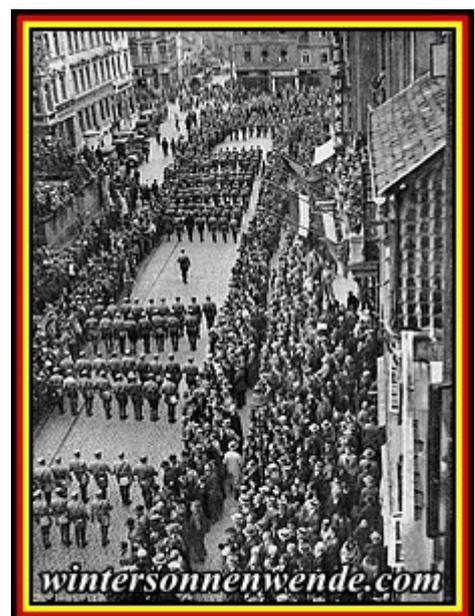
*Seldte, Düsterberg und Wagner in Harzburg
am 11. Oktober 1931. [Photo Scherl?]*

rechtigte Nation, keinen Frieden der Unterwerfung. Hitler zog die scharfe Linie der Entwicklung Deutschlands:

"Es ist denkbar, daß Deutschland kommunistisch regiert wird, es ist sicher, daß es nationalistisch regiert werden kann. Es ist unmöglich, daß es ein Deutschland gibt, in dem die eine Hälfte kommunistisch, die andere nationalistisch denkt."

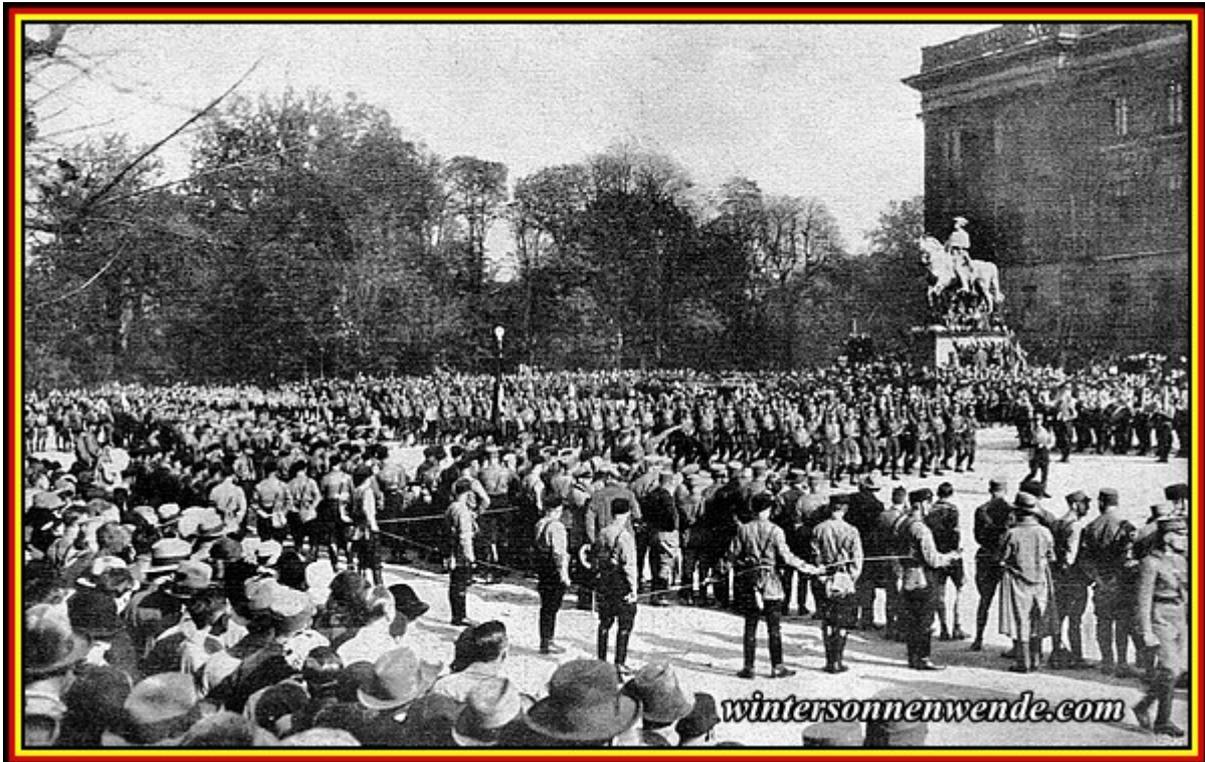
Ausrottung des Bolschewismus müsse das Ziel sein. Und seine Bekämpfung sei am erfolgreichsten, wenn man ernst um jede einzelne deutsche Seele ringe. Die Zukunft des deutschen Volkes sei eine seelische Frage, ein Kampf um die Seele des Volkes.

Auch der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht sprach. Er übte eine außerordentlich scharfe Kritik an der Youngpolitik der Reichsregierung, an der ewigen, verderblichen Anleihe-wirtschaft, die stets die letzte Zuflucht in aller Not sei: die Gesundung Deutschlands sei nicht eine Frage von einzelnen Programmpunkten, sei nicht eine Frage der Intelligenz, sondern sei eine Frage des Charakters. Es sei das Programm Friedrichs des Großen nach dem Siebenjährigen Kriege: sich fest auf die heimische Wirtschaft stellen und aus dem heimischen Boden herauszuholen, was herauszuholen ist und im übrigen sich für eine Generation bescheiden, sparen und arbeiten. Dazu gehöre nichts als Charakter, als Selbstvertrauen und Gottvertrauen.



*Reichstreffen der S.A.
in Braunschweig, 18. Oktober 1931.
[Photo Scherl?]*

Nichts entfesselte so sehr den Zorn der Demokratie und Sozialdemokratie wie diese Rede Schachts. Man sah in ihm den Abtrünnigen, den Verräter, der zu den Feinden übergegangen war und Geheimnisse ausgeplaudert hatte. Das 8-Uhr-Abendblatt forderte die Verhaftung Schachts wegen Landesverrat, selbst der Reichsfinanzminister Dietrich spürte das Verlangen, Schachts Ausführungen als unrichtig und unwahr hinzustellen.



Mitteldeutsches S.A.-Treffen: Vorbeimarsch auf dem Schloßplatz Braunschweig, 17.-18. Oktober 1931. [Photo Scherl?]



Mitteldeutsches S.A.-Treffen, Braunschweig, 17.-18. Oktober 1931. [Photo Scherl?]

Die Harzburger Tagung gehörte zu den **imposantesten Ereignissen des nationalen Deutschland**. Dennoch litt die hier geschaffene "Harzburger Front" an einer starken inneren Spannung. Die



*Mitteldeutsches S.A.-Treffen in Braunschweig, 18. Oktober 1931.
Vorbeimarsch vor dem Führer Adolf Hitler. [Photo Scherl?]*

Nationalsozialisten waren gekommen, um ihrem Willen im Rahmen der vereinten Opposition gegen das System Brüning zielweisenden Ausdruck zu geben und ihn zur stärksten politischen Auswirkung zu bringen. Ihren Anspruch auf die Vormacht stützten sie auf die sechs Millionen Deutsche, die hinter ihnen standen. Hugenberg hatte das Verdienst, die Harzburger Front zustande gebracht zu haben. Er stützte sich auf die Tradition des Bismarckreiches, die seine Partei verwaltete. Aber er erkannte nicht, daß diese beiden Argumente keineswegs genügten, um die kleine Macht von 2½ Millionen Anhängern auch nur ebenbürtig dem Hitlerheer an die Seite zu stellen. In der Weigerung Hugenbergs, als politisch Schwächerer sich selbstlos der Führung des politisch Stärkeren unterzuordnen, offenbarte sich der bürgerlich-reaktionäre Geist der Deutschnationalen. Diese Führereifersucht Hugenbergs in Harzburg trug späterhin einen großen Teil der Schuld daran, daß die Harzburger Front und Hugenberg in der Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932 eine schwere Niederlage erlitt. -

Reichstagsversammlung

Die **Herbstversammlung des Reichstages** wurde am 13. Oktober durch eine große Rede Brünings eingeleitet. Die nationalsozialistischen und deutschnationalen Abgeordneten waren noch nicht zugegen, auf den Bänken der Fraktionen saßen nur einige Beobachter. Brüning erging sich in allgemeinen Erörterungen. Deutschland fordere in der Außenpolitik Gerechtigkeit und Gleichberechtigung. Die Aufgabe der Reichsregierung sei es gewesen und werde es sein, die Regierungsmaßnahmen elastisch den jeweiligen neuauftretenden Auswirkungen der Weltkrise anzupassen. Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müßten sich aufeinander einstellen und es sei nötig, daß das Selbstkosten- und Preisniveau sich der wirtschaftlichen Entwicklung anpasse. Die zu hohen Zinssätze und Produktionskosten müßten gesenkt werden, wenn die Wirtschaft nicht noch mehr einschrumpfen solle. Die Reparationsfrage bedürfe einer endgültigen Klärung. Scharf wandte sich der Kanzler gegen die nationale Opposition. "Ich lasse mich lieber jeden Tag als Landesverräter beschimpfen als daß ich die Nerven verliere und von dem Wege abweiche, den ich eingeschlagen habe. An dem Tage, an dem der Reichstag das von mir verlangt, würde ich sofort zurücktreten." Dann verteidigte er die Notverordnungs politik der Regierung. Sie wolle dahin wirken, daß in der Privatwirtschaft wieder gesunde Grundsätze einziehen, und dieser Wirtschaftsgesundung diene die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Alles, was Brüning redete, war allgemein, keine Regierungserklärung, kein Arbeitsprogramm, das nun entwickelte, was in den

folgenden Monaten geschehen sollte. Dabei war der Kanzler noch recht optimistisch: Hatte er im Frühjahr seine Aufgabe zu 90 Prozent verloren gehalten, so sei jetzt das Verhältnis des Glücks zum Unglück bereits 50 : 50.

Am nächsten Tage begann die Aussprache. Als dem **Nationalsozialisten Frick** das Wort erteilt wurde, erhob sich Brüning und verließ den Saal. Kaum hatte sich die Tür hinter ihm geschlossen, da betraten die nationalsozialistischen und deutschnationalen Abgeordneten den Sitzungssaal. Auf heftigste griff Frick die Politik Brünings an: Die Wirtschaftspolitik stehe nicht unter dem Grundsatz Gemeinnutz vor Eigennutz. Auch die schwache Außenpolitik wurde kritisiert.

"Wir sind nichtsdestoweniger zu jeder Verständigung auch mit Frankreich bereit, wenn sie die Gewähr dafür bietet, daß den Lebensnotwendigkeiten für unser Volk dabei Rechnung getragen wird... Wir machen der Regierung Brüning ausdrücklich zum Vorwurf, daß sie, wie alle ihre Vorgänger, im Kampf gegen **die Kriegsschuld** kläglich versagt hat... Wir sprechen dem Kabinett unser Mißtrauen aus und erwarten die Zustimmung aller volksbewußten Mitglieder dieses Hauses. Wir betonen unsern unbeugsamen Entschluß, nicht zu ruhen, bis wir im Bewußtsein unserer Verantwortung und kraft unseres Rechtes die Führung der Nation zum Wohl seiner werktätigen Schichten in Händen halten. Unsere Regierungserklärung wird kurz sein, sie wird lauten: **Kraft und Wille, Freiheit, Arbeit und Brot!**"

Hierauf sprach der **Deutschnationale Oberfohren**. Er richtete schwere Angriffe gegen Brünings Steuerpolitik, sagte dem herrschenden System und seinen Vertretern, der Regierung, den Kampf an.

"Wir brauchen keine Notverordnungen. Nötig ist nur, dem Volke Arbeit und Brot zu geben... Es gibt jetzt nur die Entscheidung: nationalistisch oder bolschewistisch."

Der **Finanzminister Dietrich** suchte zwar die Angriffe auf die Steuerpolitik zu entkräften, doch gelang ihm dies nicht vollkommen. Er mußte selbst zugeben, daß das Aufkommen aus der Einkommensteuer um eine volle Milliarde hinter den Vorschätzungen zurückgeblieben war.

An die Seite der nationalen Opposition trat nun auch die **Deutsche Volkspartei**: Ihr Führer Dingeldey warf Brüning vor, er sei nicht an die entschlossene Durchführung seines sachlichen Programmes gegangen. Maßnahmen zur Auflockerung des Systems der Preis- und Lohnbildung seien oft zwar angekündigt, aber nie ergriffen worden. Der Versuch des Reichskanzlers, mit dem veränderten Kabinett, das eine Verstärkung auf einer verbreiterten Basis nicht darstelle, und mit den Sozialdemokraten als Bundesgenossen zu regieren, sei aussichtslos. Die Volkspartei sei daher nicht mehr in der Lage, den Reichskanzler zu unterstützen.

Tatsächlich war das Schicksal der Regierung Brüning in diesen Tagen recht zweifelhaft. Kaum eine Partei war da, die da mit Bestimmtheit glaubte, der Kanzler werde eine parlamentarische Mehrheit erhalten. Erfolgreich war die Opposition in den Brüning stützenden Bürgerblock der Mitte eingebrochen: die Volkspartei sagte sich los vom Kanzler, die Landvolkpartei erklärte, daß sie ihm das Vertrauen versagen wolle. Jetzt kam für Brüning viel auf die Haltung der **Wirtschaftspartei** an, die noch unsicher war. Die Partei verhandelte noch mit der Reichsregierung wegen Aufhebung der Hauszinssteuer, wegen Abbau der Zwangswirtschaft. Als dann die Reichsbank das Kreditinstitut der Wirtschaftspartei, die "Berliner Bank für Handel und Grundbesitz", stützte und vor dem Zusammenbruch bewahrte, fiel die Wirtschaftspartei um: sie trat auf die Seite Brünings! Ihr Abgeordneter Mollath erklärte am 16. Oktober im Reichstag, trotz allerschwerster Bedenken wolle seine Partei das Kabinett Brüning tolerieren, "nachdem der



Die erste Reichstagssitzung nach einhalbjähriger Pause, Oktober 1931. Links die leeren Plätze der Rechtsopposition. [Photo Scherl?]

Kanzler uns zugesichert hat, eine grundsätzliche Wandlung in der Politik einzuleiten". Als dann um 17 Uhr über die verkoppelten Mißtrauensanträge der nationalen Opposition und der Kommunisten abgestimmt wurde, wurden gegen Brüning 270 Stimmen abgegeben, für ihn aber 294, darunter die 23 Stimmen der Wirtschaftspartei! Nach diesem Ergebnis verließ die nationale Opposition den Saal.

Unmittelbar nach Schluß der Reichstagsversammlung schrieb das *Gior-nale d'Italia*: Die geistige und politische Verfassung der Kräfte und Par-

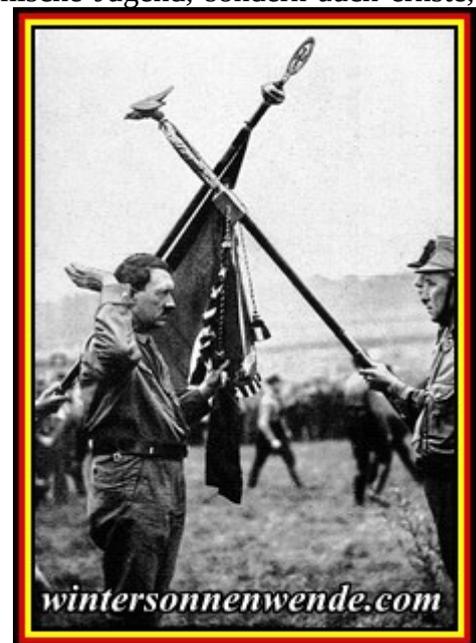
SA in Braunschweig

teien, die gegenwärtig die Regierung in Deutschland innehätten, stimmten nicht mehr mit den historischen Erfordernissen des deutschen Volkes überein. Das Reichstagsintermezzo hinterließ draußen im Lande keinen Eindruck. Lediglich innerhalb der Wirtschaftspartei kam es zu kleinen Palastrevolutionen. Die Wähler waren nicht alle einverstanden mit der Haltung der Reichstagsfraktion. In Thüringen, Sachsen, Mecklenburg, Anhalt war man recht unzufrieden. Aber schon zwei Tage später ließ ein großes Ereignis das Parlament in Vergessenheit geraten: Das Reichstreffen der nationalsozialistischen Schutz-Abteilungen in Braunschweig am 18. Oktober. 70-100 000 S.A.-Männer, auch die Hitlerjugend, waren zusammengeströmt mit Fahnen und Standarten, und zeigten, vorbildlich in ihrer Disziplin, dem Inland und Ausland das kommende Deutschland. Es war nicht zu vermeiden, daß von Kommunisten Angriffe verübt wurden: es gab 60 Verletzte. Aber **der große Gewinn dieses Tages war es, daß nicht nur die Reichsregierung nichts an den S.A. und den Nationalsozialisten auszusetzen hatte, sondern daß jetzt auch das Ausland das politische Gewicht der jungen Bewegung erkannte. Besonders in England** war der Eindruck recht stark. Daily Expres sprach von der Morgenröte eines faschistischen Deutschland. Wenn man die jungen Amateursoldaten persönlich gesehen habe, wie sie im Gefühl ihrer Kraft, voll von fanatischem Vertrauen und unter Führung ehemaliger Offiziere vorbeimarschierten, dann müsse man sagen, daß sie wahrscheinlich die beste Organisation darstellten, die Europa zur Zeit kenne. Andere Stimmen wiesen darauf hin, daß im Nationalsozialismus nicht nur stürmische Jugend, sondern auch ernste, gereifte Männer voll Mut und Willenskraft wirkten. -

Die Tage vom 11. bis 18. Oktober besitzen eine große geschichtliche Bedeutung. In dieser Zeit erstieg der Nationalsozialismus eine höhere Stufe seines Daseins, ja, er wurde zum Mittelpunkt, um den sich ausgleichend und feindselig andringend alle anderen Strömungen bewegten. Allerdings die letzte Stufe, die höchste, nämlich die Erringung der Macht, blieb dem Nationalsozialismus vorläufig noch versagt.

Die Freiheitsbewegung Hitlers ist aus sich selbst geworden. Ihre Stärke zog sie aus dem Widerstand ihrer Gegner. Sie

hatte nichts gemein mit der Freiheitsbewegung der Jahre 1807-1813. Die Bewegung der napoleonischen Zeit wurde gewissermaßen von oben her entfesselt. Die Hochschulen, die Kirche pfl egten den jungen Geist. Namen wie **Arndt, Fichte, Schleiermacher** seien hier nur genannt. Die Bewegung des 20. Jahrhunderts mußte sich von unten her durchsetzen. Die Professoren der deutschen Hochschulen, verknöchert in eitlen Zunftdünkel und unfruchtbarem Kastengeist, rühmten sich ihrer politischen Zurückhaltung. Sie unterwarfen sich willig der demokratischen Diktatur und unterdrückten mit Disziplinarstrafen, Relegation und Gummiknüppel den Geist der akademischen Jugend, die in übergroßer Mehrheit den Fahnen Hitlers folgte. Als die Studentenschaft zu Halle sich aufbäumte gegen den Theologieprofessor Dehn, einen Marxisten, der die Frontkrieger und die Gefallenen beschimpft hatte, da ging der Rektor Aubin, ein Demokrat, mit allen Mitteln **Metternichscher** Reaktion gegen die deutsche Jugend vor, die den Geist von Langemarck ehrte. Nicht anders war es mit der evangelischen Kirche. Sie besaß nicht mehr die Kraft **Luthers**, politische Verantwortung zu übernehmen, wenn das Vaterland in Gefahr war, sie hatte kein Selbstvertrauen mehr und nahm keinen Teil mehr am Geiste



**S.A.-Treffen in Braunschweig,
18. Oktober 1931. Standartenweihe
durch den Führer Adolf Hitler.
[Photo Scherl?]**

Schleiermachers. Sie stellte ihre unzulängliche Organisation über das Evangelium und stieß die begeisterte nationale Jugend von sich, weil sie sich nicht mehr bedingungslos in das kirchliche Obrigkeitsgefüge einreihen ließ. Nur einige wenige Diener der Kirche, von ihren Behörden schief angesehen, fanden persönlich den Mut, sich zum nationalen Sozialismus zu bekennen. Das bürokratische Skelett der Hochschulen und der Kirche, ganz in einer versinkenden Vergangenheit geworden, erwies sich als ein Hindernis für den nationalen Sozialismus, und Hochschullehrer wie Pfarrer erwiesen sich als brauchbare Werkzeuge der demokratisch-reaktionären Staatsorgane.

Der Nationalsozialismus stand also von Mitte Oktober 1931 an im Mittelpunkt des ganzen geschichtlichen Werdens. Eine "Harzburger Front" gab es schon gleich nach Harzburg nicht mehr. Mit schroffen Worten zeigten Nationalsozialisten und Deutschnationale ihre Wesensverschiedenheiten gegeneinander auf, und die so entstehende heftige Spannung wurde von Woche zu Woche neu verstärkt. Hierzu trug viel die Verblendung Hugenberg's bei, der die ihm fehlende politische Macht mit großen Worten gegenüber Hitler zu ersetzen suchte. Auf der Parteivertretung am 2. Dezember 1931 in Berlin erklärte Hugenberg:

Bedeutung des Nationalsozialismus

"Den rechten Flügel bilden noch heute wir Deutschnationalen. Im Geist der nationalen Erweckung übertrifft uns niemand; den Kampf gegen Marxismus und Bundesgenossen hat niemand mit solcher Klarheit geführt wie die von mir geleitete Partei: Wir brauchen in Deutschland nationale Erhebung der Geister und des Willens, aber wir brauchen in dieser Zeit der Wirrnis und des Schwankens und der äußersten Gefahr auch Nüchternheit und Klarheit. Wer sie will, muß unsere Hausmacht stark machen. Wenn ich also heute sage: Macht mir den rechten Flügel stark, so heißt das: Macht mir die Deutschnationale Volkspartei stark!"

Hugenberg, der überhaupt jede Art von Sozialismus ablehnte, als Plutokrat, erhob sich hier über den Nationalsozialismus. Darauf wandte sich Alfred Rosenberg im *Völkischen Beobachter* scharf gegen die bürgerliche Klassenkampfatmosphäre der Deutschnationalen. Die Zentrums Presse aber spöttelte sehr über Hugenberg's Selbstüberhebung, der seine Bedeutung als maßgebender Führer der nationalen Opposition damit zu beweisen suchte, daß das Zentrum gerade ihn als einzigen Gegner bezeichne. Er sei wohl der verbissenste Gegner, meinten die Zentrumsblätter, aber keineswegs der mächtigste und ein besonders zu beachtender Gegner. Er habe vor seiner Partei um die eigene Existenz und Bedeutung gekämpft.

Die Nationalsozialisten standen ganz auf sich allein, und im Herbst 1931 wurde der konzentrische Angriff von allen Seiten gegen sie aufgenommen. Daß die **kommunistische Mordtätigkeit** unter diesen Umständen stark answoll, war vorauszusehen. In Goslar, Dessau, Lorsch und vielen andern Städten wuchs der Terror. Seit 1. Januar 1928 bis Mitte November 1931 wurden 8359 Nationalsozialisten von Kommunisten und Reichsbannerangehörigen verwundet und getötet (200). Die Zunahme zeigte sich in den Zahlen der einzelnen Jahre: 1928: 360, 1929: 880, 1930: 2501, 1931 bis zum 15. November 4618. Im Oktober allein gab es 14 Tote und 226 Verwundete. An einem einzigen Tage, dem 13. November, ereigneten sich 8 politische Morde in Deutschland!

Übrigens glaubten die **Kommunisten** in einem Zeitpunkt, da das allgemeine Interesse dem Nationalsozialismus zugewandt war, neue Angriffe auf den Staat unternemen zu können. Sie standen dabei unter dem starken Drucke Moskaus, das nun endlich Taten sehen wollte. Aber die Staatsmacht war in diesem Punkte wachsamer. Ende Oktober besetzte die Berliner Polizei abermals das Karl-Liebknecht-Haus und beschlagnahmte außerordentlich wichtiges Material: Pläne zu Sprengungen von Eisenbahnen, Straßen, Brücken, Anweisungen für den Nahkampf der Terrorgruppen, Verzeichnisse staatlicher Gebäude und zentnerweise Dynamit - eine Menge, die genügt hätte, eine Stadt wie Königsberg in die Luft zu sprengen. Selbst in den Villen reicher Kommunisten, die Dienstboten und Chauffeure hielten, fand man Pläne und Material. Viele Funktionäre wurden verhaftet. In Schlesien, Bremen, im Ruhrgebiet wurden die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg aufgedeckt. In Gelsenkirchen erhob sich bei dieser Gelegenheit eine wilde Schießerei, die einem Polizeiwachtmeister das Leben

kostete. Bei den Bitterfelder Farbwerken wurde eine umfangreiche Werkspionage und großer kommunistischer Waffenbesitz aufgedeckt.

Aber der kommunistische Brand schwelte weiter. Zum 14. Jahrestage Sowjetrußlands am 9. November sollte der Umsturz in Deutschland erfolgen. Im Freistaat Sachsen war man zur gewaltsamen Machtergreifung, zur bewaffneten Niederschlagung des Faschismus und der Bourgeoisie gerüstet. Aber die Polizei durchkreuzte alle Pläne durch Haussuchungen in Dresden. Man konnte kommunistische Nachtübungen unterdrücken, man kam einer Fortsetzung der Zersetzungstätigkeit in der Reichswehr auf die Spur und verhaftete in Dresden einen Fahnenjunker, der als kommunistischer Vertrauensmann fungierte. Auch in Ostpreußen, in Allenstein, Tilsit, Gumbinnen, wurden Waffen bei Kommunisten gefunden. **Auf die engen Zusammenhänge der geplanten Aktion mit Moskau deutete die Anwesenheit sehr vieler Russen in den ostpreußischen Städten.**

Ununterbrochen schwelte das kommunistische Feuer weiter, aber es hatte keine Kraft. Eine wilde Streikhetze Anfang 1932 im Ruhrgebiet, begleitet von Terrorakten, hatte keinen Erfolg. Vereinzelt Erhebungen wurden niedergeschlagen. In der Reichswehr wurden im ersten Vierteljahr 1932 über 60 Zersetzungsversuche bekannt. Dennoch machte der Kommunismus keinerlei Fortschritte. Aber die mörderischen Umtriebe im Dunkeln, die sich nicht nur gegen Angehörige der Rechtsverbände, sondern in zunehmendem Umfange auch gegen Polizeibeamte richteten, machten den Staatsorganen schwer zu schaffen.

Daß solche Zustände überhaupt herrschen konnten, war eine schwere Anklage gegen Reichsregierung und Landesregierungen, die sich nicht zu tatkräftigem Einschreiten aufrufen wollten. -

Die politischen Schattenspiele der Kommunisten liefen neben der Entwicklung der deutschen Dinge her. Sie hatten höchstens insofern eine Beziehung zu ihnen, als sie auf die noch immer größer werdende Zahl der Arbeitslosen und deren Not spekulierten. Am 31. Oktober zählte Deutschland 4,62, am 15. November 4,84 und am 1. Dezember 5,06 Millionen Erwerbslose. Aber es war ein Irrtum der Kommunisten, wenn sie glaubten, daß diese alle zu ihrer Partei gehörten.

Eine ausgesprochen gegen den Nationalsozialismus gerichtete politische Front bildete sich im Oktober von der Staatspartei bis zur Sozialdemokratie. Die Staatspartei forderte Einschreiten gegen die Rechtsorganisationen. Sie sprach von einem "beschämenden Eindruck der Ereignisse in Harzburg und Braunschweig". Staat und Volk sollten nun endlich befreit werden vom Drucke des radikalen Terrors, hiermit solle zugleich das Ansehen der Regierung nach innen und außen wieder hergestellt und gefestigt werden.

Aber das waren leere Worte. Die **große Zunahme der Nationalsozialisten bei den Gemeindewahlen in Anhalt und Mecklenburg** war geeignet, den "beschämenden Eindruck" zu vertiefen. Auch das Zentrum pochte noch auf seinen Standpunkt. Anfang November, als der Reichsparteiausschuß in Berlin tagte, erklärte die *Germania*: Der Mittelkurs sei ein Wesensbestandteil der Zentrums politik. Eine Koalitionsfrage gebe es gar nicht. Die Wiederaufrichtung des deutschen Volkes sei nur möglich in einer Atmosphäre der politischen Vernunft, des wirtschaftlichen Vertrauens, der inneren Ordnung und des äußeren Friedens. Heß, der Führer der Zentrumsfraktion im preußischen Landtag, meinte, die Reichstagsfraktion werde eine Rechtsregierung nach Harzburger Wünschen nicht tolerieren. Das Zentrum könne weder ein rechtes noch ein linkes Extrem stützen. Das "widerspruchsvolle Konglomerat" im Nationalsozialismus komme für das Zentrum als Koalitionspartei nicht in Frage. Das Zentrum habe ja keinerlei Veranlassung, irgendwelche Verhandlungen wegen einer anderen Regierungskoalition anzuknüpfen. Auch der Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, wandte sich scharf gegen jede Tolerierung einer Rechtsregierung.

Trotzdem das zweite Kabinett Brüning nach Hindenburgs Willen ein überparteiliches Kabinett sein sollte, befanden sich doch die Zentrumsmitglieder dieser Regierung ganz im Banne der Auffassung ihrer Partei. Stegerwald, der Reichsarbeitsminister, warf der Partei der Nationalsozialisten vor, sie sei kein

**Reichsregierung und
Nationalsozialismus**

homogen gewachsenes Gebilde. Übrigens pochte das Zentrum auf seine Vergangenheit, seine Tradition. Eine Verbindung mit den jungen Nationalsozialisten sei ein Sprung ins Dunkle, den das Zentrum nicht mitmachen könne. Ganz im geheimen sprach doch bei der römischen Partei eine schwere Sorge mit: Nationalsozialismus und Zentrum schlossen ihrer ganzen Wesensart nach sich gegenseitig aus, ein Bündnis mit dem Nationalsozialismus würde die langsame Auflösung, der Besitz der Staatsmacht in den Händen des Nationalsozialismus würde die Zerschmetterung des Zentrums zur Folge haben! Eins war so schlimm wie das andre: wenn durch eine Verbindung des Zentrums mit den Nationalsozialisten die römische Kirche nicht mehr die Hitlerbewegung bekämpfen konnte, dann würden noch viel mehr Zentrumsanhänger zu Hitler überlaufen.

Brüning, der Reichskanzler, hätte zwar als Chef einer "überparteilichen" Regierung die Pflicht gehabt, selbst jeden Schein einer Parteibindung zu vermeiden. Nichtsdestoweniger trat er mit einer großen Rede am 5. November vor den Reichsparteiausschuß des Zentrums. Die Presse der nationalen Opposition wies darauf hin, daß jetzt der überparteiliche Reichskanzler nichts anderes als der Parteiexponent des Zentrums sei, jener Partei, die ganz frivol für sich das Recht päpstlicher Unfehlbarkeit beanspruche, und Brüning, der Beauftragte dieser Partei, betrachte sich als geistigen und moralischen Vormund des deutschen Volkes, der da meine, vom Volke ein ganz besonderes Maß von Vertrauen erwarten zu dürfen. - Die Kamarilla des 18. Jahrhunderts bestand aus Schranzen und Höflingen, die des 20. Jahrhunderts aus Partei- und Fraktionsführern.

Dennoch war das Reichskabinett bemüht, eine gewisse Entspannung zwischen sich und den Nationalsozialisten herbeizuführen. Im Auftrage Gröners empfing General Schleicher zweimal Adolf Hitler, Anfang und Ende Oktober, und in den Unterredungen wurde Klarheit darüber geschaffen, daß **die Partei Hitlers jede Art illegaler Zersetzungpropaganda innerhalb der Reichswehr ablehnt**. Es müsse streng befolgt werden, daß die überparteiliche und unpolitische Haltung der Reichswehr von niemandem angetastet werde. **Mit dieser zweifelsfreien Erklärung Hitlers war ein großes Spannungsmoment zwischen Nationalsozialisten und Reichswehrministerium beseitigt**. Gröner selbst hatte sich von dem legalen Charakter der Schutzabteilungen überzeugt und bezeichnete sie als "wehrsportliche" Organisationen.

**Landtagswahl
in Hessen**

In diesem von Brüning mühsam ausgeglichenen Beharrungszustand seiner Un-
abhängigkeit von den andern Parteien fanden Mitte November die **Wahlen zum Hessischen Landtage** statt. Sie brachten **einen neuen, ungeheuren Erfolg der Nationalsozialisten**; ihre Stimmenzahl wuchs von 138 000 auf 291 000, von 19 auf 37 Prozent; dagegen fiel die Zahl der sozialdemokratischen Wähler von 216 000 auf 168 000, von 30 auf 21 Prozent. **Die Nationalsozialisten waren die bei weitem stärkste Partei geworden**. Viele **englische Zeitungen** sprachen von dem überwältigenden Triumph der nationalsozialistischen Partei: **Adolf Hitler und die Nationalsozialisten seien die Leute, um Deutschland wieder zu Macht und Gedeihen zu bringen**. Und die *Daily Mail* knüpfte die Frage daran: "Was für einen Wert können Unternehmungen der jetzigen Regierung noch haben, wenn man sieht, daß ihre erbittertsten Feinde auf der ganzen Linie siegreich sind?"

Das erneute ungeheure Anwachsen des "Rechtsradikalismus", wie es in der Regierungssprache hieß, vermochte Brüning nicht zu bewegen, aus seinem Zustande abweisender Beharrung herauszutreten und eine Form der Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus zu suchen. Das Zentrum war auf keinen Fall gewillt, der Bewegung Hitlers entgegenzukommen, und es fühlte sich stark, weil es in Preußen und im Reich die öffentliche Gewalt innehatte. Die Zentrumspresse erklärte, wenn sich Nationalsozialisten und Deutschnationale nicht gerade in den Kopf gesetzt hätten, das ganze "System" zu stürzen, so würde der überparteiliche Reichskanzler immerhin bereit sein, ihre Wünsche und Anregungen zu berücksichtigen, wie er dies mit den sozialdemokratischen Wünschen tue. Das sollte also auch weiterhin die Regierungstaktik des römischen Zentrums sein: "überparteilich" über den Wolken thronend mit jedem gnädig zu verhandeln, der sich dieser Regierungsweise füge, aber jeden abzuweisen, der sich vermessen würde, das Zentrum von seinem Thron zu stürzen! Natürlich **lehnte Brüning ebenso das Ansinnen der Sozialdemokratie ab, gegen den National-**

sozialismus vorzugehen. Denn Brüning brauchte die Hitlerbewegung als Gegengewicht gegen die Gefahren, die dem Staate und der staatlichen Ordnung von den Kommunisten her drohten. Allerdings, darüber täuschte sich Brüning nicht, daß die Politik des Ausgleichs für das Zentrum "angesichts des lawinenhaften Anwachsens des Rechtsradikalismus" immer schwerer würde. Schon die **Württembergischen Wahlen** vom 6. Dezember, wo die Hälfte der Gemeinderäte neugewählt wurde, brachte **ein neues Anwachsen des Nationalsozialismus und eine neue Niederlage der Sozialdemokraten.** In elf größeren Städten wurden insgesamt 35 nationalsozialistische Gemeindevertreter gewählt, 1928 nicht einer. Dagegen sank die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter von 54 (1928) auf 40, und die der Kommunisten stieg von 6 auf 16. In Stuttgart erschienen zum ersten Male die Nationalsozialisten mit 7 Vertretern, ebensoviel Sozialdemokraten zogen neu ins Stadtparlament ein. -

Mit großer Spannung verfolgte die Welt, was nun in **Hessen** werden würde. Die Leitung des hessischen Zentrums stand in engster Fühlung mit der Parteileitung des Reiches, und von hier aus floß derselbe Geist nach Darmstadt, der auch Brüning erfüllte: der Geist ablehnender Beharrung. Das Zentrum werde sich unter keinen Umständen dazu hergeben, den Nationalsozialisten den Steigbügel zu halten. Die Nationalsozialisten legten ein Regierungsprogramm vor, das aus 12 Punkten bestand. Sie bezogen sich vor allem auf sparsame Staatsführung, auf Beschränkung der Höchstgehälter und Höchstpensionen auf 12 000 Mark, auf pensionslose Entlassung aller Parteibuchbeamten ohne Vorbildung, auf Herabsetzung der Abgeordnetenzahl des Landtages auf 30, auf christlich-nationale Kultur- und Schulpolitik, auf schärfste Kampfansage gegen Schmutz und Schund und jüdisch-marxistische Kulturzersetzung. Das Zentrum jedoch, die Partei von Tradition und Verantwortungsgefühl, hatte keine Absicht, den Nationalsozialisten ihr Recht an der Regierung einzuräumen. Nach Weihnachten lehnte das Zentrum die nationalsozialistischen Forderungen ab, verlangte aber seinerseits, falls ein Ein-Mann-Ministerium zustande käme, daß dieser Mann "parteipolitisch unabhängig" sei. Darauf konnten die Nationalsozialisten nicht eingehen. Sie wiesen auf den bösen Willen des Zentrums hin, auf eine Äußerung, die der Arbeitsminister Stegerwald am 9. Dezember 1931 in Münster getan habe: "**Zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ist kein Paktieren möglich, noch weniger ein gemeinsames, positives Programm**", und beteiligten sich nicht weiter an Besprechungen über die Regierungsbildung. Die machiavellistische Taktik der Partei hatte es dahin gebracht, daß die alte Zentrumsregierung im Amte blieb! Das Zentrum hatte gesiegt. Was den Nationalsozialisten in Thüringen und Braunschweig geglückt war, Anteil an der Regierung des Landes zu erhalten, in Hessen wurde es ihnen durch das Zentrum verweigert.

Die Hitlerbewegung lebte ganz im Bewußtsein ihres nahe bevorstehenden Sieges. Ihre Anziehungskraft auf die Abseitsstehenden wurde immer stärker.

**Hitler und
das Ausland**

Ende November traten drei Landvolkparteiern im Reichstag zu ihr über: von Sybel, Wendhausen und Sieber. Zu Weihnachten zählte die Partei 800 000 eingeschriebene Mitglieder. Ihr ganzes Dichten und Denken ging dahin, die Regierungsgewalt zu übernehmen und sich im Besitz der Macht einzurichten. In den letzten Wochen des Jahres 1931 beschäftigte sich die Reichsleitung der Partei infolgedessen auch sehr stark mit der **Aufklärung des Auslandes.** Hitler gab der *Saturday Review* Ende Oktober eine Abhandlung, worin er nachwies, daß man fälschlicherweise den Nationalsozialisten aggressive und zerstörende Tendenzen zuschreibe. Überhaupt war es das Bestreben der Hitlerpartei, durch versöhnliches Entgegenkommen sich das Ausland günstig zu stimmen. Diesem Zwecke diente auch der **Besuch Rosenbergs in London** Anfang Dezember.

"Wenn wir das Zentrum bekämpfen, so sehen wir in ihm eine politische Partei, nicht aber den Vertreter der katholischen Religion, der es zu sein vorgibt. Im Gegenteil: die praktische Politik des Zentrums ist unchristlich, um nicht zu sagen: antichristlich."

Oder ein ander Mal:

"Der deutsche Nationalsozialismus ist gezwungen, das katholische Zentrum ebenso zu bekämpfen wie der italienische Faschismus sich der Popolari (ehemalige katholische Volkspartei) entledigen mußte. Der Nationalsozialismus bekämpft nicht die katholische Kirche, er

ist keine religiöse, sondern eine politische Bewegung. Wir werden Zentrum und Sozialdemokraten hinwegfegen und im größten und wichtigsten Bundesstaate des Reiches für die Nationalsozialisten die Macht erobern."

Auch **Amerika** wollte etwas von Hitler hören. Hearst lud ihn ein, am 11. Dezember eine Radiorede zu halten. Aber die Reichsregierung verhinderte dies im letzten Augenblick unter Hinweis auf den in der Notverordnung vom 8. Dezember geforderten politischen Weihnachtsfrieden. Dennoch **vervielfältigte die amerikanische Presse Hitlers Ausführungen**: ein Sieg des Kommunismus in Deutschland bedeute eine Weltkatastrophe. Der von blindem Haß diktierte **Versailler Vertrag** habe 6 Millionen Kommunisten in Deutschland geschaffen. "**Wir wollen eine Monroedoktrin für die deutschen Männer, Frauen und Kinder! Deutschland für die Deutschen!**"

Sehr geschickt hatten Hitler und Rosenberg bei dieser ausländischen Aufklärungsarbeit immer die besonderen Interessen der einzelnen Staaten in den Mittelpunkt gestellt. Die **Engländer** wurden beruhigt, daß die Nationalsozialisten nicht die ausländischen Kredite annullieren würden. Die **Italiener** wurden beruhigt, daß die Nationalsozialisten nicht gegen die katholische Kirche kämpfen und nichts wegen Südtirol unternähmen. Den **Amerikanern** wurde klar gemacht, daß der Nationalsozialismus in Deutschland der Damm gegen den Weltbolschewismus sei. Daneben wurde auch betont, daß eine Verständigung mit **Frankreich** vollkommen möglich sei, aber die Nationalsozialisten stellten doch eine Generation dar, die für das Haßdiktat von Versailles nicht verantwortlich gemacht werden könne. - **Deutlich zeichnete sich der Grundriß einer nationalsozialistischen Außenpolitik ab: Großdeutschland mit Italien, England und Amerika gegen Frankreich, Polen, Rußland.** -

Der Nationalsozialismus war also diejenige politische Macht in Deutschland, die von den Parteien, den Deutschnationalen, dem Zentrum und den Kommunisten, von jedem in seiner Weise aus eifersüchtiger Rivalität bekämpft wurde. Aber die schwerste Sorge erfüllte doch die Sozialdemokratie. Die nationalsozialistische Drohung, daß eines Tages gewisse sozialdemokratische Führer das Schaffott besteigen müßten, erfüllten doch Severing, Braun, Hörsing und andere mit großer Furcht. **Die Sozialdemokratie entschloß sich daher, den Verzweiflungskampf gegen den Nationalsozialismus mit Mord und Lüge aufzunehmen.** (So war es zum Beispiel eine sehr beliebte Lüge, das deutsche Volk werde in eine neue Inflation und in Bürgerkrieg gestürzt werden, wenn die Nationalsozialisten an die Regierung kommen würden.)

Zu diesem Zwecke verfügte sie über drei Machtmittel: die Preußenregierung mit Braun und Severing, die Reichstagsfraktion mit Breitscheid, Hilferding und Wels, und das Reichsbanner mit Höltermann und Künstler. Alle drei Kolonnen gingen in geschlossener Front zum Großangriff gegen die von ihnen beargwöhnte Front Brüning-Hitler vor.

**Preußenregierung gegen
Nationalsozialismus**

Am tatkräftigsten war **Severing**, dessen Handeln durch den Besitz der Staatsmacht einen Schein des Rechts erhielt. **Im Innenministerium war eine besondere Abteilung, bestehend aus zwei Ministerialräten und einem Regierungsrat, eingerichtet, welche die Aufgabe hatte, immer neue Mittel zur Bekämpfung des Nationalsozialismus zu ersinnen.** Aber Severing handelte nicht als Staatsmann, sondern als Parteimann. Er machte sich die Bestimmungen der Oktobernotverordnung als Polizeiminister schnell zunutze und **ließ die Berliner Polizei bereits im Oktober kräftig gegen die nationalsozialistischen S.A.-Heime vorgehen.** Infolge von Massenschließungen solcher Heime wurden in Berlin **mehr als tausend S.A.-Leute obdachlos.** Auch in Ostpreußen wurden sieben, in Schleswig-Holstein neun S.A.-Heime geschlossen. Ähnliche Vorgänge füllten den ganzen November und Dezember aus in allen Teilen Preußens. **Gegen kommunistische Organisationen allerdings ging die Staatsregierung nicht vor.**

In seiner Politik verschmähte Severing auch nicht **machiavellistische Mittelchen.** So ließ er einen Brief des Reichsinnenministers Groener, worin sich dieser gegen die parteipolitische Rundfunkrede Höltermanns am 9. November wandte und diesem Sozialdemokraten die Benutzung des Rundfunks

untersagte, drei Stunden lang uneröffnet liegen, damit Höltermann inzwischen seine marxistische Werberede halten konnte. Andererseits allerdings ordnete Severing nach dem Hessensieg der Nationalsozialisten an, daß durch Polizei-Rundfunk die Namen derjenigen nationalsozialistischen Redner bekanntgegeben werden sollten, denen keine Redegenehmigung zu geben sei. Außerdem erließ er am 20. November drei Sicherungserlasse, die sich mit vorbeugenden Versammlungs- und Redeverböten, dem Verbot der Abgabe von Hieb- und Stoßwaffen an Personen unter 20 Jahren und dem Verbot nächtlicher Geländeübungen und Märsche zwischen 17 und 7 Uhr beschäftigten. In Geheim-erlassen forderten die Regierungspräsidenten ihre untergebenen Stellen auf, sich **genaue und vollständige Verzeichnisse aller nationalsozialistischen Führer** herzustellen.

Ein unwürdiger Zustand der Hitlerriecherei breitete sich aus, ähnlich der Demagogerie, die 100 Jahre vorher die Bevölkerung Preußens beunruhigte.

Hitlerriecherei

Außerordentlich bezeichnend für diesen Zustand war eine sehr eilige Verfügung des Merseburger Regierungspräsidenten von Harnack, die er Anfang Dezember herausgab und an die Landräte und Polizeipräsidenten sowie an die Stadtoberhäupter von Eisleben, Naumburg und Wittenberg schickte:

"Die genaue Kenntnis der Führer der radikalen Bewegungen ist die Voraussetzung für jede wirksame politisch-polizeiliche Tätigkeit. Als Führer sind diejenigen Persönlichkeiten anzusprechen, von denen nach der Rolle, die sie in der Partei haben, anzunehmen ist, daß sie bei gewaltsamen Aktionen eine leitende Tätigkeit ausüben werden... Bei der nationalsozialistischen Bewegung kommt es darauf an, die Kreisleiter, Geschäftsführer und Kassierer, sowie besonders die Führer der S.A. und S.S. (Standarten-, Sturmtrupp- und evtl. auch Scharführer) zu erfassen. Daneben sind auch sonst in der Partei besonders hervortretende Personen zu berücksichtigen. Bei diesen Erhebungen können teilweise die von der Landeskriminalpolizeistelle wiederholt veranlaßten Feststellungen über die S.A. und S.S. als Grundlage dienen, wenn auch auf Grund von Stichproben festgestellt worden ist, daß die Erhebungen in manchen Kreisen noch sehr lückenhaft sind. Mit den Feststellungen in den Kreisen werden zweckmäßig für diese Aufgaben besonders geeignete Landjägerbeamte in persönlicher Besprechung beauftragt, die dann auch das Tun und Treiben der in dem Verzeichnis enthaltenen Personen ihres Bezirks dauernd überwachen müssen, über deren Aufenthaltsort ständig unterrichtet sind und die über besondere Beobachtungen und etwa notwendig werdende Ergänzungen der Liste sofort berichten."

So weit war es also in Preußen gekommen, daß **ein Viertel des ganzen Volkes unter Polizeiaufsicht gestellt wurde. So weit hatte es die marxistische Demokratie gebracht.** All dies war legal, Staatsnotwendigkeit. Eine besondere Aufgabe hatten auch **die sozialdemokratischen Spitzel zu erfüllen, welche die Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Partei erwarben.** Die Kenntnis der Spitzelpolitik hatte Severing bereits bewiesen, als Frick in Thüringen Minister war. Allerdings hatte Severing wenig Erfolg.

Aber eine **ähnliche Sache unternahm der preußische Innenminister nach den Hessenwahlen in Hessen-Darmstadt.** Hier hatte sich folgendes abgespielt: Der Assessor Best, Mitglied der Hitlerpartei, hatte im Juli 1931, als man allgemein zum 1. August einen großen kommunistischen Aufstand befürchtete, einen Plan ausgearbeitet, nach dem man die Kommunisten, wenn sie zur Herrschaft gekommen sein würden, wieder stürzen könnte. Der Reichsleitung war hiervon nichts bekannt. Einige Wochen später trat ein **Dr. Schäfer** von der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten über. Schäfer erhielt bald eine bevorzugte Stellung als Wirtschaftsreferent, erhielt Kenntnis von Bests Plan und wurde sogar Mitte November in den Landtag gewählt. Nun hatten sich Zweifel eingestellt an der Glaubwürdigkeit Schäfers. Er hatte erhebliche Vorstrafen wegen Wechselfälschung verschwiegen und konnte so auf die Wahlliste kommen. Den akademischen Titel hatte er sich selbst zugelegt. Im übrigen war Schäfer ein schwerer Psychopath und vermindert zurechnungsfähig.

Best war vom Gau Hessen-Darmstadt beauftragt, die Ermittlungen gegen Schäfer durchzuführen. Dieser reiste aus Rache darüber nach Frankfurt a. M. und erzählte

**Boxheimer
Dokumente**

dem Polizeipräsidium den angeblichen Bestschen Hochverratsplan. Severing wurde sofort unterrichtet, und mit Hochdruck wirkte er auf die hessische Polizei ein, daß sie am 25. November in allen Teilen Hessens große Haussuchungen bei Nationalsozialisten wegen dringendem Hochverratsverdacht abhielt. Und richtig! Im Boxheimer Hof wurde das verdächtige Dokument Bests gefunden! Severing triumphierte. Aber der Oberreichsanwalt erklärte, Tatbestand des Hochverrates läge nicht vor, er könne nicht einschreiten. Der Plan Bests richte sich ja nicht gegen eine bestehende, sondern gegen eine angenommene kommunistische Regierung. Nichtsdestoweniger mußte das Reichsgericht auf das empörte Drängen Severings und seiner Sozialdemokraten die Farce eines Prozesses durchführen, der Ende Dezember 1931 erfolglos eingestellt wurde. Hauptmann Göring, der politische Beauftragte Hitlers, erklärte Groener gegenüber, es handle sich bei dieser Privatarbeit Bests, von der übrigens die Reichsleitung keinerlei Kenntnis besitze, um **eine rein marxistische Spitzelarbeit, die von Severing ausgegangen sei, und die ganze Boxheimer Affäre, mit großem Getöse begonnen, endete in einem lächerlichen Nichts. Eine ähnliche Sache ereignete sich, in kleinerem Umfange, in München.** Die sozialdemokratische Münchener Post hatte am 25. November eine gefälschte Mordliste der Nationalsozialisten veröffentlicht, worauf die Münchener Polizei im Braunen Hause eine ergebnislose Haussuchung vornahm.

Mit allen Mitteln der Propaganda und seiner Stellung suchte Severing seine Macht zu behaupten. In den letzten Tagen des November hatte er vor sozialistischen Jugendverbänden gesprochen. Nach der Versammlung formierten sich geschlossene Züge von Reichsbanner auf den Straßen. Die Polizei führte die Bestimmungen der Notverordnung aus, zerstreute diese Ansammlungen und verhaftete Widerspenstige. Da begab sich **Severing** selbst zur Polizeiwache und befahl die Freilassung der verhafteten Reichsbannerleute, die das Gesetz übertreten hatten. Bedurfte es eines deutlicheren Beweises, daß Severing sich nicht mehr als dem ganzen Volk und Staate dienender Minister, sondern als sozialdemokratischer Parteimann fühlte? Er **brach sein eigenes Gesetz, wenn es galt, seine Parteifreunde zu schützen, die das Gesetz übertreten hatten!**

Wie verzweifelt Severing um die Staatsmacht der Sozialdemokratie kämpfte und in diesem Kampfe Macht vor Recht gehen ließ, bewies der Fall des Polizeimajors Lewit in Berlin Anfang Dezember. Severing hatte,

**Severings
Gewaltregiment**

wegen Teilnahme am Volksentscheid, 43 Polizeioffiziere gemäßregelt. Dieser Lewit war bei der Beförderung zum Oberstleutnant übergegangen worden, aus dem gleichen Grunde. Nach einer Reichsbannerkundgebung zogen Abteilungen des Reichsbanners in geschlossenem Zuge durch Berlin, trotzdem dies durch Notverordnung verboten war. Dabei ergingen sich die Republikaner in Ausrufen wie etwa "Hoch Braun!" "Schupo verrecke". Lewit ließ die Züge auflösen und einen besonders krakehlenden Parteibuchbeamten und Ministerialrat im Reichspostministerium auf die Wache bringen. **Major Lewit, der nur seine Pflicht nach dem Gesetz getan hatte, wurde strafversetzt und mit weiteren Disziplinarmaßnahmen bedroht.** Daraufhin wandte sich am 10. Dezember die preußische Polizeioffiziervereinigung, die neun Zehntel aller Polizeioffiziere umfaßte, in einem scharfen Protest gegen Severings Rechtsbrüche und Beamtenmaßregelungen im allgemeinen wie im besonderen Falle Lewit. Sie drohten, den Reichsinnenminister gegen den preußischen Polizeiminister anzurufen. Dieser Protest brachte den Verband der Polizeiwachtmeister, den "Schrader"-Verband mit 80 000 Mitgliedern, in Harnisch. Diese Organisation griff die Vereinigung ihrer Vorgesetzten an. Die Polizeiwachtmeister erklärten, sie wollten sich nicht von ihren Offizieren als Stütze für staatspolitisch zweifelhafte Bestrebungen gebrauchen lassen; die Offiziere, so wurde ihnen vorgeworfen, erstrebten die Aufrichtung einer Kluft zwischen Führern und Geführten, die Beseitigung der Koalitionsfreiheit der Polizeibeamten, die Entziehung der staatsbürgerlichen Rechte. Die Polizeiwachtmeister, Anhänger und Angehörige des Reichsbanners, erklärten sich so für Severing, für den marxistischen Parteistaat. Auch ihnen ging die Partei über Recht und Gesetz. **Wie tief war die bolschewistische Zersetzung bereits in die Staatsmaschine eingedrungen, daß diese Kluft mitten durch den Polizeiapparat ging, daß sich die Untergebenen gegen ihre Führer aufbäumten. Severing aber hatte die Macht.** Er drohte der Polizeioffiziervereinigung mit Maßregelungen. Und so tat die Organisation Anfang Januar Abbitte bei dem Minister.

All dies geschah gewissermaßen vor den Augen der Öffentlichkeit, das Volk sah und hörte es täglich. Wenn es aber dies bloß allein gewesen wäre! Bereits im Herbst 1931 hatte **Severing beschlossen, die gefährlich anwachsende Macht des Nationalsozialismus zu vernichten, und sei es durch einen Bürgerkrieg!** Der Innenminister des Preußischen Staates stand zu diesem Zwecke im geheimen Bunde mit den Kommunisten: er war von ihren Bürgerkriegsvorbereitungen unterrichtet und ließ stillschweigend diese unterirdische Blutarbeit geschehen, ohne etwas dagegen zu unternehmen! Schon im September 1931 war dem Minister bekannt, daß die Kommunistische Partei an der Wiederaufrichtung des Roten Frontkämpferbundes arbeitete und die neue illegale Organisation auf den akut-revolutionären Kurs einstellte. Es wurden aus jungen, unverheirateten Leuten Terrorgruppen zum Zwecke des bewaffneten Aufstandes geschaffen.

Am 12. und 13. September 1931 hob die preußische Polizei in Hagen-Westfalen eine kommunistische Funktionärversammlung aus, wobei "Information und Dienstanweisung" des Nachrichten-Dienst-Leiters des Rotfrontkämpferbundes für den Gau Niederrhein der Behörde in die Hände fiel. Das Dokument wurde nicht nur dem preußischen Innenminister, sondern auch der hessischen Regierung bekannt, aber ganz geheim gehalten, und weder Berlin noch Darmstadt unternahm etwas gegen die Rebellen. In dem Schriftstück waren **genaue Anweisungen über die Zersetzung der politischen Polizei und der Schutzpolizei** gegeben. "Die Polizeipräsidien müssen unbedingt eingekleint werden, d. h. wir müssen ein Nest von Spionen in und um diese Stellen bauen." Dann war davon die Rede, Spitzel in die Organisationen der Nationalsozialisten, des Stahlhelms und des Reichsbanners zu schicken, ferner wurde angeordnet, daß Waffen, Munition, Sprengstoffe und Säuren "beschafft" werden sollten. Ferner sollten in einem Kriege gegen Rußland Wirtschaft, Verkehr, militärische Einrichtungen durch Streik und Sabotage gestört, Post-, Fernsprech- und Telegraphenanlagen zerstört werden. Ein weiterer Abschnitt beschäftigte sich mit der Zersetzung der Reichswehr. - Diese "Dienstanweisung" war in enger Zusammenarbeit mit Moskau entstanden, und es erwies sich, daß das Ruhr- und Rheingebiet der Schwerpunkt des kommunistischen Bürgerkrieges war.

**Severings
Begünstigung
der Kommunisten**

Was tat denn nun Severing hiergegen? Seine Pflicht als Staatsmann wäre gewesen, jetzt energisch zuzupacken. Hatte er denn nicht bei den harmlosen "Boxheimer Dokumenten" eine gewaltige Entrüstung und Tatkraft entfaltet?

Bei den Kommunisten aber - nein, da griff er nicht zu, da beschränkte er sich auf "Beobachtung", die ließ er gewähren, ließ Waffen, Munition und Sprengstoffe stehlen - denn als kluger und vorsichtiger Marxist rechnete er bereits mit dem kommenden Augenblick, da er die radikalen Klassenkämpfer als Bundesgenossen in seinem Ringen gegen den Nationalsozialismus brauchen konnte! -

Während Severing in dieser Weise um die Erhaltung seiner Macht kämpfte, rückte der sozialdemokratische Volksbildungsminister Grimme der **nationalen akademischen Jugend** zuleibe. Die Erhebung gegen Dehn in Halle, die Zunahme der Nationalsozialisten bei den Studentenwahlen veranlaßte ihn, eine gründliche Reform des Studentenrechtes vorzubereiten. In diesem neuen Entwurfe wurden die Machtbefugnisse des Ministers sehr erhöht. Dem Minister wurde das Recht gegeben, den Rektor zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu veranlassen. Auch wurde die Rechtsprechung dem Universitätsrichter genommen und einem besonderen Organ übertragen. -

In Brünnings Reichsregierung allerdings konnte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht so hemmungslos wirken wie Braun, Severing und Grimme in Preußen. Die Partei litt ja an einer schweren Krisis. Große Teile der Sozialistischen Arbeiterjugend wanderten zur Sozialistischen Arbeiterpartei von Seydewitz ab. So trat in Südwestsachsen die Hälfte der Sozialistischen Jugend zu Seydewitz über, die Ortsgruppen Dresden und Freital, 1200 Mitglieder, folgten, auch Breslau und Bremen. In Nürnberg fiel die Mehrheit der Ortsgruppe, 300 Mitglieder stark, zur Opposition ab, die Ortsgruppe Zeitz bei Halle trat geschlossen über, ebenso Frankenthal in der Pfalz. Berlin verlor 600 Mitglieder an Seydewitz, in Leipzig, Hessen-Nassau, Niederrhein ebensoviel. Die Parteileitung, Wels, befand sich in großer Nervosität über den "schmerzlichen Verlust", hoffte aber, ihn "bis zum

Frühjahr durch Neuworbungen wieder wettgemacht" zu haben.

**Marxisten, Regierung
und Nationalsozialismus**

Diese Partei, in der es bedenklich kriselte, erkannte zugleich die ungeheure Gefahr, die ihr vom Nationalsozialismus drohte. Breitscheid, Wels und Hilferding suchten mit Bitten und Drohungen, mit Beweisen und Überzeugungen **die Regierung Brüning**, die sie tolerierten, zu bewegen, ihre Untätigkeit gegen den Rechtsradikalismus aufzugeben und **gegen die Nationalsozialisten nun endlich entschlossen vorzugehen**. Die Partei brauchte natürlich nicht so heimlich wie Severing zu tun mit ihrer Liebe zu den Kommunisten, mit denen ja die Sozialdemokraten in ihrem Kampf gegen den "Faschismus" eine Schicksalsgemeinschaft verspürten. Eine wichtige Rolle spielte dabei eine Kundgebung der Kommunisten, die sich gegen den "nationalsozialistischen Terror" wandte. Die Sozialdemokraten meinten, durch diese Kundgebung sei doch schon eine wesentliche Verständigungsbasis mit den Kommunisten geschaffen. Am Vorabend der Hessenwahlen sprach Breitscheid in Darmstadt. Er richtete die ernste Mahnung und Forderung an Brüning, dem Terror der Nationalsozialisten ein Ende zu machen. Die sozialistische Tolerierungspolitik solle dazu dienen, die Republik zu schützen. Sie dürfe aber nicht dazu dienen, daß die von den Sozialisten tolerierte Regierung nun ihrerseits das terrorisierte Treiben der S.A.-Leute toleriere. Die Sozialdemokratie erwarte von der Regierung die klare Antwort, ob sie bereit sei, den Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln aufzunehmen oder ob sie sich dem Nationalsozialismus unterwerfen wolle. Jedenfalls könne man damit rechnen, daß in dem aufgezwungenen Kampfe gegen den Faschismus Sozialdemokraten und Kommunisten eine gemeinsame Front bilden würden.

Das war geradezu ein **Ultimatum an Brüning**. Und der Vorwärts wiederholte es. Seitdem sich die Kommunistische Partei gegen den Terror erklärt habe, seien die Gegensätze zwischen ihr und der Sozialdemokratie auffallend gemildert. **Es wäre höchste Zeit für Brüning, sofort schärfste Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten zu ergreifen**. Doch das von den Sozialdemokraten den Kommunisten angebotene antifaschistische Bündnis wurde mit Hohngelächter zurückgewiesen. "Die Sozialdemokratie ist unser Hauptfeind im Proletariat. Gegen die Sozialdemokratie führen wir den Hauptschlag in der gegenwärtigen Periode des Klassenkampfes" schrieb die *Rote Fahne*.

"Keine Spur von Glauben, kein Haar breit Vertrauen den Erklärungen der Wels und Breitscheid, die in 13 Jahren bis auf den letzten Rest gezeigt haben, wer sie sind! Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie!"

und:

"Mit euren Führern, mit den Wels, Breitscheid, Severing, Braun, Grzesinski usw. und uns kann es keine Einheitsfront geben! Die Einheitsfront kann nur im schärfsten Kampfe gegen sie erstehen!"

Nur in einigen Teilen, wo die Sozialistische Arbeiterpartei Fuß gefaßt hatte, kam es zu einer antifaschistischen Mordterrorgemeinschaft mit den Kommunisten. Mit welchen Gefühlen mußte Severing dies vernehmen! Er, der den Kommunisten gnädig war, weil sie ihm demmaleinst helfen sollten, seine Macht zu stützen! -

Die **Sozialdemokraten** waren enttäuscht. **Einsam und verlassen standen sie in ihrem Kampf gegen die Hitlerbewegung**. Am 17. November hatte Groener die Innenminister der Länder zu einer Besprechung nach Berlin gerufen. Der Minister forderte, daß alle gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos unterdrückt werden sollten. Gerechtigkeit müsse walten und ein gerader Kurs gehalten werden. Der Terror sei zu einer Kulturschande für Deutschland geworden. Die Nationalsozialisten hätten Hindenburg gebeten, den kommunistischen Mordtaten ein Ende zu bereiten. Hindenburg habe ihn, Groener, beauftragt, seine besondere Aufmerksamkeit diesen Vorgängen zuzuwenden. Er gebe diesen Auftrag an die Minister weiter. - Das Ergebnis der Aussprache war **die einmütige Auffassung über die Notwendigkeit, den politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten**. Natürlich, denn Severing war ein Meister machiavellistischer Staatskunst zwischen Brü-

ning und Thälmann.

Von Groeners Seite war kein Einschreiten gegen die Nationalsozialisten zu erwarten. Das wußten jetzt die Sozialdemokraten durch ihre Ministergenossen. Und so begaben sich noch am gleichen Abend Breitscheid, Hilferding, Wels und Hertz zu Brüning, wo auch Groener und Severing erschienen waren. In bewegten Worten **schilderten die Sozialdemokraten die nationalsozialistischen Gewalttaten.** Sie verwiesen auf zahlreiche Gerichtsurteile, wonach Hitleranhänger bestraft wurden waren. Durch die S.A. werde der politische Kampf in Deutschland unerträglich verschärft. Der Bürgerkrieg werde dadurch heraufbeschworen. Aufgabe der Staatsgewalt sei es, in erster Linie durch das stärkste aktive Hervortreten der Staatsgewalt im Kampfe gegen Mordhetze und Terror sichtbar zu zeigen, daß dieser zunehmenden Hetze eine Grenze gezogen werden müsse. Geschehe es nicht, so könne man nicht erwarten, daß die Masse des Volkes, die zur Republik stehe, Vertrauen zur Staatsgewalt habe und man müsse begreifen, daß sie sich zur Selbsthilfe entschliefse. Es werde ferner eine große Beunruhigung geschaffen, die die Absicht, die Regierung zu stützen, immer mehr erschüttern müsse. Man verlange sofort vom Kanzler strengste polizeiliche Maßnahmen, nämlich **Verbot der nationalsozialistischen Abteilungen.**

Doch Brüning stellte sich unerschütterlich auf den objektiven Standpunkt Groeners. Breitscheid erreichte nichts. Die Sozialdemokraten erkannten, daß sie in der Reichsregierung keine Bundesgenossen gegen den Faschismus besaßen.

Diese unerschütterliche Haltung der Regierung Brüning gefiel gar manchen Leuten nicht. Staatsparteiliche Zeitungen fingen an zu höhnen. Wer regiere denn eigentlich in Deutschland? Herr Brüning solle doch darauf verzichten, sich lebendig begraben zu lassen, er werde ja bei lebendigem Leibe als toter Mann behandelt. So schrieben die *Frankfurter Zeitung*, das *Berliner Tageblatt*, die *Vossische Zeitung*.

Die sozialdemokratischen Führer erkannten, daß sie sich selbst helfen mußten, von Brüning war nichts zu erwarten. Ende November organisierte der Parteivorstand eine "Terrorabwehrstelle". In einer Versammlung des Reichsausschusses sowie in einer stark besuchten Funktionärversammlung am 1. Dezember zu Berlin erklärte Breitscheid, die Regierung, die man trotz alledem weiter tolerieren müsse, habe ihre Pflicht nicht getan. Deshalb habe der Parteiausschuß jetzt weitgehende Entschlüsse gefaßt, die den Kampfwillen und die Kampffreude der Genossen verwerten sollen. Das hieß mit andern Worten: Die Sozialdemokratie wollte aus eigener Machtvollkommenheit die Republik gegen den Faschismus schützen.

Sie hatte dazu ein brauchbares Machtinstrument: **das Reichsbanner.** Diese Schutzgarde hatte gewisse Bürgerkriegsübungen bereits erlernt. **Beteiligte sich doch seit einiger Zeit das Reichsbanner an der Seite der kommunistischen Antifaschistenbünde bei den heimtückischen Überfällen auf Nationalsozialisten und Stahlhelmangehörige.** Seit Anfang November wurde vom Reichsbanner dieser Kleinkrieg systematisch organisiert, und das Reichsbanner scheute sich nicht, seine verborgenen Schußwaffen zu benutzen, so in Eutin z. B. und in Leipzig. **In einer Zeit, da es andern Staatsbürgern verboten war, Waffen zu besitzen, wurden im Bundesorgan des Reichsbanners zahlreiche waffenscheinfreie und billige Waffen angeboten.**

Selbsthilfe des Reichsbanners

Das Reichsbanner hatte bereits auf eigene Faust den Zusammenschluß mit dem kommunistischen "Kampfbund gegen den Faschismus" angestrebt.

"Wir haben heute noch ein gemeinsames, ein hohes Ziel! Kämpft mit uns gegen die Hitlerpest! Gegen die Diktatur von rechts! Wir haben eine Losung: Tod dem Faschismus! Bilden wir eine geschlossene Macht, und der Sieg ist unser!"

So schrieb das badische **Reichsbanner an die Kommunisten.** Stellenweise hatte das Reichsbanner sogar Erfolg, im Gegensatz zur Partei: In Braunschweig wurden Mitte November 20 "Antifaschistische Schutzstaffeln" gebildet, eine vereinigte Reichsbanner- und Rotfrontarmee. Zwar die Reichs-

leitung des Reichsbanners, Hörsing, Braun und Moligs, war nicht so restlos willens, eine Waffenbrüderschaft mit den Kommunisten einzugehen. Im Gegenteil! Sie suchte eine solche zu verhindern, weil sie den kommunistischen Bundesgenossen nicht traute. Diese trieben immer gleich Parteiagitatio unter den Sozialdemokraten. Doch da meuterten die Unterorgane. Die Leitung könne sie nicht abhalten, gemeinsam mit den kommunistischen Kampfgenossen gegen die Front von Harzburg zu Felde zu ziehen. Es habe keinen Zweck mehr, gegen die Bildung der roten Einheitsfront Einspruch zu erheben.

Höltermann, der 37jährige Redakteur der *Magdeburger Volksstimme*, tat sich besonders hervor in einer **eindeutigen Hetze zum Bürgerkrieg**.

"Wir wissen: es geht in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren hart auf hart. Wir richten uns auch auf den Fall des physischen Kampfes ein, aber wir machen möglichst wenig Geschrei: Feste Entschlossenheit, sorgfältige Vorbereitung aller Abwehrmaßnahmen für eine wahrscheinlich heroische Zeit, das ist jetzt unsere Politik. Ich habe die felsenfeste Überzeugung: Die Sieger dieses Entscheidungskampfes sind die für alle Schichten geschulten und disziplinierten Truppen der Republik und des Sozialismus."

Er drohte ganz offen:

"Wir müssen uns in jedem Orte die Leute merken, die im Falle eines Angriffs der Nazis von uns ausgeschaltet werden müssen."

Und ein andermal:

"Jeder bürgerliche Besitzer soll es wissen: Wir kennen seit dem Stahlhelmvolksentscheid unsere Gegner persönlich und wir vergessen sie nicht. Sie haften dafür, wenn einem unserer Anhänger durch Gewalttat der Nazis etwas passiert."

Das Reichsbanner befand sich im Alarm. Es war entschlossen, mit Bürgerkrieg und Gewalt auch jede legale Machtergreifung der Nationalsozialisten durch Eintritt in die Regierung zu verhindern.

Am 26. November fand unter Hörsings Vorsitz in Magdeburg eine Konferenz der Reichsbannerführer statt. Man sagte sich los von der Gruppe der radikalen Sozialisten unter Seydewitz. Aber man beschloß vor allem, eine "eiserne republikanische Front" zur Abwehr des Faschismus zu gründen. Es sei notwendig, "alle republikanischen Kräfte, die freien Gewerkschaften aller Richtungen sowie die sonstigen republikanischen Organisationen zu einem gemeinsamen und nach einheitlichem Plan geführten Kampfe gegen den Nationalsozialismus zusammenzufassen." Die Initiative zur Schaffung dieser "eisernen Front aller Republikaner" solle der Bundesvorstand des Reichsbanners ergreifen. Man war sich einig, "alle zur Verfügung stehenden und irgendwie greifbaren Mittel skrupellos in dem Kampf gegen den Nationalsozialismus einzusetzen." Man beschloß außerdem eine großzügige systematische Lügenhetze gegen die Hitlerpartei, die Presse müsse die Geister bis zur Siedehitze aufputschen. Ein hemmungsloser Kampf auf allen Fronten sollte eröffnet werden.

**Gründung der
"Eisernen Front"**

Ende November und Anfang Dezember fanden **große antifaschistische Kundgebungen des Reichsbanners** in Berlin und im Reiche statt. Immer unverhüllt trat hier die Absage an den demokratischen Staat, das **Bekanntnis zu roher Gewalt** zu Tage. Da sagte einmal Philipp Scheidemann in einer Rede: Das nachsichtige Verhalten der Republik seit zwölf Jahren sei unverantwortlich. Je mehr die Regierung versage, desto mehr müsse das Volk selber seine Geschicke in die Hand nehmen. Die Geduld der Republikaner und der breiten Massen des Volkes sei erschöpft. "Jetzt ist es genug, Staat greif zu!" Die Wogen gingen hoch in der Entrüstung über den "Boxheimer Hochverrat". Auch andre Redner wirkten bei diesen Veranstaltungen mit, Staatspartei, Zentrumsangehörige. Der preußische Zentrumsminister Hirtsiefer war Mitglied des Reichsbanners. Ein solcher **Zentrumsredner**, Schulrat Kellermann, führte aus:

"Wir haben diesen Staat geschaffen und lassen ihn uns nicht nehmen. Von den Regierung-

gen verlangen wir ein energisches Zupacken. Herr Reichskanzler, wir sehen, wie die faschistische Welle vernichten will, was uns heilig ist. Gebieten Sie Halt! Was der Krieg mit Blut und Eisen geeinigt hat, würde der Faschismus wieder zerschlagen."

Neidhardt, der Führer der Schutzformationen des Reichsbanners, betonte ausdrücklich, Millionen warteten auf das Zeichen, den Staat zu retten.

Dieser neue aktive Kurs des Reichsbanners verlangte neue Männer an der Spitze, der alte, kränklische Hörsing, der nicht mehr über die nötige Initiative verfügte, trat zurück; Höltermann folgte ihm und wurde Führer des Reichsbanners. Der nahm sogleich Verhandlungen mit nahestehenden und befreundeten Parteien, Verbänden und Organisationen auf über die Verteilung der Aufgaben, die von der Front der demokratisch gesinnten Deutschen in den nächsten Wochen und Monaten gelöst werden müssen.

Vor Weihnachten war das Gerüst der neuen Schutzwehr für die Republik geschaffen, **die vom Reichsbanner getragene "Eiserne Front"** lag in ihren Grundzügen fest. Sie sollte sich in fünf Kampfstaffeln gliedern:

1. Reichsbanner,
2. Republikanische Gewerkschaften und Beamtenverbände, sowohl der freien, wie der christlichen und Hirsch-Dunkerschen Richtung,
3. Arbeitersportverbände,
4. Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
5. Kartell der republikanischen Verbände Deutschlands (Polizei, Richter, Studenten, Liga für Menschenrechte, Republikanische Beschwerdestelle usw.)

Diese fünfte Staffel sollte für innige Zusammenarbeit mit den Behörden sorgen. Als **Hauptziel der Eisernen Front** wurde erklärt: **mit allen Mitteln die parlamentarische Machtergreifung durch die Nationalsozialisten zu verhindern**, und sich vorzubereiten, gegebenenfalls auf eine gewaltsame innenpolitische Auseinandersetzung, "die eines Tages notwendig werden könnte". Auf einer Tagung der Reichsbannergaueführer aus ganz Deutschland in Berlin am 27. Dezember wurde der feste Wille der "Eisernen Front" kundgetan, "mit den Todfeinden der deutschen Republik im kommenden Kampffjahr endgültig Schluß zu machen."

Die schon stark erschütterte Stellung der Severing, Braun, Breitscheid, Wels, Hilferding sollte durch die "Eiserne Front" neu gefestigt werden. Von der Eisernen Front hoffte man einen neuen Aufstieg des Novemberstaatsgedankens, sie sollte den Führern in Staat und Politik, die schon fast auf verlorenem Posten kämpften, zu Hilfe eilen, ihnen neue Kraft, neuen Rückhalt gewähren. **Aber die Eiserne Front war innerlich recht brüchig**. Nicht allein, daß sich ein großer Teil der christlichen Gewerkschaften dagegen verwahrte, für die Sozialdemokratie Vorspanndienste zu leisten, sondern auch die Trennung der fünf Staffeln täuschte eine nicht vorhandene enorme Mitgliederzahl vor. So wie die Mitglieder des Stahlhelms in der Hauptsache auch Mitglieder der Deutschnationalen Partei waren, so waren die Angehörigen der zweiten bis fünften Staffel bereits in der Hauptsache Mitglieder des Reichsbanners. Das war der Trugschluß, der in dieser Trennung politischer Parteien und "parteiloser" Verbände lag: die Mitgliederzahl wurde vervielfacht, trotzdem dies in Wirklichkeit gar nicht gerechtfertigt war!

Das Reichsbanner setzte nach Weihnachten mit einer **großen Werbetätigkeit für die "Eiserne Front"** ein, aber es erlebte **viel Enttäuschungen**. Man zeigte ihm, wie es so oft klagte, die kalte Schulter. In den ersten Monaten von 1932 erlebte man viel Enttäuschungen. Die Staatspartei, die christlichen Gewerkschaften, die unpolitischen Beamten- und Angestelltenverbände, auf die man ursprünglich gerechnet hatte, wollten alle nichts mit der Eisernen Front zu tun haben. So blieb sie eine reine Parteiangelegenheit der Sozialdemokratie, die ihr eigenes Interesse als Staatsangelegenheit betrachtete. Man warb besonders in den Reihen der Schutzpolizei, diese war ja rechtmäßig be-

waffnet. Bei dem mangelnden Entgegenkommen der Umworbenen mußten Drohungen angewandt werden: man wolle die Republikaner, die ihre Pflicht nicht tun, öffentlich anprangern. In den städtischen Dienststellen Berlins wurden Werbestellen für die Eiserne Front eingerichtet. Die Eiserne Front erkannte, wenn auch widerwillig, daß sie zu spät geboren war, ihre Zeit war verstrichen, lange, ehe sie ins Leben trat. Die Zeit der Eisernen Front war vorüber, weil die Zeit der Sozialdemokratie vorüber war.



Die "Eiserne Front" im Berliner Lustgarten, ein Wald roter und schwarzrotgoldener Fahnen, die den Untergang des "Systems" vertuschen sollten. [Photo Scherl?]



S.P.D.-Führer Vogel vor der "Eisernen Front" im Lustgarten zu Berlin. [Photo Scherl?]

Auch waren die Führer der Eisernen Front im Laufe der Zeit nicht mehr sehr zuversichtlich. Sie entzweiten sich untereinander, warfen sich Mangel an Organisationsgeschick vor, als sie sahen, wie ihre großen Hoffnungen Stück für Stück enttäuscht wurden. Sie stellten Hundertschaften und Hammerschaften auf, hatten aber kein Vertrauen in deren militärische Brauchbarkeit. Reichsinnenminister Gröner hatte sich ausdrücklich verboten, daß das Reichsbanner zur Selbsthilfe zum Schutze der Republik greife, er lehnte die von der Eisernen Front angebotene "Hilfspolizei" rundweg ab.

Nichtsdestoweniger ergingen sich in den Monaten bis zum Frühjahr hin die Führer der Eisernen Front in **unverhüllten Drohungen des Bürgerkrieges**. Dem Staat und der Wirtschaft im Dritten Reiche würde keinerlei menschliche Arbeitskraft zur Verfügung stehen. Man dachte an einen Generalstreik wie beim Kapp-Putsch. Höltermann, der Reichsbannerführer, Künstler, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, und Löbe, sozialdemokratischer Reichstagspräsident, überboten sich gegenseitig im Säbelrasseln: die Zeit der Reden sei vorbei für die Republikaner. Wenn Hitler zur Macht komme, ganz gleich, ob auf legalem oder illegalem Wege, bedeute das für die Eiserne Front die Kriegserklärung.

***Drohungen der
"Eisernen Front"***

Daß die **Eiserne Front** auch keine Bedenken trug, **ihre eigne Schwäche durch französische Hilfe auszugleichen**, erwies eine sozialdemokratische Versammlung, die in Berlin am 27. Januar 1932 stattfand. Die Eiserne Front werde nicht eher ruhen, erklärte Künstler, bis die hakenkreuzlerische Gegenrevolution geschlagen sei. Den Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Faure, begrüßte er mit den Worten: "Es lebe die deutsch-französische Verständigung!" Und dann führte Löbe aus, daß das deutsche Proletariat gemeinsam mit dem französischen jedem Widerstand leisten werde, der die Völker in neue Abenteuer stürzen wolle.

So offenbarte sich die sozialdemokratische Eiserne Front als eines der übelsten Sumpfgewächse, das je auf dem Boden eines Volkes sich entwickelt hat.

So glich Deutschland einem Hexenkessel voller Todfeindschaften. **Die Stärkung der nationalen Front in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 hatte eine hochgesteigerte Aktivität in beiden marxistischen Lagern zur Folge. Allerdings wurde der von der Seite der Sozialdemokratie erstrebte organisatorische Zusammenschluß der marxistischen Front ebensowenig erreicht wie die von Hugenberg erstrebte gemeinsame Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten.** Die Spannungen zwischen Nationalsozialismus und Marxismus aber waren aufs höchste gewachsen, unaufhörlich kreuzten grelle Blitze an dem düsteren politischen Himmel. Für Brüning zog ein Zustand ungeheurer Schwere herauf. Nicht nur von außen drückten die beiden feindseligen Gewalten auf das Reichsregiment, auch zwischen dem sozialdemokratischen preußischen Innenminister Severing und dem Reichsinnenminister Gröner zeigten sich tiefe Gegensätze, die später noch viel deutlicher hervorbrechen sollten. -

In dieser gewitterschwülen Atmosphäre sollte Brüning regieren. Er tat dies mit offensichtlichem Geschick. Aber seine Stärke und Größe lag weniger in den Leistungen des Staatsmannes und ihren Erfolgen, als vielmehr in seinem ganz außerordentlichem Beharrungsvermögen. Wenn Selbstbehauptung, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Leistungen, eine staatsmännische Tugend ist, dann besaß Brüning sie in hohem Maße.

Zwei große Aufgaben forderten dringend schnelle Lösung. Das Problem der **ausländischen Kredite und Reparationen** mußte geklärt werden, es war keine Zeit zu verlieren, denn Ende Februar 1932 lief die vorläufige Stillhaltung für etwa 8 Milliarden ab. Es war ferner notwendig, aus der aufregenden Ungewißheit herauszukommen, was nun mit den Reparationen werden sollte, wenn das Hooverfeierjahr abgelaufen war. Aber ebenso wichtig war es, **im Innern eine weitere Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage zu verhindern.** Hier stand das Reich vor einer rücksichtslosen Alternative: sollte man dem Beispiel von 25 Ländern folgen, die nach dem Zusammenbruch des englischen Pfundes Ende September den Goldstandard ihrer Währung verlassen hatten, oder was war zu tun, um den gesamten deutschen Preisstand herabzudrücken und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten? Das erste bedeutete erneute

***Tribute und
Schulden***

Inflation, Katastrophe, Untergang, das zweite war Deflation, mühseliges Überwasserhalten, Abwehr des Ärgsten.

Beide Probleme, das außenpolitische der Anleihen und Reparationen und das innenpolitische der Wirtschaftsregulierung, waren gleich dringend und wurden gleichzeitig begonnen, aber **zunächst hatte die Klärung der Anleihen den Vorrang**. Am 31. Juli 1931 waren in Deutschland 12 Milliarden kurzfristiger Anleihen, d. h. für eine Zeit von weniger als einem Jahre, und 11½ Milliarden langfristiger Anleihen investiert. Von Anfang August bis Ende Oktober war aber wieder mehr als eine Milliarde Mark ans Ausland zurückgezahlt worden. So trug Deutschland immer noch das Gift einer Schuldenlast von mehr als 22 Milliarden in sich.

Der Zusammenbruch Deutschlands im Sommer und der Zusammenbruch des englischen Pfundes bei Herbstbeginn hatten doch bei den großen Völkern der Welt, **mit Ausnahme Frankreichs**, die Erkenntnis gefördert, daß **die Reparationen das größte Unglück der Welt darstellten. Die politischen Zahlungen verwirrten das ganze private Finanzsystem der Völker, und viele Millionen arbeitsamer Menschen in der Welt liefen Gefahr, ihre Spargroschen durch Bankkatastrophen zu verlieren, weil gewisse Staaten nicht von den politischen Zahlungen der Reparationen lassen wollten und für diese den Vorrang für die Privatschulden beanspruchten**. In England kam man immer mehr zu der Überzeugung, daß man lieber auf weitere deutsche Tribute verzichte als daß man das Anleihekapital einbüße. Baldwin formulierte Mitte November diese Ansicht sehr vorsichtig: erst müßten die von Deutschland gewährten Handelskredite zurückgezahlt werden, dann erst könne weiter von Reparationen die Rede sein. Er forderte also für die Privatschulden den Vorrang vor den politischen Schulden.

Insbesondere **ging man an, einzusehen, daß der Youngplan auf falschen Voraussetzungen beruhte**. Seine Durchführung war nämlich davon abhängig, daß der Wohlstand und Außenhandel Deutschlands wachsen werde. Genau das Gegenteil war eingetreten und dazu war der Preis des Goldes fast auf das Doppelte gestiegen. Hoover erklärte ganz resigniert, der Youngplan sei ein ebenso trauriger Fehlschlag wie der Dawesplan. Er plante bereits eine Herabsetzung der Schulden, womit er gleichzeitig die Forderung einschneidender Rüstungseinschränkung verbinden wollte, ohne jedoch dabei irgendeine militärische Garantie für Frankreichs Sicherheit zu übernehmen. **Nur Frankreich wollte den Youngplan nicht antasten lassen** und um die Ziele seiner Politik nicht durch das Dazwischentreten der einzigen noch gefährlichen Macht, Amerikas, gefährden zu lassen, reiste Laval nach Amerika.

Am 22. Oktober 1931 traf Laval in Newyork ein. Er wurde freundlich, aber sehr ruhig empfangen. Eine gewisse Spannung lag in der Luft, noch vom Juni her. Auch die Aussprache mit Hoover am folgenden Tage war frostig, und Laval fürchtete ein mageres Ergebnis. Nun erhob noch Senator Borah seine scharfe Stimme gegen Frankreich. Die Verträge müßten revidiert werden. Eine wahre Abrüstung sei nur möglich, wenn gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrages geändert würden. Die **Frage des Weichselkorridors** müsse von Grund auf zu Deutschlands Gunsten geregelt werden. Das wesentlich Grundlegende der Sicherheitsfrage bestehe im Gerechtigkeitssinn der europäischen Völker bei Ordnung der Grenzfragen. Das hörte Laval nicht gern. "Ich bin nicht nach Washington gekommen, um mich mit Minister Borah in Polemiken einzulassen oder eine Revision des Versailler Vertrages zu diskutieren." Laval hatte aber einen Freund in Amerika, den mächtigen Morgan; und dessen Einfluß ist es wohl zuzuschreiben, wenn schließlich doch zwischen Hoover und Laval eine gewisse Übereinstimmung erzielt wurde. Die beiden Staatsmänner einigten sich nämlich, nicht etwa den Präzedenzfall zuzulassen, daß Deutschland außerhalb dem Youngplan eine Tributrevision in Gang bringe; an der Fortdauer des Youngplanes sollte nach Frankreichs Willen nicht gerüttelt werden. Um Deutschland im Rahmen des Youngplanes festzuhalten, fügte sich Hoover der Lavalschen These, daß die Initiative zu etwaigen Schuldenverhandlungen nicht von Amerika, sondern von den beteiligten europäischen Regierungen ausgehen solle. Außerdem vereinbarten sie, daß beide Länder nicht vom Goldstandard abgingen. Laval hatte also gesiegt: Der verfehnte Youngplan blieb erhalten. Die Welt war enttäuscht. Borah bezeichnete die Erklärung

Laval in
New York

gen Hoovers und Laval für vollkommen nichtssagend. Am 26. Oktober reiste Laval ab.

Als Sieger und Triumphator kehrte Laval heim. **Die gefürchtete Einmischung Amerikas in die Schuldenpolitik Europas**, deren Anfang der Hooverplan vom Juni darstellte, **war vereitelt worden. Frankreich hatte freie Hand in der europäischen Schuldenpolitik, es konnte mit Deutschland nun machen, was es wollte. England**, das schwer mit seiner Währungspolitik zu tun hatte, konnte ihm nicht mehr in den Arm fallen, **Amerika** hatte aber auf jegliches Dazwischentreten verzichtet.

Brüning vertrat die Meinung, das Hooverjahr genüge keineswegs, um die Krise zu beseitigen, Brüning war weiterhin entschlossen, den Youngplan seit Juli für tot zu erklären und außerhalb dem Youngplan Verhandlungen einzuleiten, die den Endzweck hätten, alle Tribute zu streichen. Deutschlands Wirtschaft sei gesund, Deutschland brauche nur politisches Vertrauen, Aufhören der Tribute, neue Auslandsanleihen. Hieraus ergab sich für den Reichskanzler, daß er für die neuen Stillhalteverhandlungen den Vorrang vor den Tributverhandlungen forderte, wie auch England.

So gehe das nicht, widersprach Laval. Der Youngplan sei nicht tot, Frankreich müsse darauf bestehen, daß genau so verfahren werde, wie der Youngplan es vorschreibe. Deutschland solle den Antrag stellen, daß der im Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 vorgesehene beratende Sonderausschuß der Bank für Internationale Zahlungen in Basel einberufen würde. Übrigens müßte erst die Tributfrage geklärt werden, ehe an weitere Stillhalteverhandlungen gedacht werden könne. Denn den politischen Zahlungen gebühre der Vorrang vor den Privatschulden. Mit diesen hätten sich die Regierungen überhaupt nicht zu befassen. Nur ein besonderes Komitee könne sich mit den kurzfristigen Krediten beschäftigen. Eine Verbindung zwischen Tributen und Anleihen komme überhaupt nicht in Frage.

**Sonderausschuß
der Basler Bank**

Fast drei Wochen gingen die Verhandlungen zwischen Berlin und Paris hin und her. Frankreich war hartnäckig bis zum Äußersten, Deutschland hatte keine Zeit zu verlieren. Endlich ward ein Vergleich auf Deutschlands Kosten geschlossen. Deutschland erkannte den Youngplan weiterhin an und war bereit, den geforderten Antrag an die Reparationsbank in Basel zu stellen, Frankreich ließ sich dazu herbei, wenigstens einer gleichzeitigen Tagung des Sonderausschusses der Reparationsbank und des Bankierstillhalteausschusses zuzustimmen.

Am 19. November sandte die Reichsregierung den Antrag nach Basel, wie er vorher mit Frankreich vereinbart worden war.

"Da der neue Plan dem beratenden Sonderausschuß die Aufgabe zuweist, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuß das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldner zu treffen ist."

Größte Beschleunigung sei nötig.

Frankreich hatte gesiegt. Deutschland, das da glaubte, sich infolge der Erschütterungen außerhalb des Youngplanes stellen zu können, **war wieder fest in das Joch gespannt**. Die Zeit war noch nicht reif für den entscheidenden Vorstoß.

Der beratende Sonderausschuß, bestehend aus elf Mitgliedern, wurde zusammengerufen. Zum deutschen Vertreter wurde vom Reichspräsidenten der Hamburger Bankier Carl Melchior bestimmt. Den Vorsitz erhielt der italienische Professor Beneduce. Am 7. Dezember fand die erste Sitzung in Basel statt.

Der Zweck der Tätigkeit in diesem Ausschusse war kein endgültiger. Er sollte nur Richtlinien aufstellen für eine Tributkonferenz der Regierungen, die im Anfang des folgenden Jahres geplant war. Heftig platzten die Meinungen Deutschlands und Frankreichs aufeinander. Alle Welt wurde aufge-

rührt. Hinter Deutschland standen England, Japan, Schweden, Schweiz und Holland. Aber Frankreich beharrte: Die Tribute dürfen nicht gestrichen, sondern nur unterbrochen werden, die Tribute haben den Vorrang vor den Privatschulden.

In **Washington und London** wurde die Begleitmusik gespielt. Die Demokraten warfen Hoover vor, er habe Laval zu sehr nachgegeben. Sie forderten Gerechtigkeit für Deutschland. Stimson meinte, ein gesundes Deutschland sei das beste Bollwerk gegen Unsicherheit und Kommunismus, eine deutsche Revolution würde alle Verpflichtungen zerstören. Der Deutschenhasser Morgan stand isoliert. In London schrieben es alle Zeitungen: **einzigster Ausweg aus dem Chaos sei Schuldenstreichung**. Eine Note der englischen Regierung nach Paris (17. Dezember) sagte: Die völlige Beseitigung oder doch Milderung der Tribute und Kriegsschulden sei das wirksamste und schnellste Mittel zur Behebung der Krise; es müsse eine klare und endgültige Regelung der Tributfrage erreicht werden; den Privatschulden sei der Vorrang vor den Tributen einzuräumen. In Amerika, England, Italien, Deutschland, Schweden, Holland, Schweiz und Japan hatte man die gleiche Ansicht, doch Frankreich blieb hart.

In Basel fanden stürmische Sitzungen statt. Man suchte einen Ausgleich. Man wollte im Bericht weder die Frage der Reparationen noch der privaten Schulden mit bestimmten Hinweisen aufführen. Man wollte nur betonen, daß der Eindruck, den man von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands erhalten habe, ein überaus starker sei und man deshalb die geplante Regierungskonferenz auffordere, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Einige Tage vor Weihnachten wurde der Bericht des Beneduce-Ausschusses unterzeichnet. Er stellte die traurige Lage Deutschlands fest und zeigte die Maßnahmen, welche von der deutschen Regierung getroffen waren. Dann aber kam **der französische Einschlag**, als man nämlich die sonderbare Feststellung machte, daß jeder Krise bislang ein Aufschwung gefolgt sei, man dürfe künftige Möglichkeiten nicht vom Gesichtswinkel einer Tiefkonjunktur beurteilen.

"Es hieße an der Zukunft verzweifeln, wollte man nicht annehmen, daß im vorliegenden Falle das Gleichgewicht wieder erzielt werden könne. Immerhin, der neue Plan sei offensichtlich überholt. Er habe mit einem Anwachsen des Welthandels gerechnet, aber das Gegenteil sei eingetreten. Allerdings könne wiederum die Befreiung eines Schuldners von einer untragbaren Last unter Umständen den Gläubiger in seiner Eigenschaft als Schuldner dritten gegenüber leistungsunfähig machen. Hieraus ergebe sich die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns. Die Anpassung der zwischenstaatlichen Schulden an die gegenwärtige Lage ist der einzige Schritt von Dauer, der geeignet wäre, das Vertrauen wieder herzustellen, das die sicherste Grundlage wirtschaftlicher Stabilität und wahren Friedens sei."

Das also war der Bericht, der den Youngplan als überholt bezeichnete, aber nicht den Mut fand, völlige Schuldenstreichung zu empfehlen. **Bemerkenswert war es, daß der Bericht die deutschen Tribute mit den interalliierten Schulden verknüpfte, wie es Frankreich wünschte.** Dadurch nämlich wurde die Revision des Youngplanes abhängig gemacht von einer vorhergehenden Einigung Amerikas mit seinen Kriegsschuldnern. Die Tendenz Frankreichs, die es in der nächsten Zeit verfolgte, zeigte sich bereits ganz deutlich: **solange Frankreich an England und Amerika Kriegsschulden zu zahlen hatte, wurde Deutschland von den Tributen nicht befreit.** Brüning bezeichnete diesen Bericht als einen Rückschritt gegenüber dem Laytonbericht vom August. Und dieser Bericht sollte die Grundlage bilden für die Tributkonferenz der Regierungen, welche Brüning seit Monaten forderte und für welche Macdonald Anfang Dezember bereits eingetreten war.

Zur Vorbereitung dieser Konferenz versuchte Macdonald die un-nachgiebigen Franzosen zu einem versöhnlicheren Standpunkt zu bekehren. Aber **Frankreich blieb unerschütterlich**, es lasse den Youngplan nicht zerreißen, erklärte Laval. Nun, entgegnete Macdonald, **bringe die Tributkonferenz keine endgültige Lösung, dann erwarte England von Deutschland den ersten Schritt und man könne Deutschland keinen Vorwurf mehr machen, wenn es sich zahlungsunfähig erkläre.**

**Vergebliche Bemühungen
um Tributkonferenz**

Und Brüning unterstrich seine Hinneigung zum englischen Standpunkt mit der Erklärung: Deutsche Zahlungen in irgendeiner Form seien ausgeschlossen und das Verschwinden des Reparationsfaktors sei das einzige Mittel, um unter die Dauerkrise einen Strich zu setzen. **Die Weltmeinung sei durch die Weltkrise genügend aufgerüttelt, um diesmal für den deutschen Standpunkt Verständnis zu zeigen. Diese Worte riefen in Frankreich große Empörung** hervor. Schließlich aber einigten sich alle Regierungen Europas, am 25. Januar in Lausanne mit der Tributkonferenz zu beginnen. Am gleichen Tage, dem 12. Januar, da das Kabinett Laval zurücktrat, äußerte Mussolini: es sei Zeit, die tragische Rechnung des Krieges zu schließen.

Unermüdlich war Macdonald in den Bemühungen, Frankreich umzustimmen. Schon wurde man in England wieder schwankend und neigte zu Nachgiebigkeit gegen die Franzosen, und Laval, gestürzt und wieder Ministerpräsident geworden, erhob in der Kammer sein höhnisch-frechtes Wort gegen die Welt: Der Youngplan sei unzerreißbar. Aber Deutschland war nicht gewillt, eine Last wieder aufzunehmen, für die keine Berechtigung mehr vorhanden war. Die deutsche Regierung rechnete der Welt vor, daß sie **fast 68 Milliarden Reparationen bezahlt habe und daß alle Kriegsschäden wieder hergestellt seien. Weitere politische Zahlungen müßten abgelehnt werden.** Demgegenüber **drohte Frankreich**, daß es den Haager Gerichtshof anrufen, **Sanktionen ergreifen, in Deutschland einfallen und den Krieg beginnen werde.** Das Saargebiet müsse Frankreich als Pfand behalten und dürfe es nicht herausgeben, wenn Deutschland den Youngplan zerreiße. Das war Frankreichs unerschütterlicher Wille nach wie vor: Kein Buchstabe des Youngplanes sollte gestrichen werden! Und wenn die ganze Welt anderer Meinung war! Da gab Macdonald seine Bemühungen auf und sagte, fünf Tage vor dem festgesetzten Beginn, die Lausanner Konferenz ab.

Noch gingen die Verhandlungen hin und her, und endlich, am 13. Februar, beschlossen die Regierungen Deutschlands, Englands, Italiens, Japans, Frankreichs und Belgiens, im Monat Juni 1932 eine Konferenz abzuhalten, auf der die im Bericht der Baseler Sachverständigen aufgeworfenen Fragen dauerhaft geregelt werden sollten. So wurde der von Brüning entwickelte und von Macdonald unterstützte Gedanke einer Tributkonferenz durch Frankreichs starrsinnigen Widerstand dilatorisch behandelt. Die ganze Tributfrage blieb vorläufig in der Schwebe: Frankreich hatte die Zügel Europas in der Hand. -

Ebenso langwierig, wenn auch nicht so erfolglos, waren die Stillhalteverhandlungen. Deutschland hatte im Laufe des Jahres 1931

Stillhalteverhandlungen

rund 5 Milliarden ausländischer Kredite zurückgezahlt. Das war etwa der dritte Teil der kurzfristigen Schulden. Die übrigen 11 Milliarden wurden fällig, wenn das vorläufige Stillhalteabkommen Ende Februar 1932 ablief. Wie aber sollte Deutschland den Betrag aufbringen? Das war unmöglich. Deswegen mußte beizeiten Abhilfe geschaffen werden.

Doch es schien noch immer drohender für Deutschland werden zu sollen. Anfang November **begann das Ausland, besonders Amerika**, beunruhigt durch den Fortgang der deutschen Wirtschaftskatastrophe, **eine Zurückziehung auch der langfristigen Kredite anzukündigen.** Auch ein Viertel der kurzfristigen Kredite wurde bereits abgefordert.

Diese Maßnahmen bedeuteten den bis jetzt mühsam aufgehaltenen Zusammenbruch Deutschlands. Der Ausschuß der deutschen Schuldner in Berlin wandte sich am 19. November an die am Stillhalteabkommen beteiligten ausländischen Gläubigerausschüsse und bat um Beginn alsbaldiger Verhandlungen über eine Neuregelung. Daraufhin entschlossen sich die Newyorker Bankiers am 27. November zur Verlängerung der kurzfristigen Kredite und sandten Wiggin nach Berlin, um dort zu verhandeln.

Anfang Dezember nahm dann auf Betreiben der Reichsregierung der Stillhalteausschuß in Berlin seinen Anfang. Am 12. Dezember fand die erste Sitzung statt. Es waren schwierige Auseinandersetzungen, an denen sich außer den deutschen Schuldnern sieben Juristen und die Vertreter der Gläubiger aus aller Welt beteiligten. Diese Gläubiger waren in einer Zwangslage: sie mußten einfach stillhalten, wenn sie nicht alles verlieren wollten. Fünfmal wurden umfangreiche Vertragsent-

würfe fertiggestellt, fünfmal wurden sie verworfen. Wiggin gab ein Gutachten ab, das darin gipfelte, daß die Grundlage des deutschen Kredits durch die Lösung der politischen Schuldenfrage wiederhergestellt werden müsse. Auch sollten die hohen Zollmauern fallen und das mangelnde Vertrauen wiederhergestellt werden. Diese drei Momente: Tribute, Zölle und Mißtrauen seien schuld, daß die Völker alle miteinander verarmen, während sie doch miteinander reich werden sollten. **Endlich, am 23. Januar, war das neue Abkommen getroffen.** Danach wurde die Stillhaltung um ein volles Jahr, bis zum 28. Februar 1933 verlängert, und dann sollten die frei werdenden ausländischen Kredite für fünf Jahre wenigstens in deutschen Hypotheken, Obligationen usw. angelegt werden. Mit dieser Vereinbarung war die schwerste Gefahr, die seit Juni 1931 die Existenz der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes bedroht hatte, abgewendet. War auch die Frage der politischen Schulden noch nicht geklärt, so war doch wenigstens die Sorge der kommerziellen Schulden für Deutschland zunächst erleichtert worden.

So ward an der Regierung Brüning heimgesucht, was die deutsche Wirtschaft und die deutschen Regierungen von 1924 bis 1929, zwischen Dawesplan und Youngplan, gesündigt hatten. Nicht minder schwer wie die Lokalisierung des Krebsgeschwürs der Auslandsschulden war für Brüning das Bestreben, die Einschrumpfung und Schwindsucht der deutschen Wirtschaft, die einen Riesenumfang angenommen hatte, zum Stillstand zu bringen.

Das deutsche Wirtschaftsleben befand sich in einem Zustande der Auflösung. Eine Schuldenlast von etwa 85 bis 90 Milliarden lastete auf ihm, davon war nur der zehnte Teil Aufwertungsschuld. Die Gesamthypothekarbelastung machte 45 Milliarden aus. Die Zinsen erreichten die Höhe von 8 Milliarden, während sie 1913 nur 6 betrug! An diesen Zinsen waren beteiligt die Landwirtschaft mit 1, der städtische Grundbesitz und die öffentliche Wirtschaft mit je 2, Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr mit 3 Milliarden. Die Sozialversicherung verschlang 6½ Milliarden, während sie 1913 nur 2 erforderte! Von dem Ertrag der deutschen Wirtschaft wurden verwendet 25 Milliarden für Löhne an Arbeiter und Angestellte, 15 Milliarden Steuern, 10 Milliarden an Zinsen und Beiträge für soziale Versicherung. Da blieb kaum noch soviel, daß die Unternehmer mit ihren Familien existieren konnten, - geschweige denn, daß Tribute gezahlt werden konnten.

Schrecklich war das Sterben der deutschen Wirtschaft. Fast jeder deutsche Bauernhof war konkursreif, denn die infolge unzulänglicher Zölle sehr niedrigen Erzeugerpreise reichten nicht aus, um Gestehungskosten, Löhne, Zinsen, Steuern zu bezahlen. Rings in deutschen Landen häuften sich die **Zwangsversteigerungen.** Über den Höfen, die in die Katastrophe strudeln, hißten die Bauern die schwarze Fahne, und es war unter den Bauern ein heiliges Versprechen, daß keiner auf den Hof des Leidensgefährten bieten sollte. Es kam zu Zusammenstößen und Gewalttaten gegen die Gerichtsvollzieher, und es gab Gebiete in Deutschland, so z. B. Schleswig-Holstein, wo sich der Gerichtsvollzieher nicht mehr ohne polizeilichen Schutz auf einen Bauernhof wagte. Zähneknirschend gingen die deutschen Bauern von ihrer Scholle, mit der die Familie seit Jahrhunderten verwachsen war. Tausende von Siedlern, von den Regierungen mühsam angesetzt, brachen zusammen, verloren das Wenige, das sie besaßen.

Wirtschaftskatastrophen

In den Städten ging der Auktionator von Haus zu Haus. Alter Besitz, geheiligt durch die Liebe und Tradition jahrhundertelanger Bürgergeschlechter, zerflatterte unter dem erbarmungslosen Hammer. Als Bettler, Tränen in den Augen, gingen gebrochene Menschen aus ihrem Heim, das ihnen bisher Zuflucht vor Sorge und Aufregung geboten hatte. Sie gingen hinaus in die Nacht der Verzweiflung, des Todes oder des Verbrechens. Im Westen Berlins verfünffachte sich die Zahl der leerstehenden großen Wohnungen in wenigen Monaten: im Dezember 1930 waren es 800, im Oktober 1931 4000. Auf dem Kurfürstendamm gab es Häuser, wo überhaupt nur noch eine Wohnung bewohnt war! In der Stadt Chemnitz konnten 10 000 möblierte Zimmer nicht vermietet werden!

Das Heer der Arbeitslosen wuchs. Innerhalb zweier Monate, November und Dezember 1931, stieg die Zahl von 4,62 auf 5,67 Millionen, das war eine durchschnittliche **wöchentliche Zunahme von 115 000!** Not und Verzweiflung nahmen überhand, und die Reichsregierung rief mit bewegten Worten zu privater Winternothilfe auf, da sie selbst nicht mehr in der Lage war, dem Elend zu steuern.

Der Fehlbetrag der Städte war infolge ihrer Wohlfahrtsfürsorge auf 3 Milliarden angewachsen. Plünderungen von Lebensmittelläden waren in Berlin alltägliche Erscheinungen. Auch in andern Städten ereigneten sie sich. In Lübeck kam es zu großen Erwerbslosentumulten im November.

Brüning hatte in der Oktobernotverordnung eine Reihe entscheidender Bestimmungen noch nicht getroffen. Er stand vor der Wahl: neue Inflation oder Anpassung an unsere Goldarmut. Er wählte das zweite. Aber die deutsche Wirtschaft hatte sich unfähig erwiesen, aus eigener Kraft sich zu bescheiden und mit der Armut vorlieb zu nehmen. Sie hatte es dahin gebracht, daß sie jährlich 2 Milliarden Zinsen dem Ausland zahlen mußte. Damit hatte sie zwar die Reparationen zu Falle gebracht, aber sich auch selbst vergiftet. **Der Staat mußte jetzt diktatorisch der Wirtschaft vorschreiben. Die Not zwang dazu, daß das individualistische, chaotische Walten der Privatwirtschaft durch einen gewissen Staatssozialismus in geordnete Bahnen gebracht wurde.** Brüning erkannte, daß es jetzt von Staats wegen Ernst werden müsse mit einer Senkung der Preise, der Zinsen, der Mieten und der Löhne - Anpassung an die allgemeine Armut. All dies war bisher, weil der Initiative der Wirtschaft überlassen, mißglückt. Jetzt mußte es der Staat befehlen. Vielleicht ließ sich so die weitere Einschrumpfung der Wirtschaft verhindern, ja, die Wirtschaft wieder beleben, die Arbeitslosigkeit verringern.

Aber der Reichskanzler glaubte nicht mehr allein die Verantwortung hierfür übernehmen zu dürfen. Um sich gegen alle Vorwürfe der Wirtschaftler zu sichern, wollte er einen festbegrenzten Wirtschaftsbeirat zu Besprechungen heranziehen, der keine Bestimmungen treffen, sondern nur beraten sollte. Die in den letzten Monaten zwischen Staat und Wirtschaft aufgetretenen Spannungen sollten durch den Wirtschaftsbeirat beseitigt werden. Als seine Aufgabe bezeichnete Reichsminister Treviranus, der Öffentlichkeit klar zu machen, wo die Grenzen staatlicher Betätigung seien und wo die Selbsthilfe der Wirtschaft in stärkerem Maße als bisher einsetzen könne. Das wichtigste Erfordernis für die Reichsregierung sei der Abbau des Mißvergnügens im Volke. Im Verlauf derartiger Erwägungen beauftragte Hindenburg als Staatsoberhaupt den Reichskanzler am 13. Oktober, einen Wirtschaftsbeirat zu berufen.

Wirtschaftsbeirat

"In tatkräftiger Fortführung bereits getroffener Maßnahmen müssen grundlegende Entschlüsse gefaßt werden, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Es erscheint mir geboten, zur abschließenden Begutachtung dieser für unser Volk lebenswichtigen Fragen einen kleinen Kreis führender Sachverständiger aus den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens, auch Vertreter der Arbeitnehmer, als Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung einzusetzen, der mit ihr zusammen das gesamte Gebiet der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme berät, mit dem Ziele, zu einheitlichen Vorschlägen zu gelangen."

Hindenburg selbst wollte den Vorsitz übernehmen. **Dieser Wirtschaftsbeirat war eine außerordentliche Einrichtung der Notzeit, zeitlich begrenzt auf die Dauer, die die Regierung brauchte, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.** Sein ganz unpolitischer Charakter war nicht gesetzgebend, sondern nur beratend. Er war das Ergebnis des eigentümlichen Zusammenwirkens demokratischer Tendenzen und diktatorischer Wünsche in der Regierung Brüning.

Eine Woche später wurden vom Reichspräsidenten die 25 Mitglieder des Wirtschaftsbeirates ernannt: 12 Vertreter der Industrie, des Handels und der Banken, 3 Landwirte, 3 Handwerksmeister, ein Kleingewerbetreibender und 6 Vertreter der Arbeitnehmer. Schon diese Zusammensetzung paßte den Gewerkschaften nicht. Da sehe man es mal wieder! Die Kapitalisten seien in der Überzahl. Die amtlichen Stellen mußten beschwichtigen, es sei ja doch nur ein Gutachterausschuß, der nicht abstimme. Es komme hier nicht auf die Zahl an, sondern auf das Gewicht der vorgebrachten Argumente.

Am 29. Oktober eröffnete Hindenburg den Wirtschaftsbeirat.

"Ich erhoffe als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständiger und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschafts- und sozialpolitischer Gegensätze und eine

Besserung der deutschen Wirtschaftsnot. Wenn diese schwere Aufgabe gelöst werden soll, muß jeder sich innerlich loslösen von Gedanken an Gruppeninteressen."

Und dann unterhielt man sich über Senkung von Zinsen und Mieten und Preisen, wogegen die Vertreter des Kapitals ihre Bedenken hatten. Dann sprach man über Senkung der Löhne und Gehälter, welche der Senkung der Lebenshaltungspreise und Mieten folgen sollten. Davon aber wollten die Gewerkschaften nichts wissen. Die sozialdemokratische Presse eröffnete hitzige Gefechte gegen Brüning und verbat sich eine weitere Lohnsenkung und weitere Betriebsstillegungen. **Die von der Regierung erwartete günstige Wirkung, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander näherkommen würden, erfüllte sich keineswegs. Keiner hatte den rechten Willen, seinen Teil an der ganzen großen Not zu übernehmen. Das Interesse am eignen Wohlergehen war stärker als an dem Wohlergehen des Volkes. Nur auf einem Gebiete war man sich einig: in der Sanierung der sozialen Versicherung.** Diese sollte ohne Beitragserhöhung, aber auch ohne Leistungsbeschränkung erfolgen, allein durch tiefgreifende Einschränkung des luxuriösen Verwaltungsapparates. Die überflüssigen Beamten sollten entlassen, die in keinem Verhältnis zur Not des Volkes stehenden Neubauten von Verwaltungspalästen sollten verboten werden.

Nun begab es sich, daß die im Frühjahr vom Reichstag für die ostdeutsche Landwirtschaft beschlossene **Osthilfe** zusammenbrach. Die preußische Regierung, in deren Händen die Durchführung lag, war der Aufgabe nicht gewachsen. Viele Tausende von Gesuchen in einer beantragten Gesamthöhe von über einer halben Milliarde Mark wurden durch eine überaus langwierige Behandlung wirkungslos. Bis Anfang November waren nur 3000 Fälle mit einer Gesamtunterstützungssumme von 26 Millionen positiv erledigt worden. **Immer dringender wurden die Hilfeschreie der Bauern. In Pommern brachen täglich drei Betriebe zusammen.** Auch die bis jetzt widerstandsfähigen Kleinbauerngüter erwiesen sich als nicht mehr rentabel. Die Siedler standen vor dem Abgrunde. In der Zeit vom 26. September bis 25. Oktober 1931 wurden im pommerschen Osthilfegebiet 52 Zwangsversteigerungen neu eingeleitet, von denen 41 auf bäuerliche Betriebe unter 100 Hektar entfielen! Bei 16 Betrieben wurde in derselben Zeit die Zwangsverwaltung neu eingeleitet, während 21 Güter zwangsversteigert wurden. In Schleswig-Holstein war bei zwei Dritteln aller landwirtschaftlichen Betriebe völlige Unrentabilität erwiesen! Letzte Rettungsmöglichkeit war Stillhaltung im Vollstreckungsschutz.

Jetzt schied Preußen aus der Osthilfe aus. Die Reichsregierung übernahm die Durchführung, sie bestellte Schlange-Schöningen zum Reichskommissar und ordnete die Materie neu durch Notverordnung. Danach sollte jeder Eingriff in die Wirtschaftssubstanz gefährdeter Betriebe vorläufig ausgeschlossen werden. Eine Umschuldung wurde ins Auge gefaßt, und Richtlinien für eine, vorläufig auf freier Vereinbarung zwischen Gläubiger und Schuldner beruhende Zinssenkung wurden gegeben.

**Vierte
Notverordnung**

In dieser Neuordnung sahen die Landwirte West- und Süd- sowie Mitteldeutschlands eine Benachteiligung ihrer selbst gegenüber dem Osten. Deshalb verließen die drei Landwirte am 19. November den Wirtschaftsbeirat unter Protest. Sie verlangten ein klares Programm zur Rettung der gesamten Landwirtschaft. Von einer Klärung der Grundprobleme sei man noch weit entfernt. Die Verhandlungen gingen zu langsam, da es die Regierung an der nötigen Initiative fehlen lasse.

Auch die Arbeitnehmer übten scharfe Kritik. Die sozialistischen Gewerkschaftsführer wollten einer Lohnsenkung durchaus nicht zustimmen. Deswegen lehnte ihr Vertreter Graßmann die Leitsätze des Wirtschaftsbeirates ab: dieser vertrete nur den Unternehmerstandpunkt.

Am 23. November fand die Schlußsitzung statt. Die Richtlinien wurden festgelegt:

1. Angleichung der Aufwendungen der Wirtschaft an die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt und an die Einkommens- und Vermögenslage des deutschen Volkes.
2. Voraussetzung dafür gesunde Privatwirtschaft, Vertrauen, Klärung der Stillhaltefragen mit den Auslandsgläubigern.

3. Gleichzeitige Senkung der Preise und Löhne.
4. Zinssenkung.
5. Teilweise Senkung der Reichsbahngütertarife, der Tarife für Straßenbahn, Gas und Strom.
6. Unbedingte Notwendigkeit der Mietssenkung, erwünschter Abbau der Hauszinssteuer.
7. Bankkredite für kleinere Unternehmer.
8. Schutz der gesamten deutschen Landwirtschaft.

Im Grunde genommen war das Ergebnis mager. Brüning erkannte, daß die Initiative für neue Maßnahmen an die Reichsregierung zurückgegeben war. Drei Kernfragen waren nicht gelöst: Zerschlagung der Preiskartelle der Unternehmer, Zerschlagung der Lohntarife der Arbeitnehmer, Bekämpfung der Maschine zugunsten der Arbeitslosen.

Brüning arbeitete nun, nachdem die großen außenpolitischen Aktionen in Gang gekommen waren, an einer neuen Notverordnung, die im allgemeinen den Richtlinien des Wirtschaftsbeirates folgte. Am 8. Dezember trat die **vierte Notverordnung "zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens"** vor das Volk. Die einzelnen Bestimmungen der Notverordnung betrafen folgende Dinge:

1. Senkung der Preise. Die durch Kartelle oder Syndikate gebundenen Preise, insbesondere für Kali, Düngemittel, Kohlen, Baustoffe, sowie für Markenartikel werden automatisch um 10 Prozent gesenkt. Die Preise des freien Marktes sollen durch einen Reichskommissar für Preisüberwachung gesenkt werden. Hier kommen in erster Linie die Werktarife der Kommunen für Gas, Elektrizität, Straßenbahn und Tarife für handwerkliche Leistungen in Frage. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden nicht bei dem Erzeuger gesenkt, sondern die Handelsspanne soll herabgedrückt werden.
2. Senkung der Zinsen. Diese werden um rund ein Viertel, wenigstens jedoch auf 6 Prozent herabgesetzt.
3. Die Gütertarife der Reichsbahn werden bis zu 300 Millionen gesenkt.
4. Schließlich fallen die hohen Steuerverzugszuschläge, die auf Grund der Bankkrise verordnet waren, fort.

Ferner wird die **Hauszinssteuer**, die am 1. April 1940 überhaupt wegfallen soll, um ein Fünftel gekürzt. Die Mieten werden um 10 bis 15 Prozent gesenkt, die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen wird gelockert. Zum Schutze der Landwirtschaft wird bestimmt, daß bei Versteigerungen der Zuschlag nur gegeben werden soll, wenn sieben Zehntel des Grundstückswertes erlöst werden. Auch soll der landwirtschaftliche Schuldner das Recht haben, eine Einstellung der Zwangsversteigerung auf sechs Monate oder bis nach der Ernte zu erwirken.

Löhne und Gehälter sollen vom 1. Januar 1932 um 10 Prozent gesenkt werden. Dann würde man den Stand von 1927 wieder erreicht haben. Zur Sicherung der Haushalte wird die Umsatzsteuer auf 2 Prozent erhöht, andererseits werden die Gehälter für Beamte und Angestellte und die Löhne der Arbeiter um 10 Prozent gesenkt. Auch wird der Termin für die Einkommensteuervorauszahlung um einen Monat vorausverlegt. Die Notverordnung vermied es, das System der Lohntarife teilweise oder ganz zu zerbrechen.

Schließlich sind noch eine Reihe von **Bestimmungen zum Schutze des inneren Friedens** in die Notverordnung aufgenommen. Die Vorschriften über Waffenmißbrauch sind verschärft. Das Tragen von Uniformen und parteipolitischen Abzeichen ist verboten. Für den Ehrenschatz der im öffentlichen Leben stehenden Personen werden die Strafen wegen Beleidigung auf das Mindestmaß von drei Monaten erhöht. Zur Wahrung des Weihnachtsfriedens sind bis zum 3. Januar 1932 alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge verboten. Ebenso ist die Verbreitung von Plakaten

und Flugblättern politischen Inhalts untersagt.

Zu guter Letzt wurde auch eine **Prägung von Vierpfennigstücken** angekündigt. Dadurch sollte die Achtung vor dem Pfennig wieder hergestellt werden. -

Diese Notverordnung war entstanden aus dem Bestreben der Reichsregierung, im Gegensatz zum Vorgehen Englands, das Gold als Maßstab deutscher Währung und Wirtschaft beizubehalten. Die Notverordnung bildet in den privatkapitalistischen Völkern der neueren Geschichte ein Dokument ohne jedes Vorbild, ohne jeden Präzedenzfall. Der Staat griff mit diktatorischer Machtvollkommenheit tief in die Rechte des Privatbesitzes ein. **Jetzt war es so weit, daß der Staat dem Privatbesitz seinen Machtwillen aufzwang.** Der Deutschnationale Hergt nannte das Notgesetz einen "Generalangriff gegen das Privatrecht und das Vertragsrecht". Und die *Kölnische Zeitung* sprach von einer "Vorstufe des Staatskapitalismus", da die Staatskontrolle in weitem und scharfem Maße auf den privaten Besitz ausgedehnt sei. - Aber die Notverordnung zog die zwangsläufige Schlußfolge aus dem politisch und wirtschaftlich gewissenlosen Zeitraum von 1924-1929!

Zentrum und Staatspartei stimmten der Notverordnung zu. Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Kommunisten lehnten sie ab und verlangten Einberufung des Reichstags. Der Ältestenrat lehnte diesen Antrag am 16. Dezember ab. Auch die Sozialdemokratie war gegen Reichstagsseinberufung, sie schluckte lieber die neue bittere Pille, ehe sie Brüning, das "kleinere Übel", fallen ließ.

**Preiskommissar mit
diktatorischen Vollmachten**

Die nächste Folge war, daß der deutschnationale Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Gördeler, am 10. Dezember 1931 zum Reichspreiskommissar berufen wurde. Er wurde auf unbegrenzte Dauer mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet. Seine Tätigkeit hatte alsbald **ein fühlbares Sinken der Preise** zur Folge. Doch gab es Gemeinden, die sich seinen Anordnungen für Herabsetzung der Straßenbahn-, Gas-, Wasser- und Elektrizitätstarife zu widersetzen suchten. Immerhin wurde das Fleisch, das Brot, alles, was man zum täglichen Leben brauchte, nun doch etwas billiger, auch die Post baute einen Teil ihrer Tarife um ein Fünftel ab. Der Lebenshaltungsindex sank bereits in drei Wochen von 156 auf 131 (nach dem Vorkriegsstande 100), und sank in den folgenden Monaten weiter.

Schon nach wenigen Wochen seiner Tätigkeit konnte Gördeler sagen:

"Nach den Erfahrungen, die ich als Preiskommissar gemacht habe, ist das erste Erfordernis für die wirtschaftliche Gesundung in Deutschland die völlige Beseitigung der Tribute. Verschwinden die Reparationen 1932 nicht endgültig aus der Wirtschafts- und Zahlungsbilanz des deutschen Volkes, dann werden weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer irgendwelchen wirtschaftlichen Mut aufbringen können."

Es lag in der Natur der Sache, daß in weiten Kreisen der Preiskommissar noch nicht das Verständnis fand, das er fordern mußte. Viele Kleingewerbetreibende kamen nicht der Anordnung nach, Preisschilder und Verzeichnisse ihrer Waren anzubringen, andre hielten an der einträglichen Gewohnheit fest, die Preise auf fünf oder zehn Pfennig nach oben aufzurunden. Ja, es gab, im Westen des Reiches, Kaufleute, die an Lohntagen höhere Preise forderten. Das waren Auflehnungen gegen die Reichsgewalt, und um sie zu verhindern, wurde Gördeler mit diktatorischen Vollmachten ausgerüstet. Er war befugt, sofort die Schließung der Geschäfte anzuordnen, die seinen Anordnungen nicht folgten. Auch erhielt er das Recht, bei widerstrebenden Kommunen zwangsweise die Tarife zu senken. Bis Ende Januar war nach vielen Widerständen eine Senkung der marktfreien Preise um 6½ Prozent erreicht. Mitte Februar mußten die Verhandlungen mit Post und Reichsbahn als ergebnislos abgebrochen werden. Es wurde festgestellt, daß noch nicht ein Fünftel der deutschen Stadtgemeinden ihre Tarife allgemein um 10 Prozent gesenkt hatten, wie es den Versprechungen bei der Lohnsenkung entsprechen mußte. Selbst Berlin hielt an seinem hohen Inflationstarif für elektrischen Strom und Licht fest. Dazu drängten die Handelskammern des Reichs in Eingaben auf beschleunigte Beendigung der Preissenkungsaktion. Die Langsamkeit hierin sei schuld daran, daß die auf weitere Preissenkung wartenden Käufer des Volkes sehr zurückhaltend seien. - Am 31. März 1932 trat

Gördeler zurück. Das Ergebnis seiner Tätigkeit entsprach nicht den Erwartungen, es enttäuschte weite Volkskreise durch seine Halbheit. Es war der Erfolg der demokratischen Zuchtlosigkeit, die seit mehr als einem Jahrzehnt das deutsche Volk erfüllte und die durch entschlossene Diktatur zu bannen Brüning nicht den Mut hatte.

Die Notverordnung war nicht mehr in der Lage, den elementaren Zerfall der deutschen Wirtschaft aufzuhalten. Und das war doch ihr Zweck. Die Reichsbank hatte in den ersten acht Wochen des Jahres 1932 Woche für Woche 15-20 Millionen Abgang an Devisen. Die Golddecke betrug nur noch 400 Millionen oder 20 Prozent. Das war ein besorgniserregender Zustand. Hand in Hand hiermit gingen weitere Betriebsstillegungen. Im Januar wurden im Reichsgebiet 1500 Einzelbetriebe ganz oder teilweise stillgelegt. Im Ruhrgebiet wurden im ersten Monat 1932: 9000 Mann arbeitslos, im Februar folgten 10 500 weitere. Am 15. Januar war die Zahl von 6 Millionen Arbeitslosen überschritten. Man stellte Statistiken auf: Vom 1. Dezember 1930 bis 30. November 1931 betrug die monatliche Durchschnittsziffer der Erwerbslosen 4,41 Millionen. Mit Familienangehörigen war etwa ein Siebentel des deutschen Volkes arbeitslos. Seine Erhaltung kostete 3 Milliarden. Bereits im Dezember schwoll die Zahl an, und **am 15. Januar war, mit Familienangehörigen, der vierte Teil des gesamten großen deutschen Volkes zu unfreiwilliger Untätigkeit verurteilt!** Wohin sollte das führen? Diesem Malstrom war die Notverordnung nur ein schwacher Damm. Auch den deutschen Städten rückte das Schicksal unerbittlich zu Leibe. So mußten Dortmund und Dresden bereits im Januar 1932 teilweise ihre Zahlungen einstellen, nur in kleinen Raten konnten sie die Gehälter zahlen! Das war eine verzweifelte Geschichte! Dortmund brauchte im Januar sechs Millionen, nahm aber nur die Hälfte davon ein. Im März 1932 geriet die kleine Stadt Kröben im deutschen Osten als erste deutsche Stadt in Konkurs.

Inzwischen ging die Reichsregierung auf dem seit Juli 1931 wider ihren Willen eingeschlagenen staatskapitalistischen Wege weiter. Sie führte jetzt die damals begonnene Bankenreorganisation durch. Allerdings wurde die auf staatskapitalistischen Grundsätzen beruhende Bankennotverordnung vom 20. Februar 1932 nur als vorübergehende Notmaßnahme betrachtet, weil die privaten Großbankiers mit sichtlicher Verstimmung dem Eindringen des Reiches in ihr Gewerbe begegneten. Sie meinten: müsse jetzt ein Teil des Bankenwesens zwangsläufig verstaatlicht werden, so müsse es später auch wieder zwangsläufig entstaatlicht werden. Eine Kreditbank in Regierungshand sei bei dem Wesen des Bankkredits in nicht sozialisierter Wirtschaft ein unlösbarer Widerspruch. Nicht Gesetze könnten das Vertrauen in die Wirtschaft wieder herstellen, sondern Personenauslese.

Die Bankennotverordnung bestimmte im wesentlichen folgendes: Die Reichsregierung sei im Hinblick auf die Wirtschaftskrise ermächtigt, zum Zwecke der Sanierung von Bankunternehmungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere das Reich an Bankunternehmungen zu beteiligen, Sicherheiten zu Lasten des Reiches zu übernehmen, Beträge bis zu insgesamt 250 Millionen Reichsmark zu verausgaben, bis 400 Millionen Reichsmark im Wege des Kredits zu beschaffen. Die Ansichten über diese Bestimmungen waren geteilt. Die *Deutsche Zeitung* meinte, die Sanierung, wie sie gekommen sei, arbeite dem sozialistischen Wunsche vor, nicht aber der nationalen Wirtschaft. Der Vorwärts jubelte, die öffentliche Hand sei nicht nur zum Gläubiger, sondern zum Kapitalträger der Wirtschaft geworden. Von den deutschen Großbanken, der Vereinigten Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, der Danatbank und Dresdner Bank, die jetzt unter Mitbeteiligung des Reiches vereinigt wurden, der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt und der Commerz- und Privatbank, die sich mit dem Barmer Bankverein verband, blieb nur die erste als reines Privatunternehmen, frei vom Einflusse des Reiches, bestehen. Ungeheure Abschreibungen, bis zu 70 Prozent, sollten die Übereinstimmung der Bankvermögen mit dem zusammengeschrumpften Nationalvermögen herstellen. Die Abschreibungen erfolgten vom Aktienkapital, nicht vom Kapital der Einleger. Die unter Ausschluß der Liquidation und mit maßgebender Beteiligung des Reiches verschmolzene Dresdner-Danatbank war nun an die Stelle der größten deutschen Bank gerückt. Sie verfügte über ein Kapital von 220 Millionen (früher 460), während die Deutsche Bank-Diskontogesellschaft nur 144 (früher 285) und die Commerz- und Privatbank 80 (früher 75) Millionen Kapital hatten. Bei der Adca sank das Aktienkapital

**Bankensanierung
und ihre Kritik**

von 51 auf 25 Millionen. Das Reich beteiligte sich mit 175 Millionen an den drei Banken. (Mit Ausnahme der DD-Bank.) Insgesamt kostete die Bankenstützung dem Reiche etwa 700 Millionen. So wurden etwa zwei Drittel des deutschen Kreditwesens staatskapitalistisch umgebaut.

Brüning hatte bei seinen wider Willen getroffenen staatskapitalistischen Maßnahmen in den Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und 20. Februar 1932 einen Teil von Grundsätzen verwirklicht, welche die Nationalsozialisten seit langen Jahren verkündeten. Aber es waren doch nur erst Anfänge. Mit klarer Erkenntnis dieser Dinge schrieben die konservativen *Londoner Times* bereits Anfang Januar 1932:

"Die Politik der Brüningregierung ist schon seit einiger Zeit ein verwässerter Nationalsozialismus. Man wird kaum übertreiben, wenn man Doktor Brüning und seine Kollegen als die ersten praktischen Nationalsozialisten anspricht, und viele Personen in hohen Stellungen werden kaum ableugnen, daß sie im Grunde ihrer Herzen Nationalsozialisten sind. Beide Gruppen, die Politiker und die Theoretiker, sind sich einander wesentlich näher gekommen."

Es war aber alles nur äußerer Schein. Eine innere Verbindung zwischen Brüning und Hitler gab es nicht. -

Allerdings: bei den Deutschnationalen und den Parteien der bürgerlichen Mitte fand das Vorgehen Brünings gegen die Banken wenig Sympathie. Man fühlte doch so recht, daß die Zeit einer vergehenden Wirtschaftsepoche vorüber war und daß mit eherner Gesetzmäßigkeit etwas Neues werden wollte, dem sich Brüning, wenn auch wider Willen, fügen mußte. Die Nationalsozialisten wieder waren entrüstet, daß die am Zusammenbruch schuldigen Bankdirektoren nicht verfolgt und bestraft wurden. Die Gewerkschaften waren auch sehr ungehalten über diese staatskapitalistische Bankensanierung. Sie verlangten hundertprozentige Sozialisierung, völlige Ausschaltung der Privatunternehmer. Es sei nicht möglich, Steuergelder der Allgemeinheit einzelnen Leuten zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung dafür sei jedenfalls Inanspruchnahme der Vermögen der verkrachten Bankfürsten bis auf den letzten Pfennig. Aber der Vorgang hatte doch alte, seit langem schlummern- de Sozialisierungswünsche geweckt. Der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Imbusch, erhob sofort und nachdrücklich die Forderung, den Bergbau zu verstaatlichen. Die lahme Sozialdemokratie stürzte sich unverzüglich auf diesen Gedanken und brachte im Reichstag einen Gesetzentwurf ein über Verstaatlichung der Bergindustrie. Diese sollte gegen Entschädigung in Reichsbesitz überführt werden. Am 25. Februar nahm der Reichstag diesen Antrag an und überwies ihn dem wirtschaftspolitischen Ausschuß. Nicht so glücklich waren die Marxisten mit einem andern Antrag, der, unter Hinweis auf die katastrophale Finanzlage des Reiches und der Länder, eine Ent-eignung und Einstellung der Rentenzahlung an die ehemaligen Fürstenhäuser forderte. Minister Groener lehnte diese Bestrebungen ab, da sie in der Verfassung nicht begründet seien, ja in Widerspruch zu ihr stünden. -

In drakonischer Weise begann jetzt auch der Freistaat Preußen zu sparen. Er hatte eine halbe Milliarde Defizit und beschloß, seine Ausgaben um ein Drittel zu senken. Eine rigorose Sparpolitik, die im Laufe der nächsten Monate durchgeführt wurde, entwickelte die **preußische Notverordnung vom 22. Dezember**, die sich auf die dritte Notverordnung der Reichsregierung vom Oktober stützte. Preußen dekretierte da zunächst Vereinfachung der Behördenorganisation: 60 Amtsgerichte, 40 Kreisverwaltungen, 40 Oberförstereien, 9 von den 15 pädagogischen Akademien sollten aufgelöst werden. 4 Bergreviere verschwanden. Finanzämter wurden zusammengelegt. Die Landeskulturämter und das Oberlandeskulturamt wurden beseitigt. Die Hochschule für Leibesübungen wurde aufgelöst, desgleichen 50 Schulaufsichtskreise. Der Gestütsverwaltung wurde der Zuschuß gekürzt. Die Personalkosten wurden durch Abbau von Stellen und Gehälter verringert, die Altersgrenze ward von 65 auf 62 Jahre herabgesetzt.

Auch diese außerordentlich tief einschneidenden Maßnahmen waren ihrem innersten Wesen nach durchaus revolutionär. Sie widersprachen ganz und gar den Prinzipien von 1919. **So brach sozialdemokratische Theorie vor der ehernen Stirn einer erbarmungslosen Not zusammen.** In ge-

waltigem Kreißen verlangte ein neuer Geist nach Gestalt und Wirken, jener Geist, der von unten her durch den Nationalismus, von oben her durch harte Not den Trägern der Staatsmacht zusetzte. **Das deutsche Volk befand sich inmitten einer großen Zeitenwende. Die Zeit des Genießens und Raffens, der Futterkrippenwirtschaft war vorbei, die schwere Zeit der Opfer und Entsagung war angebrochen durch höhere Gewalt. -**



9. Kapitel: Abrüstungsstreit. Wahlkämpfe in Deutschland.

Zwei Ereignisse standen drohend über dem Schicksal Deutschlands und warfen ihre Schatten schon auf die Katastrophe des Jahres 1931, die von der Not der Tribute, der Kredite und der inneren Spannungen erfüllt war. Es war dies die Abrüstungskonferenz, welche im Frühjahr 1932 beginnen sollte, und es waren dies ferner die bevorstehenden Wahlen zur Reichspräsidentschaft und zu mehreren deutschen Landesversammlungen, insbesondere zum Preußischen Landtag.

Mit zunehmender Gewalt drängten die deutschen Dinge zu jenen Ereignissen hin. Der Strom der deutschen Geschichte, breit und in Gegensätzen dahinfließend, vereinigte sich zu vermehrter Kraft auf diese beiden Ereignisse, wie ein großer Strom, der in den Lauf eines künstlichen Kanals gezwängt wird.

Der Reichskanzler Brüning regierte nicht mehr **mit** den großen Parteien Deutschlands, wie das vor ihm der Fall war, sondern er regierte **gegen** sie. Darin lag die Schwäche, die verwundbare Stelle des demokratischen Gedankens, und dies wußte Brüning. Deshalb forderte er das Primat der Außenpolitik vor der Innenpolitik, um die inneren Spannungen durch Ablenkung nach außen zu mildern. In der Tat war Brüning standhaft in der Verweigerung der Tribute. Er hatte dabei die Unterstützung Englands und Italiens und geriet dadurch in schroffen Gegensatz zu Frankreich. Dennoch versuchte er, mit Frankreich eine Art wirtschaftliche Schicksalsverbundenheit zu erreichen, wie es Stresemann, Mahraun, Rechberg und andere Politiker der Mitte sowie überhaupt das Zentrum und die Sozialdemokratie erstrebten. Das war ein zwiespältiges Ziel, ein durch unvereinbare Gegensätze unmögliches Kompromiß. Denn es war nicht möglich, wenn man die Tribute verweigerte, mit Frankreich in eine freundschaftliche Verbindung zu kommen. Sodann aber wurde Brünings innenpolitisches Bemühen, sich im Gleichgewicht gegen sämtliche Parteien, auch die nationale Opposition, zu behaupten, im Auslande mit Mißtrauen verfolgt. In England und Amerika wünschte man es lieber, Brüning würde auch die Nationalsozialisten an seiner Regierung und Politik beteiligen. In der breiteren Grundlage sah man eine größere Gewähr für Beständigkeit.

Bereits im Frühjahr 1931 zeigte sich deutlich der **europäische Gegensatz, der in der Abrüstungsfrage bestand**. Die deutsche Reichsregierung machte den Vorschlag, durch einen Fragebogen die uneingeschränkte Offenlegung der gesamten Rüstungsziffern aller Staaten herbeizuführen. Damit allerdings war Frankreich nicht einverstanden, und der Völkerbundsrat, der am 22. Mai Genf als Tagungsort und den englischen Außenminister Henderson als Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz bestimmte, lehnte den deutschen Vorschlag ab. Selbst England fügte sich dem französischen Willen.

Abrüstungsansichten und Gegensätze im Völkerbund

Das ganze Abrüstungsproblem, das jetzt in Fluß kam, gründete sich auf eine doppelte These. Am Anfang des fünften Teiles des **Versailler Vertrages** stand der Satz:

"Um den Anfang einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland zur genauen Befolgung nachstehender Bestimmungen über die Land-, See- und Luftstreitkräfte".

Hieraus ergab sich zwar die zwangsmäßige Abrüstung Deutschlands, aber **zugleich die Abrüstungspflicht der anderen**, die dann ausdrücklich im achten Artikel der Völkerbundsakte ausgesprochen wurde:

"Die Mitglieder des Bundes erkennen an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig

macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist. Der Rat bereitet unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Umstände jedes Staates die Pläne für diese Abrüstung zum Zweck einer Prüfung und Entscheidung durch die verschiedenen Regierungen vor."

Die nationale Sicherheit und geographische Lage - das waren nun die beiden Gründe, aus denen **Frankreich** das Recht ableitete, **jede Abrüstung für sich zu verweigern**, wie dies der Konventionsentwurf von 1930 auch tat. Andererseits gründeten die Deutschen gerade hierauf ihre Forderung nach Ablehnung des Konventionsentwurfes und nach Abrüstung der andern, sie verlangten unbedingte **Gleichberechtigung** mit den andern Völkern in der Rüstungsfrage. Generaloberst von Seeckt, der Schöpfer und ehemalige Führer der Reichswehr, sagte Anfang Mai 1931: es komme nur zweierlei in Frage: entweder rüsten die andern ab, oder Deutschland rüstet wieder auf, man könne dabei an eine Verbindung des Berufssoldatentums mit allgemeiner Wehrpflicht, etwa in Form der Miliz, denken. Diese These stand im entschiedenen Gegensatz zum Konventionsentwurf.

Die Franzosen waren von dieser deutschen Entschlossenheit wenig erbaut. Die Mehrheit des französischen Volkes war nicht geneigt, sich von seinen vergötterten Soldaten zu trennen, war aber ebensowenig geneigt, den Deutschen das gleiche Recht auf ein Heer einzuräumen. In Paris erwog man bereits im Mai 1931, eine Verschiebung der Genfer Konferenz zu beantragen. Und zudem griffen die französischen Machthaber in ihrer Bedrängnis zu sehr unanständigen Mitteln. Da es in Deutschland Lumpen genug gab, überzogen sie das Reich mit einem großen Spionagenetz. **Die französischen Spione**, die man in Köln, Königsberg, Wesel, Jülich, ja sogar auf der Kriegsflotte entdeckte, entstammten sozialdemokratischen und kommunistischen Kreisen und **lieferten eifrig Berichte über angebliche deutsche Geheimrüstungen nach Paris**. Auf die Berichte dieser Spione und die Äußerungen der kommunistischen Reichstagsabgeordneten stützte sich der ehemalige französische Militärattaché in Berlin, General Tournes, bei seinen Enthüllungen. Er fand es sonderbar, daß man in Deutschland so wenig Auskunft über die Verhältnisse in der Reichswehr erhalte. Die Verhandlungen darüber seien nicht öffentlich, aber der Reichswehretat von 800 Millionen sei verdächtig hoch.

Auch häuften sich in diesen Monaten die **Grenzverletzungen durch französische und polnische Flieger**. Über den Gebieten des Rheins und Mains erschienen französische Militärflugzeuge, eins mußte sogar in der Pfalz landen, ja, über den deutschen Nordseeinseln zeigten sich französische Marineflugzeuge mehrmals, einmal ein ganzer Schwarm. Tschechische Militärflieger kamen über das Erzgebirge und polnische überflogen Ostpreußen und die Grenzmark. Wie man denn auch beim Stahlhelmtag in Breslau Anfang Juni polnische und tschechische Spione verhaftete.

Die öffentliche Meinung **Frankreichs** forderte es, daß Frankreich bis an die Zähne bewaffnet blieb. In diesen Tagen verteidigte Briand seine Politik vor der Öffentlichkeit: er sei immer bemüht gewesen, "die Lücken des Versailler Vertrages auszufüllen und seine Garantien zu vermehren". Anfang Juli bewilligte der Senat 2 ½ Milliarden zum Ausbau der Festungen, der Luftflotte und der U-Bootflotte, "aus Liebe zum Frieden".

Anderer Ansicht war man in **England**. Lord Cecil, der Vertreter Englands im Völkerbund, meinte Ende April, man könne es Deutschland nicht verübeln, wenn es nach Fehlschlagen der Genfer Konferenz aus dem Völkerbund austrete. Die internationalen Rüstungen müßten zunächst um ein Viertel vermindert werden, das sei nur der erste Schritt. Die Sicherheitsfrage sei durch ein halb Dutzend Verträge bereits hinreichend berücksichtigt. Henderson forderte entschlossene Abrüstung, um die Genfer Konferenz vor einem Fehlschlag zu bewahren. Das war wohl auch der Punkt, in dem zwischen Macdonald und Brüning bei den Verhandlungen zu Chequers Einmütigkeit erzielt wurde. Ende Juni waren sich im Unterhaus Konservative, Liberale und Arbeiterparteiliche einig, daß alle Rüstungen durch internationale Vereinbarungen herabzusetzen seien.

In **Amerika** forderten weite Kreise **die Abrüstung der Welt**. In dem hohen Stande der Rüstungen erblickten sie dauernde Gefahren für die Weltwirtschaft. Hoover sah eine Hauptursache für den

Niedergang der Weltwirtschaft in dem allgemeinen Wetttrüsten. Darum forderte er progressive Herabsetzung und trug sich mit dem Gedanken, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Er glaubte, eine allgemeine Herabsetzung aller Rüstungen auf zwei Drittel der Vorkriegsstärke vorschlagen zu müssen. Stimson, der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, weilte Ende Juni in Europa und verbreitete Hoovers Absichten. Ihr besonderes Kennzeichen war **die Verquickung der Abrüstungsangelegenheit mit der allgemeinen Neuregelung der Schulden**: erst Abrüstung, dann Schuldenrevision. Das war ja auch Senator Borahs These, der da außerdem erklärte, daß **die schweren Rüstungen der andern Nationen eine Verletzung des Versailler Vertrages darstellten**. Hoover, Stimson und Borah waren auch entschieden gegen jede Verschiebung der Abrüstungskonferenz und wünschten eine Beteiligung Amerikas daran.

Besonders in **Rom** fand Stimson weitgehendes Verständnis für die amerikanischen Vorschläge. Mussolini befürwortete auch die Verknüpfung des Abrüstungsproblems mit dem Schuldenproblem. Es sei ein wirksamer Beitrag zur Beschränkung der Rüstungen, wenn jeder Staat verzichten würde auf den Betrag, um den die deutschen Reparationen die eignen Kriegsschulden übersteigen. Italien sei bereit, die geringste Rüstungsziffer anzunehmen, auch 10 000 Gewehre für ganz Italien, vorausgesetzt, daß keine andere Nation mehr habe. Stimson, Mussolini und der italienische Außenminister Grandi kamen überein, daß Italien in der Septembertagung des Völkerbundes einen Abrüstungsvorstoß unternehmen solle, zunächst einmal dahingehend, für die Dauer der Abrüstungskonferenz alle weiteren Rüstungen zu unterlassen.

So ward in den geheimen Ministerbesprechungen in Chequers, London, Berlin und Rom durch die Staatsmänner Macdonald, Henderson, Brüning, Stimson, Mussolini und Grandi die **deutsch-englisch-amerikanisch-italienische Weltabrüstungsfront gegen Frankreich** geschaffen.

Aber Frankreich und seine Staatsmänner, Laval, Briand, Tardieu, waren weit entfernt, ihr Spiel verloren zu geben. Ende Juli 1931 reichte die Pariser Regierung dem Völkerbund eine Denkschrift ein, worin noch einmal in aller Schärfe der seit Jahren von Frankreich vertretene Standpunkt dargelegt wurde. Zunächst wurde bemerkt, daß zwischen Teil 5 des Versailler Vertrages und Artikel 8 der Völkerbundssatzung keinerlei Zusammenhänge bestünden. Deutschland habe nicht das Recht, die Abrüstung der andern zu verlangen. Mit dieser kühnen These **verneinte Frankreich das Grundgesetz des Völkerbundes, die Gleichberechtigung aller an ihm beteiligten Nationen**. Außerdem, so argumentierte man weiter, müßte Frankreich selbst genügend gerüstet bleiben, um sich im Falle eines Angriffs solange verteidigen zu können, bis der Völkerbund einschreite. Die "geographische Lage" und die "offenen Grenzen" gestatteten Frankreich nicht, seine Truppenzahl tatsächlich zu verringern. Dreimal im Laufe eines Jahrhunderts hätten feindliche Heere auf französischem Boden gestanden. In der Tat **habe Frankreich doch schon abgerüstet**, indem es die dreijährige Dienstzeit durch die einjährige ersetzt habe. (**Praktisch sah die Abrüstung aber so aus**: 1913 bei dreijähriger Dienstzeit 674 000 Mann, 1931 bei einjähriger Dienstzeit 578 000 Mann. Rüstungsausgaben nach dem Stande der Währung von 1931: 1913 - 9 Milliarden, 1927 - 9,2 Milliarden, 1930 - 15,8 Milliarden, 1931 - 19,7 Milliarden.)

Die französischen Richtlinien für die bevorstehende Abrüstungskonferenz waren also, gemäß der Forderung: erst Sicherheit, dann Abrüstung, folgende:

1. Jeder Staat muß genügend bewaffnet bleiben, um noch vor Zugreifen des Völkerbundes gegen einen unprovzierten Angriff sich schützen zu können.
2. Die Rüstungen dürfen nicht unter die für die nationale Sicherheit notwendige Grenze herabgesetzt werden.
3. Keine Nivellierung oder automatische Gleichstellung der Rüstungen aller Staaten.
4. Schärfste Einhaltung des 5. Teiles des Versailler Vertrages, der für die vier Staaten Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien bestimmte Rüstungsverbote für alle Zukunft festlegte.
5. Alle Beschlüsse der Abrüstungskonferenz müssen auf der uneingeschränkten Anerkennung der

internationalen Verträge aufgebaut sein.

6. Die Abrüstungskonferenz muß ein politisches System der Sicherheit schaffen, in dem sich die Staaten gegenseitig sofortige und wirksame Unterstützung garantieren.

In Genf war man bestürzt. Man empfand die Denkschrift als einen **außerordentlich schroffen Schlag gegen den ganzen Abrüstungsgedanken**. Die Denkschrift war eine verschärfte Auflage des Genfer Protokolls von 1924 und des Abrüstungskonventionsentwurfs von 1930. Wie eine gewaltige Drohung hatte Frankreich sein hartes Nein aufgerichtet, eine Drohung auch für die bevorstehende Londoner Konferenz, um zu verhindern, daß dort über Abrüstung gesprochen wurde. In Amerika ließ man alle Hoffnung sinken. Die Abrüstungskonferenz werde unter diesen Umständen zum Scheitern verurteilt sein. Man empfand die Denkschrift als einen schweren Schlag gegen Hoover Politik. Doch der Präsident wollte nicht von seiner Forderung weichen: erst abrüsten, dann Schuldenrevision. Die englischen *Times* klagten, daß doch nun endlich die Kriegsmentalität zwischen Frankreich und Deutschland verschwinden müsse. **In Deutschland aber forderte man unbeeirrt Gleichberechtigung und Rüstungsgleichheit, und diese Forderung fand in Amerika, England und Italien großen Beifall.**

Frankreich arbeitete inzwischen fieberhaft an der Erweiterung seines Systems der Sicherheitsbündnisse gegen Deutschland. Wie der Krake auf dem Grund des Meeres seine acht schrecklichen Arme um sein unglückliches Opfer schlingt, um es auszusaugen und zu zermalmen, so umspannte Frankreichs vernichtende Sicherheitspolitik das wehrlose Deutschland. An der Donau hatte es seine Hand im Spiele, und nun vor allem arbeitete es in Moskau an einem französisch-russischen Nichtangriffsvertrag und brachte ihn zu einem vorläufigen Abschluß. **Brüssel, Paris, Prag, Warschau, Moskau waren jetzt zu einem großen, konzentrischen "Sicherheitsring" gegen Deutschland zusammengeschlossen.**

Gleichsam als Auftakt zur Herbsttagung des Völkerbundes hielt der ehemalige Ministerpräsident und nachmalige Marineminister Leygues eine hochtönende Rede in Frankreich: die Abrüstungskonferenz sei in der geplanten Form ein Abenteuer und könne so nicht stattfinden. Sie könne nicht den Frieden festigen, und man könne sich glücklich schätzen, wenn sie ihn nicht kompromittiere. Frankreich müsse unbedingt auf dem Boden seiner Denkschrift verharren.

Nichtsdestoweniger eröffnete der italienische Außenminister **Grandi** in der Vollversammlung des Völkerbundes am 8. September 1931 den Vorstoß gegen die französische Auffassung. Im Auftrage der Regierung Mussolinis hielt er eine große Rede, worin er forderte **"unverzüglich einen wirksamen und wahrhaften Stillstand der Rüstungen**, wenigstens während der Dauer der Abrüstungskonferenz". Dies "würde den Völkern ein erstes Beispiel des guten Willens der Regierungen zeigen und würde andererseits für die Abrüstungskonferenz eine ehrliche und vertrauensvolle politische und psychologische Atmosphäre schaffen". Wenn der Völkerbundspakt seine wahre Bedeutung weiter behalten solle, so müßten die sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen, die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten, die Abrüstung und die Sicherheit gewissenhaft eingehalten werden. Der Verzicht auf Gewalt und die Herabsetzung der militärischen Streitkräfte auf ein Mindestmaß seien die dringlichsten Forderungen der Gegenwart. Wenn in den internationalen Beziehungen die Möglichkeit von Gewaltlösungen nicht mehr bestehe, so habe damit auch das Problem der Sicherheit aufgehört zu bestehen. **Es müsse festgestellt werden, daß der Völkerbundspakt den Völkern die Verpflichtung zur Abrüstung auferlege.**

Diese Worte wurden mit **großem Beifall der Versammlung und der Presse der abrüstungsfreundlichen Länder** aufgenommen. **Nur Frankreichs Presse protestierte**; erst Sicherheit, dann Abrüstung!

Am 10. September äußerte sich der Vertreter **Englands**, Lord Robert Cecil, zu dem Problem. Die englische Regierung werde eine Vertagung der Konferenz nicht um einen Tag zulassen. Sie müsse ein Erfolg werden, jeder andre Ausgang sei undenkbar. Wenn auch Cecil infolge der englischen Finanzschwierigkeiten Rücksicht auf Frankreich nehmen mußte, so erklärte er zum ersten Male vor

der Völkerbundsversammlung Englands Überzeugung, daß eine Revision der Friedensverträge nötig sei. Vorsichtig aber ergänzte er: es sei noch nicht die Zeit dazu.

Briand, der hinterher sprach, erwähnte mit keiner Silbe die Abrüstungsforderungen Grandis und Cecils. Dann, am 12. September, kam **Curtius** zu Worte.

"Wenn jetzt endlich die Abrüstungskonferenz zusammentritt", sagte er, "so kann von den Deutschen dort nicht verlangt werden, daß sie sich mit einer Legalisierung der gegenwärtigen Rüstungsverhältnisse abfinden. Es muß **für alle** die gleiche Methode bei der Herabsetzung oder Beschränkung der einzelnen Rüstungsfaktoren gelten."

Das war denn doch zuviel! **Briand und seine Delegation erklärten voll Zorn, durch diese deutsche Rede sei das Schicksal der Abrüstungskonferenz auf das ernsthafteste in Frage gestellt, da eine Überbrückung des deutsch-französischen Gegensatzes in der Abrüstungsfrage nun nicht mehr möglich sei.** Ja, die Rede könne sogar sehr ernstlich auch die deutsch-französischen Annäherungsversuche gefährden. Der *Matin* schrieb: Curtius habe sich wie der Vertreter eines Landes benommen, das die Mittel in Händen habe, seine Politik selbständig festzulegen und das keine seiner Forderungen aufzugeben brauche. Sein Ton sei nicht so, wie ihn ein Reichsminister in der augenblicklichen Lage Deutschlands anwenden dürfe.

Immerhin hatte der italienische Vorstoß, von Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland und der Schweiz unterstützt, einen gewissen Erfolg. Die Völkerbundsversammlung nahm einen, wenn auch stark verwässerten italienischen Antrag an, der ein Rüstungsfeierjahr forderte. Die Völker sollten vom 1. November 1931 bis 31. Oktober 1932 ihre Rüstungen nicht erhöhen. Es war ein **Kompromiß** der direkten mit der indirekten Rüstungsbeschränkung: die See- und Luftstreitkräfte sollten nicht durch Neubauten vermehrt werden, während für die Landheere eine Erhöhung des Heereshaushalts für laufende Etatsjahr ausgeschlossen sein sollte.

Die Gemüter erhitzen sich doch sehr an dieser Frage, und **wie es im Leben des einzelnen zu gehen pflegt, so ist es auch im Leben der Völker und Staaten: derjenige, der ein schlechtes Gewissen hat, schreit am lautesten.** Es war ganz selbstverständlich, daß **der östliche Trabant Frankreichs, die polnische Regierung, im Oktober dem Völkerbund eine Abrüstungsdankschrift einreichte, die in jeder Beziehung dem französischen Memorandum ebenbürtig war.** Nur dann könne Polen die Rüstungen herabsetzen, hieß es darin, wenn gleichzeitig ein neues System der Sicherheit geschaffen werde und die Gewähr geboten würde, daß die in den internationalen Verträgen den besiegten Staaten auferlegten Entwaffnungsbestimmungen nicht verletzt würden. Die polnische Regierung müsse das Gleichgewicht der militärischen Kräfte in Osteuropa fordern und insbesondere die Beseitigung gewisser militärischer Organisationen - gemeint war der Stahlhelm und die S.A. -, die unvereinbar seien mit einem allgemeinen System der Abrüstung.

Der Völkerbund war arg verstimmt über die ungewöhnliche Schärfe, mit der die polnische Regierung Aufrechterhaltung der Versailler Entwaffnungsbestimmungen forderte. Die Aussichten für die Abrüstungskonferenz wurden recht ungünstig beurteilt. Und das war wohl der Grund, weshalb die angelsächsischen Staaten jetzt etwas zurückhaltender wurden. Als Laval in Amerika weilte und mit Hoover verhandelte, war wohl der Senator Borah der einzige, der an dem schroffen, antifranzösischen Standpunkt wegen Versailler Vertrag, Abrüstung und Weichselkorridor festhielt. Bei der Besprechung zwischen Laval und Hoover blieb die französische Abrüstungsthese vorsichtigerweise unberührt. Laval lehnte es rundweg ab, irgendwelche Zugeständnisse in Aussicht zu stellen, nachdem Hoover erklärt hatte, die sehr weitgehenden Sicherheitsforderungen seien unannehmbar für Amerika.

Auch in England hatte man nur noch wenig Vertrauen. Man hätte es doch lieber gesehen, wenn vor dem Beginn der Abrüstungskonferenz zwischen Deutschland und Frankreich eine gewisse Einigung zustande kommen würde. In Regierungskreisen dachte man gar daran, die nahe heranrückende Konferenz doch noch zu vertagen.

Deutschlands Abrüstungsforderungen

So waren nur **Deutschland und Italien die beiden Staaten, die nach wie vor in breitester Öffentlichkeit und mit allem Nachdruck für die Abrüstung eintraten.** Der Besuch Grandis bei Brüning in Berlin,

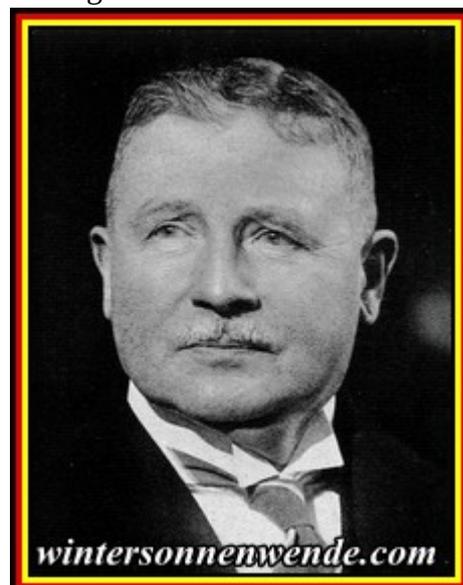
Ende Oktober 1931, war ein äußeres Zeichen für die enge Zusammenarbeit der Länder, die beide unmittelbare Nachbarn Frankreichs waren.

Im Oktober und November veröffentlichte **Mussolini** in amerikanischen und englischen Zeitungen eine Abhandlung, worin er die **Notwendigkeit eines zehnjährigen Abkommens zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa** forderte.

"Die Abrüstungskonferenz, die auf den 2. Februar 1932 anberaumt ist, ist von der denkbar größten Wichtigkeit. Es geht dabei nicht nur um das Dasein des Völkerbundes, sondern um das Schicksal der menschlichen Rasse. Ein tiefgefühlter Wunsch nach Erfolg muß sich hierbei mit einem aufrichtigen und zielbewußten Willen verbinden, auf daß die Abrüstungskonferenz nicht mißlinge: denn **ihr Mißlingen könnte als der Auftakt zur Katastrophe** aufgefaßt werden."

Eindringlicher konnte es nicht gesagt werden. Grandi selbst weilte Mitte November bei Hoover und stellte dessen freundschaftliche Zustimmung in der Abrüstungsfrage fest. Indessen türmten sich doch Ende des Jahres solche Schwierigkeiten auf, daß man auch in Italien hin und wieder zweifelhaft wurde und eine Vertagung der Konferenz befürworten zu müssen glaubte.

Um die gleiche Zeit, da Grandi in Washington weilte, ließ sich der deutsche Reichswehrminister, **General Groener**, von einem amerikanischen Journalisten über seine Ansicht von der Abrüstung befragen. Groener erklärte, **Deutschland habe das Recht auf die gleiche Behandlung wie alle andern Staaten. Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz müsse es also sein, seine nationale Sicherheit dadurch wiederzuerlangen, daß die andern Staaten nach denselben Methoden abrüsten, die sie seinerzeit Deutschland auferlegt hatten. Gleiches Recht müsse für alle gelten.** Den Genfer Konventionsentwurf müsse Deutschland deshalb bekämpfen, weil er die feierliche Verpflichtung zur Abrüstung breche. Der Minister ließ durchblicken, daß Deutschland eine größere Armee fordern werde, wenn die Abrüstungskonferenz scheitere.



Reichswehrminister a. D.

Dr. Wilhelm Groener. Photo Scherl.

Die Mehrheit des deutschen Volkes stand hinter dem General. Von den Nationalsozialisten bis zur Staatspartei war man darin **einig, daß die andern abrüsten müßten, daß der scheinheilige Konventionsentwurf nie und nimmer von Deutschland als Verhandlungsgrundlage anerkannt werden konnte, daß man mit Entschlossenheit den maßlosen, ungerechtfertigten und gewalttätigen Widerständen Frankreichs begegnen mußte.** Es bildete sich ein Arbeitsausschuß deutscher Verbände auf breiter Grundlage, der öffentlich mit gewaltigen Abrüstungskundgebungen auftrat. Ja, der "Stahlhelm" schloß sich mit den Frontsoldatenbünden Österreichs, Ungarns, Bulgariens Mitte Dezember 1931 in Budapest zu einem großen mittelmächtlichen Block zusammen, dessen Aufgabe es war, auch in der Abrüstungsfrage einheitlich vorzugehen mit der Alternative: entweder Abrüstung der andern oder Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht in den europäischen Mittelmächten.

Abrüstungsskandale in Frankreich

Nun hatte sich in den letzten Novembertagen zu Paris bei einer Abrüstungskundgebung ein ungeheurer Skandal ereignet. **Die französischen Sozialisten**, geführt von Léon Blum, standen in der Abrüstungsfrage genau auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie die französische Regierung, d. h. sie **nähernten sich der deutschen Auffassung.** Gemeinsam mit den französischen Pazifisten veranstalteten sie im "Trocadéro" zu Paris eine riesige

Abrüstungskundgebung, zu der auch der deutsche Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Joos, ein ehemaliger Elsässer, als Redner erschienen war. Von 362 Verbänden aus 30 verschiedenen Ländern waren 1043 Vertreter anwesend, und der gewaltige Kuppelsaal war mit annähernd 5000 Personen gefüllt. Schon Herriots kurze Eröffnungsrede wurde minutenlang durch Protest- und "Nieder"-rufe unterbrochen. Der größte Teil der Rede ging im Lärm unter. Als die Friedenskundgebung des Pariser Erzbischofs verlesen wurde, erhob sich neuer, starker Tumult, und Sprechchöre übertönten die Worte. Schon nach einer halben Stunde war eine heftige Prügelei im Gange. Ein alter Herr wurde von jungen Burschen geohrfeigt und zu Boden geschlagen. Die Galeriebesucher lärmten mit Zischen und Hahnengeschrei; die Reden des Deutschen Joos und des italienischen Senators Scialoja gingen im Lärm unter. Der Engländer Lord Cecil wurde mit lautem Beifall begrüßt, aber man war unzufrieden, daß er englisch sprach. Mit großem Beifall wurde auch Painlevé, der Hauptredner Frankreichs, begrüßt. Seine Rede war außerordentlich diplomatisch. Die französische Heeresreform, sagte er, sei der beste Beweis, daß Frankreich für sich wie für die andern Länder eine Herabsetzung der Militärlasten anstrebe und in Übereinstimmung mit dem Versailler Vertrag zu einer allgemeinen Senkung der Rüstungen bereit sei. Doch müsse diese fortschreitende Abrüstung mit den Bedingungen der Sicherheit übereinstimmen und die geographische und politische Lage berücksichtigen. Seit 1919 habe Frankreich sich an jedem Annäherungsversuch der europäischen Völker beteiligt. Wenn diese Versuche keinen vollen Erfolg gehabt hätten, so sei das nicht Frankreichs Schuld. Seit Monaten werde eine Propaganda gegen Frankreich getrieben, durch die man das Land zwingen wolle, ohne internationale Garantien abzurüsten. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz habe die Notwendigkeit von Garantien betont, ohne die der Friede nicht gesichert werden könne. Diese glatte Rede erweckte weder bei den Pazifisten noch bei den Nationalisten Zorn, als dann aber Pichot eine allgemeine, gleichzeitige, kontrollierte Abrüstung und Schaffung einer internationalen Polizeitruppe forderte, ging der Spektakel von neuem los. Im Saale erhob sich Prügelei, die Marseillaise und andere Lieder wurden gesungen, Pfiffe schrillten, eine Verständigung war unmöglich. Die Abrüstungsversammlung war zum Tollhaus geworden.

Die französische Presse fand diese Vorgänge ganz in der Ordnung. Wie kamen der franzosenfeindliche Amerikaner Houghton, der Elsässer Joos und der italienische Militarist Scialoja in Paris dazu, von Frankreich Abrüstung zu fordern?

Ähnliche Vorgänge ereigneten sich kurz vor Weihnachten in Toulouse. Dort fand eine pazifistische Versammlung statt, in der auch eine Deutsche, Frau Frieda Perlen aus Stuttgart, sprach. Eine Gruppe der Action Française sprengte die Versammlung.

Diese Vorgänge zeigten doch, wie sehr die öffentliche Meinung Frankreichs der Abrüstungskonferenz widerstand. Und dieser Umstand ließ die Engländer und Italiener die ganze Hoffnungslosigkeit der Lage erkennen, so daß sie einer Vertagung geneigt waren. Aber hiervon wollte die deutsche Regierung absolut nichts wissen. Schweren Herzens bereitete Henderson mit dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, Ende des Jahres die Konferenz vor, zu der 64 Regierungen eingeladen wurden. Besonders wichtig war die Bestimmung, daß nur die Beschlüsse, die einstimmig gefaßt wurden, gültig sein sollten. Man wollte Frankreich gegenüber jeden Schein des Zwanges vermeiden.

In der zweiten Hälfte des Januar 1932 flammte der deutsch-französische Abrüstungsstreit mit erneuter Heftigkeit auf. Vor der französischen Kammer erklärte Laval, alle Parteien in Frankreich hätten immer wieder betont, daß der Erfolg der Abrüstungskonferenz nur dann gesichert sei, wenn sie in einem engumgrenzten Rahmen stattfinde. Dieser Rahmen müsse sein: Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, Feststellung des Angreifers, gegenseitige Unterstützung bzw. Sicherheit. Es sei falsch, wenn man von Frankreich Schwäche als Nachgiebigkeit erwarte. Die übergroße Mehrheit des französischen Volkes war von dieser Rede begeistert. Als Laval das Parlamentsgebäude verließ, umdrängten ihn Abertausende in hellem Jubel. Laval mußte Polizeischutz in Anspruch nehmen, da er von den Begeisterten allzusehr bedrängt wurde. **In der französischen Presse wurde ein großer Lügenfeldzug über deutsche Gegenrüstungen organisiert. Senator Eccard und**

General Bourgeois fabrizierten die Berichte.

Paul Boncour setzte sich im *Journal* eifrig für das Genfer Protokoll von 1924, für den Konventionsentwurf von 1930 und für das Julimemorandum von 1931 ein:

"Die französische Regierung hat sehr richtig gehandelt, als sie in ihrer Note vom 15. Juli 1931 noch einmal ihrer Überzeugung Ausdruck gab, daß der Erfolg einer ins Gewicht fallenden Herabsetzung der Rüstungen nur dann erzielt werden kann, wenn in einschneidender Umstellung zu der politischen Seite des Problems der Begriff der gemeinsamen Aktion an die Stelle der individuellen Verteidigung und die Idee der internationalen Armee bzw. der Garantie für eine gegenseitige Unterstützung an die Stelle der nationalen Rüstungen tritt. Hierfür muß die französische Delegation in Genf so präzise Vorschläge machen, daß diese unbedingt diskutiert werden müssen und die für den Ablauf der Konferenz notwendige fundamentale Umänderung der politischen Atmosphäre herbeigeführt wird. Frankreich hat das Wort!"

**Deutschlands Forderung
nach Gleichberechtigung**

Doch mannhaft wehrte der deutsche General Groener diese Lügen ab. Er blieb unerbittlich in seinen Forderungen. Der Irrsinn der Friedensverträge habe die Menschheit an den Rand des Abgrundes gebracht. Das deutsche Volk sei nicht länger willens, duldenes Objekt dieser Politik der Unvernunft zu sein. Aus der Not der Vergangenheit, aus dem Leide der Gegenwart erwachse ihm der Wille zur Freiheit, zur Gleichberechtigung und zur Wiedergewinnung seiner nationalen Sicherheit. **Der Völkerbund müsse Deutschlands Gleichberechtigung in der Wehrfrage bringen, oder er zerstöre die Grundlagen, auf denen er ruhe.** Der Kampf in Genf werde schwer werden. Es werde an Lockungen zu schwächlichen Konzessionen nicht fehlen. Um so mehr gelte es, in geschlossener Front, für die unantastbaren Ansprüche Deutschlands einzutreten.

"Wir verlangen Gleichberechtigung! Wir verlangen für alle die gleichen Methoden der Abrüstung und den gleichen Grad der Sicherheit. Zwischen hochgerüsteten Völkern liegen die Nationen, die nach den Bestimmungen der Friedensverträge abgerüstet sind und dadurch jede Sicherheit verloren haben. Dieser Zustand ist es, der die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt. Ich kann mit Freude feststellen, daß Deutschland mit den italienischen Auffassungen über die Abrüstung weitgehend übereinstimmt. Wir danken Italien besonders, daß es den Grundsatz der Gleichberechtigung laut verkündet hat. Ich hoffe, daß **Italien und Deutschland** zu einem erfolgreichen Verlauf der Konferenz zusammenarbeiten können, denn sie **sind sich einig in dem Gedanken, daß eine wirkliche und radikale Abrüstung notwendig ist.**"

Doch von Paris tönte Lavals hartes Echo: **Nein! Frankreich bleibe bei seiner bisherigen Haltung in der Abrüstungsfrage.** Am Vorabend der Konferenz wurde in Paris das Programm entworfen: Der politische Ausschuß oder ein Sonderausschuß der Abrüstungskonferenz solle ein neues allgemeines Sicherheitsprogramm auf der Grundlage des 1924 gescheiterten Genfer Protokolls als Voraussetzung für die Annahme der Rüstungsherabsetzung durch Frankreich ausarbeiten. Die Hauptaussprache solle Ende März auf einen Monat bis nach den deutschen und französischen Parlamentswahlen vertagt werden. Nach der Pause sollen dann die drei großen Ausschüsse für Land-, See- und Luftabrüstung mit ihren Arbeiten beginnen.

Am gleichen Vorabend der Konferenz hielt **William Templer, Erzbischof von York und Zweiter Geistlicher des englischen Königreiches, in Genf von der Kanzel herab eine große politische Predigt:** Henderson, Lord Cecil und zahlreiche Mitglieder einzelner Abordnungen befanden sich in der Kirche. Der Erzbischof verlas die berühmte Mantelnote der alliierten Mächte auf die Versailler Konferenz von 1919, **wies auf die bindende Verpflichtung zur Abrüstung hin und betonte die Gleichberechtigung Deutschlands.** Er wandte sich scharf gegen die Kriegsschuld Klausel, sie müsse jetzt ausgelöscht werden. **Die Schuld am Kriege treffe nicht eine einzelne Macht, nicht denjenigen Staat, der das Feuer in den Zündstoff geworfen habe, sondern diejenigen, die den**

Zündstoff zusammengetragen hätten. Und zwei Tage später, am 2. Februar, veranstaltete die englische Kirche in der riesigen Albert Hall zu London **eine gewaltige Abrüstungskundgebung.** Der Erzbischof von Canterbury, der nach der englischen Verfassung nächst dem König der oberste Diener des Staates ist, wies auf die Versprechungen hin, die Deutschland in Versailles hinsichtlich der Abrüstung gemacht worden seien. "Die Ehre verpflichtet uns, die heiligen, in Versailles übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, wonach die erzwungene Abrüstung Deutschlands der erste Schritt für eine Abrüstung der ganzen Welt sein sollte." Der Erzbischof von York unterstützte kräftig die Rede des obersten englischen Kirchenfürsten.

Und am gleichen Vorabend der Konferenz stellte Italien den begonnenen Bau der geplanten Befestigungen an der Straße von Bonifat, zwischen Sardinien und Korsika, ein, um vor der Abrüstungskonferenz ein Beispiel von militärischen Verzichten zu geben.

**Beginn der
Weltabrüstungs-
konferenz in Genf**

Am 2. Februar begannen die Abgesandten zur Abrüstungskonferenz in Genf sich zu versammeln. Die Konferenz war zwar vom Völkerbundsrat einberufen, galt aber offiziell nicht als Völkerbundskonferenz. Sie war eine Weltversammlung größten Stiles, wie sie die Geschichte unserer Erde noch nie erlebt hat! Sämtliche Staaten der Welt, an Zahl 64, nahmen teil, darunter die 10 Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes: Amerika, Sowjetrußland, Türkei, Afghanistan, Abessinien, Mexiko, Brasilien, Kostarika, Hedschas und Ekuador. Nur die Zwergstaaten Monaco, Liechtenstein und San Marino waren nicht vertreten.

Es war eine glänzende Versammlung von tausend Menschen, die unter den Völkern der Erde an hohen und höchsten Plätzen standen: 5 Ministerpräsidenten, 24 Außenminister, 28 Generale, 15 Admirale, über 800 Generalstabs- und Admiralstabsoffiziere, Militärattachés, zahlreiche hohe Beamte der Außenministerien waren anwesend. Alle Sprachen der Welt schwirrten durcheinander, wie seinerzeit beim Turmbau zu Babel. Prunkuniformen aller Länder strahlten in der Menge. Es schien, als gebe es keine Feindschaft mehr auf der Welt, da Freund und Feind so einträchtig beieinander saßen.

Und dennoch lastete auf der Versammlung eine dumpfe Atmosphäre voller Spannungen, voll Mißtrauen und voll Pessimismus. Hier wurden Gegensätze zusammengezwungen, die nicht zusammenkommen konnten, es sei denn, daß die Welt zerbrach. Die Abgesandten der Welt rüsteten sich zu einem der elementarsten Kämpfe seit Jahrtausenden, dem **Kampfe zwischen dem Willen zur Macht und dem Willen zum Recht.** Energien prallten aufeinander von urwüchsiger Wucht. Und im Mittelpunkt dieses Weltkampfes stand der Gegensatz Deutschland-Frankreich.

Mit unheimlichem Fanatismus knüpfte Frankreich sein Fangnetz. Gerade in diesen Tagen hatte es ein geheimes Abkommen mit Japan getroffen. Es ließ den Japanern freie Hand im mandschurischen Konflikt gegen China, unterstützte sie mit Geld und Waffen, dafür sollte Japan auf der Konferenz die französische These: erst Sicherheit, dann Abrüstung, vertreten. Das war **ein Schlag gegen Deutschland und England zugleich,** denn England hatte kein Interesse, daß Japan in China stark wurde.

In **Amerika** erhob Senator Borah abermals seine grollende Stimme. Die bisher bekanntgewordenen Vorschläge und Anträge zur Konferenz gingen alle um den Kern herum. Der sei doch, eine wirkliche und für alle Länder gleiche Abrüstung unter internationaler Kontrolle zu schaffen. Ein Fehlschlagen der Konferenz würde eine völlige Abkehr Amerikas von den europäischen Vorgängen zur Folge haben. Senator Johnson machte den Erfolg der Konferenz von zwei Voraussetzungen abhängig: von der ungesäumten Liquidierung des japanischen Vorgehens gegen China und von der Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage.

In **Deutschland** veranstaltete die Studentenschaft, der Stahlhelm große Kundgebungen. Die Kriegervereine des Kyffhäuserbundes hatten vom August 1931 bis Januar 1932 12 Millionen Unterschriften für die Abrüstung gesammelt. Der Stahlhelm, der Kyffhäuserbund, der Reichsoffiziersbund, der deutsche Offiziersbund, der Nationalverband deutscher Offiziere, die Frontkämpfervereinigung Österreichs, Ungarns und Bulgariens sandten Telegramme nach Genf, worin sie verlangten, daß die die Wehrhoheit der Mittelmächte beschränkenden Vertragsbestimmungen

aufgehoben würden.

Am 3. Februar eröffnete der Präsident Henderson, der im Herbst 1931 zurückgetretene englische Außenminister, die Konferenz. Seine Rede hatte er vorher dem Generalsekretär Drummond vorgelegt. Der hatte gegen verschiedene scharfe Formulierungen protestiert, so daß Henderson umfangreiche Stellen streichen mußte. Er wies auf die Abrüstungsverpflichtung hin.

"Gegenwärtig kann es nur eine Gleichheit der Rechte für jede Nation in der von uns gebauten freien Gesellschaft der Völker geben. Es kann nur die Brüderlichkeit aller Völker geben, die in Zukunft nicht mehr Feinde, sondern treue Freunde sein werden. Es kann nur jetzt die Freiheit für jedes Volk geben, sein Leben ohne Furcht vor Ungleichheit, vor Bedrückung oder Krieg leben zu können. Laßt uns die große, uns auferlegte Aufgabe in Angriff nehmen, laßt uns Entscheidungen fällen und die Nationen den ersehnten Höhen entgegenführen."

Daran glaubten zwar nur die wenigsten, und so kam es, daß die Rede Hendersons recht kühl aufgenommen wurde.

Inzwischen hatte **Tardieu**, der bei Konferenzbeginn **französischer Kriegsminister** geworden war, für die Versammlung eine kleine Überraschung vorbereitet. Am 5. Februar überreichte er Henderson eine Note, worüber die Engländer sehr bestürzt waren, denn **die Vorschläge dieser Note gingen weit über den bisherigen französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage hinaus.** Die Deutschen erblickten in der Note einen außerordentlich ernsten französischen Vorstoß.

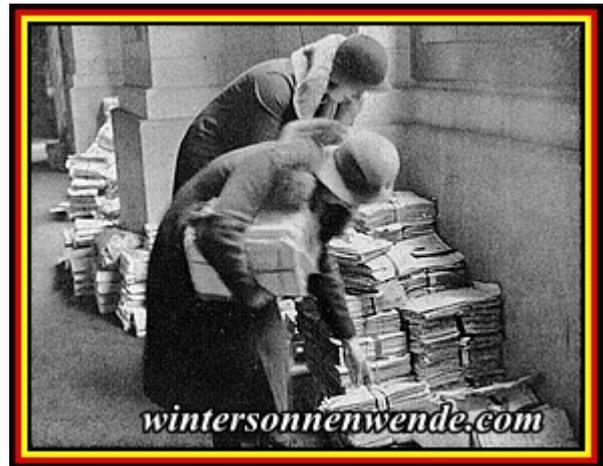
**Erster Vorstoß
Frankreichs
in Genf**

Diese Note war erfüllt von dem rücksichtslosen Militäregoismus Frankreichs und von seinem Bestreben, den Völkerbund für Vorspanndienste zu benutzen. Der erste Teil forderte zunächst **Internationalisierung der Zivilluftfahrt.** So wollte man die Zivilluftfahrt Deutschlands, das keine Kriegsluftfahrzeuge haben durfte, unter eine internationale Kontrolle stellen, daß sie nicht für kriegerische Zwecke verwendet wurde. Ferner sollten **Militärflugzeuge** von mittlerer, noch festzusetzender Tonnage, zur Verfügung nur derjenigen Staaten bleiben, die sich verpflichten, sie dem Völkerbund im Falle eines gemeinsamen Vorgehens zur Verfügung zu stellen. Diejenigen Staaten, die Opfer eines Flugangriffes seien, sollten im Angriffsfalle unverzüglich von ihren Verpflichtungen befreit werden. Im **zweiten Teil** wurde gefordert, daß die schwere Artillerie und Linienschiffe von mehr als 10 000 Tonnen und Geschützen mit mehr als 20,3 Kaliber nur noch im Besitze derjenigen Staaten sein dürften, die gegenüber dem Völkerbund Verpflichtungen aus Artikel 16 übernehmen. Das **kam in erster Linie Frankreich** zugute. Der dritte Teil befürwortete **Schaffung einer internationalen Polizei** zur Verhütung des Krieges sowie Schaffung einer besonderen Streitmacht, die einem angegriffenen Staate unverzüglich zur Hilfe kommen müsse. Die internationale Polizeimacht müsse ständig zur Verfügung des Völkerbundes sein, der auch das Kommando über sie bestimme. Dieser Polizeimacht stehe das freie Durchzugsrecht zu und sie dürfe schon in Krisenzeiten die Gebiete besetzen, in denen ein Konflikt auszubrechen drohe! Der **letzte Teil** befaßte sich mit der Organisation des Friedens. Eine allgemeine Verpflichtung zur Schiedsgerichtsbarkeit, internationale Kontrolle der Rüstungen aller Staaten, unbedingte Aufrechterhaltung der Entwaffnungsbestimmungen über Deutschland und weitgehende gegenseitige Sicherheitsverpflichtungen der Staaten zur Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lage seien notwendig.

Es ließ sich kein listigerer und schlauerer Vorschlag denken, wie Frankreich seine Politik durch den Völkerbund zu sanktionieren versuchte. Was das Genfer Protokoll von 1924, der Konventionentwurf von 1930 und das Julimemorandum von 1931 gefordert hatten, all das kehrte hier wieder, übersteigert in diplomatischer Spitzfindigkeit. In England war man ungehalten. Hoover erklärte den Vorschlag für unannehmbar. Senator Borah bezeichnete ihn als das logische Erzeugnis des Versailler Vertrages und der anderen Friedensverträge, als einen Versuch, Europa in eine Zwangsjacke zu stecken. Der *Popolo d' Italia* höhnte, es sei ein schöner Kohl, womit Frankreich seine Vorherrschaft in Europa befestigen und die Konferenz torpedieren wolle. Der Neuyorker

American bezeichnete den Vorschlag geradezu als eine Beleidigung der Abrüstungskonferenz, als einen jener schlaun Kniffe Tardieus, womit er andere Staaten einzuseifen pflege. Mit solchen Hintergedanken verscherze sich Frankreich das Recht, am Konferenztische zu sitzen.

Die Teilnehmer der Konferenz faßten Tardieus Note als ein Ultimatum auf, sich Frankreichs Sicherheitsforderungen zu fügen oder die Konferenz zusammenbrechen zu lassen. Aber sie waren nicht willens, die Angelegenheit nach Frankreichs Wunsch als Sache des Völkerbundes zu behandeln, waren doch sehr maßgebende Staaten beteiligt, die keine Mitglieder des Völkerbundes waren.



Dicke Bündel von Petitionen der Internationalen Frauenverbände auf der Abrüstungskonferenz in Genf 1932. [Photo Scherl?]

Schon am gleichen Tage, da die Note überreicht wurde, **erhob sich gegen sie in den Kundgebungen der großen internationalen Organisationen vor der Konferenz der schärfste Widerspruch.** Die internationalen Frauenverbände, kirchliche Organisationen, Studentenverbände kamen zu Worte. Als Vorsitzender der Arbeiterinternationale sprach **Van-dervelde, der ehemalige belgische Ministerpräsident.** Er stimmte mit den Deutschen überein, daß die Heeresbestände sofort großzügig herabgesetzt werden müßten. Das System der Abrüstung könne nur auf der Gleichheit der Rechte und Pflichten begründet werden. Der internationale Sozialismus verlange die Beseitigung des Unterschiedes zwischen Siegern und Besiegten, die Zwangsabrüstung der Mittelmächte müßte beibehalten werden, aber die andern müßten auch abrüsten. Vanderveldes Rede war vorher von Drummond zensiert worden. Und schließlich sprach **Lord Robert Cecil** als Präsident des Weltverbandes der Völkerbundsligen. Auch er verlangte völlige Gleichberechtigung und Beseitigung der Unterschiede, er schlug eine Herabsetzung der Rüstungsausgaben um ein Viertel, völlige Abschaffung der Tauchboote, der Bombengeschwader, der Tanks, des Gaskampfmittels und der schweren Artillerie vor.

Die Aussprache der Ländervertreter wurde am 8. Februar durch den **englischen Außenminister Simon** eröffnet. Er sagte im wesentlichen das, was Cecil bereits gesagt hatte, insbesondere forderte er Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Abschaffung der zermalmenden technischen Kriegsmittel, eingehende Erwägungen über die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht. Dann machte er eine höfliche Verbeugung vor Tardieu und versicherte, man müsse die französischen Vorschläge gründlich und ernsthaft, mit der größten Sympathie prüfen. Nach ihm bestieg **Tardieu** die Rednertribüne. Hart und schroff schleuderte er der Versammlung seine Worte ins Gesicht. Die Konferenz sei nicht beauftragt, die Karte der Welt zu ändern, einen neuen Friedensvertrag auszuarbeiten oder Probleme zu lösen, die mit dem Völkerbund gar nichts zu tun hätten. Sie habe die Aufgabe, die Rüstungen herabzusetzen und zu beschränken nach vier Gesichtspunkten: Sicherheit, Prüfung gemeinsamer Verpflichtungen, geographische Lage und besondere Bedingungen. Es sei zweifelhaft, ob die jetzige Generation Zeit haben werde, diese Aufgabe zu lösen. **Nichts anderes wollte Tardieu als neue Sicherheitsgarantien im Rahmen des Versailler Vertrages zur endgültigen Stabilisierung des in Versailles geschaffenen Zustandes.**

**Reden
Englands**

Nach ihm sprach am 9. Februar **der Amerikaner Gibson, der neun Forderungen zur Abrüstung** aufstellte, von denen die bemerkenswertesten diese waren: Behandlung der Abrüstungsfrage auf der Grundlage des Konventionsentwurfes, völlige Abschaffung der Tauchboote, Schutz der Zivilbevölkerung gegen Waffenangriffe, vollständige Abschaffung des Gas- und chemischen Krieges, besondere Beschränkungen für Tanks, schwere Geschütze und alle Offensivwaffen, Herabsetzung des aktiven Rüstungsstandes der Länder auf eine Grundlage, die mit der nationalen Verteidigung vereinbar sei. Diese Vorschläge waren zunächst ein vorsichtiges Tasten und

**Reden
Amerikas**

Fühlen nach dem, was in der Grenze des Erreichbaren liegen konnte.

Und nun kam **Brüning**, voll Spannung erwartet, mit großem Beifall empfangen. Seine lange Rede war maßvoll, ruhig, fast akademisch abgeklärt. Vorschläge machte er nicht, aber er kündigte an, daß die deutsche Regierung demnächst welche übergeben werde. Er schloß:

**Reden
Deutschlands**

"Ich erkläre hiermit, daß Deutschland als vollberechtigtes und vollverpflichtetes Mitglied des Völkerbundes vor dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unmißverständlicher Art, wie sie im Völkerbundspakt für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist, eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft. Deutschland wird im Geiste weitgehender Solidarität und Verständigungsbereitschaft, aber auch unbeirrter Energie, diesem Ziele zustreben. Es bietet allen Völkern, die auf dieser hohen Versammlung vertreten sind, ehrlich seine Hand zur gemeinsamen Arbeit an diesem gemeinsamen Werke."

Langer Beifall folgte den Worten des Kanzlers. In Deutschland, England und Amerika war man erstaunt über Brünings maßvolle Ruhe, und die Franzosen waren befriedigt.

**Reden
Japans**

Am nächsten Tage entwickelte der **japanische Botschafter Mazudeira** seine Ansichten. Er ging von der "etwas getrübbten" Lage in Ostasien aus, vertrat dann aber mit lächelnder Miene **unverhohlen den französischen Standpunkt**: erst nationale Sicherheit, die von geographischen, politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängt. Er verlangte Abschaffung der Bombenflugzeuge und des Gaskrieges. Doch solange noch Ursachen von Unruhen und Erregungen bestünden, wäre eine völlige Abrüstung undenkbar. Die Ansichten der Versammlung waren geteilt.

**Reden
Italiens**

Jetzt aber nahm **Grandi** mit großer Schärfe den Kampf gegen die französische Sicherheits- und Gewaltpolitik auf, die eine große Gefahr für die Zukunft sei. Wenn man weiter wie bisher eine Politik der Rüstungen, der nackten Ichsucht und des Unverständnisses gegenüber den wahren Strömungen Epoche zeige, so müsse der Friede zusammenbrechen. Gleichheit des Rechts für alle Staaten und Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß seien unbedingt nötig. Der Italiener legte dann ein **praktisches Programm** vor: Abschaffung der großen Kampfschiffe, der Tauchboote und der Flugzeugmutter-schiffe, sowie der schweren Artillerie, der Tanks, der Bombenflugzeuge, der chemischen Kriegswaffen und Schutz der Zivilbevölkerung. Ein Teil der Versammelten veranstaltete stürmische Kundgebungen für Grandi und beglückwünschte ihn zu seiner mutigen und klaren Rede.

**Reden
Polens**

Doch nun begann der **polnische Außenminister Zaleski** zu sprechen von **den deutschen Angriffsabsichten auf das bedrohte friedliebende Polen**. Mit begeisterten Worten und dem Ausdruck größter Befriedigung **befürwortete er die französischen Vorschläge**. Er wies dann auch darauf hin, daß vor allem auch die "privaten" militärischen Verbände - er meinte den "Stahlhelm" und die S.A. - verschwinden müßten. - Zaleski war der Vertreter eines Staates, dessen Industrie wie die französische und übrigens auch die amerikanische stark mit Kriegslieferungen an Japan beschäftigt war.

**Reden
Rußlands**

Der **Sowjetrusse Litwinow** forderte die Sicherheit gegen den Krieg und die sofortige vollständige allgemeine Abrüstung und Abschaffung aller Rüstungskategorien als Mittel zur Beseitigung künftiger Kriege. Die bisherigen Sicherheitsverhandlungen des Völkerbundes hätten nur zur Verschärfung der internationalen Lage geführt. Im fernen Osten drohe ein neuer Weltkrieg. **Sicherheit gegen den Krieg werde nur erreicht durch Abschaffung sämtlicher Rüstungen**. Die französischen Vorschläge seien nichts anderes als das bekannte Genfer Protokoll. Eine Sicherheit, daß die internationale Völkerbundsarmee wirklich im Interesse der Gerechtigkeit und des Friedens eingesetzt würde, gebe es nicht. Die Moskauer Regierung verlange völlige Gleichberechtigung für alle Staaten.

Der **österreichische Gesandte** begründete seine Abrüstungsforderung mit der Erklärung Hoovers, daß der Erfolg der Abrüstungskonferenz der entscheidende Schritt für den Wiederaufbau der Welt sein werde.

**Reden
Österreichs**

"Wollen Sie von uns hier verlangen, daß wir durch einen frei einzugehenden Vertrag trotz des seinerzeit uns feierlich gegebenen Versprechens und trotz der bestehenden Gleichberechtigung aller Mitgliedstaaten des Völkerbundes alle Ungleichheit an Recht und Sicherheit aufrecht erhalten sollen, die Sie für sich selbst ablehnen würden? In dem ersten Abkommen über die Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen, das von Österreich als vollkommen gleichberechtigten Partner unterzeichnet war, können wir den ersten Schritt zur Herstellung des organisierten Friedens in einer neuen Welt erblicken. Diesen ersten Schritt treten wir hier an!"

Bei den weiteren Regierungserklärungen zeigte sich die **Tschechoslowakei** als Frankreichs treuer Vasall, während **Dänemark** den deutsch-italienischen Standpunkt vertrat und **Spanien** sich der Auffassung der angelsächsischen Mächte näherte. -

Diese zweiundeinehalbe Woche dauernde Aussprache war der Auftakt der großen Abrüstungskonferenz. **Drei Fronten** standen hier gerüstet: Deutschland, Italien, Rußland, Österreich, Bulgarien, Ungarn, gefolgt von einer Schar Neutraler, war die eine. Frankreich, Japan, Polen, Tschechoslowakei und andere Trabanten war die zweite. Die dritte, mehr vermittelnd, stellten die angelsächsischen Großmächte, gefolgt von Spanien, dar, wobei sich allerdings schon ein Hinneigen Englands zu Frankreich erkennen ließ. Immerhin ging das, was die Mehrheit der Staaten forderte, weit über den Konventionsentwurf von 1930 hinaus.

Jedoch Deutschlands Lage war nicht besonders günstig. Die Reichsregierung hatte den "psychologischen Augenblick" verpaßt. Statt daß Brüning der Versammlung, die darauf wartete, die konkreten deutschen Abrüstungsvorschläge unterbreite, geschah dies erst über eine Woche später. Am 18. Februar überreichte der deutsche Führer der Abrüstungsdelegation, Botschafter Nadolny, die deutschen Vorschläge.

**Deutsche
Vorschläge**

Die deutschen Vorschläge gingen von der Tatsache aus, daß Deutschland bereits entwaffnet sei und daß die deutsche Entwaffnung als richtunggebend für die Abrüstung sämtlicher Mitglieder des Völkerbundes angesehen werden müsse, umso mehr, als der Völkerbund nur aus gleichberechtigten Mitgliedern bestehen könne. Darum könne künftig auch nur ein für alle Staaten in gleicher Weise geltendes Abrüstungssystem bestehen. **Im einzelnen:** prinzipielles Verbot der allgemeinen Wehrpflicht, Ausschaltung der militärischen Verbände der Polizei, Gendarmerie und ähnlicher Formationen, Verbot der schweren Geschütze außerhalb der Festungen, Verbot jeglicher Kampfwagen, Verbot der Anlage und Unterhaltung von Festungen in der Nähe der Landesgrenzen; bei den Seestreitkräften Höchsttonnage 10 000 t, Höchstkaliber 28, völliges Verbot für Flugzeugmutterschiffe und Tauchboote, freiwilliger Dienst; ferner vollständiges Verbot der Luftstreitkräfte und des Gaskrieges. Der deutsche Vorschlag sah den angelsächsischen Plan der Rüstungseinschränkung durch Herabsetzung der Wehrhaushalte als nicht erschöpfend genug an und forderte an Stelle dieser indirekten die direkte Beschränkung der Rüstungen. Allerdings litt er unter dem Mangel, daß er die ganze Abrüstung in Beziehung zum Völkerbunde setzte, während es doch keine Völkerbunds-, sondern Weltkonferenz für Abrüstung war.

Als Nadolny die deutschen Vorschläge in französischer Sprache vor die Vollversammlung brachte, war kaum die Hälfte der Delegierten anwesend. Das Interesse war erheblich erlahmt, zahlreiche Delegierte waren bereits abgereist. Nadolny erntete nur einen außerordentlich dünnen Beifall. Allerdings stellte man fest, daß die deutschen Vorschläge sachliche Schärfe mit maßvoller Form verbanden. Die Konferenz hatte nun neben dem Konventionsentwurf und den französischen, amerikanischen, italienischen, russischen Vorschlägen auch noch den deutschen Vorschlag zu behandeln.

Italiener und Engländer waren einverstanden, bis auf die Abschaffung der allgemeinen Wehr-

pflicht und der Grenzfestungen. **Paul Boncour, der Führer der Franzosen, erklärte, die Vorschläge seien völlig unannehmbar für Frankreich**, besonders, da die deutsche Regierung den von England und Amerika bereits grundsätzlich angenommenen Konventionsentwurf des Völkerbundes als Verhandlungsgrundlage ablehne. Frankreich, Belgien, Polen, Finnland und die kleine Entente beschlossen als Gegenvorstoß einen gemeinsamen Antrag einzubringen, der im schroffen Gegensatz zu Deutschland als Hauptpunkt Überwachung der Herabsetzung der Heeresausgaben für alle Staaten fordern sollte.

**Ausschüsse
und Vertagung**

Es erging der Abrüstungskonferenz wie allen Konferenzen: als die anfängliche Begeisterung verrauscht war, begann die Arbeit in die geheimnisvollen Tiefen der einzelnen Unterausschüsse zu versinken. Die Vollversammlung hatte solche Ausschüsse für Land-, See-, Luft-streitkräfte und Haushaltsfragen beschlossen. Tardieu beantragte dann plötzlich Ende Februar, daß man den Konventionsentwurf, der doch von der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz angenommen sei, bei den Beratungen zugrunde legen müsse und darum noch einen politischen Ausschuß einsetze, der die gesamten politischen Sicherheitsfragen behandeln sollte. Da erhob sich der starke Widerstand Deutschlands, Italiens, der Vereinigten Staaten, der Türkei und Hollands. Der Engländer Simon verhielt sich neutral. Nach heftigen Angriffen Tardieus, der von Rumänien und Südslawien unterstützt wurde, zog der Deutsche Nadolny, von Simon überredet, seinen Widerspruch zurück und - stimmte zu! Nun folgten auch Amerika, Italien, Holland und die Türkei.

Die deutsche Delegation hatte sich also bereit erklärt, den Konventionsentwurf als Rahmen für die Besprechungen zuzulassen. Sie fügte sich der Mehrheit der Konferenz, die beschloß, die Abrüstungsvorschläge aller Delegationen mit dem Konventionsentwurf zusammen zu besprechen. Das war ein **Zurückweichen. Monatlang hatte die deutsche Regierung den Konventionsentwurf aufs schärfste bekämpft, weil er Deutschlands Gleichberechtigung nicht anerkannte und Frankreichs Sicherheit in den Vordergrund stellte, und jetzt plötzlich stimmte man der Einsetzung eines politischen Ausschusses, wie ihn Tardieu aus dem Konventionsentwurf herforderte, zu.**

An diesem 25. Februar 1932 war in Genf eine schwere Entscheidung gegen Deutschland, zu Frankreichs Gunsten, gefallen. **Jetzt hatte Frankreich freie Bahn, als Vorbedingung für alle Abrüstungsforderungen politische Sicherheitsbürgschaften zu verlangen, die natürlich darauf hinzielten, den in Versailles geschaffenen Zustand nicht anzutasten.** Tardieu war zufrieden. Er hatte mit größerem deutschen Widerstand gerechnet. Monatlang hatte die Welt in Ängsten geschwebt, was da werden sollte, wenn Deutschland fest auf seinem Standpunkte verharrte. Deutschland selbst löste das Problem, indem es großmütig wieder einmal seinen "guten Willen" bewies. Damit versöhnte Deutschland die angelsächsische und französische Gruppe miteinander, aber nicht die deutsche mit den andern. Der Pariser *Populaire* schrieb: **"In wenigen Stunden hat die Konferenz sich selbst verurteilt. Der Abrüstungsgedanke ist fallen gelassen worden."** Der Reichskanzler Brüning hatte den großen, hoffnungsvollen Kampf für Deutschland verloren, ehe er in sein entscheidendes Stadium trat. **Das System der demokratischen Kompromisse hatte wieder einmal einen Triumph der Selbstverneinung gefeiert! -**

In den Einzelausschüssen gingen nun die Arbeiten der Konferenz mit der üblichen Verschleppungsmethode langsam weiter. Am energischsten drang noch der amerikanische Botschafter auf endliche Herbeiführung positiver Ergebnisse. Am 18. März vertagte sich die Konferenz bis zum 11. April. Der erste, siebenwöchige Abschnitt hatte keine praktischen Ergebnisse gebracht, sondern nur eine Stellung der Mächte zu den Abrüstungsfragen und den grundsätzlichen Fragen. Gibson verlangte noch, daß die Konferenz sogleich am 11. April beginnen sollte, ohne weitere Unterbrechung in fortlaufender Sitzung die Hauptfragen zu behandeln: Gleichberechtigung, vollständige Abrüstung oder lediglich Herabsetzung der Rüstungen, und die französischen Sicherheitsvorschläge. Er sagte: jetzt nun sei die Entscheidung über die Hauptfrage der Abrüstung unvermeidlich geworden. Nach menschlichem Ermessen konnte es kein Zurück mehr geben. -

Plötzlich trat **ein neues französisches Ränkespiel gegen Deutschland** in die Erscheinung. Frankreich war aufs eifrigste bemüht, die Donaustaaten, insbesondere Österreich und Ungarn, in seine Gewalt zu bekommen. Seit Jahren befanden sich Österreich, Ungarn, Bulgarien, Südslawien, Rumänien in schweren wirtschaftlichen Nöten. Den Agrarstaaten fehlte die Möglichkeit, ihre landwirtschaftlichen Überschüsse zu verwerten, während die meisten Industrieerzeugnisse eingeführt werden mußten. Dieser Zustand hatte Österreich besonders hart betroffen. Es stand vor dem wirtschaftlichen Ruin. Um ihm zu Hilfe zu kommen, hatte die deutsche Regierung Brüning-Curtius im Frühjahr 1931 den Plan einer Zollunion entwickelt. Das Projekt wurde durch Frankreich zu Fall gebracht durch einen Großangriff auf die österreichische und deutsche Wirtschaft.

Dabei erwog Briand den Plan eines **Donaustaatenbundes**, der als Ausgangspunkt für die "Vereinigten Staaten von Europa" dienen könne. Der Franzose dachte Österreich und Ungarn wirtschaftlich zu vereinen und unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen. So würde ein Anschluß an Deutschland verhindert werden. Aber dieser Plan war nicht nach dem Geschmack der kleinen Entente. Darum gingen dann die französischen Bemühungen Ende 1931 dahin, die kleine Entente Ungarn näherzubringen. So wäre es möglich, **den großen Block von 85 Millionen Menschen gegen Deutschland zu vervollständigen. Ungarn und Österreich wollte man durch Anleihen und Kredite von Frankreich abhängig machen**, daß sie sich diesem Plane fügten.

***Französische Intrigen
an der Donau
und ihr Scheitern***

Von Paris aus waren noch keinerlei direkte Verhandlungen über diesen Plan mit Wien geführt worden. An der Person des Außenministers Schober nahmen die französischen Politiker Anstoß. Er war durch das Projekt der Zollunion vorbelastet. Dennoch beunruhigten gelegentliche Zeitungsmeldungen die Bevölkerung, und die Heimwehren protestierten gegen eine neue Wirtschaftsversklavung, und der nationale Wirtschaftsblock lehnte mit aller Entschiedenheit den Donaubund ab. Ja, in Paris war man Anfang Januar 1932 auch schon so weit, den Plan fallen zu lassen. Bei seinen Bestrebungen, Österreich, Ungarn und Tschechoslowakei zu einem Dreibund zu vereinigen, begegnete Berthelot, der Direktor des Auswärtigen Amtes in Paris, heftigem Widerstande Südslawiens und Rumäniens, und er fürchtete die Einwände Deutschlands und Italiens.

Am 27. Januar 1932, gerade als der frühere Bundeskanzler Streeruwitz dem deutschen Reichspräsidenten einen Besuch abstattete und im Rundfunk mahnte, Deutschland möge Österreich nicht vergessen, trat die Regierung Buresch in Wien zurück. Die Christlichsozialen verlangten, daß die Autorität der Regierung gestärkt werde. Buresch bemühte sich um ein neues Kabinett. Er wandte sich an den nationalen Wirtschaftsblock wegen Mitbeteiligung; aber er stieß auf Ablehnung, weil aus der neuen Regierung Schober als untragbarer Außenminister verschwinden mußte. Das sei kein außenpolitischer Kurswechsel, betonte Buresch, er halte nach wie vor an seiner Ansicht fest, **ein Donaubund ohne Deutschland sei unmöglich**. Dies versicherte Buresch auch in seiner Regierungserklärung vor dem Nationalrat am 4. Februar, aber die Sozialdemokraten, der nationale Wirtschaftsblock und der Landbund konnten nicht umhin, Zweifel zu äußern. War doch von christlichsozialer Seite gesagt worden, Schober habe auf Wunsch verschiedener Herren in Paris aus der Regierung verschwinden müssen.

Mitte Februar rief Bundeskanzler Buresch die Wiener Diplomaten zu sich und entwickelte ihnen Österreichs verzweifelte Finanzlage. Österreich brauche Erweiterung seines wirtschaftlichen Arbeitsraumes; die Regierung müsse deshalb mit allen Nachbarstaaten und allen Staaten, die dazu bereit seien, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung eintreten. Für Österreich komme es zunächst vor allem darauf an, die Einfuhr zu beschränken und die Ausfuhr zu heben, was jedoch nur unter Aufhebung der Meistbegünstigung zu erreichen war.

Daraufhin bot die deutsche Regierung den Österreichern Anfang März an, mit ihr über Vorzugszölle zu verhandeln, "wenn die Empfehlungen des Finanzkomitees des Völkerbundsrates und die Mitwirkung der andern Staaten die Möglichkeit begründen, Österreich Zugeständnisse für seine Ausfuhr unabhängig von den Folgen der Meistbegünstigung zu machen."

Tardieu aber, der seit Ende Februar französischer Ministerpräsident war, stürzte sich wie ein Habicht auf sein Opfer. Er unterbreitete dem österreichischen Vertreter in Genf einen Plan, den er mit dem Engländer Simon und dem Italiener Grandi besprochen hatte, der aber der deutschen Reichsregierung nicht mitgeteilt worden war. **Deutschland sollte ausgeschaltet werden.** In diesem Vorschlag war Frankreich bereit, Österreich eine Anleihe zu geben, forderte aber, daß Österreich zunächst mit Ungarn und der Tschechoslowakei, sodann auch mit Rumänien und Jugoslawien eine Zollunion eingehe. Frankreich glaubte also, daß das System der Vorzugszölle innerhalb der agrarischen Donaustaaten schon zur wirtschaftlichen Sanierung führen könne. Bulgarien fehlte unter diesen Donaustaaten.

Aber alle Donaustaaten standen diesem Plane äußerst kühl gegenüber. Enthielt er doch verdächtige Reminiszenzen an die Habsburger Zeit vor 1918, wie sie von Frankreich übrigens auch seit 1931 genährt wurden. **Auch die Wiener Regierung ließ in Berlin mitteilen, daß sie eine Donauföderation nur dann abschließen werde, wenn Deutschland einbezogen würde, und Deutschland erklärte seine Bereitwilligkeit, in den Wirtschaftsbund der Donaustaaten eintreten zu wollen. Tardieu erkannte, daß sein Vorstoß gescheitert war,** und er ließ am 5. März 1932, etwas spät, in Berlin unter gleichzeitiger offizieller Bekanntgabe seines Planes erklären, Frankreich habe den Wunsch, daß sich Deutschland an den Arbeiten für den europäischen Südosten beteiligen möge.

England verfolgte das Vorgehen Tardieus mit Mißtrauen, und Italien meinte, die Donau-Union könne doch nicht nur auf den Gedankenaustausch der fünf beteiligten Mächte gegründet werden, es müsse zugleich eine Aussprache darüber zwischen den Vertretern Frankreichs, Deutschlands, Englands und Italiens erfolgen. Und dieser Auffassung trat Mitte März auch Deutschland bei. **Italien wie Deutschland waren der Ansicht, ein Donaubund ohne Beteiligung Deutschlands sei ein Unding.**

Macdonald war der Ansicht, zunächst überhaupt nur erst einmal die vier Mächte zu einer Konferenz zusammenzurufen. Er führte durch Lord Tyrrell, den englischen Botschafter in Paris, Franzosenfreund und Deutschenhasser, die Verhandlungen mit Tardieu und lud Ende März zu einer Viermächtekonferenz Anfang April in London ein. Das paßte dem tückischen Franzosen gar nicht, am liebsten hätte er Deutschland und Italien von der Konferenz ausgeschlossen. Tardieu bereitete Macdonald Schwierigkeiten, so daß die Viermächtekonferenz zunächst um eine Woche verschoben, dann aber ganz aufgehoben wurde. Am 1. April hob die englische Regierung die Viermächtekonferenz auf und wollte lediglich eine Vorbesprechung der vier Mächte in London stattfinden lassen. Dann sollte die Zehnmächtekonferenz tagen, die vier Mächte mit den sechs Balkanstaaten zusammen. Die Viermächtebesprechung fand dann auch in der ersten Aprilwoche 1932 statt, hatte aber nur ein negatives Ergebnis. **An dem harten Widerstande Deutschlands und Italiens scheiterten Tardieus Pläne. Das war immerhin ein Erfolg. Und dennoch siegte Frankreich durch seine Taktik, die es ja auch auf der Abrüstungskonferenz übte, die Lösung des ihm höchst peinlichen Problems auf unbestimmte Zeit zu vertagen.** So kam die Donaufrage vorläufig zum Stillstand. In der Folgezeit bot Frankreich der österreichischen Regierung finanzielle Unterstützung an, aber unter der Bedingung des ausdrücklichen Verzichtes auf jeden Anschluß wirtschaftlicher oder politischer Art. Doch auch diese Verhandlungen kamen nicht vom Flecke. -

Frankreich verfolgte unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Annäherung politische Ziele. Die Donaustaaten sollten zu einer Gemeinschaft französischer Trabanten werden. Aber das war ja nur eine Seite der französischen Bestrebungen. Sie hatte noch eine andre, unsichtbare: die Donauföderation als Sprengmittel für das Deutsche Reich zu benutzen. **Das letzte Ziel aller französischen Politik seit den Tagen Ludwigs XIV. ist die Auflösung des Deutschen Reiches.** Die Rheinbundpolitik Ludwigs XIV., Napoleons, Poincarés, Briands, Lavals und Tardieus war zu alle Zeiten dieselbe. Jetzt hatte sie ein neues Gesicht bekommen. Sie war eine Donaubundpolitik geworden. Infolge der Katastrophe des rheinischen Separatismus hatte Frankreich sein Augenmerk auf die Donau gerichtet. **Rheinbund - Donaubund, dies oder das; der letzte Sinn war jedesmal: Zertrümmerung Deutschlands.** Und wenn Tardieu sich energisch dagegen wehrte, daß Deutschland an der Donau-

konföderation teilhatte, so wünschte er es ebenso sehr, daß Bayern, der Donaustaat, sich daran beteiligen würde, denn dies würde den Zerfall des Reiches bedeuten.

Ende Januar 1932 wurde der französische Generalkonsul in München, Graf d'Ormesson, zum Gesandten ernannt. Aufgabe dieses geschmeidigen Mannes war es, **die unterirdische französische Rheinbundpolitik** zu betreiben. Seine Waffe war das französische Gold. Er verfügte über uner-schöpfliche Mittel, über einen Geheimfonds, womit er den ehemaligen katholischen Geistlichen Dr. Mönius, Herausgeber der *Allgemeinen Rundschau*, die besonders im Rheinland separatistische Politik betrieb, unterstützte. Fäden geistiger Verbindung liefen von d'Ormesson und Mönius zu dem Professor Friedrich Wilhelm Förster, einem berühmten Separatisten, der in Paris wohnte. Jedoch war die separatistische Bewegung in Süd- und Westdeutschland zu schwach, als daß sie eine kräftige Unterstützung für Tardieus Donaupläne gebildet hätte. Vor allem aber war das bedeutsam: **Bayern war die wichtige Brücke zwischen Rheinbund und Donaubund.** -

Aber so war die Lage Deutschlands: seit dem Frühjahr 1931 ward es aufs ärgste bedrängt durch Frankreichs Vernichtungswillen, teils wirtschaftlich durch Verweigerung der Tributrevision, teils finanziell durch Rückziehung von Krediten, teils militärisch durch Verweigerung der Abrüstung und Forderung neuer Sicherheiten, teils politisch durch Verweigerung der Zollunion mit Österreich und durch den Plan einer neuen Donaukonföderation sowie durch die separatistischen Umtriebe in Süd- und Westdeutschland.

Während die großen deutschen Schicksalsfragen der Tribute und der Abrüstung die ganze Welt mit Spannung erfüllte, gingen von den jungen Staaten des Ostens neue Verwicklungen aus. Schon einmal hatten die Wölfe Litauens einen Augenblick höchster deutscher Gefahr benutzt, um in der allgemeinen Verwirrung einen **Schlag gegen das deutsche Memelland** zu führen. Das war im Januar 1923, und damals gelang es den Litauern, ihren Raub festzuhalten. Im Jahre 1924 wurde das Memelabkommen zu Kowno zwischen England, Frankreich, Japan und Italien geschlossen, das den Litauern zwar die Souveränität über das Memelland, dem Memelland aber die Autonomie, einen eigenen Landespräsidenten, einen eigenen Landtag, eigene Verwaltung, eigene Währung zusicherte. In Memel aber zog ein litauischer Gouverneur als Statthalter der Regierung von Kowno ein.

**Vorgänge im
Memelland**

Am 6. Februar 1932 ließ der litauische Gouverneur Merkys plötzlich durch litauische Offiziere den Präsidenten Böttcher, welcher der deutschen Mehrheit angehörte, verhaften und im Auto nach Kowno ins Gefängnis bringen, angeblich wegen einer Reise Böttchers nach Berlin, die nach litauischer Behauptung dazu diente, Verhandlungen mit einer fremden Macht (d. h. Deutschland) gegen das Interesse Litauens zu führen. Litauisches Militär besetzte Memel und alle Bahnhöfe, begann sofort mit wildem Terror gegen das deutsche Volk.

Eine mächtige Erregung ging durch Ostpreußen. In Tilsit, Königsberg und andern Städten fanden gewaltige Massenversammlungen gegen den litauischen Überfall statt. Die Reichsregierung legte beim Völkerbund sofort geharnischten Protest gegen den Rechtsbruch ein, und der Norweger Colban wurde beauftragt, mit einigen Juristen die Rechtsfrage zu klären.

Während so die Zeit verschleppt wurde, **drängten immer mehr Litauer ins Memelland, und in größter Schnelligkeit wurden die deutschen Beamten abgesetzt und ausgewiesen.** Der litauische Außenminister Zaunius hatte inzwischen die Aufgabe, in Genf durch hartnäckigen Widerstand alle Beschlüsse zu sabotieren. Mit Protest nahm er, von Frankreich unterstützt, den Bericht Colbans, den dieser am 20. Februar vorlegte, entgegen und worin er folgendes forderte:

1. gewissenhafte Einhaltung sämtlicher internationaler Verpflichtungen für das Memelland,
2. dringende Maßnahmen zur Vermeidung jeder Verschärfung der Lage,
3. sofortige Bildung eines rechtmäßigen Direktoriums, das sich dem Landtag vorstellen und sein Vertrauen haben muß,

4. Klärung der Rechtsfrage, ob die Abberufung des Präsidenten Böttcher rechtmäßig war oder nicht, durch den Haager Gerichtshof.

Doch **in Kowno** selbst empfand man diesen Bericht Colbans als einen Sieg. **Man hatte ja erreicht, was man wollte: durch Verweisung an den Haager Gerichtshof wurde die ganze Angelegenheit auf Monate verschleppt, und Litauen machte inzwischen mit Memel, was es wollte.** Diese Verschleppung durch den Völkerbund erkannte auch der Präsident Böttcher, und so legte er, in gewisser Enttäuschung, am 23. Februar sein Amt nieder. **Litauen aber höhnte den Völkerbund, indem es mit aller Energie in der Entdeutschung des Memellandes fortfuhr.** Am 22. März löste der neue litauische Landespräsident Simaitis, unterstützt von seinen beiden litauischen Direktoren, den memelländischen Landtag auf. Die Neuwahlen sollten nach dem neuen litauischen Sejmwahlgesetz stattfinden, das nicht mehr die Kandidaten von politischen Parteien, sondern nur von wirtschaftlichen Organisationen gelten ließ, - denn Litauen wurde seit Herbst 1926 diktatorisch regiert. Dies sollte der **Todesstoß für das Deutschtum in Memel** sein. Denn jetzt setzte das litauische Gewaltregiment mit Wahlterror und Versammlungsverboten ein, und **Massenausweisungen von Deutschen** wurden verfügt. Bis 1. Mai 1932 sollten 600 Reichsdeutsche das Memelland verlassen, ja einige von ihnen wurden sogar verhaftet. **Und dennoch brachten die Neuwahlen Anfang Mai 1932 trotz Terror einen deutschen Sieg!**

Das böse Beispiel Litauens wirkte auf Polen zurück. Der Stahlhelmtag in Breslau Anfang Juni 1931 hatte bereits die Polen verstimmt, und es gab daraufhin einen diplomatischen Notenwechsel zwischen Warschau und Berlin. Die **stete Angst, die geraubten Gebiete Westpreußens, Posens und Oberschlesiens wieder zu verlieren,** veranlaßte Polen, jede Abrüstung abzulehnen, aber ebenso energisch an der Entwaffnung Deutschlands festzuhalten und das Verbot des Stahlhelms zu fordern. Die Polen wurden um so nervöser, da in Deutschland immer lauter die Rückgabe des **Weichselkorridors** verlangt wurde und sogar Senator Borah in Amerika dafür eintrat. Alle Bemühungen Frankreichs um ein Ostlocarno waren fehlgeschlagen.

Die litauische Gewalttat gegen Memel fachte die Habgier der Polen an. Sie richtete sich auf Danzig und Ostpreußen. Der *Dzien Polski* schrieb: "**Die Besitzergreifung des Memellandes ist die Probeaktion auf die einmal unabwendbar kommende Besitzergreifung Ostpreußens durch Polen.**" Die polnische See- und Kolonialliga in Danzig hielt am 7. Februar eine Propagandafeier ab, wo der Vorsitzende erklärte, die nur 78 km lange Seeküste Polens sei unzulänglich, die polnische Minderheit in Danzig sei die Vorhut des Polentums und Danzig die Bastion der polnischen Republik. Die polnische Studentenvereinigung "Bratnia Pomoc" in Danzig hielt auf ihrem Stiftungsfest große Reden, woraus hervorging, daß **Polen ganz offen den militärischen Einfall nicht nur in Danzig, sondern auch in Ostpreußen vorbereite.** Der Tag sei schon angebrochen, da die unter dem Germanismus leidenden polnischen Teile Ostpreußens ihrem Vaterlande zurückgegeben würden. Offizielle Persönlichkeiten, so der Vertreter des pomerellischen Woiwoden, Seidlitz, der polnische Eisenbahndirektionspräsident Dobrzycki in Danzig, Oberst Landau, der Vertreter des Militärkommandos in Thorn, stimmten in diese Melodie ein. Der Letzte sagte noch, er würde vielleicht eher in Uniform nach Königsberg kommen als zum zweiten Mal in Zivil nach Danzig. Habe man erst Ostpreußen in Besitz genommen, dann würde keine Macht der Welt die polnischen Soldaten dort herausbringen. Zum Schluß wurde ein Telegramm an den polnischen Staatspräsidenten Pilsudski und an den Chef des polnischen Generalstabes gesandt. Das Telegramm an Pilsudski lautete: "Wie lange noch, Marschall, willst du noch auf die Dummheiten Danzigs schauen? **Pflücke Danzig!**"

Polnische Absichten

Und das geschah in Danzig!

Infolge dieser unerhörten Drohungen ward das Volk Ostpreußens von ungeheurer Unruhe erfüllt. Der Provinzialausschuß forcierte Hilfe vom Reich, Stahlhelm und Studenten erklärten, daß sie den Kampf nicht scheuen würden für die Freiheit des ostpreußischen Landes.

Aber Polen wurde nur noch ausfallender. Der polnische Schützenverband in Danzig hielt Kriegs-

übungen ab, Lieder wurden gesungen, worin schärfste Drohungen gegen Danzig und Ostpreußen ausgestoßen wurden. Und gleichzeitig wurden ausgesuchte polnische Truppen in der Stärke von zwei Armeekorps Ende Februar 1932 an der Grenze des deutschen Oberschlesien versammelt. In Ostpreußen ließen die Polen die Festungsanlagen Königsbergs ausspionieren.

Der polnische Angriff auf Danzig wurde dadurch eröffnet, daß die wirtschaftliche Autonomie der Hansestadt aufgehoben werden sollte und diese wirtschaftlich in den polnischen Staat eingegliedert werden sollte. Um diese Forderung tatkräftig zu unterstützen, erschienen am 9. März polnische Kanonenboote im Danziger Hafen. In den Straßen Danzigs nahmen während der folgenden Tage die polnischen Marinesoldaten immer mehr zu. Es war die Absicht Polens, der Freistadt die Zollverwaltung völlig zu entwenden; die Danziger Zollbeamten sollten auf Polen vereidigt und Polen unterstellt werden. Am Widerstande des Völkerbundskommissars Gravina scheiterte dieser Versuch.

Um Deutschland auch von Rußland zu isolieren und zwischen beide Mächte Zwietracht zu säen, wurde von einer polnischen Organisation ein Subjekt angestiftet, das am 5. März 1932 auf den deutschen Botschaftsrat von Twardowski in Moskau einen Revolveranschlag verübte und ihn durch mehrere Schüsse verletzte. Doch die Untersuchung legte die polnischen Ränke klar zutage.

Die deutschen Regierungsstellen betrachteten die Lage in Osteuropa sehr ernst. General Groener sah sich veranlaßt, in der Osterausgabe der *Königsberger Allgemeinen Zeitung* Polen nachdrücklich zu warnen. Der Wehrminister versicherte, Ostpreußen sei nicht schutzlos fremden Mächten preisgegeben. Ein feindlicher Einfall in Ostpreußen, unter welchem Vorwand er auch erfolgen möge, stoße nicht auf passiven, sondern auf aktiven Widerstand. -



**Reichspräsident
Hindenburg**

Nur wenig wurde das deutsche Volk von den schweren Gefahren, die draußen drohten, berührt. Das Interesse der Öffentlichkeit lenkte sich auf die großen Wahlen, die im Frühjahr 1932 bevorstanden, auf die **Neuwahl des Reichspräsidenten und einer Anzahl deutscher Landesversammlungen**, insbesondere des preußischen Landtages.

Die Persönlichkeit **Hindenburgs** stand bereits seit langer Zeit im gewissen Sinne im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Es war bestimmt sehr verhängnisvoll für den Reichspräsidenten, daß er bereits sehr früh von den bürgerlich-demokratischen Mittelparteien in Anspruch genommen wurde. Die Mitte war angenehm enttäuscht, daß der von dem nationalen Teile des Volkes gewählte Generalfeldmarschall sich so reibungslos in den seit 1919 gewordenen Zustand einfügte. Mahraun hob bereits 1927 den greisen Hindenburg als Führer der volksnationalen Mitte auf den Schild, und drei Jahre später schlug Mahraun vor, eine Volksabstimmung über die lebenslängliche Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg stattfinden zu lassen. Nach dem Ausfall der Septemberwahlen 1930 in Deutschland fürchtete Mahraun nämlich, daß die radikalen Parteien einen Bürgerkrieg heraufbeschwören könnten. Die einzige Persönlichkeit, die diese Gefahr bannen könne, sei Hindenburg an der Spitze des Reiches.

Hindenburg war kein Demokrat. Persönlich lehnte er die Herrschaft der Masse ab. Sie war ihm zuwider. In ihm lebte noch das Bewußtsein von Herrentreue und Mannentreue, wie sie in letzter großer ritterlicher Verklärung das Verhältnis **Bismarcks** zu **Wilhelm I.** veredelte. Das war die Atmosphäre, in welcher Hindenburg zum Manne gereift war. In ihr lebte er noch als Reichspräsident. Er hatte es mit erlebt, wie seit 1871 eine erbärmliche Parteiwirtschaft durch Mißgunst, Feindschaft und Feilschen das Reich Jahr um Jahr geschwächt hatte, und eine tiefe Abneigung gegen dieses Treiben erfüllte ihn. Hindenburg, der Aristokrat, erblickte das höchste Ideal des Herrschers darin, daß er dem Volke ein Vater, ein Beschützer sein sollte.

Diese Staatsauffassung des Präsidenten wurde vertieft durch seine soldatische Vergangenheit. Der Generalfeldmarschall hatte ein in langen Jahrzehnten bis ins kleinste ausgeprägtes Gefühl für Pflichterfüllung und Treue. In seinem Herzen war er Monarchist, aber es war in seinen Augen ein schändliches Verbrechen, nachdem er einmal die Vertrauensstellung als Reichsoberhaupt erhalten

hatte, der Verfassung, die er beschworen, die Treue zu brechen. Das wäre unwürdig, unadlig gewesen. Was war denn Treue, wenn sie nicht gehalten wurde? Und darin stimmten ihm alle anständigen Deutschen bei.

Den Generalfeldmarschall erfüllte ein gewisses Gefühl patriarchalisch-väterlicher Güte. Als Soldat lehnte er aber das Massengetriebe des Parlamentarismus ab. Er hatte ohne Zweifel auch eine gewisse diktatorische Ader. Als Mensch und als Reichspräsident mußte er eine Übereinstimmung zwischen seinem Treuegewissen und seinem, die parlamentarische Massenherrschaft ablehnenden diktatorischen Willen herbeiführen. Dies gelang ihm mit Hilfe des Diktaturartikels 48 der Weimarer Verfassung.

Hindenburg glaubte, in Brüning einen wesensverwandten Charakter zu erkennen; er schien ihm ein Mann, in dem sich konservatives Fühlen und sozialer Gerechtigkeitssinn vereinigten. Er schien ihm ein Mann voll Nationalempfinden und staatsmännischer Gesinnung, geeignet, die hemmungslose Parteiwirtschaft, die den Staat und die Wirtschaft, das ganze Volk an den Abgrund gebracht hatte, einzudämmen. Brüning, dieser Mann, persönlich anspruchslos, sachlich, nüchtern, doch auch von Idealen seines Geistes erfüllt, ein Mann, dem brutale Gewalttat und lautes Schwätzerum fern lag, war Frontsoldat gewesen, im Innersten jeder revolutionären Gesinnung abhold. Auch er versuchte, den Geist des Frontsoldatentums zum inneren Bestandteil der Volksgemeinschaft zu machen, und in all dem verknüpften ihn innige Berührungspunkte mit dem Präsidenten, so daß dieser ihn, als im Frühjahr 1930 die Regierung Müller unfähig war, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, zum Reichskanzler berief. Hindenburg war nun entschlossen, die Macht Brünings, dem er unbegrenztes Vertrauen entgegenbrachte, zu stärken und ihn von allen parteipolitischen Bindungen und Parteieinflüssen freizuhalten. Und seitdem entwickelte sich zwischen Hindenburg und Brüning jenes allen Stürmen trotzen Treueverhältnis, wie es einst, in viel gewaltigerem und leuchtenderem Glanze, die Beziehungen Wilhelms I. und Bismarcks verklärte.

**Hindenburg
und Brüning**

War auch das Ideal Hindenburgs von der Treue eines Staatsmannes ein zeitlos deutsches Ideal, im 20. Jahrhundert ebenso geachtet und erstrebt wie im 19. oder 12. Jahrhundert, so war doch der Maßstab, den der Generalfeldmarschall an die deutschen Dinge legte, zeitlich durchaus veraltet. Er hatte seine Ansichten über Parteiwesen und Parteiherrschaft in dem halben Jahrhundert von 1870 bis 1918 gebildet, und da waren sie zutreffend. Es entsprach aber nicht dem Fortschritt der Entwicklung, wenn er das ganz neue, junge, erst nach 1918 entstandene Gebilde der **Nationalsozialistischen Partei** mit den liberal-bourgeois-marxistischen Interessenverbänden der vergangenen Epoche identifizierte. **Er schätzte die junge Bewegung, die ihrem Wesen nach keine auf Gegensatz und Verneinung beruhende Interessenvertretung, sondern eine Großvolkbewegung war, falsch ein und widersetzte sich selbst so dem Fortschritt.** Indem er selbst seine gesetzmäßige, "parteilose" Diktatur ableitete aus einem Zustand, der an sich nur als letzte Erfüllung aus der Parteiwirtschaft des 19. Jahrhunderts heraus geboren war, stellte er die Vergangenheit als Bollwerk gegen die Zukunft auf. Da nun einmal nach seinem Prinzip keine Partei in Deutschland herrschen sollte, mußte er also, seiner Auffassung nach, auch die nationalsozialistische Bewegung ausschließen.

Aber noch **viel verhängnisvoller war es, daß sich die herrschenden Kreise des demokratischen Systems die Auffassung des Greises zu nutze machten, und nun mit Hilfe Hindenburgs einen widerlichen Parteikampf gegen die Rechtsopposition entfesselten.** Der Reichspräsident Hindenburg wurde erfüllt von einer unbezwingbaren Abneigung gegen den Nationalismus. Systematisch prägte man dem Greise ein, das Volk werde im Bürgerkrieg versinken, wenn die Nationalsozialisten regieren würden. Mit der Starrheit des Alters hielt Hindenburg an dieser These fest, und darum schien es ihm höchste Zeit, zur verfassungsmäßigen Diktatur überzugehen, als die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen 1930 große Erfolge erzielt hatten. **Ohne daß er es wußte und wollte, wurde der Reichspräsident als Werkzeug demokratischer Parteipolitik gegen die nationale Opposition mißbraucht.** Diejenigen, welche die Verfassung von 1919 gemacht hatten, erkannten, daß diese Verfassung allein durch Hindenburg noch gerettet werden konnte, weil sie den bevor-

stehenden Kampf um diese Verfassung scheuten und fürchteten.

Am tragischsten jedoch war es, daß Brüning das Vertrauen und die Gutgläubigkeit Hindenburgs mißbrauchte. Für Brüning war der Reichspräsident das demokratische Mittel zum Zwecke der Errichtung einer Zentrumsdiktatur. Der Kanzler täuschte dem Präsidenten ein parteiloses, "überparteiliches" Regiment vor und trieb dabei ausgesprochene Zentrumspolitik; trotzdem ihm Hindenburg ausdrücklich zur Pflicht machte, keinerlei Parteibindungen einzugehen, blieb Brüning in dauerndem und engstem Zusammenhange mit seiner Partei und ließ sich von ihr beraten. Ja, noch mehr! **Hindenburg wünschte, daß auch den Deutschnationalen eine gewisse Mitverantwortung an der Regierung übertragen wurde. Dieser Tendenz widersetzte sich Brüning zielbewußt,** indem er den Präsidenten täuschte. Er erklärte Hindenburg, daß er, der Kanzler, den Deutschnationalen öfter angeboten habe, in die Regierung einzutreten, daß aber Hugenberg diese Angebote stets abgelehnt habe. Dies aber entsprach durchaus nicht den Tatsachen. Auch später, nach der Wiederwahl Hindenburgs, täuschte Brüning den Präsidenten. Er verschaffte sich Hindenburgs Zustimmung zu dem Verbot der nationalsozialistischen S.A. durch die Behauptung, diese Organisationen trieben hochverräterische Dinge, obwohl dafür nicht der geringste Beweis vorlag. - Diese **Unaufrichtigkeit Brünings, welche die Niederzwingung der nationalen Opposition und die Errichtung der Zentrumsdiktatur bezweckte,** brachte den ahnungslosen Reichspräsidenten um einen großen Teil seiner Sympathien, die er einst in den nationalen Volkskreisen genoß. Ahnungslos, überzeugt, das Beste zu tun, geriet der greise Feldmarschall, umgarnt und umstrickt von unsichtbaren Fesseln, in die bedenklichste Lage vor dem deutschen Volke. -

Etwa gleichzeitig wie Mahraun machte der volksparteiliche Abgeordnete Schifferer den Vorschlag, durch ein Gesetz des Reichstages Hindenburg zum Präsidenten auf Lebenszeit zu machen. Auch das sozialdemokratische Reichsbanner entschied sich für Hindenburg. Es sah in ihm das kleinere Übel. Um die Präsidentschaft eines "nationalsozialistischen Volksverderbers" zu verhindern, mußten auch die Republikaner das schwere Opfer bringen, für Hindenburg einzutreten. Der Bundestag beschloß daher am 24. September 1931, in der Wiederaufstellung Hindenburgs die einzige Möglichkeit zu sehen, die Präsidentschaft eines Nationalsozialisten ohne einen Bürgerkrieg zu verhindern.

**Kampf um
Hindenburg**

Die Nationalsozialisten verfolgten schon längst mit Unmut, welchen Kurs Hindenburg mit und wider seinen Willen steuerte. Hatten sie ihm es schon verübelt, daß er seinen Namen unter den Westpakt von Locarno gesetzt hatte, so waren sie noch viel mehr verstimmt, daß er auch den Youngplan angenommen hatte und sich so in ganz offenen Gegensatz zur nationalen Bewegung gebracht hatte. Als er nun gar anfing, diktatorisch zu regieren und mit der Notverordnung vom März 1931 durch wesentliche Beschränkung der politischen Freiheiten insbesondere die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung zu hemmen suchte, da war der Bruch vollkommen. Die Reichsleitung in München faßte eine Entschließung, worin sie von Hindenburg die Zurücknahme verlangte. Er solle "die Grundrechte der Verfassung gegen die Gesetzesbrüche der parlamentarischen Mehrheitskoalition verteidigen", oder, wenn er das nicht könne oder wolle, solle er zurücktreten. Anfang Mai 1931 sagte Frick ganz offen, man müsse Hindenburg, der nicht von seinen Ratgebern, dem Staatssekretär Meißner, den Ministern Severing, Wirth, Braun, gewählt sei, in aller Ehrerbietung, aber auch mit aller Entschiedenheit bitten, sein Amt niederzulegen.

Schon im April 1931 hatte Schifferer, als Antwort auf die nationalsozialistische Entschließung, seinen Vorschlag wiederholt. Dieser schien auch Brüning und Hindenburg selbst sehr geeignet. Sie fürchteten die Hitzigkeit des Wahlkampfes und die Entscheidung des erbitterten und tobenden Volkes, die vielleicht gegen die Machthaber ausfallen konnte. Sie sagten, sie wollten die Persönlichkeit Hindenburgs nicht den Widerwärtigkeiten eines Wahlkampfes im Volke aussetzen. Brüning betonte außerdem, infolge außenpolitischer Notwendigkeiten müsse die "Stabilität der Regierungsgewalt" gesichert sein.

Ein Präzedenzfall ereignete sich in Österreich. Im Oktober 1931 sollte der Bundespräsident neugewählt werden, durch das Volk. Aber man umging die Wahl. Die Bundesversammlung wählte am

9. Oktober den bisherigen Bundespräsidenten Miklas wieder. Die *Germania*, das offiziöse Brüningorgan, meinte hierzu, die österreichischen Sozialdemokraten hätten durch den Verzicht auf eine Volksbefragung einen Beweis staatspolitischer Einsicht erbracht, der unter den obwaltenden Krisenumständen einem Gebot der Vernunft entspreche. Man könne hieraus Parallelen für die deutsche Präsidentenwahl ziehen.

Brünings Versuche zur Wiederwahl Hindenburgs

Ende Oktober verkündete Brüning mit Hindenburgs Zustimmung die Absicht der Regierung, der Reichstag solle im Februar ein Gesetz über die zweijährige Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs annehmen. Die Volkspartei wollte ihren Vorschlag wiederholen, **durch Gesetz Hindenburg auf Lebenszeit zum Präsidenten** zu machen. Die Sozialdemokraten, die nicht mehr in der Lage waren, eine eigene überragende Persönlichkeit dem Volke anzubieten, standen diesen Wünschen zustimmend gegenüber, vorausgesetzt, daß die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs nicht durch Zugeständnisse an die Rechte erkaufte würde. Als dann aber Hindenburg Hitler empfangen hatte, war die Partei Breitscheids Anfang Dezember nicht mehr bereit, für den geplanten Reichstagsbeschluß einzutreten.

Mitte Dezember standen die Dinge so, daß nur das Zentrum und sein rechter Flügel, die bürgerliche Mitte, für den Regierungsplan eintraten. Doch Brüning verlor nicht den Mut, er äußerte nochmals den Wunsch der Regierung, der Reichstag möge sich aussprechen, "ob es nicht nützlicher sei, die Reichspräsidentenwahl auf einen ruhigeren Zeitpunkt zu verschieben und die Amtszeit Hindenburgs um etwa ein Jahr zu verlängern".

Da schoß noch einmal ein kalter Gegenstrom in die Regierungsbemühungen. Die Landwirtschaftskammer Ostpreußens, der **Provinz, die Hindenburg 1914 von den Russen befreit hatte**, forderte am 15. Dezember den Rücktritt des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Der preußische Ministerpräsident Braun löste darauf die Landwirtschaftskammer auf und ordnete Neuwahlen an. Mit diesem Beschluß habe die Kammer ihre Befugnisse überschritten. (Die Neuwahl fand Anfang April 1932 statt und brachte den Nationalsozialisten zwei Drittel aller Mandate.)

Nach Ablauf des weihnachtlichen Gottesfriedens nahm **Brüning** die Besprechungen mit den Parteiführern wieder auf, und zwar in der Richtung, daß eine Neuwahl auf sieben Jahre durch den Reichstag zustande kommen sollte. Breitscheid und Wels erklärten im Namen der Sozialdemokratie, die Partei wolle zustimmen, wenn der nationalen Opposition für ihre Zustimmung keine Gegenleistungen versprochen würden. Das war auch Hindenburgs Wunsch. Nun war es soweit, daß der bürgerliche rechte und der sozialdemokratische linke Flügel mit dem Zentrum und der Regierung einig waren.

Das waren aber insgesamt nur 350 Stimmen im Reichstag. Doch das beabsichtigte Gesetz war verfassungsändernd, und insofern war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Es mußten also 386 Stimmen im Reichstag dafür abgegeben werden. Von den Kommunisten waren die fehlenden 36 Stimmen nicht zu erwarten, also **mußte die Regierung Bundesgenossen bei den 150 Abgeordneten der nationalen Opposition suchen!**

Zwischen dem 6. und 12. Januar fanden die Besprechungen zwischen Brüning, Groener, Hitler und Hugenberg statt. Hitler erhob Bedenken gegen eine parlamentarische Wiederwahl Hindenburgs aus verfassungsrechtlichen und politischen Gründen. Hitler erklärte, nur dann vielleicht über den Plan verhandeln zu können, wenn der Reichstag neugewählt würde, dies sei infolge außenpolitischer Gründe nötig. Er forderte aber einen neuen Reichstag, um die Regierung Brüning stürzen zu können. Hugenberg machte geltend, er könne einem vom Zentrum ausgehenden Vorschlage nicht zustimmen, wenn dem schon die Sozialdemokraten zustimmen. Der gegenwärtige Reichstag entspreche nicht der Volksmeinung, und ein parlamentarischer Wahlakt sei keine Vertrauenskundgebung für den Reichspräsidenten, sondern für die von den Deutschnationalen bekämpfte Brüningregierung. **Hitler und Hugenberg kamen so nach gemeinsamer Besprechung zur Ablehnung des Regierungsvorschlages; diese Ablehnung war keineswegs gegen den mit aller Hochachtung behandelten Hindenburg, sondern lediglich gegen die Regierung Brüning gerichtet.**

Hindenburg ersuchte darauf Brüning, von weiteren Bemühungen Abstand zu nehmen.

Inzwischen war eine gewisse Annäherung des Reichswehrministers an die Nationalsozialisten erfolgt. Während Brüning und Hitler Noten über ihre gegensätzlichen Standpunkte wechselten, gab Groener Ende Januar 1932 einen **Erlaß heraus, wonach auch Nationalsozialisten in die Reichswehr eintreten durften.** Bisher war ihnen dies versagt. Dieser Erlaß Groeners **zeigte, welche Rolle die Nationalsozialisten im Staate bereits spielten.** Zwei Jahre vorher hatte derselbe Reichswehrminister die Nationalsozialisten als hochverräterische Staatsfeinde gebrandmarkt und ihren Eintritt ins Heer versagt. Im Herbst 1930 wurde sogar ein Prozeß gegen Nationalsozialisten wegen Zersetzungstätigkeit in der Reichswehr geführt. Jetzt war die Hitlerbewegung eine Macht im Staate, und **der Erlaß Groeners war gewissermaßen auch symptomatisch für die Bedeutung, die der Partei Hitlers für die bevorstehenden Wahlen zukam.**

Die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl traten Anfang Februar 1932 in ihre letzte Phase. In Berlin ward ein "überparteilicher" Hindenburgausschuß unter Vorsitz des "überparteilichen", aber von demokratischer Gesinnung erfüllten, seit Frühjahr 1931 zum Oberbürgermeister von Berlin gewählten Sahn gegründet. Dieser Ausschuß erklärte, daß er keine Beziehungen zu Parteien, aber um so engere Beziehungen zur Regierung habe. Er ließ in allen deutschen Städten Listen auslegen, in denen sich die Freunde Hindenburgs einzeichnen sollten. Die Namen der Eintragenden gingen bereits in den ersten Tagen in die Millionen. Auch unter den Hochschullehrern wurde in diesem Sinne gearbeitet. In Halle, in Marburg, in Jena erklärte sich etwa die Hälfte der Hochschullehrer für Hindenburg. Die **Sozialdemokratie** begann eine matte Propaganda für Hindenburg. Sie war nicht mit dem Herzen dabei. Sie **riet ihren Anhängern, wenn sie Hindenburg nicht aus Liebe wählen könnten, sollten sie ihn aus Haß wählen - aus Haß gegen die nationalen Volksteile.** Die große Stunde der Sozialdemokratie war vorüber: sie hatte keinen eigenen Mann und Führer mehr, sie segelte in Brünings Schlepptau. Es machte der Parteileitung Schwierigkeiten, die Massen für Hindenburg zu gewinnen. Besonders stark war der Widerstand innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Und dann kamen die Absagen an Hindenburg: die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, der Stahlhelm, die Vaterländischen Verbände. Im Kyffhäuserbund gab es Zwietracht, weil der Vorsitz, General Horn, Hindenburg empfahl, die Mehrheit der Vereine ihn aber ablehnte. Der Reichslandbund erhob sich gegen Hindenburg, gegen den Sahn-Ausschuß. Der Adelsmarschall von Berg-Markien trat vom Vorsitz der Adelsgenossenschaft zurück, weil er für Hindenburg plädiert hatte und auf die Ablehnung der Mitglieder gestoßen war.

Kandidatenfragen

Am 15. Februar gab Hindenburg die Einwilligung zu seiner Kandidatur. Die Harzburger Front bedauerte das außerordentlich. N.S.D.A.P. und Dn. Vp. verhandelten zunächst um einen gemeinsamen Kandidaten. **Die Nationalsozialisten als weitaus stärkste Gruppe** stellten ihre Forderungen: Falls der Kandidat durchkomme, beanspruchte die Hitlerpartei die Ämter des Reichskanzlers, des Außen-, Innen- und Reichswehrministers. Außerdem sollten die Stahlhelmeinheiten in die Organisation der nationalsozialistischen S.A. eingegliedert werden. Das Reichswehrministerium in nationalsozialistischen Händen und die letzte Forderung lehnten Hugenberg und Düsterberg ab.

So trennten sich die Wege. Hugenbergs Harzburger Front, die nur ein kümmerliches Dasein geführt hatte, war endgültig zerbrochen. Wie schon beim Youngplan-Volksbegehren 1929, so war auch Hugenberg diesmal gescheitert in seinen Bemühungen, Führer der nationalen Opposition zu sein.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei stellte jetzt Adolf Hitler als Präsidentschaftskandidaten auf. Da er noch staatenlos war, wurde seine Einbürgerung nachgeholt. Der nationalsozialistische Minister Klagges in Braunschweig betrieb die Aktion. Er ernannte Hitler zum Regierungsrat und braunschweigischen Geschäftsträger in Berlin. Die Deutschnationalen entschieden sich für Düsterberg. Hugenberg gab seiner Parteikandidatur ein unparteiisches Gepräge, indem er Deutschnationale Volkspartei und Stahlhelm, was im Grunde dasselbe war, als "Schwarz-weiß-

roten Block" dem Volke vorstellte.

Ein kurzes Zwischenspiel bildete die viertägige Reichstagsitzung vom 23. bis 26. Februar 1932, die schon ganz von den heftigen Gegensätzen der heraufziehenden Präsidentenwahl beherrscht war. Gleich zu Beginn wurde der Nationalsozialist Göbbels wegen einer ungemein scharfen Rede gegen die Kandidatur Hindenburgs ausgeschlossen. Als Brüning seine Verteidigungsrede gehalten hatte, schritt man zur Abstimmung. Die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten, für welche auch die Landvolkpartei und die Sozialistische Arbeiterpartei gestimmt hatten, wurde mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt, auch wurden die Anträge auf Reichstagsauflösung mit 299 gegen 228 Stimmen abgelehnt. Darauf verließ die nationalsozialistische Fraktion den Saal. **Immer mehr setzte sich die Auffassung durch, daß der Reichstag unfähig sei, seine Aufgaben zu erfüllen.** Das stellte der Zentrumsabgeordnete Bolz fest. Dennoch aber scheute sich die Regierung, ihn aufzulösen. Er wurde aber auf unbestimmte Zeit vertagt. Der demokratische Parlamentarismus war in Starrkrampf verfallen.

Ende Februar begann der Wahlkampf. Fünf Kandidaten stritten um die höchste Machtstelle des Reiches: Der Nationalsozialist Hitler, der Stahlhelmer Düsternberg, von der Deutschnationalen Partei vorgeschoben, der Kandidat der demokratisch-sozialistischen Mitte Hindenburg, der Kommunist Thälmann, und Winter, der sich seit Jahren mit der Aufwertung der rotgestempelten Tausendmarkscheine des Kaiserreiches beschäftigte.

Wahlkampf



Nationalsozialistische Wahlplakate zur Reichspräsidentenwahl 1932. [Photo Scherl?]

Man wollte ritterlich kämpfen. Der ritterliche Kampf äußerte sich in Verboten nationalsozialistischer Zeitungen von Staats wegen, in Versammlungsverboten und -auflösungen, in einseitiger Begünstigung des mittelparteilichen Kandidaten Hindenburgs, der im Rundfunk seine Politik verteidigen durfte, während den anderen Bewerbern dies versagt war, in einer verbissenen Verschärfung des heimlichen Bürgerkrieges. **Man scheute auch vor häßlichen persönlichen Verleumdungen nicht zurück. So wurde Hitler entgegen aller Wahrheit als Deserteur beschimpft, obwohl es bekannt war, daß er vier Jahre lang an vorderster Front gekämpft und hohe Auszeichnungen dafür erhalten hatte.**

In den meisten deutschen **Großstädten sprach Hitler vor zehntausenden begeisterter Zuhörer.**

Derart gewaltige Kundgebungen wie diejenigen Hitlers hatte Deutschland noch nicht erlebt. Sie wirkten geradezu wie antike Volksversammlungen, auf ausgedehnten Plätzen unter freiem Himmel ein Menschenmeer, einig in seiner Begeisterung, keine Unterschiede, keine Gegensätze mehr kennend.



Gewaltige Hitlerkundgebung auf dem Schloßplatz zu Berlin zur Reichspräsidentenwahl. 4. April 1932. [Photo Scherl?]



Hitler auf der Rennbahn vor Halle an der Saale, 20. April 1932. [Photo Scherl?]

Düsterberg und Hugenberg veranstalteten große Kundgebungen, die Minister, auch Brüning, sprachen für Hindenburg. Dennoch war die Hindenburgfront nicht geistig geschlossen. Die Volkspartei gab die Parole aus: Für Hindenburg gegen Brüning, die Sozialdemokraten forderten: Für Hinden-

burg gegen Hitler. So strebten Dingeldey und Wels auseinander, und Brüning hielt die Zügel der Gegensätzlichen in seiner Hand. Das waren eben Gegensätze, unter denen die Republik schon seit Monaten zu bersten drohte. Wie denn der Reichsinnenminister Groener erklärte, die Nationalsozialisten seien nicht staatsfeindlich, der preußische Innenminister Severing aber das Gegenteil behauptete!

Der Wahlkampf wurde mit Leidenschaft und Erbitterung geführt, wobei es dem Kandidaten der demokratischen Mitte stets zugute kam, daß die Regierungsstellen für ihn eine Propaganda trieben, welche den andern Bewerbern versagt wurden. **Noch am Vorabend der Wahl wurden die Zeitungen der nationalen Opposition unter Zensur gestellt!** In Hamburg, Frankfurt a. d. Oder, Königsberg, Nordhausen, Halle und andern Städten erschienen Kriminalbeamte in den Schriftleitungen und erklärten, die Zeitungen dürften nicht erscheinen, bevor ihr Inhalt geprüft sei! Selbst solche schikanösen und brutalen Maßnahmen scheute man nicht, um mit aller Gewalt dem Kandidaten der Mitte gegenüber seinen nationalen Gegnern einen Vorsprung zu verschaffen. Aber dennoch durchzog diesen Wahlkampf **eine erschütternde menschliche Tragik**. Der greise Generalfeldmarschall, der mit diktatorischem Willen die Parteiwirtschaft, deren Unheil er seit 1870, besonders aber bei der Friedensresolution 1917 kennengelernt hatte, von der Staatsherrschaft zurückdrängen wollte, wurde von denselben demokratisch-marxistischen Parteien, die ihn aufs bitterste höhnten und beschimpften, als er vom nationalen Deutschland 1925 gewählt wurde, zur Befestigung der demokratischen Herrschaft gewählt und mißbraucht, verlassen von allen Freunden des Vaterlandes.



Nationalsozialistische Werbeplakate zur Reichspräsidentenwahl 1932. [Photo Scherl?]

Um zu illustrieren, wes Geistes Kind die Eiserne Front, die für Hindenburg eintrat, war, soll ein Bericht von einer Kundgebung in Kassel am 11. März 1932 gegeben werden. Zunächst erklärte hier der Reichsbannerführer, Sozialdemokrat und frühere thüringische Ministerialrat **Seele**: Der Tag könne sehr bald kommen, "wo wir mit unsern Fäusten und Leibern zu kämpfen haben werden. Wir werden, wenn dieser Kampf auch noch so schwer werden und noch so viele Opfer kosten sollte, ihn zu Ende kämpfen, bis zur Errichtung eines sozialen Staates". **Philipp Scheidemann** knüpfte an seine am 11. September 1919 ausgegebene Parole an: Der Feind steht rechts! Eine Rechtsorientierung der Reichsregierung würde schon am ersten Tage den Bürgerkrieg bedeuten. Er beklagte, daß man mit den Kommunisten nicht wenigstens eine Viertelstunde vernünftig reden könnte; dann hätte man doch Hindenburg nicht gebraucht! Und schließlich sprach als Vertreter der Eisenbahner-Hammerschaften das Hauptvorstandsmitglied des Einheitsverbandes der Eisenbahner, **Jahn**:

"Die Fronten sind klar: wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und wird rücksichtslos und restlos zu Boden geschlagen werden. An die Kommunisten richte ich in diesem Augenblick die Frage: Wollt ihr die Faschisten schlagen? Wenn ja, dann kommt her zu uns zu gemeinsamem Kampf. Wir sagen es mit vollem Bewußtsein der Tragweite dieser Worte: der Faschismus wird auf keinen Fall zur Macht gelangen, weil wir von der Eisernen Front es nicht wollen. Man hat uns Eisenbahner mit Recht als die Avantgarde der Eisernen Front bezeichnet, weil man weiß, wie groß unsere Macht ist. Wir werden die Faust an der Gurgel des Staates halten, den wir schützen als Voraussetzung zum sozialistischen Staat. Wir drehen aber jeden, der uns nicht paßt, den Gashahn ab. Heute rufen wir, morgen schlagen wir!"

Dann fand die Vereidigung des "Antifaschistischen Regiments der Eisernen Front" statt. Ihr ging das Kommando voraus: "Die Fahnen hoch!" Und die roten Fahnen des Umsturzes erhoben sich. -

Welche Gegensätze im Namen Hindenburg! Der Aristokrat, der seine Treupflicht gegenüber der

Verfassung so gewissenhaft erfüllte, daß sie zur Ungerechtigkeit für weite Volkskreise wurde, und der Prolet, der fähig war, brutal und gewissenlos die Verfassung zu brechen, wenn dies seinen egoistischen Wünschen entsprach!

**Erster
Wahlgang**

Am 13. März fand die Reichspräsidentenwahl statt. Sämtliche Parteien, die den demokratischen Staat von 1919 schützten, waren in Hindenburg vereint. Sie erhielten 18,6 Millionen Stimmen oder 49,6 Prozent gegen 21 Millionen am 14. September 1930. Der Kommunist Thälmann errang 4,9 Millionen, gegen 4,5 Millionen 1930. Die geringe Steigerung kam daher, weil die Sozialistische Arbeiterpartei (Gruppe Seydewitz) dem Kommunisten ihre Stimme gegeben hatte. In den Gebieten aber, wo die Sozialistische Arbeiterpartei noch nicht bestand, war die Zahl der kommunistischen Stimmen zurückgegangen. Hugenbergs Parteikandidat Düsterberg konnte 2,5 Millionen Stimmen erringen, genau so viel, wie die Deutschnationale Volkspartei im September 1930. **Hitler aber, der im September 1930 zum Reichstag 6,4 Millionen Stimmen zusammenbrachte, gewann dieses Mal 11,3 Millionen!** Er war, wenn auch nicht der tatsächliche, so doch der ideelle Sieger des Wahlkampfes.

Die meisten Stimmen erhielt Hindenburg in Süd- und Westdeutschland, in den Domänen der Bayrischen Volkspartei, des Zentrums und der Demokratie. Auch Hamburg, Leipzig, Dresden-Bautzen, Oppeln hatten Hindenburgmehrheiten. Die folgenden Tabellen mögen dies veranschaulichen. **Die Zahlen geben die Vohundertteile der abgegebenen gültigen Stimmen an:**

| | Hitler | Düsterberg | Hindenburg | Thälmann |
|------------------|---------------|-------------------|-------------------|-----------------|
| Bayern | 31,5 | 2,9 | 58,1 | 7,5 |
| Württemberg | 25,5 | 5,8 | 58,7 | 10,0 |
| Baden | 28,7 | 4,0 | 54,6 | 12,7 |
| Hessen-Darmstadt | 33,8 | 1,9 | 51,6 | 12,7 |

In den westdeutschen Wahlkreisen, Westfalen-Nord und -Süd, Düsseldorf-Ost und -West, Köln-Aachen, Koblenz-Trier, Hessen-Nassau erhielten die Parteien Hitlers, Hindenburgs, Düsterbergs und Thälmanns folgende Stimmanteile:

| | Hitler | Düsterberg | Hindenburg | Thälmann |
|------|---------------|-------------------|-------------------|-----------------|
| 1930 | 15,6 | 4,4 | 65,0 | 15,0 |
| 1932 | 24,7 | 4,6 | 55,0 | 15,7 |

In Mittel-, Ost- und Norddeutschland dagegen war Hindenburg in der erklärten Minderheit. Im Wahlkreis Halle-Merseburg erhielten Hitler 31,5, Düsterberg 11,9, Hindenburg 33,4 und Thälmann 23,2 Prozent der Stimmen.

Inbesondere rechneten es sich die Gewerkschaften zum höheren Ruhm an, daß Hindenburg fast allein durch sie gewählt worden sei. Man bewies das rechnerisch: von den 8½ Millionen Gewerkschaftsmitgliedern mußten ½ Million noch nicht wahlberechtigte und 1 Million Kommunisten abgezogen werden. Von den übrigbleibenden 7 Millionen befanden sich die meisten im Alter von 30-40 Jahren, besaßen also meist noch eine wahlberechtigte Ehefrau, die natürlich auch für Hindenburg gestimmt hatte. So stammten also etwa 14 Millionen, annähernd vier Fünftel der gesamten Hindenburgstimmen, aus dem gewerkschaftlichen Lager! Das war natürlich Unsinn, aber bezeichnend für die demokratische Mentalität.

Der große Stimmengewinn Hitlers erfüllte Hugenberg mit Sorge und die Gegner mit Grimm. Der Führer der Deutschnationalen nahm den Sieg Hindenburgs als endgültig gegeben hin. Aber die katastrophale Niederlage Düsterbergs bewog Hugenberg, der Welt noch einen weiteren schmerzlichen Beweis politischer Schwäche zu geben. Hugenberg war kein Epaminodas, aber sein Gebaren nach dem ersten Wahlgang erinnerte an Falstaffs Gepflogenheit, daß Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit sei. Hugenberg machte den Vorschlag, da ja nach dem Ergebnis des ersten Wahlganges Hindenburgs Wahl auch für den zweiten Wahlgang feststehe, von einem zweiten Wahlgang als zwecklos abzusehen, dafür aber Neuwahlen zum Reichstag abzuhalten! Dieser Vorschlag wurde

vom Brüningblock, vom Zentrum und der Sozialdemokratie mit Hohngelächter zurückgewiesen. Hugenberg erklärte darauf, daß er und der Stahlhelm an dem zweiten Wahlgange nicht mehr interessiert seien und alle Kraft auf die späteren Preußenwahlen konzentrieren würden. Auf Preußen käme es an, von Preußen aus müsse das Reich erobert werden. **So desertierte Hugenberg vor dem zweiten Wahlgang aus der von ihm selbst geschaffenen Harzburger Front, aus parteipolitischem Egoismus und Neid gegen Hitler.** Hugenberg brachte nicht die Disziplin auf, den weitaus Stärkeren anzuerkennen. Er, der die "Überparteilichkeit" immer so sehr im Munde führte, war parteipolitisch derart befangen, daß er lieber kampfflos kapitulierte, als die Forderung des Vaterlandes über die Forderung der Partei zu stellen.

Übrigens hatte der **Stahlhelm** selbst sich den schlechtesten Dienst erwiesen, daß er sich vor den Wagen der Deutschnationalen hatte spannen lassen. Er geriet in einen schweren Gewissenskonflikt. Zunächst waren von der Bundesleitung diejenigen Mitglieder gemäßregelt worden, die vor der Wahl für Hindenburg eingetreten waren. Darauf verlangte Hindenburg von der Bundesführung Mitteilung, ob sie bereit sei, die Maßregelungen zurückzunehmen. Die Bundesleitung willfahrte dem Wunsche ihres Ehrenmitgliedes! Der Mut zum Bekenntnis war ihr abhanden gekommen. Eine große Anzahl Bundesmitglieder war aber nicht einverstanden, daß der Stahlhelm nicht der Aufforderung des Grafen von der Goltz, des Führers der Vereinigten Vaterländischen Verbände, nun Hitler zu wählen, folgte, sondern aus den Vereinigten Vaterländischen Verbänden ausschied und erklärte, wie es Hugenberg ihm vorschrieb, er sei nicht mehr am zweiten Wahlgang interessiert. Auch beim Stahlhelm hieß es, wie der Parteidiktator Hugenberg kommandierte: "Keine Stimme dem System! Keine Stimme einer Parteidiktatur! Unsere Kampffparole bleibt: Preußen den Preußen!" Der Stahlhelm, der ganz zum Werkzeug Hugengeburs herabgesunken war, fuhr dennoch fort, seine Überparteilichkeit zu preisen. Damit aber waren, wie gesagt, viele Mitglieder nicht einverstanden, und eine Anzahl von ihnen trat daraufhin aus dem Stahlhelm aus. Die Opposition, an deren Spitze Männer von hohem Namen wie der Herzog von Sachsen-Gotha und Koburg standen, erließen einen Aufruf, in dem sie für Hitler eintraten. Dieses selbständige Vorgehen wurde von der Führung des Stahlhelms, Seldte und Düsterberg, aufs schärfste verurteilt. So trieb Hugengeburs verfehlte Politik der Schwäche einen Keil in den Stahlhelm.

Ganz besonders aber wurde die Sozialdemokratie durch die Stärke Hitlers beunruhigt, und Severing, der sich selbst als den Todfeind des Nationalsozialismus bezeichnete, holte zu einem gewaltigen Schläge aus, den er schon seit Monaten vorbereitete. Die Nationalsozialisten hatten am Wahltage ihre S.A.-Mannschaften in ihren Heimen konzentriert, um Überfällen von Gegnern auf einzelne Nationalsozialisten möglichst zu vermeiden. Aber **die Eisernen Front** hatte auch ihre Mitglieder in Gewerkschaftshäusern und öffentlichen Gebäuden zu starken Verbänden zusammengezogen, nicht nur um einem nationalsozialistischen Aufstand und Überfall Widerstand entgegensetzen zu können, sondern geradezu, **um bei einem Wahlsieg Hitlers eine illegale Erhebung durchzuführen.** In Lychen (Uckermark) lag das Reichsbanner marsch- und alarmbereit in seinen Lokalen mit marschfertig gepacktem Tornister und scharf geladenen Pistolen! Es wartete von seiner vorgesetzten Dienststelle auf Marschbefehl nach Berlin. Nach Anordnung der Reichsbannerführung hatte sich jeder Mann mit Proviant für 24 Stunden zu versehen. Unter Drohungen hatte man Lychener Kraftwagenbesitzer gezwungen, ihre Lastwagen zur Verfügung zu stellen, um bei einem Siege Hitlers die Formationen nach Potsdam zu bringen, wo sie bewaffnet werden und weitere Befehle abwarten sollten! In allen Teilen Norddeutschlands lagen die Dinge ähnlich mit Wissen Severings. Die Nationalsozialisten rechneten mit solchen Vorgängen und trafen deshalb Vorbereitungen für alle nur möglichen Fälle. In Schleswig-Holstein waren sie gerüstet, sich gegen ein etwaiges illegales Vorgehen, wie es die höchsten Führerstellen der Eisernen Front des öfteren angedroht hatten, zur Wehr zu setzen. Jetzt nun, nach der Wahl, wurden zahlreiche S.A.-Leute von der Polizei verhaftet!

**Severings Vorgehen
gegen die S.A.**

Reichsinnenminister Groener war vor der Wahl von der nationalsozialistischen Leitung über die Konzentration der S.A.-Mannschaften ordnungsmäßig unterrichtet worden und erblickte in der Begründung, die ihm gemacht worden war, keinen Anlaß zum Vorgehen. Nun erhielt der Minister

eine anonyme Denunziation über Zusammenziehungen angeblich bewaffneter S.A.-Formationen und Vorbereitungen zum Umsturz. Da Groener selbst keine Polizeigewalt besaß, gab er das Schreiben zur weiteren Bearbeitung an die Innenminister der Länder weiter.

Das war **für Severing der gewünschte Anlaß, den großen Schlag zu tun**. Hier hatte man ja die Beweise, daß die Nationalsozialisten den Staat verhöhnten, daß sie einen Putsch vorbereitet hatten! Am 17. März ließ er in ganz Preußen Haussuchungen in den Gauleitungen und bei führenden Nationalsozialisten an mehr als 170 Stellen abhalten, ungeheure Mengen Material beschlagnahmen, verbot Zeitungen, so daß vor Ostern die Hälfte aller nationalsozialistischen Zeitungen unterdrückt war, drohte mit Verbot der Partei und der S.A.-Formationen. **Fiebernd wartete Severing jetzt auf eine gewaltsame Erhebung der Nationalsozialisten. Er wünschte sie sehnlichst herbei, daß nun die Eiserne Front und die liebevoll geschonten Kommunisten über die Anhänger Hitlers herfallen und sie niedermetzeln könnten. Nichts von alledem geschah. Severing konnte nur in ohnmächtiger Wut die vorzügliche Disziplin der Nationalsozialisten höhnen.**

Sofort protestierte Hitler energisch bei Groener. Dieser selbst billigte keineswegs das Vorgehen Severings und widersetzte sich einem Verbot der Partei. Eine solche Maßnahme, wie sie Severing durchgeführt, habe er keineswegs veranlassen wollen. Groener, der nicht die Zentrumsbindungen Brünings besaß, hatte sich von der Legalität der Hitlerbewegung überzeugt und sah deshalb verfassungsrechtlich keinen Grund zum Einschreiten. Er war, wie gesagt, von den Maßnahmen der Partei längst unterrichtet worden und erblickte nichts Gefährliches darin, um so weniger, als er durch die Verantwortlichkeit der obersten Führung der Sturmabteilungen der Reichsregierung gegenüber die Mitglieder dieser Sturmabteilungen fest im Rahmen des gegenwärtigen Staates hielt. Im übrigen wußte der Minister, und insbesondere sein Mitarbeiter General Schleicher, daß bei allen irgendwie gearteten Erschütterungen des Reiches die einzig zuverlässige Stütze des Reichsgedankens und Reichswillens der mächtige nationalsozialistische Block war. Es wäre unwürdig und unklug gewesen, maßlosem Haß die Zügel schießen zu lassen und um lächerlicher Lappalien willen die wertvollen Kräfte der nationalsozialistischen Partei zu zersplittern. Der Minister war also keineswegs einverstanden mit dem selbständigen Vorgehen Severings, das Groener weder beabsichtigt hatte noch vorher davon unterrichtet worden war.

Severing war durch Groeners Erklärungen vor dem Volke bloßgestellt worden.

**Severings
Niederlage**

Severing gab sich zum Reichsinnenminister, der aber hatte kurz vorher eine Reise nach Weimar angetreten! Nun ging Severing zu Brüning, um bei ihm Hilfe gegen die Brückierung durch Groener zu suchen, aber er hatte keinen Erfolg. Der Reichskanzler trat auf die Seite seines Innenministers. Die Spannung zwischen Groener und Severing war außerordentlich stark; schon eine Woche nach dem Großangriff hatte sich herausgestellt, daß Severing eine vollkommene Niederlage erlitten hatte! Diese Niederlage wurde noch vervollständigt durch den Vergleich, der Ende März vor dem Staatsgerichtshof zwischen Nationalsozialistischer Partei und Preußenregierung geschlossen wurde, der Severing aufgab, das gesamte beschlagnahmte Material an die Stellen der Partei zurückzugeben. Die sozialdemokratische Regierung Preußens hatte eine ganz empfindliche Schlappe erlitten, die wenige Wochen später noch dadurch verstärkt wurde, daß das Reichsgericht entschied, daß der Vorwurf des Hochverrates gegen die S.A. in keiner Weise gerechtfertigt war.

Zähneknirschend mußte Severing seine Niederlage erkennen. Er war ohnmächtig in Taten, und mit Worten höhnte er. Aber er **sann mit verzweifelten Kräften auf neue Schläge gegen seine Todfeinde**. Tag und Nacht wurde im Preußischen Innenministerium gearbeitet, um neue Gründe zu finden. Die Regierung werde es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß unter dem Deckmantel politischer Erziehung Rüstungen für eine Privatarmee betrieben würden, die innenpolitisch zu einer großen Gefahr geworden sei und auch sonst eine Gefahr zu werden drohe, meinte Severing. "Mit der genüglichen Existenz der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln ist es vorbei!" **Am 5. April 1932 wurden abermals in einer großen Anzahl preußischer Städte nationalsozialistische Büros und Heime geschlossen. So rüstete sich Severing zu einem neuen Angriff**, bei dem er die ideelle Unterstützung Bayerns, Württembergs, Badens und Hessens hatte.

Seit dem Herbst 1931 hatte die kranke deutsche Sozialdemokratie nur noch ein Lebensziel: den Nationalsozialismus niederzukämpfen. Aber diese Aufgabe ging über ihre Kräfte. Die eiserne Front hatte versagt. Der feierliche Akt vom 1. Februar 1932, als Wels dem Minister Groener acht Bände Anklagematerial gegen die Nationalsozialisten überreichte und sicherheitshalber auch dem Reichskanzler und Severing Abschriften zukommen ließ, blieb ohne die erhofften Folgen. Alle schmutzigen Lügen und Verleumdungen hatten zu nichts geführt. Und nun mußte Severing erleben, wie seine große, mit genialischer Überraschung und Geschlossenheit durchgeführte Aktion ein Schlag ins Wasser war! Severing, Breitscheid und die ganze Sozialdemokratie grollten laut und vernehmlich gegen die Reichsregierung, insbesondere gegen Groener. Sie hatten allen Anlaß: nicht nur, daß der Minister den bewegten Klagen der Sozialdemokratie kein Gehör schenkte, nein, er räumte den Nationalsozialisten offensichtlich Vorteile ein: dem Reichswehrrlaß von Ende Januar, der auch den Nationalsozialisten das Recht gab, in das Heer einzutreten, ein Erlaß, der auch den Zorn der Staatspartei hervorgerufen hatte, folgte jetzt eine neue Tat, welche die Republikaner in Aufregung versetzte.

Während Severing nämlich über neue Maßregeln gegen die Hitlerbewegung nachsann, weilte Reichsinnenminister Groener am 1. April 1932 in Harzburg und stellte mit dem deutschnationalen braunschweigischen Minister Küchenthal fest, daß die braunschweigische Regierung, an der auch der Nationalsozialist Klagges beteiligt war, und die Reichsregierung sich in vollster Übereinstimmung befinden. Das sah man doch nun ganz deutlich. Groener schien dabei zu sein, sich von der sterbenden, innerlich morschen Sozialdemokratie abzuwenden und sich an den jungen kräftigen Nationalsozialismus anzulehnen.

Zweiter Wahlgang

Als der Gottesfriede am 3. April 1932 abgelaufen war, setzte der Wahlkampf zum zweiten Wahlgange der Präsidentenwahl mit heftiger Wucht wieder ein. Diesmal ging es nur um die drei Bewerber Hitler, Hindenburg und Thälmann. Die Deutschnationalen schwiegen ganz, die Kommunisten hatten nicht das nötige Vertrauen in ihre Sache. Die Hindenburgfront schickte wieder Minister und erprobte Demokraten vor. Auch Severing befand sich unter den Volksrednern. Bei den Hindenburgkundgebungen offenbarte sich wieder einmal die innere Zerrissenheit. Graf Westarp sollte in Beuthen-Oberschlesien in einer vom Hindenburgausschuß einberufenen und vom Reichsbanner besuchten Versammlung sprechen, tat dies aber nicht, weil im Saale eine schwarz-rot-goldene Fahne angebracht war! In diesem Wahlkampf brachten die Sozialdemokraten



Adolf Hitler spricht in Leipzig. 1932. [Photo Scherl?]



70 000 hören Hitler in den Leipziger Ausstellungshallen. [Photo Scherl?]



Leipziger S.A. beim Werbemarsch. [Photo Scherl?]

wieder die ungeheuerlichsten Lügen und Gemeinheiten vor, wie denn kaum je in einem Wahlkampf mehr und gewissenloser mit Lügen gegen eine Bewegung gearbeitet worden ist wie bei der Reichspräsidentenwahl 1932. **Der ganze Kampf um die Präsidentschaft war ein von allen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, geführter Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus. Und die vorzüglichste Waffe aller Parteien in diesem Abwehrkämpfe war die Lüge** in verschieden abgestimmter und gesteigerter Dosis. Abwehr des Dritten Reiches: Das war die Parole. Mit Wort und Faust und Messer wurde der Abwehrkampf geführt. **Täglich kam es zu Überfällen, Stechereien, Schießereien, bei denen mancher Nationalsozialist verletzt oder**

gar getötet wurde.

Gewaltig aber war der Angriff der Nationalsozialisten. Millionen deutscher Menschen füllten Tausende von nationalsozialistischen Versammlungen bis auf den letzten Platz. Hitler selbst sprach vor etwa einer Million Menschen in allen Teilen des Reiches. In Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Berlin, Königsberg, Düsseldorf, Köln, Essen, Nürnberg, Münster, Frankfurt, Darmstadt, Ludwigshafen - überall empfangen zehntausende von begeisterten Deutschen den Führer der Bewegung. Es waren Riesenversammlungen, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hatte! In der Eisenbahn, im Kraftwagen, im Flugzeug eilte Hitler von Stadt zu Stadt. Oft auch mußten die Nationalsozialisten Widerstände überwinden, die ihnen von den Stadtverwaltungen bereiteten wurden. Man verweigerte ihnen die Säle, dann wurden Riesenzelte gebaut, in die sich die Menschen drängten,

| | 6. II. 19 | 6. VI. 20 | 4. V. 24 | 7. XII. 24 | 19. III. 25 | 26. IV. 25 | 20. V. 28 | 14. IX. 30 | 13. III. 32 | 10. IV. 32 | 31. VII. 32 | |
|--|-----------------|-----------------|----------------|------------------|----------------------------------|---------------------------------------|-----------------|------------------|--------------------------------------|------------------|-------------------|--|
| Nat.-Soz. Dn. Vp. | — | — | 1,9 | 0,9 | 0,28 | 14,65 einschl. Bayr. Volksp. | 0,8 | 6,41 | 11,34 | 13,42 | 13,74 | Nation. Opposition |
| D. Vp. | 3,1 | 3,7 | 5,8 | 6,1 | 10,4 | | 4,46 | 2,56 | 2,52 | — | 2,17 | |
| Wirtsch.-P. Bürg. Mitte Staatspartei | 1,3 | 3,6 | 2,7 | 3,0 | 1,51 | 13,75 ausschl. Bayr. Volksp. | 2,68 | 1,58 | 18,66 | 19,36 | 0,44 | Bürgerlich- liberalistischer Flügel des Parlamentes |
| Zentrum Bayr. Vp. | 5,64 | 2,33 | 1,65 | 1,92 | | | 1,48 | 1,34 | | | 3,71 | |
| S. P. D. U. S. P. D. | 5,98 | 3,85 | 3,91 | 4,12 | 3,88 | 7,95 | 0,95 | 1,06 | 7,95 | — | 7,95 | Reformist-mar- xistisch. Flügel des Parlamentes |
| K. P. D. | 1,83 | 11,15 | 6,01 | 7,88 | 7,78 | | 9,15 | 8,60 | | | — | |
| | — | 0,45 | 3,75 | 2,70 | 1,87 | 1,90 | 3,26 | 4,54 | 4,97 | 3,71 | 5,26 | Prolet. Opposition |
| | Nat.- Vers. | Reichstag | | | Erste Reichs- präsidentenwahl | | Reichstag | | Zweite Reichspräsi- dentenwahl | | | |
| Nat. Rechte Koalition | | | | | | | 17,5% | 18% | 30,1% | 36,88% | 43,9% | |
| Kommunist. | | | | | | | 71,7% | 61% | 49,6% | 53,21% | 41,7% | |
| | | | | | | | 10,8% | 13% | 13,2% | 9,91% | 14,4% | |

Ergebnis des 2. Wahlganges der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932.

trotzdem der kalte Nachtwind durch den luftigen Bau pfiß.

Am 10. April 1932 fand der zweite Wahlgang statt. Im allgemeinen war es ein ruhiger Tag. Es kam hier und da zu Zusammenstößen, in Berlin, Hamm, Kassel, Lauterberg, Gadebusch, Hagenow, in Hamburg gab es sogar zwei Tote. Das Ergebnis des Ringens war: Hindenburg 19,36 Millionen = 53,21 Prozent, Hitler 13,42 Millionen = 36,88 Prozent und Thälmann 3,71 Millionen = 9,91 Prozent Stimmen. **Hindenburg also war der dritte deutsche Reichspräsident geworden.** Viele Kommunisten hatten sich der Aussichtslosigkeit wegen der Stimme enthalten, vier Fünftel der Deutschen nationalen und des Stahlhelms hatten Hitler ihre Stimme gegeben. Die volksparteiliche Zeitung *Leipziger Neueste Nachrichten* schrieb: "Schon steht heute Hitler, wie Banquos Geist, hinter dem Stuhle der Regierenden und fordert sein Recht."

Interessant war bei dieser Wahl der Verlust der Stimmen, den Hindenburg vom 13. März bis 10. April in Leipzig-Stadt und Hamburg erlitten hat:

In Leipzig erhielten:

| | 10. März | 13. April |
|------------|----------|-----------|
| Hindenburg | 275 248 | 263 345 |
| Hitler | 110 834 | 138 439 |
| Düsterberg | 12 765 | - |

und in Hamburg:

| | | |
|------------|---------|---------|
| Hindenburg | 446 054 | 441 144 |
| Hitler | 200 634 | 238 689 |
| Düsterberg | 37 995 | - |

Es war überhaupt merkwürdig, wie sich die Schwerpunkte der beiden Gegenkandidaten verteilten: Hitler, der Katholik, fand seine meisten Anhänger im evangelischen Norddeutschland; die Wahlkreise Chemnitz-Zwickau, Thüringen, Halle-Merseburg, Osthannover, Schleswig-Holstein und Pommern brachten mehr Stimmen für Hitler als für Hindenburg auf. Hindenburg dagegen fand die Hauptmasse seiner Wähler im katholischen Süden und Westen des Reiches. Hitler stützte sich auf die Landbevölkerung, auf die Bauern, doch stimmten in den Großstädten Wuppertal, Plauen, Chemnitz, Erfurt, Halle, Kiel mehr Wähler für Hitler als für Hindenburg. Dieser dagegen fand seine Anhänger hauptsächlich in der städtischen und großstädtischen Bevölkerung. **In dieser Wahl kam es klar zum Ausdruck, daß süddeutscher Volkstumsgeist und preußischer Staatsgeist im Nationalsozialismus zu einer Einheit zusammengeschmolzen waren:** die junge Bewegung war reif zur Übernahme der Macht: es galt nur noch den störrischen Widerstand des Alten niederzuzwingen, jenes demokratischen Geistes, der ohne jede Berechtigung seine eigene parteipolitische Unzulänglichkeit den Nationalsozialisten zum Vorwurf machte. -

Brüning, durch die starke Gegnerschaft Hitlers bewogen, bot dem Reichspräsidenten seinen und seiner Regierung Rücktritt an. Doch Hindenburg überredete den Kanzler, sein Demissionsgesuch zurückzuziehen.

Kaum war die Reichspräsidentenwahl vorüber, da rüsteten sich die deutschen Parteien zum **Wahlkampf für die Länderversammlungen zahlreicher deutscher Staaten, insbesondere Preußens und Bayerns**. Auch hier wieder stand der große Kampf der bürgerlichen und marxistischen Gruppen gegen die Hitlerbewegung im Mittelpunkt: es sollte um alles in der Welt verhindert werden, daß die junge Bewegung an die Macht gelangte, und der Kampf gegen die Hitlerbewegung war so verzweifelt, daß man selbst nicht vor einem Bruch mit den demokratischen Errungenschaften zurückschreckte.

In der Tat war die nationalsozialistische Partei die einzige, feste und unerschütterliche Organisation, die den Wahlen entgegenging. Den Kern der 13 Millionen Hitlerwähler bildete die Million der eingeschriebenen Mitglieder, die Anfang April erreicht war und die durch eine strenge Disziplin auf die eine und wichtige Aufgabe der Machtergreifung zusammengefaßt wurden. Und von dieser festgefühten Partei ging eine starke Anziehungskraft aus, die selbst bis in die Reichsregierung hineinstrahlte. Während Brüning und Stegerwald dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden, erblickte der Demokrat Groener in ihm einen Faktor, mit dem man rechnen mußte.

Die Preußenregierung erwies sich als gehorsame Vollstreckerin des Willens der Sozialdemokratie. Nicht nur die Aktion Severings war ein Symptom dieser in Staatsgewalt umgesetzten Parteipolitik, sondern auch **jener politische Schritt des Ministerpräsidenten Braun, der darin gipfelte, der bei den Wahlen befürchteten Zunahme der Nationalsozialisten von vornherein jeden Einfluß auf die Bildung der neuen Regierung infolge einer Abänderung der Geschäftsordnung zu nehmen.** Danach wurde bisher von den neugewählten preußischen Landtagen die neue Regierung stets mit einfacher, relativer Mehrheit gewählt. Bei diesem Prinzip aber mußte man jetzt befürchten, daß eine Regierung der nationalen Opposition vom kommenden Landtag gewählt werden könnte. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun schlug daher vor, **die Geschäftsordnung so abzuändern**, daß die Regierung Braun-Severing nach den Wahlen geschäftsführend im Amte bleiben sollte, wenn keine einwandfreie, d. h. absolute Mehrheit der Rechtsopposition erreicht wird.

Streit um die preußische Geschäftsordnung und ihre Änderung

Dieser Plan Brauns von Ende März 1932 begegnete selbst innerhalb der preußischen Koalition starken Bedenken. Das Zentrum meinte, wenn auch ein solcher Plan sachlich-politisch zu begrüßen wä-

re, weil er verhindere, daß eine radikale Minderheit ans Ruder komme, so sei doch der Augenblick recht ungünstig. Man könne nur allzusehr von der Gegenseite darauf hinweisen, daß es sich um eine Wahlmache der Regierungsparteien handele, und man habe der nationalen Opposition einen großen Trumpf in die Hände gegeben. Doch Braun ließ sich durch solche Bedenken keineswegs stören. Da er erst befürchtete, der Landtag könne nicht rechtzeitig vor den Neuwahlen zusammengerufen werden, hatte er die absurde Idee, nach bereits erfolgter Neuwahl nochmals den alten Landtag einzuberufen und die Änderung der Geschäftsordnung beschließen zu lassen.

Aber das war gar nicht nötig. Noch in letzter Stunde war es gelungen, den Landtag auf den 12. April zusammenzurufen, so wie es die Fraktionen der Staatspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie gewünscht hatten. Und da, unmittelbar am Vorabend dieser historischen Landesversammlung, wurde Braun andern Sinnes, denn er erkannte jetzt wohl auch **das politisch Verhängnisvolle des ganzen Planes**. Aber seine Bitten an die Fraktionsführer, den Antrag fallen zu lassen, kamen zu spät. Nicht mehr derjenige, der dem Staate dienen sollte, sondern die herrschsüchtigen Koalitionsparteien der Regierung heischten das Recht, über die Zukunft des Staates zu bestimmen. So brachten sie am folgenden Tage ihren Antrag ein, verzichteten aber auf jede Begründung vor dem Parlamente. Lediglich der **Staatspartei Nuschke konnte sich nicht enthalten, eine seinem Umgangston entsprechende Äußerung zu tun: Es handle sich darum, die Geschäftsordnung mit der preußischen Verfassung in Einklang zu bringen; die Regierungsparteien hielten es für absolut notwendig, Verbrecher von der Regierungsgewalt fernzuhalten. Mit den Verbrechern bezeichnete er die Nationalsozialisten!**

So stand dann folgender Antrag der Staatspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie zur Abstimmung: § 20 der Geschäftsordnung hatte bisher folgenden Wortlaut:

- "(1) Der Landtag wählt mit verdeckten Stimmen den Ministerpräsidenten.
- (2) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.
- (3) Ergibt sich keine solche Mehrheit, so kommen die beiden Anwärter mit den höchsten Stimmenzahlen in die engere Wahl.
- (4) Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los durch die Hand des Präsidenten."

Man verlangte nun, daß der dritte Satz gestrichen würde. Da dies keine Verfassungs-, sondern nur eine Geschäftsordnungsänderung war, brauchte man keine Zweidrittelmehrheit, sondern nur die einfache Mehrheit.

An der Abstimmung beteiligten sich nicht die andern Parteien. Zwei Zentrumsabgeordnete, von Papen und Linneborn, verließen vorher den Sitzungssaal, weil sie gegen den Antrag waren, der Zentrumsabgeordnete Maaßen enthielt sich der Stimme, der Staatspartei und ehemalige Finanzminister Höpker-Aschoff war nicht anwesend. Eine Stimme, die eines Volksparteilers, war ungültig. Sämtliche 227 anderen Abgeordneten der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Staatspartei nahmen den Antrag an. Es war eine Stimme mehr als zur absoluten Majorität in dem 451 Abgeordnete zählenden Parlament nötig war.

Es war bezeichnend, daß kein einziger preußischer Minister an der Sitzung teilnahm. Nun waren die Würfel gefallen: Das sterbende System zügelloser Parteiherrschaft hatte sich noch einmal zu einer rohen Gewalttat aufgerafft, zu deren Durchführung es einzig und allein die Kraft nicht aus staatsmännischer Überlegung, sondern aus seinem maßlosen Hasse zog. Die Änderung der preußischen Geschäftsordnung war die große politische Tat der Sozialdemokratie!

Dem Zentrum war gar nicht recht froh zumute, an der Seite der Sozialdemokratie solch eine politisch zweifelhafte Tat begangen zu haben. Schon vor der Einberufung des Landtages erklärte die *Germania*, so unanfechtbar nach der sachlichen Seite die beabsichtigte Korrektur der Geschäftsordnung sei, so unklug und bedenklich sei es, das allzulange Versäumte in letzter Stunde vor der Neuwahl des Landtages noch nachholen zu wollen. Nach der Landtagssitzung schrieb das

Zentrumsblatt: "Wir haben gegen die Vornahme der Änderung für den gegenwärtigen Augenblick lebhaft Bedenken geäußert, und diese Bedenken bestehen fort." Es sei aus psychologischen und taktischen Gründen nicht nützlich, eine Tatsache zu schaffen, die zu anderer Zeit ohne weiteres zu rechtfertigen wäre. Was die politische Seite betreffe, so könne es sich, soweit die Zentrumsparlei in Frage komme, selbstverständlich nicht darum handeln, etwa die bisherige Koalition oder das Kabinett Braun in alle Ewigkeit an der Macht zu erhalten. Das Zentrum lehne es ab, ausgesprochene Minderheitsregierungen, noch dazu von radikaler Prägung, zur Macht gelangen und von dieser Macht entgegen der Volks- und Parlamentsmehrheit Gebrauch machen zu lassen. Die Partei wolle gerade einen starken Zwang dahin ausüben, daß auch im neuen Landtag eine Mehrheitsregierung unter allen Umständen zustande komme. Wenn also das Zentrum an der Änderung mitgewirkt habe, so sei das keine Option für das Fortbestehen des Kabinetts Braun in der Form eines geschäftsführenden Ministeriums.

So zeigte sich auch hier wieder einmal, daß die beiden Bundesgenossen Zentrum und Sozialdemokratie, von inneren Gegensätzen auseinandergedrängt, einig waren in dem einen Ziele, dem Nationalsozialismus die Regierungsgewalt vorzuenthalten.

Sie waren es aber auch noch in anderer Weise. Das aus den Anhängern der drei Koalitionsparteien bestehende Preußenkabinett war einmütig darin, mit den vom ganzen Volke eingehenden Steuergeldern Wahlpropaganda für sich zu treiben. In jenen Tagen warfen die Minister Braun, Severing, Hirtsiefer Millionen aus, um damit Zeitungen des Zentrums und der Sozialdemokratie zu unterstützen in ihrem Verzweiflungskampf gegen den Nationalsozialismus. Eine Reihe koalitionsparleitlicher Zeitungen in allen Teilen Preußens wurden Nutznießer dieser Freigebigkeit.

Auch von der rechten bürgerlichen Seite war ein Anschlag auf die "radikale" Rechte geplant worden. Die sich national nennende, aber durchaus vergreiste Wirtschaftspartei brachte Mitte März 1932 im Landtag einen Antrag ein, den sie schon einmal im Dezember 1930 vorgelegt hatte und der eine **Erhöhung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre** forderte. Diesen Antrag lehnte die Sozialdemokratie von vornherein ab, da er eine "Errungenschaft" von 1918 betraf, auch die Kommunisten wandten sich scharf dagegen. Bei der Abstimmung am 18. März 1932 gaben nur 105 Abgeordnete ihre Karten ab. Es wäre aber, da es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handelte, Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen, es hätten also 301 Abgeordnete dafür stimmen müssen.

Schon seit Februar 1932 waren in den Parteien der bürgerlichen Mitte, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolk, Konservative und Staatsparlei Bestrebungen im Gange, einen bürgerlichen Wahlblock in Preußen zu schaffen, dessen Ziel die Aufstellung einer gemeinsamen Landesliste sein sollte. Auch diese Bemühungen, deren eigentliche Urheberin die Staatsparlei war, waren nichts anderes als Abwehr gegen die nationale Opposition.

**Landtagswahl-
vorbereitung**

Allerdings konnte die Volkspartei sich nicht mit solchen Plänen ernstlich befassen - aus Selbsterhaltungstrieb. Ihr Eintreten für Hindenburg hatte doch starke Erschütterung in den Reihen der Mitglieder hervorgerufen, und um so entschlossener mußte der Parteiführer Dingeldey die politische Linie herausarbeiten: Für Hindenburg, aber schärfster Kampf gegen Brüning. Sie konnte also nicht eine Verbindung mit Parteien eingehen, welche das System Brüning stützten. Unter der Losung: Beseitigung der Herrschaft der Weimarer Koalition trat sie selbständig in den Wahlkampf ein. Lediglich mit der Volksrechtspartei kam Ende März ein Abkommen zustande, worauf die Reststimmen beider Parteien auf eine gemeinsame Landesliste vereinigt werden sollen.

Auch die Wirtschaftspartei, die Landvolkparlei und die Volkskonservative Partei lehnten einen Wahlblock mit der Staatsparlei ab. Dagegen kam zwischen diesen drei Parteien Anfang April eine Listenverbindung zustande. Sie verabredeten, die Reststimmen in den Wahlkreisen auf eine Liste "Nationale Front deutscher Stände" zu vereinigen. Diesen Schritt begrüßte besonders die Wirtschaftspartei, da sie mit einem starken Verlust bei den Neuwahlen rechnete und befürchtete, in den neuen Landesversammlungen nicht mehr Fraktionsstärke zu erhalten. Eine Hinzuziehung der Volks-

partei, die in den Reihen dieser Gruppe geplant war, scheiterte an der Ablehnung der Partei Dingeldeys, die mit ganzer Kraft einer Sammlung des nationalen Bürgertums zustrebte und daher jede Verbindung mit Gruppen ablehnte, welche in Reich und Preußen nicht einheitlich vorgingen.

So waren also Anfang April die bürgerlichen Heeresäulen der Mitte zum Marsch in den Wahlkampf gerüstet: ganz rechts marschierte die Volkspartei mit der Volksrechtspartei, ihr schloß sich die "Nationale Front deutscher Stände" an, der Christlich-Soziale Volksdienst blieb allein und ohne jede Bindung und ebenso die deutsche Staatspartei, die einen zaghaften aber erfolglosen Versuch gemacht hatte, mit dem Zentrum zu einer Listenverbindung zu kommen.



*Preußische Landtagswahl 1932.
Nationalsozialistischer Propagandazug.
[Photo Scherl?]*

Zwischen der deutschen Volkspartei, die infolge ihrer schroffen Ablehnung Brüning's der nationalen Opposition angehörte, durch ihr Eintreten für Hindenburg aber ihre Wesensverwandtschaft mit der bürgerlichen Mitte bekundete, und den Nationalsozialisten stand nun Hugenberg mit der Deutschnationalen Volkspartei. Trotzdem Hugenberg selbst durch sein Verhalten die Harzburger Front empfindlich gestört hatte, beteuerte er, daß die Bundesgenossenschaft mit den Nationalsozialisten nach wie vor bestünde. Aus der Tatsache, daß verschiedene Abgeordnete der Volkspartei, Landvolk- und Wirtschaftspartei Anfang 1932 zur Deutschnationalen Partei übergetreten waren, und aus der Tatsache, daß bei den Landeswahlen Mitte März in Mecklenburg-Strelitz die Deutschnationalen 18½ Tausend Stimmen erhielten, während die Nationalsozialisten nur 14 und alle Hindenburgparteien zusammen nur 20 Tausend Stimmen hatten - aus diesen Tatsachen schloß Hugenberg, daß seiner Partei ein neuer Aufschwung bevorstehe.

Hugenberg entschloß sich also, die großartige Stellung der Partei, die ihr nach den Preußischen Landtagswahlen zufallen sollte, beizeiten vorzubereiten. Wie die Macht des Zentrums sich auf den bürgerlichen und marxistischen Flügel seiner Koalition stützte, so wollte Hugenberg die neue geschlossene Macht der Deutschnationalen auf den nationalsozialistischen und bürgerlichen Flügel stützen. Es wäre dann ein mächtiger nationaler Block von den Nationalsozialisten bis zu den Christlich-Sozialen entstanden, der ebenso stark gewesen wäre wie der demokratische Block von Staatspartei über Zentrum zur Sozialdemokratie und in welchem die Deutschnationalen die Rolle des Zentrums gespielt hätten.

Dieses Ziel, einen bürgerlich-nationalen Block in Preußen zu schaffen, verfolgte der Vorschlag, den Hugenberg Ende März 1932 machte:

"Ließe sich nicht ein Abkommen folgenden Inhalts mit der Deutschnationalen Volkspartei treffen: Die Reststimmen der Deutschen Volkspartei, der Landvolk- und Wirtschaftspartei kommen, da sie mangels der entsprechenden Stärke sonst im Lande verloren sein werden, auf die deutsch-nationale Liste.... die so Gewählten wären Hospitanten der Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, da auf Fraktionsstärke der betreffenden Parteien nicht zu rechnen ist."

In drei Grundzielen müßte man allerdings völlig einig sein: Klarer und entschiedener Nationalismus, Ablehnung jeder Sorte von Sozialismus, Bildung eines nationalen, antimarxistischen Kabinetts in Preußen und im Reich.

Hugenberg machte seinen Vorschlag ganz öffentlich in der Presse, um nicht von vornherein durch die Parteileitungen Ablehnung zu erfahren. Er rief die Entscheidung der Wähler, nicht der Führer an. Die Landvolkpartei stand zunächst dem Vorschlag nicht ablehnend gegenüber, ging aber dennoch nicht darauf ein, da sie die diktatorischen Absichten Hugenbergs fürchtete, sondern verband

sich mit Wirtschaftspartei und Volkskonservativen. Die Volkspartei dagegen lehnte von vornherein eine Verbindung mit den Deutschnationalen ab. Es bestehe für sie keine Veranlassung, auf das Scheinangebot einzugehen. Dingeldey empfand in Hugenbergs Vorschlag ein "verletzendes Prestigebedürfnis" und machte am 4. April 1932 seinerseits folgenden Vorschlag: Die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei stellen in den Wahlkreisen eigene Listen auf, die Wahlkreislisten werden in den Wahlkreisen untereinander verbunden, die Reststimmen gehen auf eine gemeinsame preußische Landesliste. Für die Aufstellung gemeinschaftlicher Landeslisten sei das Verhältnis maßgebend, wie es sich nach den Reichstagswahlen vom September 1930 darstellt.

Aber gerade dieses Letzte widerstrebte Hugenberg und seinen Ratgebern, die von einem mächtigen Anwachsen der Deutschnationalen seit dem 14. September 1930 träumten. Und so kam es, daß der Vorschlag Hugenbergs ohne Folgen blieb, wie auch derjenige Dingeldeys. Es stand fest, daß Hugenbergs Politik, die eine Vormachtstellung der Deutschnationalen in der nationalen Front erstrebte, gescheitert war. Allein und ohne Bundesgenossen ging er in den Wahlkampf.

Kaum war die letzte Stimme im zweiten Gang für die Präsidentenwahl abgegeben, da begann auch schon **der Kampf um die Vorherrschaft in den neuen Landesversammlungen, letztlich um die Macht im Staate**. Schon waren die ersten Redeschlachten geschlagen, da trat Hindenburg mit seiner ersten Tat nach seiner Wiederwahl hervor. Er erließ am 13. April 1932 eine **Notverordnung, welche sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Partei, die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln mit allen dazugehörigen Stäben und Einrichtungen auflöste**.

Die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln bildeten gewissermaßen die Kerntruppe der nationalsozialistischen Partei. Diese Formationen umfaßten Anfang 1931 100 000, ein Jahr später bereits 300 000 und zum Zeitpunkte des Verbotes annähernd 400 000 deutsche Männer, von denen allein drei Viertel arbeitslos waren. Die festgefügt Verbände gliederten sich in einer Weise, welche die Durchführung des Führerwillens bis zum letzten Manne gewährleistete und insofern gewisse Parallelen mit der Gliederung militärischer Verbände aufwies. An der Spitze stand Hauptmann Röhm, und die Führer der Unterverbände waren bewährte Offiziere der alten Armee aus der kaiserlichen Zeit. In der Disziplin und der persönlichen Tüchtigkeit der Formationen sahen die Franzosen eine große Gefahr für die Zukunft, denn sie hatten Angst, daß hieraus einst das deutsche Freiheitsheer hervorgehen würde; die Sozialdemokraten kämpften bereits seit dem Herbst 1931 um die Auflösung der Verbände, denn sie erblickten in ihnen die drohende Gefahr, welche über der Novemberrepublik schwebte.

**Groeners
Verbot der S.A.**

Severing hatte bekanntlich im März das S.A.-Material beschlagnahmt und dann an **Gröner** weitergegeben. Der Einblick in die vorzügliche Organisation der nationalsozialistischen Formationen erfüllte den Reichsinnenminister nun doch mit größten Bedenken. Er **sah hier eine Macht stehen, welche seiner Ansicht nach der Autorität des demokratischen Staates starke und besorgniserregende Konkurrenz machte. Die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln erschienen ihm als ein Staat im Staate. Deshalb glaubte der Minister, nachdem er diesen Einblick gewonnen hatte, die Verbände nicht mehr in der bisherigen Weise tolerieren zu können**. Er zweifelte an der Kraft der Disziplin und meinte, wenn auch die Führer wohl legal seien, könnten sich doch eines Tages über den Befehl der Führer hinweg die Massen gegen den demokratischen Staat erheben. Schon seit Monaten hatte Gröner nach einem Ausweg gesucht, die nationalsozialistischen Organisationen, zugleich mit den Mitgliedern anderer Verbände in eine neue große überparteiliche nationalsportliche Vereinigung überzuführen und zu freiwilligem, staatspolitischem Zusammenwirken zusammenzufassen. Doch der Umstand, daß die nationalsozialistische Partei sich bei der Reichspräsidentenwahl als weitaus stärkste Partei erwies und ein ungeahntes Übergewicht über alle anderen deutschen Parteien erlangt hatte, sowie das von Severing beschlagnahmte Material ließen Gröner zu der Überzeugung kommen, daß sein bisheriger Plan undurchführbar sei, wenn nicht vorher ein **Verbot der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln** ausgesprochen sei.

Eine Woche lang hat man in der Reichsregierung heftig um das Verbot gekämpft. **Brüning und Hindenburg haben sich lange gesträubt, bis sie dem von Gröner geforderten Verbot beistimmten. Sie fürchteten nicht mit Unrecht, daß man das Verbot als den Dank Hindenburgs an die Sozialdemokratie für seine Wiederwahl auslegen würde.** Hatte doch das Reichsbanner am 11. April an Hindenburg ein Glückwunschtelegramm gesandt, worin die "völlige Niederwerfung" der Nationalsozialisten erwartet wurde. Der *Vorwärts* schrieb am 11. April:

"Die sozialdemokratischen Arbeiter haben wieder einmal Staat und Volk vor dem Sturz in den Abgrund gerettet (durch die Wahl Hindenburgs) und sie wissen schon aus alter Erfahrung, daß man ihnen das außerhalb ihrer eigenen Reihen nicht danken wird.... Die sozialdemokratischen Arbeiter haben das Ihre getan, sie verlangen jetzt vom Reich, daß es das Seine tut."

Hindenburg und Brüning wußten, daß diese marxistischen Stimmen dem von Groener geforderten Verbot einen recht üblen Beigeschmack gaben, sie wußten, daß die Gegner des Verbotes von einem Druck der Gewerkschaften sprechen würden; aber Groener drohte mit seinem Rücktritt. Endlich stimmten dann auch der Reichskanzler und der Reichspräsident zu. Man kann wohl sagen, daß das Verbot einzig und allein Groeners Werk war. Selbst mit seinen Mitarbeitern, General Schleicher, und General von Hammerstein, dem Chef der Heeresleitung, hatte er tiefgehende und sehr ernste Meinungsverschiedenheiten und Widerstände zu überwinden. Schleicher schätzte zwar den militärischen Wert der Verbände gering ein, aber er sah doch in ihnen eine gute Schule für die jungen Leute, Pflichterfüllung, Opfermut und Gemeinschaftsgeist zu lernen.

Wenn auch Groener behauptete, daß er bei dem Verbot ganz selbständig vorgegangen sei, weder von Severing noch von der Eisernen Front sich habe beeinflussen lassen, so war doch darüber kein Zweifel, daß starke sozialdemokratische Einflüsse im Innenministerium auf diese Entwicklung hinarbeiteten. Zu der Frage des Verbotes der S.A. und S.S. geriet Groener in eine verzwickte Lage zwischen den beiden von ihm verwalteten Ministerien: das Innenministerium forderte eine Tat, welche das Reichswehrministerium nicht billigte.

Das Verbot wurde folgendermaßen begründet: Die Organisation sei militärischen Formationen nachgebildet, sie stelle ein Privatheer, ein Parteiheer dar, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Die kasernenmäßige Unterbringung sei besonders gefährlich und die Gefahr von Gewalthandlungen sei jederzeit gegeben. Es sei ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten, und ein Staat im Staate könne nicht geduldet werden. Die Verbotsmaßnahme sei streng überparteilich. Es gehe dabei nicht um Partei oder Regierungen, sondern um den deutschen Staat selbst. Aus dem gleichen Grunde sei 1929 schon der Rote Frontkämpferbund aufgelöst worden. Das deutsche Volk lebe unter einer freiheitlichen Verfassung und die brauche Ordnung. Die Reichsregierung wisse sich in der Auffassung der Lage mit der großen Mehrzahl der Länderregierungen einig. "Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Machtmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten."

Die Auflösung der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln vollzog sich in aller Ruhe und ohne Widerstand von seiten der betroffenen Verbände. Große Polizeiaufgebote drangen in die nationalsozialistischen Häuser ein, durchsuchten und versiegelten die Räume und führten viel Material fort. Die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, das Reichsbanner, die Eisernen Front triumphierten. Mancher sozialdemokratische Polizeibeamte glaubte, die Stunde sei gekommen, sein Mütchen zu kühlen. **In vielen Städten spielten sich unwürdige Szenen ab. Mit Gummiknüppeln gingen die Polizisten gegen wehrlose Frauen und Kinder vor.** Skandalöse Vorgänge rief die Polizei in **Breslau** hervor. In einem provisorischen Lazarett in der nationalsozialistischen Geschäftsstelle wurden **20 schwerverletzte Nationalsozialisten eingeliefert, zum Teil mit Gehirnerschütterung von den Gummiknüppelschlägen.** Auch gegen Frauen wurde von den ritterlichen Beamten die **Kosakenmethode angewendet**, ja, der Reichstagsabgeordnete Schönwälder wurde sogar, als er Zeuge dieser Vorgänge war, von einem Beamten mit der entscherten Pistole bedroht! In Hamburg wurden 20 Männer verhaftet, darunter 7 Bürgerschaftsmitglieder und ein Reichstagsabgeordneter. Grzesins-

ki in Berlin verfügte sofort die Schließung von 60 S.A.-Heimen. Ist es doch vorgekommen, daß in dem thüringischen Ort **Langewiesen bei Arnstadt** der sozialdemokratische Bürgermeister das Reichsbanner zusammenrief und bewaffnete, damit es die Notverordnung des Reichspräsidenten durchführte, weil die zur Verfügung stehende Polizei "zu schwach" war!

Das Banditentum des Reichsbanners trieb üppige Blüten. Es maßte sich Polizeirechte an und oft kam es vor, daß eine Rotte feigen Gesindels einzelne Nationalsozialisten griff und nach Waffen durchsuchte: "Wir stellen jetzt Polizeigewalt dar!" In München befand sich die "Eiserne Front" allenthalben in höchster Alarmbereitschaft. Von Wirtschaften, die als Sammelort dienten, wurden Patrouillen ausgesandt, Nachrichtensysteme unterhalten und Leute abkommandiert, vor dem Braunen Haus und sonst als Lockspitzel zu wirken, um Zusammenstöße zwischen Polizei und Nationalsozialisten herbeizuführen. Polizeibeamte wurden wiederholt auf das Treiben aufmerksam gemacht, doch ohne Erfolg! Sie hatten kein Interesse dafür, weil es keine Nationalsozialisten waren! Es war ein herrlicher Rausch für das Reichsbanner, darauf zu lauern, um als hungriger Schakal über den gefällten Löwen herzufallen, dem man zu Lebzeiten feige aus dem Wege ging! Hitler mahnte zur Ruhe, warnte vor unbedachten Schritten. Es war das Schicksal der Kämpfer für Deutschlands Freiheit, daß sie Verfolgung und Verfemung dulden mußten. **Das aber, was die Eiserne Front sehnlichst wünschte, um einen Grund zum Bürgerkrieg zu haben: die Nationalsozialisten möchten losschlagen, das trat nicht ein.** Denn auf den Bürgerkrieg als letzte Rettung zielte ja die ganze Politik der Braun, Severing, Höltermann, Breitscheid, Wels ab!

**Groeners Verbot der S.A.,
Urteile und Unwille darüber**

Tiefen Unmut löste die Notverordnung des Verbotes im bürgerlichen Lager aus. Das Bürgertum wußte, daß jetzt das Bollwerk gefallen war, das bisher den Bolschewismus von Deutschland abgewehrt hatte und dessen Dasein allein eine wertvolle moralische Stütze der Staatsautorität gegen den roten Umsturz gebildet hatte; **das deutsche Bürgertum wußte, daß es jetzt gegen Moskau entwaffnet worden war, wie 1918 gegen Frankreich, und diese Entwaffnung gegen Moskau war Gröners Werk!** Vor allem diese Sorge bewog eine Anzahl Männer im Ruhrgebiet, Handwerker, Arbeiter, Geistliche, Bergwerksdirektoren, Stahl-helmführer, bald nach dem Verbot zur Bildung einer "antikommunistischen Liga" aufzurufen. Vor allem wies die bürgerliche Presse bis weit in das Lager der Mitte hinein - Staatspartei und Zentrum natürlich ausgenommen - auf die Einseitigkeit und Ungerechtigkeit hin, daß man die nationalsozialistischen Organisationen verbot, während man das Reichsbanner weiterhin duldet. Dies zweierlei Maß müsse das Vertrauen zum Staate stark erschüttern. **Wie auch die nationalsozialistische Presse führte auch ein Teil der bürgerlichen Zeitungen das Verbot auf sozialdemokratische Denunziationen an Frankreich zurück.** Überall bedauerte man den Schritt des Innenministers.

Die Bedeutung dieses Ereignisses rechtfertigt es, wenn einige Urteile der führenden deutschen bürgerlichen Presse wiedergegeben werden. Die der Volkspartei nahestehende Deutsche *Allgemeine Zeitung* schrieb unter der Überschrift "Der Staat steht links":

"Während behauptet wird, daß die Auflösung auch aus außenpolitischen Gründen erfolgt sei, und zwar deshalb, weil der Reichskanzler den Hinweis auf die Auflösung bei der Abrüstungskonferenz nützlich verwenden könne, ist in Wirklichkeit hier eine Organisation der Entente denunziert worden. Wenn die Reichsregierung offen diese Organisation als eine private Armee bezeichnet, so wird jedenfalls dieses Stichwort in Frankreich begierig aufgegriffen und dem Reichskanzler von Herrn Tardieu sehr oft vorgehalten werden. Die innerpolitische Begründung bedarf keiner weiteren Beleuchtung mehr. Daß jetzt einseitig die Parteitruppe Hitlers verboten wird, wird sicher von weitesten Kreisen eben nicht als eine Maßregel der Staatspolitik aufgefaßt werden, sondern als eine Maßregel des Wahlkampfes gegen die Nationalsozialistische Partei. Es ist anzunehmen, daß die Erregung eine ungeheure sein wird und daß, wie schon früher in einzelnen S.A.-Gruppen, Zweifel an der Richtigkeit des Legalitätskurses, den Adolf Hitler eingeschlagen hat, laut werden. Es ist schmerzlich, daß sich auch Reichswehrminister Dr. Groener und Reichskanzler Dr. Brüning den sozialdemo-

kratischen Wünschen gefügt haben."

Die volksparteiliche *Kölnische Zeitung* meinte:

"Die Begründung der Notverordnung kann uns nicht überzeugen, doch die Auflösung ist jetzt ausgesprochen, und es bleibt nur übrig, das Fehlerhafte des Vorgehens zu betonen und besonders unser Bedauern auszusprechen, daß man den Reichspräsidenten vor die Notwendigkeit gestellt hat, als erste Handlung seiner neuen Amtszeit ein Verbot zu verhängen."

Die überparteiliche nationale Berliner *Börsenzeitung* sagte, das Verbot sei erfolgt zu einem Zeitpunkt, der kurz nach der Reichspräsidentenwahl die Motive in einem besonders merkwürdigen Lichte erscheinen lasse. Das Verbot trage nicht im entferntesten zur Beruhigung des deutschen Volkes bei. Man müsse feststellen, daß der Reichsinnenminister so schlecht wie möglich beraten war, als er vor dem Drängen linksgerichteter Länderregierungen die Waffen streckte.

Der deutschnationale *Tag* urteilte:

"Bis in die letzte Stunde haben rechtsparteiliche und mittelparteiliche Zeitungen, die parteimäßig mit der N.S.D.A.P. nicht das geringste zu tun haben, die Reichsregierung aus staatspolitischen Gründen und aus Gründen der persönlichen Zuneigung zu dem greisen Generalfeldmarschall von Hindenburg eindringlich vor dem Verbot gewarnt. **Es muß festgestellt werden, daß die Zahl der ermordeten S.A.- und S.S.-Männer in die Hunderte geht und daß bisher die Staatsautorität nicht in der Lage war, insbesondere die Untaten aus der Eisernen Front und aus dem Reichsbanner zu verhindern.** Staatspolitisch ist es äußerst bedenklich, jetzt die 400 000 Menschen der S.A.- und S.S.-Organisationen, die zu einem Teil aus Arbeitslosen bestanden, welche in den Quartieren ihrer Organisation Unterkunft und Verpflegung fanden, der Verantwortung ihrer Führer zu entziehen."

Dingeldey, der Führer der Deutschen Volkspartei, erklärte in einer Wahlrede: es sei ein trauriger Tag für Deutschland gewesen, an dem es Reichsminister Groener gelungen sei, beim Reichspräsidenten das Verbot der S.A. zu erreichen. Wenn man bei der Eisernen Front, dem Reichsbanner und den Hammerschaften usw. Haussuchungen veranstaltet hätte, würde sich eine Fülle von Material finden lassen, mit dem das gleiche Verbot auch nach dieser Richtung hin hätte begründet werden können. Deshalb sei es **zu bedauern, daß das S.A.-Verbot einen einseitigen Charakter trage und daß nicht mit derselben Schärfe und Überparteilichkeit ein Verbot ähnlicher Organisationen verlassen worden sei.**

Die **Regierungspresse andererseits** war nicht nur befriedigt über das Verbot, sondern **forderte sogar zu weiteren Schritten gegen die N.S.D.A.P. auf!** Die Einseitigkeit der Maßnahme, daß man nur die "Privatarmee" Hitlers, nicht aber die Privatarmee der Sozialdemokratie, das Reichsbanner, verbot, erregte nicht den geringsten Anstoß. Die linksdemokratische *Vossische Zeitung* gab ihre Meinung dahin ab:

"Hitler ist am 13. März und am 10. April in der ersten und zweiten Instanz unterlegen. Der Versuch, bei den Landtagswahlen Revision einzulegen, muß zurückgewiesen werden. Je stärker und einheitlicher der Abwehrwillen gegen die Zerstörung von Staat und Wirtschaft durch größenwahnsinnige Dilettanten und wilde Demagogen hervortritt, desto leichter wird es auch gelingen, dem Spuk der S.A., dieser Karikatur und Parodie auf den nationalen Wehrgedanken, zum Verschwinden zu bringen."

Sehr treffend charakterisierte der **Nationalsozialist Dr. Hans Frank** in einem Offenen Brief an Groener die psychologischen Hintergründe des Verbotes:

"Die Notverordnung vom 13. April 1932 wurzelt nicht in den Erkenntnissen einer Politik, die, wie die nationalsozialistische, ihr Weltbild aus Jahrhunderten und Kontinenten formt, sondern eingestandenermaßen aus der reinen Nützlichkeitsbetrachtung einer 'Staatsautorität', die vor der Jugend des eigenen Volkes zurückschreckt."

Natürlich fand die schwerwiegende Tat der Reichsregierung **auch im Ausland** große Beachtung. **Frankreich** war hochofrent und wunderte sich nur, daß die deutsche Regierung solange gewartet hätte, bis sie endlich die "illegale Armee" von 400 000 Mann verboten habe. Da allerdings die Beziehungen zwischen Reichswehr und Hitler sehr eng gewesen seien, war man immerhin noch skeptisch. In **Italien** sah man in dem Verbot den Preis, den Hindenburg der Sozialdemokratie für seine Wiederwahl am 10. April gezahlt habe. Die deutsche Sozialdemokratie sei ja von der fixen Idee der Sicherheit befallen. In **England** beschränkte man sich zumeist auf die kühle und nüchterne Meldung des Verbotes, wies aber doch auf die Disziplin und die Ruhe der S.A. und die Bedeutung Hitlers hin. Der *Daily Express* schrieb:

"Wenn es Hitler gelingt, seine Armee aufzulösen und trotzdem ihre Treue zu erhalten, wenn er seine Leibwache entlassen kann und trotzdem die öffentliche Achtung behält, wenn er die Staatsgewalt anerkennen kann, ohne seine Überzeugung zu opfern, dann wird er es erleben, als Herrscher Deutschlands erwählt zu werden. **In der gleichen Stunde, da Hitler seine größte Krisis erlebt, hält er auch seine größte Gelegenheit in Händen!**.... Dies ist Hitlers Stunde, mit erbarmungsloser Feder wartet die Geschichte."

Allsogleich rührten sich in den deutschen Ländern eifrige Kräfte, um die nationalsozialistische Partei weiter zu unterhöhlen. So beeilte sich der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski in **Groß-Berlin**, für seinen Bezirk auch die Hitler-Jugend und den nationalsozialistischen Volkssportverein zu verbieten. Auch die demokratische Regierung **Badens** fühlte sich plötzlich nach dem Verbot stark genug, nicht nur zu erklären, daß ihr seit Monaten wiederholt und nachdrücklichst in Berlin vorgetragener Wunsch endlich erfüllt sei, sondern auch ihren Beamten mit schweren Maßregelungen und Strafen zu drohen, wenn sie der Partei Hitlers angehörten. Ähnliche Strömungen zeigten sich in **Hessen**.

Forderung eines Reichsbannerverbotes

Die Rechtsparteien, bis zur Volkspartei hin, erhoben sofort laut und vernehmlich die Forderung, daß Groener nun auch das Reichsbanner verbieten müsse. Von deutschnationaler Seite wurde eine Fülle von Material gesammelt, welches **Überfälle und Gewalttaten von Reichsbannerangehörigen gegen Anhänger der Rechtsparteien** betraf. Die Nationalsozialisten führten **Beweise für den heimlichen Waffenbesitz des Reichsbanners** an. Man hatte auch ausführliche Kunde von den **Bürgerkriegsvorbereitungen des Reichsbanners** an den Tagen der Reichspräsidentenwahl. In geheimen Sitzungen waren Anfang März die "Eisenbahner-Hammerschaften" der Eisernen Front zusammengerufen worden, an denen der Sozialdemokratische Einheitsverband der Eisenbahner führend beteiligt war. Den Mitgliedern wurde befohlen, Sabotageakte an der Eisenbahn vorzunehmen, Lichtleitungen zu zerstören, die Lokomotivschuppen zu verstopfen, die Waffen des Bahnschutzes zu ergreifen usw. All dies Material wurde sorgsam gesammelt und dem Reichspräsidenten übergeben, zugleich mit der Forderung, daß das "illegale" Reichsbanner erst recht verboten werden müsse, wenn man die S.A. und S.S. verbiete, denn es sei doch klar, daß sich das Reichsbanner Funktionen angemaßt habe, die nur der Staatsmacht zuständen.

In der Tat verfügte das Reichsbanner im Frühjahr über zahlreiche heimliche Waffen und Waffenlager. Es gab geheime Verbindungen zwischen Reichsbanner und Suhler Waffenfabrikanten, und die Zwickauer Reichsbannerzentrale brachte es fertig, tausend Mann mit Pistolen und Munition zu versehen. Die Garde Severings hatte den Vorteil, daß sie unter dem Schutze mächtiger Staatsmänner stand.

Hindenburg gab das ihm überreichte Material am 17. April an Groener weiter, indem er dem Minister einen Brief dazu schrieb:

"Inzwischen ist mir unter Übergabe von Belegmaterial mitgeteilt worden, daß ähnlich geartete Organisationen wie die hier verbotenen auch bei anderen Parteien bestehen. In Erfüllung meiner Pflicht zur überparteilichen Ausübung meines Amtes **muß ich verlangen, daß, falls dieses richtig ist, auch diese Organisationen der gleichen Behandlung verfallen.**"

Groener hatte zwar keine besonderen Sympathien für das Reichsbanner. Als dies im Februar 1932 dem Reichsinnenminister seine Dienste als Hilfspolizei anbot, dankte Groener sehr entschieden dafür. Das Reich besitze genügend eigene Machtmittel und brauche keine Unterstützung von privater Seite. Alle derartigen Versuche werde er, der Minister, im Keime ersticken. Jetzt jedoch bewies der Minister der sozialdemokratischen Weltorganisation ein ganz außerordentliches Wohlwollen, das in weiten Kreisen des Volkes ernste Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Worte vom Februar aufkommen ließ. Groener versprach zwar, das übersandte Material eingehend und gewissenhaft zu prüfen, wollte aber dem Reichsbanner durch inoffizielle Fühlungnahme Gelegenheit geben, von sich aus die militärähnlichen Formationen aufzulösen. **Der Reichsinnenminister wollte die ganze Sache als erledigt betrachten, wenn Höltermann freiwillige Auflösung der Schutzformationen versprach und durchführte.**

Führende Sozialdemokraten beeilten sich, nachzuweisen, daß ein Verbot des Reichsbanners unnötig, ja unsinnig sei. **Der preußische Ministerpräsident Braun** ereiferte sich dagegen, daß man die S.A. mit dem Reichsbanner gleichsetzen wollte. Die Gleichstellung einer Organisation, die sich zum Ziele gesetzt habe, den Staat mit Gewalt umzuwandeln, mit einer solchen, die sich zum Schutze des Staates zusammengetan habe, zeige eine völlige Verkennung der Lage. In seinen Wahlreden erklärte er, es wäre eine Verzerrung des Begriffes der Unparteilichkeit, wenn der Reichspräsident Vereinigungen, die in ihrer republikanischen Form wie in ihrer Zweckbestimmung und Tätigkeit auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze stehen, ebenso behandeln wolle wie die mit Recht verbotenen Organisationen. Das Reichsbanner habe den republikanischen Parteien erst die Ausübung der in der Verfassung gewährleisteten Versammlungs- und politischen Meinungsfreiheit gesichert, ja, es habe die Wähler Hindenburgs bei der letzten Reichspräsidentenwahl gegen den Terror derer, die ihn beschimpften, geschützt.

Höltermann, der Führer des Reichsbanners, sagte mit Emphase, das Reichsbanner habe nicht den Ehrgeiz, eine militärische Organisation zu sein. "Wir bleiben, was wir immer sein wollten, eine freiwillige Organisation, die den Staat verteidigt und für ihn eintritt, wo es nottut." Er gab Befehle an die Unterführer heraus, daß "alle außerordentlichen Schutzmaßnahmen" aufzugeben seien. "Es kommt darauf an, bis in die Reihen unserer Gegner die Überzeugung zu tragen, daß das Reichsbanner nie ein Staat im Staate sein wollte und sein will. Daß wir nie daran gedacht haben und nicht daran denken, gegen Recht und Verfassung unsere Ziele mit Gewalt durchzusetzen." Die "Eiserne Front" löste sich befriedigt in Kegelklubs und Turnvereine auf. Dann rief Groener, bewogen durch seine sozialdemokratischen Ratgeber, Höltermann zu sich und ließ sich von ihm erklären, daß alle Vorwürfe der Gegner unbegründet seien!

Aber aus dem Lager der bürgerlichen Parteien verstummte nicht die Forderung nach der Auflösung. Der voll konservative Graf Westarp verlangte die Beseitigung der sozialdemokratischen Privatarmee. Der Volksparteiler Dingeldey meinte: Wenn man mit derselben Energie bei der Eisernen Front, dem Reichsbanner, den Hammerschaften usw. Haussuchungen veranstaltet hätte, würde sich eine Fülle von Material haben finden lassen, mit dem das gleiche Verbot auch nach dieser Richtung hin hätte begründet werden können. Auch verschiedene Länderregierungen forderten das Verbot: Die beiden Mecklenburg, Braunschweig, Thüringen und Sachsen.

In diesen Tagen ging Höltermann, infolge der starken sozialdemokratischen Stützpunkte im Innenministerium, wie ein Diktator bei Groener ein und aus. **Groener behandelte die ganze Sache mit geflissentlicher Verzögerung.** Er reiste nach Süddeutschland, traf sich mit Brüning, der auf der Genfer Abrüstungskonferenz weilte, kam wieder und erklärte, die Entscheidung werde nach der Wahl fallen. Dann empfing er wieder Höltermann, und der war über die Aussprache mit dem Minister tief befriedigt: "Wir bleiben!"

Die Reichsbannerangelegenheit wuchs sich zu einem regelrechten Skandal aus. Der Rotterdamer *Courant*, das größte Blatt Hollands, urteilte:

"Man erlebte das seltsame Schauspiel, daß die Reichsstellen und die preußischen Minister

gegen Hindenburgs ehrlichen Willen, unparteiisch das Verbot aller politisch-militärischen Parteiformationen durchzuführen, zu rebellieren beginnen. In jedem Falle sind Reichsbanner und Eiserner Front genau so Kampftruppen in der Politik wie die aufgelöste S.A. **Die verschiedenartige Behandlung rechts- und linkspolitischer Privatarmeen in Deutschland kann noch zu ernstesten Krisen führen.**" -

Es war, als **zeigte sich jetzt, in dem Augenblick, da die Nationalsozialisten ganz dicht an das Staatsruder herangetreten waren, das gewalttätige Wesen der Demokratie in seiner ganzen Nacktheit.** Die Ungerechtigkeit im Präsidentschaftswahlkampfe, die Tücken der Preußenregierung, die Ungerechtigkeit beim Verbot militärähnlicher Organisationen enthüllten dem Volke deutlich genug, daß es seine demokratische Freiheit verloren hatte und unter der harten Parteidiktatur von Zentrum und Sozialdemokratie stand, welche durch Preußen und Bayern zum "Staatswillen" geformt und von Groener als "Reichswille" anerkannt war. **Das war der entscheidende Schlag, mit dem die herrschende Regierung sich vollends die Sympathien der stets für "Freiheit" Eintretenden bürgerlichen Mitte verscherzte und diese zerstörte, beziehungsweise dem Nationalsozialismus in die Arme trieb.** Groener, von Severing unterstützt, brachte es durch sein wenig staatsmännisches Benehmen dahin, daß die demokratische Regierungsgewalt auf einen immer kleiner werdenden Kreis beschränkt wurde. Um sich zu behaupten, beging die schwache Demokratie Selbstmord: Ausschaltung des Reichstages, Aufhebung der demokratischen Grundrechte und Einengung der politischen Freiheit, und nun einseitige Gewaltanwendung gegen das nationale junge Deutschland - **der Verzweiflungskampf eines seiner inneren Schwäche erliegenden reaktionär-demokratischen Systems.** Die Staatsfeinde waren nicht mehr die Nationalsozialisten, sondern diejenigen, die ohne Kenntnis historischer Volksentwicklung und ohne staatsmännische Begabung glaubten, ihre doktrinaire Gewalttätigkeit gegen das national empfindende Volk anwenden zu können.

Graf von der Goltz, der Führer der Vereinigten Vaterländischen Verbände, erließ folgende Kundgebung:

"Im Verbot der S.A. erblicken wir die Unfähigkeit des schwarz-roten Parteisystems, die deutsche Freiheitsbewegung in den Dienst des Staates zu stellen, wie es von jeher als Pflicht nationalen Staatswillens galt. Das Verbot entbehrt jeden außenpolitischen Augenmaßes. Es muß als Verbeugung vor der Genfer Abrüstungsmaskerade empfunden werden. Seine Einseitigkeit untergräbt nicht nur das Vertrauen zur Gerechtigkeit, sondern liefert den Staat dem roten Reichsbanner aus, das seinen Lohn fordert. Das Verbot ist ein weiterer Schritt zur Unterdrückung aller nationalen Bestrebungen, die sich dadurch mitbetroffen fühlen. Die freiheitsliebenden Deutschen aller Parteien fordern wir deshalb auf, auf legalem Wege ihre letzte Energie zur Wiedergewinnung eines freien, nationalen Staates einzusetzen."

In fünf deutschen Ländern, Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt, Hamburg, waren für den 24. April **Wahlen für die Landesversammlungen** ausgeschrieben. Vier Fünftel aller deutschen Wahlberechtigten wurden zur Wahlurne gerufen. Eine Woche lang wurde erbittert gekämpft. In diesem Kampfe war nicht mehr von papiernen Programmen die Rede, die Zeit ihrer Wirkung auf das Volk war längst vorüber. In diesem Kampfe ging es um Systeme: Soll es so bleiben oder soll es anders werden?

**Länderwahlen
und ihre Ergebnisse**

Hitler fuhr durch Deutschland und sprach vor vielen Hunderttausenden von Menschen. Die größten Säle reichten nicht aus, um alle zu fassen, die Hitlers Name zusammenrief. Zelte wurden vor den Toren der Städte errichtet, oder gar auf großen Plätzen unter freiem Himmel strömten Männer und Frauen zusammen, 60 000, 100 000, noch viel mehr. Diese gewaltigen Volksversammlungen unter den wehenden Hakenkreuzfahnen stehen einzig in der Weltgeschichte da. Als der Führer erschien, reckten sich hunderttausend Hände ihm entgegen, brauste der Ruf der Begeisterung über das weite Feld. So war es überall, wohin der Führer kam, manchmal stand er zwei-, dreimal am Tage vor solchen ungeheuren Versammlungen. Sein Flugzeug wartete schon, ihn nach der nächsten Stadt zu bringen.

Schlicht und natürlich trat Hitler auf, und dieses Auftreten eroberte sofort die Herzen derer, die ihn noch nicht kannten. Er sprach ruhig, beherrscht, ohne Pathos, sehr nüchtern. Die Größe seines Strebens ward nicht durch kleinlichen Haß verdunkelt. Er schimpfte nicht. Er sagte nur: "Seht, das hat das heutige System vor dreizehn Jahren versprochen, und das hat es geleistet." Er entwickelte kein Programm. Er machte keine Versprechungen. Er hämmerte immer nur den einen lapidaren Satz: "**Deutschland muß gerettet werden!**" Er verbreitete nicht ausschweifende Siegeshoffnungen, sondern er sagte: "Es ist möglich, daß wir nicht siegen, aber es ist nötig, daß wir weiter kämpfen!" Er rühmte sich nicht des Dreizehn-Millionen-Heeres, das hinter ihm stand, sondern er bezeichnete es als das Wertvolle, daß es ihm gelungen sei, alle deutschen Volksschichten, Berufe und Stände in seiner Bewegung zu vereinigen: Geistes- und Handarbeiter, Bauern und Kaufleute und Handwerker. Das war ja eben das Neue, das Große: "Nur in der Dreieinigkeit von Geist, Faust und Bauerntum liegt die Zukunft Deutschlands." Vor allem leuchtete aus seinen Worten ein unbezwingbarer Wille. "Sie können uns weiter unterdrücken, sie können uns weiter verbieten, aber eines werden sie nie erreichen, daß ich kapituliere!" "Das Ziel heißt Deutschland. Es ist gleichgültig, wie der Kampf ausgeht. Wesentlich ist nur, daß wir niemals das Ziel verlieren!"

Es waren nicht die Worte, von denen die Kraft der Überzeugung ausging, sondern es war die Persönlichkeit des Mannes, der alle in seinen Bann riß und an sich kettete.

Auch Hugenberg und seine Getreuen versammelten das Volk um sich. Aber seine Kampfaktik wurde doch in den eigenen Reihen oft recht mißtrauisch betrachtet: er kämpfte nach **zwei Fronten**, gegen den Marxismus und gegen den Nationalsozialismus. Im übrigen betonte die Deutschnationale Volkspartei in ihren Kandidatenlisten nur allzu sehr ihre enge Verbindung mit dem Stahlhelm: die aufgestellten Kandidaten wurden ausdrücklich als Mitglieder oder Führer des Stahlhelms bezeichnet. Die enge Verbindung zwischen der Partei und dem Bund der Frontsoldaten erwies sich so der Öffentlichkeit.

Die sterbende **Demokratie** pries sich als die Auslese der Vernunft und Besonnenheit. Wehklagend warnte sie vor den Gefahren des "Radikalismus". Die Demokratische Partei, die mit allen Kräften in den letzten Monaten mitgeholfen hatte, die deutsche Freiheit mit Knüppeln totzuschlagen, appellierte an den "Freiheitssinn des deutschen Bürgertums", den sie zu schützen vorgab. Aber kein Mensch glaubte mehr diese Lügen.

Die einzige Propaganda der **Sozialdemokratie** bestand in einer maßlosen, von Lüge und Verleumdung erfüllten Hetze gegen die Nationalsozialisten. Diese Partei, zu welcher sich Minister und Oberpräsidenten zählten, nahm die Maske vom Gesicht und enthüllte sich als eine Kulturschande für das deutsche Volk. In Millionen und Abermillionen Exemplaren verbreitete sie unflätige und schamlose Flugblätter, und unter diesen unanständigen Sudeleien stand dann: "Wählt Braun-Severing!"

Die **Kommunisten** verlegten den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Straße. Die Agitatoren folgten den Weisungen der Moskauer, sie sammelten mitten im Strudel des Großstadtverkehrs kleine Debattierklubs um sich und priesen die Herrlichkeit der kommunistischen Herrschaft.

Im Gegensatz zu den Wahlkämpfen der Vergangenheit verlief dieser Wahlkampf in verhältnismäßig äußerer Ruhe. Und dennoch stand das Volk unter dem zwingenden Eindruck, daß der gewaltige Mahlstrom des Nationalsozialismus alles unter sich zerrieb und zermalmte, was nicht widerstandsfähig war.



Friderizianisches Orchester spielt bei der Preußenwahl. [Photo Scher!]

Am 24. April fielen die Würfel. Er brachte durch ein gewaltiges Anschwellen des Nationalsozialismus den Untergang der demokratischen Parlaments- und Mehrheitsherrschaft. Zwar gelang es,

durch das Versagen der Deutschnationalen, der nationalen Opposition nicht, die absolute Mehrheit zu erringen, aber die Sozialdemokratie erlitt schwere Verluste, und die bürgerliche Mitte wurde fast gänzlich aufgerieben. **Das Ergebnis war, in Millionen Stimmen, folgendes:**

| | Preußen | Bayern | Württemberg | Hamburg | Anhalt |
|-------------------------|---------|--------|-------------|---------|--------|
| N.S.D.A.P. | 8,0 | 1,27 | 0,33 | 0,23 | 0,09 |
| Deutschnationale | 1,5 | 0,13 | 0,05 | 0,03 | 0,01 |
| Deutsche Volkspartei | 0,3 | 0,06 | 0,02 | 0,02 | - |
| "Nationale Front" | 0,4 | - | - | - | - |
| Hannoverer | 0,06 | - | - | - | - |
| Christlich Soziale | 0,25 | 0,04 | 0,05 | - | - |
| Nationale Minderheiten | 0,05 | - | - | - | - |
| Staatspartei | 0,3 | - | 0,06 | 0,08 | - |
| Zentrum | 3,3 | 1,27 | 0,25 | 0,01 | - |
| S.P.D. | 4,6 | 0,64 | 0,21 | 0,22 | 0,07 |
| S.A.P. | 0,07 | 0,01 | - | - | - |
| Partei der Erwerbslosen | 0,1 | - | - | - | - |
| K.P.D. | 2,6 | 0,26 | 0,11 | 0,12 | 0,02 |
| Bayr. Bauernbund | - | 0,25 | - | - | - |
| Bauern u. Weingärtner | - | - | 0,13 | - | - |

Durch den Ausgang der Wahl hatte sich in allen beteiligten Ländern der Schwerpunkt auf die Seite der Nationalsozialisten verlegt. Der neue preußische Landtag hatte 422 Abgeordnete. Davon entfielen auf die Nationalsozialisten 162 (1928: 9), auf die Deutschnationalen 31 (vorher 71). Das Zentrum hatte 67 (71) Sitze, die Sozialdemokratie fiel von 137 auf 93, die Kommunisten stiegen von 48 auf 57 Sitze. Und dann waren noch ein paar klägliche Trümmer der bürgerlichen Mitte da: 2 Staatsparteilerner (vorher 22), 2 Christlich-Soziale (vorher 4), 1 Deutsch-Hannoverer (vorher 5) und 7 Volksparteiler (ehedem 40). Der Nationalsozialismus hatte, das war klar, das mittelparteiliche Bürgertum aufgerieben. Die "Nationale Front", Volkskonservative, Wirtschaftspartei und Landvolk, brachte nicht einen einzigen Abgeordneten in das neue Parlament. Hugenberg hatte mit seiner Prophezeiung recht behalten, daß die Mitte, wenn sie sich zersplittre, ganz ausfallen würde. Die Nationalsozialisten allein aber erhielten ebensoviel Stimmen wie die Parteien der Weimarer Koalition. Das Kräfteverhältnis war nun dieses: Nationale Opposition 45,7 Prozent, Weimarer Koalition 38,4 Prozent, Kommunisten 13,5 Prozent.



Zusammensetzung des preußischen Landtages, 1928 vs. 1932.

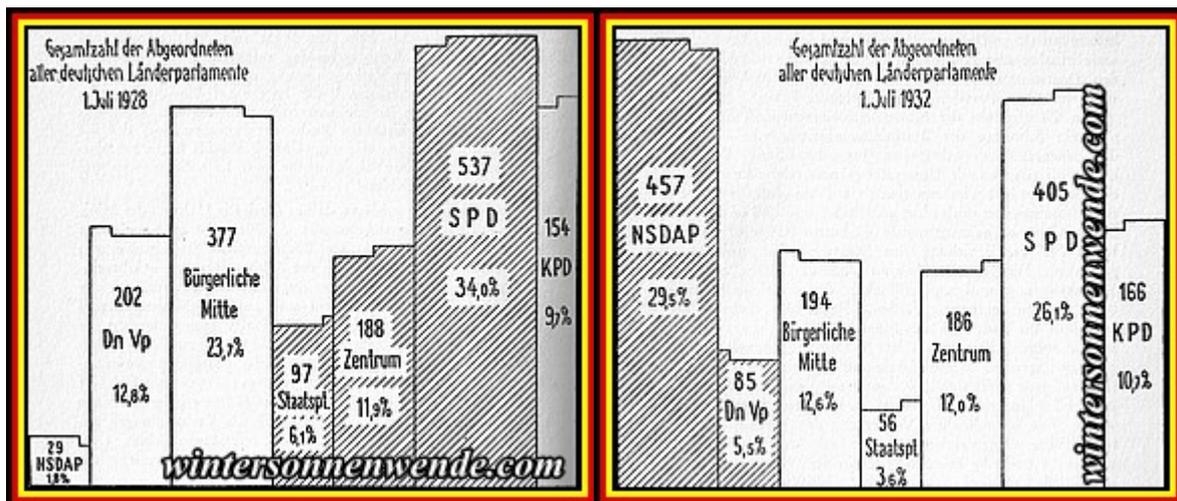
In **Anhalt** machte die nationale Opposition, bestehend aus 15 Nationalsozialisten und 2 Deutschnationalen, 47,2 Prozent aus. Die 12 Sozialdemokraten und der eine Staatsparteilerner machten 36,1 Prozent, die 3 Kommunisten 8,3 Prozent aus. Hinzu kommen noch 2 Volksparteiler und 1 Hausbesitzer. Die Nationalsozialisten hatten gegen 1928 14 Sitze gewonnen, die Sozialdemokratie 3, Staatspartei und Hausbesitzer je 1, die Volkspartei 4 Sitze verloren. Kein Mandat erhielten der Landbund (vorher 4) und die Wirtschaftspartei (vorher 1).

Wesentlich ungünstiger war das Hamburger Ergebnis. **Hamburg** war ja ein Hauptbollwerk der Staatspartei. Immerhin vermochten die Nationalsozialisten gegen den 27. September 1931 ihre Mandate von 43 auf 51 zu vermehren, mit den 7 Deutschnationalen (früher 9) bildeten sie als nationale Opposition 36,2 Prozent (vorher 32,5). Die 49 Sozialdemokraten, 18 Staatsparteilerner und 2 Zentrumsabgeordneten machten 43,1 Prozent aus (vorher 62 Sitze oder 39 Prozent). Den Zuwachs

erhielten sie von den Kommunisten, die von 35 auf 26 Sitze oder von 22 Prozent auf 16 Prozent zurückgingen. Volkspartei, Mittelstandspartei und Christlich-Soziale hatten insgesamt 4 Mandate eingebüßt, sie hatten zusammen 9 Sitze.

In **Bayern** hatten die Nationalsozialisten 43 Sitze, also ihre 9 Mandate von 1928 fast verfünffacht. Aber die Deutschnationalen hatten 10 verloren: sie verfügten nur noch über 3. Die nationale Opposition hatte jetzt 40 Prozent aller Mandate inne. Die Kommunisten zählten 8 Sitze, sie hatten 3 gewonnen; sie machten im neuen Landtag 6 Prozent aus. Die Bayrische Volkspartei hatte nur 1 Sitz eingebüßt: sie verfügte über 45 Mandate oder 35 Prozent. Aber die Sozialdemokratie war von 34 auf 20 zurückgegangen. Hatte sie vorher 26,5 Prozent, so konnte sie diesmal nur 15,6 Prozent aller Sitze beanspruchen. Der Bayrische Bauernbund hatte von seinen letzten 17 Sitzen 8 verloren, die Deutsche Volkspartei, die vordem 4 Mandate hatte, errang diesmal nicht ein einziges!

Ähnlich war es in **Württemberg**: von 21 Sozialdemokraten zogen nur 12, von 8 Staatsparteilern nur 3 wieder ins Parlament ein. Die demokratische Front war von 36,2 Prozent auf 20,2 Prozent gesunken. Das Zentrum behauptete sich mit 16 Sitzen (21,6 Prozent). Die Nationalsozialisten, die vorher nur einen Sitz hatten, verfügten jetzt über deren 20, während die Deutschnationalen von ihren 4 Sitzen 1 verloren hatten. Die nationale Opposition hatte also jetzt 31 Prozent der Mandate inne. Die Kommunisten hatten mit ihren 7 Mandaten nur 1 neues erobert (9,5 Prozent). Auch hier hatte die vielgestaltige bürgerliche Mitte - 8 Bauern und Weingärtner, 1 Volksparteiler, 1 Volksrechtsparteiler und 3 Christlich-Soziale - fast die Hälfte ihrer ehemaligen Gesamtmandate (24) eingebüßt. Immerhin verfügte sie noch über 17,5 Prozent der Parlamentssitze und konnte so das Zünglein an der Waage zwischen dem nationalen Block und der Mitte bilden.



Gesamtzahl der Abgeordneten aller deutschen Länderparlamente, 1. Juli 1928 vs. 1. Juli 1932.

Das jedenfalls war **das große geschichtliche Ergebnis der Länderwahlen vom 24. April 1932: im sieghaften Erobern hatte der nationale Sozialismus von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten das alte Partegefüge zerschmettert.** Auf dem weiten Trümmerfelde erhob sich nur noch der Zentrumsturm, dessen zuverlässigstes Fundament die Frauen waren. In Westdeutschland hatte man die Männer und Frauen gesondert abstimmen lassen, dabei ergab sich, daß der prozentuale Anteil der **Frauen beim Zentrum** am größten war, während die meisten **Männer nationalsozialistisch** gewählt hatten. Es ist ein interessanter Vergleich, der hier nicht fehlen darf:

| | % der männl. Stimmen | % der weibl. Stimmen |
|------------|----------------------|----------------------|
| Zentrum | 21,0 | 37,2 |
| N.S.D.A.P. | 29,9 | 24,3 |
| D.N.Vp. | 2,1 | 2,4 |
| D.Vp. | 3,1 | 3,4 |
| S.P.D. | 17,0 | 14,0 |

Die Sozialdemokratie glich schon einer stark verfallenden Ruine, das war nicht mehr abzustreiten. **Die demokratische Ära war überwunden, das Zeitalter des Dritten Reiches zog herauf.** Der seltene Fall war wieder eingetreten, daß ein Hohenzollernprinz als nationalsozialistischer Abgeordneter eingezogen war in das Parlament des Staates, den seine Vorfahren ein halbes Jahrtausend regiert hatten: Prinz August Wilhelm. Nur einmal vorher war ein ähnlicher Fall vorgekommen. Im Jahre 1848 war **Prinz Wilhelm von Preußen**, Bruder des **Königs Friedrich Wilhelms IV.** und selbst später König, in die preußische Nationalversammlung gewählt worden. Doch machte Prinz Wilhelm nur einmal, am 8. Juni 1848 Gebrauch von seinem Mandat.

Der Nationalsozialismus hatte die letzte Etappe erreicht im Kampfe um die Macht. Mit dem Youngplan und seiner Bekämpfung im Herbst 1929 begann das Ringen gegen die internationalen Gewalten der Demokratie, des Zentrums und des Marxismus. Im Anfang 1930 wurde der erste Nationalsozialist, Dr. Frick, Minister in Thüringen. Den weiteren Sieg brachte die Reichstagswahl von 1930. Seit dem 14. September 1930 war der Nationalsozialismus das feste Rückgrat der nationalen Bewegung geworden. Stahlhelm und Deutschnationale Volkspartei schlossen sich an ihn an. Diese Etappe ist gekennzeichnet durch das Volksbegehren und dann den Volksentscheid des Stahlhelms wegen der Auflösung des preußischen Landtages. Den endgültigen Übergang der Führung an den Nationalsozialismus bereitete das kurze Zwischenspiel von Hugenburgs Harzburger Front vor. Die hessischen Landtagswahlen Mitte November erwiesen zum ersten Male, daß der Nationalsozialismus über die demokratischen Parteien das Übergewicht gewonnen hatte. An dieser Entwicklung scheiterte Brüning's Versuch, die Reichspräsidentenwahl zu umgehen und Hindenburg durch das Parlament wiederwählen zu lassen. Die Länderwahlen von Ende April forderten nun kategorisch die nationalsozialistische Regierungsweise.

Im Ausland wurde das Wahlergebnis verschieden beurteilt. Die **Franzosen** verbargen ihre Bedrückung hinter der Feststellung, daß Hitler doch noch nicht die absolute Mehrheit erhalten habe. Immerhin gab man zu, daß die nationale Opposition an der Schwelle des endgültigen Sieges stehe. Auch in **England** erkannte man den großen Schritt vorwärts und sprach davon, daß das Ansehen der Brüning-Regierung untergraben sei. Hitler sei ein bleibender beherrschender Faktor in den deutschen politischen Verhältnissen geworden. **Italien** war voll Genugtuung, daß nun die Abrechnung mit den Sozialdemokraten erfolgen werde. Polen sprach von einer Gefahr für den Weltfrieden und Abschüttelung der Reparationen. Die **Amerikaner** waren von der Sorge erfüllt, ob wohl nun die demokratischen Parteien die nötige Kontrolle über die Regierung behalten würden.

In Deutschland stießen jetzt harte Gegensätze aufeinander. Die Nationalsozialisten erklärten, daß sie regierungsbereit seien, und forderten gleichzeitig Neuwahlen zum Reichstag. **Die Sozialdemokraten** gaben bekannt, daß sie mit schärfsten Mitteln die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung verhindern würden. Dasselbe versicherten **die Kommunisten**, und plötzlich gab es wieder eine Schicksalsgemeinschaft zwischen den beiden marxistischen Gruppen, die sich sonst auf Tod und Leben bekämpft hatten. **Die preußische Regierung** Braun war nicht entschlossen zu weichen. Zunächst wollte sie den neuen Landtag möglichst spät einberufen und sodann berief sie sich auf die geänderte Geschäftsordnung. Ja, die Presse der Koalitionsparteien erwog sogar den Gedanken, ob man nicht einen "Reichskommissar" einsetzen sollte, um auf diese Weise die Möglichkeit einer Regierungsübernahme durch die "staatsfeindlichen" Nationalsozialisten zu verhindern! Es war übrigens eine kuriose Erscheinung des demokratischen Systems, daß die Regierung Braun zögerte, den alten Landtag aufzulösen, nachdem der neue gewählt war.

**Zerrüttung des
Parlamentarismus**

Ganz eigentümlich war die Stellung **des Zentrums**. Vor den Wahlen verhandelte das Zentrum mit den bürgerlichen Splitterparteien der Mitte, der "nationalen Front deutscher Stände", wegen etwaiger Bildung einer Minderheitsregierung, die von Sozialdemokraten und vielleicht sogar Kommunisten geduldet würde. **Die Deutsche Volkspartei** wurde allerdings nicht in die Verhandlungen einbezogen. Überdies lehnte sie jede Minderheitsregierung ab und forderte schon vor der Wahl eine klare

nationale Regierung, die in keinerlei Beziehung zur Sozialdemokratie stehen solle. Vor der Wahl scheuten sich auch nicht die Redner der Zentrumspartei, die Nationalsozialisten als Bolschewisten mit nationalem Vorzeichen zu bezeichnen. Gewiß war es dem Zentrum gelungen, seine Stimmenzahl noch um etwas zu erhöhen. Nach der Wahl aber rückte doch die Möglichkeit bedenklich nahe, daß das Zentrum mit den Nationalsozialisten eine Regierung bilden müsse. Der Vorstand der preußischen Zentrumspartei erließ einen Aufruf, der auf den erheblichen Stimmenzuwachs der Partei hinwies und daraus folgerte, daß das Zentrum die Achse der deutschen Politik bleibe. Die Partei sei bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des gesamten Volkes zu dienen entschlossen seien. Die Zentrumsfraktion werde sich auch fürderhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen. Gleichzeitig erklärte man, Aufgabe der Rechtsgruppen sei es nun, zu erklären, ob sie weiterhin in ihrer Opposition verharren oder ihre negative Opposition aufgeben wollten und voll auf dem Boden der Verfassung zur positiven Mitarbeit bereit seien. Immerhin hatte durch das Wahlergebnis der rechte, nationale, von Herrn von Papen geführte Flügel an Einfluß gewonnen. Ein Kurswechsel in der bisher stark links orientierten Zentrums politik bahnte sich an, der sich durch einen Rücktritt des bisherigen Germaniahauptgeschäftsführers ankündigte. Herr von Papen, der Hauptaktionär und Aufsichtsratsvorsitzende der *Germania*, war bemüht, das Steuer der Partei nach rechts zu drehen.

Das war der Gang der Dinge: Die Deutschnationalen waren im Wirbel des katastrophalen Zusammenbruchs mitgerissen worden. Sie kamen als Machtfaktor nicht mehr in Frage. Von den Koalitionsparteien stand nur noch das Zentrum aufrecht. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, bürgerliche Mitte, Staatspartei, Sozialdemokratie, Kommunisten - sie alle hatte der Nationalsozialismus zerrieben oder geschwächt. Nur das Zentrum war noch da. **Und nun ward dem Nationalsozialismus die letzte und schwerste Aufgabe gestellt, sich mit dem Zentrum auseinanderzusetzen. Drei Möglichkeiten gab es da: Die Gewalt**, wie einst Mussolini den Faschismus ins Regiment einsetzte; aber dieser Weg schaltete von vornherein aus nach den Erfahrungen von 1923; **die zweite Möglichkeit war, zu warten**, bis die Freiheitsbewegung bei einer kommenden Wahl die absolute Mehrheit erhielt; dieser Weg war legal, er war außerdem der sicherste, aber er setzte Selbstbeherrschung und Mäßigung voraus, man mußte sich einrichten, noch einige Zeit zu warten; **die dritte Möglichkeit war die, mit dem Zentrum eine Koalition einzugehen und die Regierung in die Hand zu nehmen**; dieser Weg war der schwierigste, denn er war nicht nur von der Gefahr bedroht, einen Teil der Grundsätze, wenn auch nur vorübergehend, zu opfern und das Vertrauen der Anhänger zu erschüttern, sondern er enthielt auch die Forderung der friedlichen Überwindung des Zentrums durch die Zusammenarbeit mit ihm. Der dritte Weg mußte aber nach reiflicher Überlegung abgelehnt werden, denn die Hitlerbewegung durfte an keiner Koalition teilnehmen, dadurch würde sie zum Teilhaber des Systems werden, das sie bis auf den Tod bekämpfte. **So blieb dem Nationalsozialismus kein anderer Weg als der zweite.** -



10. Kapitel: Der Sturz der demokratischen Diktatur.

Im Vorsommer 1932 erhoben sich innenpolitisch drei elementare Gewalten zu einer gefährlichen Bedrohung für die Brüning-Diktatur: **Die Arbeitslosigkeit** und die Unfähigkeit, sie mit den Mitteln der herrschenden Anschauung zu bekämpfen, die **fortschreitende Zerrüttung der Finanzen** und die Unfähigkeit, sie mit der herrschenden Methode immer neuer Steuerbelastungen, die das ausgepumpte Volk nicht mehr zu tragen imstande war, zu bannen, und **das immer machtvollere Anwachsen des Nationalsozialismus**, das durch kein Gesetz und keine Gewalttat verhindert werden konnte. Und schließlich erschütterten **die Angriffsvorbereitungen Polens gegen das östliche Deutschland** aufs schwerste die Stellung der Brüning'schen Regierung. Nach **den großen deutschen Landeswahlen** begann daher der Machtzerfall der demokratischen Diktatur offen einzusetzen und schließlich bis zum Sturze der Regierung Brüning fortzuschreiten. -

Der **schwersten Krankheit des deutschen Volkslebens, der Arbeitslosigkeit**, stand Brüning machtlos gegenüber. Trotzdem der Kanzler schon verschiedentlich durch Notverordnungen tiefe Eingriffe in das Leben der Privatwirtschaft getan hatte, scheute er dennoch davor zurück, auf diesem wichtigsten aller Gebiete, der Arbeitsregulierung, sich entschlossen von den alten, als unbrauchbar erwiesenen Wirtschaftsprinzipien abzuwenden. Brüning glaubte immer noch, daß die Arbeitslosigkeit in sich selbst bekämpft werden könnte, durch Neuordnung der sozialen Fürsorge, durch freiwilligen Arbeitsdienst, durch Ausbau des Siedlungswesens. Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen durch unmittelbare und umfassende Neuorganisation des gesamten Arbeitsgebietes der Volkswirtschaft, davor scheute der Kanzler immer wieder zurück, denn er fürchtete den Widerstand der liberalistisch denkenden Unternehmer.

Allerdings war ein großer Mut nötig, um eine entschlossene Heilung der wirtschaftlichen Wunden herbeizuführen. Vor allem bedurfte der verantwortliche Staatsführer einer klaren und ruhigen Erkenntnis der gewaltigsten wirtschaftlichen Katastrophe, die je den Erdball, seit es eine Weltgeschichte gibt, befallen hat. Es war ja der Erfolg des Weltkrieges gewesen, daß die wirtschaftliche Vorherrschaft Europas in der Welt zerbrochen wurde, ja, daß die beherrschende Stellung der weißen Rasse bis in ihre Grundfesten erschüttert wurde! In China und Indien haben die weißen Kapitalisten ihren Einfluß beträchtlich eingebüßt. Im bolschewistischen Rußland war der Kapitalismus in extremen Marxismus umgeschlagen, das mächtige Kolonialreich Englands hatte sich in die wirtschaftlich selbständigen Gebiete der Dominions aufgelöst. **Eine Wirtschaftskatastrophe, wie sie die Weltgeschichte noch nicht erlebt hatte, war über das kapitalistische Europa hereingebrochen:** der Teil unseres Erdballes, der sich 1918 dem wirtschaftlichen Imperialismus Europas entzogen hatte, betrug 62 Millionen Quadratkilometer oder 45 Prozent der gesamten Landoberfläche unserer Erde, und 950 Millionen Menschen oder die Hälfte der gesamten Erdbevölkerung!

Hieraus ergab sich, daß die bisher vorwiegend auf Export eingestellte Wirtschaft der europäischen Völker einer schweren Krisis entgegenging. Am schwersten war diese Krisis in Deutschland, das den Krieg verloren hatte. Andererseits waren die Vereinigten Staaten von Amerika bis zum Platzen mit Waren und Gold angefüllt, für das sie, infolge der Armut Europas, keinen Absatz mehr fanden. So äußerte sich die Krisis der auf Export gegründeten kapitalistischen Wirtschaftsform in **zwei Erscheinungen**: einer katastrophalen Arbeitslosigkeit und einer Fehlverteilung des Goldes. So waren also 1932 **arbeitslos** in:

**Weltnot der
Arbeitslosigkeit**

| | | | | |
|--------------------|-----|-----|----------------------|-------------|
| Deutschland | von | 63 | Millionen Einwohnern | 8,7 Prozent |
| Vereinigte Staaten | von | 106 | Millionen Einwohnern | 8,1 Prozent |
| Österreich | von | 6 | Millionen Einwohnern | 6,9 Prozent |
| England | von | 46 | Millionen Einwohnern | 5,8 Prozent |
| Kanada | von | 10 | Millionen Einwohnern | 5,3 Prozent |
| Tschechoslowakei | von | 15 | Millionen Einwohnern | 4,1 Prozent |
| Italien | von | 41 | Millionen Einwohnern | 2,4 Prozent |
| Frankreich | von | 41 | Millionen Einwohnern | 1,8 Prozent |
| Polen | von | 27 | Millionen Einwohnern | 1,0 Prozent |
| Rumänien | von | 18 | Millionen Einwohnern | 0,3 Prozent |

Andererseits hatten 1913 von den 40 Milliarden Goldbestand der Welt die Vereinigten Staaten 7,9 (19,75 Prozent) und Frankreich 5,9 (14,75 Prozent) Milliarden, während 1932 von den 52 Milliarden in den Vereinigten Staaten 18,4 (35,4 Prozent) und in Frankreich 12,6 (24,2 Prozent) Milliarden lagerten! Die beiden Staaten, die also vor dem Kriege etwas mehr als ein Drittel des Goldes besaßen, verfügten 1932 über drei Fünftel davon, hatten ihren Anteil fast verdoppelt! Die Folge davon war, daß fünf Sechstel der Menschheit **nicht mehr genügend Gold als Währungsgrundlage** hatten.

Diese Entwicklung lag ganz in der Linie des alten Wirtschafts- und Weltwirtschaftssystems, das die Erzeugung nur zum Zwecke des kapitalistischen Profites betrieb. Es war das Tragische in Deutschland, daß sowohl die führenden Wirtschaftskreise wie auch die Staatsmänner die Krisis der kranken

liberalistischen Wirtschaft durch veraltete, aus diesem System selbst heraus geborene Mittel zu heilen versuchten. Den verminderten Absatzmöglichkeiten suchten sie zu steuern durch Verminderung der Menschenkräfte, durch Einschränkung der im Produktionsprozeß beschäftigten Menschen. Als sie seit der Sommerkrise von 1931 das Verhängnisvolle dieser Methoden erkannten, waren die deutschen Staatsmänner bereit, durch marxistische Mittel, insbesondere durch Verkürzung der Arbeitszeit, eine Linderung der großen Arbeitslosennot herbeizuführen. Sie fanden nicht den Mut, das Problem von der andern Seite anzufassen: **statt Abbau der Menschenkräfte den Abbau der Maschinenkräfte** zu diktieren, um infolge der verminderten Absatzmöglichkeiten durch Rückkehr zu handwerklicher Arbeit den Menschen wieder Erwerbsmöglichkeiten zu geben. -

Die deutsche Volkswirtschaft befand sich in einem hoffnungslosen Zustande. Im Januar und Februar 1932 stellten 18 Aktiengesellschaften die Zahlungen ein. Bei den **Siemens**werken waren die Aufträge um drei Fünftel zurückgegangen, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft arbeitete mit großen Verlusten. Die **Borsig**werke schlossen, weil sie insolvent waren, die **Junkers**werke in Dessau, die größte deutsche Flugzeugfirma, stand vor dem Konkurs und hoffte vergeblich auf Reichshilfe, der Solingen-Siegener Aktienverein ging in Konkurs. So häuften sich Tag um Tag die Schreckensnachrichten vom großen Wirtschaftssterben, die Flut der Arbeitslosigkeit stieg, im März wurde die sechste Million überschritten: **ein Drittel bis zwei Fünftel des ganzen Deutschen Volkes** war von der Wirtschaft, von der Arbeit ausgeschlossen, litt großen Hunger und große Not.

Immer drohender erhob sich vor dem deutschen Volke, die Frage: **wer soll die stetig zunehmende Zahl der Erwerbslosen am Leben erhalten?** Im Januar 1932 gab es 900 000 erwerbslose Jugendliche, im März kamen 130 000 Schulentlassene dazu. Was sollte denn aus ihnen werden? Noch ehe sie ins Leben hinaustraten, fielen sie der Allgemeinheit zur Last. **Die Zahl der Wohlfahrtsempfänger**, die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden unterhalten werden mußten, **nahm ständig zu. Die Steuern dagegen**, welche die sterbende Wirtschaft aufzubringen hatte, **gingen rapide zurück.** In zahlreichen Industriestädten deckten die gesamten Steuereinnahmen nur noch die Hälfte der Wohlfahrtslasten! **Die Mehrzahl der deutschen Städte stand vor dem Bankrott**, wie ja als erste preußische Stadt das 1300 Einwohner zählende Köben an der Oder mit einer Schuldenlast von 600 000 Mark Ende März 1932 in Konkurs geriet.

Die Reichsregierung hatte 1931 versucht, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wie gesagt: mit halben Mitteln. Den gewerkschaftlichen Plan, durch Arbeitszeitverkürzung Platz für Neueinstellungen zu schaffen, ließ man fallen, weil die Unternehmer dagegen waren und Stegerwald selbst erklärte ihn für vollendeten Unsinn. **Die Arbeitsdienstplicht wagte man nicht einzuführen, denn dies könnte gegen die demokratischen Grundsätze verstoßen**, vor allem aber, es könnte für die liberalistische Privatwirtschaft daraus eine unangenehme Konkurrenz erwachsen. Also beschränkte sich Brüning darauf, in seiner Juninotverordnung den freiwilligen Arbeitsdienst zu empfehlen.

So war denn auch das Ergebnis des **freiwilligen Arbeitsdienstes** in der Zeit vom August 1931 bis Februar 1932 in der Tat recht mager. Es fragte sich, ob die Durchführung die Unkosten lohnte. Bis Ende Februar 1932 waren etwa 33 000 Arbeitsdienstwillige, davon 25 000 Jugendliche, in etwa 1100 Arbeitsmaßnahmen beschäftigt und leisteten etwa eine halbe Million Tagewerke in siebenstündiger Arbeitszeit. Das Reich finanzierte die Sache mit $\frac{3}{4}$ Millionen Reichsmark, konfessionelle und karitative Verbände beteiligten sich ebenfalls. Ein Fünftel der geleisteten Arbeiten bestanden in Bodenverbesserungen, Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland, Forstarbeiten und Verkehrsverbesserung. Hierin leistete z. B. die in Stuttgart aus 200 Arbeitslosen und Studenten gebildete Kolonie Tempelhof etwas Wertvolles. Der weitaus größte Teil der Arbeiten erstreckte sich auf Aus- und Neubau von Spiel- und Sportplätzen, Ausgestaltung von Volkserholungsstätten, von Jugendherbergen und Jugendheimen, Errichtung von Bade- und Schwimmanstalten, auf den Bau von Flugsportanlagen. Es war doch mehr Spielerei als ernste, der Not des Volkes angemessene Arbeit.

**Freiwilliger
Arbeitsdienst**

Viel wichtiger war der Versuch, die zur Siedlung geeigneten Erwerbslosen bodenständig zu machen. Im Frühjahr 1932 begannen die Städte mit dem Ausbau der durch die Oktobernotverord-

nung vorgesehenen Randsiedlungen. Es durfte möglichst wenig kosten, und die Arbeit wurde von den Erwerbslosen selbst geleistet. Neue Kolonien kleiner Häuser mit Gartenland bis zu je einem Viertelhektar erstanden vor den Städten. Aber auch diese Siedlungspolitik konnte doch nur einen verschwindend kleinen Teil der Arbeitslosen erfassen. Besonders die arbeitslosen Akademiker, etwa 60 000, interessierten sich für die Siedlungstätigkeit. An den Universitäten Leipzig und Berlin bildeten sich **akademische Selbsthilfevereinigungen**, die es sich zum Ziele setzten, die brotlosen Akademiker einer umfassenden nationalen Volkssiedlungsbewegung zuzuführen.

Immerhin, vom freiwilligen Arbeitsdienst und von der Siedlungspolitik war ein maßgeblicher Einfluß auf die Verringerung der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten. Dennoch arbeitete Stegerwald im März 1932 eine Kabinettsvorlage aus, wonach der freiwillige Arbeitsdienst weiter ausgebaut werden sollte. So sollte der Arbeitsdienst jedem Jugendlichen bis zu 25 Jahren offenstehen, auch sollten Freiwillige, die Eignung und Neigung zum Siedlerberuf besitzen, bei Arbeiten, die für die künftige Siedlertätigkeit eine geeignete Vorbildung vermitteln, bis zu einem Jahre zugelassen werden statt wie bisher höchstens 20 Wochen. Außerdem sollte die Zahl der gleichzeitig beschäftigten Arbeitsdienstwilligen nach und nach auf 100 000 gesteigert werden. **Eine gewisse Erschwerung des ganzen Problems trat ein, als Minister Groener die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln auflöste.** Von dieser Maßnahme wurden etwa 400 000 Leute betroffen, von denen drei Viertel arbeitslos waren. Die nationalsozialistische Partei hatte ihnen Verpflegung und Obdach gewährt, das fiel nun fort, und das Reich und die Länder mußten nun auch die Sorge für diese Leute übernehmen. Reichsarbeitsminister Stegerwald wollte aber versuchen, gerade diesen Leuten von den aufgelösten S.A. und S.S. die Möglichkeit zu geben, infolge gewisser Erleichterungen, z. B. durch die Bestimmung, daß auch Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung zugelassen werden sollten, sich im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes zu betätigen.

"Krisenkongreß" der Gewerkschaften

Um die gleiche Zeit Mitte April traten die Gewerkschaften Deutschlands zu einem außerordentlichen "Krisenkongreß" zusammen. In den Gewerkschaften hatte sich seit Monaten ein Wandel vollzogen. Sie wandten sich von den politischen Fragen, in denen sie sich seit mehr als einem Jahrzehnt eine Mitbestimmung angemaßt hatten, ab und kehrten zu ihren eigentlichen Aufgaben, den wirtschaftlichen, zurück. Im Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit stand natürlich auch die Beschäftigung mit der Arbeitslosenfrage. Bereits Ende März 1932 hatte der Gewerkschaftsring an den Reichsarbeitsminister Stegerwald eine EntschlieÙung gerichtet, worin er auf seine schon Anfang 1931 gemachten Vorschläge zurückkam und Beschränkung der Mehrarbeit und Verkürzung der Arbeitszeit forderte: die Arbeitszeit müsse "mit der Verbesserung der Produktionsmittel und Methoden" in Einklang gebracht werden.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war also das Problem, mit dem sich der "Krisenkongreß" beschäftigte. Der Vorsitzende Leipart bezeichnete als die entscheidende deutsche Frage der nächsten Zukunft Beschaffung von Arbeit für die Arbeitslosen. "Der Kongreß erhebt entschieden Protest gegen die widersinnige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß." Der stellvertretende Vorsitzende Eggert entwickelte dann ein **Arbeitsbeschaffungsprogramm**: Straßenbauten, Kleinwohnungsbau, Hochwasserabwehr, Hausreparaturen, Bahn- und Postarbeiten, Siedlung, landwirtschaftliche Bodenverbesserung. Hierin könnten eine Million Arbeiter beschäftigt werden, ein Jahr lang. Die Kosten von 2 Milliarden könnten durch eine Arbeitsbeschaffungsanleihe aufgebracht werden. Weiter müsse die allgemeine 40stündige Arbeitswoche gesetzlich eingeführt werden. Für den freiwilligen Arbeitsdienst sei in diesem Programm kein Raum mehr. - **Im Grunde genommen waren es genau dieselben Vorschläge, welche die Gewerkschaften schon im Frühjahr 1931 gemacht hatten.**

Auch **Reichsarbeitsminister Stegerwald** hielt eine Rede. Er rechnete mit einer **weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit**. Weitere Lohnsenkungen kämen nicht in Frage. Im Gegensatz zu Eggert und Leipart aber trat er für **Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes** ein. Notwendig sei vor allem Förderung der ländlichen Siedlung und der städtischen Vorraumsiedlung. Gerade dies sei nötig, um der Bevölkerung eine sichere Grundlage zu geben. Denn die Reichsregierung meine, daß

im nächsten Jahrzehnt die Rentenversicherung nicht so ausgebaut werden könne, daß die alternde Bevölkerung damit ihren Lebensabend fristen könne. Sollte aber eine geplante Besprechung zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Einigung bringen, dann bleibe nichts weiter übrig, als die Arbeitszeit auf dem Wege der Notverordnung zu verkürzen.

In der Aussprache äußerte auch der preußische Ministerpräsident Braun seine Ansicht. Er forderte eine Auslandsanleihe und in der Arbeitszeitfrage eine "noch radikalere Lösung" als die Vierzigstundenwoche, nämlich eine noch stärkere Kürzung der Arbeitszeit.

Der "Krisenkongreß" nahm eine **EntschlieÙung** an, die **ganz von marxistischem Geiste erfüllt** war. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems habe das Vertrauen des Volkes verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und Mitwirkung in der Wirtschaft müÙten schleunigst ausgebaut und verstärkt werden. Der Gesamteindruck des Kongresses war der, daß in allen gewerkschaftlichen Kreisen der Widerstand gegen die bisherige Wirtschafts- und Arbeitslosenpolitik der Reichsregierung gewachsen ist, daß aber andererseits bisher keinerlei befriedigende Lösung für die wichtigste Frage gefunden worden ist: wie die erstrebte und unbedingt notwendige Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen finanziert werden soll.

Besonders gegen Stegerwalds Pläne verschärfte sich der gewerkschaftliche Widerstand nach seiner Rede auf dem Kongreß. Die Gewerkschaft der Berliner Metallarbeiter faÙte eine scharfe EntschlieÙung gegen Stegerwald: die Gewerkschaft habe kein Vertrauen zu den neuen Versprechungen des Ministers, der zu oft seine Meinung über die Art und Form der Arbeitsankurbelung gewechselt habe. Aufgabe der Regierung wäre in erster Linie gewesen, Riesenbetriebe wie Borsig und andere im Interesse der Arbeiterschaft zu erhalten und zu sozialisieren.

Mit einem andern Plane trat der Reichsbankpräsident Luther hervor. Ihm kam es vor allem darauf an, daß nicht die Reichsbank mit der Finanzierung irgendwelcher Arbeitsbeschaffungspläne belastet würde. Dies forderte er, um die Währung vor Erschütterungen zu bewahren. Er schlug vor, vorübergehend und behelfsmäßig neben der freien Marktwirtschaft eine **geldlose Hilfswirtschaft** der Arbeitslosen zu schaffen, deren Charakteristikum sei: Beschäftigung der Arbeitslosen für Arbeitslose in der Form der Arbeitsdienstpflicht, und vielleicht Wiedererweckung von öffentlichen Leistungsverpflichtungen, wie z. B. in den Hand- und Spanndiensten, ferner auch als Vergütung für Land und Materialien. Bei diesen Formen müsse aber Geldähnlichkeit ausgeschlossen sein. Die Arbeiten müÙten auf Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit streng begrenzt sein, damit sie nicht konkurrierend auf das Gebiet der freien produktiven Wirtschaft übergriffen. Als Arbeiten kämen in Frage: Landwirtschaftliche Siedlung, städtische Randsiedlung, Meliorationen, Straßenbau, Hochwasserschutz und Flußregulierungen. Natürlich werde ein Teil dieses hilfswirtschaftlichen Programms durch Geld bestritten werden müssen, dazu könne eine Prämienanleihe dienen. Um die Maßnahmen durchzuführen, müsse ein **Reichskommissar mit außerordentlichen Vollmachten** ernannt werden, der aber nur dann wirklich etwas leisten könne, wenn die Reichsreform durchgeführt werde und Reichsgewalt und preußische Staatsgewalt zusammengefaÙt würden. (Das war ja seit je ein Lieblingsgedanke Luthers.) Luther sah keine Gefahr in diesem Experiment für die Privatwirtschaft. Im Gegenteil, so meinte er, die Hilfswirtschaft werde die Privatwirtschaft ergänzen und verteidigen.

Der Lutherplan

Auch dieser Plan Luthers stellte keine endgültige Lösung des Problems dar. **Arbeitsdienstpflicht, sagten die Nationalsozialisten, sei an sich noch keine Arbeitsbeschaffung. Darin hatten sie recht, und darauf allein kam es an!** Und außerdem barg der Plan eine Gefahr in sich. Sollte diese Hilfswirtschaft ein Dauerzustand werden, so konnte sich aus ihr leicht eine besondere Wirtschaftsform auf einer Art kommunistischer Anschauungen innerhalb des privatkapitalistischen Wirtschaftskörpers entwickeln. Das war eben die Gefahr bei der Anwendung derartiger Palliativmittel.

Die Arbeiten Stegerwalds kristallisierten sich immer mehr um **eine Lösung im Sinne der Arbeitszeitverkürzung und eines starken Ausbaues des freiwilligen Arbeitsdienstes.** Der Minister faÙte die Vierzigstundenarbeitswoche

Schwierigkeiten Stegerwalds

ins Auge und erwog Maßnahmen, wodurch das ländliche und städtische Siedlungswesen stärker entfaltet werden könnte. Das Programm, das Stegerwald aufstellte, sollte einer halben Million Menschen Arbeit geben. Um die Mittel hierfür zu beschaffen, griff Stegerwald Luthers Plan einer Prämienanleihe auf.

Die Stegerwaldschen Pläne begegneten außerordentlichen Schwierigkeiten, selbst innerhalb der Reichsregierung. Wochenlang wartete das deutsche Volk auf eine neue Notverordnung, die das Ergebnis der Beratungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bringen sollten. Die Notverordnung kam nicht. Die Absicht Stegerwalds, Arbeitszeitverkürzung mit freiwilligem Arbeitsdienst zu verbinden, war eine typische liberalistisch-marxistische Koalitionsidee. Die Zeit für solche Machenschaften war aber vorüber. Die Kabinettsberatungen, in deren Mittelpunkt vor allem auch das umfangreiche Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Prämienanleihe standen, kamen nicht vom Fleck. Im Gegenteil: die Arbeiten, die dazu dienten, aufs neue Wirtschaft und Politik im liberalistisch-marxistischen Sinne zu verquicken, scheiterten, und der Reichswirtschaftsminister Warmbold erklärte am 3. Mai seinen Rücktritt. Die Stegerwaldsche Arbeitszeitverkürzung glaubte er nicht verantworten zu können. Er wandte sich in einer ausführlichen Denkschrift, darin er aufs schärfste mit dem herrschenden System ins Gericht ging, an den Reichspräsidenten, doch dieser gelangte nicht einmal in den Besitz dieses Schriftstückes.

Die ganze Politik Stegerwalds war ein Trümmerhaufen. Was wollte es besagen, daß in einigen Teilen Deutschlands, in Ostpreußen, Grenzmark, Mecklenburg-Strelitz, Niedersachsen, Vorbereitungen zur Erweiterung des freiwilligen Arbeitsdienstes getroffen wurden? Was wollte es besagen, daß der Reichsrat einem Kreditermächtigungsgesetz für den Reichsfinanzminister Dietrich zustimmte, wonach dieser "im Wege der Ausgabe von Schuldverschreibungen" Mittel für Arbeitsbeschaffung, Siedlung, Bodenverbesserung, Beschäftigung Jugendlicher flüssig machen durfte? Was wollte es besagen, daß der Reichsrat der Prämienanleihe zustimmte und die sozialistische Preußenregierung ausdrücklich betonte, daß es unbedingt notwendig sei, die Arbeitsbeschaffung mit einer energischen Arbeitszeitverkürzung zu verbinden? Stegerwald selbst erkannte, daß es sich bei allem nur um taube Blüten handelte, und den Gewerkschaften, die ihn hart bedrängten, ließ er keinen Zweifel mehr, daß **der Zusammenbruch der Arbeitslosenfürsorge unmittelbar nahe bevorstände.** Ja, die Fürsorge stand vor der Katastrophe, aber trotz aller verzweifelten Versuche und Pläne waren neue Wege nicht gebahnt. -

Inzwischen aber stieg die Flut der Arbeitslosigkeit weiter. So sah sich die Reichsbahn gezwungen, Mitte Mai etwa 10 000 Angestellte und Arbeiter zu kündigen und zu entlassen. -

Nicht weniger bedenklich als die erfolglose Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war die Haltung des Reichsinnenministers Groener. Durch das Verbot der S.A. und S.S. hatte der Minister alle Sympathien der die Freiheit des Vaterlandes erstrebenden Deutschen eingebüßt, und ihm verblieben nur noch die Sympathien der Feigen und Schwächlinge. Einen besonderen Zorn gegen den Minister hatten die Generäle von Schleicher und von Hammerstein, welche das Verbot Groeners für dumm hielten, da sie die nationalsozialistischen S.A. und S.S. als wertvolle Menschenreserven zur Ergänzung der Reichswehr betrachteten. Und diese Abteilungen glaubten die Generäle um so mehr schützen zu müssen, da **in den Frühjahrsmonaten von Polen eine starke Bedrohung des östlichen Deutschland ausging.** Im **Korridor** wurden auserlesene Truppen zusammengezogen, polnische militärische Vereinigungen wurden mit Maschinengewehren, Tanks und Geschützen bewaffnet, Freiwillige strömten zusammen und polnische Politiker machten keinen Hehl daraus, daß sie jetzt Danzig und Ostpreußen sich holen würden. **Schließlich erfuhren die militärischen Führer, daß der Warschauer Generalstab erwog, für Anfang Juni die Truppen zu mobilisieren.**

**Schwierigkeiten
Groeners**

All dies war außerordentlich beschämend für Deutschland. In England entrüstete man sich über die deutsche Schwäche: Deutschlands Schwäche sei seine Hoffnung auf Genf und den Völkerbund. **Den deutschfreundlichen Ausländern war es unfaßbar, wie passiv Deutschland sich den drohenden Gefahren gegenüber verhielt.** Das war aber gar nicht weiter zu verwundern. Der Zen-

trumskanzler Brüning war durch die Vergangenheit des Zentrums zur Untätigkeit verurteilt, war doch das Zentrum vor 1914 die stärkste Triebkraft des polnischen Separatismus im preußischen Osten. Und der Demokrat Groener hielt es für notwendiger, innenpolitische Eifersüchteleien zu treiben als die sich anbietenden nationalen Kräfte zur Abwendung großer Gefahren zu benutzen. Weil man einen S.A.-Befehl gefunden hatte, wonach beim Anmarsch polnischer Truppen die S.A. dem Führer Hitler zur Verfügung gehalten werden sollte, glaubte Groener seine Macht bedroht und witterte in den kommenden Dingen die Gefahr, daß ein polnischer Einfall der deutschen Demokratie den Todesstoß versetzen könne. Daraus konstruierte der Minister seine Behauptung vom Hoch- und Landesverrat der S.A. und S.S.!

Gegen diese kleinlichen Parteipolitiker wandten sich die Generale von Schleicher und von Hammerstein. Sie sahen in dem Demokraten Groener geradezu eine Gefahr für die deutsche Wehrmacht. So wurden die Spannungen zwischen der Reichswehr und ihrem Minister immer stärker. Als Reichswirtschaftsminister Warmbold zurücktrat, schrieben die englischen Zeitungen, eine Kamarilla, geführt von den Generalen von Schleicher und von Hammerstein, arbeite am Sturze der Regierung Brüning. Diese Behauptung war aber plump. Von einer Kamarilla konnte man bei derart für das ganze Volk wichtigen Vorgängen nicht reden.

In diesen Tagen, Anfang Mai 1932, griff auch die Bayrische Volkspartei die beiden Generale heftig an, weil sie eifrig den Sturz Groeners betreiben sollten und, unter Hinweis auf den Ausgang der Wahlen, eine radikale Umbildung der Reichsregierung verlangten. Das sei aber eine vollkommene Verfälschung des politischen Sinnes und Zweckes der ganzen Hindenburgwahl.

Groener mußte ja nun erkennen, wie seine Stellung gefährdet war, denn außer Zentrum, Bayrischer Volkspartei und ein paar Demokraten hatte er niemanden hinter sich, nicht einmal die Reichswehr. **Die Lage Deutschlands Anfang Mai 1932 hatte eine sehr große Ähnlichkeit mit der Lage in dem Deutschland unmittelbar vor dem Kapp-Putsch.** Aber für die Reichsregierung war die Lage von 1932 wesentlich gefährlicher als die von 1920! Denn im Gegensatz zu 1920 war 12 Jahre später die nationale Bewegung Deutschlands zu einer gewaltigen Macht konzentriert und besonnener, daher stärker.

Der Minister aber ließ sich nicht beirren. **Hindenburg hatte es Groener sehr nahegelegt** unter Hinweis auf die Gerechtigkeit und das überdies vorliegende schwer belastende Material, die Frage zu prüfen, **ob nicht auch das Reichsbanner verboten werden müsse.** Doch Höltermann, der Reichsbannergeneral, ging bei Groener ein und aus und redete honigsüße Worte. Und dann kamen die Vertreter der verschiedenen Parteien und erteilten dem Minister ihre Ratschläge. Nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten hielten sich dem demokratischen Minister fern. So geschah es denn, daß Groener die ganze Reichsbannerangelegenheit verschleppte und schließlich - Höltermann hatte inzwischen immer wieder beteuert, daß die Schutzformationen des Reichsbanners und die Eiserne Front längst aufgelöst seien - einen spitzfindigen Ausweg fand, welcher dem S.A.-Verbot den offensichtlichen Charakter einseitiger Ungerechtigkeit nehmen und den Schein der Gerechtigkeit wiederherstellen sollte. **Groener ließ den Reichspräsidenten am 3. Mai 1932 eine Notverordnung über Militärverbände unterzeichnen, die das Verbot über S.A. und S.S. aufrecht erhielt, dagegen den Minister des Zwanges überhob, das Reichsbanner zu verbieten.**

Der erste Paragraph dieser Notverordnung besagte:

"Politische Verbände, die militärähnlich organisiert sind oder sich so betätigen, und ihre Unterverbände sind verpflichtet, dem Reichsminister des Innern auf Verlangen ihre Satzungen zur Prüfung vorzulegen. Sie haben ferner dem Reichsminister des Innern jede beabsichtigte Satzungsänderung, soweit sie ihre Organisation oder ihre Tätigkeit betrifft, unverzüglich anzuzeigen. Die... genannten Verbände sind verpflichtet, unverzüglich jede Satzungsbestimmung zu ändern oder zu streichen und jede Bestimmung in die Satzung neu aufzunehmen, soweit dies der Reichsminister des Innern zur Sicherung der Staatsautorität für erforder-

derlich hält; dies gilt insbesondere für Bestimmungen über die Organisation und Tätigkeit der Verbände."

Nach dem dritten Paragraphen hatte der Reichsinnenminister außerdem das Recht, zu bestimmen, welche Verbände als militärähnliche politische Verbände im Sinne der Verordnung anzusehen sind.

Diese Verordnung war ein Meisterwerk jesuitischer Wortspalterei, und es war leicht zu erkennen, daß ihr geistiger Vater weniger Groener, als vielmehr Höltermann war. Es war noch einmal ein Sieg marxistischen Geistes in der Innenpolitik des Reiches. -

**Stürmischer
Reichstag**

Mit diesen gewaltigen Belastungen der Unfähigkeit, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, der ratlosen Verwirrung, das entsetzliche Defizit zu beseitigen, und dieser marxistischen Richtung des Innenministeriums und mit den bedenklichen inneren Erschütterungen des Rücktrittes von Minister Warmbold, für den sich kein Nachfolger finden ließ, und der wachsenden Spannung zwischen Schleicher und Groener **trat die Diktatur Brüning vor den am 9. Mai versammelten Reichstag.**

Zunächst verbreitete sich der Reichsfinanzminister Dietrich über die **hoffnungslose Finanzlage des Reiches, die ein Defizit von fast 2 Milliarden aufwies**, und sprach für eine Kreditermächtigung in Höhe von 2½ Milliarden. Die Nationalsozialisten erwiderten ihm durch ihren Sprecher Reinhardt, sie dächten nicht daran, dem Kreditermächtigungsgesetzentwurf zuzustimmen, sie behielten sich vielmehr vor, gegen die Reichsregierung Anklage zu erheben vor dem Deutschen Staatsgerichtshof wegen bewußter Verfassungsverletzung.

War die Stimmung am ersten Tage gewitterschwül, so steigerte sie sich am folgenden Tage zum Sturm. Zunächst sprach der Deutschnationale Bang gegen die Regierungspolitik, und **Strasser entwickelte sodann ausführlich das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungs- und Finanzierungsprogramm.** Der nationalsozialistische Abgeordnete Goering wandte sich in scharfen Worten gegen das S.A.-Verbot, das nichts anderes sei als eine moralische Abrüstung des deutschen Freiheitswillens durch die Regierung. Als im Verlaufe der Rede Sozialdemokraten und Kommunisten unverschämte Zurufe machten, erklärte Goering: "Ohne die S.A. wäre die Ordnung im Innern überhaupt nicht hergestellt worden. **Die Nationalsozialisten werden Deutschlands Grenzen schützen, aber sie werden vorher mit den Verrätern im Innern aufräumen!**"



12. Mai 1932: Zum ersten Male seit Bestehen des Reichstags unterstehen die Abgeordneten der Kontrolle durch uniformierte und bewaffnete Polizeibeamte. [Photo Scherl?]

Nun suchte sich Groener zu verteidigen. Das Verbot gründe sich auf die Gefahr für die Staatsautorität. Der Minister verlas Stellen aus Hitlers Reden und S.A.-Befehlen und erklärte, er sei mit seinen Mitarbeitern und Ratgebern völlig einig. Das Reichsbanner sei in keiner Weise gegen den Staat eingestellt, wie es bei der S.A. der Fall gewesen sei. Die Aufgabe des Reichsbanners werde in der Bundessatzung auf den Schutz der Reichsverfassung abgestellt. Das Ergebnis der Nachprüfung des Reichsbannermaterials habe die Vorwürfe nicht bestätigt. Zu den Vorwürfen der Bürgerkriegshetze beim Reichsbanner sei festzustellen, daß tatsächlich einzelne rednerische Entgleisungen erfolgt seien, aber eine Umsturz- oder Bürgerkriegsvorbereitung seitens des Reichsbanners könne daraus nicht abgeleitet werden.

Nach dieser Rede beantragte Strasser, Groeners Ausführungen im Rundfunk zu verbreiten. Ferner solle man die Beratungen unterbrechen, damit das Reichskabinett überlegen könne, ob Groener noch weiter Minister bleiben könne, - "ob dieser Mann weiterhin die öffentliche Sicherheit gewährleisten und die Armee in Deutschland führen soll." Ein ungeheurer Tumult erhob sich, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Am dritten Tage der Verhandlungen legte **Brüning** wieder einmal sein Regierungsprogramm dar, das bei der Opposition wenig freundliche Aufnahme fand. Er konnte nicht umhin, **mit einer seiner üblichen agitatorischen, durch keine Tatsachen bewiesenen Redewendungen die Nationalsozialisten anzugreifen:**

"Wenn Sie daran denken, in so kritischer Zeit die Macht zu erobern, so rate ich Ihnen dringend, in Ausdrücken, in Formeln und im Inhalt der Agitation **sich rechtzeitige Beschränkung aufzuerlegen, denn die Hoffnungen, die Sie geweckt haben, können Sie nie erfüllen.** Ich würde den größten politischen Fehler begehen", schloß er, "wenn ich bei den letzten hundert Metern die Ruhe verlöre!"

Der letzte Tag der Reichstags Sitzung brachte die Explosion. Man saß im Plenum und gab sich der Beschäftigung der Abstimmungen hin. Man wußte ja schon vorher, daß die Regierung Brüning wieder eine knappe Mehrheit von 30 Stimmen erhalten würde, da die Wirtschaftspartei durch ihren Abgeordneten Hermann erklärt hatte, sie würde in der jetzigen Zeit der schwersten außenpolitischen Entscheidungen dem Kanzler nicht in den Rücken fallen und daher das Mißtrauensvotum gegen die Regierung ablehnen. So geschah es denn, daß das **Kreditermächtigungsgesetz zunächst mit 287 gegen 260 Stimmen angenommen** wurde, und daß sodann **die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten**, für die auch Deutsche Volkspartei und Landvolk eintraten, **mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt wurden.**

Während dieser Sitzung wurde bekannt, daß im Reichstagsrestaurant der **Reichsbannerjournalist Dr. Klotz** nach heftigen Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten Strasser, Krauß, Heines, Stegmann, Weitzel von einigen dieser Abgeordneten und von Nichtabgeordneten überfallen und gehohlet wurde. Der Tumult setzte sich in den Wandelgängen fort. **Der sozialistische Reichstagspräsident Löbe vertagte hierauf die Sitzung um eine Stunde und teilte mit, daß er die Kriminalpolizei angewiesen habe, die Täter festzunehmen, ganz gleich, ob sie dem Parlamente angehören oder nicht.**

Ein wilder Tumult brach aus. Von den Tribünen des Publikums ertönten immer wieder Rufe: "Heil Hitler! Heil Hitler!" Polizei drang ein und räumte die Tribüne. Dann betrat ein **Polizeioffizier mit 20 Beamten in Uniform** den Sitzungssaal. Die Beamten **sprangen über die Ministerbänke hinweg in die Reihen der nationalsozialistischen Fraktion.** Ungeheurer Lärm erhob sich. Der sozialistische **Polizeivizepräsident von Berlin, Weiß**, mitten unter den Beamten, wurde in Zurufen als "Verräter" bezeichnet. Die Beamten verhafteten Strasser, Heines, Stegmann und Weitzel und verließen den Saal.

Die Handlungsweise Löbes erregte Abscheu und Entsetzen bei allen anständig denkenden Menschen. Das Ausland war voller Empörung über diesen Marxisten, man zog Vergleiche mit der kaiserlichen Regierung und fand, daß diese viel zu vornehm gewesen sei, um je die Immunität in dieser brutalen Weise zu verletzen. - Das Verfahren gegen die Nationalsozialisten kam vor den Schnellrichter. Strasser wurde freigesprochen, die drei andern erhielten je drei Monate Gefängnis.

Am gleichen Tage, da dies geschah, dem 12. Mai, trat der Demokrat **Groener vom Reichswehrministerium zurück.** Den letzten Anstoß zu diesem Entschluß gab wohl die von militärischer Seite geübte Kritik an seiner Reichstagsrede. Groener begründete seinen Schritt folgendermaßen: Die gleichzeitige Verwaltung eines ausgesprochen politischen Ministeriums, wie des Reichsministeriums des Inneren und des Reichswehrministeriums, sei mit dem unpolitischen und überparteilichen Charakter der Reichswehr auf die Dauer nicht zu vereinigen. Aber er wolle das Innenministerium behalten, um die in Angriff genommenen Aufgaben noch zu beenden. Groener, der Demokrat, fiel als Opfer jener schweren Spannungen zwischen Innenministerium und Reichswehrministerium. Aber bezeichnend war, daß Groener lieber die Reichswehr verließ als das Innere aufgab: er war links gefesselt.

**Rücktritt des
Reichswehrministers**

Mit Genugtuung nahmen die Nationalsozialisten von Groeners Rücktritt Kenntnis. Der Mann, der die S.A. verboten hatte, erschien ihnen als der Prototyp des Novembersystems.

Groeners Rücktritt, schrieb der *Völkische Beobachter*, bedeute zum mindesten für die Wehrmacht die endgültige Liquidierung des Novemberkurses. Dieser Erfolg bedeute die Garantie, daß die restlose Überwindung des gesamten Systems nur eine Frage der Zeit sein werde:

"Ferner erwarten wir, daß der Reichspräsident nunmehr eingehend unterrichtet wird, was nichts anderes bedeuten kann als den Rücktritt des Kabinetts, Berufung eines neuen Kanzlers, Auflösung des Reichstages nebst sofort folgenden Neuwahlen."

Die deutsche Koalitionspresse wettete über die Intrigen der "Generalskamarilla", und **das Ausland sprach von einem Siege der Nationalsozialisten**. Brüning stand aber vor dem schwierigen Problem, sein stark leck gewordenes Regierungsschiff wieder auszubessern. Er hatte ja nun erkannt, wie mächtig der Einfluß der Nationalsozialisten nach den letzten Wahlen geworden war, und hatte sich mit den Gedanken abgefunden, auch Angehörige dieser Partei in sein Kabinett vielleicht aufzunehmen. Es gab aber schier unüberwindliche Hindernisse: die Nationalsozialisten wollten nicht mit dem Reichskanzler Brüning zusammenarbeiten und forderten außerdem Reichstagsneuwahlen. Außerdem lag in dem preußischen Schwebestande eine derartige Gewitterspannung, daß Brüning gar nicht daran denken konnte, eine endgültige Lösung zu finden. Alle seine Bemühungen, das Ministerium der Wirtschaft und der Reichswehr neu zu besetzen, scheiterten daran, daß **infolge des gewaltigen nationalsozialistischen Gegendruckes niemand mehr Vertrauen zu Brünings Regierungssystem hatte**. Der ehemalige Preiskommissar Dr. Goerdeler, der als Reichswirtschaftsminister in Aussicht genommen war, konnte sich nicht zur Annahme entschließen. General Schleicher verzichtete auf das Reichswehrministerium in einem Kabinett Brüning. Und Groener drohte: falls Schleicher Reichswehrminister würde, würde er auch als Reichsinnenminister zurücktreten. Doch Brüning wollte Groener nicht verlieren, weil ihm sonst mit diesem die Sozialdemokratie als parlamentarische Unterstützungstruppe verloren ging und dadurch der endgültige Sturz der Regierung besiegelt gewesen wäre. Zudem waren der Ernährungsminister Schiele, der Reichsfinanzminister Dietrich und der Ostminister Schlange-Schöninghen nun auch regierungsmüde, nachdem bereits Curtius, Wirth, Warmbold, Groener ihre Ministerien unter Brünings Kanzlerschaft aufgegeben hatten. Die Lage innerhalb der Regierung wurde immer unerfreulicher und gespannter, und es kam hinter verschlossenen Türen zu scharfen Auseinandersetzungen, über die man nach außen hin undurchdringliches Schweigen beobachtete. Die letzte Hoffnung Brünings war ein Machtwort Hindenburgs. Die *Kölnische Zeitung* forderte unter Hinweis darauf, daß die vier wichtigsten Ministerien unbesetzt seien, die Vorbereitung einer **gründlichen Umbildung des Reichskabinetts in eine nationale Konzentrationsregierung**. "Wir appellieren nochmals an den Reichspräsidenten, der zur Zeit als einziger imstande ist, zur Bildung der Einheitsfront aufzurufen."

**Hindenburg
in Neudeck**

Der Reichspräsident weilte seit Mitte Mai auf Gut Neudeck in Ostpreußen. Hier war er den Berliner Einflüssen enthoben, die Leute des Volkes und die Vertreter der Berufsstände konnten hier ungehindert zu ihm vordringen, und **mit Staunen erkannte Hindenburg den großen Zorn, den weite Volkskreise gegen Brüning und seine selbstherrliche Notverordnungs politik**, vor allem auch gegen seine wahnwitzigen und zerstörenden Wirtschafts- und Steuerpläne hatte. **Mit Staunen erkannte er, wie er von Brüning, dem er doch stets soviel Vertrauen entgegengebracht hatte, getäuscht worden war**. In Neudeck begann der Reichspräsident sich innerlich von seinem Kanzler zu entfremden, und in diesem Vorgang liegt wahrscheinlich der Grund dafür, daß Hindenburg seinen Neudecker Aufenthalt länger ausdehnte als er ursprünglich geplant hatte.

Es war eigentümlich, wie **Hindenburg, der Retter Ostpreußens im Jahre 1914**, durch seinen ostpreußischen Aufenthalt zu einem völligen Umschwung seiner Ansichten in bezug auf Brüning kam. Dem deutschen General und Heerführer, der einst die östliche Provinz von den Russen befreit hatte, erschien in Anbetracht der polnischen Bedrohung Ostpreußens **der Zentrumskanzler und der demokratische Innenminister nicht mehr als zuverlässig und der Verteidigung der Ostgrenze gewachsen**. Es war dies die allgemeine Ansicht in der abgeschnürten und der Demokratie feindseligen Ostprovinz, und sie war so überzeugend, daß Hindenburg sich ihr nicht entziehen konnte.

Und noch etwas anderes kam hinzu. Brüning hatte in seiner geplanten Notverordnung ein Siedlungsprogramm für Ostpreußen entwickelt, dessen Ziel es war, die abgewirtschafteten und überschuldeten Großgüter von Staatswegen aufzukaufen und in bäuerliche Siedlungen aufzuteilen. Auf diese Weise sollte eine bäuerliche Wiederbesiedelung des deutschen Ostens im großen Stile durchgeführt werden. Das war natürlich Theorie, wie so vieles, was Brüning plante. Und über die praktische Durchführung war die Regierung selbst noch nicht einig. Immerhin legte der ostpreußische Adel entschiedenen Protest bei Hindenburg gegen diese Pläne ein, der Freiherr von Gayl entwickelte in einer Denkschrift, die dem Präsidenten zugeleitet wurde, daß die Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes dem Reiche unerschwingliche Ausgaben auferlegen würde. **Hindenburg ließ diese Gründe vollkommen auf sich wirken und geriet dadurch in immer tieferen Gegensatz zur Politik Brünings.**

So wurden die Neudecker Gespräche, die sich vor dem Hintergrunde der großen Ereignisse abspielten, ein wesentlicher Grund für den Sturz der Brüning-Diktatur. -

Der sich immer mehr auf den Sturz der demokratischen Diktatur zuspitzende Gang der Ereignisse erhielt seinen Hintergrund durch die Vorgänge in den deutschen Ländern, vor allem in **Preußen**. Verhältnismäßig einfach war die Entwicklung in **Anhalt**. Hier bekamen die Nationalsozialisten nach Pfingsten das Landtagspräsidium und das Amt des Ministerpräsidenten, das dem Regierungsrat Freyberg aus Quedlinburg übertragen wurde. **So wurde zum ersten Male in einem deutschen Lande ein Nationalsozialist Ministerpräsident.** Der zweite Minister, Dr. Knorr, war ein Deutschnationaler. In **Württemberg** jedoch kam es zu Schwierigkeiten, da die Nationalsozialisten die Ämter des Staatspräsidenten und Innenministers beanspruchten, wogegen aber Zentrum und Demokraten protestierten. Die Wahl des Staatspräsidenten am 24. Mai verlief erfolglos, worauf der bisherige Staatspräsident Dr. Bolz, dem Zentrum angehörig, und die Minister die Geschäfte weiterführten.

Die Lage in Preußen glich einem gordischen Knoten, und es zeigte sich von Anfang an, daß die Entwicklung in Preußen aufs engste mit den Vorgängen im Reiche verknüpft sein würde. In Preußen, und somit auch im Reiche, hing alles davon ab, ob zwischen Nationalsozialisten und Zentrum eine Einigung erzielt wurde oder nicht.

**Preußens
Zustand**

Am hoffnungslosesten war die Lage der Sozialdemokratie. Sie mußte erkennen, daß es mit ihrer Herrschaft vorbei war. Dennoch durfte sie nichts unterlassen, sich Freunde zu suchen. Sie verhandelte also mit den Kommunisten, von denen sie wußte, daß sie nie einer nationalsozialistischen Regierung zur Macht verhelfen würden; und die Kommunisten andererseits sahen in der Sozialdemokratie das kleinere Übel gegenüber dem Nationalsozialismus. Es war ein Gebot der Selbsterhaltung, daß sich die Kommunisten mit allen Kräften einer Machtergreifung durch die Nationalsozialisten widersetzen würden. Von dieser Seite war, trotz aller Gegnerschaft gegen Braun und Severing, keine Änderung der neuen Geschäftsordnung zu befürchten. In der Opposition gegen rechts waren sich also die Marxisten beider Richtungen einig. Es war ein regelrechter Kuhhandel gewesen: **die Kommunisten verpflichteten sich, im Landtag gegen jede nationale Regierung zu stimmen, Braun und Severing versicherten dafür die Kommunisten ihrer Gnade und Nachsicht bei ihrer meuchelmörderischen Bürgerkriegstätigkeit.** Andererseits versuchte die Sozialdemokratie auch Fühlung mit dem Zentrum zu behalten, wie sich ja das schwarz-rote Bündnis in der bisherigen Regierungskoalition vorzüglich bewährt hatte. Die Sozialdemokraten rechneten damit, daß das Zentrum ein Zusammenarbeiten mit Rechts im Preußenkabinett ablehnen werde, wenn dafür der Sturz Brünings als Preis gefordert werde.

Diese sozialistische Koalitionspolitik, gerichtet auf ein starkes Zusammenfassen der Linken und der Mitte, hatte große Ähnlichkeit mit den Ereignissen, die dem Umsturz vom November 1918 vorausgingen. Dennoch aber war die Lage grundverschieden: 1918 befand sich die Sozialdemokratie in einem Zustand der Stärke und des Angriffs, 1932 aber in einem Zustand der Schwäche und Abwehr. 1918 gab es keine nennenswerten Rechte mehr, 1932 machte die unbedingte nationale Opposition fast die Hälfte des ganzen Parlamentes aus!

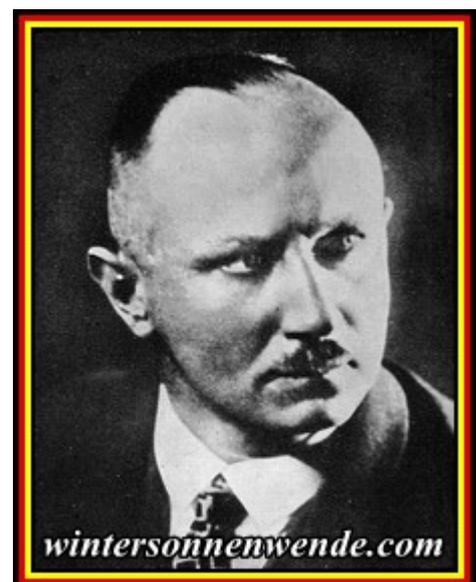
Der Ministerpräsident Braun hatte sehr wohl diesen verhängnisvollen Wechsel erkannt. Ihm zu begegnen war der Sinn der Geschäftsordnungsänderung. Was aber war damit erreicht? Welchem Minister, der sich so verzweifelt an seinen Sessel klammerte, würde es auf die Dauer rein menschlich möglich sein, gegen eine mächtige Opposition zu regieren? **Neue Pläne tauchten auf:** Braun war zum Verzicht bereit, wenn von der Reichsregierung Brüning ein Reichskommissar für Preußen ernannt würde. Der alte sozialistische Plan der Reichsreform sollte auf diesem Umwege verwirklicht werden. Dieser Reichskommissar würde aufs neue die feste, unlösliche Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum hergestellt haben, daran aber hatte das Zentrum nach den veränderten Verhältnissen kein Interesse mehr. Übrigens erhob sich die Bayerische Volkspartei mit ihrem separatistischen Herzen dagegen: eine solche Verzichtserklärung des preußischen Staates würde die schwerste Erschütterung für das gesamte innere Reichsgefüge bedeuten; eine gesamtdeutsche Frage würde aufgerollt, bei der alles, was zum Deutschen Reiche gehöre, mitzureden und mitzuentcheiden habe.

**Pläne der
Preußenregierung**

Übrigens war man sich wohl nach dem im Grunde unerwarteten nationalsozialistischen Wahlerfolg innerhalb der Preußenregierung doch nicht so ganz einig, was nun zu tun sei. Entgegen dem verzichtsfreudigen Braun dachte Severing noch nicht daran, seinen Platz zu verlassen. Ende April veröffentlichte er im *Vorwärts* "Bemerkungen zur Preußenfrage", wo auseinandergesetzt wurde, daß die in die Minderheit geratenen Regierungsparteien sich gewissermaßen "auf Erholungsurlaub" befinden, den auch die Sozialdemokraten von Herzen ersehnten. Der Wunsch, den Nationalsozialisten Gelegenheit zum Nachweis ihrer Regierungskunst zu geben, müsse indessen an die Voraussetzung geknüpft werden, daß der aus solchen Experimenten erwachsende Schaden nicht irreparabel sei. Die Nationalsozialisten könnten unter Bruch der Verfassung eine Parteidiktatur aufrichten. Darum **dürfe die gegenwärtige Regierung "nicht ohne ordnungsmäßige Ablösung" eigenmächtig ihren Platz verlassen.** Die Parteien, von denen die Regierungsbildung abhängt, sollten - das sei der Sinn des Kabinettsbeschlusses - nicht vor ein Vakuum gestellt und nicht unter Druck gesetzt werden. Die Sozialdemokratie insbesondere wolle, daß das Zentrum in der Freiheit seiner Entschlüsse nicht irgendwie beengt werde. "Bleiben bis zur Ablösung und unterdessen seine Pflicht tun, was immer auch kommen möge - das ist vielleicht das schwerste Opfer, das bisher von der Partei und von den führenden Personen gefordert wurde. Es muß gebracht werden, weil die Verfassung und das Wohl des Volkes es so verlangen!"

Es gab also Strömungen in der Preußenregierung, die das System möglichst lange durch ihre Geschäftsführung stützen wollten, um den erhofften Widerstand des Zentrums gegen die Nationalsozialisten zu stärken und so eine befürchtete Regierungskoalition zwischen beiden Parteien zu verhindern. Nur schwer konnte sich die alte Koalition von der Macht trennen. Deshalb auch verzögerte sie so lange wie möglich die Auflösung des alten und die Einberufung des neuen Landtages.

Die Nationalsozialisten ließen über ihre Absichten keinen Zweifel. Kube, der Führer der neuen Preußenfraktion, erklärte, sie würden sich an einer Regierungskoalition in Preußen nur beteiligen, wenn ihnen die Machtmittel des Staates in die Hand gegeben würden und wenn auch im Reiche den Nationalsozialisten entscheidender Einfluß eingeräumt würde, damit die Reichsregierung der Preußenregierung nicht in den Arm fallen könne. Übrigens müßten auf jeden Fall auch die Deutschnationalen an der Regierung beteiligt werden. Ob eine Koalition mit dem Zentrum zustande komme, stehe noch nicht fest. Kurz und gut: die Tendenzen der Nationalsozialisten im Reich und in Preußen gipfelten in **zwei Forderungen: Rücktritt Brünings und Reichstagsneuwahl.**



Nationalsozialistischer Landtags-
abgeordneter Wilhelm Kube.
[Photo Scherl?]

Allerdings wurden offizielle Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nicht gepflogen. Dennoch konnte Kube, der Führer der Nationalsozialisten in Preußen, schon am Ende der ersten Maiwoche erklären, **der Traum einer Verständigung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen sei ausgeträumt.**

Das Zentrum befand sich in einer heiklen Lage. Brüning war ja Realpolitiker genug, um zu erkennen, daß **sich weiterhin ein Fernhalten der Nationalsozialisten von der Regierung nicht aufrechterhalten ließ.** Der hartnäckige Zentrumsarbeitsführer Joos dagegen setzte sich für eine Regierungsdiktatur des Zentrums ein. Die Verschiedenheit der Auffassungen innerhalb der Partei bewies, vor welche schwere Entscheidung sie gestellt war. Ihre Macht war eben durch den Nationalsozialismus stark erschüttert worden. Auch beim Zentrum war, wie bei der Sozialdemokratie, Abwehr nötiger denn Angriff. Die Fordernden waren die Nationalsozialisten, die Weigernden saßen im Zentrum. Es war das erstmal seit 1917, daß die Regierungsgewalt des Zentrums ins Wanken geriet, nachdem es gelungen war, den nationalen Willen des Volkes in der nationalsozialistischen Bewegung zu konzentrieren.

Stellung der Parteien

Wochenlang waren die Dinge in Preußen in der Schwebelage. Wenige Tage vor dem Zusammentritt des neuen Landtages, am 19. Mai, **hielt die Preußenfraktion der Nationalsozialisten ihre erste Sitzung ab. Adolf Hitler sprach. Die nationalsozialistische Bewegung habe nicht 13 Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschland in irgendwelchen Koalitionen fortzusetzen.** Aber es gebe in Preußen keine Regierung, welche die Nationalsozialisten nicht wollten. "Wir können warten!" Das war der Sinn der Hitlerschen Erklärung. Kube ergänzte die Ausführungen: im Vordergrund stehe nicht die Regelung der preußischen Finanzen, sondern die Regelung des deutschen Rechts in Preußen und die Säuberung der Verwaltung und der Polizei sowie der Schule von ungeeigneten Elementen. Zusammenfassend meinte Kube:

"Unsere Vorbereitungen für die sachliche Arbeit wie für den weiteren Kampf um den Staat sind getroffen. Das Zentrum befindet sich in der Lage des Senats von Karthago, wir in der jenes Römers, der in seiner Toga den Krieg und den Frieden birgt: Nun wählen Sie, meine Herren vom Zentrum: Uns kann beides recht sein!"

Aus diesen Äußerungen entnahm das Zentrumsblatt *Germania*, daß die Nationalsozialisten offenbar nicht gewillt seien, in irgendeine Regierungskoalition einzutreten. Nun gut, dann müßten sie eben allein die Verantwortung für ihre Schlußfolgerung aus dem 24. April übernehmen. Das Zentrum könne getrost weiter abwarten.

Die preußische Zentrumsfraktion trat ihrerseits am 20. Mai zusammen. Sie sei bereit, mit allen Kräften, die verfassungsmäßige Ordnung und aufbauende Politik wollten, sachlich zusammenzuarbeiten. Aber bei dem starken Zusammenhang zwischen dem Reich und Preußen sei es selbstverständlich, daß die preußische Zentrumsfraktion ihre Politik im engsten Zusammenhang und in engster Zusammenarbeit mit der Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler Dr. Brüning zu führen haben werde. Neubindungen und politische Änderungen in Preußen könnten nur im Einvernehmen mit der Reichsparteileitung und dem Reichskanzler vorgenommen werden.

Also **auch hier war man nicht geneigt zu irgendwelchen Zugeständnissen.** Es stand ganz offensichtlich als Hindernis zwischen den beiden Machtgruppen der Nationalsozialisten und des Zentrums die Persönlichkeit des Reichskanzlers Brüning.

Am 24. Mai trat der neue Landtag zusammen. Der Ministerpräsident Braun hatte ein Schreiben an den Präsidenten des alten Landtages gerichtet, worin er den **Rücktritt des Gesamtkabinetts** mitteilte. Er berührte mit keinem Worte, daß die Regierung die Geschäfte weiterführen werde. Das war ja aber nach Lage der Dinge ganz selbstverständlich.

Das Schreiben Brauns wurde dem neuen Landtag nach seiner Eröffnung durch den neuen Alterspräsidenten, den Nationalsozialisten **General Litzmann**, bekanntgegeben. Ein Vertreter der Regierung war nicht anwesend. Schon gleich bei der Eröffnung wurde der ehrwürdige, 83jährige General von

Sozialdemokraten und Kommunisten verspottet und beschimpft. Nach seinen Einleitungsworten brachte der Kommunist Pieck einen Antrag ein, worin dem Geschäftministerium Braun-Severing das schärfste Mißtrauen ausgesprochen wurde. Vor Schluß der Sitzung brachte auch noch der Deutschnationale Dr. von Winterfeld einen Antrag ein, der folgenden Wortlaut hatte:

"Die Amtsführung durch den bisherigen Ministerpräsidenten und durch die bisherigen Minister, gleichgültig auf welcher formellen Rechtsgrundlage sie erfolgen sollte, entbehrt des Vertrauens des Landtages."

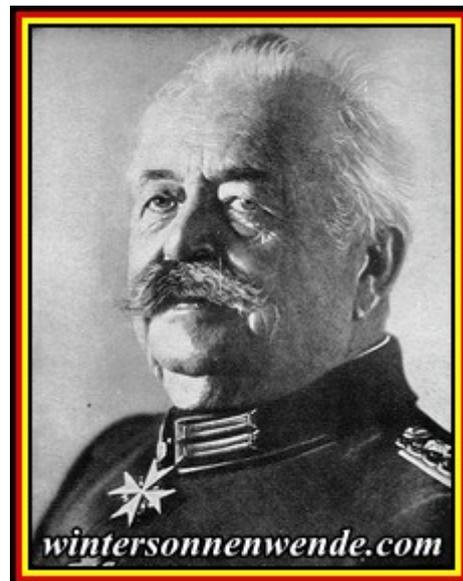
Zugleich wurde von den Deutschnationalen die Wiederherstellung der alten Geschäftsordnung beantragt.

Jedoch **am 25. Mai erlebte das Preußenparlament Szenen, wie sie in der Parlamentsgeschichte bisher noch nicht vorgekommen waren. Die Kommunisten griffen die Nationalsozialisten an, und alsbald entspann sich eine Saalschlacht, in die 200 Abgeordnete verwickelt wurden.** Schon bei der Eröffnung mußte der Alterspräsident General Litzmann **kommunistische Beleidigungen** zurückweisen.

Auch bei der dann folgenden **Wahl des Nationalsozialisten Kerrl zum Landtagspräsidenten** sowie bei der Wahl der Vizepräsidenten **versuchten die Kommunisten durch Lärm zu stören.** Dann aber kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, als der Nationalsozialist Dr. Freisler einen Untersuchungsausschuß für die Justiz forderte. **Sozialdemokratische Angriffe** wies der nationalsozialistische Fraktionsführer Kube zurück mit den Worten:

"Die Sozialdemokraten sind es, die hervorragende Mitglieder dieses Hauses bereits als Mörder beschimpfen. Die preußische Staatsanwaltschaft ist zu 90 Prozent wert, wegen Rechtsbeugung in Anklagezustand versetzt zu werden."

Darauf erhielt der **Kommunist Pieck** das Wort. Er schrie zu den Nationalsozialisten: **"In Ihren Reihen sitzen eine ungeheure Zahl von Mördern!"** Die Nationalsozialisten drängten nun nach vorn, während die Kommunisten auf die Rednertribüne stürzten, ihren Redner schützten und wilde Drohungen ausstießen. Die Nationalsozialisten drängten die Treppe zur Rednertribüne empor. Als der Nationalsozialist Hinkel die oberste Stufe erreicht hatte, erhielt er von einem Kommunisten einen Schlag ins Gesicht. **Jetzt gingen die Gegner mit Fäusten aufeinander los.** Die in den hinteren Reihen stehenden **Kommunisten schleuderten Tintenfässer und Wassergläser.** Im Nu waren 200 Abgeordnete in wüstem Kampf verknäult. **Mit Tischkästen, Aktenbündeln, Stühlen, Lampen schlugen sie aufeinander ein.** Es war ein beispielloser Lärm, der noch durch das Toben auf den Tribünen vermehrt wurde. **Aber schon nach wenigen Minuten mußten die Kommunisten, verfolgt von den Nationalsozialisten, die Flucht ergreifen.** Die Nationalsozialisten besetzten jetzt dichtgedrängt die Estraden neben dem Rednerpult und stimmten das Horst-Wessel-Lied an. Die übrigen Abgeordneten verließen zum größten Teil die trostlose Trümmerstätte. Auf Seiten der Sozialdemokraten und Kommunisten hatte es 16 Verwundete gegeben. Der Sachschaden dieses Sturmes wurde auf 9000 Mark geschätzt. -



General Karl Litzmann. Photo Scherl.

**Kommunistische
Gewalttat im Landtag**



Der erste nationalsozialistische Landtagspräsident in Preußen Ende Mai 1932: Abgeordneter Hanns Kerrl. Photo Scherl.



Im Preußischen Landtag "nach der Schlacht", Mai 1932. [Photo Scherl?]

Die Vorfälle im Reichstag und Preußischen Landtag bewiesen, in welcher schweren geistigen Krise das deutsche Volk sich befand. **Jetzt war der Augenblick gekommen, wo die tödlichen Gegensätze Nationalsozialismus und Marxismus mit voller Gewalt aufeinanderprallten**, nicht mehr durch den Puffer der Mittelparteien getrennt. Jetzt war es soweit, **daß Macht gegen Macht stand, und daß es sich unbedingt erweisen mußte, auf welcher Seite die größere Macht war. Dies erwies sich auch ganz klar: sie war auf der Seite des Nationalsozialismus.** Seine unermüdlichen Stöße, immer schwerer, immer wuchtiger werdend, hatten ein Hindernis nach dem andern niedergeschmettert. Jetzt standen sie vor der letzten Festung: der Regierung selbst. **Das Volk hatte in der ganz unerhörten Krise der Zermürbung, in der es sich befand, den einzigen Ausweg der Rettung im Nationalsozialismus erkannt.**

Das zeigte sich wieder bei den Landtagswahlen, die am 29. Mai in Oldenburg stattfanden, nachdem der dort erst 1931 gewählte Landtag kraft Volksentscheid wieder aufgelöst worden war. Von 272 000 Stimmen erhielten die Nationalsozialisten 132 000 (1931: 98 000), und von 46 Sitzen des Parlamentes fielen ihnen 24 zu, die absolute Mehrheit! (1931: 19.) Das zeigte sich **auch wieder bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin** am 5. Juni 1932, wo die Nationalsozialisten von 360 000 Stimmen etwa 180 000 erhielten (am 23. Juni 1929 nur 12 721). Von den 59 Parlamentssitzen kamen jetzt 30 in ihre Hand, während sie 1929 von 51 Sitzen nur 2 erhielten! Also auch in diesem Lande stand die absolute Mehrheit der Nationalsozialisten fest. Und das zeigte sich schließlich **bei den Landtagswahlen in Hessen** am 19. Juni, wo die Nationalsozialisten von 70 Mandaten 32 eroberten, noch 5 mehr erhielten als bei den Wahlen Mitte November 1931.

Nationalsozialismus gegen liberalistische Demokratie, das war jetzt keine theoretische Prinzipienfrage mehr, das war ein politisches Problem von unübersehbarer Tragweite geworden! **Die stärkere Macht stand gegen die schwächere Macht, und dieser Umschwung war derart elementar, daß für Brüning keine Möglichkeit des Widerstandes mehr existierte.** Brüning, der Träger eines zur Diktatur entarteten liberalistischen Minderheitsregierungssystems, wurde auf den letzten 100 Metern seiner vermeintlichen Siegerlaufbahn von dem Zyklon erfaßt und zu Boden geworfen!

Mit mißvergnügten Augen hatten schon längst die sozialistischen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften die neuen wochenlangen Notverordnungsversuche Brünings, Stegerwalds und Dietrichs verfolgt, die zu keinem

**Brünings
Finanzpläne**

Abschluß kommen wollten, weil durch den Gang der Ereignisse der Regierung bereits das Selbstvertrauen und die Kraft der Selbstbehauptung genommen waren. **Die Regierung Brüning kannte ja nur eines noch, um für wenige Wochen ihr Dasein zu fristen: Geld beschaffen durch neue Steuern**, das war viel wichtiger als sogar die brennenden Personalfragen der vakanten Ministerien. Man überlegte die Heranziehung der Beamten zur Krisensteuer, die Einführung einer sogenannten "Beschäftigungssteuer", die Verdoppelung der Grundbeträge der Bürgersteuer, eine Kürzung der Arbeitslosenunterstützung um ein Fünftel, eine allgemeine Kürzung der Invalidenrenten. **Man wagte nicht, mit diesen Verzweiflungsplänen an die Öffentlichkeit zu treten, denn schon die Gerüchte von ihnen lösten Stürme der Entrüstung aus.** Ein schlimmer Zustand der Depression und der Gegnerschaft der einzelnen Minister innerhalb des Kabinetts, so zwischen Stegerwald und Schlange-Schöningen, lähmte die Arbeitskraft der Regierung. Und von draußen trompeteten die sozialdemokratischen Gewerkschaften, daß sich die Regierung durch ihre Pläne in scharfen Gegensatz zu ihnen stellen würde.

Gegen Ende Mai nahmen die **Steuernotverordnungspläne** festere Gestalt an. 620 Millionen neue Steuern sollten geschaffen werden: die neue Beschäftigungssteuer sollte 325 bringen, davon allein 120 von der Beamtenschaft, die nochmalige Erhebung der Bürgersteuer sollte noch einmal 250 Millionen Mark eintragen, von der Verlängerung der Krisensteuer um ein Jahr erhoffte man 45 Millionen. Außerdem wollte die Regierung nun ernstlich ihr **Arbeitsbeschaffungsprogramm** durchführen. 600 Millionen waren dazu nötig, die zunächst durch einen Zwischenkredit beschafft, dann durch eine aufzulegende Prämienanleihe aufgebracht werden sollten.

Am Ende der letzten Maiwoche legte Brüning seine neue Notverordnung dem Reichspräsidenten vor. Der aber war nicht sogleich zur Unterschrift bereit. Er wünschte Änderungen, z. B. daß die Kriegsrenten nicht gekürzt würden. **Zum ersten Male zeigte Hindenburg, daß er nicht willens war, bedingungslos seinem Kanzler zu folgen.** Brüning aber hegte noch immer Hoffnungen. Er war fest entschlossen, den Kampf mit seinen Gegnern aufzunehmen, ja, er wollte den Reichspräsidenten um diktatorische Vollmachten für eine grundsätzliche Umbildung seines Kabinetts bitten.

Während es also Brüning immer noch versuchte, mit verzweifelten Kräften sein Regiment zu halten, grollten draußen im Lande die zermürbten und verzweifelten Volksmassen. **Der tückische Kleinkrieg der Kommunisten gegen die Nationalsozialisten war eine tägliche Erscheinung**, die schon geradezu zur Gewohnheit geworden war. Aber die Kommunisten rührten sich wieder mehr, sie versuchten aus dem allgemeinen Wirrwarr ihren Vorteil zu schlagen, Severing drückte ja beide Augen zu. Schon bei den Feiern am 1. Mai kam es zu **Zusammenstößen mit der Polizei**, so in Bremen, wo sieben Beamte verletzt wurden. Vor allem aber **suchten die Kommunisten, wie stets in Krisenzeiten, die Erwerbslosen aufzuputschen.** Und so kam es, daß sich im Mai die Plünderungen in den Großstädten, die Angriffe auf Arbeitsämter häuften. So kam es wiederholt zu Plünderungen in **Leipzig**, auch in **Essen**; in **Hamburg** versuchten die Kommunisten am 23. Mai ins Arbeitsamt einzudringen und verwundeten Polizeibeamte, einige Tage später veranstaltete eine Demonstration kommunistischer Erwerbsloser Straßenkrawalle auf dem Jungfernstieg, wo die Schaufenster eingeworfen wurden und die Polizei mit Revolver und Gummiknüppel vorgehen mußte. 15 Menschen wurden dabei verletzt. Am gleichen Tage, den 26. Mai, kam es in **Berlin** zu acht Zusammenstößen, in **Wuppertal** drangen 300 Menschen in das **Barmer** Rathaus ein, andre zerschlugen Schaufenster, plünderten Lebensmittel. In **Düsseldorf** kam es zu Ausschreitungen. In **Köln**, **Gladbach-Rheydt**, **Stettin**, **Beuthen** erhob sich eine drohende Woge des Aufruhrs. Die Großstädte wollten sich nicht wieder beruhigen. In den letzten Tagen des Mai kam es wieder in **Hamburg** und **Wuppertal** zu regulären Feueregefechten. In **Altona** wurde geplündert. In **Duisburg** und **Remscheid** floß Blut. Selbst in der kleinen Stadt **Waltershausen**, die wie alle Orte des Thüringer Waldes sehr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten, kam es zu einem regelrechten Kampf, in dem Tote und Verletzte blieben.

Die Lage Deutschlands hatte große Ähnlichkeit mit der vom Herbst 1923. Es war überhaupt das Merkwürdige, daß in diesem entscheidenden Wendepunkte der deutschen Geschichte noch einmal

das ganze traurige Los des deutschen Volkes innerhalb der letzten 15 Jahre wie in einem Spiegel abrollte. Noch einmal drängten die Tendenzen der Novembertage 1918, der Märtztag von 1920 und der Oktobertage von 1923 zu einem gemeinsamen Höhepunkte zusammen, um mit gewaltiger Explosion aufeinanderzuprallen, wenn sie nicht gebändigt wurden. Das war das hippokratische Gesicht des demokratischen Novembersystems. **Deutschland kreißte in den Wehen einer neuen Zeit, und über Brüning schlugen die Wogen zusammen.** -

**Hindenburgs
Zweifel**

Hindenburg hatte Gelegenheit, sich in Ostpreußen von der wahren Volksstimmung zu überzeugen. Hier drang der Groll und die Verzweiflung des gepeinigten Volkes bis an sein Ohr vor. Vorgänge, wie sie sich im Reichstag und im Landtag abgespielt hatten, erkannte er als Entladungen dieser hochgespannten Volkswut, vielleicht gar als Vorboten noch schlimmerer Ereignisse. **Hindenburg erkannte, daß Brüning nicht der Mann war, diese Stimmung zu besänftigen, ja, daß die neuen Notverordnungspläne nur zur weiteren Verschärfung der Gegensätze beitragen würden.** War Brüning, dieser in strenger Religiosität und stiller Einsamkeit des Gelehrtenlebens großgewordene Mensch, wirklich der Mann, der das Vertrauen des Reichsoberhauptes auf das Volk übertragen konnte? War Brüning der Mann, der ein großes und starkes Volk meistern konnte, dessen Urkräfte sich anschickten, hemmungslos sich zu entladen? Jetzt begann auch Hindenburg daran zu zweifeln. Er hatte Bedenken und Sorgen, daß, wie eine deutsche Zeitung jener Tage schrieb,

"von Brüning zum Volke und vom Volke zu ihm trotz aller modernen Verkehrs- und Mitteilungsmöglichkeiten kaum mehr Fäden hinüberreichen als zu einem Mönch in seiner einsamen Zelle, und er selbst seinen Mitarbeitern im Kabinett fremd und rätselhaft geblieben sei".
(Saale-Zeitung, 17. Mai 1932, Nr. 113.)

Brüning hatte sich nicht als der bewegliche Meister des politischen Lebens bewährt, er war der starre Fanatiker eines politischen Dogmas geblieben. Hindenburg mußte erkennen, wie schon Millionen Deutscher es erkannt hatten, daß die Zukunft Deutschlands unter Brünings Regiment in hoffnungsloses Dunkel gehüllt war. Besonders schmerzte ihn das Empfinden, daß seine politischen Empfänge in Neudeck durch einen Vertrauensmann Brünings überwacht wurden. Täglich appellierten Parteien und Organisationen an den Reichspräsidenten, baten dringend um Abhilfe. Wie es in dem Appell der deutschnationalen Reichstagsfraktion geschah, wo die Unmöglichkeit dargelegt wird, daß Brüning weiterhin gegen Volk und Reichstag regieren könne.

"Wir machen nun in aller Ehrerbietung darauf aufmerksam, daß, Brünings Pläne in die Tat umgesetzt, in breiter Volksmasse die schon vorhandene Erregung in einem Maße steigen müsse, daß sie sich unter Umständen in Formen Luft macht, die kein vaterlandsliebender Deutscher bei der höchst gespannten Lage wünschen kann."

Das war ein Vorstoß von starker Wucht.

Dann aber erhielt Brüning einen noch viel schwereren Schlag. Am 28. Mai entschied der Oberreichsanwalt in Leipzig, daß **Severings Landesverratsklage gegen die nationalsozialistischen Sturmabteilungen zurückgewiesen werden müsse.** Der Verdacht des Landesverrates gegen irgendeine Stelle der nationalsozialistischen Partei sei nicht stichhaltig und lasse sich aus keinem der vorgelegten Schriftstücke herleiten. Diese Entscheidung traf nicht allein den preußischen Innenminister Severing, sondern auch den Reichsinnenminister Groener, der ja in seiner Reichstagsrede ausdrücklich sein S.A.-Verbot mit dem Vorwurf des Landesverrates begründete. Und nun wurde von nationalsozialistischer Seite erklärt, **es stehe somit gerichtsnotorisch fest, daß der Reichspräsident über eine der wesentlichsten Voraussetzungen des S.A.-Verbotes unzutreffend unterrichtet worden sei. Daraus folge, daß die Minister die einzig mögliche Konsequenz ziehen und sofort zurücktreten müßten.**

Tatsächlich gab **diese höchstgerichtliche Entscheidung den letzten Anstoß, daß sich Hindenburg von der Regierung Brüning und ihrer Politik lossagte.** Am 29. Mai kehrte der Reichspräsident nach Berlin zurück. Wenige Stunden später

**Rücktritt der
Brüning-
regierung**

besuchte ihn Brüning. Der Kanzler entwickelte sein Programm. Groener sollte Innenminister bleiben, diesen wichtigen Mittelsmann zur Sozialdemokratie wollte Brüning nicht fallen lassen. Das Reichswehrministerium sollte der dienstälteste General Hasse übernehmen. Hindenburg aber forderte viel mehr: nicht nur Änderung der geplanten Notverordnung und Fallenlassen des Gedankens einer Zwangsenteignung des Großgrundbesitzes im Osten zugunsten von Siedlungen - diese Forderung des Präsidenten gründete sich auf die in Ostpreußen geführten Gespräche und eine Denkschrift des Freiherrn von Gayl -, sondern ferner Zusammenlegung des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums und vor allem Kurswechsel durch Rechtsorientierung des Kabinetts und der gesamten Politik. **Insbesondere forderte Hindenburg den Rücktritt Groeners.**

Es war eine kurze Aussprache unter vier Augen, die schließlich abgebrochen wurde. Sie hatte offenbart, daß **die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichspräsident und Reichskanzler jetzt unüberbrückbar geworden waren.** Aber Brüning, der bis zum letzten Augenblick voller Hoffnung war, erkannte auf einmal, daß er am Ende war. Er war nicht gewillt, dem Reichspräsidenten nachzugeben, Groener zu opfern und sich den Nationalsozialisten zuzuwenden. Am Vormittag des 30. Mai, einem Montag, hielt der Kanzler eine halbstündige Kabinettsitzung ab. Man wurde einig, dem Reichspräsidenten nicht nachzugeben, sondern den Rücktritt zu erklären. **Der Empfang Brünings bei Hindenburg war ganz kurz. Nach dem Berichte des Kanzlers nahm der Präsident den Rücktritt der Regierung ohne jede weitere Aussprache an. Die Regierung war entlassen, und Hindenburgs besondere Ungnade traf Groener.** -

Der sozialdemokratische *Abend* schrieb nicht ganz unrichtig: "Ausgelöst worden ist die Krise durch Einflüsse aus der Reichswehr und aus ostpreußischen Großgrundbesitzerkreisen." Die Sozialdemokratie vergaß hierbei, daß diese Einflüsse erst wirksam werden konnten durch die große, unangreifbare Macht der Nationalsozialisten, die hinter ihnen stand und der sich Brüning sinnlos widersetzte!

So verschwand diejenige Regierung aus Deutschland, welcher die historische Bedeutung zukommt, in 26monatiger Tätigkeit die Totengräberin der Novem-

**Brüning und
sein Werk**

berdemokratie geworden zu sein. Brüning war ein Mann, der ohne Zweifel persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten besaß. Persönliche Bescheidenheit, Arbeitsamkeit, Ausdauer zeichneten ihn aus. Aber stärker als dies waren bei ihm eine gewisse Art Eitelkeit, die sich nicht mit seiner Person, sondern mit der Sache, mit seinem Werke beschäftigte, und ein Hochmut, der störend, ja abstoßend wirkte, weil er die durch die Leistungen anderer gezogenen Grenzen nicht anerkannte.

Heinrich Brüning lebte streng in der religiösen Disziplin seiner Kirche. Er hatte, wie man sich erzählte, das Gelübde der Keuschheit abgelegt. Er war durch die Schule des preußischen Heeres gegangen und im Kriege Offizier geworden. Aber dies blieb für ihn nur Episode, weil in ihm die religiöse Disziplin stärker war als die preußische Disziplin. Und daher kam es auch, daß Brüning das Bündnis mit der Reichswehr suchte, um einer rein äußerlichen Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit willen, "weil es dem militärischen Strom der Zeit entgegenkam", wie das *Berliner Tageblatt* am 4. Juni 1932 schrieb. Im Grunde hatte Brüning die preußische Disziplin durch Groener verraten, nicht aber hatten ihn, den Reichskanzler, die Generäle verraten!

Diese religiöse Disziplin hatte etwas Mönchisches, Unfruchtbares, Mittelalterliches, von Zeit und Raum Gelöstes. Diese religiöse Disziplin ging in ihrer logischen Konsequenz so weit, daß sie gelegentlich bereit und imstande war, das zu leugnen, um dessentwillen Brüning eigentlich da war: das Volk. Brüning ist eine jener zeitlosen, typischen Erscheinungen der römischen Kirche, die ebenso gut im zwölften wie im zwanzigsten Jahrhundert möglich sind, unberührt vom Ablauf der Zeiten, vom Wechsel der Tendenzen und Schicksale. Er war ein eigentümlicher Mann, in dem sich die Starrheit des Niedersachsen aufs engste mit der Starrheit der katholischen Kirche verband.

Aus all dem ergab sich ein gewisses Maß auffälliger Überheblichkeit, eine Art unfehlbaren Alleswissens, eine absolute Leugnung jeden menschlichen Irrtums in den eignen Taten, so etwas wie ein Abglanz päpstlicher Unfehlbarkeit, der ein besonderes Merkmal des Zentrums und seiner Politiker

darstellt. Ähnlich wie Erzberger kannte, wußte und verstand Brüning alles, er irrte sich nicht, er allein besaß das richtige Maß von Vaterlandsliebe und Nationalbewußtsein, er hatte eine ganz besondere Stufe des Vertrautseins mit Gott erreicht und durfte alle ändern, jeden Gegner als Idioten betrachten, für den er nur ein mitleidiges Lächeln haben konnte. Diese Selbstüberhebung ging sogar soweit, daß Brüning gewissermaßen auch Einfluß auf den Reichspräsidenten beanspruchte und von außerordentlichem Zorn erfüllt war, als Hindenburg sich von ihm trennte. Brünings Stolz vor den Menschen hatte etwas Pharisäerhaftes. Er allein war der berufene Staatslenker.

Brüning war gescheitert, weil er gegen zwei Fronten gekämpft hatte. Er war der berufene Vertreter jener hierarchischen Demokratie, wie wir sie aus den geistlichen Hoheitsgebieten des Mittelalters kennen, jener hierarchischen Demokratie, die oben zwar die monarchische Nachfolge als ein Prinzip der Stetigkeit ablehnte, nach unten aber diktatorisch regierte; denn das Beständige, Zwingende in ihr war das Religiöse.

In seinem Kampfe gegen den Reichstag wie gegen die Rechte griff Brüning auf dieses Diktatorische der hierarchischen Demokratie zurück. Dies wurde ihm leicht aus zwei Gründen: einmal, weil er ganz in der Disziplin seiner Kirche stand, die absolut diktatorisch von oben herab ist, zweitens aber, weil der Gedanke der Diktatur bereits immer breitere Volksmassen ergriff: Nationalsozialisten, Kommunisten und, seit Hugenberg an ihrer Spitze stand, die Deutschnationalen waren auf die Diktatur gerichtet. Aus diesen beiden zusammenfließenden Strömungen, der klerikalen Diktatur des allein herrschenden Zentrums und dem Zusammenströmen von politischen Energien aus den diktatorischen Parteien erhob sich die demokratische Diktatur Brünings.

Es hat von 1919 bis 1930 keinen deutschen Kanzler gegeben, der ein schwierigeres Parlament hatte als Brüning. Es hat aber auch in der Zeit keinen Kanzler gegeben, der selbtherrlicher mit dem Parlament umgesprungen wäre als Brüning. Er hat sich in seinen Entschließungen niemals vom Parlament bestimmen lassen. Er verstand es aber, das Parlament bei den seltenen Gelegenheiten, in denen er es zusammenrief, stets seinem Willen gefügig zu machen. Brüning fragte nie nach Ansicht und Willen der Mehrheit, aber er schaffte sich trotzdem jede Mehrheit, die er brauchte. Gewiß, es bereitete ihm sichtlich Mühe, jedesmal die Parteien der bürgerlichen Mitte in seinem Fahrwasser zu halten; er verhandelte immer noch mit der deutschen Volkspartei oder der Wirtschaftspartei, wenn sich der Reichstag bereits versammelt hatte, und die Übereinstimmung ward gewöhnlich in den allerletzten Augenblicken vor der Bestätigung des parlamentarischen Vertrauens erzielt. Aber **der Reichstag hatte nur noch die Bedeutung eines Schönheitsfehlers an der neuen Erscheinung der demokratischen Diktatur.**

Zwei Voraussetzungen waren allerdings nötig, daß Brüning so souverän handeln konnte: die **Rechte** war noch zu schwach, und die **Sozialdemokratie**, krank und schwach bis in die Knochen, abgewirtschaftet und keiner eignen Aktion mehr fähig, mußte Brüning tolerieren, um ein befürchtetes Hinschwenken nach rechts zu verhindern. Brüning spielte mit der Sozialdemokratie, sie war kein Gegner für ihn, denn sie war dabei, in ihrem eigenen Materialismus zu verfaulen.

Um so mehr wandte sich Brüning gegen den Nationalsozialismus, dem sich die Deutschnationale Volkspartei anschloß. Die Abgeordneten beider Parteien hatten den Reichstag verlassen, nachdem sie dies unwürdige Spiel des Kanzlers mit dem Parlament erkannt hatten. Und seit dem Februar 1931 tobte zwischen Brüning und dem Nationalsozialismus jener Kampf auf Tod und Leben, dem Brüning 15 Monate später erlag.

Der Nationalsozialismus brach mit Brüning, weil er das hoffnungslos Todgeweihte der Kanzlerpolitik erkannte. Es war nicht nur das störrische Stemma dagegen, daß der Nationalsozialismus Einfluß auf die Regierung gewann, es war vor allem auch der Umstand, daß Brüning rückständig war in seinen Anschauungen, alle seine staatspolitischen Maßnahmen aus Angst und Not geboren wurden, wodurch auch etwas Unaufrichtiges in sein Wirken kam. Brüning nahm das Alte, Gegebene, Sterbende als etwas unantastbares hin, woran man nicht rütteln durfte. Das zerrüttete kapitalistische Wirtschaftssystem suchte er zu stützen und auszubessern, weil er glaubte, damit den

Bolschewismus abzuwehren. Alles, was Brüning innenpolitisch tat, sowohl auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens wie der rechten und linken Opposition gegenüber, war Abwehr. Brüning trieb Defensivpolitik, weil ihm der Mut zum Neuen fehlte. Dann aber und **vor allem war Brüning gefesselt durch den stillschweigenden höheren Auftrag der Katholischen Aktion**, jener Staatsmann, der dem uralten Kampf zwischen priesterlicher und weltlicher Staatsherrschaft neuen Antrieb zu geben hatte. Brüning konnte nicht mit der Rechten regieren, jedes Zugeständnis an sie hätte eine Kapitulation priesterlicher Herrschaftsbestrebungen gegenüber dem weltlichen Staat bedeutet. **Darum unversöhnlicher Kampf auf Tod und Leben gegen den Nationalsozialismus.** Brüning durfte die Rechte nur nachahmen, um die nationalen Katholiken für das Zentrum zu gewinnen! Brüning wollte nationale Politik machen und beanspruchte, daß dies anerkannt wurde, aber dabei wollte er den Todesstoß führen gegen den Nationalsozialismus durch das Verbot von dessen Organisationen. **Das unheilvolle Zwitterwesen Brünings ist nur aus der Katholischen Aktion und ihren politischen Zielen zu erklären.**

Man machte dem Kanzler oft im In- und Auslande den Vorwurf, er habe kein Programm, entwickle nur Pläne. Und dennoch **hatte Brüning ein Programm**, allerdings kein so geräuschvolles wie das der Eisernen Front, aber ein um so zwingenderes. **Es war eben das Programm der Katholischen Aktion, deren erster Kanzler er war**, das Programm, das nur in zwei Worten bestand: "Deutschlands Rettung". Befreiung des deutschen Volkes von dem Anwachsen heidnischer Mächte, die für die katholische Kirche sowohl im Marxismus wie im Nationalismus sich regten, **die Hinführung des deutschen Volkes unter ein christliches, d. h. kirchliches Regiment.** Dies Ziel konnte nur erreicht werden über die Demokratie, und sei es die diktatorische Demokratie, deren Anfänge bis in hierarchische Zeiten zurückgehen.

Der Vorsitzende der Katholischen Aktion, der Ministerialdirektor Klausener, saß im Preußischen Innenministerium und wirkte hier als Schatten Brünings, als das Lebensband, das die Reichsregierung mit der Preußenregierung aufs innigste verknüpfte. Allerdings hatte Brüning, bis er an die Verwirklichung des eigentlichen Programmes ging, eine Menge vorbereitender Arbeiten in dem verwüsteten Deutschland zu erledigen. Und **die Bewältigung dieser vorbereitenden Aufgaben überstieg seine Kräfte, - "hundert Meter vor dem Ziel".**

Und so ist Brüning gestrauchelt. Er war nicht in der Lage, die Finanznot zu beseitigen. Er war nicht in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu bannen, im Gegenteil, sie wuchs ihm über den Kopf. **Er war nicht in der Lage, den Nationalsozialismus auszuschalten.** Im Gegenteil, als er das durch das Verbot der Sturmabteilungen und Schutzstaffeln versuchte, besiegelte er damit seinen eigenen Sturz. Die Ausschaltung des Reichstages seit September 1930, der Übergang zur Diktatur hat an seinem Schicksal nichts ändern können. Brüning wurde verschlungen von den mit Erbitterung gegeneinander ringenden Gewalten. Er war nicht mehr fähig, sich zu behaupten, weil ihm, der kirchlich gebunden war, der Mut zum entscheidenden politischen Bekenntnis fehlte. Er mußte weichen, weil ihn die zu höchster Sammlung gelangte, alle Zersplitterung überwindende nationale Kraft erdrückte. Nach ihm mußte eine Direktorialregierung kommen. **Brüning war das notwendige Bindeglied, der Übergang von der auf schrankenlosem Parlamentarismus schwimmenden Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller zu der auf nationale Konzentration hinstrebenden Regierung des Kanzlers von Papen.**

Noch nie hat das Zentrum seit den Tagen des Kulturkampfes einen so schweren Schlag erlitten wie mit dem Rücktritt Brünings! Das Zentrum tobte. Der erste Kanzler der Katholischen Aktion war gefallen, noch ehe er seine eigentliche Aufgabe, alle deutschen Katholiken im Zentrum zu vereinen, um mit dieser dann mächtigen Partei Deutschland diktatorisch zu beherrschen, begonnen hatte. Was hatte es genützt, daß die Bischöfe den Nationalsozialismus ablehnten und verboten, um das Zentrum zu schützen? Was hatte es genützt, daß die Priester von den Kanzeln wetterten, wie im Kreis Gelsenkirchen am 14. September 1930: "Wer nicht Zentrum wählt, der ist verflucht!" Was hatte es genützt, daß Brüning den Schwerpunkt seiner Politik immer nach außen verlegte, daß er immer betonte, erst müßten außenpolitische Erfolge errungen werden, dann komme von selbst die

innenpolitische Entspannung? Auf diese außenpolitischen Erfolge hoffte Brüning mit Zuversicht, denn mit ihnen würde er alle deutschen Katholiken im Zentrum vereinigen! Nichts von alledem geschah! Denn auch die außenpolitischen Voraussetzungen waren falsch. Brüning buhlte um Frankreichs Freundschaft, aber Frankreich wurde ärger denn je gegen Deutschland! Der Kanzler der Katholischen Aktion brach zusammen, weil er in seinem Kampf gegen den Nationalsozialismus in seiner Schwäche sogar Unaufrichtigkeit und Verschleierung anwenden mußte. **Hitler und Brüning - weltliche und hierarchische Staatsgewalt im Kampfe gegeneinander! Brüning unterlag; die vielen Millionen nationalsozialistischer Katholiken konnte er nicht zum Zentrum hinüberziehen. Nicht das Zentrum wurde die 14-Millionen-Partei, wie es die Katholische Aktion verlangte, sondern der Nationalsozialismus. Darin liegt die eigentliche Katastrophe Brünings, darin liegt auch die Katastrophe der Zentrumspartei: Die Katholische Aktion hatte versagt, die weltliche Gewalt triumphierte über den geistlichen Staat. Das Zentrum wußte, warum es aufs tiefste empört war: der 30. Mai 1932 war der schwärzeste Tag seiner Geschichte. Die Entwicklung, die unter Erzberger am 19. Juli 1917 so hoffnungsvoll begann, endete mit der Katastrophe Brünings am 30. Mai 1932!**

So wurde Brüning zum Totengräber der Novemberdemokratie. Die Ironie der Weltgeschichte aber wollte es, daß sein Sturz gerade bei den Bannerträgern des Liberalismus, den Demokraten, tiefe Trauer erweckte. Sie gerade priesen Brüning als den größten deutschen Staatsmann seit Bismarck und erkannten nicht, daß er nur der Liquidator der Erzbergerpolitik war.

Hundert Meter vor seinem vermeintlichen Ziel scheiterte Brüning, ward seine Scheingröße als innere Sterilität enthüllt, denn **er scheiterte, weil ihm der Mut fehlte, sich zu lösen von dem alten, sterbenden Geiste einer versinkenden Epoche.** -



11. Kapitel: Direktorialregierung der nationalen Konzentration.

Der Sturz der Brüningregierung, der von der nationalen Opposition in Deutschland schon lange erwartet worden war, bereitete dem Auslande dennoch einige Überraschung. Besonders in **Paris** beschäftigte man sich eingehend mit den deutschen Ereignissen. Brüning sei das Opfer der Neudecker Intrigen geworden, schrieben die Zeitungen, und der Rücktritt Brünings sei nur die erste Phase der politischen Revolution in Deutschland. Deutschland stehe am Vorabend einer Militärdiktatur. Man könne nicht wissen, bis zu welchem Ausmaß Hitler auf diese Diktatur einen Einfluß ausüben werde. Möglich sei es auch, daß die Generale beabsichtigten, den Einfluß Hitlers einzudämmen. Jedenfalls wäre es ihnen aber ohne das Anwachsen der Nationalsozialisten und ohne die Einwilligung Hindenburgs nicht möglich gewesen, Brüning zu beseitigen. Gleichzeitig **bereite Deutschland einen Angriff auf Polen vor.** Mindestens solle Polen unter ständiger Bedrohung gehalten werden. Das nationalistische *Journal des Débats* schrieb: Mit Hindenburg und den militärischen Führern sei es der preußische Staat, der im Sinne seiner Herrschaft über das Deutsche Reich triumphiert habe.

Der Eindruck, daß in Deutschland der Wandel von der internationalen Passivität zur nationalen Aktion vor sich gehe, war im Auslande ganz allgemein. Nur wußte man noch nicht klar, welche Rolle die Nationalsozialisten hierbei spielen würden.

Bevor **Hindenburg** einen Mann seines Vertrauens, den er schon lange in Aussicht genommen hatte, mit der Kanzlerschaft betraute, **empfing er unmittelbar nach Brünings Rücktritt die Führer der Sozialdemokratie, Wels und Breitscheid, und dann Adolf Hitler und den Abgeordneten Göring.** Die Aussprache zwischen dem Präsidenten und den Nationalsozialisten dauerte anderthalb Stunden und es wurde hierin gewissermaßen ein Waffenstillstand zwischen dem Feldmarschall und dem Führer [265] der größten und mächtigsten deutschen Bewegung geschlossen. **Hindenburg erklärte, daß er nicht die Absicht habe, einen Parteiführer mit der Regierungsbildung zu betrauen, und Hitler erwiderte, daß sich die Nationalsozialisten der neuen Regierung gegenüber in keiner Weise binden würden, sie jedoch tolerieren würden, wenn gewisse Forderungen erfüllt**

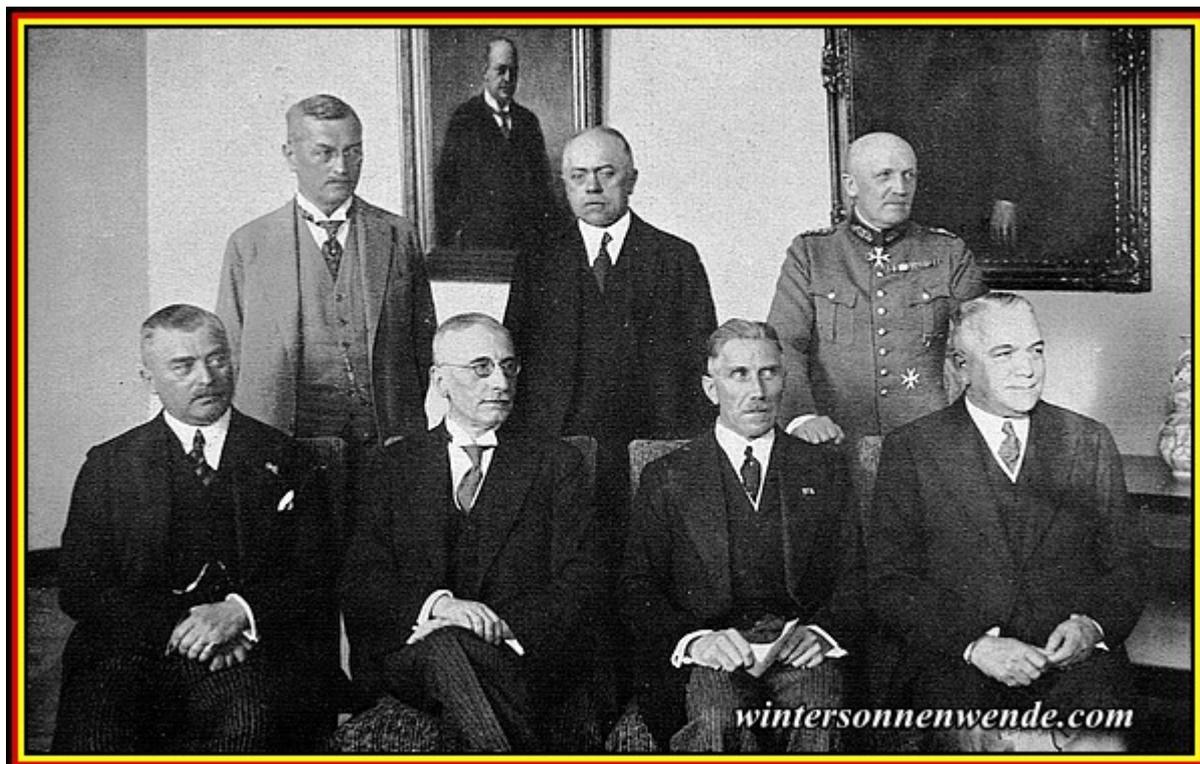
würden: Reichstagsneuwahlen, Aufhebung des S.A.-Verbotes, Wiederherstellung der Demonstrationenfreiheit für die bisher so maßlos unterdrückte nationalsozialistische Partei. **Die Tendenz Hindenburgs ging dahin, eine überparteiliche Regierung zu bilden, die durch Fachleute ergänzt werden sollte.** Die Regierung sollte parlamentarisch durch die Parteien vom Zentrum bis zur Rechten unter Einschluß der Nationalsozialisten gestützt werden. Es sollte **eine Regierung der nationalen Konzentration** sein.

Kabinett von Papen

Schon am folgenden Tage **beauftragte der Präsident Herrn von Papen**, der sein besonderes Vertrauen genoß, **mit der Regierungsbildung.** Bereits Anfang Mai hatte Hindenburg Herrn von Papen zu einer persönlichen Unterredung empfangen, und die Eingeweihten waren also nicht überrascht, daß im Augenblick von Brüning's Rücktritt bereits der neue Kanzlerkandidat da war. Der 53jährige war unter der Kaiserzeit aktiver Offizier und im Kriege Militärattaché der deutschen Botschaft in Washington gewesen. Er gehörte dem westfälischen Adel an und kam als Vertreter des rechten Zentrumsflügels ins Parlament. Außerdem war er Aufsichtsratsvorsitzender und Besitzer des Zentrumsblattes, der *Germania*.

Es gelang Papen rasch, seine Regierung zustande zu bringen. Das **Innenministerium** übernahm der ebenfalls 53jährige **Freiherr von Gayl**, ein Mann, der sich um Ostpreußen verdient gemacht hatte, den Schutz gegen die Bolschewisten organisiert hatte und 1920 Abstimmungskommissar gewesen war. Er war deutschnational und leitete die ostpreußische Landgesellschaft, ein gemeinnütziges Siedlungsunternehmen Ostpreußens. Das **Außenministerium** wurde dem 59jährigen **Freiherrn Konstantin von Neurath** übertragen, der als Fachdiplomate die deutsche Regierung in Rom und London vertreten hatte und die Verhältnisse und Stimmungen in Italien wie in England sehr gut kannte.

Reichswehrminister wurde General Kurt von Schleicher, 50 Jahre alt, der Mann, der Groener stürzte und jede Verbindung mit Brüning ablehnte. Er war ein Mann von umfangreichen Beziehungen, aber ohne politische Freunde. Bei den Marxisten galt er als "Alba der deutschen Republik". Seinem verbindlichen Wesen verdankte er es, daß er alles wußte, was man wissen muß, um klug zu herrschen. Im Februar 1929 gründete er für sich ein "Ministeramt" im Wehrministerium, das seine Entstehung einer Anregung der Linksparteien verdankte. Diese forderten nämlich die Einrichtung



Das Reichskabinett von Papen. Von links nach rechts sitzend: Braun, von Gayl, von Papen, von Neurath; stehend: Dr. Gürtner, Warmbold, von Schleicher. [Photo Scherl?]

eines politischen Staatssekretariats im Wehrministerium, um die Reichswehr enger mit der innenpolitischen Entwicklung zu verbinden.

In das **Wirtschaftsministerium** wurde der 56jährige Professor Warmbold, Vorstandsmitglied der I.G.-Farben, berufen. Das **Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium** wurde dem Freiherrn von Braun, einem Ostpreußen, übertragen. Er war 54 Jahre alt. Der 57jährige Freiherr Eltz von Rübénach, ein Rheinländer, wurde **Reichspost- und Reichsverkehrsminister**. Graf von Schwerin-Krosigk wurde auf den Posten des **Finanzministers** berufen. Die **Justiz** übernahm Dr. Gürtner, und in das **Arbeitsministerium** wurde schließlich am 6. Juni Schaeffer berufen.

Das war nun also die neue Regierung der nationalen Konzentration. Sie war die erste, ausgesprochene Rechtsregierung seit 1918 in Deutschland. Ihr Wesen war dem der Kapp-Regierung von 1920 ähnlich, doch was 1920 durch die Gewalt des Putsches verfolgt wurde, kam 1932 mit dem Rechte der Verfassung zustande. Kapp handelte 1920 illegal, und sein Unternehmen brach zusammen, weil nichts hinter ihm stand. Papen kam 1932 legal an die Macht und er behauptete sich, weil die Hälfte des deutschen Volkes ihn und seine Regierung für eine notwendige Etappe auf dem Wege des deutschen Fortschrittes hielt. **Alle Teile des Volkes betrachteten die neue Regierung als eine Zwischenlösung**, Papen und seine Minister betrachteten sich aber durchaus nicht als etwas Vorübergehendes, sondern als etwas Bleibendes, allen parlamentarischen Stürmen Überlegenes; **in der Tat konnte ihr historischer Sinn nur der sein, dem Nationalsozialismus den Weg an die Staatsmacht zu öffnen**. Insofern schloß die Regierung Papen einen nahezu 14jährigen Kreislauf. Ihre Ernennung und die Umstände, die dazu führten, gaben ihr das gleiche Gepräge einer Zeitenwende wie der Regierung des Prinzen Max von Baden, die am 3. Oktober 1918 vom Kaiser ernannt wurde. Prinz Max von Baden hatte die Aufgabe, die kaiserliche Politik des Krieges zu liquidieren, innenpolitisch, indem er die Sozialdemokraten regierungsfähig machte, außenpolitisch, indem er mit Wilson den Vorfrieden schloß. So hatte jetzt Herr von Papen die Aufgabe, die parlamentarische Politik der Revolutionsära zu liquidieren, innenpolitisch, indem er den Nationalsozialisten den Weg zur Macht bahnte, außenpolitisch, indem er den gordischen Knoten von Versailles, in erster Linie die Tributfrage, dann auch, soweit möglich, die Abrüstungsfrage löste. Der 3. Oktober 1918, der 13. März 1920, der 1. Juni 1932 waren Mark- und Meilensteine auf dem Schicksalswege des deutschen Volkes. -

Die neue Regierung war diejenige der Not, ebenso der innenpolitischen wie der außenpolitischen Not. Durch ihre neuen Männer zeigte sie an, daß sie mit dem alten Kurs nichts mehr gemein haben wollte. **Im Gegensatz zu der allzu freundlichen Franzosenpolitik Brüning's betonten Papen und Neurath die von der nationalen Opposition geforderte außenpolitische Linie, die von Washington über London nach Rom führte**. Der akuten polnischen Gefahr wollte man tatkräftig begegnen, indem man zwei zuverlässige Ostpreußen, Gayl und Braun, berief, Männer, von denen man überzeugt war, daß sie aufs ernsteste den deutschen Osten verteidigen würden. Das neue Regiment war von einer gewissen Initiative erfüllt, die man an allen bisherigen Regierungen vermißt hatte. -

Die Demokratie und der Marxismus gossen eine Flut von Schmähungen über die neue Regierung aus. Sie bezeichneten sie mit demagogischer Unwahrhaftigkeit als eine "Hitlerregierung". "Kabinett der Barone" höhnte die Sozialdemokratie, ihre Zeitungen schrieben von "Hitlers Elendsstaat". Die Kommunisten bezeichneten die Regierung als eine Kampf-ansage an die gesamte Arbeiterklasse.

Papen und die Parteien

Der **sozialdemokratische Parteivorstand** erklärte, dies sei die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeitnehmerschaft ohne jede Vertretung geblieben sei. Sie stütze sich auf **die Nationalsozialisten, die nun den blutigsten Terror entfalten würden**. Aber die organisierte Arbeiterklasse habe die Aufgabe, die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärte, sie werde entschlossen den Kampf führen gegen alle sozialreaktionären Anschläge, gegen alle inflationistischen Experimente und gegen alle Angriffe auf Verfassung und Demokratie.

Die **Staatspartei** appellierte an Hindenburg, die neue Regierung solle sich nicht als ein Kabinett der nationalen Konzentration bezeichnen. In der Regierung befinde sich auch kein Vertrauensmann der überwiegenden Mehrheit jener 19 Millionen Wähler, welche Hindenburg wieder zum Reichspräsidenten gewählt hätten.

Die **Kommunisten**, die ihre vergeblichen Versuche, durch Erzeugung von Erwerbslosenunruhen in den großen Städten die Macht des Staates zu erschüttern, verstärkten, faßten sogar den Plan einer neuen großen Erhebung nach Art der Aufstände von 1919, 1920 und 1921. Die Reichsleitung ordnete im Ruhrgebiet Generalalarm für sämtliche Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus an, Führerbesprechungen wurden angesetzt und Pläne für neue große Aktionen ausgearbeitet. Moskau schwang die Peitsche über den deutschen Kommunisten, die Russen sparten nicht mit Tadel und Vorwurf und Ermahnung. In den Straßen der Städte erschienen jetzt wieder die Klassenkämpfer in schwarzer Bluse und Hose, mit dem roten Sowjetstern, dessen Zier gekreuzte Sichel und Hammer waren. **Mit aller Energie arbeiteten die Kommunisten darauf hin, im Ruhrgebiet, wo sie ihre Hauptkraft hatten, eine Machtprobe herbeizuführen.** -

**Papen und
das Zentrum**

Von besonderer geschichtlicher Bedeutung aber war **die Haltung des Zentrums**. Diese Partei hatte, wiewohl nur eine kleine Minderheit, seit 15 Jahren das Schicksal des deutschen Volkes in Händen gehalten. Jetzt aber war eine Regierung gebildet worden, die keine Wesensverwandtschaft mehr mit den Zentrumskabinetten der Vergangenheit zeigte. Die Linie der Erzberger, Fehrenbach, Wirth, Marx, Brüning war verlassen worden, und Papen, obgleich selbst Angehöriger des rechten Flügels der Partei, wurde vom Zentrum als Außenseiter betrachtet. Im Gegensatz zu allen bisherigen Zentrumskanzlern und -ministern überwog in Papen das preußische Element über das römische.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums drückte also ihr Befremden über den Sturz Brünings aus und erklärte ihre "einmütige und schärfste Verurteilung" derjenigen Vorgänge, die zum Sturze des Kanzlers geführt hatten. Die Erklärung sprach von "leichtfertigen Intrigen verfassungsmäßig unverantwortlicher Personen", welche die hoffnungsvolle Aufbaupolitik jäh unterbrochen hätten, von einem "monatelang geübten System unkontrollierbarer Treibereien", und versagte der neuen Regierung die Unterstützung der Partei für ihre "politischen Experimente".

Die Parteileitung versicherte, daß sich das Zentrum an der neuen Regierung nicht beteiligen werde und daß sie ihren Mitgliedern verbiete, darin mitzuwirken. Herrn von Papen legte sie nahe, aus der Partei auszuschneiden, was dieser denn auch tat, wie übrigens alle Minister ihre Parteibindungen lösten. In dem ganzen Verhalten des Zentrums zitterte der ungeheure Zorn nach, den die Partei empfand über den empfindlichen Schlag, daß sie jetzt von der Macht verdrängt war. Die ganze unüberbrückbare Kluft der Weltanschauungen Papens und des Zentrums enthüllte der Brief, den der neue Kanzler Anfang Juni an den Zentrumsvorsitzenden Prälat Dr. Kaas richtete. **Papen** erklärte, nicht als Parteimann, sondern als Deutscher sei er, gewiß nicht leichten Herzens, dem Rufe Hindenburgs gefolgt.

"Auch die deutsche Zentrumspartei und der in ihr politisch organisierte Katholizismus werden sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß das neue Deutschland nur auf der Grundlage der Kräfte aufgebaut werden kann, die die geistige Wende unserer Tage zur Hoffnung der jungen Generation gemacht hat."

In seiner Antwort richtete der **Prälat Kaas** hart und rücksichtslos eine unüberschreitbare Grenze zwischen dem Zentrum und Papen auf; ohne den leisesten Willen einer Verständigung. **Der Weg, den Herr von Papen beschritten habe, sei ein Irrweg. Das Zentrum war zu keiner Unterstützung bereit.**

Auch die **Bayrische Volkspartei**, die süddeutsche Abart des Zentrums, trat in Opposition zu Papen. Die Korrespondenz dieser Partei bezeichnete die neue Regierung als eine "typische Not-, Schein- und Übergangslösung", die den heißen Wunsch der Nationalsozialisten nach Reichstagsauflösung und Neuwahlen erfüllen solle. Es könne aber niemand zugemutet werden, sich in irgendeiner Form

aktiv an einem "Unternehmen der politischen Verlegenheit" zu beteiligen, und darum lehnte auch der bisherige Reichspostminister Schätzel Papens Antrag ab, das Postministerium auch in der neuen Regierung beizubehalten.

Die gesamte Koalition von Weimar, einschließlich der Kommunisten, stand in geschlossener feindseliger Front gegen die neue Regierung. Es war die gleiche Verbindung, die im Juli 1917 gegen das Kaiserreich sich erhob. Doch war die Verteilung der Kräfte diesmal eine andere, eine für die Koalitionsparteien ungünstige.

Aber auch die Parteien der nationalen Opposition standen nicht bedingungslos hinter dem neuen Regiment. Der deutschnationale Tag stellte fest, daß die Parteien der bisherigen Opposition, also in erster Linie die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, offiziell mit der Bildung dieses Kabinetts nichts zu tun hätten. Die Nationalsozialisten behielten sich volle Handlungsfreiheit vor. Sie erwarteten von Papen, daß er das jahrelange bittere Unrecht an den Nationalsozialisten wieder gutmachen werde und daß er Reichstagsneuwahlen ausschreiben werde. Im übrigen würden sie auch diese Regierung wie jede andere lediglich nach ihren Taten beurteilen.

Es hat wohl seit 1917 kaum eine deutsche Regierung gegeben, die so ohne jeden parlamentarischen Rückhalt war wie die Regierung Papen. Die Parteien der demokratischen Koalition wie auch die Kommunisten standen ihr feindselig gegenüber. Die nationale Opposition verhielt sich abwartend, war unter gewissen Voraussetzungen bereit, das Kabinett zu tolerieren. Dieser Charakter der neuen Regierung wurde von weiten Volkskreisen als Schwäche ausgelegt. Man nannte sie ein Übergangskabinett, eine Zwischenlösung, eine Regierung, die nur vorbereitende Aufgaben zu erfüllen hatte.

Papen war entschlossen, das Steuer des Reichs nach rechts heranzuwenden. Abkehr vom Brüning'schen System war die Losung. Abkehr von der demokratischen Einseitigkeit, welche die Anhänger der nationalen Opposition zu Menschen minderen Rechtes stempelte. Papen erkannte, daß der Reichstag ihm nicht das Vertrauen aussprechen würde, und darum ließ er seinen ursprünglichen Plan, den Reichstag einzuberufen, fallen. Statt dessen erwirkte er vier Tage nach seinem Amtsantritt vom Reichspräsidenten die **Auflösung des Parlaments**. Hindenburg verordnete am Mittag des 4. Juni:

"Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht."

Damit war eine Hauptforderung der Nationalsozialisten erfüllt worden.

Gleichzeitig veröffentlichte Papen die **Regierungserklärung, die etwa folgendes enthielt:** das deutsche Volk stehe in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt würden, wenn der dornige Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg begangen werden sollte, seien ungeheuer. Die neue Regierung habe eine negative Bilanz vorgefunden. Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Genesung - Verwaltungsreform, Finanzreform, Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation - sei über schüchterne Anfänge hinausgekommen. Die Sozialversicherungen ständen vor dem Bankrott, die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehre trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Marke des deutschen Volkes. Die Nachkriegsregierungen hätten geglaubt, durch einen sich ständig steigernden Staatssozialismus die materiellen Sorgen sowohl dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie hätten den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie hätten ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen könne. Gerade hierdurch sei die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Die moralische Zermürbung des deutschen Volkes werde durch den unseligen, gemeinschaftsfeindlichen Klassenkampf verschärft und durch den Kulturbolschewismus vergrößert. Dem müsse in letzter Stunde Ein-

Regierungserklärung

halt geboten werden. Eine klare Entscheidung müsse getroffen werden über die Kräfte, die Deutschland regieren sollen. Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Lebens geleistet werden könnten, sei die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen. Sie mache keine Versprechungen. Das außenpolitische Ziel sei, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen dem Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. "Die Nation wird", so schloß das Manifest, "vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen gewillt ist. Die Regierung wird, unabhängig von den Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands, führen."

**Brünings
Rechtfertigung
gegen Papen**

Die Angriffe, welche diese Proklamation enthielt gegen die früheren Reichsregierungen, ließen Brüning und seine ehemaligen Minister nicht ruhen. **Zum Erstaunen ihrer Gegner und zur Genugtuung ihrer Anhänger gab das zurückgetretene Kabinett am 6. Juni eine öffentliche Gegenerklärung ab**, ein Vorgang, der in der deutschen Geschichte der letzten anderthalb Jahrhunderte ohne Vorbild ist. Überzeugt von seiner Unfehlbarkeit und gekränkt dadurch, daß andere diese Überzeugung nicht teilten, scheute Brüning nicht davor zurück, seinen Nachfolger der Unwahrhaftigkeit zu zeihen und so die Autorität der neuen Regierung zu untergraben. Brüning rühmte sich, von 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als 6 Milliarden gedrosselt zu haben. Ferner sei eine Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Aufwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt worden. Die Währung sei behauptet worden und es seien Maßnahmen getroffen worden, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeiten und Freiwilligem Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu schaffen.

"Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.... Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt... Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglichster Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfälschung bewahrt und so weitergeführt wird, wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert."

Diese Gegenerklärung, die durch ihre Anmaßung nicht nur lächerlich, sondern tief beschämend wirkte, blieb von der neuen Regierung wie vom größten Teile der öffentlichen Meinung unbeachtet. Um aber vielen Verleumdungen und Verunglimpfungen, die von demokratisch-liberalistischer Seite gegen die Regierung verbreitet wurden, entgegenzutreten, **legte Freiherr von Gayl am 9. Juni im Reichsrat noch einmal ausführlich das Programm der Regierung dar:**

Die Eigenart und das Eigenleben der Länder werde nicht angetastet werden. Es sei noch nicht die Zeit für die Regierung, eine Entscheidung in der Frage der Reichsreform herbeizuführen. Die Weimarer Verfassung sei nach unbestrittener Ansicht weitester Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig. Doch sei das Gerede von einer geplanten Änderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ein törichtes und darum schädliches Geschwätz. In diesen Zeiten des Kampfes um Sein und Nichtsein sei die Frage Republik oder Monarchie keine Frage, die von der Reichsregierung zu lösen sei: Höher als die Form stehe der Staat der Deutschen, den zu retten die einzige Pflicht der Regierung sei. Auch die Behauptung der angeblich reaktionären Einstellung des Kabinetts sei unwahr. Man wolle organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Die öffentliche Ruhe und Ordnung müsse mit allen Machtmitteln des Staates geschützt werden, aber eine gleichmäßige Gerechtigkeit müsse allen politischen Gruppen die gleiche Freiheit gewähren. Auch die Siedlungsfrage solle tatkräftig gelöst werden. Gegen das Parteibuchbeamtentum müsse das qualifizierte Berufsbeamtentum wieder sich durchsetzen.

"Wichtig und notwendig scheint mir auf dem Gebiet des gesamten kulturellen Lebens unseres Volkes, insbesondere auch im Rundfunk und Lichtspielwesen die Betonung und Pflege deutschen Geistes und die Ausmerzung aller undeutschen, fremden Einflüsse, die zeitweise weite Kreise des deutschen Volkes befremdet haben. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit und der Wille zu einem eigenen deutschen Leben wachsen heute ständig in unserem Volk. Aufgabe der Reichsregierung und in ihr des Innenministers ist es, diesem Willen gerecht zu werden und die machtvolle nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benutzen. Jede Mitarbeit, insbesondere der deutschen Jugend, ist uns dabei willkommen."

Trotz aller Anfeindungen werde die Regierung mit frischem Mut und Vertrauen an ihre Pflichten gehen. Beides nehme sie aus dem festen Glauben an das deutsche Volk und aus dem unerschütterlichen Glauben an eine höhere Gerechtigkeit.

"Weil wir, durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung vor unserem Gott und unserem Volk, diesen Glauben in uns fühlen, haben wir uns in schwerster Stunde bereit erklärt, das Steuer in die Hand zu nehmen und unter Einsatz unserer besten Kraft zu führen. Die Geschichte wird lehren, ob wir recht getan haben oder nicht."

**Finanznot-
verordnung**

Die nächste dringende Aufgabe der Regierung bestand in der **Ordnung der Finanzangelegenheiten**. Papen sah sich gezwungen, hierbei wesentliche Gedankengänge Brüning's zu übernehmen. Am 14. Juni 1932 wurde die **Finanznotverordnung** erlassen, welche einschneidende Vorschriften zunächst für die Sozialversicherungen enthielt. Sie wurden im allgemeinen auf den Stand von 1927 zurückgeführt und erfuhren teilweise erhebliche Kürzungen, so die Unfallrenten aus den Jahren von 1927-1931 um 15 Prozent. In der Verwaltung der Sozialversicherungen sollten Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, Vereinfachung und Verbilligung erzwungen werden. Die Kriegsopferversorgung erfuhr keine wesentlichen weiteren Kürzungen, lediglich bei den kinderlosen Leichtbeschädigten. Um die Finanzlage des Reiches zu bessern, erkannte man, daß von dem bisher beliebten Mittel der Steuererhöhungen keine nennenswerten Mehrerträge erwartet werden könnten. Um aber gewisse soziale Aufgaben zu erfüllen, wurde eine Salzsteuer eingeführt, die im Jahre 70 Millionen einbringen sollte. Die Krisenlohnsteuer wurde aufgehoben, doch sollte die Krisensteuer der Veranlagten noch einmal im Oktober 1932 und im Januar 1933 erhoben werden. Die Aufbringungsumlage wurde wesentlich herabgesetzt (auf die Hälfte), wodurch die Industrie entsprechend ihrem außerordentlichen Vermögensrückgang bedeutend entlastet wurde.

Um nun die Aufwendung für die **Arbeitslosen**, die insgesamt bei Reich, Ländern und Gemeinden 3½ Milliarden betragen, sicherzustellen, wurde zunächst eine Kürzung der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen in Gesamthöhe von einer halben Milliarde angeordnet. Diese Kürzungen waren sehr beträchtlich, sie betragen 23, 10 und 15 Prozent und brachten eine Ersparnis von einer halben Milliarde. Von den verbleibenden 3 Milliarden waren also 400 Millionen noch ungedeckt. Sie konnten unmöglich durch Erhöhung der Einkommensteuer eingebracht werden, sondern sie sollten durch eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, die allen Lohn-, Gehalts- und Pensionsempfängern auferlegt wurde, flüssig gemacht werden. Diese Abgabe staffelte sich von 1,5 (bis 125 Mk. Einkommen monatlich) bis zu 5,75 Prozent, war also auch ganz beträchtlich. Dafür fiel die bisherige Krisenlohnsteuer fort. Auch die Bürgersteuer wurde beseitigt.

Die Reichsregierung glaubte, mit diesen Kürzungen und Neubelastungen ihren Etat, der 8,2 Milliarden betrug (Reparationen waren nicht vorgesehen), auszugleichen, und sowohl Ländern und Gemeinden zu helfen durch eine Neuverteilung der Beträge. Zudem versicherte die Regierung, sie werde alles tun, um die **Arbeitsbeschaffung** zu fördern. Zwar sei von der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand und von dem freiwilligen Arbeitsdienst nicht viel zu erwarten, doch werde man diese Fragen nicht versäumen. Insbesondere wolle man sich der landwirtschaftlichen Siedlung im Osten zuwenden und erwägen, inwiefern auch eine Gestaltung der Arbeitszeit weitere Beschäftigung für Arbeitslose schaffen könne.

Die Notverordnung, die allerdings in der Erkenntnis, daß das bisher beliebte Mittel der Steuererhöhungen nicht zu dem gewünschten Erfolg der öffentlichen Einnahmesteigerung führte, ein Fortschritt war, hatte doch etwas Überstürztes, das sich aus dem Drang der Not ergab. Es mußte schnell gehandelt werden, damit die Verhältnisse der Regierung nicht über den Kopf wuchsen. Die Regierung wollte zunächst und in aller Eile, noch bevor die geplante Reparationskonferenz von Lausanne beendet war, eine Zwischenlösung finden, wie sie selbst sagte. Deshalb bekannte sie sich zu Maßnahmen, die bereits Brüning geplant hatte, z. B. Kürzung der Fürsorgebezüge und Beschäftigtensteuer, und brachte insofern nicht die erhoffte Erleichterung. So kam es denn auch stellenweise in den Großstädten erneut zu Unruhen und Erhebungen, als die Erwerbslosen die gekürzten Bezüge erhielten. Natürlich standen hinter diesen Aktionen **die Kommunisten, die nun glaubten, ihre Stunde sei gekommen**. Aber der Wachsamkeit der Polizei gelang es, alle derartigen Bewegungen im Keime zu ersticken, wenn es auch gelegentlich, wie in Hamburg, zu Schießereien und Blutvergießen kam. Scharf kritisierte auch der nationalsozialistische *Völkische Beobachter* die Notverordnung. Die Partei lehne diese erste Notverordnung als neue für das deutsche Volk unerträgliche Belastung umsomehr ab, als sie in dieser ersten praktischen Maßnahme der Regierung keinerlei Ansatzpunkte für eine genügende Änderung der bisherigen vierzehnjährigen verhängnisvollen Verleumdungspolitik zu erkennen vermöge. Ähnlich fiel das Urteil auf deutschnationaler Seite aus; der *Tag* schrieb: "**Das deutsche Volk will endlich von der Regierung die Tat sehen, die möglich ist, wenn man mit dem ganzen parteipolitischen Verwaltungssystem der letzten zehn Jahre aufhört.**"

In der englischen Presse bezeichnete man die Notverordnung als ein Zeichen für die äußerst verzweifelte Lage Deutschlands und stellte die deutschen Sparmaßnahmen als vorbildlich für England hin.

Übrigens erließ die Regierung am gleichen Tage eine Notverordnung zur Vereinfachung der Rechtspflege und Verwaltung, die für das Volk insofern eine gewisse Bedeutung hatte, als die Pfändungsgrenze bei Lohn- und Gehaltseinkommen von 195 auf 165 Mark herabgesetzt wurde.

Jedoch viel gespannter war das deutsche Volk auf **die Haltung der Regierung in politischen Dingen**. Bereits in den ersten Tagen ihres Wirkens erklärte sie, sie werde alle bisherigen Notverordnungen aufheben und nur einige Bestimmungen in neuer Fassung herausgeben. **Aufgehoben würde vor allem das S.A.- und S.S.-Verbot sowie das Uniformverbot. Versammlungs- und Pressefreiheit würden in weitestem Umfange wiederhergestellt**. Bestehen bleiben würden in erster Linie die Bestimmungen über Waffenbesitz und Waffenträgern, ferner einige Bestimmungen, die grobe unrichtige Angriffe in der Presse und in den Versammlungen verhindern sollen. Auch würde sich das Reich das Kontrollrecht über die Wehrverbände vorbehalten. Die Arbeiten an dieser Notverordnung nahmen mehr Zeit in Anspruch, als man ursprünglich annahm.

Neuer politischer Kurs

Inzwischen zeigte sich doch schon der neue Kurs, als der Innenminister Freiherr von Gayl bestimmte, daß **der Rundfunk allen politischen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unter den üblichen Bedingungen freizugeben sei**. Damit war ein weiteres Bollwerk gefallen, das Brüning gegen die Nationalsozialisten aufgerichtet hatte (wie schon bei der Reichstagsauflösung). Und so konnte der Reichsorganisationsleiter der Nationalsozialisten, **Gregor Strasser**, als erster Nationalsozialist am 14. Juni, am Tage der Notverordnung, im Rundfunk über die Staatsidee des Nationalsozialismus sprechen. Bayern und Württemberg aber verboten durch ihre Zentrumsregierungen die Verbreitung der Rede!



Der Nationalsozialist Gregor Strasser am Mikrophon. [Photo Scherl?]

Die Verzögerung im Erscheinen der politischen Notverordnung hatte ihre Gründe. **Die Zentrumsregierungen Süddeutschlands setzen der Aufhebung des S.A.-Verbotes scharfen Widerstand entgegen.** Die Bayrische Volkspartei spielte bereits verwegen mit dem Gedanken der Mainlinie. In agitatorischer Weise wurden die Fragen der Verbotsbeseitigung mit den Fragen der Regierungsbildung verknüpft. Da Bayern und Württemberg nicht imstande waren, eine neue Regierung zu bilden, fürchteten die geschäftsführenden Zentrumsregierungen ein Anwachsen des nationalsozialistischen Einflusses bei der Reichsregierung, der dahin führen könne, daß in den süddeutschen Ländern Reichskommissare eingesetzt würden, wie die Nationalsozialisten einen solchen für Preußen forderten. Dagegen bäumte sich der bayrische Separatismus auf, der seit je in der Bayrischen Volkspartei seinen Hort hatte. So sprach in einer Massenkundgebung der Bayrischen Volkspartei in München am 10. Juni der Parteiführer Schäffers folgendes: Die erste Wirkung des Regierungswechsels sei Zerreißung des deutschen Volkes, Verbitterung und Haß. Hitler strebe nach der Gewalt, um die brutale Macht gegen das Volk anzuwenden. 19 Millionen wollten bestimmt nicht, daß über Deutschland eine Parteidiktatur Hitlers errichtet werde. Der Ruf müsse sein: "Dem deutschen Volke sein Recht - nieder mit der Kamarilla!" Sei der Sturz des Kabinetts Brüning schon ein ungeheurer staatspolitischer Fehler gewesen, so sei die Auflösung des Reichstages und die Ausschreibung eines neuen Wahlkampfes in diesen Zeiten eine Sünde. Der Reichskanzler möge es ja nicht wagen, das preußische Beispiel etwa in Bayern nachzuahmen und sich mit der bayrischen Regierungsbildung beschäftigen! Schäffers ging sogar soweit, sich aus der Jugend der Bayrischen Volkspartei eine besondere separatistische Truppe zu schaffen gegen die nationale Strömung. Er gab ihr den Namen "Bayernwacht"!

**Süddeutsche
Gegenströmungen**

Im Gefühle ihres gekränkten Rechtes reisten die süddeutschen Staatspräsidenten, der Bayrische Volksparteiler Dr. Held, die Zentrumsangehörigen Dr. Bolz aus Württemberg und Dr. Schmitt aus Baden am 12. Juni zum Reichspräsidenten und hatten mit ihm im Beisein Papens und Gayls eine lange Aussprache über die Gründe für den Rücktritt Brünings und über die Absicht der Reichsregierung, in den Ländern Reichskommissare einzusetzen. Zwar wurden die Süddeutschen in der Frage der Reichskommissare beruhigt, doch in der Frage der Aufhebung des S.A.- und S.S.-Verbotes wurde eine völlige Einigung nicht erzielt! Immerhin gelang es, den süddeutschen Ministern klar zu machen, ihre Aktion trage einen nur allzu parteipolitischen Charakter!

Diese Unterredung hatte aber die Lage keineswegs entspannt. Die *Bayrische Staatszeitung* fuhr in ihrer separatistisch-verräterischen Politik fort und richtete ihren Kampf zunächst gegen die Finanznotverordnung: die süddeutschen Regierungen, insbesondere Bayern, würden für die neue Notverordnung jede Verantwortung ablehnen und insbesondere nicht die geringste Verantwortung übernehmen für gewisse Maßnahmen in ihr, deren Durchführung ihnen nur mittels Gewalt möglich erscheine.

**Politische
Notverordnung**

So kämpfte der Reichsinnenminister von Gayl mit den Länderregierungen um die politische Notverordnung. Am 15. Juni hatte er mit den Vertretern der Länder eine Besprechung und wies auf folgendes hin: die neue Notverordnung bringe die Aufhebung des S.A.- und S.S.-Verbotes, des Uniformverbotes, wie eine Neuregelung der Pressevorschriften, des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes. Die Vertreter der Länderregierungen waren sehr zurückhaltend und behielten sich die Stellung ihrer Regierungen vor. Besonders von süddeutscher Seite wurden immer wieder Bedenken und Einwände laut. Demgegenüber **betonte Gayl ausdrücklich, daß alle Reichsinstanzen zu sofortigem Einschreiten entschlossen seien, wenn in irgend einem Teil des Reichsgebietes durch die neuen Regelungen Schwierigkeiten entstehen sollten,** und daß diese Entschlossenheit vor allem auch für die Wiedezulassung der Uniformen gelte. Die neue Notverordnung spreche nicht von militärischen Verbänden, sondern von "Verbänden, die in geschlossener Ordnung auftreten" und verpflichtet solche Verbände, ihre Satzungen auf Verlangen dem Innenminister mitzuteilen und sich den Anordnungen des Innenministers zu fügen. Gayl führte weiter aus, von besonderer Bedeutung sei es, daß der Innenminister auf Beschwerden hin in einzelnen Teilen des Reiches eingreifen und Sonderregelungen treffen könne. Darin liege indirekt die Bestimmung, daß nicht die Landesregierungen direkt bei dem Auftreten von Schwierigkeiten

eingreifen dürfen, sondern daß sie sich beschwerdeführend an den Reichsinnenminister wenden müssen, der dann entscheide und Anordnungen treffe. **Von besonderer politischer Bedeutung sei es weiterhin, daß von der für die Verbände aller Parteien geltenden Regelung die Kommunisten ausdrücklich ausgeschlossen würden.** Die Hauptstrafe bei Verstößen gegen die Verordnung bleibe die Auflösung von Verbänden. Bei den Bestimmungen über Versammlungen und Demonstrationen erhalte der Reichsinnenminister das Recht, eine Pflicht zur polizeilichen Anmeldung von Versammlungen anzuordnen. Er könne bestimmen, daß in einzelnen Gebieten Versammlungen verboten oder von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden. Bei Roheitsdelikten und bei Waffenmißbrauch würden neue besonders schwere Strafvorschriften eingeführt. Zeitungen und Zeitschriften könnten künftig nicht nur bei Gefährdung der Ruhe und Ordnung, sondern auch "bei Gefährdung lebenswichtiger Staatsinteressen" verboten werden.

Diese neue Notverordnung, welche alle sieben bisher erlassenen politischen Notverordnungen außer Kraft setzte, entsprach wohl dem Willen des Volkes, aber nicht dem Willen der verblendeten Länderregierungen. Gerade der Gegensatz zwischen Reichsregierung und Länderregierungen in diesem Punkte enthüllte den Gegensatz der Systeme, der sich im Fortschritt der Zeit herausgebildet hatte. Die Länderregierungen beriefen sich auf den freien, demokratischen Willen des Volkes, der mit allen seinen Schwächen des Liberalismus, Pazifismus und Marxismus 1919 vorhanden war, sich aber in einer 13jährigen Entwicklung völlig verflüchtigt hatte. Die Reichsregierung rechtfertigte ihr Vorgehen ebenfalls durch Berufung auf den freien, demokratischen Willen des Volkes, wie er in der Verfassung von 1919 anerkannt war, aber nach 13 Jahren eine bewußt nationale Richtung angenommen hatte. Das war der Unterschied zwischen Kapp und Papen, die so stark wesensverwandt miteinander sind: Kapp wollte dasselbe wie Papen, aber der 1919 verbrieft demokratische Volkswille war gegen Kapp, doch für Papen! Und Papen war ebenso entschlossen, seinen Willen durchzusetzen gegen seine Widersacher, wie Ebert 1920 entschlossen war, Kapp niederzuzwingen. In einer Unterredung mit Hitler ließ Papen keinen Zweifel, daß er Artikel 48 Absatz 2 der Verfassung geltend machen würde, um die Aufhebung des Uniformverbotes auch gegenüber den Länderregierungen zu erzwingen.

Am 17. Juni trat die neue politische Notverordnung in Kraft: mit der gleichen Stunde, da die Fesseln der demokratischen Diktatur fielen, marschierten in deutschen Landen 400 000 S.A.- und S.S.-Männer in ihren braunen Uniformen und die Stahlhelmbataillone im feldgrauen Kriegerrock. Die Disziplin der nationalsozialistischen S.A.- und S.S.-Verbände biete die absolute Gewähr dafür, daß ihrerseits eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit nirgends bestehe, schrieb die nationalsozialistische Parteikorrespondenz. Und die Stahlhelmzeitung erklärte:

"Mögen Stahlhelm und S.A. nach dem Wort unseres ersten Bundesführers (Seldte) in Bremen in Zukunft in ehrlicher Kampfgemeinschaft dem gemeinsamen Ziel der inneren und äußeren Befreiung des Vaterlandes entgegenmarschieren!"

Der Reichspräsident hielt es für seine Pflicht, noch einmal **ausdrücklich vor Mißbrauch der politischen Freiheit zu warnen.** Er schrieb zugleich mit der Unterzeichnung der neuen Notverordnung dem Reichsinnenminister folgenden Brief:

"Anbei übersende ich Ihnen die von mir vollzogene Notverordnung gegen politische Ausschreitungen zur Veröffentlichung. Ich habe die von der Reichsregierung vorgeschlagenen weitgehenden Milderungen der bisherigen Vorschriften in dem Vertrauen darauf vorgenommen, daß der politische Meinungskampf in Deutschland sich künftig in ruhigeren Formen abspielen wird, und daß Gewalttätigkeiten unterbleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so bin ich entschlossen, mit allen mir verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Ich ermächtige Sie, diese meine Sinnesmeinung bekanntzugeben."

Jetzt aber geschah etwas vollkommen Neuartiges: eine Anzahl deutscher Länder widersetzte sich den Anordnungen des Reiches! Sie revoltierten gegen den

**Spannungen
in Preußen**

obersten Grundsatz der Reichsverfassung: Reichsrecht bricht Landesrecht. Die geschäftsführende Regierung in **Preußen** erklärte, das Demonstrations- und Versammlungsverbot vom 31. Oktober 1931 bleibe weiterhin bestehen, lediglich das Uniformverbot werde aufgehoben. Die geschäftsführende Regierung in **Bayern** hielt ebenfalls das am 10. Juli 1931 erlassene und vom 30. März bis 30. September 1932 verlängerte Verbot von politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich der Umzüge und Propagandafahrten, gleichwie ob uniformiert oder nicht uniformiert, aufrecht. Über das Tragen von Uniformen bei bestimmten Anlässen stellte sie für Bayern noch besondere polizeiliche Vorschriften in Aussicht. Der **badische** Innenminister hielt weiterhin an dem bestehenden Demonstrationsverbot fest und sprach ausdrücklich ein allgemeines Uniformverbot aus. Der geschäftsführende Innenminister von **Hessen** ging über die Notverordnung des Reiches mit einem Achselzucken hinweg: er bedauere diese Maßnahme, sehe sich aber zur Zeit außerstande, eine andere Regelung zu treffen, die er im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dafür dringend und erforderlich erachtet hätte.

Die Reichsregierung kam den renitenten Länderregierungen mehr als nötig entgegen, als sie zunächst einmal beschloß, die landesrechtliche Begründung für die Weigerungen zu prüfen und vom Ergebnis dieser Prüfung weitere Maßnahmen abhängig zu machen.

Besonders schwierig für das Reich war es, daß fast in allen großen deutschen Ländern nur geschäftsführende Regierungen ohne jede parlamentarische Begründung am Ruder waren. Dies war eine einzigartige Erscheinung, die bisher in Deutschland noch nicht vorgekommen war und ebenso wie alles andere den tiefgehenden Systemwechsel offenbarte. In Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Hessen, Hamburg waren diese geschäftsführenden Regierungen. Auch in **Oldenburg** gab es bis zum 16. Juni eine solche Regierung, an deren Stelle dann aber die rein nationalsozialistische Regierung Röver trat, **die erste rein nationalsozialistische Regierung in Deutschland**. Es lebten 56 Millionen Deutsche unter geschäftsführenden Regierungen und nur 6½ Millionen Deutsche unter einer verfassungsmäßig zustande gekommenen Regierung. Die deutsche Demokratie war nicht mehr in der Lage, ordnungsmäßige Regierungen zu bilden!

Dieser unerträgliche Zustand rief in Preußen starke Reibungen zwischen der geschäftsführenden Regierung einerseits und der Reichsregierung und dem Parlament andererseits hervor. Hinzu kam, daß die geschäftsführende Regierung in Preußen eine neue Niederlage vor den höchsten deutschen Gerichten erlebte. Nachdem Severings Klage gegen die S.A. abgewiesen war, erklärte das Reichsgericht das preußische Uniformverbot vom 31. Oktober 1931 für unzulässig. Es sei ein Eingriff in das reichsgesetzlich geregelte Vereinsrecht, und die Reichsregierung habe erst am 8. Dezember 1931 bzw. 28. März 1932 das Uniformverbot erlassen. Der Staatsgerichtshof bezeichnete das preußische Verbot nächtlicher Aufmärsche und Geländesportübungen vom 20. November 1931 als ungesetzlich, so daß auch dieses fallen mußte.

Inzwischen war es bereits zu **offenen Feindseligkeiten zwischen Preußenparlament und geschäftsführender Regierung** gekommen. In der Sitzung des 2. Juni, als über den Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Braun beraten werden sollte, beantragten die Kommunisten, die Regierung sofort herbeizurufen. Nationalsozialisten und Deutschnationale schlossen sich dem Verlangen der Kommunisten an, da es sich darum handele, die Schlußabrechnung mit dem Kabinett Braun zu halten. Der Antrag wurde angenommen und der Regierung mitgeteilt, der Landtag wünsche ihr Erscheinen. Die Sitzung wurde eine Viertelstunde unterbrochen, doch nach ihrer Wiedereröffnung war die Regierungsbank leer. Nur die Zentrumsminister hatten auf den Abgeordnetenbänken Platz genommen. Landtagspräsident Kerrl teilte mit, daß auf die Mitteilung des Landtagsbeschlusses von der Regierung keine Antwort eingegangen sei. Darauf erklärte Kube, die Nationalsozialisten verlangten bis zum letzten I-Punkt die Erfüllung der von den Ministern beschworenen verfassungsrechtlichen Bestimmungen. Ein Antrag auf Erhebung der Anklage vor dem Staatsgerichtshof, der von 100 Mitgliedern unterschrieben werden müsse, sei im Gange; im nächsten Landtag würde auch die Zweidrittelmehrheit für den Beschluß der Anklage vorhanden sein.

Der Landtag nahm einen nationalsozialistischen Antrag an, der nochmals den

**Brauns
Ausscheiden**

Ministerpräsidenten Braun aufforderte, vor dem Landtag zu erscheinen. Nach einer abermaligen Pause von einer Viertelstunde teilte Landtagspräsident Kerrl mit, der Ministerpräsident habe ihn auf seine telephonische Mitteilung von dem Landtagsbeschuß erwidert, er sei damit beschäftigt, in einem Briefe an den Landtag seine Zweifel darüber darzulegen, ob ein zurückgetretenes Kabinett einer derartigen Aufforderung des Landtages Folge zu leisten habe; diese Frage solle in einer Sitzung des Staatsministeriums am folgenden Tage geklärt werden. Hiernach brachten die Nationalsozialisten den Antrag ein, sämtliche preußischen Minister, die der Sozialdemokratischen Partei und der Staatspartei angehörten, wegen schuldhafter Verletzung der preußischen Verfassung vor dem Staatsgerichtshof anzuklagen.

Am folgenden Tage teilte Kerrl dem Landtag das Schreiben Brauns mit, worin dieser folgendes erklärte: Bei dem Antrag auf Herbeirufung des Staatsministeriums handle es sich nicht um ein sachlich begründetes Verlangen. Beleidigungen des Geschäftsministeriums seien vom Präsidenten nicht gerügt worden. Das Staatsministerium sei der Ansicht, daß es gegen jeden parlamentarischen Brauch und gegen den Geist der Verfassung verstoße, Mißtrauensanträge gegen eine zurückgetretene Regierung zu stellen. Das Staatsministerium habe den Wunsch, die Führung der Geschäfte sobald als möglich einer verfassungsmäßig zustande gekommenen neuen Regierung zu übergeben. Darauf stimmte der Landtag dem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Geschäftsministerium mit 253 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Volkspartei und Kommunisten zu. Die nächste Sitzung wurde für den 22. Juni bestimmt.

Die Auseinandersetzung mit dem neuen Landtag gab für den Ministerpräsidenten Otto Braun den letzten Anstoß, am 6. Juni endgültig aus dem Staatsministerium auszuschneiden, zunächst in Form eines unbegrenzten Urlaubs. Auch Klepper und Grimme wollten diesem Beispiel folgen, doch ließen sie sich von den Ministern umstimmen, im Amte zu bleiben. Nur Severing besaß den verzweifelten Mut, zu bleiben. Die Stellvertretung Brauns übernahm der **Zentrumsminister Hirtsiefer**. Jetzt erkannten die preußischen Minister, daß sie durch die Abänderung der preußischen Geschäftsordnung in eine höchst ungemütliche Lage gekommen waren. Braun aber fand nicht den Mut, das letzte Stück seines Weges zu gehen, auch wenn es über Dornen führte.



*Zum Ausnahmezustand: Hirtsiefer, links, nach dem Verlassen des Innenministeriums.
[Photo Scherl?]*

In der jetzt eingetretenen Landtagspause kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen der geschäftsführenden Preußenregierung und der Reichsregierung.

Die preußische Regierung war nicht in der Lage, am nächsten Gehaltszahlungstermin ohne Reichshilfe die Gehälter voll auszuzahlen. Es war bereits zwischen Brüning und der Preußenregierung eine Vereinbarung getroffen worden, wonach das Reich einen Vorschuß in der notwendigen Höhe von 100 Millionen geben wollte. Diese Vereinbarung erkannte die Regierung Papen nach dem Rücktritt Brauns nicht mehr an, und die geschäftsführende Preußenregierung sah sich genötigt, eine neue drückende Notverordnung vorzubereiten, die neben einer Schlachtsteuer eine empfindliche Kürzung der Beamtengehälter enthielt.

Viel schwerwiegender aber war das mit dieser Finanzfrage zusammenhängende Eingreifen des Reichskanzlers in die Frage der Regierungsbildung. Es lag auf der Hand, daß die Kommunisten sich mit allen Kräften der Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten, die auf den 22. Juni angesetzt war, widersetzen würden. Das war ja der Inhalt ihrer heimlichen Abmachungen mit den Sozialdemokraten. Auf eine absolute Mehrheit bei der Regierungsbildung, wie die neue Geschäftsordnung das verlangte, war nicht zu rechnen. Die Nationalsozialisten, Alfred Rosenberg

und Göbbels, forderten deshalb die Einsetzung eines Reichskommissars, etwa des Herrn von Papen oder des Herrn von Gayl, um die dringend notwendige Ordnung der Finanzen zu beschleunigen. Der Reichskanzler trat brieflich mit dem nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl in Verbindung wegen der Wahl des Ministerpräsidenten, da der Ministerpräsident Braun bereits vom Amte zurückgetreten war. Papen verlangte darin frühere Einberufung des Landtages, um die Wahl vorzunehmen. Ursprünglich war der Landtag auf den 22. Juni einberufen, Papen bat um Vorverlegung dieses Termins, da die Reichsregierung dringende Finanzfragen zu regeln habe, aber nicht mit einem geschäftsführenden, sondern mit einem nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen gebildeten ordentlichen Kabinett verhandeln wolle. Gegen dieses Verfahren, daß der Reichskanzler mit dem Landtagspräsidenten, nicht mit dem Ministerpräsidenten in Verbindung trat, wandte sich in voller Entrüstung das geschäftsführende Rumpfkabinett in Preußen, an dessen Spitze Hirtsiefer stand. Der Reichskanzler nahm den Konflikt mit Preußen seine Schärfe, indem er die Beanstandungen des stellvertretenden preußischen Ministerpräsidenten lediglich zur Kenntnis nahm und ihm die besonderen Gründe darlegte, weshalb er sich an den preußischen Landtagspräsidenten gewandt habe. Im übrigen, erklärte Herr von Papen, lege die Reichsregierung Wert darauf, daß in Preußen möglichst bald eine verfassungsmäßige Regierung zustande komme.

**Preußische
Notverordnung**

Die Verschärfung der Beziehungen zwischen Reich und Preußen zeigte dem geschäftsführenden Rumpfkabinett, daß es nicht auf Reichshilfe rechnen konnte, um seine bedrängte Finanzlage zu bessern. Der sozialdemokratische Finanzminister Klepper ging nun unverzüglich an die Ausarbeitung der neuen Notverordnung, welche eine **Schlachtsteuer** forderte und für alle preußischen Beamten und Angestellte mit Frau und Kindern eine **Gehaltseinbehaltung** von 2½, für alle unverheirateten Beamten und Angestellten eine solche von 5 Prozent brachte, mit der Maßgabe, daß die einbehaltenen Beträge am 1. Juli 1937 ausgezahlt werden sollten. Es handelte sich also um eine Art Staatsanleihe bzw. Zwangssparanlage. Ausgenommen waren von dieser Einbehaltung die Polizeibeamten. Schließlich wurde die Einkommensgrenze für Hauszinssteuerfreiheit herabgesetzt von 1200 auf 800 Reichsmark.

Es war klar, daß sich **im Volke ein Sturm des Unwillens über die immer mehr um sich greifende Willkür** erhob. Besonders die Beamtenschaft erging sich in lauten Protesten. Dem Landtag, der auf Papens Wunsch bereits am 15. Juni zusammentreten sollte, wurden von den Nationalsozialisten, den Deutschnationalen und Kommunisten Anträge zugeleitet, welche forderten, daß die Notverordnung aufgehoben würde. Der sozialdemokratische Finanzminister Preußens aber, Klepper, der im Herbst 1931 Höpker-Aschoffs Nachfolger geworden war, erklärte im Rundfunk, wenn auch der Landtag mit Mehrheit die Aufhebung der Notverordnung beschließen würde, so würde dies praktisch ohne Bedeutung bleiben. **Da die Notverordnung auf Grund einer Ermächtigung des Reichspräsidenten ergangen sei, könne der preußische Landtag sie weder aufheben noch abändern.** So wurde eine neue, schwere Spannung in die Beziehungen zwischen Parlament und geschäftsführendem Rumpfkabinett getragen, als tatsächlich am 16. Juni der Landtag den kommunistischen Antrag, die Notverordnung aufzuheben, mit 243 Stimmen aller Parteien annahm, ausgenommen Zentrum, Sozialdemokratie und Staatspartei.

Darauf nun erklärte die geschäftsführende Preußenregierung, **der Beschluß des Landtages sei praktisch ohne Bedeutung, denn dem Landtag wäre keine Möglichkeit gegeben, auf die Regierung einen Zwang auszuüben, daß sie derartige Beschlüsse durchführe.** Das war ja nun wieder das Verhängnisvolle bei der Lage in Preußen: Die Regierung stand jenseits ihres Sturzes, losgelöst von allen Verbindlichkeiten gegenüber dem Parlament, weil der Landtag nicht imstande war, die alte Regierung durch eine neue abzulösen.

Es sei gleich hier noch erwähnt, daß durch den Entschluß der Nationalsozialisten und des Zentrums die Ministerpräsidentenwahl am 22. Juni nicht stattfand, sondern bis nach der Reichstagswahl am 31. Juli verschoben wurde. Das war aber **wieder ein Beweis für den Wandel des Systems, daß es den Nationalsozialisten gelang, ihren Amnestieantrag zur Annahme zu bringen und auf diese Weise 40 000 politischen Gefangenen der Regierung Braun-Severing die Freiheit wiederzu-**

geben!

Länder
gegen
Reich

Wie die Dinge in Preußen standen, war das geschäftsführende Rumpfkabinett verzweifelt bemüht, letzte Reste seiner Macht zu behaupten. Darum wurde auch das Demonstrations- und Versammlungsverbot vom 31. Oktober 1931 nicht aufgehoben. Die Folge davon war, daß es am 19. Juni in Köln zu schweren Zusammenstößen kam, als S.A.-Leute in Uniform und Stahlhelmer versuchten, Umzüge zu veranstalten. Die Polizei war nach ihrer Vorschrift gezwungen, die Truppen aufzulösen, und ging mit Gummiknüppel und Schußwaffen gegen die Demonstranten vor. Es entspann sich ein regelrechtes Handgemenge, in dessen Verlaufe die Polizei schließlich das "Braune Haus" besetzte und mehrere Nationalsozialisten verhaftete. Dieser Kölner Vorfall war symptomatisch für die unglücklichen Zustände des preußischen Zwischenregimentes. **Während die wirkliche Macht bei der nationalen Opposition war, versuchte das demokratische System sich auf seine autoritäre Macht zu stützen.**

Auch in Bayern kam es durch die Hartnäckigkeit der Bayerischen Volkspartei zu scharfen Zusammenstößen. An dem Tage, da die politische Notverordnung des Reichsinnenministers in Kraft trat, am 17. Juni, erschienen im bayrischen Landtag die nationalsozialistischen Abgeordneten in brauner Uniform mit Parteibinde. Der Landtagspräsident Stang wollte jetzt diese Parlamentarier wegen ihrem demonstrativen und provokatorischen Verhalten von der Sitzung ausschließen. Da trat der nationalsozialistische Abgeordnete Esser auf das Rednerpodium und rief in den Saal: "Unserm Führer Adolf Hitler ein dreifaches Heil!" Die Nationalsozialisten stimmten in den Ruf ein. Hierauf rief Esser: "Der Regierung Held ein dreifaches Nieder!" Auch in diesen Ruf stimmten die Nationalsozialisten dreimal ein. Jetzt unterbrach der Präsident Stang die Sitzung. Während die übrigen Abgeordneten den Saal verließen, stimmten die Nationalsozialisten das Horst-Wessel-Lied an. Als die Sitzung wiedereröffnet wurde, verkündete Stang den Ausschluß der Nationalsozialisten. Diese aber wichen nicht von ihren Plätzen, und nun mußten sie mit Gewalt durch Kriminalbeamte und uniformierte Polizei entfernt werden.

Die bayrische Regierung hatte jetzt nichts Eiligeres zu tun, als das Tragen von Parteiuniformen für das ganze Land Bayern bis zum 30. September 1932 zu verbieten. Und nun kam es, **wie wenige Tage vorher in Köln, auch in München zu heftigen Zusammenstößen** zwischen demonstrierenden S.A. und Polizei. Es kam an verschiedenen Stellen zu einem Handgemenge, das mit der Festnahme von 470 Nationalsozialisten endete.

Diese Vorgänge erfüllten weite Volkskreise in Bayern mit großem Unmut. Die größte Zeitung Bayerns, die *Münchener Neuesten Nachrichten*, erklärten, daß in Bayern eine "einfach unmögliche Lage" geschaffen sei. Die Zustände hatten eine große Ähnlichkeit mit denen, die am 9. November 1923 eintraten. Zwischen Kahr und Held gab es keinen Unterschied: Die Bayerische Volkspartei wollte die separatistische Diktatur ausüben, um zu jeder Zeit in der Lage zu sein, die Einheit des Reiches zu sprengen.

Die stete Drohung mit der Lösung vom Reiche war die traurige Stütze der bayrischen Macht im republikanischen Deutschland, wo dynastische Ehrbegriffe nichts mehr galten.

Man sprach schon wieder in München davon, daß man die bayrische Reichswehrdivision in Pflicht nehmen wolle, man drohte, den Reichskommissar, der von Berlin etwa geschickt werden sollte, an der Grenze Bayerns zu verhaften.

Natürlich dachten die Nationalsozialisten nicht daran, nachzugeben. In Oberfranken und Mittelfran-



Das "Braune Haus" in München.
[Photo Scherl?]

ken, wo sie bei der Landtagswahl mehr Stimmen als Sozialdemokraten und Bayrische Volkspartei zusammen erhalten hatten, erklärten sie, sie sähen sich im äußersten Notfall gezwungen, in diesen Gebieten auf Grund Artikels 18 der Reichsverfassung einen Volksentscheid herbeizuführen über die Bildung eines eignen Landes Franken und die Loslösung der beiden Kreise von Altbayern.

Die Bayrischen Volksparteiler, verblendet und hartköpfig, wie sie waren, kannten in ihren hoch ver-räterischen Bestrebungen nicht Ziel noch Maß. Einer ihrer Redner, Dr. Hundhammer, erklärte, daß die Weimarer Verfassung sich der schwierigen Lage nicht mehr gewachsen zeige. Die Änderung der Verfassung sei akut. Bayern werde fordern, daß die Bindung der Länder an die Staatsform des Reiches gelöst werde, daß ein Land also die monarchische Staatsform wieder einführen könne. Wenn es nicht gelinge, das Ganze gesund zu erhalten, dann müsse wenigstens dafür gesorgt werden, daß alle die Teile gesund bleiben, die in sich die Kraft hätten, sich gesund zu erhalten.

Auch der Wittelsbacher Rupprecht hatte seit 1923 nichts gelernt. Es störte ihn wenig, daß er ob des unwürdigen Schauspiels, in dessen Mittelpunkt er stand, wieder einmal der Liebling der Franzosen geworden war. Die royalistische *Action Française* frohlockte über die bayrische Schmach:

"Mit Freuden muß man feststellen, daß Bayern der Berliner Regierung trotzt. Es ist endlich wieder eine Grenze gezogen. Es lebe das weiß-blaue Bayern, das energisch seine Freiheiten gegenüber dem Raubvogel, dem preußischen Adler, verteidigt... Im Juni 1932 ist Rupprecht der Liebling in Paris." -

Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl stand zwischen den beiden feindlichen Gewalten: Den Nationalsozialisten auf der einen, den Länderregierungen auf der andern Seite. Die Nationalsozialisten warfen dem Minister Mangel an Energie, absolute Schwachheit vor. Hitler selbst ging zu Gayl und machte ihm ernste Vorhaltungen, daß das Reich doch die S.A. vor den Übergriffen über die politische Notverordnung zu schützen habe. Ja, die Nationalsozialisten erklärten ganz offen: wenn die Reichsregierung sie nicht schütze, werde die S.A. zur Selbsthilfe greifen!

Am 22. Juni waren die Ministerpräsidenten beim Herrn von Gayl zur Besprechung erschienen. Der Reichsinnenminister erklärte, daß die Durchführung der Reichsnotverordnung aus politischen Gründen unbedingt notwendig sei und bat dringend, die landesrechtlichen Vorschriften der Reichspolitik anzugleichen, um die Einheitlichkeit zu wahren.

Dann kamen die Minister mit ihren Einwendungen. Der Sozialdemokrat Severing beeilte sich, zu erklären, daß für die Zeit des Wahlkampfes das Demonstrationsverbot in Preußen erleichtert werden sollte. Der bayrische Innenminister Stützel entwickelte den Standpunkt der bayrischen Regierung. Die nationalsozialistischen Minister Röver für Oldenburg, Freyberg für Anhalt und Klagges für Braunschweig forderten unbedingte Aufhebung aller Beschränkungen. Sachsen, Thüringen, Württemberg, Bremen und andere Staaten widersetzten sich einer unbeschränkten Demonstrationsfreiheit, fügten sich aber immerhin der Aufhebung des Uniformverbotes.

Die Besprechung dauerte mehrere Stunden, und wiederholt prallten die Gegensätze in erregter Leidenschaft aufeinander. Als nun schließlich Gayl von den Ministern bindende Erklärungen verlangte, erklärten die süddeutschen Frondeure, sie hätten keine Vollmachten und müßten sich erst mit ihren Regierungen besprechen. Noch einmal ermahnte der Reichsinnenminister die Ländervertretungen, ihre landesrechtlichen Bestimmungen mit den Forderungen des Reichsrechts in Einklang zu bringen, denn Reichsrecht gehe vor Landesrecht. Er werde nicht zögern, diesem Grundsatz zur Geltung zu verhelfen.

Die Antwort Süddeutschlands auf die Ministerkonferenz war sehr einfach. In **Hessen** sprach der Minister Leuschner am 22. Juni das Verbot aller Demonstrationen, Umzüge, Versammlungen und Durchmärsche unter freiem Himmel aus, indem er sich auf die jüngst vorgefallenen politischen Ausschreitungen in "Mainz, Worms und andern Städten Hessens" bezog. In **Württemberg** wurde am 23. Juni der Landtag vertagt, weil die nationalsozialistischen Abgeordneten in Parteiuniform erschienen waren und die Zentrumsleute dies als eine "Herausforderung der Mehrheit des Parla-

ments" empfanden! In **Bayern** betrachteten es die Politiker als ihr gutes Recht, der Reichsregierung nicht auf ihrem falschen Wege zu folgen. Bayern sei bereit, bis zum letzten Atemzuge für die Lebensfrage des bayrischen Staates zu kämpfen.

So weit hatten sich die Gegensätze zugespitzt: Reichsgedanke gegen Länderpartikularismus! Gegensätze, welche **Bismarck** einst glücklich überbrückt zu haben glaubte, brachen tiefer und gefährlicher denn je zuvor wieder auf. Das war die Frucht einer 15jährigen Entwicklung: **Parteiegoismus führte zum Länderseparatismus.** Wie die Regierungen der Jahre von 1917 bis 1932 nichts weiter als Koalitionsprodukte waren, geleimte Synthesen unversöhnlicher Gegensätze, so war das feste Gefüge des Reichs zersetzt und umgebildet worden in eine Koalition entgegenstrebender Gewalten, in eine Synthese zentrifugaler Absichten. **Jetzt war zum zweiten Male das Reich seit 1932 in seine Krisis eingetreten, wo es sich entscheiden sollte, ob der Gemeinnutz, die organische Reichseinheit, oder der Eigennutz, der separatistische Wille der Länder, den Sieg davontragen sollten.**

Dieser Eigennutz der Länder wurde von den Koalitionsparteien, dem Zentrum, der Demokratie und der Sozialdemokratie gefördert. **Die Kämpfer für die organische Reichseinheit waren die Nationalsozialisten.** Sie machten dem Kabinett Papen wegen seiner Zauderpolitik schwere Vorwürfe. Der *Völkische Beobachter* schrieb scharf und deutlich: das gesamte nationale Deutschland erwarte von der Reichsregierung, daß diese sich auf keine halben Maßnahmen weiter einlasse, sondern scharf zupacke und endgültig durchgreife. Das deutsche Volk habe das Recht, von der Reichsregierung zu verlangen, daß sie gegenüber den die gesamten Interessen der Nation aufs schärfste gefährdenden parteipolitischen Machtkämpfen ein Exempel statuieren. Tue die Reichsregierung das nicht, so gebe sie sich damit selber auf und sie brauche sich wirklich nicht zu wundern, wenn sie auch vom deutschen Volke aufgegeben werde.

Bis Ende Juni ging der Zank zwischen Reich und Ländern hin und her. Durch Besprechungen und schriftliche Äußerungen der Länderminister suchte Gayl die große Streitfrage zu klären. Die süddeutschen Länder aber machten in der Tat aus der Mücke einen Elefanten. In der Frage des Uniformverbotes kam der ganze aufgespeicherte Separatistengroll zum Ausbruch. Die paar bayrischen Drahtzieher tobten und wetterten. Der Staatsrat Schäffer, Vorsitzender der Bayrischen Volkspartei, drohte, er werde den Reichskommissar verhaften lassen, wenn er die bayrische Grenze überschreite. Ja, Schäffer scheute sogar vor einem möglichen **Bruderkriege** nicht zurück. Es könne sein, sagte er in einer Versammlung der Bayrischen Volkspartei, daß der Bayrische Staat wie in den Tagen der Einwohnerwehren an seine jungen Söhne appelliere, um die Straßen nicht einer Partei überantworten zu müssen. Die "Bayernwacht" wurde gedrillt zur zuverlässigen Parteitruppe. Im Grunde billigte also dieser Anhänger einer katholischen Partei durchaus die kommunistische Terror-taktik, indem er sie selbst verfolgte.

Der Bauernführer Dr. Heim erklärte einem englischen Journalisten, Bayern warte nur darauf, sich seinen König wiederzuholen. Warum sollte das nicht gehen? Im Kaiserreich seien doch auch Monarchien und Republiken vereinigt gewesen! Am 27. Juni waren die Innenminister der Länder beim preußischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Hirtsiefer zu Gäste und klagten gemeinsam ihr Leid über die barbarische Diktatur des Reichsinnenministers. Das konnten sie um so ungestörter und einmütiger, als die drei nationalsozialistisch regierten Länder Braunschweig, Anhalt und Oldenburg sowie auch Sachsen keinen Vertreter geschickt hatten. Sie hatten auch wackere Bundesgenossen in den Sozialdemokraten, deren Parteivorstand zur gleichen Zeit sich zum Freiherrn von Gayl begab und ihm zwei umfangreiche Mappen mit Beweisen für den nationalsozialistischen Terror überreichte. Es war für die Männer einer versinkenden Ära eine herzerbrechende Zeit. Sie, die bisher die Mehrheit im Reichstag hatten, die Koalition von 1917, sie fühlten sich jetzt entrechtet und vogelfrei. Denn noch nicht einmal der "Überwachungsausschuß", das Überbleibsel des aufgelösten Reichstages, wurde trotz heftigster sozialdemokratischer Forderung einberufen, denn der Vorsitzende dieses "Überwachungsausschusses" war der Nationalsozialist Gregor Strasser!

Der Reichsinnenminister ließ sich nicht irre machen. Er wußte, daß ein **Augenblick der Machtpro-**

be zwischen Reich und Ländern herangekommen war. Das Reich hatte keine Ursache, zu kapitulieren. So behauptete er denn auch in der **ergänzenden politischen Notverordnung vom 28. Juni 1932** sein Recht. Diese bestimmte, daß Versammlungen unter freiem Himmel sowie Aufzüge von den Landesbehörden nicht allgemein verboten werden dürften, sondern wegen unmittelbarer Gefahr für die Sicherheit nur für bestimmt abgegrenzte Ortsteile und im übrigen nur im Einzelfall. Auch das Tragen einheitlicher Kleidung dürfte nicht mehr von den Landesbehörden allgemein, sondern nur im Einzelfalle verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art mußten außer Kraft treten. Hat aber der Reichsinnenminister gegen ein derart zugelassenes Einzelverbot Bedenken, so darf er die oberste Landesbehörde um Abänderung oder Aufhebung ersuchen. Widersetzt sich der Innenminister des Landes, so kann der Reichsinnenminister das Verbot aufheben. Weiter bestimmte die Notverordnung, daß der Reichsinnenminister das Recht habe, für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen von Uniformen zu verbieten. Die Legislative des Reiches und die Exekutive der Länder waren deutlich abgegrenzt nach **dem Grundgesetz der Verfassung, daß Reichsrecht vor Länderrecht gehe**.

Mit dieser Notverordnung war die Autorität der Reichsregierung gegen die Länderregierungen wieder hergestellt, und Freiherr von Gayl war entschlossen, jeden Widerstand eines Landes zu brechen mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote standen.



Wie immer in den kritischen Augenblicken der letzten anderthalb Jahrzehnte spielte auch jetzt wieder die Verteilung der Parteikräfte eine wichtige Rolle im Leben des Volkes. Es lassen sich **fünf Kraftzentren von ganz verschiedener Energie** deutlich erkennen. Die stärkste Kraftquelle stellte außer jedem Zweifel der **Nationalsozialismus** dar, er beherrschte das öffentliche Leben, auf ihn hin mußte sich die Regierung Papen sichern, wenn sie am Ruder bleiben wollte. Neben dem Nationalsozialismus trat der **Kommunismus** wieder stärker hervor. Er beherrschte die Straße, er erfüllte die Nächte mit Mord und Blut, begünstigt vom Innenminister Preußens, Severing. Im Juni lohnte der Kampf zwischen den beiden deutschen Extremen in fürchterlicher Schärfe wieder auf.

Die Gegenkräfte dieser beiden Energien waren bedeutend schwächer. Verhältnismäßig am stärksten fühlte sich noch das **Zentrum**, das über eine gute Parteidisziplin verfügte und sie nun konzentriert in den Dienst heimlicher Wühlarbeit stellte. Die **Sozialdemokratie** litt an inneren Krisen und war keines Entschlusses mehr fähig, sie versuchte über die Mannschaften des Reichsbanners Fühlung zu gewinnen mit ihren marxistischen Brüdern, den Kommunisten. In der hilflosesten Lage jedoch befand sich die zerschmetterte **bürgerliche Mitte** von der Volkspartei bis zur Staatspartei, die in ihrer Ratlosigkeit kein anderes Mittel zur Selbstbehauptung bei den bevorstehenden Reichstagswahlen erkannte als den verzweifeltsten **Versuch, durch den Zusammenschluß der Trümmer eine neue Mittelpartei zu schaffen**, die sich national nennen und alle diejenigen zurückgewinnen wollte, die zum Nationalsozialismus übergegangen waren.

**Einigungsbestrebungen
der bürgerlichen Mitte**

Diesen vergeblichen Einigungsbestrebungen wollen wir zunächst unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Seit Anfang Juni wurde in verschiedenen Wahlkreisen Deutschlands mit Nachdruck daran gearbeitet, **durch Zusammenschluß von Volkspartei** - die übrigens auch eine innere Krisis durchmachte: der Landesverband Anhalt trat aus der Partei aus - **und Staatspartei die Sammlung des Bürgertums in einer neuen Mittelpartei herbeizuführen**. Man wollte gemeinsame Kandidaturen und Gemeinschaftslisten zustande bringen, um bei der bevorstehenden Reichstagswahl nicht gänzlich zermalmt zu werden. Dingeldey erklärte zu diesen Verhandlungen, solche bloß äußere Fusionen durch Gemeinschaftslisten nützten nichts, es müsse eine innerlich starke, einheitliche, national-bürgerliche Front hergestellt werden - wobei natürlich die Deutsche Volkspartei nicht preisgegeben würde. Mit anderen Worten: Dingeldey wollte die Verbreiterung der Volkspartei auf national-liberaler Grundlage.

Inzwischen strebte die Staatspartei eine Listenverbindung mit dem Zentrum an, doch dieses hatte

keine Lust, derartige Bindungen einzugehen. Auch das Landvolk hatte wenig Lust, sich mit einer Partei auf Gedeih und Verderb zu verbinden. Die Deutschnationalen aber betrachteten mit mißgünstigem Auge die Bemühungen Dingeldeys und fragten: "Wozu eine neue nationale Bürgerpartei? Wählt Deutschnational!" Auch der Christlich-soziale Volksdienst fühlte sich stark genug, selbständig zu bleiben und zu kämpfen. Es wirkte geradezu wie Hohn, daß zu gleicher Zeit, da sich Dingeldey um Sammlung des Bürgertums bemühte, der aus der Deutschen Volkspartei ausgeschiedene Landesverband Anhalt sich als Nationalliberale Partei Anhalts selbständig machte!

So verworren und verfahren die ganze Geschichte war, so schien sich auch immer mehr zu zeigen, daß die Kräfte, die das Gute wollten, nur das Böse schufen. Während von der Volkspartei Dingeldey und von der Staatspartei Dietrich zum Sammeln bliesen, gründete der Gießener Professor Horneffer in Gießen **eine Sozialliberale Partei ("Neue Mitte")**, die, wie ihr Name sagt, liberal und sozial, nicht sozialistisch sein wollte! In der Grenzmark entstand eine neue nationalliberale Partei, in Ostpreußen sproß eine neue Vaterlandspartei und in Schleswig-Holstein eine radikale Bauernpartei!

Nichtsdestoweniger versammelten sich am 14. Juni in Berlin etwa 200 Persönlichkeiten aus der Wirtschaftspartei, Volkspartei, Staatspartei und vom Hansabund. Man redete hin und her, lehnte alle alten bürgerlichen Parteien ab, lehnte auch alle Fusionsbestrebungen ab, sondern man wollte eine neue Gruppierung des Bürgertums unter vollkommen neuen Führern haben. Man beschloß, an alle zwischen Nationalsozialisten und Zentrum stehenden Parteien und Wähler einen Aufruf ergehen zu lassen, der, wie schon immer vergeblich, zur Zurückstellung aller parteimäßigen und persönlichen Sonderinteressen auffordern sollte. An die Spitze des neugewählten Ausschusses stellte man einen populären Mann, den Zeppelinführer Dr. Hugo Eckener, und dem Ausschuß selbst gehörten unter anderen an Dr. Solf, Geheimer Justizrat Dr. Wildhagen, Frau Dr. Höttsch.

Wildhagen telegraphierte am nächsten Tage an Hugenberg, ob die Deutschnationale Volkspartei sich an der Arbeit für die Zusammenfassung und den gemeinsamen Wahlkampf des nationalen Bürgertums beteiligen wolle. Prompt erwiderte Hugenbergs Vertreter, Schmidt-Hannover, die Deutschnationale Volkspartei begrüße jede Maßnahme, die geeignet sei, Stimmenverluste antisozialistischer Gruppen zu verhindern. Die Partei sei nach dem Zeugnis führender mittelparteilicher Kreise einziger, wirklicher Garant für erfolgreichen Widerstand gegen wirtschaftszerstörende Entwicklung. Sie begrüße jede Verstärkung ihrer Arbeit, möchte aber wissen, welche Parteien und Gruppen hinter der Arbeit stünden.

Diese Hinneigung zu den Deutschnationalen verdarb der im Entstehen begriffenen neuen Partei ihre Beziehungen zu den Demokraten der Staatspartei. Es waren ja so entgegengesetzte, zuchtlose Kräfte, die sich hier sammeln wollten, daß bei dem völligen Mangel an Disziplin nicht das geringste Ergebnis erzielt wurde. Am 19. Juni konnte Dingeldey in der Zentralvorstandssitzung der deutschen Volkspartei erklären, daß **alle Sammelbestrebungen gescheitert seien**. Die Partei werde selbständig in den Wahlkampf eintreten. Der Vorstand nahm folgende EntschlieÙung an:

"Alle ernsthaften Versuche, die nationalen Kräfte unseres Volkes für ein sauberes und machtvolles Deutschland auf dem Boden der geltenden Wirtschaftsordnung in geschlossener Einheit in den Kampf zu führen, sind gescheitert. Nunmehr erwartet das Volk klare Fronten und klare Zielsetzungen. Der Versuch einer Parteidiktatur fordert den Einsatz aller Wählerstimmen, die gegen sozialistische Irrlehren und einseitige Diktatur die Kräfte der Sachkenntnis, der Besonnenheit und die Anerkennung des sittlich verantwortlichen Menschen und seiner Leistung durchsetzen wollen. Die Deutsche Volkspartei tritt deshalb in allen Wahlkreisen selbständig in den Kampf. Der Kampf geht heute um die Grundideen deutschen Zukunftsbauens, nicht um Standes- und Tagesfragen. Wir werden den Kampf führen, getragen von der Kraft unseres national liberalen Ideengutes, an dessen Unvergänglichkeit wir glauben, weil es ein Stück deutschen Wesens ist." -

Die deutsche Bourgeoisie hatte wieder mal ihre Unfähigkeit erwiesen, sich aus ihrer Lethargie zu erheben. **Die deutsche Bourgeoisie war alt, verbraucht, entartet, in Disziplinlosigkeit zersetzt**

und zerfallen. Sie hatte nicht mehr die Kraft, eine Rolle zu spielen in Deutschlands Schicksal. Die deutsche Bourgeoisie stand im Sommer 1932 da, wo die russische Bourgeoisie im Sommer 1917 stand: sie war totreif. Ihre Trümmer schwirrten wie die Schlacken zermalmter Sterne chaotisch zwischen den großen politischen Energien Nationalsozialismus, Zentrum und Sozialdemokratie umher.

Allerdings hatte auch Anton Erkelenz, der früher zur Demokratischen Partei gehörte und dann Sozialdemokrat geworden war, nicht recht, als er am 20. Juni 1932 in der Welt am Montag schrieb, anstatt neue Parteien zu gründen, sollten die wahren Demokraten sich lieber der Sozialdemokratischen Partei anschließen.

"In der Sozialdemokratie ist die große Linkspartei der Demokratie gegeben, die alle Republikaner umfassen sollte und gewiß eines Tages umfassen wird. Diese Erkenntnis ist heute verbreitet bis tief ins Lager der Rechten hinein. Aber es gibt noch Hunderttausende Republikaner, die nicht die Kraft aufbringen, dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen."

Mit diesen Worten hatte Erkelenz bereits den Wandel der Sozialdemokratie aufgezeigt. Sie war nicht mehr die proletarische Bewegung mit ursprünglicher Schlagkraft, sondern sie war verbürgerlicht, entartet. Die Sozialdemokratie teilte das Schicksal ihrer bourgeoisen Rivalen.

Die Sozialdemokratie geriet infolge dieses Verbürgerlichungsprozesses in eine schwere Krisis. Diese äußerte sich zunächst in der Absplitterung der Sozialistischen Arbeiterpartei im Sommer 1931, sodann in der parlamentarischen Lethargie, und schließlich in ihrer gänzlichen Ausschaltung unter der Regierung Papen. Die hervorragendsten Kämpfer der Partei, Braun, Severing, Hilferding sanken zu völliger Bedeutungslosigkeit herab, und nun kehrte auch der unzufriedene Hörsing, der bereits vor Weihnachten 1931 von seinem Posten als Reichsbannerführer zurückgetreten war, ihr den Rücken. Otto Hörsing wurde nämlich am 3. Juni aus der Partei ausgeschlossen, weil er eine neue Partei, die wirtschaftlich rechts und politisch links stehen sollte, begründete: **die Sozialrepublikanische Partei**. In ihr sollten alle republikanischen Kräfte zusammengefaßt werden. Aber die Sozialdemokratische Partei verstand keinen Spaß, sie schloß kurzerhand diejenigen Reichsbannerführer aus, die an der Gründungsversammlung der neuen Partei teilgenommen hatten.

Wie schon so mancher Sozialdemokrat von Rang und Namen vor ihm, sparte auch Hörsing nicht mit Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie. Vergeblich habe er leider den Parteivorstand immer wieder gebeten, zuerst Staats- und dann erst Parteimänner zu sein. Den Hauptvorwurf aber müsse er erheben über die völlige Tatenlosigkeit der Partei angesichts der ungeheuer anwachsenden Arbeitslosigkeit. Die Partei habe ihre hohe Aufgabe vollständig verkannt. Sie habe sich in lauter Bedenken und Erwägungen, Theorien und Dogmen verstrickt und dadurch vollständig versagt. Seine Partei habe das ausgesprochene Ziel einer sofortigen Arbeitsbeschaffung. Sie wolle dahin wirken, daß staatliche und gemeindliche Zuwendungen nicht weiterhin ohne jegliche Gegenleistungen gewährt werden.

Niemandem war es zweifelhaft, daß **sich die Lage der Sozialdemokratie erheblich verschlechtert hatte**. Umsomehr versuchte sie ihre letzte Machtposition in den Gewerkschaften zu behaupten. Am 15. Juni waren die Gewerkschaftsvertreter beim Reichsarbeitsminister Schäffer, und der sozialdemokratische Führer Leipart betonte dem Minister, daß Sozialpolitik im Augenblick notwendiger denn je geworden sei. Nur die generelle, gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche könne die Möglichkeit von Neueinstellungen eröffnen. Im übrigen war er mit der Finanznotverordnung nicht zufrieden. Doch die Antwort Schäffers zeigte den Sozialdemokraten, daß ihre Wirtschaftsbestrebungen nicht mehr auf die Mitwirkung des Staates rechnen konnten. Schäffer erklärte, Tarifrecht und Schlichtungswesen müßten zwar erhalten werden, aber die Lohnregelung müsse den Arbeitgebern und Arbeitnehmern überlassen werden, die staatliche Zwangsregelung der Löhne und Gehälter könne nur noch in Ausnahmefällen erfolgen.

Die Gewerkschaften glaubten, ihren verlorengegangenen Einfluß auf die Massen durch Wiederholung alter Sozialisierungsprogramme

**Sozialdemokratie
und Gewerkschaften**

wiederherzustellen. Sie verkündeten als den einzigen Ausweg aus dem Wirtschaftschaos jetzt wieder den Aufbau der Planwirtschaft, die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Banken- und Kartellkontrolle, sowie die Staatsaufsicht über den Außenhandel. Die Gedankengänge gipfelten in der **alten marxistischen Forderung, daß die Produktionsmittel in die Gewalt der Masse überführt werden müßten, damit die planlose kapitalistische Profitwirtschaft in die planvolle sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft umgewandelt werden könne.** - Das waren die Gedanken, welche die sozialistischen Gewerkschaften in Opposition zur "Regierung der großagrarischen Barone des Ostens und der Schwerindustriellen des Westens" nachdrücklichst verkündeten, aber diese Gedanken entbehrten der Originalität. Sie hatten insofern nur Bedeutung, als sie von der Sozialdemokratischen Partei in ihren Aufruf zur Reichstagswahl übernommen wurden.

Ebenso wie die bürgerliche Mitte glaubte auch die Sozialdemokratie in manchen ihrer Teile die innere Schwäche durch die **Bildung einer Einheitsfront des Marxismus** zu überwinden. In einem Aufruf schlug eine Gruppe von Persönlichkeiten ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für den bevorstehenden Wahlkampf vor. Unbeschadet der Prinzipiengegensätze müsse man alle Kräfte zusammenfassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig seien. Für diesen marxistischen Zusammenschluß setzten sich ein der jüdische Gelehrte Albert Einstein, Anton Erkelenz, J. J. Gumbel, Erich Kästner, Käthe Kollwitz, die Schriftsteller Heinrich Mann und Ernst Toller, Paul Freiherr von Schönau, Helene Stöcker. Diese Kinder eines versinkenden Systems suchten mit verzweifelter Kraft die Fortdauer ihrer im Sterben liegenden Herrschaft zu erzwingen, **sie ernteten jedoch auf kommunistischer Seite nur Hohngelächter.**

Und gerade das schmerzte die Sozialdemokraten außerordentlich. Ein Teil ihrer Presse sang bewegte Klagelieder über den Mangel an Solidarität bei den Kommunisten, über ihre taktischen Unverfrorenheiten, daß sie die sozialdemokratischen Annäherungsversuche benutzten, um den sozialdemokratischen Führern die Gefolgsmassen wegzunehmen, daß sie die Kampfgemeinschaft des Arbeitsvolkes zerstörten. Warum habe sich denn der Faschismus so ausbreiten können? Nur durch den verhängnisvollen Bruderkrieg der Arbeiterklasse! Aber alle diese Argumente hatten wenig Zugkraft für die Kommunisten. -

Auf der Seite der Bourgeoisie wie im Lager der Sozialdemokratie war es dasselbe: Todesstarre im Kern der Bewegung, fortschreitende Auflösung an der Peripherie. Die Energie des Zusammenschlusses, die sich angesichts der drohenden Vernichtung in verzweifelten Anstrengungen äußerte, war den zentrifugalen Kräften fortstrebender Gegensätze nicht mehr gewachsen. Nur eine Partei stand noch aufrecht in diesem regel- und ratlosen Gewirr von Parteihäufchen und -haufen zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokratie: **das Zentrum.**

**Zentrum gegen
Reichsregierung**

Die Stellung des Zentrums gegen die neue Regierung ist bereits oben dargelegt worden. Das Zentrum betonte, daß es nur eine nationale, deutsche Politik unterstützen könne, daß es sich gegen jede Art Parteidiktatur wehre; aber **das Zentrum selbst, das eine vermeintliche nationalsozialistische Parteidiktatur ablehnte, strebte um so unverhohlener nach der Diktatur der eigenen Partei.** Das Zentrum betonte ferner sein Christentum und glaubte entrüstet feststellen zu müssen, daß in diesem Punkte die neue Regierung versage, aber es verschwie, daß es länger als ein Jahrzehnt mit der freidenkerischen Sozialdemokratie zusammen regiert hatte!

Das Zentrum, ausgeschaltet von der politischen Macht, ging seine eigenen, heimlichen und verschlungenen Wege. Das, was es schon 1919-1923 am Rhein versucht hatte, versuchte es 1932 an der Donau: um das mißliebige Kabinett Papen zu stürzen, **scheute sich das Zentrum nicht, seine separatistische, reichsfeindliche Politik zu erneuern, aufs neue die Gedanken der Donaukonföderation, des Zusammenschlusses Süddeutschlands mit Österreich, zu vertreten.** Zentrum und Bayrische Volkspartei waren in diesem gewissenlosen Reichsverrat einig und spielten mit dem Gedanken der Mainlinie.

Um diese hinterhältigen Treibereien des Zentrums zu charakterisieren, sei hier ein Absatz aus dem

deutschnationalen *Tag* vom 15. Juni 1932 wiedergegeben:

"Der Gipfel der Zentrumshetze gegen das Reich. - Wir gestehen, selten eine so durchtriebene Hetze und skrupelloses Spiel mit dem Feuer in dieser an Unerfreulichkeiten wirklich nicht armen Weimarer Zeit erlebt zu haben, wie das jetzt von Zentrum und Bayrischer Volkspartei entfesselte Kesselreiben gegen das Reich, über das man eine Reichsregierung zu setzen sich erdreistet hat, die weder vornherum noch hintenherum vom Zentrum beeinflußt wird, ja, sogar über einer gestürzten Zentrumsherrschaft errichtet wurde.

"Unklarheit besteht bei dem neuen Spiel nur in einem Punkt: wie weit nämlich der böswillig vom Zaun gebrochene Konflikt Länder-Reich von sehr bestimmten dunklen, sagen wir genauer: klerikal-partikularistischen Kräften mit der planmäßigen Absicht, das Reich zu erschüttern, geschürt wird. Möglicherweise hat da das Zentrum in seinem Parteihaß, der die Länderpolitik bedenkenlos zum Rammbock gegen eine ihm mißliebige Reichsregierung ansetzte, Triebe entfesselt, vor denen selbst ihm grauen müßte. Aber es trägt die volle Verantwortung für alle Folgen seines Tuns!

"Wie soll man das z. B. anders als Reicherschütterung nennen, was der offizielle Zentrumspressedienst sich schreiben läßt über die 'interessante Tatsache', nämlich die Verlegung von Guthaben und andern Kapitalien aus Norddeutschland nach Süddeutschland... die Verlagerung ist wohl auch auf politische Erwägungen zurückzuführen, weil man die politischen Verhältnisse in Süddeutschland als gesicherter ansieht als im Norden des Reiches".

Es erübrigt sich, auch nur ein einziges Wort zu diesem - **Angriff auf die Reichseinheit** zu sagen. Wir zitieren lediglich zur Ergänzung noch folgende Stimmen:

Die *Bayrische Staatszeitung* sagte, daß von einer fühlbaren Entspannung zwischen Reich und Ländern schwerlich die Rede sein könne. Die süddeutschen Regierungen lehnten jede Verantwortung für die neue Notverordnung ab, besonders "für gewisse Maßnahmen in derselben, deren Durchführung ihnen nur mittels Gewalt möglich erscheint".

Die *Bayrische Volkspartei-Korrespondenz* versteigt sich zu der Bemerkung, hinter dem Schritt der süddeutschen Minister "stecke eine Kraft, mit der gerechnet werden müsse, je mehr Deutschland der Gefahr zutriebe, einem gänzlich undeutschen (!) Regierungssystem zu verfallen."

So entwickelte sich das Zentrum zu jener feindseligen Kraft gegen die Männer des neuen Kurses, indem es die Begriffe "deutsch" und "ultramontan" gleichsetzte und sich zur Triebkraft der aufsässigen süddeutschen Länderregierungen machte.

Neben dem Kampf des Zentrums gegen die Regierung Papen tobte ein anderer Machtkampf im deutschen Volke: der **Kampf des Kommunismus gegen den Nationalsozialismus**.

**Taktik der
Kommunisten**

Der Kommunistischen Partei war es seit den Frühjahrswahlen offenbar geworden, daß ihre Macht abzubröckeln begann. Es stellte sich die auffallende Tatsache heraus, daß **die Funktionäre der Partei** amtsmüde wurden, diese verließen oder gar **der Nationalsozialistischen Partei beitraten**. Diese Vorkommnisse bildeten nicht nur den Grund zur Beunruhigung der kommunistischen Reichsleitung in Deutschland, sondern sie wurden auch der Anlaß zu schweren Vorwürfen von Moskau her. Den Moskauer Bolschewisten war das Versagen der deutschen Kommunisten ganz offensichtlich, aber höchst unangenehm.

Zunächst mußte man Deutschland die Ungnade Moskaus fühlen lassen. Die Zeitungen schrieben, Deutschland dürfe nur dann weiter auf Rußlands Freundschaft rechnen, wenn den Kommunisten die Reichsregierung dieselben Rechte wie den Nationalsozialisten einräumen würde. Die *Iswestija* forderte Wiederezulassung des Roten Frontkämpferbundes. Die *Prawda* stieß sich an dem Verbot der kommunistischen Rundfunkreden. Die neue deutsche Regierung arbeite auf eine Lösung

des Vertrages von Rapallo hin; dafür werde der russische Kommunismus bestrebt sein, ihr einen zweiten "9. November 1918" zu bereiten.

In Moskau beschloß man denn auch eine Änderung der Taktik. Die Prawda meinte - und was sie sagte, war die amtliche Meinung der kommunistischen Internationale - man solle die bisherige Linie aufgeben und **eine Einheitsfront mit der deutschen Sozialdemokratie** herstellen. Zweck dieser roten Einheitsfront sollte die Bekämpfung des Faschismus sein. Außerdem beschloß die kommunistische Internationale, am 28. Juni in Deutschland einen Antifaschistentag als Kampftag gegen die Regierung von Papen abzuhalten. Dieser Tag solle unter der Losung der Vereinigung aller Arbeiterkreise Deutschlands unter kommunistischer Führung im Kampfe gegen das Bürgertum stehen.

Den deutschen Kommunisten fiel es begreiflicherweise recht schwer, sich mit den Sozialdemokraten zu verbinden, die sie bisher als Hauptfeinde und Arbeiterverräter betrachtet hatten. Die Reichsparteileitung beschloß also am 7. Juni in zweistündiger Beratung einstimmig, die Frage eines Zusammengehens mit den Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl von der Tagesordnung abzusetzen. Die Initiative hierzu müsse von den Sozialdemokraten ausgehen. Auch müsse sich die Sozialdemokratie vorher auf grundlegende Forderungen der Kommunisten verpflichten. Gemeinsame Kandidaten kämen ebensowenig in Frage wie Listenverbindung. - **Tatsächlich lehnten die Kommunisten in der Folgezeit alle Anerbieten gemeinsamer parlamentarischer Tätigkeit, die ihnen von sozialdemokratischer Seite gemacht wurden, ab.**

**Kommunistische
Unruhen**

Um so mehr steigerten die Kommunisten die eigene Aktivität. Mit den heimlichen Zersetzungsversuchen in Reichswehr und Polizei kam man nicht weiter. Sie wurden nach kurzer Zeit aufgedeckt und die Schuldigen mußten sich wegen Hochverrat verantworten. Im Jahre 1931 mußte das Reichsgericht gegen zehn Personen wegen dieser Verbrechen verhandeln und schwere Strafen verhängen. Nichtsdestoweniger kamen in der Zeit vom 1. Januar bis 10. April 1932 wieder 99 Einzelfälle kommunistischer Zersetzungsversuche in Reichswehr und Polizei ans Licht, die, wie in Ulm, zur Verhaftung von Soldaten führten. In derselben Zeit mußten elfmal kommunistische Angriffe auf Munitionslager mit Waffengewalt vereitelt werden.

Einen Einblick in diese gefährliche Wühlarbeit gab **der große Fürstenwalder Zersetzungsprozeß**, der Anfang Mai 1932 mit der Verurteilung von elf Angeklagten endete, unter denen sich nicht nur Arbeiter, sondern auch Magistrats- und Bankangestellte, sogar ein Obergefreiter befanden. Diese Leute hatten auf Befehl der Kommunistischen Partei eine revolutionäre "Aktivgruppe" gegründet, die die Reichswehr lähmen und unbrauchbar machen sollte. Sie hatten sich Listen über Polizeiwachen und Polizeiunterkünfte verschafft, sodann auch eine Anweisung über den Pistolengebrauch bei der K.P.D. verbreitet. Schließlich wurde für das Reiterregiment 9 in Fürstenwalde eine Zeitschrift: *Der rote Reiter* herausgegeben, worin sich **z. B. folgender Rat** befand: **Beim Übungsschießen mit Platzpatronen sollten die Soldaten Kieselsteine in die Gewehrläufe stecken, um so die Offiziere zu erledigen!**

Infolge der vielen Verhaftungen und Enthüllungen mußten die Kommunisten erkennen, daß ihre meuchelmörderische Taktik vor der Staatsmacht nicht bestehen konnte, um so mehr, da sie häufig durch unerwartete Haussuchungen in ihren großstädtischen Büros, wie in Breslau, Hannover, Görlitz, Magdeburg, Hamburg, Berlin, Köln, Stettin, Kassel, Königsberg, Gleiwitz stark beunruhigt wurden. Aber die Kommunisten verloren nicht die Hoffnung, besonders, da ihnen Moskau mit Aufreizungen, Drohungen, Ermahnungen ständig auf den Fersen saß. Als Papen die Regierung übernommen hatte, hielten sie die Zeit für gekommen, wieder heftiger mit Terror und Meuchelmord sich Geltung zu verschaffen. Sie taten ja damit auch dem preußischen Innenminister Severing, dem Zeigner Preußens, einen großen Gefallen.

Die Reichsleitung im Karl-Liebknecht-Haus zu Berlin wies die Organisationen an, auf die Straße zu gehen und zu putschen. Und zwar sollte dies nach zwei Seiten geschehen, man sollte die Erwerbslosen gegen die Regierung des Reiches aufwiegeln, und insbesondere sollte der mörderische und feige Bürgerkrieg gegen die Nationalsozialisten verschärft werden.

Damit diese Aktionen aber auch richtig ausgeführt wurden, sandte Rußland nach bewährtem Beispiel von 1920 bis 1923 Hunderte von russischen Tschekisten nach Deutschland, die sich insbesondere nach Berlin, ins Ruhrgebiet und nach Mitteldeutschland begaben und nun mit leidenschaftlicher Hingabe die Aufwiegelung der Massen betrieben und nicht nur mit Waffen, sondern auch mit Geld gut versehen waren.

Die Finanznotverordnung der Regierung Papen war ein geeigneter Anlaß, **Erwerbslosentumulte** heraufzubeschwören. So kam es vor, daß Mitte Juni eine Handvoll Kommunisten in das Berliner Rathaus eindrangen und gleichzeitig eine Anzahl Kriegsbeschädigter in das Reichsarbeitsministerium einzudringen versuchte. Jedoch diese Aktionen wurden schon im Keime erstickt. Auch andre Vorgänge kamen über ihr Anfangsstadium nicht hinaus. In den Großstädten demonstrierten die Erwerbslosen und schrien nach Brot. Auf dem Markt zu Halle rotteten sich die von den Kommunisten aufgewiegelten Massen zusammen, zogen in den Ratshof, wo aufrührerische Reden gehalten wurden und verbreiteten sich dann über den Markt, um den Händlern die Waren wegzunehmen. Kinder lungerten scharenweise in den Straßen herum und brüllten "Hunger!", während ihre Eltern sich in die Warenhäuser verteilten und mit Gewalt nahmen, was sie brauchten.

**Roter
Freischärlerkrieg**

Viel gefährlicher aber war das Wiederaufleben des Bürgerkrieges, der nun seit der politischen Notverordnung vom 17. Juni auf Geheiß der kommunistischen Leitung sehr blutige Formen annahm. Die kommunistische Reichsleitung im Liebknecht-Haus zu Berlin hatte geradezu **eine Jagd auf uniformierte Nationalsozialisten** angeordnet! Es war sowieso schon unruhig genug im Reiche. Anfang Juni gab es in Breslau schwere Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, zwischen Reichsbanner und Stahlhelm. In Buchholz bei Berlin kam es zu einer regelrechten Schlacht mit Zaunlatten und Steinen. In Reinickendorf entspann sich eine Schlägerei. Mitte Juni erfolgten in Langelsheim im Braunschweigischen schwere Zusammenstöße, wobei Reichsbannermitglieder mit Schüssen, Spitzhacken, Beilen, Zaunlatten gegen die Nationalsozialisten vorgingen.

Aber der richtige Bürgerkrieg begann am 17. Juni, nach der Aufhebung des Uniformverbotes. Wieder ward nutzlos viel deutsches Blut vergossen. Im Ruhrgebiet und im Rheinland vor allem prallten die Gegner aufeinander. **Der kommunistische Kampfbund gegen den Faschismus machte die Straßen unsicher, seine Anhänger in ihren schwarzen Blusen und Hosen rotteten sich zusammen, verbrüderten sich mit dem Reichsbanner und überfielen die Nationalsozialisten, schossen und stachen sie nieder, ohne Erbarmen.** In Wanne-Eickel, Wuppertal, Elberfeld, Gentsheim im Ried (Hessen), Birkendorf bei Düren, Remscheid, Gelsenkirchen, Hagen, Bottrop, Mainz, Mombach, Düsseldorf, Köln, Osnabrück ereigneten sich die Bluttaten. In Treptow und Neukölln kam es zu Zusammenstößen. In Bornstedt, Kreis Sangerhausen, schlugen sich Nationalsozialisten und Kommunisten. Bei Zusammenrottungen in Breslau wurde aus Fenstern geschossen und die Polizei mit Blumentöpf-

Bürgerkrieg



Polizisten beim Aufräumen kommunistischer Barrikaden in Moabit. [Photo Scherl?]



Schutzpolizei in dauernder Bereitschaft bei kommunistischen Ausschreitungen in der Rostocker Straße zu Moabit, Juni 1932. [Photo Scherl?]

fen beworfen! Vom 19.-22. Juni wurden im Reiche 74 Personen durch kommunistische Ausschreitungen verletzt; drei davon starben. Bereits am 23. Juni, abends, wurde der fünfte Nationalsozialist seit 19. Juni ermordet!

Immer schwerer und bedenklicher wurden die Zustände. Bereits in den Eingeweiden Berlins bebbe das Fieber des kommunistischen Aufstandes. Im Zentrum, in Moabit, in Schöneberg rotteten sich am 23. Juni kommunistische Massen zusammen, errichteten Barrikaden aus Müllkästen und Pflastersteinen, lieferten den Nationalsozialisten Feuergefechte. Unter höchster Anstrengung konnte die Polizei nur mit Gummiknüppel und Wasserstrahl Ordnung schaffen.

Zur gleichen Zeit kamen **großorganisierte kommunistische Massenüberfälle auf Nationalsozialisten und Polizei** in Breslau vor. In Duisburg-Hamborn krachten Schüsse, und in Dortmund wurde ein Nationalsozialist in einem Gefecht getötet, der fünfte seit 19. Juni, und vier andere schwer verletzt. Insgesamt starben infolge dieser Unruhen bis zum 25. Juni 12 Menschen.

Es waren gefährliche Tage, und der Umfang der Gefahr erweiterte sich von Stunde zu Stunde; man hob **rote Frontkämpferorganisationen** aus in Witten, Wanne, Dortmund, aber der Druck des Bürgerkriegs wurde immer stärker. In dieser Zeit **forderte die nationalsozialistische Partei von der Reichsregierung ultimativ das Verbot der kommunistischen Partei**, ja sie drohte dem Kabinett Papen, sie werde, wenn von seiten der Regierung nichts geschehe, das Recht der Notwehr proklamieren, da man nur so den kommunistischen Terror brechen zu können glaubte. Das Vertrauen der Nationalsozialisten zur Regierung Papen war aufs tiefste erschüttert. Sie waren enttäuscht und machten dem Kabinett infolge seiner Saumseligkeit erbitterte Vorwürfe.

Allerdings entfaltete der Reichsinnenminister Gayl einen erschreckenden Mangel an Initiative. Das Ergebnis der Kabinettsitzung vom 25. Juni war sehr dürftig:

"Die blutigen Vorkommnisse im ganzen Reich werden voraussichtlich weiter Veranlassung geben, durchgreifende Maßnahmen gegen die kommunistische Partei zu erörtern. **An ein Verbot der Partei wird dabei zunächst nicht gedacht.**"

Und ebenso wenig, wie die Regierung bereit war, den obstinaten Landesregierungen gegenüber den Ausnahmezustand zu verkünden, ebensowenig konnte sie sich entschließen, gegen die Kommunisten einzuschreiten. **So kam es, daß der kommunistische Bürgerkrieg gegen die Nationalsozialisten immer blutigere Formen annahm.**

Der 26. Juni war ein Sonntag, und er forderte wieder Dutzende von Verwundeten und einen neuen Toten in Wattenscheid bei Bochum. In Berlin, in Leipzig, in Beuthen, in Landsberg an der Warthe, in Hamburg, Barmen, Essen, Magdeburg, Eisleben, Aschersleben, Köthen krachten die Schüsse, wurden Beteiligte und Unbeteiligte mehr oder weniger schwer verletzt. Von Erfurt aus versuchte eine größere Kolonne Kommunisten auf Lastkraftwagen, mit Gummiknüppeln und Schußwaffen versehen, sich des Truppenübungsplatzes Ohrdruf zu bemächtigen und seine Waffen zu plündern, doch bevor sie ihr Ziel erreichten, wurden sie von der Polizei festgenommen.

Die Seele dieser ganzen Vorgänge war Moskau. Die russischen Bolschewisten standen mit der Peitsche hinter den deutschen Kommunisten und trieben sie zu immer neuen verzweifelten Aktionen. In Berlin wurden unter den 236 Verhafteten der Aufstände 9 russische Anführer festgestellt. Auch waren der kommunistischen Partei aus Sowjetrußland große Summen für den "Wahlkampf" überwiesen worden.

Die Zustände in Deutschland glichen aufs Haar denen von 1921-1923. Auch im Mansfelder Lande rumorte wieder der Aufruhr, und um **einen anschaulichen Begriff von der Mordgier der Kommunisten zu geben**, sei der Bericht über ein Ereignis hierhergesetzt, das in der Nacht vom Sonnabend, dem 25. Juni, sich zugetragen hat; der nachfolgende Ausschnitt aus der *Saale-Zeitung* (Nr. 148 vom 27. Juni 1932) soll ein Bild geben von den Aktionen der mitteldeutschen Kommunisten an einem einzigen Sonntag:

Kommunistischer Aufruhr in Hedersleben. Verratene Pläne der Kommunisten. - Ein Landjäger hält einige Hundert Kommunisten in Schach. - Schwerebewaffnete Banden terrorisieren das Dorf.

Die Eislebener Kommunisten hatten für Sonnabendabend ihre Leute aus dem Mansfelder See- und Gebirgskreis, zum Teil verstärkt durch andere von weither herangeholte Elemente, zusammengezogen. Später erzählten sie, daß es sich bei ihnen um einen Propaganda- und Nachtmarsch in die Hochburgen der Nationalsozialisten und Stahlhelmer gehandelt hätte. Diese Zusammenziehungen scheinen aber noch einen anderen Hintergrund gehabt zu haben.

Der Eislebener Führer der Nationalsozialisten, von Alvensleben auf Schochwitz, hatte durch einen Eislebener Arbeiter erfahren, daß er in der Nacht auf der Rückkehr von einer Fahrt in das Dorf Schochwitz von Kommunisten ausgehoben werden sollte.

Er war deshalb in Eisleben zurückgehalten worden, und entging so wahrscheinlich dem Schicksal, von den Kommunisten beseitigt zu werden. Jedenfalls zogen etwa 300 bis 400 Kommunisten mit großem Krach, wobei es ohne Belästigungen und Bedrohungen Vorüberkommender nicht abging, in das Dorf Hedersleben, zwischen Eisleben und Schwittersdorf. Hier kam es mitten in der Nacht zu den ersten Zusammenstößen zwischen Rechtsstehenden und den Kommunisten. Diese waren in der Überzahl, so daß sie wohl auch bei den einsetzenden Schlägereien die Oberhand im Dorfe behielten. Einige Einwohner sind dabei auch verletzt worden.

Die Landjägerie hatte nun erfahren, daß in dieser Nacht von kommunistischer Seite etwas geplant war. Es war deshalb auch ein Landjägerstreifenwagen auf Patrouille geschickt worden. Er hatte mehrmals Hedersleben passiert, ohne in den Abendstunden besonders Befremdliches zu bemerken. Als der Oberlandjäger von Hedersleben von dieser Streifenfahrt gerade nach Hause gekommen war, hörte er im Dorfe Lärm. Er eilte hin und sah sich einer übermächtigen kommunistischen Menge gegenüber. Es glückte ihm nun nicht, sofort Verstärkung herbeizuholen.

Er stand infolgedessen lange Zeit den Kommunisten allein gegenüber. Durch anhaltendes Feuer hielt er sich die Leute vom Leibe. Es gelang ihm sogar, die Meute aus dem Dorf heraus und auf einen Feldweg nach Unterrißdorf zu drängen.

Während die Nachtruhe durch die Abweherschüsse des Beamten unheilkundend unterbrochen wurde, schrakten in Hedersleben die Einwohner verängstigt aus dem Schläfe empor. Da kam Hilfe, die man doch noch hatte von den Dingen in Kenntnis setzen können. Nur waren es ganz wenige Landjägeriebeamte.

Aber sie gingen jetzt mit dem Ruf "Hände hoch" und schußbereiten Karabinern gegen die kommunistische Menge vor, drängten sie auf die Straße und verhafteten sie. Sofort wurden die Kommunisten auf Waffen untersucht und Trommelrevolver sowie die gemeinsten Schlag- und Stechwerkzeuge, Ochsenziemer, mit Blei gefüllte Gummischläuche, Totschläger, Schraubenschlüssel und anderes mehr ihnen abgenommen. Einen Teil ihrer Waffen hatten die Kommunisten vorher schon in die Felder geworfen. Mit "Hände hoch" schoben die Landjägerbeamten nun ihre Gefangenen, es waren über hundert, auf der Straße nach Eisleben vor sich her. Schließlich konnte die Eislebener Polizei noch ein Kommando freimachen, mit dessen Hilfe dann die Gefangenen nach Eisleben gebracht wurden. Hier wurde sofort der Untersuchungsrichter herbeigeholt, der die erste Vernehmung durchführte. Nun gibt es in Eisleben keinen geeigneten Ort, um dieses ganze Gefangenenheer unterzubringen. Es wurden deshalb die beiden "grünen Minnen" unter polizeilicher Bedeckung von Halle nach Eisleben geschickt. Zweimal mußten sie fahren, um die 101 Gefangenen in das Gerichtsgefängnis Halle zu überführen.... Es ist wichtig, daß man unter den Gefangenen auch einige Führer fassen konnte. Auch der Hauptmann der ganzen Abteilung, der Parteisekretär Pauli aus Eisleben, war darunter und wurde erwischt.

Von Dorfbewohnern wird erzählt, daß die Kommunisten, als sie auf den Widerstand des Oberlandjägers stießen, durch weithin gellende Trompetensignale ihre Genossen aus den umliegenden Dörfern noch heranzuziehen versuchten, wie sie überhaupt durch das umsichtige Verhalten des Beamten die Meinung haben mußten, einer größeren Landjägerabteilung gegenüberzustehen. Die Kommunisten, die die ganze Gegend in Aufruhr versetzten, hatten übrigens auch die Straßen nach und von Hedersleben mit Patrouillen besetzt, so daß der verratene Plan, den nationalsozialistischen Eislebener Führer abzufangen, sehr viel an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Weil es zunächst nicht möglich war, Verstärkung für den Oberlandjäger herbeizuholen, hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die Kommunisten auch die Telephonleitungen zerschnitten hätten. Das hat sich nicht bestätigen lassen. Die Störungen müssen vielmehr auf technische Unkenntnis desjenigen, der die Verstärkung herbeiholen wollte, zurückzuführen sein.

Diese Vorgänge sind äußerst bedenklich; zeigen sie doch klar, wie die Kommunisten versuchen, den Terror, den sie bisher schlagartig an den verschiedensten Stellen der Städte aufzurichten versuchten, auch auf dem Lande zur Geltung zu bringen. Es ist unbedingt notwendig, daß hier sofort etwas gegen die Aufrührer geschieht, die im ganzen Reich nach einheitlichen Befehlen der Moskauer Exekutive handeln. Da der polizeiliche Schutz, wie dieser Hederslebener Fall zeigt, auf dem Lande denkbar schwach ist, und infolgedessen die ernstesten Situationen entstehen können, die das Leben der wenigen Beamten gefährden, muß energisches Einschreiten von seiten des Reiches gegen solche Vorfälle gefordert werden. Es geht nicht an, daß Teile des Landes nach dem Willen der Kommunisten terrorisiert werden und die Bewohner stundenlang um ihr Leben fürchten müssen.

Kommunistischer Straßenterror in Eisleben. Die kommunistischen Ausschreitungen, die seit Tagen aus dem ganzen Reichsgebiet gemeldet werden und bereits zahlreiche Blutopfer forderten, haben in der Freitagnacht auch auf Eisleben übergegriffen. Nach einer Versammlung der KPD. im Volkshaus durchzogen starke kommunistische Trupps die Straßen der Stadt, um, wie man von den Beteiligten hören konnte, "ein zweites Bornstedt" zu veranstalten. Kurz nach Mitternacht wurden in der Sangerhäuser Straße zwei nationalsozialistische Motorradfahrer von einer Gruppe Kommunisten vom Rade gerissen und verprügelt. Als S.A.-Kameraden den Überfallenen zu Hilfe eilten, rissen die Kommunisten aus und nahmen das Motorrad mit. Kurz darauf kam es am Breiten Weg zu einer größeren Schlägerei, bei der auch Schüsse fielen und ein Beteiligter einen Bauchschuß erhielt. Als die Polizei den Breiten Weg räumen wollte, wurde sie von zahlreichen mit Keulen bewaffneten Kommunisten ernstlich bedrängt, so daß sie von der Schußwaffe Gebrauch machen und einige Schreckschüsse abgeben mußte. Dem energischen Vorgehen der Polizei gelang es, die Straßen zu säubern und die Ruhe allmählich wieder herzustellen.

Reichsbanner überfällt S.A. in Magdeburg. 5 Schwerverletzte. Am Freitagabend kam es zu Gewalttaten von Reichsbannerleuten gegen Nationalsozialisten, wobei 5 S.A.-Leute des Sturmes 11 schwer verletzt wurden. In der Nähe des Scharnhorstplatzes fiel eine Abteilung von über 100 Reichsbannerleuten über etwa 40 S.A.-Männer her und bearbeitete sie ohne jeglichen Anlaß mit Schlaginstrumenten und Messern. Drei herbeieilende Polizisten waren machtlos. Erst als das Überfallkommando erschien, flohen die Angreifer. Die Polizei nahm 6 Verhaftungen vor. Die 5 S.A.-Leute mußten mit ihren schweren Verletzungen ins Krankenhaus überführt werden, zahlreiche S.A.-Leute wurden leicht verletzt. Die Haupttäter unter den Reichsbannerleuten konnten ermittelt werden.

Aschersleben. Am Bahnübergang zur Johannisvorstadt überfielen mehr als 100 Kommunisten nachts 6 S.A.-Leute, von denen sie den S.A.-Mann Reichenbach mit Messern und Stöcken furchtbar zurichteten. Er blieb schwerverletzt liegen. Auch die übrigen Nationalsozialisten wurden durch Knüppelschläge und Fußtritte arg mißhandelt, ihre Fahrräder zertrüm-

mert. Die Bande stand unter dem Kommando des Rotfrontführers Heise.

Kommunistischer Anschlag auf einen Truppenübungsplatz? Einen neuen Anschlag auf den Truppenübungsplatz Ohrdruf scheinen die Zentralen der K.P.D. in Thüringen geplant zu haben. In verschiedenen Lastfahrkolonnen, die offiziell als Sternfahrten gemeldet waren, zogen sich die Teilnehmer aus allen Teilen Thüringens am Sonntagvormittag zusammen. Die Kriminalpolizei Erfurt wurde aber zur rechten Zeit von dem Unternehmen in Kenntnis gesetzt, und es gelang ihr, in einem Ort bei Erfurt größere Trupps Kommunisten auf dem Wege nach Ohrdruf festzunehmen. Bei ihrer Untersuchung stellte sich heraus, daß die Kommunisten außer Gummiknüppeln auch Schußwaffen mit reichlicher Munition bei sich trugen. Eine größere Anzahl Kommunisten wurde nach Erfurt in Polizeigewahrsam gebracht.

Köthen. Eine unruhige Nacht hatte unsere Stadt am Donnerstag. Nachdem gegen Abend um 6 Uhr auf dem Marktplatze eine Kundgebung der Kommunisten störungsfrei verlaufen war, veranstalteten die Kommunisten einen Marsch durch einige Straßen. Im Anschluß daran kam es dann in den späten Abendstunden, vor allem im Zentrum der Stadt, zu Zusammenstößen mit der Polizei, die durch eine Mannschaft anhaltischer Schutzpolizei Verstärkung erhalten hatte. In der Hauptsache rotteten sich halbwüchsige Burschen zusammen und reizten die Beamten, die mit Streifenwagen durch die Stadt fuhren, durch Pfiffe und Zurufe. Mit dem Gummiknüppel wurde jedoch überall schnell Ordnung geschafft. Die Zusammenrottungen dauerten bis in die Nacht hinein an. Zu ernsteren Zusammenstößen ist es bisher nirgends gekommen.

Soweit der Zeitungsbericht.

Und während dies geschah, tagte in Hamburg-Sagebiel ein "Antifaschistischer Kampfkongreß", der von über 2 000 Vertretern besucht war und beschloß, die Anhänger der marxistischen Parteien von Hamburg und Umgebung zu einem "**Roten Massenseibtschutz**" gegen die Nationalsozialisten zu organisieren. **Das war überhaupt die Strömung der Zeit, daß die "Eiserne Front" mit den Kommunisten in verschiedenen Teilen Deutschlands ein Waffen- und Mordbündnis gegen die Nationalsozialisten schloß und auch praktisch durchführte.**

Am gleichen Sonntag **sagte auch die Eiserne Front den Nationalsozialisten den Kampf an.** Die zehnte Massenveranstaltung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im Grunewaldstadion zu Berlin, zu der 10 000 Arbeitersportler und 40 000 Zuschauer erschienen waren, war eine hochpolitische Angelegenheit, an der sich 4 000 uniformierte Reichsbanner männer beteiligten. **Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe** hielt eine Ansprache: Jeder Reichsbanner mann müsse sich darauf gefaßt machen, daß der Tag kommen könne, wo er mit Leib und Leben für seine Sache einstehen müsse. Der Kampf gelte nicht einem Heros oder einem Diktator, sondern der Freiheit des Volkes, die gegen jeden Versuch der Knechtschaft verteidigt würde.

Darauf sprach **der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski**, einige zum Bürgerkrieg aufreizende Sätze: an dem Tage, da die Eiserne Front das Recht der Notwehr gegen die Nationalsozialisten in Anspruch nehme, werde es keine S.A. mehr geben. Der Versuch, durch Aufhebung des Uniformverbotes das angebliche Unrecht an Hitler wieder gutzumachen, habe dazu geführt, daß die Reichseinheit einer Bedrohung ausgesetzt sei, die man seit Jahrzehnten nicht mehr gekannt habe. Die Eiserne Front habe bisher Geduld gezeigt, aber Geduld dürfe nicht mit Schwäche verwechselt werden! Wenn es zu ernsten Auseinandersetzungen komme, dann werde die Eiserne Front handeln und nicht reden!

Und dann sah sich **Löbe noch einmal genötigt, gegen das Dritte Reich zu wettern:** Das Dritte Reich müsse das Elend vermehren, das Dritte Reich müsse den Bürgerkrieg heraufbeschwören, das Dritte Reich werde den Terror der Hitlergardien über die ganze übrige Bevölkerung bringen. Goebbels behandle die Minister wie seine Unteroffiziere. Wenn "die andern" sagten, sie könnten mit 400 000 Mann aufmarschieren, könne es dann so unmöglich sein, diesen 400 000 Mann 800 000 Mann aus dem Proletariat entgegenzusetzen? Solange noch ein Reichsbanner mann, ein Sportler, ein

Gewerkschaftler seinen Arm, seine Faust gegen den Himmel recken könne, werde jeder Versuch, den Republikanern mit Gewalt zu begegnen, an der Eisernen Front scheitern. Freiheit! -

Wochenlang raste der rote Mord durch die deutschen Städte und Länder. In den östlichen Arbeitervierteln Leipzigs kam es aus Anlaß eines S.A.-Umzuges am 27. Juni zu heftigen Barrikadenkämpfen, wobei ein Arbeiter getötet wurde. Die Straßen glichen einem Heerlager. Da die Laternen zertrümmert waren, herrschte völlige Dunkelheit. In aufgelöster Schützenlinie, mit aufgepflanztem Bajonett und Scheinwerfern mußten die Polizisten vorgehen und Ordnung schaffen. In Herne, Chemnitz, Oppeln krachten Schüsse, blitzten Dolche. **Am 28. Juni rumorte in 146 deutschen Städten der unterirdische Bürgerkrieg, 43 Städte allein im Ruhrgebiet waren davon betroffen. Dieser eine Tag allein brachte 4 Tote und über 400 Verletzte!** Anfang Juli erlebte Essen schwere blutige Zusammenstöße, bei denen die Kommunisten aus den Häusern auf nichtsahnende Passanten feuerten, in Stuttgart, in Ruppin ereigneten sich Gewalttätigkeiten, selbst die kleine Stadt Eschwege an der Werra hatte einen Toten und drei Verletzte.

Die Reichsregierung erklärte zu den schrecklichen Vorgängen, daß diese nicht die Folge der politischen Notverordnungen seien, sondern daß die Polizeigewalt der Länder nicht energisch genug eingesetzt werde. Sie schob auf diese Weise die Verantwortung den Stellen zu, die noch nach dem System der demokratischen Koalition regiert wurden. Mit vollem Recht, denn **Severing kannte seit vielen Monaten die planmäßigen Bürgerkriegsvorbereitungen der Kommunisten, wußte von illegalen Waffenlagern und Sprengstoffeigentümern, ohne etwas dagegen zu unternehmen.**

Immer weiter raste das Mordfieber in Deutschland, und hunderte von Menschen wurden dem wüsten Totentanz geopfert. In Ohlau in Schlesien wurden S.A.-Leute am 10. Juli von einer Übermacht von Reichsbanner und Kommunisten angegriffen, so daß die Polizei machtlos war und die Reichswehr eingreifen mußte, um die Ordnung wieder herzustellen! In Bremen wurde bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten ein Polizeibeamter durch eine kommunistische Sprengpatrone in Stücke gerissen. In den kleinsten Orten floß Blut. So z. B. in Schmiedeberg in Schlesien, Eckernförde, Neustadt a. d. Hardt. **Der Terror wütete und raste, und vielerorts wirkten Eiserne Front und Kommunisten zusammen bei ihren blutigen Meucheltaten gegen die Natio-nalsozialisten.**

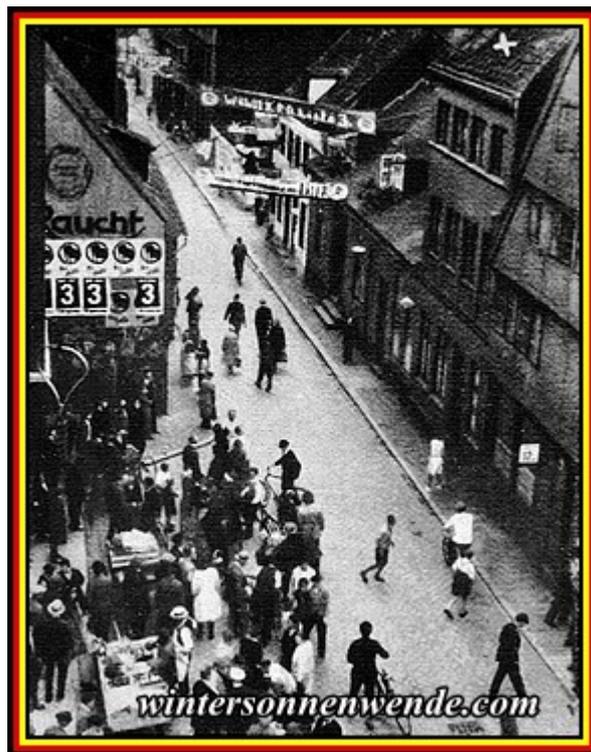
Von Ost bis West, von Nord bis Süd wurde Deutschland erschüttert von diesen Vorgängen. Kein Tag verging ohne Tote und Verwundete. Man mag sich mal ein Bild machen, wenn man die tägliche Rubrik "Blutopfer der Zeitgeschichte" in den großen Zeitungen betrachtete. Da hieß es z. B. über den 14. Juli 1932: In **Leipzig** ein Nationalsozialist schwer, ein anderer leichter verletzt; in **Berlin** in der Nacht zum Donnerstag (14. Juli) zwei Kommunisten erschossen, zwei schwer verletzt; am Donnerstagnachmittag zwei Nationalsozialisten schwer verletzt; in **Düsseldorf** ein Kommunist erschossen; in **Hamborn** ein Nationalsozialist lebensgefährlich, ein anderer leichter verletzt; in **Hindenburg** ein Nationalsozialist schwer, zwei Nationalsozialisten und drei Kommunisten leichter verletzt; in **Oberschöneweide** vier Kommunisten schwer verletzt; in **Ellrich** bei Nordhausen ein Nationalsozialist schwer verletzt; in **Barmen** zwei Nationalsozialisten schwer verletzt; in **Aachen** ein Nationalsozialist schwer verletzt; in **Witten** ein Nationalsozialist lebensgefährlich und zwei Reichsbannerleute schwer verletzt, sechs Personen leicht verletzt. Oder für den nächsten Tag: In **Wittenberg** ein Kommunist erschossen, ein anderer schwer verletzt, eine unbeteiligte Frau vor Schreck einem Herzschlag erlegen; in **Machern** ein Nationalsozialist schwer verletzt; in **Halle** mehrere Leichtverletzte; in **Walsum** bei Düsseldorf mehrere Nationalsozialisten und Kommunisten verletzt, in **Berlin** eine unbeteiligte Person und ein



*Der Kommunist Thälmann spricht anlässlich der Beisetzung kommunistischer Ruhestörer.
Photo Scherl.*

Kommunist schwer verletzt, zwei Polizeibeamte leicht verletzt. In **Weimar** rotteten sich 1200 Erwerbslose zusammen, mißhandelten den Oberbürgermeister und verprügelten die Beamten des Wohlfahrtsamtes. Oder für den 19. Juli: in **Altona** ein Nationalsozialist und ein Kommunist den Verletzungen erlegen, die sie am Sonntag, dem 17. Juli, erlitten; damit erhöhte sich die Zahl der Todesopfer auf 16; in **Halle** ein Nationalsozialist schwer verletzt; in **Wesseling** bei Köln eine uneteiligte Person erschossen, ein Kommunist schwer verletzt; in **Chemnitz** zwei Nationalsozialisten schwer verletzt; in **Krefeld** ein Stahlhelmer schwer verletzt; in **Linden** bei Hannover zwei Nationalsozialisten schwer verletzt; in **Peine** vier Personen schwer verletzt; in **Hindenburg** ein Nationalsozialist schwer verletzt; in **Taucha** ein Nationalsozialist schwerer, vier leichter verletzt; in **Recklinghausen** ein Reichsbannermann erschossen, ein Nationalsozialist schwerer verletzt; in **Memmingen** der Schriftleiter des *Memminger Volksblattes* schwer verletzt; in **Hörste** bei Hannover ein Nationalsozialist mit dem Gewehrkolben erschlagen.

Ein besonders schwarzer Tag war der 17. Juli, ein Sonntag. In Berlin gab es einen Toten, in Fürstenwalde kam es in der Nacht zu einem schweren Feuergefecht zwischen einer großen Menge Kommunisten und einer nationalsozialistischen Abteilung, so daß der Landrat Reichswehr anfordern mußte, um die Ruhe wieder herzustellen! Am schlimmsten aber ging es in **Altona** her. In schweren Straßenkämpfen, in denen die Polizei mit der Waffe in der Hand die Barrikaden erstürmen mußte und sogar zwei Panzerwagen einsetzen mußte, blieben 12 Tote und 54 Schwerverletzte, von den noch mehrere starben, auf dem Platze. Das Schlimmste war, daß an diesem Unglück die Polizeibehörde selbst schuld war! Sie hatte mit den Kommunisten ein Abkommen getroffen, wonach der Demonstrationzug der Nationalsozialisten nicht angegriffen werden sollte. So hatte man versäumt, rechtzeitig für die notwendigen Schutzmaßnahmen zu sorgen. - **Vom 17. Juni bis 14. Juli 1932, also innerhalb vier Wochen, zählte man in Deutschland an Opfern des Bürgerkriegs 64 Tote, 503 Schwer- und 2700 Leichtverletzte.**



Am 17. Juli 1932 in Altona: Kommunisten beschießen einen N.S.-Umzug. Photo Scherl.

Diese Zustände erweckten eine Wut und Verbitterung ohne gleichen unter den Nationalsozialisten. Sie erkannten, daß sie von dem Staate und seinen Organen nicht geschützt wurden, gab es doch **unter ihren Feinden, die sie angriffen, sogar hier und da Polizeibeamte in Zivil.** So wurden bei dem großen Überfall in Hannover am 10. Juli etwa 40 Polizeibeamte in Reichsbanneruniform ermittelt. In ihrer Bedrängnis proklamierten die Nationalsozialisten das Notwehrrecht und griffen überall da, wo die Polizei versagte, zur polizeilichen Selbsthilfe. Sie machten dem Reichsinnenminister von Gayl die bittersten Vorwürfe, daß er sie so wenig schütze, und verlangten tatkräftiges Durchgreifen. - Die Sozialdemokraten andererseits schrien Zeter über die vermeintlichen Untaten der Nationalsozialisten und lagen mit ihren bewegten Klagen dem Reichsinnenminister in den Ohren, ohne Scheu Lügen über nationalsozialistische Mordtaten anbringend, trotzdem **erwiesen war, daß die Angreifer stets die Eiserne Front und die Kommunisten waren.**

Das Blut dieses Bürgerkrieges aber kam über Severing, der immer brutaler, schamloser die Staatsmacht verhöhnste und ein Verhalten an den Tag legte, das den Bürgerkrieg förderte. Gegen nationalsozialistische Zeitungen, die sich über diese Zustände beklagten, ließ er freigebig Verbote aussprechen, während er selbst dem Reichskanzler Papen trotzte, als dieser das Verbot des *Vorwärts* und der *Kölnischen Volkszeitung* für fünf Tage forderte, weil diese Zeitungen Reichskanzler und Reichspräsident beschimpft hatten. Der störrische Innenminister Preußens mußte erst durch einen Spruch

des Reichsgerichts vom 1. Juli gezwungen werden, sich der Verbotsforderung der Reichsregierung zu fügen!

Die Passivität, mit der Severing dem Morden gegenüberstand, veranlaßte die Nationalsozialisten, immer drohender von Gayl Abhilfe zu verlangen; auch die Deutschnationalen taten dies. Man wies darauf hin, daß Zustände wie 1918 und 1919 wieder eingerissen seien. In Ostpreußen, in Berlin, in anderen Teilen Preußens schlossen sich bereits die Mitglieder der früheren Einwohnerwehren wieder zum Selbstschutz zusammen, um Wohnhäuser und Versammlungen vor dem Blutterror zu schützen.

Unter dem Drucke der Reichsregierung entschloß sich Severing zähneknirschend, an die Bevölkerung einen Aufruf herauszugeben, worin er zur Ruhe, Selbstzucht und Besonnenheit mahnt. Das sei der beste Schutz, die beste Sicherheit. In zwei Erlassen an Regierungs- und Polizeipräsidenten ermächtigte er diese, Versammlungen und Aufzüge zu verbieten, wenn zu befürchten sei, daß der polizeiliche Schutz nicht genüge. Außerdem sei aufs schärfste gegen unbefugten Waffenbesitz und unbefugtes Waffentragen vorzugehen. Es müsse mit allen Mitteln angestrebt werden, Schuß-, Hieb- und Stoßwaffen denjenigen aus den Händen zu nehmen, die Gewalttätigkeiten im politischen Kampf nicht ablehnen.

Reichsexekution gegen Preußen

Das war am 14. Juli 1932. Jetzt aber kam doch der Stein zwischen Reich und Preußen ins Rollen. Ursprünglich hatte die Reichsregierung beschlossen, die Frage der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen bis nach den Reichstagswahlen zu vertagen. Aber **die Zunahme der Bluttaten, die Aufforderung der Nationalsozialisten und Deutschnationalen veranlaßten Gayl, in einer ernsten Rücksprache mit Severing ein Eingreifen des Reiches in den Bereich der Möglichkeit zu rücken.** Dies wurde auch dadurch nötig, weil der *Vorwärts* einen Glückwunschartikel Severings und des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski nach Ablauf des Verbotes brachte, wodurch die Dinge zwischen Gayl und Severing sich bedenklich zuspitzten.

Papen und Gayl reisten am 14. Juli zum Reichspräsidenten nach Neudeck, und der vor Wut kochende Severing trat am Abend des gleichen Tages in einer Kundgebung der Berliner Eisernen Front auf: **Mit erhobener geballter Faust marschierte Preußens Polizeiminister in den Kundgebungsraum ein, hinter zahllosen roten Fahnen des Umsturzes.** Eine wüste Klassenkampfhetze wurde vom Stapel gelassen. Zunächst sprach der Sozialdemokrat und Reichsbannerführer Wels:

"Die Herrenkaste, die wir in der jetzigen Reichsregierung sehen, will das Volk wieder büteln, drücken und treten wie zu kaiserlicher Zeit. Volksrecht steht heute gegen Herrenrecht! Das mögen sich die Barone des Reichskabinetts vor Augen halten. Trotz Gayl, trotz Papen und Schleicher werden wir die Freiheit wiedererringen! Lieber tot als Sklave! Lieber republikanisch sterben, als faschistisch verderben."

Hierauf betrat der **Innenminister Severing** das Podium - streckte als Gruß die geballte Faust in die Höhe und führte u. a. aus:

"Es könnte uns ja eigentlich gleichgültig sein, wie die Namen jener Männer heißen, die in der Reichsregierung amtieren. Aber was diese Männer sich zu ihrem Ziel gesetzt haben, haben sie in ihrer ersten Regierungserklärung mit einer derartig brutalen Offenheit bekannt, daß wir die Pflicht haben, uns heftigst um diese Männer der Reichsregierung zu kümmern. 'Wohlfahrtsstaat' haben diese Herrn Barone der Reichsregierung so geschmackvoll diesen Staat genannt und haben 'Kampf' angesagt dem Atheismus, dem Klassenkampf und dem Kulturbolschewismus... Die Notverordnung des Papen-Kabinetts müßte das Motto Heines tragen: 'Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur die, die etwas haben!'

Wer von euch, Genossen, nicht will, daß dieser Geist den Staat beherrsche, der Sorge am 31. Juli dafür, daß das Kabinett Papen-Schleicher und seine Helfershelfer zum politischen Teufel gejagt werden!"

Severing fuhr u. a. fort:

"Dieses Kabinett nennt sich 'überparteilich', nur weil die Reichsminister ihre Parteimitgliedschaften niedergelegt haben! Wenn sich die Männer der Reichsregierung das Kabinett der 'nationalen Konzentration' nennen, so sagen wir: Was sie 'konzentriert' haben, sind die Männer der wilhelminischen Zeit, sonst aber nichts. In ihrer Regierungserklärung polemisieren die Herren v. Gayl und Papen gegen den marxistischen Klassenkampf. Wir antworten ihnen hierauf: Solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, und solange die Klassen nicht beseitigt sind, solange wird es auch Klassenkampf geben. Beseitigt werden aber erst die Klassen, wenn der Sozialismus zum Sieg gelangt ist.

Weder Herr v. Gayl noch Herr v. Schleicher werden diesen Klassenkampf beseitigen können. Wie wir diesen Klassenkampf führen, haben wir am heutigen Abend vor aller Öffentlichkeit gezeigt."

Auf die Rede Severings folgte ein Bürgerkriegsgedicht: "Uns reißt die Geduld! Wir haben es satt!"

Noch vorsorglicher benahm sich **Grzesinski, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, der den Bürgerkriegsgedanken bewußt pflegte**, indem er, gestützt auf seine Auslegung der Bestimmungen, einer kommunistischen Schützenvereinigung Waffenscheine auf großkalibrige Gewehre ausstellen ließ! Es war ja seine Ansicht, daß man die Kreise der Kommunisten nicht stören dürfe!

Ja, nachdem Severing bereits Wochen vorher mit den Kommunisten ein mündliches Abkommen getroffen hatte, ihnen gegenüber nachsichtig zu sein, wenn die Kommunisten im Preußenlandtag die Mehrheit für die alte Regierung bestehen ließen, schloß der Innenminister am 18. Juli in seiner Amtswohnung ein regelrechtes Abkommen mit den Kommunisten! Grzesinski und sein Vizepräsident Weiß ihrerseits, die bereits in jeder Abteilung des Polizeipräsidioms neue Beamtenstellen für gewerkschaftliche Kontrollbeamte geschaffen hatten, besprachen alle ihre Maßnahmen vorher mit sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Beauftragten.

Diese Ereignisse wiesen eine starke Parallelität mit den sächsischen im Herbst 1923 auf. Als Stresemann nach dem Scheitern Cunos den Versuch machte, eine neue, mehr rechts orientierte Regierung zu bilden, verbündete sich der sächsische Ministerpräsident Zeigner mit den Kommunisten. Zeigner fiel und sein unheilvolles Werk ging zu Ende. Aber dieser Ausgang hinderte nicht Severing, sich neun Jahre später in Auflehnung gegen die Reichsgewalt auf denselben Weg zu begeben.

Hugenberg forderte von der Reichsregierung ein Einschreiten. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl schrieb einen Brief an Papen, worin er dringend ersuchte, das Reich solle in Preußen die verfassungsmäßigen Zustände wieder herstellen, was wohl am besten dadurch geschehe, daß das Reich auf Grund Artikels 48 der Reichsverfassung die Polizeigewalt in Preußen übernehme.

Papen und Gayl kehrten am 17. Juli nach Berlin zurück, nachdem sie beim Reichspräsidenten in Neudeck um neue Vollmachten eingekommen waren. Zunächst erließ nun die Reichsregierung am folgenden Tage ein **Verbot für alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel**, wobei sie dunkle Andeutungen über noch schärfere Maßnahmen machte. Man erwog unter anderem, jeden, der einen Sprengstoffdiebstahl begehe oder mit der Waffe in der Hand betroffen werde, sofort mit dem Tode zu bestrafen. Hierüber waren die Nationalsozialisten zunächst sehr verstimmt, da sie meinten, den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten sei eine neue Handhabe gegeben, die mühsam erkämpfte Propagandafreiheit erneut zu sabotieren, während die Sozialdemokraten erneut das Uniformverbot verlangten.

Zwei Tage später, am 20. Juli 1932, erfolgte der **Schlag gegen Preußen**. Reichskanzler von Papen übernahm das Amt eines Reichskommissars, der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht wurde zum kommissarischen preußischen Innenminister berufen. Papen begründete das Vorgehen damit, daß zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten eine enge Zusammenarbeit bestehe und sich daher die kommunistische Partei in einer Form betätige, die mit der Staatsautorität nicht mehr in Einklang

zu bringen sei.

Papen entthob Braun und Severing ihrer Ämter. Severing erklärte, er werde nur der Gewalt weichen. Als er in der elften Vormittagsstunde in sein Ministerium zurückkehrte, verweigerte ihm eine Hundertschaft von Polizeioffizieren und einige Reichswehroffiziere den Zutritt zu den Amtsräumen.

Gleichzeitig erklärte Papen in Berlin den militärischen Ausnahmezustand. Die gesamte Polizeigewalt ging an den Reichswehrminister Schleicher über, die dieser für Berlin und Provinz Brandenburg auf den Oberbefehlshaber General von Rundstedt übertrug. Da sich **Grzesinski, sein Vizepräsident Weiß und der Polizeioberst Heimannsberg** weigerten, ihre Ämter niederzulegen, ließ Rundstedt sie am nachmittag verhaften und nach Moabit bringen, wo sie bis zum Abend blieben, bis sie ihren Rücktritt erklärt hatten.



Zum Ausnahmezustand: Reichswehrauto in der Wilhelmstraße. [Photo Scherl?]



Verhaftung des Kommandeurs der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, durch Reichswehr. [Photo Scherl?]

General von Rundstedt verkündete den Ausnahmezustand und drohte jedem mit drakonischen Strafen, der sich seinen Befehlen widersetzen würde. Papen rief telegraphisch den Oberreichsanwalt aus Leipzig nach Berlin, um das **Hochverratsverfahren gegen die abgesetzten Minister** einzuleiten, und Rundstedt ließ außerordentliche Gerichte bilden, die Vergehen und Verbrechen gegen seine Anordnungen abstrafen sollten.

Die abgesetzte Preußenregierung erhob sofort Widerspruch. Sie brachte eine Klage vor den Staatsgerichtshof, worin sie behauptete, die Einsetzung eines Reichskommissars sei nicht rechtmäßig, weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliege, weil die Einsetzung keine "nötige Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" sei, weil die Einsetzung vielmehr andere Zwecke verfolge.

Auch vor ungesetzlichen Taten scheuten die Entthronten nicht zurück. Das Reichsbanner und drei seiner Führer, der ehemalige Major Anker, Breuer und Carlbergh planten, die Wiedereinsetzung der Grzesinski, Weiß und Heimannsberg in ihre Ämter durch Demonstrationen zu erzwingen. **So wurden alle sechs am 22. Juli abermals verhaftet**, dann aber wieder entlassen, weil ihre Beteiligung an dem Vorhaben nicht nachgewiesen werden konnte.

Den abgesetzten Ministern wurden die Pässe für das Ausland wieder abgenommen, die sie sich bereits vorsorglicherweise beschafft hatten. Den sozialdemokratischen Polizeigewaltigen wurde verboten, Berlin ohne Erlaubnis zu verlassen. Verschiedene demokratische und marxistische Zeitungen wurden verboten, weil sie die Maßnahmen der Reichsregierung kritisierten und angriffen.

Gleichzeitig begann die Säuberung der preußischen Verwaltungsmaschine. Trotzdem Preußen in Versailles erheblich verkleinert worden war, hatte der Staat 53 800 Beamte mehr als 1913. Es waren Parteibuchbeamte ohne jede Vorbildung. Man fing oben mit der Säuberung an. Diejenigen sozialdemokratischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, welche sich bereit erklärten, die neue Regierung im Kampfe gegen den Kommunismus zu unterstützen, wurden im Amte gelassen.

Aber 24 hohe Verwaltungsbeamte wurden am 21. Juli entlassen, darunter die Oberpräsidenten der Provinzen Niederschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau, sowie sechs Regierungspräsidenten, acht Polizeipräsidenten und drei Polizeidirektoren.

Der Weg war frei, den die Reichsregierung und die Preußenregierung zu ihrem nächsten Ziele gehen konnte: **Ausschaltung des Kommunismus aus der aktiveren Gesetzgebung des Reiches und der Länder.**

Die Sozialdemokratie rührte sich nicht. General von Rundstedt hatte bekanntgemacht, daß der Generalstreik als politisches Kampfmittel eine wesentliche Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bedeute, und stellte die Aufforderung dazu unter Strafe. Gehorsam warnte der sozialdemokratische Parteivorstand seine Anhänger, sich nicht in den Generalstreik treiben zu lassen, wie es verschiedentlich kommunistische Hetzer versuchten.

Der Marxismus hatte einen Schlag erlitten wie noch nie. Der Kommunismus war geächtet. Die Prawda in Moskau schrieb: Die kommunistische Revolution in Deutschland habe auf die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie gerechnet; der Militärgeist in Deutschland habe diese Einheitsfront zerschlagen; **jetzt gelte dem deutschen Bürgertum Kampf bis aufs Messer.** Und die Istjewska meinte: Rußland öffne den deutschen Kommunisten seine Arme. **In Rußlands Interesse liege es, die Regierung von Papen so schnell wie möglich zu entfernen.** -

Papen hatte sofort die Länderregierungen von seinem Schritt in Preußen unterrichtet. Sogleich erhob der bayrische Ministerpräsident Held seine Stimme dagegen und die Bayrische Volkspartei hetzte gegen den "Rechtsbruch" der Reichsregierung. Ja, Held telegraphierte sogar an den Staatsgerichtshof und beantragte Entscheidung gegen Preußen! Hessen war "befremdet", und der württembergische Staatspräsident Dr. Boldt, ein Zentrumsmann, hetzte zu "aktiver Gegenwehr" und Volkswiderstand gegen die "Revolution von oben". Nur Baden war vorsichtig. Man müsse dem Reich jeden Vorwand zum Eingreifen wie in Preußen nehmen, erklärte Staatsminister Dr. Schmitt, alle Notverordnungen, die von Berlin kämen, würde die badische Regierung unverzüglich durchführen, auch wenn sie gegen den Inhalt Bedenken politischer Art hege.

Auf der Innenministerkonferenz zu Stuttgart am 23. Juli, zu der Papen eingeladen hatte, prallten zwar die Meinungen scharf aufeinander, aber der Reichskanzler beruhigte die Süddeutschen, daß die Voraussetzungen für Reichskommissare in den süddeutschen Ländern nicht gegeben seien. Denn die Regierungsorgane sorgten dort für Ruhe und Ordnung. Die Autorität zwischen Reichsregierung und Länderregierungen müsse aufrecht erhalten werden, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sei notwendig. Alle Bedenken, die von den Ministern der Länder erhoben wurde, entkräftete Papen mit der Erklärung, daß mit der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nicht etwa Reichsreformpläne verfolgt würden, sondern daß der einzige Zweck dieser Maßnahme Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit sei. Man hoffe, den neuen Zustand nur auf kurze Dauer beschränken zu können, jedenfalls werde an der staatsrechtlichen Stellung der Länder nichts geändert werden.

Eine weitere Stärkung der Reichsautorität lag in der am 25. Juli 1932 gefällten Entscheidung des Staatsgerichtshofes, durch welche die Anträge der alten preußischen Regierung sowie der Zentrums- und sozialdemokratischen Fraktion des Preußenlandtages auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den Reichskommissar zurückgewiesen wurde.

Die seit dem 20. Juli planmäßig einsetzende und von den Polizeibehörden durchgeführte **Nachforschung über die Bewaffnung der Marxisten führte zu überraschenden Ergebnissen.** In Hülle und Fülle wurden Pistolen, Gewehre, Maschinengewehre entdeckt, auch die nötige Munition fehlte nicht, und Sprengstoffe zur Zerstörung der Eisenbahnen und Gebäuden waren genügend vorhanden. Es war nun keineswegs so, daß nur in den Großstädten die Anhänger der Linksparteien über Waffen verfügten, sondern auch in den kleinen Städten und auf dem Lande fehlte es nicht daran. **Der Bürgerkrieg war von langer Hand planmäßig vorbereitet und erschien den Marxisten als letzte Chance, ihre Macht zu behaupten.**

Nachdem etwa eine Woche lang ein Stillstand in den Mordtaten eingetreten war, flammte das Feuer gegen Ende Juli wieder auf und zog sich mit zunehmender Stärke über die Wahlen hinaus. Besonders Ostpreußen wurde zu einem gärenden Herde der Unruhe, wo Nationalsozialisten und Kommunisten mit wilder Erbitterung gegeneinander kämpften. Hier kam es sogar zu einem Attentat auf den zurückgetretenen Regierungspräsidenten von Bahrfeldt in Königsberg, welcher der Deutschen Volkspartei angehörte. Die Verzweiflung der Nationalsozialisten, daß sie von Reichs- und Landesregierung nicht genügend gegen den kommunistischen Meuchelmord geschützt wurden, machte sich in Angriffen auf linksradikale Persönlichkeiten und auf die Gebäude der Marxisten Luft. -

Die Reichstagswahl fand nach wochenlangem, erbitterten Wahlkämpfe am 31. Juli 1932 statt.

*Reichstagswahl,
Thüringer Landtagswahl*

Vom Blutterror der Kommunisten begleitet - bestätigte sie das Ergebnis der Länderwahlen, die in der Zeit vom 24. April bis 31. Juli 1932 in Deutschland stattfanden. Denn **am gleichen Tage, da das deutsche Volk den Reichstag wählte, ward in Thüringen der Landtag neugewählt.** Die Nationalsozialisten erhielten im **Thüringer Landtag** von 60 Mandaten 26 (vorher 6 von 53). Die Kommunisten stiegen von 6 auf 10 Abgeordnete, die Deutschnationalen behaupteten ihre zwei Mandate, desgleichen behielt die Staatspartei, mit Zentrum verbunden, einen Sitz wie im alten Landtag. Die bürgerliche Mitte wurde zertrümmert: Landbund 5 (vorher 9), Volkspartei 1 (vorher 5) und Wirtschaftspartei kein Mandat (vorher 6). Die Sozialdemokratie verlor 3 Sitze und hatte also nur noch 15 Abgeordnete.

Zum neuen Reichstag wurden folgende Abgeordnete gewählt:

| | | | |
|---------------------------|-----|-----------------------|-----|
| Nationalsozialisten | 230 | Staatspartei | 4 |
| Deutschnationale | 36 | Zentrum | 76 |
| Volkspartei | 7 | Bayrische Volkspartei | 20 |
| Deutsches Landvolk | 2 | Sozialdemokraten | 133 |
| Christl.-soz. Volksdienst | 4 | Wirtschaftspartei | 2 |
| Bauernpartei | 2 | | |
| Landbund | 2 | Kommunisten | 89 |

Von den 607 Abgeordneten entfielen also 283 auf den rechten Flügel, 235 auf die Parteien der Koalition und 89 auf die Kommunisten. **Diese Verteilung bewies die Zerrüttung der parlamentarischen Demokratie. Es konnte keine Regierung geben, die sich in diesem Reichstag eine Mehrheit sichern konnte.** Jetzt war die Zeit gekommen, durch eine Änderung der Verfassung die Ära der 1918er Revolution zu liquidieren. Diese Verfassungsänderung konnte auf zweierlei Weise durchgeführt werden: hatte die Regierung Papen die Absicht, dem Parlament die Legislative weiter zu belassen, jedoch ohne jeden Einfluß auf die Exekutivgewalt, dann war es nötig, die Kommunisten aus der aktiven Gesetzgebung, d. h. aus den Parlamenten zu entfernen als Staatsfeinde, die sie waren. War aber die Regierung nicht gewillt, von dem Direktorialregiment, das sie bis jetzt ausübte, zur parlamentarischen Regierungsform zurückzukehren, dann mußte sie sich vom Reichstag los-sagen und sich ein Oberhaus schaffen, das ihr beratend zur Seite stand. **Die unmittelbare Folge der Wahl war also, daß die Frage einer Verfassungsänderung in der Regierung wie in den Parteien des nationalen Willens aufgeworfen wurde.**

Welchen Weg aber auch die Regierung gehen würde, jetzt nahte der Augenblick, da der deutschen Reichswehr eine weltgeschichtliche Bedeutung zufallen würde. Durch den Ausgang der Reichstagswahl war General Schleicher der mächtigste Mann geworden. Die deutsche Revolution war dicht vor ihrem 19. Brumaire VIII (10. November 1799) angelangt. Die Ereignisse führten dazu, daß die wehrhafte Macht Deutschlands unter die Gewehre trat, bereit, in zwei Staffeln vorzurücken: der **Reichswehr** und den **S.A., S.S. und Stahlhelmeinheiten**. Die Nationalsozialisten sagten der Direktorialregierung der nationalen Konzentration als einer "getarnten Zentrumsregierung" erbitterten Kampf an, aber sie sagten, daß der einzige Mann in Reich und Preußen, der an dem Spiel der getarnten Zentrumsleute nicht beteiligt sei, Reichswehrminister von Schleicher sei. Schleicher und Hitler bereiteten die neue Epoche vor.

Die Direktorialregierung Papen war ja nur dadurch möglich geworden, weil Hitler die ganze nationale Energie des deutschen Volkes, ehemals zersplittert, nun in seiner gewaltigen Bewegung zu wuchtiger Stoßkraft zusammengefaßt hatte. Wenn Papen auch nach der Reichstagswahl die Überparteilichkeit seiner Regierung immer wieder beteuerte, so zwang ihn doch die Macht der Nationalsozialisten, mit ihnen Übereinstimmung zu erzielen. Und das Zentralproblem, an dem sich von nun an erweisen sollte, ob Papen im Bunde mit Hitler seine Regierung zu stabilisieren bereit war, bestand in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nur eine große Aufgabe hatte die Regierung: Arbeit und Brot dem hungernden Volke zu beschaffen.

Der deutsche Wirtschaftskörper hatte seine Bereinigungskrise bis zu den Reichstagswahlen nahezu beendet. Das, was von ihm übrig geblieben war, mußte sich mit einer Lebenskraft im Bescheidenen, eng Begrenzten erfüllen, es mußte sich mit dem Willen erfüllen, einem etwaigen Neuen nicht sinnlosen Widerstand zu leisten. Es mußte vor allem zeigen, daß es aus eigener Kraft zu leben imstande sei. Die Zeit der staatlichen Subventionen war vorüber, das hatte Papen deutlich genug erklärt. Und dieser Wirtschaftskörper war bestimmt, sechs Millionen Erwerbslose wieder in sich aufzunehmen. **Einen Anfang in dieser Richtung machte die Direktorialregierung Papen mit ihrer Notverordnung über den Arbeitsdienst von Mitte Juli 1932.** Zwar war es noch ein freiwilliger Arbeitsdienst wie bisher, aber jetzt stand er allen Deutschen, auch Akademikern, Schülern, Bauernsöhnen, offen. Die Organisation wurde eine straffere, man suchte Führer, meist gediente Unteroffiziere, stellte Arbeitsdiensteinheiten auf, faßte die Dienstwilligen in Lebensgemeinschaften wirtschaftlicher und kultureller Art zusammen. Das systemlose Demokratische des bisherigen freiwilligen Arbeitsdienstes verschwand, er wurde jetzt organisiert nach dem Vorbild der Reichswehr, die bekanntlich auch auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der selbstgewählten Unterordnung unter die Disziplin beruhte. Tausende und Abertausende junger Deutscher strömten in die Arbeitsdienstformationen.

**Neue
Aufgaben**

Auch auf dem Gebiete der Reorganisation des freiwilligen Arbeitsdienstes zeigte sich bereits der militärische Einfluß Schleichers. Die Frage, die nun sich erhob, war die, ob man den letzten Schritt tun würde, den die Nationalsozialisten forderten, an die Stelle der Freiwilligkeit in Wehr- und Arbeitsdienst die Pflicht für alle Deutschen zu setzen. **Eine große Wende des deutschen Schicksals war angebrochen.** -

Wenn man **die Strömungen im deutschen Volke unter der Regierung Papen** betrachtet, dann läßt sich folgendes feststellen: Von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten war das Bestreben sämtlicher Parteien darauf gerichtet, die Nationalsozialisten zu unterdrücken, zu zerschlagen. Die **bürgerliche Mitte** suchte dies Ziel mit parlamentarischen Mitteln zu erreichen, durch vergebliche Sammelbestrebungen, die den Nationalsozialisten ihre Wähler wegnehmen sollten. **Das Zentrum** versuchte sich gewalttätiger, landesverräterischer Mittel zu bedienen, um die Regierung, die sie als Ausführungsorgan der Nationalsozialisten betrachtete, zu stürzen und damit den Nationalsozialisten einen Schlag zu versetzen; die **Sozialdemokratie und Eiserne Front** zauderte stellenweise noch, von Worten zu Taten gegen die Nationalsozialisten vorzugehen, während **die Kommunisten** einen verbissenen und blutigen Bürgerkrieg gegen die Nationalsozialisten führten. Vier feindliche Heere, getrennt gegen die Nationalsozialistische Partei anstürmend.

**Stellung, Ziele und Pläne
der Nationalsozialisten**

Die Nationalsozialisten hielten dem vierfachen Sturme stand. Die Landtagswahlen in Oldenburg am 29. Mai, in Mecklenburg am 15. Juni und in Hessen am 19. Juni zeigten weiteres Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen. Hatten die Anhänger Hitlers zwar in den beiden erstgenannten Ländern die absolute Mehrheit erhalten, so fielen ihnen in dem neuen Hessischen Landtag von 70 Mandaten nur 32 zu. Für die Nationalsozialisten aber kam es darauf an, so stark zu werden, daß sie allein eine Regierung bilden konnten. Das seit 1917 befolgte Koalitionsprinzip, wo sich der eine auf den andern verließ, lehnten sie ab.

In einigen kleinen deutschen Ländern gelang es den Nationalsozialisten, die Regierung zu übernehmen. In Thüringen wurde Anfang 1930 Dr. Frick der erste nationalsozialistische Minister

in Deutschland überhaupt. Aber schon im Frühjahr 1931 mußte er sein Amt niederlegen. Dagegen vermochte sich **in Braunschweig** das nationalsozialistische Ministerium zusammen mit dem deutschnationalen zu behaupten. **In Anhalt** wurde im Mai 1932 der erste nationalsozialistische Ministerpräsident Deutschlands gewählt, Dr. Freyberg. Ein deutschnationaler Minister stand ihm zur Seite. **In Oldenburg** kam kurz darauf die erste rein nationalsozialistische Regierung zustande unter dem Ministerpräsidenten Röver. **Mecklenburg-Schwerin** folgte. In Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen waren die Nationalsozialisten nicht stark genug, mit den Deutschnationalen zusammen oder allein neue Regierungen zu bilden, aber ihr Vorhandensein bedeutete eine starke Lähmung der demokratischen Koalitionsregierungen.

Durch zweierlei vermochten die Nationalisten sich die Zuneigung weitester Volkskreise zu erwerben: durch **Sparsamkeit und Zucht**. Beides war in Braunschweig wie in Anhalt wie in der von dem nationalsozialistischen Bürgermeister Schwede geleiteten Stadt Koburg zu finden. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft war der Staat oder die Gemeinde nicht mehr die Futterkrippe, die billige Verdienstmöglichkeit wie für die Materialisten der Koalitionsperiode. Die Jahresgehälter der Minister wurden auf 12 000 Mark festgesetzt, das war die Hälfte der bisherigen Gehälter. Die Bezüge der höheren Beamten und Oberbürgermeister wurden entsprechend gesenkt, denn es war eine unmögliche Sache, daß ein Oberbürgermeister eine höhere Einnahme hatte als der Minister seines Landes. Die Aufwandsentschädigungen der Bürgermeister wurden völlig gestrichen, ihre Aufsichtsratsantienmen mußten sie restlos an die Kassen der Gemeinden oder des Staates abführen. So bestimmte es eine Notverordnung im Staate Anhalt.

Daneben sahen die nationalsozialistischen Minister auf **Zucht und Sauberkeit**. Minister Klagges in Braunschweig entthob den Rektor der Technischen Hochschule in Braunschweig, Prof. Schmitz, seines Amtes, weil er in eigennützigter Weise Beziehungen zu Rußland unterhielt und in den Arbeitsräumen der Hochschule Konstruktionen für dieses Land anfertigte. Klagges verfügte außerdem die Auflösung der weltlichen Sammelklassen. Auch **in Anhalt ging von nationalsozialistischer Seite aus im Landtag ein Antrag durch, der die Bekämpfung der Gottlosigkeit forderte**. Ein nationalsozialistischer Antrag im preußischen Landtag, der die Aufhebung der weltlichen Schulen forderte, ging zwar nicht durch, da außer den Deutschnationalen sämtliche Parteien dagegen stimmten.

Ihre Hauptsorge aber wandten die Nationalsozialisten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu. Der Bürgermeister Schwede in Koburg hatte bereits sehr glückliche Versuche gemacht, die zum großen Teil auf der militärischen Kasernierung der Arbeitslosen beruhten. Um ein Bild von dieser praktischen Innenpolitik der Nationalsozialisten zu geben, sei der Bericht einer Zeitung über die Koburger Zustände hierher gesetzt. Es heißt darin, Mitte Juni 1932:

Seit dem Januar 1932 besteht in Koburg für alle Wohlfahrtserwerbslosen die Arbeitsdienstpflicht, die jedesmal ein halbes Jahr läuft. Die Wohlfahrtserwerbslosen sind dabei in zwei Gruppen eingeteilt, die Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren sind in einem Arbeitslager untergebracht, die Wohlfahrtsempfänger über 25 Jahre wohnen auch weiterhin bei ihrer Familie.

Das Arbeitslager Wüstenahorn liegt mitten im Wald, die Unterkunftsräume sind peinlich sauber gehalten, jeder hat seinen eigenen Schrank, sein eigenes Bett usw. Die Verpflegung ist außerordentlich gut. Morgens gibt es Kaffee mit Brot, Butter und Marmelade, mittags wird gemeinsam in dem 5 Minuten entfernten Dorf eine kräftige Mahlzeit eingenommen, am Abend wird dann wieder ein kräftiges Essen verteilt, außerdem gibt es noch die üblichen Zwischenmahlzeiten.

An Arbeiten werden ausgeführt Meliorationen, Straßenbau und Arbeiten im Steinbruch, für den Sommer sind Arbeiten auf den benachbarten Bauerngütern vorgesehen. Die Arbeitswoche umfaßt 5 Tage zu je 7 Stunden. Als Stundenlohn werden 61 Pfennig gezahlt. Pro Tag kommt 1,30 Mark in Abzug für Unterkunft, Verpflegung, Heizung, Licht und Wäsche. Außerdem wird von diesem Geld noch ein einmaliger Theaterbesuch in Koburg und ein Bad

pro Woche bezahlt. Von dem Lohn werden täglich 50 Pfennig zur freien Verfügung ausgezahlt, der übrige Lohn wird auf Sparkonto der Städt. Sparkasse überwiesen. Wenn jemand nun dringende Anschaffungen nachweisen kann, so kann ein Einkauf in deutschen Geschäften erfolgen, die Bezahlung erfolgt dann durch Überweisung. Außerdem können bedürftige Familienangehörige von diesem Geld unterstützt und evtl. Schulden bezahlt werden. Das übrige Geld bekommen die Erwerbslosen nach Beendigung ihrer Arbeitsdienstpflicht ausgezahlt, so daß sie dann wieder finanziell einen festen Boden unter den Füßen haben. Die nicht im Lager zusammengezogenen Erwerbslosen über 25 Jahre erhalten ihren Arbeitslohn natürlich voll ausgezahlt.

Nach Beendigung der Arbeitsdienstpflicht fallen die Wohlfahrtserwerbslosen finanziell nicht mehr der Gemeinde zur Last, sie erhalten vielmehr dann wieder ihre Unterstützung aus der staatlichen Arbeitslosenunterstützung.

Finanziell ist die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht für Koburg keine neue Belastung, da die Mittel zur Durchführung der Arbeiten aus dem Bauetat zur Verfügung gestellt werden, außerdem wird bei den einzelnen Arbeiten immer ein Unternehmer dazwischengeschaltet, der die Arbeitsgeräte usw. zur Verfügung zu stellen hat.

Höher aber noch als alle wirtschaftlichen Auswirkungen sind die moralischen dieser durchgeführten Arbeitsdienstpflicht zu bewerten. Die Jugendlichen, die diese Zeit hinter sich haben, haben wieder arbeiten und Disziplin gelernt, sie wissen wieder, daß sie nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft sind und haben das Vertrauen zu sich selbst wieder gewonnen.

Der Erfolg wird überall in Koburg anerkannt, auch von kommunistischen und sozialdemokratischen Eltern. Natürlich wenden sich KPD. und SPD. offiziell wutschnaubend dagegen und sprechen und schreiben von "Fronvögten und mittelalterlicher Fronarbeit".

Selbstverständlich herrscht in dem Arbeitslager, in dem Nationalsozialisten neben Kommunisten und Reichsbannerleuten arbeiten, strenge Disziplin. Wie bereits erwähnt, umfaßt die Arbeitswoche 5 Arbeitstage von je 7 Stunden. Täglich gibt es abends von 7 bis 10 Uhr Urlaub, der natürlich auch in einzelnen Fällen verlängert werden kann. Am Freitagnachmittag ist Schluß der Arbeit, der Sonnabend wird mit Ordnungsübungen und Sport ausgefüllt. Am Sonntag werden gemeinsame Wanderungen unternommen, am Ziel treffen die Erwerbslosen dann mit ihren Bräuten oder Familienangehörigen zusammen. Zwei Beweise für die allgemeine Anerkennung des Arbeitslagers: das Lager muß bereits erweitert werden. Der andere Beweis: Ein Reichsbannermann und ein Nationalsozialist flogen aus dem Lager, weil sie sich miteinander geprügelt hatten. Nach zwei Tagen schon kamen beide wieder und baten flehentlich, wieder aufgenommen zu werden. -

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Fachberater Oberst a. D. Konstantin Hierl hatte die Grundzüge des allgemeinen Arbeitsdienstes ausgearbeitet. Es waren folgende: zwischen allgemeine Schulpflicht und wieder einzuführende allgemeine Wehrpflicht wird die allgemeine Arbeitsdienstpflicht eingelegt, die zwei Jahre umfaßt und zwischen dem 17. und 30., am besten zwischen dem 19. und 22. Lebensjahre abgeleistet werden soll. Die Arbeitsdienstpflichtigen sollen kasernenmäßig zusammengefaßt und wie die Wehrmacht streng auf dem Gehorsamsprinzip zusammengehalten werden. Das Heer der Arbeitsdienstpflichtigen soll etwa eine Million Menschen umfassen. Die Sabotage des Arbeitsdienstes muß rücksichtslos mit Zuchthaus bestraft werden. -

Auch in der Steuerpolitik gingen die Nationalsozialisten neue Wege, von denen sie Erleichterung für das Volk ohne Unterschied erhofften. Im preußischen Landtag verlas der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Freisler unter wiederholtem, stürmischem Beifall seiner Fraktion und lärmenden Zurufen der Linken einen umfassenden Antrag auf Besteuerung der hohen und höchsten Einkommen und zahlreicher anderer steuerlichen Maßnahmen. Er forderte die sofortige Beratung dieses Antrages, damit an Stelle des demagogischen marxistischen Scheinantrages die Maßnahmen

alsbald durchgeführt werden könnten.

Der Antrag, der die Grundlage für die Aufbauarbeit des Dritten Reiches darstellt, verlangt **zum erstenmal eine wirklich gerechte Besteuerung der Einkommen unter schärfster Heranziehung der Großverdiener**. Die Grenze der Steuerfreiheit soll von 720 auf 2400 Mark erhöht werden. Bei Einkommen bis zu 8000 Mark soll eine Steuer von 8 Prozent, statt wie bisher von 10 Prozent erhoben werden. Die 12½prozentige Steuer bei Einkommen von 8-12 000 Mark bleibt bestehen. Für Einkommen über 12 000 Mark tritt eine Staffelung ein, die mit 20 Prozent beginnt und für Einkommen über 46 000 Mark auf 80 Prozent ansteigt. Damit wäre eine wirklich gerechte Besteuerung gewährleistet, damit wären insbesondere die Großverdiener und Schieber einmal in gerechter Weise angefaßt, unter Schutz der kleinen Einkommen, die bisher die Hauptlast der Steuer trugen.

Weiterhin sollen die **Gewinne der Kapitalgesellschaften und Großbanken, Trusts und Konzerne** unter Erhöhung der Körperschaftssteuer voll erfaßt werden. Dagegen soll jegliche Kürzung der Rentenbezüge bei Kriegsoffizieren, Sozialrentnern und Erwerbslosen unterbleiben. Die letzte Notverordnung der Reichsregierung von Mitte Juni soll infolgedessen nicht durchgeführt werden.

Das gesamte Vermögen der zugewanderten Ostjuden soll sofort restlos beschlagnahmt werden, und zwar zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung auf Grund eines Gesetzes, das die Nationalsozialisten im Landtag binnen 3 Wochen vorlegen werden. **Das Vermögen sämtlicher Parteibuchbeamten innerhalb Preußens ist sofort sicherzustellen**, damit untersucht werden kann, inwieweit es in Ausbeutung der Amtsstellung zu eigenem Vorteil erworben wurde.

Ähnlich wie den Ostjuden soll es allen im Zusammenhang mit dem Barmat- und Sklarek-Skandal belasteten Persönlichkeiten ergehen. Schließlich werden die preußischen Minister aufgefordert, rückwirkend ab 1. Januar auf den Teil ihres Gehaltes zu verzichten, der 12 000 Mark übersteigt. Endlich soll die Reichsregierung die verabsäumte Erstattung der Lohnsteuer sofort nachholen.

Alle diese Forderungen entsprechen dem Belange des deutschen Volkes. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes gerecht und bieten Handhabe für einen Aufbau eines neuen, finanziell gesunden Staatswesens. -

Dieser von der N.S.D.A.P. eingebrachte umfangreiche Steuerantrag wurde am Sonnabend, dem 25. Juni 1932, vom preußischen Landtag angenommen.

An dieser kurzen Darstellung sieht man, daß die **Regierungsweise der Nationalsozialisten** bereits bestimmte Formen angenommen hatte, die man zusammenfassen kann in dem **fundamentalen Grundsatz ihres Programms "Gemeinnutz vor Eigennutz"**. Der einzelne sollte wieder das dienende Glied der Gemeinschaft sein und alle persönlichen Vorteile, welcher Art sie auch seien, hinter das Wohl des Vaterlandes zurückstellen.

In dieser elementaren Forderung lag der Sinn des Nationalsozialismus. Nach 13 unglücklichen Jahren der Korruption, des Egoismus, des Verrates an der Gemeinschaft wurden von weiten Kreisen des deutschen Volkes die nationalsozialistischen Forderungen geradezu als eine Erlösung begrüßt.

Bei alledem ließ sich der Nationalsozialismus auch sein Recht auf die Straße nicht verkürzen. Nachdem das allgemeine Demonstrationsverbot durch die zweite politische Notverordnung gefallen war, marschierten die braunen Bataillone Tag für Tag und Nacht für Nacht durch die Straßen der Städte, nicht achtend der Angriffe, die gegen sie gerichtet wurden, und sich rücksichtslos verteidigend gegen hinterlistige Überfälle. Das mitteldeutsche S.A.-Treffen, das Anfang Juli 25 000 S.A.-Männer in Dessau vereinigte, der oberbayerische S. A.-Aufmarsch in München, an dem sich 15 000 wohldisziplinierte S.A.-Männer beteiligten, bewiesen die Unerschütterlichkeit und innere Macht der Hitlerbewegung. **Es stand ein neues starkes Heer in Deutschland, erhaben über alle Verunglimpfungen und Herausforderungen wütender und rachsüchtiger Gegner, ein Heer, das der Wille und die Kraft eines Mannes aus dem Boden gestampft hatte und das sich in vielen erbitterten Kämpfen bürgerlichen Krieges bewährt hatte**. Es war das politische Heer des deut-

schen Volkes, das ebenbürtig neben der Waffenmacht, der Reichswehr, stand - ebenbürtig in Manneszucht, Charakterstärke und Mut. -



12. Kapitel: Genf und Lausanne: Abrüstung und Tribute.

Die **zweite Etappe der Abrüstungskonferenz** füllte die Zeit vom 11. April [1932] bis zum Ende dieses Monats aus. In diesen Wochen gerieten die Auffassungen Italiens, Amerikas, Rußlands und Deutschlands in einen kritischen Gegensatz zu derjenigen Frankreichs. Jetzt nämlich trat man ein in die Beratung der prinzipiellen Fragen der Abrüstung, die sich auf fünf Gebiete erstreckten: die Rüstungsherabsetzung als solche, die Entscheidung, wie diese Herabsetzung in bezug auf Mannschaft und Material durchzuführen sei, dann die qualitative Rüstungsverminderung in bezug auf Verbot oder Einschränkung gewisser Waffengattungen, viertens die französische Sicherheitsthese, die ja Ausbau von Artikel 16 der Völkerbundssatzung, die Organisation einer internationalen Streitmacht und die Internationalisierung der Zivilluftfahrt forderte, und schließlich die **deutsche Forderung der Gleichberechtigung, welche die Rüstungsbestimmungen der Friedensverträge als Maßstab für die allgemeine Abrüstung anerkannt wissen wollte**. Jedes einzelne dieser Probleme war mit ungeheurer Spannung geladen, die sich aus dem **gleichsam polaren Gegensatz Deutschlands zu Frankreich** ergab. Denn für Deutschland gipfelte ja der ganze Sinn dieser Abrüstungskonferenz darin, daß es als gleichberechtigte Macht mit den anderen Staaten anerkannt wurde. Was Deutschland verboten worden war, dürfte den anderen nicht erlaubt sein. Deutschland mußte also in Genf dahin kommen, daß durch das abzuschließende allgemeine Abrüstungsabkommen die Abrüstungsbestimmungen des **Versailler Vertrages** entweder außer Kraft gesetzt oder auf sämtliche Staaten ausgedehnt wurden.

**Streit um
Abrüstung**

Bevor die Konferenzteilnehmer sich wieder versammelt hatten, hatte die **italienische Regierung** dem Präsidium eine Denkschrift überreichen lassen, worin noch einmal Grandis Abrüstungsvorschläge zusammengefaßt waren. Darin wurde die Zerstörung der gesamten schweren Artillerie (über 100 mm), der Tanks und Panzerautos, der Linienschiffe (über 10 000 t), der Tauchboote, Flugzeugmutterschiffe, Militärluftschiffe und Bombenflugzeuge gefordert. Ferner sollte die Verwendung von chemischen Waffen, insbesondere auch von Gift- und Tränngasen, verboten sein. Und schließlich sollte die Zivilluftfahrt einer öffentlichen Kontrolle unterstellt werden.

Gleich in der ersten Sitzung, am 11. April 1932, legte der **amerikanische Botschafter Gibson einen neuen Abrüstungsvorschlag seiner Regierung** vor, der sich in manchen Punkten mit dem italienischen Vorschlag deckte. Danach sollten die Hauptangriffswaffen, schwere Artillerie, Tanks und chemische Waffen, abgeschafft werden. Die Staaten sollten sich verpflichten, diese Waffen im Kriegsfall nicht zu benutzen. Gibson begründete seinen Vorschlag sehr geschickt mit dem Hinweis auf das Problem der Sicherheit. Die beste Lösung der Sicherheitsthese sei durch die völlige Abschaffung der schweren Angriffswaffen zu erzielen. Hierin liege auch der erste entscheidende Schritt für die allgemeine Abrüstung. Man müßte den Defensivwaffen und Festungen die Überlegenheit über die Angriffswaffen geben.

Die amerikanische Formulierung: "Sicherheit ist gleichbedeutend mit Abschaffung der schweren Angriffswaffen" sollte zur **Entkräftung der französischen Sicherheitseinwendungen** dienen. So kam es, daß der deutsche Botschafter Nadolny sich auf die Seite des Amerikaners stellte, der Franzose Tardieu aber Widerspruch erhob. Nadolny erklärte, daß ein befriedigendes Ergebnis der Konferenz zwar niemals in einer Abgrenzung, sondern nur in einer entscheidenden Herabsetzung der Rüstungen erblickt werden könne. Das sei auch der eindeutige Sinn des Artikels 8 des Völkerbundespaktes. Deutschland stimme vollkommen mit dem amerikanischen und italienischen Vorschläge überein, in der Voraussetzung, daß der amerikanische Vorschlag nur einen ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung bedeute. Wenn er aber das einzige Ergebnis der Konferenz sein würde, so dürfte die Welt mit Recht über eine derartige Lösung unzufrieden sein. **Deutschland verlange mehr als**

lediglich die Abschaffung der Angriffswaffen: es verlange seine Gleichberechtigung!

Tardieu protestierte sofort, indem er die **Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen** vermißte, und begründete in einer Rede des folgenden Tages die **unbedingte Notwendigkeit der Kontroll- und Sanktionsforderung**. Hauptaufgabe der Konferenz könne nicht die Abschaffung der Waffen, sondern nur die Organisation des Friedens sein. Und dann wiederholte Tardieu die französische Forderung, eine **internationale Waffenmacht zum Kampfe gegen den Angreifer** zu schaffen.

Aber da trat sogleich der **Russe Litwinow** mit seinen Forderungen hervor, der eine **wesentliche Herabsetzung der Heeresstärken und die völlige Abschaffung aller schweren Angriffswaffen verlangte**. Die bereits nach den internationalen Verträgen entwaffneten Staaten sollen von der Herabsetzung der Rüstungen unberührt bleiben, der Grundsatz der **Rechtsgleichheit für alle Staaten** solle verkündet werden; er müsse zu einem vollständigen Verzicht auf alle militärischen Bündnisse und Militärabkommen führen.

Und dann verteidigte **Grandi** sehr energisch die italienischen, amerikanischen und russischen Vorschläge und entgegnete Tardieu, wenn die Abrüstungskonferenz von vornherein vom bösen Willen ausgehe, so breche damit das gesamte Gebäude der Sicherheit, des Friedens und des Vertrauens von selbst zusammen, auf dem nicht nur die internationale Zusammenarbeit, sondern auch die Gemeinschaft der Völker beruhe.



Italienischer Außenminister Grandi spricht vor der Abrüstungskonferenz in Genf. [Photo Scherl?]

Frankreichs Aussichten waren um die Mitte des April nicht sehr hoffnungsvoll. Nun trafen auch noch der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, und der deutsche Reichskanzler Brüning in Genf ein, um in die Verhandlungen einzugreifen. Allerdings tauchte jetzt ein günstiges Moment für Frankreich auf, denn Stimson gab eine Presseerklärung ab, wonach Amerika nur in die Flottenabrüstungsfrage eingreifen wolle, dagegen die Landabrüstungsfrage abwartender Weise lediglich als Beobachter verfolge und ihre eigentliche Lösung den europäischen Staaten überlassen wolle. Damit schien zunächst einmal der amerikanische Druck von Frankreich genommen zu sein.

Als jedoch die Abrüstungskonferenz am 18. April ihre **erste praktische Entschließung** faßte, da stellte sich doch heraus, daß Amerika keineswegs und unbedingt hinter Frankreich stand. Die Entschließung hatte den Wortlaut:

"Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz vertritt die Auffassung, daß die Herabsetzung der Rüstungen, so wie sie im Artikel 8 des Völkerbundspaktes vorgesehen ist, fortschreitend durch aufeinanderfolgende Revisionen in geeigneten Zwischenräumen durchgeführt ist, nachdem die Konferenz den ersten entscheidenden Abschnitt einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen auf das mindestmögliche Maß verwirklicht hat."

Natürlich war auch diese beschlossene Abrüstung in Abschnitten eine rein theoretische und durchaus ungenügende Sache, und den Vertretern Deutschlands und Italiens ging allmählich die Geduld aus. Sie ließen schon durchblicken, daß sie aus dem Völkerbund austreten würden, wenn keine Einigung über die Abrüstung erzielt werden könne. Indessen versuchte Frankreich wacker auch weiterhin die Konferenz zu sabotieren. **Die französische Regierung übermittelte eine Denkschrift, welche die internationale Kontrolle der Verkehrsluftfahrt forderte und verlangte, daß die Verwendung von Luftschiffen keineswegs mehr den Staaten überlassen sein sollte, sondern allein durch den Völkerbund erfolgen dürfe!**

**Frankreichs
Widerstand**

Doch die zähen und unverdrossenen Widerstände Deutschlands und Italiens führten allmählich zu einer **fühlbaren Isolierung Frankreichs**. Immer wieder erhob Nadolny die erste Mindestforderung Deutschlands: **Abschaffung der schweren Angriffswaffen**. Frankreich war in die Defensive gedrängt, und seine Forderung: Internationalisierung der schweren Angriffswaffen hatte schon gegenüber der deutsch-italienisch-russischen Forderung des Verbots stark an Kraft eingebüßt. Der **englische Außenminister Sir John Simons** brachte schließlich einen Antrag ein, worin Verbot oder Beschränkung gewisser Waffenarten gefordert wurde. Aber der Widerstand der Franzosen gegen die qualitative Rüstungsbeschränkung war allzu heftig, so daß Simons seinen eigenen Antrag abschwächte, indem er den französischen Wünschen entgegenkam. Der Engländer spielte eine unglückselige Vermittlungsrolle, wenn er erklärte, die Abschaffung gewisser Waffengattungen schalte keineswegs die Möglichkeit einer Internationalisierung von Streitkräften aus; so sprach er sich ja indirekt zugunsten des französischen Vorschlages aus, der die Schaffung einer Völkerbundsarmee in Erwägung zog. **Immerhin bezeichnete Simons, wie auch Grandi und Nadolny, die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages als vorbildlich für die allgemeine Abrüstung, wodurch sie die Gleichberechtigung Deutschlands grundsätzlich anerkannten.**

Die Verhandlungen wurden immer verwickelter, da das Problem der Abschaffung der Angriffswaffen und der Herabsetzung der Rüstungen immer neue Variationen erfuhr. Der **Amerikaner Stimson** griff das Prinzip des englischen Kompromisses auf und entwickelte von sich aus einen neuen Vorschlag. Danach sollten in Zukunft die Staaten nur über Armeen verfügen dürfen, die, entsprechend dem deutschen Beispiel, der Verteidigung der Grenzen und der Ordnung im Innern dienen. Frankreich würde danach ein Heer von 380 000 Mann behalten. Sämtliche Mächte sollten auf der Abrüstungskonferenz den Stand ihrer gegenwärtigen Rüstungen prüfen und begründen, jedoch dürfen künftig die Sicherheitslage eines jeden Landes und die geographischen Bedingungen lediglich unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung und der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung für den Rüstungsstand maßgebend sein.

Dieser Vorschlag fand den Beifall der Mehrheit. Aber Frankreich wehrte sich hartnäckig und verzweifelt. Es schickte jetzt den **Rumänen Titulescu vor, der verlangte, für jede Waffengattung zu bestimmen, welches Angriffswaffen seien und welches die beste Methode zur Abschaffung oder Beschränkung dieser Waffen sei.** Hinter diesem Antrag standen außerdem Bolivien, Chile, Kolumbien, Kuba, Guatemala, Venezuela, Paraguay, Uruguay, Südslawien, Tschechoslowakei, Polen und Persien. Gegen Frankreich aber standen die Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Italien und Rußland. Voll Unmut empfand man in Paris, daß man geraden Weges in die Isolierung hineinsteuerte. Stimson, Macdonald, Brüning, Grandi und Litwinow setzten Tardieu heftig zu.

Jedoch auf der Abrüstungskonferenz wechselten die Stimmungen wie das Aprilwetter. Waren Frankreichs Pläne am 21. April so gut wie erledigt, so kam ihnen **England** am 22. April, nach einem Frühstück Macdonalds und Tardieus, wieder weitgehend entgegen. Der englische Außen-

minister Simons gab seinem Vorschlag jetzt die endgültige Formulierung: **Die Abrüstungskonferenz nimmt den Grundsatz der qualitativen Abrüstung an, d. h. der Besitz oder Gebrauch bestimmter Rüstungskategorien wird entweder für alle Staaten verboten oder diese Waffen werden durch ein internationales Abkommen internationalisiert.**

Diese englische Formulierung hob das bisher vorgesehene absolute und uneingeschränkte Verbot aller Angriffswaffen auf und ließ als gleichberechtigte Maßnahme die von Frankreich geforderte Internationalisierung der schweren Angriffswaffen zu. Auf diese Weise, meinte Simons, wäre die Möglichkeit gegeben, auch die französischen Vorschläge durchzuberaten. Die Delegierten, auch der deutsche Vertreter Nadolny, stimmten dem Kompromiß zu. **Nadolny erklärte aber, die qualitative Abrüstung werde nicht durch Internationalisierung, sondern durch Vernichtung der schweren Angriffswaffen erreicht.** Nur der sowjetrussische Außenminister Litwinow widersprach dem Kompromiß, dessen wahren Charakter er einen Vertagungsbeschluß nannte. -

Der **starke kontinentale Gegensatz** in Genf: **Frankreich gegen Deutschland, Italien und Rußland** und die **unklare Haltung Englands** hatte eine Atmosphäre der Disharmonie und des Mißtrauens geschaffen. Frankreich hatte verzweifelt um die Anerkennung seiner Internationalisierungsthese gekämpft und war jetzt froh, wenigstens den Kompromiß vom 22. April errungen zu haben. Man stand wieder einmal vor dem Entschluß, die Konferenz zu unterbrechen bis Mitte Mai, wenn die französischen Wahlen vorüber waren. **Alle Welt sah jetzt ganz deutlich, daß die schwerste Aufgabe der Konferenz darin bestehen würde, den Gegensatz zwischen deutscher Gleichberechtigung und französischer Sicherheit zu überwinden;** trotzdem Frankreich bereits stark isoliert war, hielten die deutschen Vertreter für eine günstige Lösung der Aufgabe es für nötig, sie erst in Angriff zu nehmen, wenn Frankreichs innerpolitische Entscheidungen gefallen waren. Frankreich hatte erst einmal erreicht, daß die unangenehmen Erörterungen verschoben wurden.

Tardieu reiste nach Paris ab, während Brüning, Stimson und Macdonald am 26. April zu einer Besprechung zusammenkamen. Hier **forderte Brüning die Gleichberechtigung Deutschlands** in der Abrüstungsfrage, und die beiden andern erkannten an, daß die Frage der Gleichberechtigung eine grundsätzliche Frage des Rechts und der Gerechtigkeit sei. Die Amerikaner, und dann auch die Engländer machten den Erfolg der Konferenz davon abhängig, ob die deutsche und die französische Regierung zu einer Übereinstimmung in den grundsätzlichen Rüstungsfragen gelangten. Nach dem starken nationalen Sieg des 24. April hatte Deutschlands Stimme in Genf ein größeres Gewicht erhalten und Brüning konnte jetzt die Erhöhung der deutschen Reichswehr als deutsche Forderung erheben. Man wurde einig, daß jede Nation ein absolut feststehendes Kontingent erhält, das nach ihren innen- und grenzpolitischen Bedürfnissen errechnet wurde, wobei die Deutschland durch den Versailler Vertrag zustehenden Effektivbestände als Maßstab gelten könnten für das, was ein 64 Millionenvolk brauche. Und hier erklärte nun Brüning mit Entschiedenheit, daß Deutschland im Versailler Vertrag eine zu geringe Truppenstärke erhalten habe, und daß die Reichswehr vergrößert werden müsse. Die Situation hatte sich zu Deutschlands Gunsten verschoben und England und Amerika hofften, daß eine deutsch-französische Übereinkunft, welche den Erfolg der Konferenz sichern sollte, bei einer Aussprache zwischen Brüning und Tardieu, die nach einem Telefongespräch Stimsons mit dem in Paris weilenden Tardieu für den 29. April angesetzt war, erzielt werde.

Aber Tardieu wußte wohl, daß seine Stellung in Genf sich verschlechtert hatte. Seine stolze Siegeszuversicht hatte in den letzten Wochen doch einen harten Stoß erlitten, und jetzt kam es ihm nur noch darauf an, sich noch eine Zeitlang zu behaupten. Deswegen ging er jeder weiteren Auseinandersetzung aus dem Wege, ehe die französischen Wahlen stattgefunden hatten. So reiste er nicht nach Genf, indem er vorgab, daß sein altes Kehlkopfleiden sich verschlimmert habe. Die Engländer und Amerikaner waren sehr verstimmt über diese politische Krankheit Tardieus, aber sie konnten nicht verhindern, daß die Abrüstungskonferenz wieder einmal für drei Wochen auf dem toten Punkt angekommen war. Inzwischen zerbrachen sich die technischen Ausschüsse die Köpfe darüber, welche Waffen als Angriffswaffen zu betrachten seien; denn dies galt es vor allem erst einmal festzustellen, weil Frankreich das wollte.

**Ausweichen
Tardieus**

Als die zweite Periode der Abrüstungskonferenz Ende April abgeschlossen wurde, war Frankreichs Stellung gewiß stark erschüttert. In zwei Punkten hatte man die französischen Forderungen zurückgewiesen: **man hatte der Internationalisierung der schweren Angriffswaffen, wie sie für Frankreich nur in Frage kam, ihre völlige Abschaffung als gleichberechtigt zur Seite gestellt und man hielt nach der Norm der deutschen Abrüstung in Versailles die Abrüstung der anderen Staaten für möglich und nötig.** Als nun gar Tardieu der Einladung Stimsons nicht folgte, drohte die Isolierung Frankreichs vollkommen zu werden. Macdonald, der über Tardieus Fernbleiben sehr enttäuscht und unmutig war, rückte jetzt auch von seinem bisher vermittelnden Standpunkte ab und trat mit Entschlossenheit auf die Seite der Gegner Frankreichs. Vor seiner Rückreise nach London erklärte er in einer Rede:

"Die Abrüstung kann nur auf Grund einer internationalen Vereinbarung erreicht werden. Das gilt für die Land- und für die Seerüstungen, wo wir noch nicht einig geworden sind. England sieht nicht ein, weshalb es den Leitsatz, 'die Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn die Völker abgerüstet haben', aufgeben sollte. Es ist an einer Polizeimacht des Völkerbundes nicht interessiert, aber es verlangt die Stärkung der Autorität des Bundes durch Verträge und internationale Vereinbarungen. Friede und gleiche Vorteile der Rechte: das ist die englische Forderung."

Am 29. April wurde die Konferenz auf vierzehn Tage ausgesetzt.

Infolge dieser Ereignisse war die **öffentliche Meinung der abrüstungsfreundlichen Völker** nicht sehr hoffnungsfroh. Die konservative Londoner *Morning Post* schrieb Anfang Mai, nach Tardieus Absage seien alle Besprechungen in Genf bisher Luftgespräche geblieben. Das werde nicht dadurch weniger Wahrheit, daß keiner der Staatsmänner seine Niederlage und Tardieus glänzenden Sieg zugeben wollte. Auch Stimson sei von dieser Psychose der einstigen Kriegsfeldherren, aus jeder Niederlage einen siegreichen Rückzug zu machen, nicht freigeblieben. Alles, was bisher erreicht werden konnte, sei höchstens die Tatsache, daß sowohl Brüning, wie Stimson und Macdonald, ohne es zugeben zu wollen, eingesehen haben, daß die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich zurzeit unüberbrückbar seien. Sie würden auch unvereinbar bleiben, wenn ein neues französisches Ministerium an das Ruder kommen sollte. - Und damit sollte die englische Zeitung Recht behalten!

**Öffentliche Meinung
über Genf**

Der holländische *Courant* in Rotterdam meinte, die Verhandlungen würden bestenfalls, wenn sie wieder zustande kämen, sich darauf beschränken, alles Entscheidende auf spätere Zeit zu vertagen. Die soviel gepriesenen persönlichen Ministeraussprachen hätten sich als ein großer Bluff für die den Frieden herbeisehnenden Völker Europas erwiesen. Auch Senator Borah in Amerika äußerte sich recht pessimistisch. Es werde allgemein angenommen, sagte er, daß die Genfer Abrüstung keinen Erfolg haben werde.

In Genf selbst sank von Tag zu Tag die Hoffnung auf den Erfolg. Die englischen und französischen Politiker, die noch dort weilten, bemühten sich, eine Formel zu finden, die Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung befriedigen sollte. **Aber die angestrebte Lösung sollte Deutschland lediglich die theoretische, keineswegs die praktische Gleichberechtigung zuerkennen; sie trug der deutschen sachlichen Forderung auf Gleichberechtigung keine Rechnung, sondern sollte endgültig den Zustand der einseitigen Entwaffnung Deutschlands gegenüber den schwergerüsteten deutschen Nachbarstaaten sanktionieren.** Daß Deutschland dieser Forderung zustimmen würde, das wagte man selbst in Genf nicht zu glauben. In Frankreich machten sich Bestrebungen geltend, eine Vertagung der Konferenz bis in den November 1932 herbeizuführen. Aber diese Bemühungen scheiterten am Widerstande Deutschlands, Englands, Italiens und Amerikas. Gerade aus Amerika überreichte man gegen Ende Mai dem Präsidenten Henderson ein Schreiben, darin der Wunsch ausgedrückt war, die Konferenz ohne Sommerpause ununterbrochen bis zur Erreichung praktischer Ergebnisse durchzuführen; es müßten vor den amerikanischen Präsidentenwahlen im Herbst 1932 unbedingt praktische Ergebnisse erzielt sein; bei einer vorherigen Unterbrechung bestehe die Gefahr, daß der Kongreß für die amerikanische Abordnung in Genf neue Kredite nicht

mehr bewilligen werde.

Die Vollkonferenz war am 18. Mai in Genf wieder zusammengetreten. **Damit war das dritte Stadium erreicht.** Jetzt traten die **Franzosen mit einer rücksichtslosen Brutalität** auf. Hartnäckig sabotierten sie den englisch-amerikanischen Versuch, zu einem allgemeinen Verbot der Angriffswaffen zu gelangen, indem sie gerade die schweren Angriffswaffen als Verteidigungsmittel hinstellten! Schon gleich am ersten Tage kam es zu einem scharfen Zusammenstoß im **Luftfahrt-ausschuß**. Die Deutschen hatten beantragt, die militärischen Luftfahrzeuge als Angriffswaffen zu bezeichnen und ihre völlige Abschaffung zu beschließen. Der Belgier Brouquère lehnte diesen Vorschlag scharf ab, er komme als Verhandlungsgrundlage gar nicht in Frage. Der deutsche Vorschlag werfe die Frage der Gleichberechtigung und der Gleichstellung der Rüstungen auf, die im Ausschuß als eine rein politische Frage nicht behandelt werden könne. Sofort erhob sich der französische Luftfahrtminister Dumesnil und erklärte, daß sich die französische Abordnung voll und ganz auf den Standpunkt Brouquères stelle. **Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages seien eine rein politische Frage, die vom Luftfahrt-ausschuß nicht behandelt werden dürfe!**

Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg, verwahrte sich in deutscher Sprache dagegen, daß es sich um eine politische Frage handle. Er verlas sodann die Präambel zum fünften Teil des Versailler Vertrages, worin die Entwaffnung Deutschlands als der erste Schritt zur allgemeinen Abrüstung erklärt wird, und betonte, daß der Angriffscharakter der Militärluftschiffahrt deutlich aus der **Antwortnote der alliierten und assoziierten Mächte an die deutsche Regierung vom 16. Juni 1919** hervorgehe, worin die Abschaffung der deutschen Militärluftfahrt damit begründet wurde, daß hierdurch alle **kriegerischen Angriffsmöglichkeiten unmöglich gemacht werden sollten**. Diesen deutschen Ausführungen traten sogleich die Vertreter Sowjetrußlands, Hollands und Ungarns bei.

Jedoch der Vorsitzende des Luftfahrt-ausschusses, der Spanier Madariaga, schloß sich der französischen Auffassung an, wie ja denn die neuspanische Republik sich völlig als Trabant der französischen Politik erwies. Bei der Abstimmung ergab es sich dann, daß der deutsche Antrag auf ein völliges Verbot der gesamten militärischen Luftfahrt mit 22 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Für den deutschen Antrag hatten auch Österreich, Ungarn, Bulgarien, Sowjetrußland, die Türkei und China gestimmt.

Dieser Vorgang im Luftfahrt-ausschuß hatte den Deutschen bewiesen, mit welcher brutaler Gewissenlosigkeit die französische Machtgruppe die Forderung der deutschen Gleichberechtigung ablehnte. Um so beharrlicher bestanden sie auf der Gleichberechtigung und der Abschaffung der Angriffswaffen.

Nachdem es so Deutschland nicht gelungen war, die Abschaffung der Luftwaffe grundsätzlich zu erreichen, versuchte **Frankreich nun im besonderen, den Angriffscharakter bestimmter Flugzeug- und Luftschiffotypen lediglich durch das Leergewicht zu bestimmen.** Dieser Vorschlag hätte zu Folge haben können, daß alle großen Zivilflugzeuge abgeschafft werden müßten, eine Bestimmung, die in erster Linie wieder Deutschland betroffen hätte. Dagegen aber verlangte Italien, daß auch die Motorenstärke und die Tragflächen als Bestimmungsmerkmale hinzugenommen werden sollten. Hinter der französischen Staatengruppe standen diesmal auch England, Holland und die Vereinigten Staaten, während der italienische Antrag nur von Deutschland und Sowjetrußland unterstützt wurde. Diesmal aber erhielt der französische Antrag nur 18, der italienische jedoch 19 Stimmen.

Die gleiche Verbissenheit legte Frankreich im **Heeres-ausschuß** an den Tag. Die Franzosen waren unter keinen Umständen bereit, auf die schweren Angriffswaffen zu verzichten. General Aubert erklärte am 19. Mai im schroffen Widerspruch zu der grundsätzlichen Entschließung des Hauptausschusses, daß eine Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen überhaupt nicht möglich sei. Das Verbot der Angriffswaffen sei zwecklos, da ein zum Angriff übergehender Staat sich niemals an irgendein Waffenverbot halten würde. Das Verbot würde lediglich die Staaten tref-

fen, die heute über die schweren Angriffswaffen verfügten, aber nicht diejenigen Staaten ohne derartige militärische Mittel. Dann führte Aubert sein gewichtigstes Argument vor: **Das Verbot der Angriffswaffen würde vor allem die bestehenden Sicherheitsverhältnisse vollständig umstoßen und einen Zustand vollständiger Ungewißheit schaffen. Die französische Regierung werde niemals einer derartigen Regelung zustimmen.**

Die Vertreter der anderen Staaten waren von dieser schroffen und hartnäckigen Erklärung außerordentlich peinlich berührt, aber sie waren nicht in der Lage, den Widerstand der französischen Machtgruppe zu brechen. Diese wich jeder Bestimmung der Angriffswaffen und jeder Feststellung der Geschützkaliber mit Angriffscharakter aus und versuchte, fast die gesamte schwere Artillerie nicht als Angriffswaffe, sondern als Verteidigungsmittel zu erklären. Demgegenüber versuchte die deutsche Abordnung gemeinsam mit den übrigen abgerüsteten Staaten, der Türkei und Sowjetrußland, nachdrücklichst entsprechend dem Versailler Vertrag den Angriffscharakter der gesamten schweren Artillerie festzulegen. Doch welcher Staat, der über diese kostbaren kriegerischen Machtmittel verfügte, hatte ein Interesse daran, sich von ihnen zu trennen? So war denn die Vermittlungsrolle einer dritten Staatengruppe, bestehend aus England, Italien, Holland, Schweden und einer Reihe kleinerer Staaten recht matt gespielt. **Das Ergebnis der Verhandlungen war denn auch völlige Ergebnislosigkeit, die am 23. Mai in einer Entschließung niedergelegt wurde. Diese besagte nämlich, daß man sich über die Bestimmung der Geschütze, die als Angriffswaffen anzusehen seien, nicht geeinigt habe!**

Interessant war nun in dieser Beziehung **das Bekenntnis des französischen Vertreters im Marineausschuß**: Es sei völlig abwegig, zu behaupten, die Verträge von Versailles und Trianon (Ungarn) hätten Deutschland und Ungarn lediglich Angriffswaffen nehmen wollen. Im Gegenteil **habe man Deutschland auch einen Teil seiner reinen Verteidigungsmittel nehmen wollen**, denn jedermann wisse, daß z. B. die Rheinbefestigungen geschleift wurden, die doch ausschließlich nur Verteidigungszwecken dienen konnten. Darauf erhob sich der deutsche Admiral von Freyberg und sagte, er nehme mit Interesse von der Erklärung des französischen Vertreters Kenntnis, daß der Versailler Vertrag Deutschland nicht nur die Angriffsmittel, sondern auch Waffen mit reinem Verteidigungscharakter genommen habe. **Durch die beharrliche deutsche Forderung nach Gleichberechtigung und Abschaffung der Angriffswaffen hatte sich der Franzose zu dieser voreiligen Bemerkung hinreißen lassen!**

Das einzige, wozu sich die Franzosen verstanden, war eine Einigung im chemischen Ausschuß, wo die Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs, Spaniens, Rußlands und Japans gemeinsam im Prinzip die vollständige Abschaffung des bakteriologischen und chemischen Krieges beschlossen. -

Tag um Tag schleppte sich die Konferenz in ihren Gegensätzen hin, und die ganze Abrüstungsfrage war allmählich auf das Niveau eines wesenlosen Blendwerkes herabgesunken. Im **Luftausschuß** hatten die Franzosen die Verhandlungen an sich gerissen, und der Schlußbericht, den dieser Ausschuß am 7. Juni gab, war ganz auf **die französischen Vorschläge aufgebaut, wonach Militärflugzeuge keine Angriffswaffen seien und somit nicht von den Abrüstungsmaßnahmen erfaßt würden**. Hiergegen protestierte sehr scharf der italienische General Piccio, dieser französische Vorschlag führe nicht zur Abrüstung, sondern zur Aufrüstung. Die Vertreter von Deutschland und Sowjetrußland erklärten sich mit Italien solidarisch. Doch wurde bei der Abstimmung dieser franzosenfreundliche Bericht mit 23 gegen 11 Stimmen angenommen, während vier Länder Stimmenthaltung übten. Daraufhin lehnten die Vertreter Deutschlands, Italiens und Sowjetrußlands ihre weitere Mitarbeit am Generalbericht ab. Der Luftfahrt Ausschuß hatte also seine Arbeiten über die qualitative Abrüstung ebenfalls ergebnislos abgeschlossen.

**Ergebnislosigkeit
der Ausschüsse**

Auch im **Landausschuß** ging der Streit hin und her, ohne daß ein Ergebnis erzielt wurde. Anfang Juni hatte der Vertreter Deutschlands, von Weizsäcker, einen Fragebogen vorgelegt, wodurch die Offensivkraft der Festungen und befestigten Plätze ermittelt werden sollte. Es war Deutschlands Bestreben, Festungen als Angriffsmittel zu kennzeichnen und so ihre Abschaffung zu erzwingen,

wie man das ja in Versailles mit Deutschland getan hatte. Aber davon wollte Frankreich nichts hören, und zur Verwunderung vieler Delegierter erklärte der englische Vertreter, daß England an diesem Fragenkomplex kein Interesse habe und zur Zurückziehung des deutschen Vorschlages plädiere, zumal kein Mensch wissen könne, ob nicht die Deutschen inzwischen Apparate erfunden hätten, die auch die neuen Festungen zu brechen vermöchten! Das Ergebnis war, daß die Aussprache über den Offensivcharakter der Festungen zurückgestellt wurde.

Anfang Juni legten die drei Kommissionen für Land-, See- und Luftabrüstung der Generalkommission ihre Berichte vor über ihre Ergebnisse, die sie bei der Feststellung der Angriffswaffen gewonnen hatten. Die Ergebnisse waren gänzlich negativ, denn die Kommissionen konnten nur feststellen, daß sie über den Charakter der Angriffswaffen keine Einigung erzielt hätten! -

Nun weilte der **Engländer Macdonald** auf seiner Reise zur Tributkonferenz in Lausanne vom 10.-13. Juni in Paris und **versuchte Herriot, den neuen französischen Ministerpräsidenten, zu einem Kompromiß in der Abrüstungsfrage durch ihre Verquickung mit der Tributfrage** zu bewegen. Bisher hatten die Franzosen die Lösung der Abrüstungsfrage von der Lösung der Sicherheitsfrage abhängig gemacht, und daran waren alle Abrüstungsvorschläge gescheitert. Jetzt wollte Macdonald die Lösung der Tributfrage von einer gleichzeitigen Behandlung der Sicherheitsfrage abhängig machen. Man hatte folgenden Plan eines Gesamtergebnisses für die Abrüstungskonferenz: Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Verbot der Bombenflugzeuge und der großen Geschütze und Abschluß eines politischen Sicherheitsabkommens. Das war der verzweifelte Versuch Macdonalds, die Abrüstungskonferenz nicht ganz und gar ohne Ergebnis verlaufen zu lassen! Er verfolgte dabei die Absicht, daß, wenn Frankreich ernstlich diesen Vorschlag annehme, es gelingen würde, Deutschland zum Verzicht auf die Gleichberechtigung zu bewegen. Indem man Deutschland in Lausanne entgegenkam, wollte man es zwingen, in Genf auf seine Forderungen zu verzichten. So wollten England und Frankreich auf ihre Weise eine Verbindung zwischen dem Problem der Tribute und dem der Abrüstung herstellen. - Aber es war ein fauler Kompromiß, imstande, die Krankheit zu verlängern, statt zu bannen.

**Französisch-
englische
Pläne**

In Genf ging der Streit inzwischen weiter. Der Vertreter Frankreichs erklärte:

Die französische Regierung sei der Ansicht, daß Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung nicht vor die Abrüstungskonferenz gehöre, sondern als eine Teilrevision des Versailler Vertrages eine Angelegenheit der Signatarmächte dieses Vertrages sei. Hiergegen erhob sich der Widerspruch der deutsch-italienisch-russischen Abrüstungsfront. Frankreich versuchte jetzt ein Ablenkungsmanöver. Plötzlich wurde am 14. Juni der Luftfahrtausschuß, der seine Tätigkeit bereits ohne Ergebnis beendet hatte, ebenso wie die andern technischen Ausschüsse zusammengerufen, um über die französischen Vorschläge, die Internationalisierung der Zivilluftfahrt betreffend, zu verhandeln!

Genf war völlig überrascht, und die Delegierten meinten, daß die leitenden Konferenzkreise nach dem völligen Mißerfolg der Verhandlungen auf den großen Gebieten der Abrüstungsfrage nunmehr die Frage der Internationalisierung der Zivilluftfahrt in den Vordergrund rücken wollten, um die hierbei zu erwartenden großen Gegensätze und Schwierigkeiten als einen Vorwand für einen ergebnislosen Verlauf der Abrüstungskonferenz vorzuschieben. -

So erschöpfte sich das Narrenspiel der Abrüstungskonferenz im ewigen, unfruchtbaren Hin und Her. Schließlich wußte man überhaupt nicht mehr, was Angriffs- und Verteidigungswaffen waren, und die unbefangenen Beobachter zogen die Schlußfolgerung, daß die Waffenverbote des Versailler Vertrages völliger Unsinn seien. Das bereitete den Amerikanern großen Ärger. Der amerikanische Botschafter Gibson wies darauf hin, daß die Genfer Verhandlungen einen kritischen Charakter angenommen hätten. Aus einer Konferenz, deren Dauer ursprünglich auf zwei Monate berechnet war, sei eine solche von unabsehbarer Dauer geworden. Man sehe doch ein, daß man mit der bisherigen Weise nicht weiter komme, und daß neue Methoden der Verhandlung gefunden

werden müßten!

Aber gerade dies war nicht so einfach. In tagelangen geheimen Besprechungen bemühte sich Gibson, mit Frankreich und England einig zu werden, vor allem in den Fragen der Abrüstungskontrolle, der qualitativen Abrüstung und des Ersatzes der Linienschiffe. Die Stellung des Amerikaners war noch dadurch erschwert, daß die Engländer und Franzosen eine Verknüpfung der Reparations- und Abrüstungsfrage erdachten hatten, wodurch alle Bemühungen Deutschlands, Rußlands, Italiens und Amerikas illusorisch gemacht wurden. Auf ganz besondere Schwierigkeiten jedoch stieß der **amerikanische Vorschlag, das französische Landheer herabzusetzen**. Diesen Vorschlag wiederholte Gibson noch einmal am 19. Juni in energischer Form, indem er drohte, daß Amerika bei einem Mißerfolg der Abrüstungskonferenz seine Vertreter von der Lausanner und Genfer Konferenz zurückrufen werde. Nichts fruchtete, Frankreich verblieb hartnäckig bei schärfstem Widerspruch. Dann versuchte England die Hartnäckigkeit des Franzosen Paul Boncour zu erweichen. England verfolgte bei seiner Frankreich gegenüber nachgiebigen Haltung das folgende Ziel: Die Franzosen sollen der Abschaffung der schweren Geschütze, der Bombenflugzeuge, der Gas- und chemischen Waffen zustimmen **dafür, daß Deutschland auf sein Recht aus dem Versailler Vertrag verzichtet, gleiche Abrüstung aller zu verlangen. Außerdem soll Deutschland sich politisch binden und auf jede Revision seiner Grenzen von 1920 verzichten. Schließlich soll die Tributfrage dahin gelöst werden, daß Deutschland an Frankreich eine Abschlußzahlung leiste, durch Aushändigung von Reichsbahnbonds, wodurch Frankreich einen weitgehenden Einfluß auf die deutsche Reichsbahn erhalten würde**. Es war etwa das, was man in Umrissen in Paris besprochen hatte. Aber all dies genügte nicht den unersättlichen Franzosen. Man kam zu keinem Ergebnis, und Henderson setzte, nachdem man Tag für Tag nutzlos gestritten hatte, am Abend des 21. Juni 1932 den Zusammentritt des Hauptausschusses für Anfang Juli fest.

**Hoovers
Vorschlag**

Doch da ereignete sich etwas Unerwartetes. In den Vormittagsstunden des folgenden Tages telephonierte Gibson lange mit dem Präsidenten Hoover, und empfing einen Auftrag, der ihn bewog, sofort Henderson, den Präsidenten des Abrüstungskongresses, um die unverzügliche Einberufung des Hauptausschusses zu bitten. Die Delegierten versammelten sich um vier Uhr und vernahmen bei atemloser Stille von Henderson, **daß die amerikanische Regierung eine neue Initiative** ergriffen hätte; darauf verlas Gibson die Erklärung Hoovers, die folgenden Wortlaut hatte:

"Es ist meine größte Hoffnung, daß diese Veröffentlichung eines Abrüstungsprogramms einen Appell an alle Völker darstellt und zu einer vertieften allgemeinen Prüfung des Problems und zu einer öffentlichen Erklärung führen wird, die einen wesentlichen Beitrag für das allgemeine Programm der Abrüstungskonferenz darstellt."

Gibson verliest sodann die Instruktionen, die der Präsident Hoover der amerikanischen Delegation am Mittwoch, dem 22. Juni, 4.30 Uhr früh, übermittelt hat. Diese Instruktionen haben im wesentlichen folgenden Inhalt:

"Die Stunde hat jetzt geschlagen, um endlich alle Einzelerörterungen zu beenden und ein bestimmtes großzügiges Verfahren für die Verringerung der Rüstungslasten anzunehmen, die heute so schwer auf den Arbeitern aller Völker lasten. Dieses Programm würde der ganzen Welt eine wirtschaftliche Belebung bringen und die Möglichkeit geben, die Furcht und alle die Mißverständnisse zu überwinden, die sich aus den Rüstungen ergeben und die das Vertrauen der Völker ersticken. Dieses Programm würde für eine Periode von 10 Jahren mindestens eine Ersparnis von 10 Milliarden Dollar zur Folge haben.

Die amerikanische Regierung schlägt folgende fünf Grundsätze vor, die für die weitere Behandlung des Abrüstungsproblems bestimmend sein sollen:

1. Der Wert des Briand-Kellog-Paktes besteht in der Tatsache, daß die Staaten übereingekommen sind, ihre Waffen lediglich für die nationale Verteidigung zu verwenden.
2. Es muß zu der Herabsetzung der Rüstungen nicht nur durch die Herabsetzung des

Rüstungsstandes, sondern auch durch die Erhöhung der Kräfte der nationalen Verteidigung durch Verminderung der Angriffswaffen geschritten werden.

3. Die Rüstungen stehen in gegenseitigem Verhältnis zueinander: Es muß daher ein Ausgleich bei der Herabsetzung der Rüstungen angestellt werden.

4. Die Herabsetzung der Rüstungen muß konkret und vorsichtig sein und muß zu einer wahrhaften wirtschaftlichen Erleichterung führen.

5. Die Land-, Luft- und Seerüstungen stellen die drei großen zu behandelnden Fragen dar. Sie hängen voneinander gegenseitig ab und können nicht voneinander getrennt werden.

Ausgehend von diesen Grundsätzen schlägt die amerikanische Regierung eine Herabsetzung sämtlicher Weltrüstungen um ein Drittel vor.

Auf dem Gebiete der **Landrüstungen** schlägt die amerikanische Regierung die Annahme des bisherigen der Konferenz bereits eingereichten Vorschlages vor, nach dem eine vollständige Abschaffung der Tanks, der chemischen Kriegswaffen und der schweren beweglichen Artillerie erfolgen soll, ferner die Herabsetzung um ein Drittel sämtlicher Landarmeen, die über den Charakter von Polizeikräften hinausgehen.

Die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und der übrigen Friedensverträge haben bereits die Rüstungen Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Bulgariens auf einen Stand heruntergedrückt, der der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung in diesen Ländern entspricht. Auf diese Weise ist Deutschland, das eine Bevölkerung von 65 Millionen Menschen umfaßt, eine Armee von 100 000 Mann gelassen worden.

Die amerikanische Regierung schlägt deshalb vor, daß sämtliche Staaten als Streitkräfte, die den Polizeinotwendigkeiten entsprechen, eine Armee annehmen, die im Verhältnis steht zu den Deutschland und den übrigen Staaten eingeräumten Streitkräften; jedoch finden für die Kolonialmächte gewisse Abänderungen statt, unter Berücksichtigung der Interessen dieser Staaten.

Auf dem Gebiete der **Militärluftfahrt** schlägt die amerikanische Regierung die **vollständige Abschaffung der Bombenflugzeuge** vor. Auf diese Weise würde der Besitz von Flugzeugen, die gegen die Zivilbevölkerung angewandt werden könnten, unmöglich gemacht werden.

Auf dem Gebiete der **Flottenrüstung** schlägt die amerikanische Regierung die **Herabsetzung der Gesamttonnage der Linienschiffe um ein Drittel, der Tonnage der Flugzeugmutterschiffe, der Kreuzer, der Torpedobootszerstörer um ein Viertel und der Tonnage der Unterseeboote um ein Drittel** vor. In keinem Fall soll ein Staat mehr als 35 000 Tonnen Unterseeboote besitzen. Für die fünf Hauptflottenmächte hat der Vertrag von Washington bereits die Grenze für die Linienschiffe und die Flugzeugmutterschiffe festgesetzt. Was die Kreuzer und Torpedobootszerstörer Frankreichs und Italiens betreffe, so werden sie so behandelt, als ob diese Mächte dem Vertrag von Washington beigetreten seien. Die Anwendung dieses Programms würde zu einer außerordentlichen Einschränkung der Ausgaben durch den Neubau von Kriegsschiffen führen.

Die Vorschläge der amerikanischen Regierung sind einfach und direkt. Sie verlangt die Mitwirkung jeder einzelnen Nation. Nichts würde so die Hoffnung der Menschheit wieder beleben, als die Annahme dieses Programms. Es ist ein Wahnsinn für die Welt, noch weiter in ungeheuren militärischen Ausgaben zu verbluten. Die amerikanische Regierung legt diese Vorschläge, die eine wesentliche Erleichterung für alle Mächte bedeuten können, in dem vollen Gefühl der eigenen Verantwortung vor."

In ernstem, feierlichen Tone hatte Gibson diese Botschaft verlesen, jedes Wort deutlich betonend. Er gab noch einige Erklärungen dazu ab, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf Grund dieses

Planes bereit sei, unverzüglich auf 50 000 Tonnen Flottenneubauten zu verzichten, ferner 1000 schwere Geschütze, 900 Tanks und 300 Bombenflugzeuge zu vernichten.

Alle Delegierten erkannten die ungeheure Tragweite dieses Hooverplanes, die sich vor allem auch aus der Rückwirkung auf die Tributkonferenz von Lausanne ergab. **Aber von ganz fundamentaler Bedeutung war es, daß Hoover in aller Form die Gleichberechtigung Deutschlands anerkannte, indem er die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages als Norm bezeichnete!**

Der Führer der Deutschen, Nadolny, meinte, die Konferenz könne sich zu dieser neuen Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten beglückwünschen. Es sei notwendig, die Verteidigung der Staaten zu stärken, aber ihre Angriffsfähigkeit zu mindern. Je stärker die Herabsetzung der Rüstungen sei, desto leichter lasse sich die Gleichheit wieder herstellen, der Grundsatz der Gleichheit bilde eine der entscheidendsten Bedingungen für den Erfolg der Abrüstungskonferenz. Allerdings gingen die deutschen Forderungen noch weit über den amerikanischen Vorschlag hinaus: **das Rüstungsverhältnis zwischen den Staaten sollte nicht das gleiche bleiben wie bisher, sondern durch Berücksichtigung der deutschen Forderung nach äußerer Sicherheit abgeändert werden!** Er forderte also eine für Deutschland infolge seiner besonderen Lage in Mitteleuropa notwendige besondere militärische Sicherung. Auch in der deutschen Presse, bis weit ins demokratische Lager hinein, wurde als Vorbedingung für ein Einverständnis zum Hoover-Plan die Anerkennung des Grundsatzes der deutschen Gleichberechtigung von allen Mächten in Genf gefordert.

Der italienische Außenminister Grandi erklärte, daß seine Regierung uneingeschränkt dem amerikanischen Plane zustimme und ihn bedingungslos und vollständig in allen seinen Teilen annehme. Jetzt sei es so weit, daß sich die Welt entscheide.

*Stellung der anderen Mächte
zu Hoovers Vorschlag*

Wesentlich zurückhaltender war Simons, der Engländer. Der amerikanische Plan dürfe nicht die im Gange befindlichen Versuche einer direkten Verständigung zwischen den Mächten stören und unterbrechen. Im übrigen wünsche die englische Regierung eine über die amerikanischen Vorschläge hinausgehende Verminderung der Flottenrüstungen, insbesondere völlige Abschaffung der Unterseeboote oder zum wenigsten Festsetzung einer Höchsttonnage von 250 Tonnen für das Unterseeboot. - Die Engländer sahen die von Macdonald in Paris eingeleiteten Verhandlungen durch den amerikanischen Vorschlag bedroht.

Geradezu ablehnend war selbstverständlich die Haltung der Franzosen. Paul Boncour verlangte, daß der amerikanische Plan von der Abrüstungskonferenz gemeinsam mit dem Vorschlag der französischen Regierung zur Organisation der internationalen Sicherheit behandelt werde. Denn nach der Völkerbundssatzung sei das Problem der Abrüstung unlösbar verknüpft mit der Organisation der internationalen Sicherheit. Die französische Regierung nehme den amerikanischen Vorschlag nur unter dem grundsätzlichen Vorbehalt als Verhandlungsgrundlage an, daß die französischen Sicherheitsvorschläge geprüft würden, wenn man eine Herabsetzung der Rüstungen erreichen wolle. Übrigens habe die französische Regierung bereits die Rüstungen weit stärker herabgesetzt als dies der amerikanische Vorschlag vorsehe! - **In Paris mußte die Presse den bestürzten Franzosen erklären, es handle sich bei dem Hoover-Plan nur um eine einseitige Regierungserklärung, welche die übrigen Mächte nicht weiter berühre....**

Die Lage in Genf hatte sich Ende Juni dadurch erheblich geändert, als neben die deutsch-italienisch-russische Abrüstungsfront jetzt auch die amerikanische Initiative gegen die französische Strömung sich erhob, die im Mai und Juni vorherrschend gewesen war. Die Amerikaner, die den französischen Ruf nach Sicherheit "hysterisch" nannten, rechneten den Franzosen vor, daß fast die Hälfte der gesamten Staatsausgaben Frankreichs dem Heere zugute kämen. Die Amerikaner wünschten, daß endlich der entscheidende Schritt in der Abrüstungsfrage getan würde, sonst würden sie sich von der Abrüstungskonferenz und allen europäischen Fragen überhaupt, also auch von der leidigen Lösung des Schuldenproblems, das in Lausanne versucht wurde, zurückziehen.

Aber die Franzosen störten sich nicht an diesen Drohungen; mit den Engländern vertagten sie die Verhandlungen des Hauptausschusses auf unbestimmte Zeit und trugen so dazu bei, daß die amerikanische Initiative ohne praktischen Erfolg bleiben sollte. Ja, die ganz unter Frankreichs Einfluß geratene Leitung der Konferenz, die in Hendersons Händen lag, wagte die Amerikaner noch so weit zu brüskieren, daß sie für den 15. Juli eine Unterbrechung der Konferenz auf mehrere Monate plante, ohne daß vorher die amerikanischen Vorschläge durchberaten worden wären. Gibson war aufgebracht hierüber. Er reiste am 28. Juni zu Macdonald in Lausanne und erklärte ihm, die amerikanische Regierung verlange eine baldige durchgreifende Erörterung der amerikanischen Abrüstungsvorschläge.

Zweitens aber wurde die Lage in Genf Ende Juni noch dadurch beeinflusst, daß Papen in Lausanne mit aller Energie politische Fragen zur Sprache brachte, die an den Fundamenten des Versailler Vertrages rüttelten. Seit dem 21. Juni hatte die deutsch-italienische Front, die von Rußland unterstützt wurde, in Amerika einen mächtigen Bundesgenossen erhalten, und etwa 14 Tage später war infolge der Lausanner Gespräche ein neuer Bundesgenosse auf dem Anmarsch: England. Macdonald versprach in Lausanne dem deutschen Reichskanzler, daß sich England in Genf für Deutschlands Gleichberechtigung einsetzen werde, wenn Deutschland das Lausanner Abkommen annehme.

**Englischer
Vorschlag**

Inzwischen wies die englische Regierung Anfang Juli den Außenminister Simons in Genf an, dem Kongreß einen **neuen Abrüstungsvorschlag** vorzulegen, der folgendes verlangte: Abschaffung aller schweren Geschütze mit Ausnahme der unbeweglichen Festungsgeschütze, Abschaffung der Bombenflugzeuge, der Schlachtschiffe über 10 000 Tonnen, der Flugzeugmutter-schiffe, der Tauchboote (oder deren Höchstbegrenzung auf 150 Tonnen je Schiff), Herabsetzung des Personals der Luftstreitkräfte um die Hälfte, Herabsetzung der effektiven Stärke der kontinentalen Armee, mit Ausnahme der englischen, die bereits verhältnismäßig bedeutend schwächer sei als diejenige der andern Staaten, Abschaffung der Giftgaswaffen und der schweren Tanks.

Die Engländer behaupteten, daß dieser Vorschlag leichter durchführbar sei als derjenige Hoovers und in den nächsten Jahren eine Ersparnis von 2 Milliarden Pfund Sterling in der ganzen Welt einbringen werde, woran England mit 300 Millionen beteiligt sein würde.

Mit diesem Vorschlag war Amerika nicht einverstanden: er sei auf zu lange Sicht vorgesehen, im Gegensatz zum Hoover-Vorschlag. Diesen aber sehe die amerikanische Regierung als unteilbares Ganzes an und könne keine Einzelheiten der Seeabrüstung mit England besprechen, bevor nicht die europäischen Mächte geneigt seien, einer ungefähr 30prozentigen Landabrüstung zuzustimmen.

Wiewohl die Aussprache im Hauptausschuß der Konferenz am 7. Juli eine Zustimmung der Mehrheit zum Hoover-Plan ergab, kam es doch bei der Formulierung einer Entschließung Mitte Juli zu lebhaften Gegensätzen. Der englische Außenminister Simons versuchte eine vermittelnde Formel zu finden, welche allen Beteiligten gerecht wurde und die bisherigen "Ergebnisse" des Kongresses ins rechte Licht rückte. Damit aber war nicht nur Deutschland, sondern auch Amerika, Italien, Japan und Rußland nicht zufrieden. Insbesondere die Sowjetunion meldete erneut Abrüstungsforderungen an, die sich zum großen Teil mit den amerikanischen deckten.

Gewiß, die Diplomaten in Genf befanden sich in einer fatalen Lage. Die öffentliche Meinung der Völker, seit Monaten in Erregung gehalten, wollte Ergebnisse sehen. Täglich erhielt der Kongreß ungezählte Petitionen und Kundgebungen aus allen Völ-

Dicke Bündel von Petitionen der Internationalen Frauenverbände auf der Abrüstungskonferenz in Genf 1932. [Photo Scherl?]

kern, welche die Abrüstung forderten. Diesen Völkern mußte man doch etwas vorweisen! Wenn es auch bereits ziemlich klar war, daß Frankreich in Genf die Rolle des Fuchses spielte, der den Gänsen predigte.

Und der größte Genfer Erfolg war es für die Franzosen, daß es ihnen gelang, bei der Formulierung des Vertagungsbeschlusses das unbequeme Deutschland auszuschalten und England, Italien, Amerika und Japan auf die Seite Frankreichs zu ziehen. Am 18. und 19. Juli hielten Herriot, Simon und Gibson im Beisein des Tschechen Benesch hinter verschlossenen Türen Besprechungen ab, die zu einer Einigung über die Vertagungsentschließung führten. Darin wurden zunächst die Erfolge der Konferenz erwähnt, die in der Begrenzung der Tonnage der Tanks, im Verbot der Jagdflugzeuge, der chemischen und Brandwaffen, ferner in der Schaffung eines ständigen Kontrollausschusses, der über die Durchführung des künftigen Abrüstungsabkommens wachen soll. Schließlich kam man überein, das am 1. November 1932 ablaufende Rüstungsfeierjahr um vier Monate zu verlängern. Keine Einigung wurde erzielt in der Frage der Beschränkung der effektiven Truppenbestände, weil die Franzosen die amerikanischen Forderungen als unannehmbar bezeichneten, ferner in der Frage der Herabsetzung der schweren Geschütze und in der Flottenfrage. Der Streit über das Verbot des Bombenabwurfes wurde im französischen Sinne geregelt; der Bombenabwurf sollte nur außerhalb der "Schlachtfeldzone" verboten sein. Diese ungenaue Formulierung rührte daher, weil man meinte, eine völlige Abschaffung sei nur möglich bei Einsetzung einer Kontrolle für die zivile Luftfahrt. Von Deutschlands Gleichberechtigung wurde in der Entschließung kein Ton gesagt. **Was galten alle heiligen Versprechungen Macdonalds in Lausanne, wenn sein Außenminister Simons in Genf sich zum treuen Vasallen Frankreichs machte? Herriot konnte triumphieren: er hatte die Einheitsfront gegen Deutschland zustande gebracht.**

Natürlich kam es in den großen Sitzungen des Hauptausschusses nun zu schweren Zusammenstößen mit Deutschland, Rußland, Italien. Der deutsche Vertreter Nadolny erklärte, daß die deutsche Mitarbeit in Zukunft in Frage gestellt werde, wenn nicht der deutschen Gleichberechtigungsforderung uneingeschränkte Anerkennung zuteil werde.

**Streit um die
Entschließung**

"Die deutsche Regierung hält es nicht für möglich, daß bei dieser Unklarheit über eine Grundfrage des ganzen Abrüstungsproblems ersprießliche Arbeit geleistet werden kann. Sie muß deshalb darauf bestehen, daß diese Zweifel dadurch beseitigt werden, daß die Gleichheit aller Staaten hinsichtlich der nationalen Sicherheit und hinsichtlich der Anwendung aller Bestimmungen der Konvention ohne weiteren Verzug zur Anerkennung gelangt... Die deutsche Regierung muß aber schon heute darauf hinweisen, daß sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen kann, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte." -

Die deutsche Regierung erinnerte an die Versprechungen von 1919 und an die große Geduld des deutschen Volkes.

Mit keiner Silbe ging Herriot in seiner Rede auf die Forderung dieses deutschen Abrüstungsultimatums ein. Das war ja die beliebte französische Taktik: unangenehme Dinge wurden nicht diskutiert; wohl aber reizte der Franzose Deutschland weiter, indem er die internationale Kontrolle der zivilen Luftfahrt ankündigte und Einbeziehung der "Militärverbände" - Reichskriegerbund Kyffhäuser, Stahlhelm, S.A., Reichsbanner! - in die Zahl der effektiven Truppenbestände forderte. - Der franzosenfreundliche Engländer Simons gab der deutschen Gleichberechtigungsforderung keine Zusage und Zustimmung (trotz Macdonalds Lausanner Versprechungen). Aber er erklärte: die Frage der Gleichberechtigung könne jetzt, am Freitagabend 6.15 Uhr, kurz vor Schluß der Sitzung, nicht mehr entschieden werden. Er habe volles Verständnis für die Wünsche, auf denen die Gleichberechtigungsforderung beruhe. Derartig große Fragen wie die Gleichberechtigung würden am Schluß der Konferenz behandelt werden. Mit Ironie bemerkte Simons, bis zur endgültigen Durchführung der Abrüstung würden voraussichtlich viele Konferenzen vergehen; die jüngeren anwesenden Vertreter

auf dieser Konferenz hätten vielleicht Aussicht, den Abschluß dieser Konferenzen noch zu erleben.

Am nächsten Tage, dem 23. Juli, wurde der vielumkämpfte Vertragungsbeschluß der Konferenz im Hauptausschuß angenommen. Deutschland und Rußland stimmten dagegen. Ungarn, Österreich, Italien, Bulgarien, Türkei, Albanien, Afghanistan und China enthielten sich der Stimme, 41 Staaten stimmten dafür, viele unter Vorbehalt. Einstimmig wurde die Verlängerung des Rüstungsfeier Jahres um vier Monate, vom 1. November 1932 ab, angenommen.

**Vertragung der
Konferenz**

Nach dem Beschluß sollte die Konferenz sich erst wieder am 21. Januar 1933 versammeln. - Diese Wendung in der Abrüstungsfrage war ein voller Sieg Frankreichs, das trotz mancher harten Bedrängnis während der Konferenz seinen Willen durchgesetzt und Zeit gewonnen hatte. Die Argumente der Geschichte und das Weltgewissen sprachen gegen Frankreich. Hiergegen sich aufzulehnen mit Protesten und Beteuerungen lehnte Frankreich ab, seine neue Methode war viel wirksamer: unangenehme Probleme mit Stillschweigen zu übergehen und im übrigen diese Angelegenheiten dilatorisch zu behandeln.

Eine gewisse Ergänzung der Genfer Verhandlungen bildete der Konsultativpakt, den Macdonald in Lausanne Herriot vorgeschlagen hatte. Er sollte die durch die Abrüstungskonferenz mit großen Spannungen geladene Atmosphäre mildern und über das Trennende die europäische Gemeinsamkeit setzen in der Richtung, daß alle europäischen Angelegenheiten gemeinsam geregelt werden sollten. Einige Tage nach Beendigung der Lausanner Konferenz wurde der Text bekanntgegeben:

**Englischer
Konsultativpakt**

1. In Übereinstimmung mit dem Geiste der Völkerbundssatzung beabsichtigen die beiden Regierungen mit vollständiger Aufrichtigkeit miteinander Ansichten auszutauschen und zu unterrichten, die etwa ähnlichen Ursprungs sind wie die jetzt in Lausanne so glücklich gelösten Fragen und die das europäische Regime berühren. Sie hoffen, daß andere Regierungen sich bei Annahme dieses Vorgehens anschließen werden.

2. Sie beabsichtigen, miteinander und mit anderen Abordnungen in Genf zusammenzuarbeiten, um eine Lösung der Abrüstungsfrage zu finden, die für alle beteiligten Mächte vorteilhaft und gleichmäßig gerecht sein werde.

3. Sie wollen miteinander sowie mit anderen interessierten Regierungen in der sorgfältigen und praktischen Vorbereitung für die Weltwirtschaftskonferenz zusammenarbeiten.

4. Bis zu Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt über einen Handelsvertrag zwischen diesen Ländern werden sie jede Handlung vermeiden, die ihrer Natur nach eine Diskriminierung von einem Lande gegen die Interessen des anderen Landes darstellt.

Das Abkommen erregte großes Aufsehen. Macdonald aber erklärte den Amerikanern, die es als gegen sich gerichtet betrachteten, ausdrücklich, daß dies nicht der Fall sei. Er lud auch Italien, Belgien und Deutschland zum Beitritt ein. Dieser Konsultativpakt war also so eine Art verjüngtes Locarno. Deutschland zögerte mit dem Beitritt und erklärte ausdrücklich, es werde sich an keinem gegen Amerika gerichteten Abkommen beteiligen. In Frankreich erkannte man hierin unmutig den Beginn der Revision von Versailles.

Übrigens hatten die Franzosen den Deutschen bereits vor Lausanne eine Art Treuga Dei vorgeschlagen, die aber abgelehnt wurde. Ebenso lehnte Papen den in Lausanne vorgeschlagenen Konsultativpakt der Franzosen ab, dessen Ziel diplomatische Waffenruhe mit vorläufigem Verzicht auf Revision von Versailles war.



Deutschlands Kampf um die Revision des Versailler Vertrages war seit Beginn des Jahres 1932, seit Eröffnung des Genfer Weltabrüstungskongresses, seinem Höhepunkte entgegengegangen. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß Brüning den Fortgang dieses Kampfes zu seinem Höhepunkte einleitete. Aber so, wie die Dinge in Deutschland unter der demokratischen Diktatur Brüning lagen, war es aussichtslos, daß Brüning's Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung - das war ja letzten Endes der Sinn der Revision von Versailles - erfolgreich sein konnte. Es lag etwas Gegensätzliches, Widerspruchsvolles darin. Nicht allein, daß es dieselbe Gruppe von Staatsmännern war, der auch Brüning angehörte und die 1919 das Versailler Diktat unterzeichnet hatte und noch im Januar 1930 ausdrücklich die Tribute des Youngplanes anerkannt hatte, und Brüning im Januar 1932 erklärte, man könne diese Tribute nicht ausführen, das Ziel der Reichspolitik sei völlige Streichung der Reparationen, - lag auch darin ein elementarer Widerspruch, daß Brüning um Deutschlands Gleichberechtigung kämpfen wollte, ohne die Freundschaft Frankreichs opfern zu wollen. Frankreich aber war der starre Gegner jeder deutschen Gleichberechtigung. Frankreichs Macht, insbesondere in seiner Vereinsamung, beruhte auf dem Versailler Diktat, und diese Macht opferte Frankreich nicht freiwillig!

Es mußten andre Leute kommen, die nicht beschwert waren von den Lasten der Vergangenheit und die also diesen Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung freier führen konnten. Bei allem ehrlichen Willen, den Brüning hatte, besaß er nicht die Kraft, die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, auch durchzuführen. Das sah man an folgendem: Seit Ende 1931 hatte Macdonald den Plan einer endgültigen Tributkonferenz angeregt. Sie sollte ursprünglich schon im Februar 1932 in Lausanne tagen. Den Treibereien Frankreichs aber gelang es immer wieder, die Konferenz hinauszuschieben. **Noch an dem Tage, da die Regierung Brüning zurücktrat, machte die französische Regierung in London und Rom einen letzten vergeblichen Versuch, die Lausanner Tributkonferenz, deren Beginn auf den 15. Juni festgesetzt worden war, zu verschieben.**

**Streit um
die Tribute**

Papen und seine Minister hatten eindeutig versichert, sie wünschten gute Freundschaft mit Frankreich, sie hätten keinerlei Haß- oder Rachegefühle gegen den Nachbar, sie wollten in Frieden mitarbeiten an der Lösung der schweren Probleme, die nicht bloß Deutschland, sondern die ganze Welt angingen. Aber in Paris wies man diese Beteuerungen ab, man sah in dem Nachfolger Brüning's den säbelrasselnden Militaristen, jenes gefährliche Element, in dem Frankreich seine dauernde Bedrohung erblickte.

Herriot, der neue französische Ministerpräsident, erklärte am 7. Juni in der Kammer:

"In der Reparationsfrage kann Frankreich sich die Rechte nicht absprechen lassen, die nicht nur aus den Verträgen hervorgehen, sondern auch in den gegenseitigen Abkommen durch das Gewicht und die Ehre der Unterschriften geschützt sind. In Übereinstimmung mit dem Völkerbundspakt werden wir die Mehrheit nicht nur für uns allein, sondern für alle großen und kleinen Staaten suchen. In diesem allgemeinen Rahmen erklärt die Regierung sich zu allen Lösungen, auch zu Teillösungen, bereit, die nach einer offenen Aussprache in Genf eine Herabsetzung der Militärlasten ermöglichen, ohne die nationale Sicherheit Frankreichs in Frage zu stellen."

Es wurden daraufhin für Herriot 390, gegen ihn nur 152 Stimmen der Rechten abgegeben.

Vom 10. bis 13. Juni weilte Macdonald in Paris. Dieser Besuch des Engländers kündigte eine neue englisch-französische Gemeinsamkeit gegen Deutschland an, in Genf wie in der bevorstehenden Konferenz von Lausanne. Macdonald und Herriot kamen in ihrem dreitägigen Gespräch überein, daß **deutsche Reparationen und alliierte Kriegsschulden untrennbar zusammengehörten und zusammen behandelt werden mußten**, eine Ansicht, die in Amerika allerdings nicht geteilt wurde; dort nämlich sagte man, daß eine Streichung der Reparationen durch die europäischen Regierungen nicht auch die amerikanische Regierung zwingen, die Schulden zu streichen. Diese wenig freundliche Haltung Amerikas gegenüber den europäischen Westmächten war die Folge des anmaßenden

Tones, den die Franzosen in Genf nun schon monatelang angeschlagen hatten. Doch waren Macdonald und Herriot trotz alledem darin einig, daß eine **allgemeine Schuldenstreichung** die beste Lösung sei und der Welt am ehesten aus ihrer Not helfe. Herriot war auch bereit, nicht mehr auf dem Reparationsüberschuß Frankreichs für sich selbst zu bestehen, d. h. nicht mehr die Hälfte seines Reparationsanteils für sich zu behalten und nur die andre Hälfte zur Kriegsschuldentilgung an England und Amerika zu zahlen. Ferner beschlossen die beiden Staatsmänner **die vorläufig unbefristete Verlängerung des Hoovermoratoriums**, die man wenigstens, wenn alle Stränge rissen, als mageres Ergebnis der Lausanner Konferenz mit nach Hause nehmen wollte. Macdonald und Herriot waren sich dabei ganz klar, daß nach Ablauf des Hoovermoratoriums sowieso kein Pfennig von Deutschland zu bekommen sei. Frankreich wollte diesem *de-facto*-Zustand eine rechtliche Unterlage geben, damit auf diese Weise die rechtliche Grundlage des Young-Planes nicht erschüttert wurde und ein Fall von Deutschland konstruiert worden wäre, wo der Tributplan durch höhere Gewalt zerrissen worden sei. Die endgültige Entscheidung über die gesamte Reparationsfrage wollte man dann aber sich für eine neue Konferenz aufsparen, die im Oktober in London stattfinden sollte. Allerdings beunruhigte es die beiden Staatsmänner, als sie erfuhren, **Mussolini habe der italienischen Delegation die strikte Weisung erteilt, in Lausanne die Streichung der Reparationen zu verlangen und sich auf keine Kompromisse einzulassen.**

Nach zuverlässigen Berechnungen hatte Deutschland bis zum 1. Juli 1931 die ungeheure Summe von 67,7 Milliarden Reparationen bezahlt, das waren mehr als 5,5 Milliarde durchschnittlich Jahr für Jahr! Und gerade in den Tagen, da in Lausanne die Tributkonferenz tagte, wurde Deutschlands größtes Reparationswerk, der Moselkanal im ehemals deutschen Lothringen, eröffnet. Innerhalb dreier Jahre, von 1929 bis 1932, hatten 3000 deutsche Arbeiter den 35 Kilometer langen und 12-30 Meter breiten Kanal gebaut, die Lebensader der aus dem lothringischen Boden schießenden jungen französischen Industrie. Eine so gewaltige technische Leistung auch dieser Kanal, der die Wassermassen eines Stromes bändigte, war, so blieb er dennoch ein Denkmal der Demütigung Deutschlands unter ein Joch der Sklaverei, das an antike Barbarei erinnerte: **Deutsche Menschenkräfte im Frondienst für den Feind! Denn es blieb stets fraglich, was dieses Werk mit dem Wiederaufbau des im Krieg zerstörten Nordfrankreich zu tun hatte.** -

Der **Reichskanzler von Papen** und seine Mitarbeiter in Lausanne, der Außenminister von Neurath, der Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk und der Reichswirtschaftsminister Warmbold, waren, im Gegensatz zu den Gläubigerstaaten, sich der Bedeutung von Lausanne bewußt: es mußten Taten geschehen, die Tribute mußten fallen, die **Aufgabe der Konferenz könne nur sein, einen endgültigen Auftrieb für Deutschland und damit für Europa zu finden.** Allerdings hegten die deutschen Minister einen gewissen Pessimismus. Herbeiführung einer Gesamtgesundung der Weltwirtschaft sei eine unerläßliche Aufgabe geworden, allerdings frage es sich, ob zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise die Regelung der Reparationsfrage allein genüge.

So war von vornherein die prinzipielle Gegensätzlichkeit der politischen Energien gegeben, die in Lausanne, wesentlich befreit von pazifistischen und völkerversöhnenden Hemmungen, aufeinanderprallen mußten.

Am Nachmittage des 15. Juni ward die Tributkonferenz daher unter beträchtlichen Spannungen eröffnet. 18 Regierungen hatten ihre Vertreter gesandt: Deutschland, England, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rumänien, Tschechoslowakei, Südslawien, Ungarn, Polen, Griechenland, Portugal, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika und Bulgarien. Im Saale des altertümlichen Schlosses von Ouchy, das vor der glänzenden Spiegelfläche des Genfer Sees in einem paradiesisch märchenhaften Parke liegt, hatte sich dieser Kongreß von Staatsmännern versammelt. Es schien, als wollten Frankreich und England von vornherein der Konferenz ihre gefährliche Bedeutung und ihre Gefahren nehmen, indem sie das Gerücht verbreiten ließen, im Oktober solle eine Weltkrisenkonferenz in London stattfinden und die Einigung der europäischen Mächte solle in Lausanne vorbereitet werden.

**Konferenz
von Lausanne**

Am nächsten Tage hielt Macdonald, dem man einstimmig den Vorsitz der Konfe-

**Reden in
Lausanne**

renz übertragen hatte, die Eröffnungsrede. Er wies auf die Not der Welt hin, die sich schon in der Zahl von 25 Millionen Arbeitslosen zeige. Die Staaten seien verarmt, die sozialen Einrichtungen drohten zu versinken.

"In diesem allgemeinen Zusammenbruch stehen weder Frankreich, noch Deutschland, noch Italien, noch die Vereinigten Staaten, noch England allein. Eine Welt und ein System bricht unter unseren Füßen zusammen. Ein einzelner kann heute nicht mehr an den Wiederaufbau denken, da eine einzelne Macht nicht mehr in der Lage ist, dem wachsenden Elend standzuhalten. Die jetzt beginnende Konferenz hat einen Teil der Ursachen der Weltnot zu behandeln, und zwar die finanzielle Erbschaft des Weltkrieges in ihrer Rückwirkung auf die Weltwirtschaft."

Macdonald sagte dann, indem er sich auf das Baseler Gutachten berief, feierlich eingegangene Verpflichtungen könnten nicht durch einseitige Verleugnungen beseitigt werden; aber dieses Prinzip werde, wie er überzeugt sei, von niemandem angefochten; diesem Prinzip stehe aber die Notwendigkeit gegenüber, Verpflichtungen, die sich als unerfüllbar erwiesen hätten, durch Übereinkunft zu revidieren. Dann wies der englische Minister darauf hin, daß Europa nichts allein unternehmen könne, sondern dazu auch die Mitarbeit Amerikas brauche. Aber es sei auch nötig, daß die Genfer Abrüstungskonferenz zu einem Ergebnis führe.

"Ein Erfolg in Lausanne ohne einen Erfolg der Abrüstungsverhandlungen ist undenkbar. Wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden werden sollen, so muß gleichzeitig eine Periode der politischen Ruhe geschaffen werden, damit die Nationen ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten in aller Ruhe ohne drohende Kriegsgefahr in Ordnung bringen können.... Alles hängt jetzt von uns ab. Ich richte an diese Konferenz den dringenden Appell, nichts zu fürchten als Schwachheit und bei den Verhandlungen Vorschläge auszuarbeiten, die in sich eine Hilfe für die Welt bedeuten."

Der Engländer charakterisierte dann **die doppelte Aufgabe der Konferenz**, welche die Reparationsfrage regeln und eine Verständigung über die Lösungsmethoden der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Weltkrise herbeiführen solle.

Die Rede Macdonalds war eine ganz geschickte Verkopplung all der Tendenzen, welche Frankreich und England verfolgten: Verknüpfung der deutschen Tribute mit den interalliierten Schulden, Verknüpfung der Tributkonferenz mit den Problemen der Abrüstungskonferenz, aber doch zugleich ein Festhalten am System von Versailles. **Alles in allem: Die Rede war ein geschicktes vorzeitiges Ausweichen Englands und Frankreichs vor verantwortlichen Bindungen und zugleich das Bemühen, Deutschland von vornherein aufs neue in der bisherigen Weise festzunageln.** Macdonald gab sodann bekannt, daß die englische, französische, italienische, japanische und belgische Regierung sich geeinigt hätten, das am 1. Juli ablaufende Hoovermoratorium vorläufig unbefristet zu verlängern.

**Verlängerung
des Moratoriums**

So ward die Konferenz von Lausanne durch die Rede Macdonalds und die Mitteilung von der Verlängerung des Tributmoratoriums ganz in dem Sinne eingeleitet, in dem sich Macdonald und Herriot geeinigt hatten.

Die Deutschen hatten zunächst den Eindruck, daß die Gegenseite durchaus versöhnlich und friedlich gestimmt sei, und es hatte den Anschein, als ob die anfänglich über Lausanne lagernde Spannung sich zerteilen würde. Am 17. Juni gab Macdonald, nachdem er schon tags zuvor die Verlängerung des Tributmoratoriums angekündigt hatte, nun folgende Erklärung im Wortlaut ab, die von dem Engländer Chamberlain, dem Franzosen Herriot, dem Italiener Mosconi, dem Belgier Renkin und dem Japaner Yoshida unterzeichnet war:

"Die unterzeichneten Regierungen, tief durchdrungen von dem wachsenden Ernst der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen, sowie von der Dringlichkeit der Probleme, die auf der Lausanner Konferenz zur Verhandlung gelangen, ferner tief

überzeugt, daß diese Probleme eine endgültige und präzise Lösung verlangen, die eine Besserung der allgemeinen Bedingungen Europas ermöglichen, eine Lösung, die unverzüglich und ohne Unterbrechung im Rahmen einer allgemeinen Regelung gesucht werden muß, stellen fest, daß gewisse Reparationszahlungen und Kriegsschulden am 1. Juli fällig werden.

Diese Regierungen sind der Ansicht, daß - um eine ununterbrochene Weiterführung der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen - die Leistung der Zahlungen, die den an der Konferenz beteiligten Regierungen geschuldet werden, auf dem Reparationskonto oder als Kriegsschulden, während der Dauer der Konferenz aufgeschoben würden, jedoch unter dem Vorbehalt der Lösungen, die später gefunden werden.

Die Regierungen erklären ihren festen Willen, in kürzest möglicher Frist zu einem Ergebnis auf der Konferenz zu gelangen. Da der Zinsendienst für die auf den Kapitalmärkten aufgelegten Anleihen durch diese Entscheidung nicht berührt wird, erklären die unterzeichneten Regierungen, daß sie für ihren Teil bereit sind, entsprechend dieser Regelung zu handeln; sie ersuchen die übrigen Gläubiger-Regierungen, die gleiche Haltung einzunehmen."

Papen erwiderte, daß er diese Erklärung als den ersten sichtbaren Beweis des festen Willens der beteiligten Staaten begrüße, die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und diejenigen umfassenden und endgültigen Entschlüsse, die die Lage erfordern, zu fassen, wenn auch von verschiedenen Seiten Zweifel laut wurden, ob nicht dieser Beschluß eine Vertagung der Konferenz erleichtern würde, was man ja vermeiden wollte.

**Papens
Vorschläge**

In der nichtöffentlichen Sitzung hielt der Reichskanzler sodann seine Reparationsrede. Er verzichtete auf die Erörterung der völkerrechtlichen und juristischen Gesichtspunkte, da ja die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet worden seien; es komme nur darauf an, die augenblicklich gegebenen Tatsachen ins Auge zu fassen und die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen. Papen zeigte dann, wie alle Hoffnungen von 1929, da der Young-Plan abgefaßt worden sei, zusammengebrochen seien. Die Substanz des Vermögens fehle als Basis für einen neuen Aufschwung. Infolge des Steigens des Goldwertes und des Fallens der Warenpreise hätten alle Schuldner 40-50 Prozent mehr zu leisten. Das gelte für Privatschuldner und Staaten. Es müßten deshalb die Schuldverhältnisse neu geordnet werden, wenn keine schnelle Besserung der Wirtschaftslage eintrete. Dann sagte der Kanzler, Deutschland habe insgesamt bereits etwa 100 Milliarden Reparationen gezahlt. Er schloß seine Rede mit folgenden Darlegungen:

"Die Geschichte der Reparationen stellt sich heute als eine Reihe von Experimenten dar, die man in immer neuer Form, aber immer mit dem gleichen Mißerfolg am deutschen Volkskörper vollzogen hat. Man hat Deutschland jedesmal ein Maximum an Reparationsleistungen auferlegt und hat es jedesmal darauf ankommen lassen, ob sich dieses Maximum als erfüllbar erweisen würde. **Wir haben jetzt die Rückwirkungen dieses Verfahrens auf die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft ganz greifbar vor Augen.** Die Erfahrungen der letzten Jahre können nur dahin zusammengefaßt werden:

Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und schädlich erwiesen. Diese Erfahrungen schließen die Möglichkeit aus, in der Hoffnung auf die künftige Entwicklung ein neues Experiment mit den Reparationen zu machen, das doch wieder zu dem gleichen Mißerfolg wie die bisherigen Versuche führen müßte. Wenn die Weltwirtschaft jetzt nicht endgültig von den Störungen befreit wird, die von den wirtschaftswidrigen Schuldzahlungen ausgehen, ist eine Besserung in Deutschland und in der Welt nicht möglich.

Die Reparationen waren ursprünglich für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete bestimmt. Inzwischen hat ihre Wirkung sich in das Gegenteil verkehrt. Sie bauen nicht auf, sondern sie zerstören. Das zwingendste Gebot der Stunde ist, den Blick von der Vergangenheit auf die Zukunft zu richten. Die Stunde des Handelns ist gekommen, deshalb haben wir in Deutschland noch einmal den Versuch gemacht, die lebendigen, aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen und dem deutschen Volke überhaupt die Lebensgrund-

lage zu sichern. Die Zeit der kleinen Mittel der Atempausen, der Verfassungen ist endgültig vorbei. Es muß jetzt ganze Arbeit geleistet werden.

Ich sehe die große historische Aufgabe dieser Konferenz darin, aus dem verhängnisvollen *circulus vitiosus* der Vergangenheit endgültig herauszukommen und so den Weg für eine bessere Zusammenarbeit freizumachen, die uns alle einer besseren Zukunft entgegenführen kann."

**Französische
Weigerung**

Darauf aber erhob sich **Herriot zu einer feindseligen Erwiderung. Frankreich sei keineswegs bereit, zu verzichten. Die Weltgeschichte zeige, daß einer Periode des wirtschaftlichen Niederganges eine solche des wirtschaftlichen Aufstieges folge. Diesen Grundsatz müsse man als gerecht bei den Arbeiten der Konferenz betrachten.** Die Deutsche Reichsbahn behauptete, die 660 Millionen Reichsmark nicht aufbringen zu können, sei doch aber nur mit 10 Milliarden Frank belastet, während auf den französischen eine Last von 65 Milliarden und auf den englischen Eisenbahnen eine solche von 100 Milliarden ruhe. Die Schulden und die Tribute seien nicht die einzige Ursache der Verwirrung in Europa und in der Welt. Man müsse die Sicherheit verstärken. Es gebe keinen politischen Frieden ohne einen wirtschaftlichen Frieden, aber es gebe auch keinen wirtschaftlichen Frieden ohne einen politischen Frieden. Diese doppelte Wahrheit müsse die Arbeiten der Konferenz leiten.

Das war der Versuch, mit dem Deutschland überrumpelt werden sollte, der von Macdonald und Herriot ausgeklügelte Weg, um Deutschland aufs neue in Ketten von Versailles zu legen. Herriot wollte, um alle etwaigen deutschen Vorschläge im Keime zu ersticken, die französische These der Sicherheit zur Grundlage der Tributverhandlungen machen. **Er rückte also, um politische Forderungen der Deutschen zu entkräften, selbst die politische Forderung Frankreichs in den Vordergrund.** Und an diesem Punkte setzte auch die englische Arbeit jetzt ein. Die Sicherheitsfrage hatte ja einen breiten Raum in den Pariser Besprechungen Macdonalds mit Herriot eingenommen. Nachdem Belgien zunächst erklärt hatte, es könne einer glatten Streichung der Reparationen nicht zustimmen, nachdem der englische Schatzkanzler Chamberlain demgegenüber die Ansicht vertrat, es sei der deutschen Regierung unmöglich, den Verpflichtungen, die jetzt fällig seien, nachzukommen, erörterten die Minister den **englischen Sicherheitsvorschlag.** Es war dies der obenerwähnte Konsultativpakt Macdonalds, der in Paris entstanden war und nun in Lausanne zwischen England und Frankreich bestätigt wurde.

Der 17. Juni umschloß das ganze Problem von Lausanne: vorläufige unbefristete Verlängerung des Tributmoratoriums, Deutschlands Forderung auf endgültige Streichung der Tribute, Frankreichs Widerspruch und Forderung politischer Sicherheit, Englands vermittelnde Haltung in bezug auf Tribute und Sicherheit. War Deutschlands Weg gerade, so war derjenige Frankreichs und Englands gewunden. Diese beiden Mächte wollten Deutschland in Lausanne schachmatt setzen, weil es in Genf nicht gelang!

In **Deutschland** war man allgemein enttäuscht über diesen Beginn. Man fand, Papen habe zu lau gesprochen, er habe vermieden, auf die Ungerechtigkeit der Tribute überhaupt hinzuweisen. Man vermißte auch die klare Feststellung, daß die wirklichen Reparationsleistungen schon längst überzahlt seien. Die Fünfmächteerklärung sei nichts weiter als ein augenblickliches kurzes Teilmoratorium, dessen Illusionen durch die Rede Herriots gründlich zerstört seien. Man wartete auf den deutsch-französischen Zweikampf, der nun beginnen mußte. In Paris war man mit Herriot sehr zufrieden, mit Ausnahme linksgerichteter Kreise, in London aber war man stark verstimmt über die unversöhnliche Rede des Franzosen.

Infolge des englisch-französischen Versuches, zwischen den Fragen der Abrüstung und der Reparationen neue Wechselbeziehungen herzustellen, bestand zwischen Genf und Lausanne eine enge Verbindung. So kam es, daß man in Genf schon über Einzelheiten in der Reparationsfrage, vor allem über die "Abschlußzahlung" unterrichtet war, ehe in Lausanne das Getümmel darüber anhub. **Immer deutlicher aber zeigte sich in Genf wie in Lausanne, daß der einzige Störenfried der Welt**

Frankreich war. Diese Erkenntnis bewog Macdonald, zunächst einmal die Vollsitzungen in Lausanne auf unbestimmte Zeit zu vertagen, und zu versuchen, ob nicht durch private Ministerbesprechungen Frankreichs verstockter Sinn in etwas verwandelt werden könne, besonders, da die Engländer überrascht waren von der Unnachgiebigkeit der Deutschen. Dieser taktische Wechsel vollzog sich am 20. Juni, und Frankreich bekam zu spüren, daß seine Freunde von ehemals, Italien, England, Amerika, recht ungehalten wurden.

Macdonald hatte Herriot nahegelegt, mit Papen zu verhandeln. Doch das wollte der Franzose nicht, bevor er mit England und Amerika einig geworden sei. Die angelsächsischen Mächte - Gibson war aus Genf herübergekommen - zeigten Entgegenkommen, und im Laufe des 20. Juni wurde die Dreimächtebesprechung abgehalten. Macdonald, dessen Geduld auf eine harte Probe gestellt war, bot den Franzosen an: völlige Tributstreichung unter Verzicht auf die von den Franzosen geforderte "Abschlußzahlung", dafür Zugeständnisse Deutschlands in der Sicherheitsfrage, Anerkennung eines 15jährigen "Gottesfriedens" in Europa durch Deutschland. Gibson verlangte energische Abrüstung als Vorbedingung für eine Neuregelung der europäischen Kriegsschulden an Amerika und behielt sich eine "Bedürftigkeitsprüfung" (d. h. Einblick in den Heeresetat) vor Gewähr von Zahlungserleichterungen an die einzelnen Schuldner vor. Gibson legte Hoovers Standpunkt klipp und klar vor: Einigung Europas über die Reparationen, sodann individuelle Anträge auf Feststellung der Zahlungsfähigkeit des betreffenden Schuldnerstaates; sachliche Vorbedingung sei jedoch die Bereitwilligkeit, die Rüstungen herabzusetzen und die Wehretats erheblich zu beschneiden. Europa könne solange auf keine Sympathien Amerikas hoffen, als es gewaltige Summen für Kriegsrüstungen ausbebe.

Herriot erkannte, daß Frankreich in Lausanne isoliert war. Dennoch blieb er hartnäckig in der nun folgenden zweistündigen Besprechung mit Macdonald und Papen. Herriot beharrte auf der "Abschlußzahlung", die durch Verpfändung deutscher Eisenbahnobligationen zu erfolgen habe. Zugeständnisse in der Abrüstungsfrage lehnte er ebenfalls ab. Nachdem man zwei Stunden ohne Erfolg herumgestritten hatte, erhoben sich Herriot und seine Mitarbeiter und gingen hinaus. Elementare Gegensätze standen sich gegenüber: Frankreich, das am Tributsystem festhielt, und auf der anderen Seite Deutschland, Italien und England, welche sofortige und vollständige Streichung der Tribute verlangten. Macdonald war so verärgert, daß er mit sofortiger Abreise drohte.

Man war jetzt in Lausanne vollkommen in eine Sackgasse geraten. Macdonald wußte keinen Rat mehr, wie er vermitteln sollte. Schon wurden verzagte Stimmen laut, welche eine Vertagung der Konferenz vorschlugen. Macdonald versuchte noch einmal, die Lage zu retten. Er stellte den Deutschen anheim, möglicherweise durch Zugeständnisse eine Lösung der Tributfrage anzubahnen. Das wurde auf deutscher Seite abgelehnt. Unter Macdonalds Vermittlung begannen am 24. Juni die ergebnislosen Aussprachen zwischen Papen und Herriot, deren Zweck es war, den Franzosen Deutschlands aussichtslose Lage klarzumachen.

In einer abermaligen Besprechung zwischen Herriot und Papen am 27. Juni hielt Herriot seine Tributforderungen aufrecht. Papen erwiderte: Das System der Tribute müsse unter allen Umständen fallen. Jede Fortsetzung dieses Systems bedeute den völligen Ruin der gesamten Weltwirtschaft und des Vertrauens, das die Grundlage eines allgemeinen Wiederaufstieges sei. Die deutsche Regierung würde keine Unterschrift leisten, von der sie schon heute überzeugt sei, daß sie nicht gehalten werden könne, weil die weitere Tributzahlung eine völlige Unmöglichkeit sei. Aber die deutsche Regierung sei durchaus bereit, an einem **konstruktiven Aufbauprogramm für Europa** mitzuarbeiten. Es seien von Deutschland hierfür konkrete Vorschläge ausgearbeitet. Danach sollte in erster Linie die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Österreichs und Südosteuropas herbeigeführt werden. Deutschland sei bereit, an einer Stabilisierung der internationalen Währungen auf einer internationalen Konferenz, an der Aufhebung bestehender Handelshemmnisse und der Deviseneinschränkungen, an dem Abbau von prohibitiven Zöllen und ähnlichen Maßnahmen sofort mitzuwirken. Bei diesen Bemühungen um eine Sanierung Europas käme Deutschland und Frankreich eine besondere Stellung zu. Eine Übereinstimmung dieser beiden Länder bilde nach deutscher Auffassung die

Grundlage für eine gedeihliche Fortentwicklung Europas. Deshalb werde es sich auch weiter darum handeln, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern fester zu knüpfen als es zur Zeit der Fall sei. Dies waren so Ansichten, die in der deutsch-französischen Wirtschaftskommission ihren Nährboden fanden. Papen selbst hatte dieser Kommission angehört. Da er jetzt in seiner Umgebung starke, unterirdische Gegenströmungen gegen seine ablehnende Haltung spürte, griff er auf diesen Vorschlag zurück, der sowohl die Verzagten in seiner eigenen Umgebung - es gab Leute, die sprachen von Deutschlands endgültiger Wirtschaftskatastrophe bei einem Scheitern der Lausanner Konferenz - wie auch die Franzosen versöhnen sollte.

Der deutsche Vorschlag gipfelte in der Errichtung einer **gemeinsamen Wiederaufbaukasse**, zu der alle Länder Beiträge zusteuern sollten. Dieser Plan schien den Franzosen geeignet, um sofort in versteckter Weise wieder ihre Tributforderungen zu erheben. Deutschland solle seinen Beitrag durch Hingabe von Eisenbahn- und Industrieobligationen entrichten!

Die deutsche Initiative brachte eine neue Wendung für die Lausanner Konferenz, die Ende Juni bereits zum Scheitern reif war. Man beschäftigte sich jetzt intensiv mit dem deutschen Plane, der **in Paris große Erregung hervorrief, in London aber große Anerkennung fand** wegen der gemäßigten, geschickten und zu gewissen Entgegenkommen bereiten und im Sinne einer Wiederaufbauarbeit geführten Politik des deutschen Reichskanzlers.

Neue Hoffnung erfüllte nun die bereits verzweifelten Teilnehmer der Lausanner Konferenz. Eine Einigung Deutschlands mit Frankreich schien in letzter Stunde doch noch möglich, und Macdonald hielt eine große Rede, wo er die Aufgaben der Konferenz von Lausanne näher umschrieb: Reparationsstreichung, Stützung der Mark, internationale Wirtschaftszusammenarbeit. Er führte da im großen ganzen aus, daß weitere Tributzahlungen die internationale Krisis verschärfen würden, denn Deutschland sei nicht in der Lage, Reparationen zu bezahlen. Allerdings wies der Engländer immer auf den Zusammenhang der deutschen Tribute mit den Kriegsschulden der Gläubigerstaaten hin und forderte auch deren Streichung. Es sei auch Pflicht, die Stabilität der deutschen Währung zu sichern. In Lausanne müsse eine Endlösung gefunden werden, welche das Vertrauen der Welt wiederherstellen und den internationalen Handel wieder beleben könne.

Papens politische Forderung

Der Reichskanzler von Papen, der diesen Stimmungsumschwung als ein günstiges Zeichen betrachtete, unternahm jetzt einen kühnen Vorstoß.

Die Kritik der nationalen Kreise Deutschlands bewog ihn dazu. Man hatte den Plan einer deutsch-französischen Zusammenarbeit bemängelt, man hatte die politische Note bisher vermißt, die Frankreich in die Verhandlungen hineingebracht habe. Man klagte über einen Mangel an Initiative bei Papen. Was dem einen recht sei, sei dem andern billig. Wenn Frankreich so für seine Sicherheit besorgt sei und Abrüstungsfragen mit Tributfragen verbinde, weshalb solle Deutschland seinem Gegner nicht auch auf diesem Felde begegnen? Papen änderte also seine Taktik und begab sich auf das Gebiet der großen Politik. **Das Vertrauen der Welt, so sagte er den andern, könne nur dann wiederhergestellt werden, wenn Deutschland von den Diskriminationen des Versailler Vertrages befreit würde, wenn die Artikel über die Kriegsschuldflüge und die Reparationen gestrichen würden, wenn Deutschlands Gleichberechtigung und Sicherheit anerkannt würden.** Geschähe dies, dann sei Deutschland auch bereit, der Kasse für den internationalen Aufbau einen Zusatzbeitrag über den festgesetzten Anteil hinaus zu zahlen. Weiter schlug Papen eine Wirtschaftsunion zwischen Deutschland, Polen und den Donaustaaten vor, vorausgesetzt, daß der westpreußische **Korridor** internationalisiert und **Danzig wieder deutsch** würde.

Die Franzosen waren starr. Zum ersten Male wagte eine deutsche Regierung, in aller Form die Revision des Versailler Vertrages zur Verhandlung zu stellen! Und da machten nun sie nicht mehr mit -, sie verweigerten rundweg jede Diskussion über diese Dinge. Die Fragen der Gleichberechtigung und Sicherheit Deutschlands gehörten auf die Genfer Abrüstungskonferenz, aber nicht hierher, erklärten sie. **Jetzt plötzlich wollten sie nichts mehr von einer Verbindung der Genfer und Lausanner Konferenzen wissen, wofür sie doch bisher so eifrig gearbeitet hatten!** Sie sprangen sofort auf ihr anderes Mittel über, das sie gegen das unbequeme Deutschland in Reser-

ve hatten: **Die Verkuppelung der deutschen Tribute mit den alliierten Kriegsschulden.** Dies war die zweite politische These, die Macdonald und Herriot auf ihrer Pariser Besprechung für Lausanne aufgestellt hatten. In der Nacht vom 29. auf den 30. Juni schlugen sie den Deutschen vor, die endgültige Regelung der Tributfrage von der endgültigen Regelung der interalliierten Schuldenfrage mit den Vereinigten Staaten abhängig zu machen. Mit diesem Vorschlag sollte die erst von Macdonald so gewaltsam betriebene Endlösung nun doch noch bis zum Frühjahr 1933 vertagt werden, bis zu dem Zeitpunkt, da der im Herbst 1932 neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten sein Amt übernommen haben würde.

Frankreich wollte von der amerikanischen Entscheidung ein für allemal abhängig machen, ob Deutschland von den Tributen befreit werde oder weiter zahlen müsse. Die Frage der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstung wurde von den Franzosen rundweg abgelehnt.

*Französische
Ablehnung*

England, Frankreich, Italien und Belgien schlossen nun, ohne daß Papen dem Vorschlag zugestimmt hatte, unter sich insgeheim am 2. Juli das folgende Gentlemen-Agreement ab, das die Verbindung der Tribute mit den Kriegsschulden festlegte:

*Gentlemen-
Agreement*

Die Lausanner Abkommen treten erst nach der in diesen Abkommen vorgesehenen Ratifizierung endgültig in Kraft. **Was die Gläubigermächte anlangt, in deren Namen dieses Schriftstück paraphiert ist, so wird die Ratifizierung nicht eher stattfinden, bis zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern eine befriedigende Lösung erzielt worden ist.** Sie haben alle Freiheit, ihre Haltung vor ihren Parlamenten darzulegen. **Im Wortlaut des Abkommens mit Deutschland wird dagegen nicht auf dieses Übereinkommen hingewiesen werden.** Wenn in der Folge eine befriedigende Lösung ihrer eigenen Schulden erreicht worden ist, werden die unterzeichneten Gläubigermächte die Ratifizierung vornehmen, womit das Abkommen mit Deutschland Rechtskraft erhält.

In dem Falle, in dem eine Regelung der Schulden nicht erzielt werden kann, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Dadurch würde eine neue Lage entstehen, und die interessierten Regierungen würden sich darüber einigen, was zu geschehen hat. In diesem Falle wird die Rechtslage aller interessierten Mächte wieder die werden, die vor dem Hoover-Moratorium bestanden hat. Die Reichsregierung wird von diesem Abkommen unterrichtet werden.

Papen, der von dem Gentlemen-Agreement noch nichts wußte, verwarf den Vorschlag der Gläubigermächte voll und ganz. Der Vertreter Italiens stand ihm darin bei, indem er **vollständige Streichung aller Tribute** forderte. Papens Forderungen, Ablehnung der Verbindung deutscher Tribute mit den alliierten Schulden, vollständige Streichung der deutschen Tribute, Streichung des Teiles 8 im Versailler Vertrag, stellten etwa das Gegenteil von dem dar, was Herriot und Macdonald als Ziele der Konferenz vereinbart hatten. Die beiden erkannten, daß, wenn man zu einem Ergebnis mit den Deutschen kommen wolle, man auf alle unbestimmten Vorschläge verzichten müsse. Deshalb änderten sie jetzt ihren Plan, legten ihn bestimmter dar, indem sie zwar eine Verkuppelung der Tribute mit den Kriegsschulden beibehielten, aber doch schon in Lausanne eine endgültige deutsche Abschlußzahlung von 4 Milliarden - Tilgungsbeginn nach fünf Jahren - vorschlugen. Sei Amerika mit einer Schuldenstreichung einverstanden, dann werde ein Teil der Restschuld erlassen.

Papen hielt diesen Vorschlag ebenfalls für unannehmbar. Der bestehende Zustand der Unsicherheit und Ungewißheit würde weiterhin bestehen bleiben. Außerdem könne Deutschland nicht zulassen, daß zwischen deutschen Tributen und interalliierten Kriegsschulden eine unmittelbare Verbindung hergestellt werde. Schließlich fehle in dem Vorschlag die von Deutschland geforderte Streichung des Kapitels 8 des Versailler Vertrages mit den Bestimmungen über die Kriegsschuldflüge und die Tribute.

Die Gläubigermächte spezialisierten nun ihren Vorschlag, ohne doch schon die Verbindung der Tribute mit den interalliierten Schulden zu lösen. Die deutsche

*Englisch-
französischer
Vorschlag*

Regierung sollte nach einem dreijährigen vollständigen Moratorium einen Betrag von 4 Milliarden Goldmark in Form von Bonds zahlen, die der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel als dem Treuhänder übergeben werden sollten. Die Bank solle nach Ablauf der drei Moratoriumsjahre diese Bonds auf den Markt bringen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß sie dies im Hinblick auf die gesamte Kreditlage Deutschlands für tragbar halte und falls der Ausgabekurs dieser Bonds 90 Prozent erreiche, d. h., daß weitgehendes Vertrauen des Auslandes zur deutschen Kreditfähigkeit vorhanden sei. Die Verzinsung dieser Bonds sei auf 5 Prozent zuzüglich 1 Prozent Amortisation festgelegt. Der Erlös aus der Unterbringung dieser Bonds solle für den Wiederaufbau Europas verwendet werden. **Durch die Zahlung der 4 Milliarden Bonds werde das bisherige Reparationssystem als erledigt betrachtet. Gleichfalls erledigt seien dadurch auch die nach dem Hoover-Moratorium gestundeten Zahlungen, eingeschlossen die Reichsbahnzahlungen. Nicht berührt davon wurden jedoch die Verzinsung und Tilgung der Dawes- und Younganleihe (150 Millionen), das belgische Markabkommen (23 Millionen) sowie 25 Millionen Besatzungskosten und 41 Millionen Mixed Claims.** (Die Mixed-Claims-Zahlungen waren Leistungen, durch die gemäß dem deutsch-amerikanischen Schuldenabkommen vom Juni 1930 teilweise Urteile der deutsch-amerikanischen gemischten Kommission - Mixed Claims Kommission - erfüllt wurden. In diesen Urteilen waren Amerikanern Entschädigungen für Kriegsschäden zugesprochen worden. Teilweise hatten auch Deutsche Nutzen davon, deren Vermögen im Kriege durch Amerika liquidiert worden war. Die Mixed-Claims-Leistungen sollten bis 1981 laufen.) Dieser Vorschlag wurde wie schon gesagt der Stellung Amerikas zur Schuldenfrage untergeordnet.

Am Abend des 2. Juli wurde dieser Vorschlag den Deutschen übergeben. Den ganzen folgenden Tag, es war ein heißer Julisonntag, **setzten die Vertreter der Gläubigermächte, insonderheit Herriot und Macdonald, den Deutschen mit Bitten, Drohungen und Beschwörungen zu, diesen Vorschlag anzunehmen. Doch Papen sagte Nein!** Erstens sei eine Abschlußzahlung von 4,2 Milliarden untragbar für Deutschland. Sodann müsse es Deutschland ablehnen, in eine Front der europäischen Schuldnermächte gegen Amerika eingereiht werden. Ferner seien die Ausgabebedingungen für die Bonds unannehmbar. Schließlich aber vermisste Deutschland endgültige Beseitigung des gesamten Teiles 8 des Versailler Vertrages mit dem berüchtigten Artikel 231 über die deutsche Kriegsschuld. Dies sei nach deutscher Auffassung die Vorbedingung für eine Gesamt- und Endregelung der Tributfrage.

Schwierige Verhandlungen

Macdonald erkannte die Berechtigung der deutschen Einwendungen ohne weiteres an, vor allem auch deshalb, weil in letzter Zeit von den amerikanischen Gläubigern ein Druck auf die europäischen Mächte ausgeübt wurde, um eine Endregelung der Tribute unter Berücksichtigung des deutschen Standpunktes zu erzwingen. **Nur Frankreich blieb unzugänglich.** Herriot war zu keinem Entgegenkommen zu bewegen. Am Abend des 3. Juli war man genau so weit wie 14 Tage vorher: man sah noch keinen Ausweg aus den Gegensätzen. Herriot begab sich nach Paris, um die neu auftauchenden innerpolitischen Schwierigkeiten, die von der Rechten geschürt wurden, zu dämpfen, und Macdonald, der Verzweiflung nahe, erklärte, er werde am Mittwochabend abreisen.

Die Tage von Lausanne waren von einer aufreibenden, nervenzerreißenden Spannung erfüllt. Macdonald hatte wohl ein Verständnis für die Haltung der Deutschen, doch **erfüllte ihn die ungewöhnliche Hartnäckigkeit der Deutschen mit großem Ärger. Eine solche Hartnäckigkeit hatte man bei den Verhandlungen mit den Deutschen in den letzten 12 Jahren noch nicht erlebt. Das war eine ganz neue Erscheinung.** Herriot stand unter einem mächtigen innenpolitischen Zwange. Seine Gegner von der Rechten warteten auf den Mißerfolg in Lausanne, um ihn zu stürzen. Macdonald und Herriot wären schon längst aus Lausanne abgereist, wenn ihnen nicht das Scheitern der Konferenz als Mißerfolg ausgelegt worden wäre. Aber sie, vor allem Herriot, mußten etwas nach Hause bringen.

Der deutsche Reichskanzler von Papen und seine Mitarbeiter waren in die eisernen Bande moralischer Verpflichtung geschlagen. Das ganze deutsche Volk wartete darauf, daß Lausan-

ne die endgültige Befreiung von den Tributen bringen sollte. Tag für Tag wurden in Deutschland die Stimmen der Nationalsozialisten, der Rechtsparteien, der vaterländischen Vereinigungen laut, welche kategorisch forderten: "Schluß mit den Tributen!" Auf der anderen Seite warteten die Anhänger der Koalitionsparteien darauf, daß sich Papen eine Blöße geben sollte, um mit hämischem Hohn über ihn herzufallen. Auch sie schrieten laut und unablässig: "Schluß mit den Tributen!", um Papens Stellung zu erschweren, denn im Geheimen schürten die deutschen Sozialdemokraten in Paris die ablehnende Haltung der Franzosen. Der Reichskanzler hatte in Deutschland selbst keine Macht, auf die er sich stützen konnte, und von rechts wie von links wurde ihm immer wieder zugerufen, er mache es auch nicht besser als Brüning! **Nur in Italiens Außenminister Grandi hatte Papen einen Bundesgenossen, denn auch Italien forderte endgültigen Schluß mit den Tributen.**

Am 5. Juli **führten die zweitägigen Verhandlungen zwischen Papen und Macdonald zu einem Kompromiß.** Danach war Macdonald bereit, der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Abrüstung durch eine für Deutschland günstige Vereinbarung entgegenzukommen. Ferner war England bereit zu einer grundsätzlichen Erklärung der alliierten Mächte über Streichung der Tributartikel des Versailler Vertrages wie auch des Artikels von der deutschen Kriegsschuld. Dafür wollte Deutschland eine Abschlußzahlung von 2,6 Milliarden leisten, wovon sogleich 1,6 Milliarden an die Bank für internationalen Zahlungsausgleich gegeben werden sollten. Der Kurs für die Ausgabe der ersten Bonds sollte 90 Prozent betragen. Da dieser nach der Lage der Weltwirtschaft unerreichbar schien, wollte man das Wort "sogleich" nicht wörtlich auffassen, sondern in ihm ein Moratorium von ungewisser Dauer sehen. Der Rest von einer Milliarde sollte in Bonds zu 95 Prozent nach erfolgter Ausgabe der Bonds über 1,6 Milliarden untergebracht werden, jedoch in einer Frist von zehn Jahren. Würde innerhalb dieser zehn Jahre die Ausgabe der restlichen Milliarde nicht gelingen, so soll sie gestrichen werden. Die Bonds sollen auch nicht, wie Frankreich das früher verlangte, Schuldverschreibungen der deutschen Reichsbahn, sondern Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches sein.

Als Herriot von dem Einigungsvorschlag hörte, rief er sofort telefonisch seinen Kriegsminister Paul Boncour aus Genf nach Lausanne und besprach mit ihm die Forderung der deutschen Gleichberechtigung. **Das Ergebnis der Aussprache war Herriots striktes Nein! Er lehnte ab wie bisher alles, was von deutscher Seite kam.** Und die gesamte französische Presse von rechts bis links stand hinter dem schroffen Nein des Ministerpräsidenten.

So wurde der 6. Juli wieder ein außerordentlich kritischer Tag. Bei den stürmischen Verhandlungen war Frankreich isoliert. England, Italien, Belgien und Japan unterstützten Deutschland. Macdonald versuchte auf Herriot einen gelinden Zwang auszuüben: wenn Frankreich den Deutschen in der Tributfrage entgegenkomme, werde England den Franzosen in der Frage der französischen Kriegsschulden an England entgegenkommen. Nun, in der Tributfrage ließe sich ja reden, aber die politischen Forderungen Deutschlands betreffs Gleichberechtigung, Teil 8 des Versailler Vertrages und Kriegsschuldartikel - nein, darüber werde überhaupt nicht diskutiert! Die Deutschen hatten keine Veranlassung, ihren Standpunkt aufzugeben. Sie hatten ihren guten Willen gezeigt. Mochte die Konferenz scheitern, wenn die andern es so wollten. Deutschland würde keinen Nachteil davon haben, das Hoovermoratorium würde automatisch in diesem Falle verlängert werden und weitere Tributzahlungen würden nicht erfolgen.

Macdonald, der am 6. Juli, abends abreisen wollte, blieb. Mit neuen Kräften begann er, zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln. Das war außerordentlich schwierig. Von Papen war zu keinem Zugeständnis bereit. Voll Unmut erklärte er, die hartnäckige Weigerung Frankreichs sei auf die Einflüsse sozialistischer Kreise zurückzuführen, die das größte Interesse hätten, die ausgesprochene Rechtsregierung in Deutschland zu stürzen.

Wieder folgten zwei Tage angestrengtester Verhandlungen. Der 7. Juli, die Nacht zum 8. Juli und der 8. Juli waren von Besprechungen ausgefüllt, um die Konferenz, die plötzlich wieder völlig in Frage gestellt war, zu retten. Endlich kam ganz unerwartet eine

**Schließliche
Einigung**

Einigung zustande in der Weise, daß man erklärte, **die Konferenz von Lausanne habe nur einen Teil der europäischen Probleme, nämlich die Tributfrage zu regeln, sämtliche politischen Fragen mußten deshalb ausgeschaltet werden.** Das war die Ansicht der Mehrheit, und so mußte Papen nach dieser eindeutigen Erklärung auf die von ihm seit einer Woche vertretenen politischen Klauseln verzichten! Sein Kampf war ohne Ergebnis geblieben. Immerhin **konnte Papen das Scheitern seiner politischen Forderungen in Kauf nehmen,** da es sich hierbei lediglich um eine formelle Außerkraftsetzung des Teiles VIII und des Artikels 231 handelte. **Tatsächlich hatte er ja sein Ziel erreicht, wenn der Youngplan und mit ihm die deutschen Tribute gestrichen wurden. Denn mit dem Youngplan und den Tributen fiel automatisch auch Teil VIII des Versailler Vertrages, auf den sich der Youngplan rechtlich stützte.** Diese Erwägungen waren es wohl auch, die Papen nach eingehender Besprechung mit Macdonald bewogen, im Interesse der Tributstreichung auf seine politischen Forderungen zu verzichten. Das erstrebte Ziel war jedenfalls wertvoller als die Absicht, der unsinnigen Hartnäckigkeit der Franzosen Trotz zu bieten.

Am Abend des 8. Juli, 22,30 Uhr, fand dann die letzte öffentliche Vollsitzung der Lausanner Konferenz statt.

Schlußsitzung

Der Sitzungssaal trug einen feierlichen Charakter. In der Mitte war ein großer viereckiger Tisch aufgestellt. Macdonald war umgeben von seinen vier Ministerkollegen. Neben der englischen Abordnung hatten die Deutschen Platz genommen. Auf der anderen Seite saßen die französischen Regierungsvertreter. Die meisten waren im Frack erschienen.

Macdonald eröffnete die feierliche Sitzung der Tributkonferenz und beglückwünschte die Mächte zu der nach langen Kämpfen zustandekommenen Einigung (das gesamte Vertragswerk trug den Titel "Pakt von Lausanne"). **Er legte das Abkommen mit Deutschland sämtlichen Mächten vor und richtete an die einzelnen Mächte die Frage, ob sie dem Abkommen zustimmten.**

Zunächst erhob sich **Reichskanzler von Papen,** dem einige Stunden vorher der Text des Gentlemen-Agreement vom 2. Juli mitgeteilt worden war. Er richtete, bevor er der Annahme des Abkommens zustimmte, an den Präsidenten die Frage, wann die endgültige Ratifizierung des Abkommens durch sämtliche Mächte herbeigeführt werden könne. Macdonald erklärte, falls die Ratifizierung in absehbarer Zeit nicht geschehe, werde eine neue Konferenz notwendig sein. Daraufhin erklärte von Papen, daß er das Abkommen annehme, denn die englische Antwort hatte klar ergeben, daß Deutschland außerhalb der europäischen Schuldnerfront gegen Amerika geblieben war, und daß man im Falle der Nichtratifikation nicht zum Youngplan zurückkehren würde. Macdonald erklärte daraufhin, die deutsche Zustimmung sei ein gutes Beispiel für die übrigen Konferenzmächte. **Sämtliche übrigen Mächte stimmten darauf dem Abkommen zu. Das Abkommen über die endgültige Beseitigung des Tributsystems ist damit von den Konferenzmächten einstimmig angenommen worden.**

Ministerpräsident Herriot gab eine Erklärung ab, in der er zunächst den neuen Geist von Lausanne feierte, der sich in erster Linie in der gebührenden Achtung des eigenen Vaterlandes äußere. Diese Konferenz habe sich dadurch ausgezeichnet, daß die einzelnen Regierungen nicht versucht hätten, ihren eigenen Willen den anderen aufzudrängen. Kennzeichnend für den neuen Vertrag von Lausanne sei die Achtung der Verträge, auf der allein das internationale Leben, wie auch das Privatleben beruhe. Herriot betonte, alle seien von tiefem Mitgefühl für die großen Leiden und die Not des deutschen Volkes erfüllt. Jetzt sei die Stunde gekommen, nicht an das Trennende, sondern an das Gemeinsame zu denken und einen gemeinsamen großen Gedanken und eine gemeinsame Geistesverfassung zu schaffen. Herriot schloß mit den Worten: "Friede allen Menschen, die guten Willens sind."

Reichskanzler von Papen führte unter anderem aus:

"Das erste Ziel dieser Konferenz war, eine endgültige Lösung der Reparationsfrage zu finden. Ich bin glücklich, feststellen zu können, daß dieses Ziel erreicht ist. Das Reparationsproblem ist endgültig beseitigt. Diese Konferenz hat für Deutschland das Ende der politi-

schen Zahlungen gebracht. Ein wesentliches Hindernis, das den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern entgegenstand, ist aus dem Weg geräumt. Ich glaube und hoffe, daß wir hiermit die stärkste Wurzel der Weltwirtschaftskrise durchgeschlagen haben.

Unerlässlich ist es freilich, daß wir den hier begonnenen Sieg fortsetzen. Zwei Voraussetzungen sind es, die ich als wesentlich ansehe: einmal müssen tatkräftig und entschlossen die wirtschaftlichen Hemmungen beseitigt werden, die aus der Krise geboren sind, und ich hoffe, daß die Weltwirtschaftskonferenz dieses Ziel verwirklichen wird. Die zweite ist, daß die politische Entspannung fortschreitet und ausgebaut wird.

Die Lösung, die wir hier gefunden haben, hat Opfer verlangt, und ich erkenne willig an, daß die Gläubiger Deutschlands Opfer gebracht haben, um die endgültige und vollständige Beseitigung des Problems der Reparationen zu ermöglichen. Auch wir sind uns bewußt, an die äußerste Grenze dessen gegangen zu sein, was wir noch verantworten könnten. Ich erkläre hier ganz offen, daß wir uns nur mit schwerem Herzen haben entschließen können, die in dem Lausanner Abkommen niedergelegten Verpflichtungen zu übernehmen. Wir haben geglaubt, dies tun zu können, weil es sich bei den Leistungen, die von uns gefordert werden, nicht mehr um Reparationszahlungen, sondern um einen Beitrag handelt, den Deutschland zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt leistet. **Die deutsche Regierung hat den festen Willen, das Wiederaufbauprogramm im eigenen Lande in der tatkräftigsten Weise in Angriff zu nehmen und hofft damit, ein Wesentliches zur Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern beizutragen. Das trübe Kapitel der Reparationen ist geschlossen.**

Lernen wir auch aus diesem Problem, aus den verzögerten Entschlüssen und ihren Fehlwirkungen für die ganze Welt, daß gewonnene Erkenntnisse zu entscheidendem Handeln führen müssen. Deshalb sollten die noch offenstehenden Fragen einer beschleunigten Lösung zugeführt werden. **Die wirtschaftliche Befriedigung der Welt verlangt vor allem die politische Stabilität. Sie ist nur gewährleistet, sofern allen Völkern neben gleichen Pflichten auch gleiche Rechte zugebilligt werden. Deutschlands Ansprüche sind bekannt.**

Ich schließe mit der Versicherung, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk bereit und willig sind, in Zusammenarbeit mit allen Regierungen und Völkern der Erde den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt in Angriff zu nehmen. Ich hoffe, daß die Konferenz von Lausanne einen neuen Ausblick auf eine glückliche Zukunft eröffnen wird." -

Das umfangreiche Vertragswerk von Lausanne besteht zunächst aus einer allgemeinen geschichtlichen Darstellung der Vorgänge, die zur Einberufung der Konferenz geführt haben. Es gibt sodann die Moratoriumserklärung der Gläubigermächte vom 16. Juni wieder.

Das Reparationsabkommen mit Deutschland beginnt mit einer Präambel, in der die Regierungen von England, Belgien, Kanada, Australien, Neu-Seeland, Südafrika, Indien, Frankreich, Griechenland, Japan, Portugal, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Südslawien und Deutschland feststellen, daß die Rechtsgültigkeit der Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 nicht zur Verhandlung stehen, jedoch im Hinblick auf die großen wirtschaftlichen Krisen und Schwierigkeiten von dem Wunsche geleitet, das notwendige Vertrauen für die normalen wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen zu sichern, die unterzeichneten Mächte folgendes Übereinkommen getroffen haben (dies ist die "**Politische Erklärung**"):

**Pakt von
Lausanne**

"Die unterzeichneten Staaten des gegenwärtigen Abkommens sind in Lausanne zusammengetreten, um eines der Probleme des Weltkrieges mit dem ehrlichen Wunsche zu regeln, zur Bildung einer neuen Ordnung beizutragen, die die Schaffung und Entwicklung des Vertrauens zwischen den Völkern im Geiste des gegenseitigen Entgegenkommens, der Zusammenarbeit und der Gerechtigkeit fördert. Die Mächte sind nicht der Ansicht, daß das in Lau-

sanne geschaffene Werk, das vollständig den Reparationen ein Ende bereitet, genügt, um den Frieden zu erreichen, den die Völker wünschen. Jedoch hoffen sie, daß diese Erkenntnis in sich selbst so bedeutend ist, und so große Bemühungen notwendig gemacht hat, daß sie von allen friedlichen Elementen Europas und der Welt verstanden und richtig geschätzt wird, und daß neue Werke folgen werden. Diese Taten werden umso leichter durchzuführen sein, als die Völker diesen neuen Schritt zu einem wahren Frieden unterstützen, der, um vollständig zu sein, sich gleichmäßig auf die wirtschaftliche und politische Ordnung beziehen muß, wie sie auch jeden Appell an die Gewalt oder an die Waffen zurückweisen. Die Unterzeichnermächte des gegenwärtigen Abkommens werden sich daher bemühen, die gegenwärtig gestellten Probleme, oder diejenigen Probleme, die später gestellt werden, in dem gleichen Geiste zu lösen, der dieses Abkommen beseelt."

Die Finanzregelung. Es folgt der finanzielle Teil der Abmachungen (Artikel I). Artikel I regelt die von der deutschen Regierung im Gesamtbetrag von 3 Milliarden Goldmark auf der Grundlage der gegenwärtigen Währung auszugebenden Schuldverschreibungen zu 5 Prozent, sowie in 9 Punkten die näheren Ausgabebedingungen. Die Schuldverschreibungen können von der B.I.Z. erst nach Ablauf von 3 Jahren vom Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens begeben werden. 15 Jahre nach der Unterzeichnung werden die von der B.I.Z. nicht untergebrachten Schuldverschreibungen annulliert. Der Ausgabekurs ist 90 Prozent.

Bemerkenswert ist Punkt 6, wonach im Falle, daß die Reichsregierung im Auslande mit oder ohne ihre Garantie Anleihen auflegt, sie bis zu einem Drittel das Nettoeinkommen dieser Anleihen zum Rückkauf der Schuldverschreibungen verwenden muß. Gegebene Vorschüsse für die gleiche Zeit oder weniger als ein Jahr bleiben davon unberührt. Punkt 7 besagt, falls zu irgendeinem Zeitpunkt die B.I.Z. der Ansicht ist, daß der Kredit der deutschen Reichsregierung wiederhergestellt ist, jedoch die Anleihekurse unterhalb des Mindestpreises der Emission liegen, so kann eine Zweidrittelmehrheit des Verwaltungsrates der B.I.Z. den Mindestpreis ändern.

In allen anderen Fragen (Punkt 8) faßt der Verwaltungsrat der B.I.Z. seine Entschlüsse mit Stimmenmehrheit.

Das Tributabkommen mit Deutschland erklärt den vollständigen Abschluß des bisherigen Reparationssystems. Die bisherigen Abmachungen und Verträge über die Reparationszahlungen Deutschlands kommen damit in Fortfall.

Aus diesem Grunde werden das Solldepot der Reichsbank bei der B.I.Z. in Höhe von 65 Millionen Mark sowie die von der Reichsbahn bei der B.I.Z. hinterlegten Obligationen in Höhe von 460 Millionen Mk. frei. Die zukünftigen Verpflichtungen Deutschlands betragen damit für die Endregelung der Tribute die Verzinsung und Tilgung der Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches in Höhe von 3 Milliarden Mark und würden damit theoretisch 180 Millionen Mark jährlich ausmachen. Da jedoch die Schuldverschreibungen nach dem dreijährigen Vollmoratorium von 1935 an nur in Abschnitten auf den internationalen Markt kommen und die ganze Frage der Aufnahme dieser Schuldverschreibungen auf dem internationalen Kapitalmarkt vollständig unübersichtlich ist, kann die 1935 tatsächlich eintretende finanzielle Belastung Deutschlands gegenwärtig noch gar nicht bestimmt werden. Die gesamten Schuldverschreibungen des Reiches in Höhe von 3 Milliarden werden im Falle der normalen Tilgung nach 37 Jahren getilgt. Die nach 15 Jahren noch nicht ausgegebenen Schuldverschreibungen werden gelöscht.

Weiter bestehen bleiben dagegen diejenigen Verpflichtungen, die auch von dem Hoover-Moratorium nicht berührt waren, also die Verzinsung und Tilgung der Dawes- und Younganleihen in Höhe von insgesamt 150 Millionen Mark, die jährlichen Besatzungskosten in Höhe von 21 Millionen Mark, das belgische Mark-Abkommen mit 22 Millionen Mark und die sogenannten Mixed Claims in Höhe von 41 Millionen Mark jährlich. Zuzüglich der rechnermäßig vorgesehenen 180 Millionen würde sich eine rechnerische Belastung von 414 Millionen jährlich ergeben. -

Wegen dieses Ausgangs der Konferenz wurde Papen in Deutschland von der Rechten stark

angegriffen. Große Hoffnungen waren enttäuscht worden. "Frankreich hat gesiegt!" war das Urteil der nationalen Kreise, während die Linke von einem "schönen Erfolg der Erfüllungspolitik" (im *Vorwärts*) sprach. Die Nationalsozialisten rückten infolge von Lausanne noch weiter von dem "Ministerium der nationalen Ohnmacht" ab, als sie dies bereits infolge der inneren Wirren taten. Ihr Führer Adolf Hitler erklärte, der Vertrag von Lausanne, der eine Belastung des deutschen Volkes mit 3 Milliarden bringe, werde in 6 Monaten nicht mehr drei Mark wert sein. **Während Macdonald und Herriot bei der Rückkehr in ihre Länder mit begeistertem Jubel empfangen wurden, bereiteten die Berliner dem Reichskanzler von Papen einen kühlen Empfang.**

Papen führte zur Rechtfertigung seiner Haltung in Lausanne mehrere Gründe an. Hätte Deutschland abgelehnt, sagte er, so würde die ganze Welt Deutschland allein die Schuld hieran beigemessen haben. Der Zusammenbruch der Konferenz würde aber eine neue schwere Erschütterung für Deutschlands Handel und Wirtschaft bedeuten, ja, jeder Aufschwung in Deutschland würde dann unmöglich geworden sein. Es hätte auch die Gefahr bestanden, daß der Zinsen- und Tilgungsdienst für die privaten deutschen Auslandsschulden nicht mehr möglich gewesen wäre und die Privatgläubiger versucht hätten, ihre Forderungen durch Rückgriffe in die deutsche Wirtschaft zu sichern. Die Durchsetzung der politischen Forderungen erwies sich als eine einfache Unmöglichkeit.

Es gelang allerdings Papen nicht, seinen unerwarteten Vorstoß gegen die politischen Fundamente des Versailler Vertrages erfolgreich durchzuführen. **Immerhin kam die tatsächliche Beseitigung des Youngplanes und der Tribute einer tatsächlichen Beseitigung von Teil VIII und Artikel 231 gleich,** und es war ein Erfolg, daß die unklaren und dehnungsfähigen Bestimmungen des Youngplanes über ein Sanktionsverfahren, das die Großmächte über den Haager Gerichtshof in bestimmten Fällen einleiten konnten, endgültig gestrichen wurden. **Auch war es Papen gelungen, die von der Gegenseite verlangte deutsche Anerkennung der Verknüpfung des Lausanner Abkommens mit der alliierten Schuldenregelung aus dem Abkommen zu beseitigen.** Die Verbindlichkeit des Gentlemen-Agreements für Deutschland war durch die Erklärung Macdonalds am Abend des 8. Juli klar und deutlich abgelehnt worden. Das Ergebnis der Lausanner Konferenz war also das, daß man sich lediglich auf die Beseitigung des Youngplanes beschränkte und daß sowohl die Gläubigermächte wie auch Deutschland auf ihre politischen Klauseln verzichteten.

Drei Dinge genügten Papen für das Ergebnis von Lausanne: erstens, daß Deutschland nicht in die gemeinsame europäische Schuldnerfront gegen Amerika eingereiht wurde, sodann, im Falle einer Nichtratifizierung des Lausanner Abkommens eine Rückkehr zum Youngplan nicht erwogen wurde, und schließlich, daß Macdonald sich bindend für Deutschlands Gleichberechtigung erklärt hatte. **Im Gegensatz zu den früheren deutschen Regierungen hatte Papen diesmal mit England gegen Frankreich Politik gemacht.** Im Haag, Januar 1930, hatte Wirth noch die gegenteilige Politik verfolgt.

Dr. Schacht, der frühere Reichsbankpräsident, welcher die Haager Politik der Reichsregierung aufs schärfste mißbilligte, beglückwünschte Papen zu dem Lausanner Ergebnis. Daß in Lausanne nicht mehr erreicht worden sei, meinte Schacht, komme daher, daß die ganze Lausanner Konferenz unter dem Druck der Vorbereitungen des vorhergehenden Kabinetts gelegen habe. Die Vorbereitungen seien nicht aus dem Geiste des Kämpfens, sondern aus dem des Duldens geboren gewesen. Wäre die Lausanner Konferenz nach den Reichstagswahlen zusammengetreten, so würde der nationale Lebenswille Deutschlands in ganz anderer, eindrucksvollere Weise die deutschen Unterhändler haben schützen können.

Lausanne steht im Zwielficht zweier Zeiten. Die Zerrüttung der deutschfeindlichen Front von 1919 offenbarte sich in deutlicher Weise.

**Bedeutung
der Konferenz**

Zunächst in der Auslegung des Gentlemen-Agreements. Herriot, und mit ihm Frankreich, klammerte sich mit allen Kräften an die Vergangenheit. Um dieser Vergangenheit neue Lebensmöglichkeit zu geben, war die enge Verbindung zwischen deutschen Tributen und alliierten Kriegsschulden zur Voraussetzung für die Ratifizierung des Abkommens erklärt worden. Würde diese Vorausset-

zung nicht erfüllt, werde man zum Youngplan zurückkehren. Ganz anders Macdonald. Im Prinzip einer Streichung der Schulden und Tribute zustimmend, erklärte er noch in Lausanne, daß, falls die Voraussetzung des Gentlemen-Agreements nicht gegeben sei, man nicht zum Youngplan zurückkehren, sondern eine neue Konferenz einberufen werde. Das hatte er ganz eindeutig und in aller Öffentlichkeit den Deutschen versichert.

Dann Italien: es hatte zwar seine Unterschrift unter das Gentlemen-Agreement gesetzt, trat aber in seiner Forderung einer endgültigen Streichung der deutschen Tribute auf die Seite Deutschlands.

Amerika, der Gegner Deutschlands von 1919, war zum Bundesgenossen von 1932 geworden. Es machte den europäischen Gläubigern Deutschlands schwere Vorwürfe wegen des Gentlemen-Agreements und erklärte eine weitgehende Abrüstung als Voraussetzung für jede Schuldenrevision seinerseits.

Die Rückwirkung von Lausanne auf die Genfer Konferenz ergab sich auch noch auf einem andern Gebiete: Macdonald gab den Deutschen das Versprechen, für ihre **Gleichberechtigung** in Genf sich einzusetzen, das er allerdings bis zur Vertagung der Konferenz nicht einlöste.

Deutschland aber führte zum ersten Male einen wuchtigen Vorstoß gegen die Fundamente von Versailles und meldete seine Revisionsforderungen an, alle Wünsche der Franzosen auf Verzicht einer Revision und insbesondere auf Verzicht einer Grenzrevision im Osten standhaft ablehnend.



13. Kapitel: Kulturkampf in der deutschen Republik.

Die deutsche Kultur war im Laufe vieler Jahrhunderte auf dem Boden des Christentums erwachsen. Das katholische Bekenntnis bildete die Grundlage kultureller Entwicklung im Raume des Rheines und der Donau, die evangelische Lehre verbreitete sich über das baltische Norddeutschland. Die Lehre **Luthers** gab der deutschen Kultur ihr eigenes Gepräge. Männer wie **der Große Kurfürst**, wie **Stein**, **Arndt**, **Fichte**, Steffens, **Bismarck** wurzelten ganz im Boden der evangelischen Anschauungen.

Allerdings erlebte die deutsch-christliche Kultur im Zeitalter der Industrie, des kapitalistischen Imperialismus einen starken Verfall. Sie geriet immer mehr in den Bann des Materialismus. Das Geld, das bewußt und unbewußt allen menschlichen Bestrebungen den Antrieb gab, erstickte seelische Kräfte. Das Äußere, die Fassade, gab dem Menschen seinen Wert: Besitz, Stand, Ansehen. Das deutsche Volk in allen seinen Ständen verfiel einer kulturellen Dekadenz. Der von den Marxisten gepredigte Klassenkampf tat sein übriges. Gleichsam wie eine ungeheure Lähmung erschlaffte sinnlicher Materialismus Körper und Geist, Leib und Seele. Das war in gleichem Maße der Fall bei dem Bürgertum wie bei der Arbeiterschaft.

**Entwicklung der
materialistischen Kultur**

Die Kultur war entseelt. Sie hatte aufgehört, innerer Bestandteil des Menschen zu sein. Ihre Güter waren Sachwerte, die ganz nüchtern gegen Geld verhandelt wurden. Der Reiche, Besizende, kaufte sich rein verstandesmäßig seine "Bildung", ohne eine innere Beziehung dazu zu haben. Er ließ seinen Kindern für Geld ein bestimmtes Quantum dieser Kultur eintrichtern, und das ganze Schulwesen von der Volksschule bis zur Hochschule diente nicht der Kulturbildung, sondern dem Kulturdrill. Humanismus und Protestantismus, die beiden höchsten Lebensgüter deutscher Kultur, lagen in scheinbarer Erstarrung.

Die Technik beherrschte die deutsche Kultur. Sie ermöglichte den einseitigen Primat der Naturwissenschaften. Das Wissen wuchs, aber die andere Säule der Kultur, der Glauben, starb. Unaufhaltsam vollzog sich die Abwendung des Volkes vom christlichen Glauben und von der Kirche. Christentum galt noch als schöne Fassade, aber im Innern war es tot. Trotz aller Bemühungen der Kirchen war diesem Entwicklungsgange nicht zu wehren, denn die Träger der Kirche waren selbst Kinder ihrer

Zeit. - So steht gleichsam als Devise über dieser Zeit materialistischer Kultur das Wort Ludwig Feuerbachs, das er 1848 zu Heidelberg in seinen Reden über die Religion sprach:

"Der Glaube oder die Vorstellung, daß ein Gott Urheber, Erhalter und Regent der Welt sei... beruht auf der Unkenntnis der Natur, sie stammt daher aus der Kinderzeit der Menschheit, ob sie gleich sich auch bis auf den heutigen Tag erhalten hat, und ist nur da an ihrem Platze, nur da eine wenigstens subjektive Wahrheit, wo der Mensch alle Erscheinungen, alle Wirkungen der Natur in seiner religiösen Einfalt und Unwissenheit Gott zuschreibt."

Büchner, der Philosoph von *Kraft und Stoff*, zog die Konsequenzen der bourgeoisen Wissenschaftlichkeit, als er 1881 den "Volksbund für Geistesfreiheit" gründete. Man hielt diese Absage an Christentum und Religion für Mut, und viele, die mit Büchner sympathisierten, fanden nicht den Mut, sich offen zu ihm zu bekennen. So erfaßte der Volksbund nur verschwindende Teile des sich aufgeklärt dünkenden Bürgertums. 1931 hatte er es auf 60 000 Mitglieder gebracht, noch nicht ein Tausendstel der deutschen Bevölkerung.

Ein anderer Kulturexponent um die Jahrhundertwende war der außerordentlich überschätzte Jenaer Professor der Naturwissenschaft, Ernst Häckel. Er leugnete Gott, Seele, Unsterblichkeit. Der Mensch gehöre einer höheren Gruppe der Wirbeltiere an. Diese bis ins Grotteske übersteigerte Verneinung aller Kultur legte Häckel seinem "Monistenbund" unter, den er 1906 gründete. Dieser erhielt seinen Namen daher, weil seine Anhänger als das einzig Seiende die Materie bezeichneten. In Kreisen der Ärzte und Naturwissenschaftler konnte er Fuß fassen, doch zählte er 1930 kaum 10 000 Mitglieder.

Die geringen Mitgliederzahlen des Volksbundes für Geistesfreiheit und des Monistenbundes dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das allgemeine Kennzeichen der bürgerlichen Kultur im Beginn des 20. Jahrhunderts die Skepsis, die Verneinung war. Besonders bezeichnend hierfür war es, daß auf der 75. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte am 21. September 1903 der Breslauer Chemieprofessor Ladenburg unter großem Beifall der zahlreich Versammelten erklären konnte, daß die absolute Gesetzmäßigkeit der Naturerscheinungen weder durch Wunder noch durch das Eingreifen eines persönlichen Gottes jemals gestört werden könne und daß der Unsterblichkeitsglaube mit vielen Tatsachen unvereinbar sei. Die bevorzugte Stellung des Menschen unter den Lebewesen sei durch die Lehren der Entwicklungsgeschichte beseitigt. Nur eins erkannte man noch an, betete man noch an: sich selbst, den irdischen Menschen, nicht den Charakter, sondern den Intellekt. Tatsächlich war, was der Verstand begriff.

Der Marxismus erwuchs auf dem gleichen Boden des Materialismus wie die bürgerliche Kultur, aber als deren Antithese. Indem er die bürgerliche Kultur verneinte, lehnte er auch deren religiöses Fundament ab. 1905 entstand in Berlin der Verein der Freidenker für Feuerbestattung, 1908 folgte in Eisenach die Gründung des Zentralverbandes proletarischer Freidenker Deutschlands. Die Konfessionslosen, die im Jahre 1900 kaum 10 500 Menschen zählten, waren bis 1910 auf über 200 000 angewachsen. Die geistige Richtung der Bewegung bestimmte Häckels Monistenbund, aus ihm gingen die Führer der Freidenker hervor. -

Die schweren Schicksalsschläge, die das deutsche Volk seit 1914 erlebte, brachten ihm eine Wandlung seiner Kulturauffassung. Das Erlebnis des Krieges ersetzte die erstarrte Kulturfassade durch ein lebendiges Kulturbedürfnis. Unter der Wucht der Verluste materieller Art rang der deutsche Mensch wieder um ein unmittelbares, persönliches Verhältnis zu den Lebensäußerungen der Kultur. Die Kultur sollte nicht nur ein totes, fremdes Gut sein, das man sich aneignete, weil es herkömmlich war, sondern sie sollte wieder ein unmittelbarer Bestandteil der Persönlichkeit werden, sie sollte durch die Seele fließen. Das war ganz unbewußt, instinktiv, ein gefühlsmäßiger Ausweg aus allen Wirrnissen, da die Kraft des Verstandes versagte. Es schien, als löse sich das ganze deutsche, bisher verstandesmäßig-objektive, starre, formgebundene Kulturwesen in eine seelisch-subjektive, formlose Flut auf.

Dieses Suchen nach der unmittelbaren Beziehung zwischen Mensch und Kultur nahm verschiedene

**Suchen nach
neuen Formen**

Gestalt an. Der Gedanke der **Volkshochschule** ist ihm entsprungen. Ein neues Naturempfinden, das sich in den aufkommenden Wochenendfahrten und Wanderungen ausdrückte, kündete sich an. Ein neues **Heimatgefühl** brach sich Bahn. Dem empfänglichen Menschen erschloß sich die Vergangenheit und Schönheit seiner Heimat, die ihm früher alltäglich, nüchtern erschien. Er setzte sich an den Stätten, mit denen er unmittelbar verknüpft war, in Verbindung mit den Geschlechtern der früheren Zeiten und ihrer Schicksale. Die **Heimatgeschichtsschreibung** erlebte eine hohe Blüte. Auch die Religion ward plötzlich wieder ein Lebensfaktor. Das zeigte sich ganz besonders im Bereiche des marxistischen Kulturkreises. Man strebte eine Vereinigung von Marxismus und kirchlichem Christentum an. Auch der Marxist, der bisher alle diese Werte ablehnte, suchte jetzt die Einheit des Vitalen und des Geistigen, er strebte nach der Möglichkeit, daß ein gläubiger evangelischer oder katholischer Christ auch zugleich Marxist sein könnte. Er kämpfte gegen die trennenden Gewalten in Marxismus und Kirche, unter dem Einfluß der jungen Generation bürgerlicher Kreise war der "religiöse Sozialismus" bereit, ein neues, fortschrittliches Kulturideal zu schaffen.

Dieser neue Kulturgeist beeinflusste auch die **Erziehung der Jugend**. Man hielt die Kinder von früh auf an, ihre Eindrücke von der Welt plastisch oder zeichnerisch wiederzugeben, zu gestalten. Das ist die primitivste Quelle aller Kultur. Man führte sie hinaus in Feld und Wald, ließ sich die Größe der Schöpfung vor ihnen erschließen, daß sie fähig wurden, sich selbst eine Weltanschauung zu bilden. Und die Jugend wieder forderte, daß ihre Lehrer selbst als Kulturpersönlichkeiten vor sie hintraten, sie wollten das Ideal ihrer eigenen Kultur in ihrem Lehrer sehen. Sie fragten nicht nach dem, **was** er lehrte, sondern **wie** er es lehrte. So rang das junge deutsche Geschlecht unbewußt, instinktiv um den Charakter, auf welcher Basis er auch stand.

So kam es, daß die alte abstrakte Norm der Kultur zerbrach. Es gab nichts Einheitliches mehr. Die deutsche Kultur, allzu persönlich begründet, löste sich in zahllose Kreise auf, die entweder politisch, oder religiös, oder soziologisch oder sonstwie bestimmt waren. Die Kultur wurde der Niederschlag der Persönlichkeit, von dem sich die Kommenden nährten. Wie die Biene den Honig von sich gibt, um ihren Nachwuchs zu nähren, so ließen die einzelnen Lebenskreise des Volkes die Kultur durch sich laufen, um die junge Generation darin zu erziehen. Es gab also keine deutsche Kultur mehr, sondern einen nationalen, einen proletarischen, einen demokratischen, einen kirchlichen usw. Kulturkreis. Mathilde Ludendorff begründete eine germanische Kultur. Und aus diesem Brodeln und Gären dieser Kulturen entwickelte sich alsbald ein Kulturkampf, der unter einem beherrschenden Gesichtspunkt geführt wurde: **Für das Christentum oder gegen das Christentum**. Männer wie Oswald Spengler, Graf Kayserlingk, Steiner waren Krisenerscheinungen der untergehenden bürgerlichen Kultur.

**Ansturm gegen
Christentum und Kirche**

Nun war durch den Umsturz von 1918 der marxistische Kulturkreis zur Herrschaft gekommen. Er verband mit der Losung: Kampf den Thronen! auch den **Kampf gegen die Altäre**. Das war das traditionelle Programm der Sozialdemokratie. Und dieser Kampf gegen Kirche und Christentum entbrannte bei den Beratungen um die Reichsverfassung zu voller Schärfe. Das marxistische Freidenkertum, das ebenfalls vom Menschen als Kulturmittelpunkt ausging, forderte Abschaffung des Christentums. Der Mensch solle sich für alles einsetzen, was er, rein subjektiv, als "wahr, gut und schön" erkenne. Das war aber nichts anderes als der verneinende Unglaube der Sozialdemokratie. Ihr folgten große Scharen der Arbeiterschaft, Teile des Bürgertums und vor allem die Volksschullehrerschaft, die auf die Befreiung von "kirchlicher Bevormundung" wartete. Das waren erregte Wochen, in denen bittere Worte fielen: "Religion ist Opium für das Volk", die "Kirche ist eine Verdummungsanstalt" und ähnliche Redensarten.

Der erste Sturm richtete sich gegen die christliche Schule. Wer die Jugend habe, der hat die Zukunft. Die Zukunft ohne Christentum aber setzte eine religionslose Erziehung der Jugend voraus. In **Preußen** bemächtigte sich Adolf Hoffmann des Kultusministeriums. Ende November 1918 erließ er die Neuregelung des Religionsunterrichtes. Der "wollte die größten Übel nunmehr ausrotten" und damit "die einfache Pflicht zu Redlichkeit und Sauberkeit" erfüllen. In allen Schulen wurde das

Schulgebet aufgehoben, Religionslehre als Prüfungsfach abgeschafft und der Religionsunterricht für Lehrer und Schüler als freiwillig erklärt. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich, und Hoffmanns Nachfolger Hänisch mußte den Novembererlaß teilweise außer Kraft setzen. Aber in den folgenden Monaten wurden neue Versuche unternommen, auf Umwegen zur religionslosen Schule zu gelangen. Auch wurde die geistliche Schulaufsicht aufgehoben. Die Religionspolitik Hoffmanns und Hänischs bestimmte den Evangelischen Presseverband für Deutschland, im Frühjahr 1919 binnen weniger Wochen in Preußen 8½ Million evangelischer Stimmen zu sammeln, welche die Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichts in der Schule forderten. Diese Stimmensammlung wurde später der Nationalversammlung vorgelegt.

Auch in **Sachsen** war mit tatkräftiger Unterstützung des Sächsischen Lehrervereins der Kampf gegen die Religion entbrannt. Am 22. Juli 1919 wurde ein Übergangsschulgesetz geschaffen, welches den Religionsunterricht gänzlich aus der Schule verbannte. Jedoch im November 1919 entschied das Reichsgericht, daß dies Gesetz gegen die neue Reichsverfassung verstoße, und so wurde es wieder aufgehoben. Eine ähnliche Gewaltpolitik versuchte in **Braunschweig** die religionslose Schule einzuführen.

Inzwischen war nach langen Kämpfen das **Schulkompromiß der Weimarerischen Verfassung** zustande gekommen. Unter dem ungeheuren Druck der Feinde, welche die Unterzeichnung des Versailler Diktates forderten, schlossen sich Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie zusammen und schufen Artikel 146 und 149 der Reichsverfassung, welche die Bekenntnisschule und die weltliche Schule nebeneinander gelten ließen und die Religion als ordentliches Lehrfach der Schulen erklärten. So war wenigstens die religiöse Jugenderziehung gerettet, eine endgültige Regelung sollte ein Reichsschulgesetz bringen. Im öffentlichen Leben aber wurde die Kirche vom Staate getrennt und das Glaubensbekenntnis als Privatsache erklärt. Es durfte im Beruf nicht bestimmend sein, die religiöse Eidesformel wurde nicht mehr als obligatorisch betrachtet. - So war in der Tat die Kirche von ihrer bevorrechteten Stellung im Staate verdrängt, aber indem man den christlichen Glauben zur Privatangelegenheit machte, mußte man den Anhängern der christlichen Bekenntnisse das Zugeständnis machen, diesen Glauben zu schützen und zu pflegen und ihren Kindern weiter zu vererben.

Die christliche Bevölkerung erkannte bald die Gefahr ihrer Lage, und sie war zur kulturellen Selbsthilfe entschlossen. In den Jahren 1920 und 1921 schlossen sich in allen Teilen Deutschlands die christlichen Eltern zu großen Bündern zusammen, um ihren Kindern die Religion zu erhalten. Diese **christliche Elternbewegung** war vielleicht seit der Reformation die größte evangelische Laienbewegung, die nicht gegen, sondern mit der Kirche für die höchsten Werte des seelischen Lebens kämpfte. Lehrer und Beamte, Bergleute und Bauern und Arbeiter, Mütter und Väter aller Stände und Berufe hatten sich vereinigt, um die christliche Tradition auch auf das junge Geschlecht fortzupflanzen. -

Aber bald schon folgte der zweite Sturm der Freidenker. Es wurde durch die Staatsregierungen, die zumeist marxistisch waren, die Bildung von **Elternbeiräten** angeordnet, welche eine harmonische Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternschaft gewährleisten sollten. Die Freidenker gedachten, in diese Elternbeiräte die Feinde des Christentums wählen zu lassen und auf diese Weise die Schulen des christlichen Bekenntnisses in weltliche umzuwandeln. Doch auch dieser Schlag mißglückte. Die Kirche sah in den Elternbeiräten eine willkommene Einrichtung, das verlorengegangene Aufsichtsrecht über die Schule hier in neuer Form zu befestigen. Die Pfarrer der Kirchen entfalteten eine eifrige Tätigkeit, und es gelang, den christlichen Elternbeiräten zum überwältigenden Siege zu verhelfen.

Nun holten die Gegner des Glaubens zum dritten Schläge aus. Sie bereiteten ein **Reichsschulgesetz** vor, das schon lange angekündigt worden war. In dem Entwurfe gab es keine Bekenntnisschule und weltliche Schule mehr, sondern nur noch eine Gemeinschaftsschule, die Simultanschule. In ihr sollte der Religionsunterricht nicht mehr ordentliches Lehrfach, sondern freiwillig sein, er sollte allen Bekenntnissen, den Evangelischen, Katholiken, Juden und Freidenkern in gleicher Weise erteilt werden. Hier witterten die Anhänger der deutsch-christlichen Kultur einen neuen Überfall auf den

Glauben, und die deutschen Katholiken sammelten 1922 und 1923 9 Millionen Stimmen gegen das geplante Reichsschulgesetz.

Im Gegenteil, die Kurie betrieb jetzt mit aller Macht ein **Reichskonkordat**, um so ein für allemal Angriffe auf das katholische Schulwesen abzuschlagen. Reichsschulgesetz und Reichskonkordat waren jetzt die beiden Gegensätze, die hart aufeinanderprallten und die beiden Koalitionsparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, in entgegengesetzten Richtungen auseinandertrieben.

So wurde weder das Reichsschulgesetz noch das Reichskonkordat verwirklicht. In den Ländern aber strebten die kulturellen Maßnahmen der Regierungen in unvereinbaren Gegensätzen auseinander. Radikale christenfeindliche Forderungen verwirklichte der sächsische Ministerpräsident Fleißner mit seinen Verordnungen von August und September 1922, ein Weg, den im folgenden Jahre auch Thüringen ging. In Bayern dagegen triumphierte die katholische Kirche, hier ward 1924 das Konkordat geschlossen. So chaotische Zustände herrschten in der kulturellen Entwicklung des deutschen Volkes seit 1919!

Die erste Welle des Angriffs gegen Kirche und Christentum erfüllte das Jahrfünft bis 1924. In dieser Zeit betrug der Gewinn der Freidenker in Deutschland 900 000 Menschen. Dennoch ließ sich von Jahr zu Jahr eine Abnahme des Zuwachses bemerken: machte er 1920 über 323 000 aus, so erreichte er im Jahre 1924 kaum noch ein Fünftel davon, 60 000 Seelen.

**Vorsturm
der Gottlosen**

Doch hinter dem Sturmtrupp der Freidenker folgte eine viel gefährlichere Heerschar, die der Gottlosen. Der Boden, auf dem sie standen, war der des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei. Diese bezogen ihr Gedankengut aus Moskau. Lenin, der mit dem zersetzenden Gift des westeuropäischen Marxismus angefüllt war, hatte dies in seiner russischen Heimat dem russischen Geiste der Verneinung angepaßt, und so türmte sich denn im bolschewistischen Rußland die Sturzwelle der Gottlosigkeit, die rückfließend nach Europa strömte.

Lenins Bekenntnis zur Gottlosigkeit war folgendes:

"Religion ist eine Art geistiger Druck, der auf den wirtschaftlich und geistig niedergedrückten Volksmassen lastet. Dieser Druck und diese Ursache erzeugen unvermeidlich den Glauben an ein Jenseits, an ein Leben nach dem Tode. Darum vertröstet die Religion den Menschen auf das Jenseits und lehrt für das diesseitige Leben Demut und Geduld. Die Kapitalisten, die von fremder Arbeit leben, lehrt sie Wohltätigkeit; sie hängt aber damit der ganzen Ausbeuterei nur ein frommes Mäntelchen um und rechtfertigt damit die Unterdrückung und Ausbeutung. Indem sie den Arbeiter als Sklaven des Kapitals von dem Kampf um seine Befreiung abzieht und abhält, ist sie Opium oder Fusel, durch die die Menschen sich berauschen, um ihre Not zu vergessen. Aber wie der Betrunkene oder Opiumtrinker seine Menschenwürde ersäuft, so ersäufen die Menschen ihr Menschenantlitz in der Religion. Religion ist also das allergefährlichste Gift, das der klassenbewußte Arbeiter meiden muß, wie man Opium oder Schnaps meidet."

Diesem Haß entsprangen die Gewalttaten, welche die Bolschewisten sogleich nach der Machtergreifung gegen die Kirche verübten. Sie beraubten die Kirchen und Klöster ihres Besitzes und ihrer Einkünfte, nahmen den Priestern die Menschenrechte, ja, in den baltischen Provinzen metzelten sie die evangelischen Pfarrer zu vielen Dutzenden nieder.

Auch in Deutschland gerieten die radikalen Klassenkämpfer unter den Einfluß dieser dämonischen Geisteskräfte. Doch anfänglich war das Wirken der Gottlosigkeit hier noch chaotisch, nicht organisiert, es fand seinen Ausdruck gemeinsam mit dem Freidenkertum in der Zahl derjenigen, welche die Kirche verließen und die "dritte Konfession" der Konfessionslosen bildeten. Trotzdem die Anziehungskraft dieser neuen Gemeinschaft, wie vorhin schon bemerkt, von Jahr zu Jahr ständig zurückging, gelang es doch der Gottlosigkeit, 1922 und 1923 vorübergehend in Sachsen und Thüringen zu herrschen und nach dem Vorbilde Rußlands die Kirche und ihre Beamten zu quälen.



Rohe Gottlosenpropaganda der Marxisten.
[Photo Scherl?]



Roher Kampf gegen das Christentum durch d. Marxisten. [Photo Scherl?]



Roher Kampf der Marxisten gegen Christentum und Kirche. [Photo Scherl?]



Roher Kampf der Marxisten gegen Christentum und Kirche. [Photo Scherl?]

Die zweite Welle der Gottlosigkeit und Bekämpfung des Christentums

hob also 1925 an. Hier-bei kam den deutschen Freidenkern die Gründung der internationalen Freidenkerbewegung zusat-ten, die 1925 erfolgte. Diese hatte in zehn Ländern 16 Organisationen und umfaßte Sozialdemokra-ten und Kommunisten gemeinsam. Die Wahl des **Reichspräsidenten von Hindenburg**, das bayeri-sche Konkordat riefen die neue konzentrierte Aktion der Kirchenfeinde hervor, an der sich jetzt neben den Freidenkern zielbewußt und planmäßig auch die Gottlosen beteiligten. Den ersten Groß-angriff auf die Kirche eröffnete die Gottlosigkeit 1926, als um die entschädigungslose Enteignung der Fürstenfamilien gekämpft wurde. Auf Rußlands Geheiß wurde dieser Kampf auch gegen die Kirchen ausgedehnt und mit den rücksichtslosesten Mitteln geführt, mit Schmähungen, Beleidigun-gen, Verhöhnungen und Lästerungen alles Göttlichen und Christlichen. In der Tat war der Zuwachs der Konfessionslosen in der Zeit von 1925 bis 1929 im Jahre 1926 am höchsten; er betrug fast 184 000. In dieser Zeit der Gottesstürmerei wurde der radikale Verband der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend gegründet. Seit 1928 erschien eine besondere Gottlosenzeitung in Deutschland, die *Proletarische Freidenkerstimme*.

Neuer Versuch eines Reichsschulgesetzes

Dieser neue Ansturm gegen das Christentum erfüllte die christlich-konservativen Teile des Volkes mit größter Unruhe. Man sann auf Abwehrmaßnahmen und erinnerte sich jenes Verfassungsartikels, der ein **Reichsschulgesetz** in Aussicht stellte und auf diese Weise auch eine Schutzwehr christlicher Kultur sein mußte, wie er vor Jahren von den Gegenseite zur Förderung ihrer Wünsche erfolglos benutzt worden war. Daher machte im Frühjahr 1927 die Regierung Marx-Hergt-Strese-mann einen neuen Versuch, ein solches Reichsschulgesetz zu schaffen. Diesmal also ging die Ini-tiative nicht wie 1921 von der religionsfeindlichen, sondern von der christlichen Volksseite aus. Die Kurie hatte

sich zwar bisher vergeblich bemüht, ein Reichskonkordat zu erhalten. Aber sie hoffte nun, unter dem Drucke des zerstörenden Kulturbolschewismus, durch das Zentrum die Regelung der Schulfrage in ihrem Sinne erreichen zu können. Zu diesem Zwecke suchte das Zentrum die Bundesgenossenschaft der Deutschnationalen. Marx sagte in seiner Regierungserklärung vom 3. Februar 1927:

"Wenn wir einen Blick zurückwerfen auf die deutsche Vergangenheit, so sehen wir, daß unsere ganze heute bestehende Kultur auf christlicher Grundlage erwachsen ist. Aus diesem Mutterboden heraus muß sich der Geist des deutschen Volkstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Reichsschulgesetz. Grundlage dieses Gesetzes ist die Reichsverfassung. Nach deren Wortlaut und Sinn müssen die Freiheit des Gewissens und die Rechte der Eltern gewahrt und die Erteilung des Religionsunterrichts in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates gesichert werden. Auch ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen."

Man wollte versuchen, mit einer evangelisch-katholischen Einheitsfront des Christentums den Kräften des Unglaubens zu begegnen.

Der deutschnationale Reichsinnenminister von Keudell arbeitete jetzt einen neuen Gesetzentwurf aus, der von der christlichen Schule ausging, sie gewissermaßen zur Grundlage des Schulwesens machte, allerdings in der Form der **christlichen Gemeinschaftsschule**. Das lag in der Linie der evangelisch-katholischen Einheitsfront. Außerdem kannte der Entwurf die Bekenntnisschule und die weltliche Schule. Als im Juli der Keudellsche Entwurf dem Reichsrat und der Öffentlichkeit übergeben wurde, erhob sich im Deutschen Lehrerverein und bei den Linksparteien ein **Sturm der Entrüstung**. Aus allen Ländern und Parteien gingen dem Reichsrat rund 300 Abänderungsanträge zu. In der preußischen Regierung wurde ein neuer Entwurf ausgearbeitet, der zwischen dem christlichen und weltlichen Standpunkte vermitteln wollte. Danach sollte die Regelung des geordneten Schulbetriebes den Ländern überlassen bleiben, die Einsichtnahme in den Religionsunterricht ausgeschaltet sein und bei Inkrafttreten des Gesetzes sollten alle Schulen zunächst Gemeinschaftsschulen sein. Doch der Reichstag lehnte den preußischen Entwurf ab, und so kam der Keudellsche Entwurf vor den Reichstag, welcher ihn im Oktober 1927 dem Bildungsausschuß überwies. Hier tobten schwere Parteikämpfe um das Gesetz, bis es Mitte Februar 1928 endgültig scheiterte. Schuld daran war das Abrücken der Deutschen Volkspartei vom Zentrum. Die Volkspartei brach aus Rücksichten der Parteipolitik in der zunehmenden Spannung der Koalition die Verhandlungen ab, und so bereitete sich die christliche Front durch ihre innere Uneinigkeit selbst die Niederlage.

Das Reichsschulgesetz, welches die christliche Erziehung schützen sollte, war gescheitert. Innerhalb der Reichsregierung kam man zur Überzeugung, daß auf parlamentarischem Wege eine Regelung weder von der Seite der Atheisten noch von der Seite der Christen zu erwarten war. Die Gegensätze waren allzu stark und konnten durch zahlenmäßige Mehrheiten im parlamentarischen Wege nicht überwunden werden. Dennoch träumten die christlichen Elternbünde, von den Pfarrern getrieben, immer noch von der Verwirklichung eines Reichsschulgesetzes. Sie machten Eingaben und Proteste und arbeiteten Gesetzentwürfe in Massen aus, wie dies übrigens auch auf Seiten der Lehrerschaft und der Marxisten geschah. **Die Regierung Brüning wehrte die Übergriffe und Angriffe der Christenfeinde durch die Notverordnung von 1931 ab, durch welche jede Beschimpfung und Verhöhnung der Kirchen und ihrer Gebräuche unter Strafe gestellt wurde.** Dem Innenminister Groener wurden Eingaben zugestellt, die auf die verderbliche Wirkung kommunistischer und sozialdemokratischer Kinderzeitungen hinwiesen, und so gab der Minister in einer Länderkonferenz Anfang 1932 den Länderministern den dringenden Rat, für die **Entpolitisierung der Schule** zu sorgen. Es sollte darauf geachtet werden, daß die verderblichen Kinderzeitungen nicht mehr an die Schulkinder gelangten.

Nach den beiden Fehlschlägen mit dem beabsichtigten Reichsschulgesetz von 1923 und 1928 be-

schränkte sich das Reich nur auf die allernotwendigste Abwehr. Den Ländern blieb es überlassen, in ihrer Weise kulturpolitisch tätig zu sein. **Besonders energisch handelte in Thüringen der nationalsozialistische Minister Frick, der die Schulgebete einführte**, während der sozialistische Minister Grimme in Preußen diesen Kulturkampfproblemen gleichgültig gegenüberstand. Unter diesen Umständen konnten Freidenkertum und Gottlosigkeit mit großer Macht ihre Zerstörungsarbeit fortsetzen.

Die Hochburgen der Christentumsfeinde waren die Großstädte, insbesondere diejenigen der Industriegebiete. Nur einige Beispiele sollen angeführt werden. Im Jahre 1925 kamen auf 1000 Einwohner Konfessionslose in Braunschweig 113, in Leipzig 105, in Berlin 87, in Magdeburg 81, in Kiel 76. Die niedrigsten Ziffern hatten Frankfurt a. M. mit 29 und Oberhausen mit 27. Der Freistaat Sachsen hatte unter 1000 Einwohnern 66 Konfessionslose (Freital 166), Thüringen 61 (Gera 153). Das waren die Folgen der Zeit von 1922 und 1923. Die evangelischen und katholischen Gebiete Deutschlands wurden in gleicher Weise von der Abfallbewegung heimgesucht. -

Zu Beginn des Jahres 1929 tagte in **Moskau die Konferenz des Zentralrates für politische Aufklärung**. Er stellte fest, daß die Erfolge des Bundes der Gottlosen in Rußland recht mangelhaft seien. Der Bund zählte in ganz Rußland nur eine Viertelmillion Mitglieder, während die rechtgläubige Kirche noch über 350 000 Priester, eine halbe Million Gemeinderäte, 50 000 Kirchen und 500 Klöster verfügte. **Die Konferenz ordnete an, daß im Jahre 1929 an die 600 000 antireligiöse Broschüren und zahlreiche andere Schriften herausgegeben werden sollten. Auch wurde ein neuer großer Feldzug gegen die Kirche unternommen.** Waren in den Jahren 1927 und 1928 insgesamt nur 700 Gotteshäuser und Klöster in Rußland geschlossen worden, so stieg deren Zahl im Jahre 1929 allein auf 1379!, also auf das Vierfache des Durchschnitts der beiden vorhergegangenen Jahre. Die hohen christlichen Feiertage wurden verboten, und zu Weihnachten 1929 setzte eine Christenverfolgung allergrößten Stils ein, die an das Zeitalter Neros erinnerte. **Tausende von Priestern, Mönchen und Nonnen, elf Bischöfe wurden hingerichtet.** Ein Sturm der Entrüstung brauste durch die gesamte Kulturwelt.

*Neue
Gottlosenaktion*

Auch in Deutschland begann jetzt die dritte Angriffswelle der Gottlosigkeit. Sie war besonders dadurch gekennzeichnet, daß seit dem Sommer des Jahres 1929 der radikale kommunistische Flügel der Gottlosen sich immer weiter von den gemäßigten Freidenkern entfernte. Mit allen Mitteln wurde der Sturm unternommen. **Besonders die Jugend spannten die Gottlosen in den Dienst ihrer Sache.** Planmäßig wurden in Volksschulen, höheren Schulen und Hochschulen Gottlosenzellen, Zersetzungszellen und Jugendzellen gebildet. Es wurden Schulzeitungen verbreitet, die in gehässigen Auslassungen Lehrer und Religionsunterricht beschimpften, es wurden Theaterstücke aufgeführt, auch Filme, welche ohne Scheu die Gottlosigkeit propagierten und von Gotteslästerungen strotzten. In Gedichten wurden die verwegenen Blasphemien gesagt. So lautete das eine:

"Beten, singen, Weihrauchdünste,
Fauler Zauber, heilige Lehren,
Alles eitle Priesterkünste,
die Proleten zu betören.
Raus, Prolet, heraus
Aus dem Gotteshaus!
Schmeißt die Opiumfabrikanten,
Schmeißt die Pfaffen raus!"

Ein anderes lautete:

"Der Bürger frißt bei Kerzenlicht,
Und macht sich's recht bequem,
Der Pfarrer in der Kirche spricht
Vom Stern zu Bethlehem.

Heut kennt der Bürger keinen Groll
Nach altem Christenbrauch.
Er ist von Menschenliebe voll
Und singt mit vollem Bauch:
Stille Nacht, heilige Nacht. -

Der Bürger sitzt bei Kerzenschein,
Heut ist er so gerührt,
Und denkt ans arme Christkindlein,
Wie es im Stalle friert.
Denn heute schwitzt er Christentum
aus allen Poren aus,
Es singt zu Gottes Ehr und Ruhm
das ganze Vorderhaus:
es ist ein Ros' entsprungen."

Auf der Straße, in den Schulhöfen sangen die Kinder den Spottvers:

"Wenn's wirklich Gott gäbe
Mit'm Vollbart ums Kinn,
Dann säßen die Pfaffen
als Läuse darin: Holladrio."

**Kommunistischer
Jugendtag in Leipzig**

Der kommunistische Jugendtag zu Ostern 1930 in Leipzig, wobei es Tote und Verletzte gab, wurde zu einem Kinderkreuzzug großen Stils gestaltet. Die kommunistischen Kinder zogen durch die Straßen, sangen ihre Rotgardistenlieder, trugen Plakate, auf denen man lesen konnte: "Wir lassen uns nicht das Gehirn verkleistern, nur Kommunismus kann uns begeistern" oder "Gegen die Prügelpädagogen". Man verteilte an achtjährige Schulkinder kleine Dinge, Buchzeichen, auf denen schön gestickt war: "Je frömmere der Mensch ist, desto mehr glaubt er, je mehr er glaubt, desto weniger weiß er, je weniger er weiß, desto dümmer ist er, desto mehr gehorcht er dem Kapital und der Kirche".

Viele der grausamen, mörderischen Vorgänge in Deutschland lassen sich erst begreifen durch den gottlosen Geist, welcher der kommunistischen Jugend durch die Jugendzeitschriften ("Die junge Garde", "Die Trommel", "Der rote Vorposten", "Die rote Anna", "Die rote Mühle", "Das rote Signal", "Der Schulpion", "Die Schulbombe" u. v. a.) **vermittelt wurde**. Da heißt es z. B.:

"Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren. Nein. Wir empfehlen der Jugend, nur solche Väter zu ehren, die einen proletarisch-revolutionären Standpunkt einnehmen und die ausdrücklich und energisch die Interessen der proletarischen Klasse verteidigen. Die andern Väter müssen umerzogen werden durch die kommunistischen Kinder. Wir erkennen den väterlichen Respekt als allgemeinen Grundsatz nicht an."

Oder:

"Du sollst nicht töten. Nein: Dies Gebot war für die Bourgeoisie ein Gebot der Frömmerei. Das Proletariat ist die einzige soziale Klasse der Geschichte, die niemals zur Frömmerei Zuflucht genommen hat. Falls ein Individuum sehr schädlich ist, falls es gefährlich für den revolutionären Kampf ist, hast du ein Recht, es zu töten, indem du dem Befehl des legalen Organs deiner Klasse gehorchst. In Augenblicken von großer Gefahr ist es unnötig, auf einen solchen Befehl zu warten. Der Mord eines unverbesserlichen Feindes der Revolution ist ein ethisch legaler Mord, ein legales Todesurteil, denn der Kommunismus erkennt einen metaphysischen (überweltlichen) Wert des menschlichen Lebens nicht an."

Dieser Kulturkreis des Teufels scheute sich nicht, in die breiteste Öffentlichkeit zu treten. Im Februar 1930 wurde in Berlin die **Internationale Ausstellung für proletarische Kultur** eröffnet. Hier wurde Christus am Kreuze gezeigt, mit Stahlhelm, Gasmaske und Soldatenstiefeln. Das Bild erregte

derart großes Ärgernis, daß die Ausstellung polizeilich geschlossen werden mußte. In dieser Zeit erhoben die kämpfenden Gottlosen die Forderung, daß der Kölner Dom zum größten deutschen antireligiösen Museum umgestaltet werden sollte. Es war zu Ostern 1930, während der kommunistische Jugendtag in Leipzig die Gemüter erregte, als nächtlicherweile in Berlin, in der Mark, im Rheinland christliche Kirchen durch Kommunisten geschändet wurden. So wurden in Krefeld eine Reihe von Kirchen mit roter Farbe beschmiert und darangeschrieben: "Religion ist Opium, nicht Rom gegen Moskau, sondern Arbeiter gegen Kapital." Auch die Antoniuskirche in Benrath wurde so geschändet. In Bornim bei Potsdam drangen in der Nacht zum 2. Osterfeiertag 1930 Gottlose in die Kirche ein, zerbrachen 60 Orgelpfeifen, machten die Dampfheizung unbrauchbar und drehten die Gashähne auf.

**Freidenker
und Gottlose**

Im April 1930 bildete sich die **Reichsarbeitsgemeinschaft** Freigeistiger Verbände. Der Volksbund für Geistesfreiheit, der 60 000 Mitglieder zählte, der Monistenbund mit 10 000 Mitgliedern schlossen sich mit dem etwa 600 000 Mitglieder zählenden Deutschen Freidenkerverband zusammen, der seinerseits den Zentralverband proletarischer Freidenker, den Verein der Freidenker für Feuerbestattung und die Gemeinschaft der proletarischen Freidenker umfaßte. Dieser Zusammenschluß entsprach der Organisation der internationalen Freidenkerbewegung und **sollte alle gleichgerichteten Kräfte zum großen geschlossenen Kampfe gegen die Lehre Christi zusammenfassen.** Doch die Gottlosen erblickten in dieser Neugründung keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt, eine Verwässerung radikaler Absichten durch bourgeoise Freidenkerei, und sie waren nur mit halben Herzen dabei, da sie Gott und jede Sittlichkeit radikal leugneten und bekämpften.

Im Sommer 1930 weilten 70 deutsche Kommunisten, Arbeiter und Arbeitslose, an der antireligiösen Universität Odessa, um sich dort unterweisen zu lassen. Man gab ihnen auf den Heimweg die Verpflichtung mit, im November die Vorbereitungen zur Entfesselung des Feldzuges zur Weihnachtszeit zu treffen. Es sollte unter Arbeitern und vor allem unter den Arbeitslosen, auch Kaufleuten und Angestellten agitiert werden. Ein Fonds von 15 000 Dollar stand dazu zur Verfügung.

Das erste, was die neue Aktion der Gottlosen zustande brachte, war die **Trennung von der Reichsarbeitsgemeinschaft.** Auf dem Kongreß der internationalen Freidenkerbewegung in Bodenbach bei Tetschen in der Tschechoslowakei, der dort Mitte November 1930 tagte, brachte die radikale Richtung die "reformistischen" Führer, die eine Verschmelzung mit den bürgerlichen Freidenkern erstrebt hatten, zu Fall. **Nun verband sich die Gottlosenbewegung aufs allerengste mit der Kommunistischen Partei und schuf eine besondere "Kulturgemeinschaft", den "Verband proletarischer Freidenker Deutschlands".** Im März 1931 tagte der erste Kongreß dieses Verbandes in Leipzig, und stolz wurde berichtet, daß er bereits 130 000 Mitglieder zähle. So ward die Gottlosen-Internationale geschaffen.

Der Verband veröffentlichte auf seinem Kongreß eine Proklamation an alle Werktätigen Deutschlands:

"Der **Verband proletarischer Freidenker Deutschlands** ist gegründet. In schweren Kämpfen gegen die Kulturreaktion des kapitalistischen Deutschlands haben die Kämpfer gegen Kirche und Kulturfaschismus in allen Gauen Deutschlands den Bau gezimmert. 130 000 Mitglieder in über 750 Ortsgruppen stehen vereint, - eine starke Barriere in der Front des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats... Die Geschichte kennt kein Erbarmen. Der Untergang des fluchbeladenen kapitalistischen Systems und seines Mitschuldigen, der Kirche, ist besiegelt. Unter Führung des Proletariats rüsten sich die Schaffenden Deutschlands aus allen Ständen zum letzten entscheidenden Schlag. Der Sozialismus wird in der Sowjetunion aufgebaut. System steht gegen System, verfaulende kapitalistische Kultur gegen aufbauende sozialistische Kultur. Faschismus bedeutet Untergang in die Barbarei, Sozialismus ist Leben, höhere Kultur, an der alle teilhaben, die mit der Arbeit ihrer Hand oder ihres Kopfes mitschaffen an der Erreichung des großen historischen Zieles."

Das **Exekutivkomitee der Gottlosen** nahm trotz heftigen Protestes aller christlichen Kreise seinen Sitz in Berlin, wo es eine rege Propaganda auf den Straßen entfaltete. So zogen einst zwei Züge von Gottlosen durch Berlin-Neukölln, deren besonderes Kennzeichen war, daß von den tausend Teilnehmern, die jeder Zug hatte, 7-800 unmündige Kinder waren!

Nun begann eine noch viel intensivere Agitation, die sich nicht nur gegen den christlichen Kulturkreis, sondern auch gegen die sozialdemokratischen Freidenker aufs schärfste richtete. In der **proletarischen Freidenkerjugend** wurden die Kinder vom zartesten Alter an zusammengefaßt. Familienleben, Schulerziehung, Staatsleben wurde unterhöhlt, untergraben. Jede Autorität der Eltern und Lehrer wurde bei der jungen, heranwachsenden Generation bewußt und systematisch zerstört. Flugschriften, Theaterstücke, Filme, Ausstellungen, Schallplatten, Rundfunk wurden der Gottlosigkeit dienstbar gemacht. Überallhin drang der Geist der Vernichtung. Gräßliche Geschmacklosigkeiten und Lästerungen wurden in Theaterstücken und Revuen geboten. Gott, als Hausknecht verkleidet, mit Flachsbar, Sonnenschirm und Reisekoffer, trinkt aus der Schnapsflasche mit einem Pfarrer in vollem Ornat, der ein fast unbekleidetes Mädchen auf den Knien hält, zu guter Letzt reißt ein klassenbewußter Arbeiter Gott den Flachsbar ab, schlägt dem Pfarrer das Kreuz aus der Hand und tritt ihn mit Füßen. Oder in einer anderen Revue ergehen sich Bengel und Mädchen bis zu 25 Jahren in Schmutz, Widerwärtigkeit und Gemeinheit gegen Kirche und Religion. **Keine Strafe wegen Gotteslästerung konnte diese Fanatiker abhalten von ihrem unseligen Treiben.** In Berlin zogen die Gottlosen mit Musikapparaten von Haus zu Haus in den Arbeitervierteln, ließen in den Binnenhöfen der Mietskasernen Schallplatten spielen, welche Vorträge, Sprechchöre, Lieder der Gottlosen, Dialoge wiedergaben. Während der Vorführungen wurden die Bewohner aufgefordert, an einem rasch aufgestellten Tisch den Kirchenaustritt anzumelden. -

Mit großer Energie organisierten sich die Gottlosen. Sie faßten die Frauen und Kinder zu Bündeln zusammen und hielten mit ihnen Versammlungen ab. Das "Frauenaktiv" war eine besondere Neuschöpfung, von der man viel erhoffte. **Hatte man die Frau, die Stütze des Familienlebens, dann hatte man auch die Jugend!** Es gab von Ostern 1930 bis Ostern 1931 in Berlin bereits 17, im Reiche 2500 große Unterverbände der Gottlosen. Die Zahl der Mitglieder der Gottlosenverbände stieg in der gleichen Zeit von 88 200 auf 119 400, die Verbandszeitschriften erreichten eine Auflagenhöhe von 5¼ Millionen. An den Volksschulen bildeten sich gottlose Jugendbünde. Die 5. Gemeindeschule in Nowawes bei Berlin, welche 600 Knaben und Mädchen enthielt, sollte eine anti-religiöse Musterschule werden. Die Zuchtlosigkeiten und Achtungsverletzungen gegen die Lehrer spotteten jeder Kultur. Es sind in Berliner Schulen Fälle vorgekommen, da warfen die Kinder mit Tintenfassern gegen ihre Lehrer! Ende März, am Palmsonntage 1931, fand im Berliner Sportpalast die Jugendweihe von 2000 kommunistischen Kindern statt. Sie bestand aus einer hemmungslosen Hetze gegen die Kirche. Ein Gottlosenspiel wurde dargeboten, das den Glauben, die Kirche und ihre Einrichtungen aufs tiefste schmähte. Da gab es Bilder, wo jugendliche Kommunisten ihren Lehrern und Geistlichen Fußtritte versetzten. "Religion ist Gift! Hüte dein Kind!" Das waren die Mahnungen, die dort erteilt wurden. Beim Schulbeginn April 1931 wurden für 4100 Kinder Anträge auf Befreiung vom Religionsunterricht gestellt. Allein in einem Monat, im September 1931, wurden in Groß-Berlin 9500 Kirchenaustritte erklärt, Gottlose und Freidenker hatten eigene Notariate eingerichtet, in denen man sich schnell und reibungslos und ohne Scham von der Lehre des Welterlösers lossagen konnte. Aber es gab eine Grenze, welche die Macht des Teufels nicht überschreiten konnte. Schon in den letzten drei Monaten des Jahres 1931 ging die Zahl der Kirchenaustritte ganz erheblich auf insgesamt 6700 zurück! Die große geplante Gottlosenpropaganda zu Weihnachten 1931 wurde durch die Dezembernotverordnung verhindert.

Die christlichen Kreise des deutschen Volkes erhoben lauten Einspruch gegen dies verwegene Treiben der Gottlosen. Evangelische und katholische Deutsche waren einig in der Entrüstung über die Christenverfolgungen in Rußland. In Wort und Schrift bekämpften evangelische und katholische Verbände die Totengräber der abendländischen Kultur. Ein richtiger Feldzug wurde von den Kirchen gegen Gottlose und Freidenker eröffnet. In Protestschreiben und Entschließungen wurden die Regierungen aufgefordert, gegen die immer frecher werdende Verspottung aller religiösen Ideale

einzuschreiten. Dies tat der **Volkverein für das katholische Deutschland** im Frühjahr 1931, und im Herbst desselben Jahres wurde dasselbe verlangt von zwei großen katholischen Kundgebungen in München. Anfang Mai 1931 beantragten die Rechte und das Zentrum im preußischen Landtage ein Gesetz zum strengen Schutz der christlichen Kirche gegen die Gottlosen.

Die Katholiken hatten ein besonderes Interesse an der Bekämpfung der Gottlosigkeit. Man hatte errechnet, daß von den 13 Millionen Sozialdemokraten 1 Million konfessionslos, 2 Millionen katholisch und 10 Millionen evangelisch waren. **Doch in den katholischen Gegenden war der Kommunismus besonders stark.** War das Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Kommunisten im ganzen Reiche 2:1, so betrug es in den vorwiegend evangelischen Landesteilen ebenfalls 2:1, in den katholischen aber 5:4. Hieraus ergab sich, daß auch die Gottlosenbewegung außer in den Großstädten, so vor allem in den katholischen Gebieten, um sich gegriffen hatte.

Stellung der Sozialdemokratie

Alle Parteien, die auf dem Boden des Christentums standen, widersetzten sich erfolgreich den Angriffen auf Religion und Kirche. Zunächst waren es die **bürgerlichen Rechtsparteien**, die im Kampfe um die Reichsverfassung die christliche Schule retteten. Auch die Sozialdemokratie, die noch bis 1926 kirchenfeindlich war, näherte sich offiziell mehr und mehr einem Standpunkte der Neutralität, je radikaler die Gottlosen vorgingen. Als am 25. März 1931 im preußischen Landtag der Antrag einging, das Staatsministerium zu ersuchen, gegen Organisationen, die unter Verächtlichmachung der Religion die organisierte Kirchenaustrittsbewegung fördern, einzuschreiten und zu prüfen, inwieweit ihr Verbot und die Beschlagnahme ihres Werbematerials möglich ist, da wurde dieser Antrag mit 356 Stimmen einschließlich der sozialdemokratischen gegen 48 kommunistische angenommen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann erklärte im Frühjahr 1930 im preußischen Landtag:

"Die Behauptung, die Sozialdemokratie sei eine antireligiöse oder antichristliche Partei, ist eine absolute Unwahrheit. Die Sozialdemokratie ist vielmehr programmatisch auf vollständige religiöse Toleranz festgelegt. Sie fragt kein Mitglied nach seiner Weltanschauung und wertet ihre Mitglieder nach der Leistung im Befreiungskampf der Arbeiterschaft, aber nicht nach der religiösen Einstellung. Einzelne Verstöße gegen diese Grundsätze, die vorkommen mögen, ändern nichts daran, daß dies das klare und unverrückbare Prinzip der Sozialdemokratie ist."

Diese absolute Toleranz ermöglichte es den Sozialisten, einerseits ihre Religiosität zu bekunden in dem Bunde der religiösen Sozialisten, andererseits eine Massenaufgabe der Ketzerbibel von Efferoth in den Kreisen der Freidenker abzusetzen. Diese Toleranz ermöglichte es auch dem preußischen Ministerpräsidenten Braun, einerseits zum Austritt aus der Kirche aufzufordern, andererseits einen Staatsvertrag mit den Kirchen zu schließen. Diese Toleranz ermöglichte es schließlich der Sozialdemokratie, einerseits mit dem katholischen Zentrum zusammen zu regieren, andererseits für die weltliche Schule einzutreten. **In Wahrheit war die neutrale Sozialdemokratie eine Gegnerin der Gottlosigkeit und eine Feindin der Kirche. Sie hatte ein doppeltes Gesicht.**

Die Sozialdemokratie hatte ihre neutrale Stellung zum Christentum und zur Religion überhaupt im Heidelberger Parteiprogramm von 1925 festgelegt:

"Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke, einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen..."

In den Erläuterungen dazu heißt es, daß die Aufstellung des Grundsatzes der Weltlichkeit keine

Stellung gegen die Religion bedeute. Sie überlasse die Pflege der Religion und der Weltanschauung dem einzelnen und den freiwilligen Zusammenschlüssen einzelner zu religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften (Kirchen, Gemeinden, Verbänden). Die religiöse Empfindung oder Gesinnung sei keine politische Angelegenheit, keine Sache eines Parteiprogrammes, sondern eine Gewissensangelegenheit des einzelnen Menschen. Man könne ein frommgläubiger Christ, ein strenggläubiger Katholik, und doch zugleich ein vortrefflicher Sozialdemokrat sein. Dieselbe Stellung nahm der sozialdemokratische Parteitag in Kiel im Mai 1927 ein.

Diese **religiös indifferente Haltung der Sozialdemokratie** machte es möglich, daß sich einerseits ein Kreis bewußt religiös denkender Menschen hier zum Bunde der religiösen Sozialisten zusammenschließen, andererseits aber auch die kirchenfeindliche Bewegung hier stark entwickeln konnte. Man fand gar nichts dabei, wenn in der sozialdemokratischen Kinderfreundebewegung Losungen die Runde machten wie diese: "Wir brauchen keinen Gott, Gott ist uns nur ein Spott". Ja, das Reichsbanner agitierte bei seiner Maifeier in Berlin 1930 offen für den Austritt aus der Kirche. **Nicht durch Gott, nicht durch Religion, sondern nur durch das Proletariat werde für das Volk der Aufstieg kommen.** Die deutsche Republik trage statt der Freiheitsmütze den Bischofshut.

"Ermanne dich endlich, statt nur zu schimpfen und die Hand in der Tasche zu ballen! Tritt aus der Kirche aus und schließe dich einer freigeistigen Organisation an! Aber verschiebe die Sache nicht länger! Du hast schon viel zu lange gewartet! Wenn du nicht morgen aus der Kirche austrittst, tust du es nie!"

Einen besonderen Ausdruck fand die sozialdemokratische Auffassung von der Religion in der Kinderfreundebewegung.

Bewegung der Kinderfreunde

Diese war ursprünglich vor dem Kriege eine Jugendbewegung der österreichischen Sozialdemokratie und wurde 1919 nach Deutschland verpflanzt. 1931 zählte sie 120 000 Kinder in 800 Ortsgruppen. Der Geist, der hier gepflegt wurde, kam dem der kommunistischen Gottlosen bedenklich nahe. Die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, die 1926 gegründet wurde, waren zum größten Teile aus der Kinderfreundebewegung hervorgegangen, und so geschah es denn, daß auch von dieser, dem Namen nach sozialdemokratischen Gruppe, nicht nur freidenkerische Prinzipien verkündet wurden, sondern eine beispiellose Kirchenhetze und rohe, kommunistische Gotteslästerung betrieben wurden. Die Sozialdemokratische Arbeiterjugend veranstaltete z. B. Anfang November 1931 in Berlin eine Aufführung, die neben Aufforderung zu Revolution und Bürgerkrieg eine beispiellose Hetze gegen die christliche Kirche enthielt. Wenige Wochen später, in der Karwoche 1932, führte die Sozialdemokratische Arbeiterjugend in Dessau eine freidenkerische Revue "Pfaffenspiegel" auf, ein Stück widerlichster Bordellpropaganda. In diesem Stück stellte man Gott als nackten chinesischen Kuli dar, "welchem Popanz der Sprechchor die Maske vom Gesicht riß". Die Mehrzahl der Besucher dieser Veranstaltungen bestand aus Jugendlichen, die noch nicht oder kaum der Volksschule erwachsen waren. - **Die Bewegung der Kinderfreunde und die Sozialistische Arbeiterjugend waren gewissermaßen die Brücken, welche die Verbindung zwischen Freidenkertum und Gottlosigkeit herstellten.** Die Grenzen zwischen beiden waren sehr fließend.

Der freidenkerische Flügel der Sozialdemokratie, von dem sich im November 1930 die "Gottlosen-Internationale" getrennt hatte,

Die Freidenkerbewegung

brachte es zustande, daß Anfang September 1931 zu Berlin der Zusammenschluß der bürgerlichen "Brüsseler Freidenker-Internationale" und der sozialistischen "Internationale Proletarischer Freidenker" zur "Internationalen Freidenker-Union" erfolgen konnte. Diese neue bürgerlich und marxistische Organisation trat nun neben den kommunistisch-gottlosen **"Verband proletarischer Freidenker Deutschlands"**. Man stellte in Berlin fest, daß über die Freidenkerbewegung nicht mehr hinweggegangen werden könne. In Deutschland bestehe eine Massenbewegung, gegen die alle Hemmungsversuche vergeblich angewendet würden, sie führen nur zu verstärkter Aktivität. Im Schlußprotokoll hieß es:

"Die Freidenkerbewegung muß sich unmittelbar im Zusammenhang mit den politischen Tatsachen in die kulturelle Kampffront der Gegenwart einreihen. Die Freidenkerbewegung

ist an keine politische Partei gebunden, noch an eine Partei angeschlossen, aber ihr Leitgedanke ist der Sozialismus, ihr Ziel ist eine Gesellschaftsordnung der politischen, ökonomischen und kulturellen Freiheit. Denn nur eine sozialistische Gesellschaft gewährleistet die ungehemmte Entwicklung des freien Gedankens. In diesem Sinne hat die Freidenkerbewegung die Aufgabe, die sozialistischen Parteien in ihrem Kampfe gegen den Faschismus zu unterstützen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, ist es notwendig, in allen Ländern eine freidenkerische Massenbewegung zu entfalten."

Es müsse also die Freiheitsfront von sozialistischer Partei, Gewerkschaft und Freidenkertum im Kampfe um eine atheistische Neugestaltung des gesamten Kulturlebens geschlossen dastehen. Diese gemeinsame Überzeugung brachten die Vertreter des Bundes freier Schulgesellschaften, der Freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Lehrgewerkschaft und der sozialdemokratischen Kinderfreunde zum Ausdruck. Dabei konnte es der sozialdemokratische Abgeordnete Künstler nicht unterlassen, besonders herzliche Worte an die französischen Genossen zu richten, "die ihm näher ständen als die zum Kriege hetzenden deutschen Nationalisten".

Das höchste Ziel, das sich die freidenkerische Bewegung zunächst gesteckt hatte, war es, mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei bei den Regierungen der Länder und des Reiches durchzusetzen, **daß der Freidenkerverband paritätisch behandelt und den kirchlichen Verbänden gleichgestellt werde**. Doch diesem Ziele, als "dritte Konfession" anerkannt zu werden, war man doch noch sehr fern. Der Reichsinnenminister Groener verbot sogar Anfang April 1932 den Sendestellen des Rundfunks, freidenkerische Darbietungen aufzunehmen - ein Verbot, das den Zorn der Sozialdemokratie zu einem Protest herausforderte.

Maßnahmen der Reichsregierung

Natürlich war es für die Regierungen gar nicht so einfach, bei dem herrschenden demokratischen Prinzip eine Grenze zwischen Glaubensfreiheit und Unglauben, beziehungsweise zwischen Gottgläubigkeit und Gottlosigkeit zu ziehen.

Jeder konnte ja nach seiner Fassung selig werden. Jedoch der Umstand, daß die Freidenker und Gottlosen immer kühner wurden und den öffentlichen Anstand und die innersten Gefühle des Andersdenkenden brutal verletzen, zwang schließlich doch Brüning, dem Treiben dieser Kreise eine Grenze zu setzen. Die **Notverordnung vom 28. März 1931** bildete mit dem Verbot von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel, wenn darin eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts wegen ihrer Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände religiöser Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht wird, einen ersten bescheidenen Anfang, diesen schamlosen Angriffen gegen die ein Jahrtausend alte christliche Grundlage der deutschen Kultur ein Ende zu bereiten. Wie Brüning glaubte, den Staat schützen zu müssen, so hielt er es auch für sehr notwendig, den christlichen Kirchen einen Schutz zu gewähren, der nach der dreizehnjährigen allzuweitgehenden Toleranz der deutschen Regierungen sich nun als nötig erwies. Sogar der sozialdemokratische Innenminister Preußens, Severing, sah sich gezwungen, nach der schändlichen gottlosen Jugendweihe der Kommunisten im Berliner Sportpalast am Palmsonntage 1932 einen Runderlaß herauszugeben, wonach zwar die Meinungsfreiheit in religiösen Dingen erlaubt sein sollte, aber freidenkerische Veranstaltungen vorbeugend auch in geschlossenen Räumen verboten sein sollten, wenn sie Beleidigung, böswillige Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Kirchen beabsichtigten.

Notverordnung gegen Gottlose

Die Mittel genügten aber nicht; immer wieder verstanden es die Freidenker und Gottlosen, mit ihren Darbietungen an die Öffentlichkeit zu treten und Andersdenkende zu verletzen. Vor allem vermochten sie unter den **Schulkindern** Fuß zu fassen und den **Rundfunk** für sich zu gewinnen, der leider den Freidenkern allzu breiten Raum gewährte, während er die christlichen Kreise kaum zu Worte kommen ließ. Reichsinnenminister Groener widmete diesen beiden Dingen seine Aufmerksamkeit. Im Januar 1932 empfahl er dringend den Innenministern der Länder, für eine Entpolitisierung der Schule zu sorgen, wozu auch der Schutz der Jugend vor gottlosen und sittenwidrigen Einflüssen gehörte. Zu Ostern verbot Groener auch den Sendestellen des Rundfunks, freidenkerische Darbietungen zu verbreiten.

Die Gottlosigkeit war eine schwere Gefahr für das junge Geschlecht, das von frühester Kindheit an verseucht wurde. Immer schrecklicher erhob diese Kulturschande ihr Haupt und die Führer der Kirchen, auch der Papst in Rom, mahnten die Staatsmänner, dem Unwesen Einhalt zu tun. So entschloß sich denn Groener, Anfang Mai 1932 durch Notverordnung die kommunistisch-gottlose "Internationale proletarischer Freidenker" zu verbieten und aufzulösen. Die Einrichtung, deren Exekutive ihren Sitz in Berlin hatte, mußte verschwinden und sich aus Deutschland zurückziehen. Ihre Bücher und Schriften wurden beschlagnahmt und vernichtet.

Es war aber nur eine halbe Maßnahme. Die Rechtsparteien machten dem Innenminister Groener den Vorwurf, daß er nicht auch die sozialdemokratischen Freidenkerorganisationen verboten habe. Sie brachten eine Fülle von Beweisen für das schändliche und lästerliche Treiben der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Roten Rebellen und zeigten, wie diese Vereinigungen die Horte von Gottlosigkeit, Vaterlandsverrat, Lasterhaftigkeit und Bürgerkriegshetze waren. Aber gegen die Gruppen war Groener nicht stark genug wegen der starken sozialdemokratischen Einflüsse im Reichsinnenministerium. -

Es gab also im neuen Deutschland seit 1918 zwei Lager, in denen die schroffsten kulturellen Gegensätze, die sich denken ließen, vertreten wurden: das christliche und das gottesleugnerische Lager, das seinerseits wieder in eine freidenkerische Gruppe, die sich auf die Sozialdemokratie und das linksgerichtete Bürgertum stützte, und in die gottlose Gruppe der Kommunisten zerfiel. Das Kräfteverhältnis gegeneinander war ein grundverschiedenes. Die Gegner des Christentums waren an Zahl geringfügig, kaum drei Millionen, aber sie waren von einem wilden, zerstörenden Fanatismus erfüllt. Diejenigen aber, die das Christentum verteidigten, waren zwar in der Mehrzahl, aber häufig von lauem Geiste. Die in ihrem längst veralteten Dogma erstarrte Kirche genügte vielen ihrer Anhänger nicht mehr, insbesondere ihr Festhalten an dem Alten Testament rief den judenfeindlichen Widerspruch völkischer Kreise hervor. **Auf alle diese Umstände war die Gründung des von der Gattin des General Ludendorff ins Leben gerufenen "Tannenbergbundes" zurückzuführen, der sich von dem "jüdischen" Christentum befreien und einen völkischen Gottesglauben verkünden wollte.** Der Bund vermochte einige tausend Mitglieder in Deutschland zu gewinnen.

Innerhalb der Anhänger der christlichen Kirchen erhoben sich auch sonst tiefgehende lähmende Gegensätze. Es war nicht nur der Gegensatz der Konfessionen, des evangelischen und katholischen Bekenntnisses, den übrigens auch Papst Pius XI. durch eine Ansprache Mitte März 1931 aufs neue vertiefte. Er forderte darin zum Kampf gegen das moderne Ketzertum auf und sagte: "Was in der Tat sind die Konfessionen, die sich als akatholisch und protestantisch bezeichnen, wenn nicht ein überlebtes Ketzertum, das noch in unseren heutigen Tagen vorhanden ist." Viel wichtiger aber war es, daß die christlichen Kirchen selbst von den nationalen Volkskreisen abrückten und sich dem demokratischen Parlamentarismus unterordneten.

*Gegensätze im christlichen Kulturkreis:
katholische und evangelische Kirche,
Stahlhelm und Nationalsozialisten*

Das Zentrum konnte unbedenklich als politisches Werkzeug der römischen Kirche bezeichnet werden. Der katholische Klerus in Deutschland gehörte ihm nahezu restlos an. Und dennoch umfaßte diese Partei nur eine katholische Minderheit. Von den 16 Millionen katholischen Wählern Deutschlands rechnete sich kaum ein Drittel zu ihm, aber fast ebensoviel katholische Wähler standen hinter der nationalsozialistischen Partei. Diese aber wurde von den katholischen Kirchenfürsten in Deutschland bekämpft. Der Nationalsozialismus sei eine Irrlehre, sagten sie. Und als nun der Stahlhelm im Frühjahr 1931 den Nationalsozialisten seine "herzliche Sympathie" erklärte, richtete sich der Zorn der katholischen Kirche auch gegen diesen.

In der Betonung des nationalen Gedankens sah die katholische Kirche ein viel größeres Hindernis für ihre internationale Verbrüderungspolitik als im Marxismus. Nationalbewußtsein war den katholischen Klerikern in Deutschland gleichbedeutend mit Zerfall, Abfall, Ketzertum. Luther selbst hatte ja vor 400 Jahren seine Reformation im wesentlichen auf das erwachende deutsche Nationalbewußtsein gegründet. Die Betonung des deutschen Willens im Gegensatz, auch im notwen-

digen Gegensatz zum Willen anderer Völker erschien den Würdenträgern der katholischen Kirche als ein neues Heidentum. Auch die katholische Kirche nahm für sich ein gewisses Nationalbewußtsein in Anspruch, aber es war mehr ein versöhnendes, sich unterordnendes, wonach sich die Nation als dienendes und helfendes Glied in der großen Weltgemeinschaft der Völker fühlte. Diese politische Auffassung entströmte dem kirchlichen Dogma. Wie es nur eine allgemeine Kirche geben sollte, so sollte es nur eine gemeinsame Menschheit geben. Irrlehren und Nationalismus hatten darin keinen Platz. **Die Auffassung der katholischen Kirche war also diese: erst die Menschheit, dann das Volk, während die nationalen Kreise gerade die umgekehrte Auffassung vertraten: erst das Volk und dann die Menschheit, bzw. die Gesamtheit der anderen Völker.** Aus diesen Anschauungen der katholischen Kirche ergab es sich zwangsläufig, daß die römische Kulturinternationale in Deutschland mehr Berührungspunkte mit der wirtschaftlichen und politischen Internationale der Sozialdemokratie als mit der Ablehnung jeglicher Internationale bei den vaterländischen Verbänden und Parteien hatte. Bei diesen Erwägungen spielte das Freidenkertum der Sozialisten nur eine untergeordnete Rolle, und es war für die Würdenträger der katholischen Kirche in Deutschland durchaus selbstverständlich, daß z. B. der Bischof von Mainz die nationalen Wehrverbände ablehnte und dem Stahlhelm am 20. März 1931 verbot, geschlossen in Uniform und mit Fahnen am Gottesdienst teilzunehmen, denn die Wehrverbände trügen in das zerrissene Volk neue Gegensätze hinein, während in Preußen fast anderthalb Jahrzehnte lang das Zentrum treu an der Seite der Sozialdemokratie regierte und keine Bedenken gegen die sozialdemokratische Freidenkerbewegung hatte.

Von ganz anderen Erwägungen ging die evangelische Kirche aus. Auch sie lehnte die entschiedene Parteinahme für die nationalen Verbände und Parteien ab. Sie hatte zwar keine internationalen Bindungen wie die katholische Kirche, aber sie berief sich darauf, sie müsse unparteiisch sein, sie stände eben so gut den Rechtsparteien wie den Parteien der Linken zur Verfügung: Sie sah es als ihre Aufgabe an, in einem höheren, christlichen Sinne das Volk zu einen, das in unversöhnlichen Gegensätzen sich selbst zerfleischte. Ja, sie sagte, diejenigen, die von Gott abgefallen seien, hätten es nötiger, daß die Kirche sich um sie mühe, als diejenigen, die in der Lehre Christi verblieben. Doch mit einer solchen Anschauung wich die evangelische Kirche von der Tradition Luthers wie der Freiheitskriege ab, denn in jenen Tagen hatte die Kirche nicht gesäumt, zum Wohle des Volkes sich politischen Notwendigkeiten zu unterwerfen. Allerdings hatte sich seit 1919 etwas von Grund auf im Leben der Kirche geändert: die 400jährige Gebundenheit an den Staat war gelöst worden. Diese Neuerung gab der Kirche die Freiheit und die Möglichkeit, auch in den Verbänden der nationalen Opposition zu wirken, die den neuen Staat ablehnten, aber sie machte es ihr gleichzeitig zur Pflicht, die enge Fühlung zu den Linksparteien, die den Staat beherrschten, nicht zu verlieren. Aus dieser Doppelstellung heraus entwickelte sich von deutschnationaler Seite die Christlich-soziale Partei, welche politische Bindungen nach rechts und nach links ablehnte und aus einem gewissen, aber falsch verstandenen Ideal der Überparteilichkeit heraus im Frühjahr 1932 für die zweite Kandidatur Hindenburg eintrat - genau wie das Zentrum.

Der Wille, frei von einseitiger Parteinahme zu bleiben, hinderte also die evangelische und katholische Kirche, rückhaltslos die nationale Bewegung in Deutschland zu unterstützen. Von hier aus ergab sich also die innere Spannung zwischen Kirche und nationalen Verbänden, eine Spannung, die allerdings auf der Gegenseite zwischen den Gottesleugnern und den marxistischen Parteien nicht bestand.

Der **Stahlhelm** betonte, daß er am Christentum unerschütterlich festhalte. Ende März 1931 erklärte Seldte gegen die Vorwürfe der katholischen Kirche, daß der Stahlhelm mit keiner Kirche kämpfen wolle, er wünsche Frieden und Zusammenarbeit mit beiden christlichen Bekenntnissen gegen den freigeistigen Atheismus und den liberalen Materialismus. In der Propaganda für Volksbegehren und Volksentscheid 1931 hob der Stahlhelm immer wieder hervor, es gelte nicht nur im politischen Leben Sauberkeit und Anstand wiederherzustellen, sondern auch der Gottlosigkeit einen Damm entgegenzusetzen.

Die **Nationalsozialistische Partei** hatte in ihrem Programm erklärt, daß sie auf dem Boden des

positiven Christentums stehe. Sie wiederholte mit Nachdruck allen Angriffen gegenüber dieses Bekenntnis. Die Bewegung Hitlers verschloß sich nicht der Erkenntnis, **wie gefährlich und unheilvoll es war, wenn die Kirche Einfluß auf das Staats- und Erziehungsleben habe.** Deshalb widersetzte sie sich sowohl dem Zentrum, das die Herrschaft über Deutschland beanspruchte, wie auch der evangelischen Kirche, welche das Aufsichtsrecht über den Religionsunterricht der Schulen forderte. Die Nationalsozialisten hielten es für das Beste, den Religionsunterricht nicht mehr den Lehrern, sondern den Pfarrern zu übertragen, denn auf diese Weise werde eine Quelle dauernder Reibungen zwischen Staat und Kirche beseitigt werden. **Die Einheitsschule, in welcher der Religionsunterricht von den Konfessionen selbst erteilt werden sollte, das war das kulturpolitische Ziel der Nationalsozialisten.**

Inzwischen hatte das Verhältnis des preußischen Staates zu den christlichen Kirchen eine Veränderung erfahren. Die Kurie in Rom hatte ja schon seit 1920 daran zu arbeiten begonnen, die Lücke der Reichsverfassung, die durch das Fehlen eines Reichsschulgesetzes noch offen war, von sich aus zu schließen. Dabei berief sie sich auf Artikel 137 der Reichsverfassung. Die Verhandlungen über ein zu schließendes Reichskonkordat zum Schutze des katholischen Erziehungswesens wurden mit der Reichsregierung aufgenommen. Der Heilige Stuhl erhob "aus grundlegenden Erwägungen" die Forderung, daß das Schulwesen einbezogen werden solle. Und noch am 6. Januar 1922 schrieb der preußische Unterrichtsminister Böltz an Nuntius Pacelli, die preußische Regierung werde mit Rücksicht auf ein zu schließendes Reichskonkordat auf Ersuchen des Reiches mit diesem in Verhandlungen über die Regelung der religiösen Seite der Schulfrage im Konkordat eintreten. Aber ebensowenig wie das von sozialistischer Seite geförderte Reichsschulgesetz kam damals das von der Kurie geforderte Reichskonkordat zustande.

Durch das bayrische Konkordat wurde die evangelische wie die christentumsfeindliche Öffentlichkeit sehr stark erregt, und die Widerstände gegen ein Reichskonkordat verstärkten sich sehr erheblich. So blieb der Kurie nichts weiter übrig, als zu versuchen, mit den einzelnen deutschen Ländern Verträge abzuschließen. Die Verhandlungen mit Preußen wurden mit erhöhter Kraft fortgesetzt, und noch im Juni 1927 machte das preußische Ministerium einige Zusagen auf schulpolitischem Gebiete, die von der Kurie als Mindestforderungen bezeichnet wurden. Doch auch diese mußten in weiterem Laufe der Verhandlungen fallen gelassen werden, da sich in der Öffentlichkeit allzu starker Widerstand hiergegen erhob.

Endlich, am 14. Juni 1929, wurde der "**Vertrag des Freistaates Preußen mit dem Heiligen Stuhl**" von Ministerpräsident Braun, den Ministern Höpker-Aschoff und

**Konkordat
in Preußen**

Becker und dem Nuntius Pacelli unterzeichnet. Der Inhalt des Konkordates ist folgender: Der Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung der katholischen Religion wird der preußische Staat den gesetzlichen Schutz gewähren. In Aachen wird ein Bistum errichtet, das wie dasjenige von Osnabrück zur Kölner Kirchenprovinz gehört. Das Bistum Paderborn wird in ein Erzbistum verwandelt, ihm unterstehen die Bistümer Hildesheim und Fulda. Die Bistümer Limburg und Münster werden dem Metropolit von Köln unterstellt. Breslau wird Erzbistum. Der bisher dem Breslauer Bischof unterstehende Delegaturbezirk Berlin wird selbständiges Bistum. Die Bistümer Berlin und Ermland und die *Praelatura nullius* Schneidemühl (für die westlichen Restgebiete des Erzbistums Gnesen-Posen und des Bistums Kulm) werden der Kirchenprovinz Breslau unterstellt. Eine in Zukunft etwa erfolgende Neuerrichtung eines Bistums oder einer Kirchenprovinz oder sonstige Änderung der Diözesaneinteilung bleibt ergänzender späterer Vereinbarung vorbehalten. Bei Grenzverlegungen, die lediglich im Interesse der Seelsorge geschehen, ist eine besondere Vereinbarung nicht nötig.

Im dritten Artikel wird gesagt, daß kirchliche Ämter frei errichtet oder umgewandelt werden dürfen, falls Aufwendungen aus Staatsmitteln nicht beansprucht werden. Die Dotation (staatliche Unterstützung) der Diözesen soll künftig 2,8 Millionen im Jahre betragen. Der sechste Artikel bestimmt, daß nach Erledigung eines erzbischöflichen oder bischöflichen Stuhles das betreffende Metropolitan- oder Kathedralkapitel sowie auch die Diözesan-Erzbischöfe und Bischöfe Preußens dem Heiligen Stuhl eine Liste von kanonisch geeigneten Kandidaten einreichen sollen. Dieser bezeichne dann

drei Personen, von denen dann das Kapitel in freier und geheimer Abstimmung den Erzbischof oder Bischof zu wählen hat. Nach erfolgter Wahl wird die preußische Staatsregierung gefragt, ob Bedenken politischer Art gegen den Gewählten bestehen. Der Heilige Stuhl erklärt, er werde niemanden zum Erzbischof oder Bischof bestellen, "von dem nicht das Kapitel nach der Wahl durch Anfrage bei der preußischen Staatsregierung festgestellt habe, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen." Auch bei der Ernennung zum *praelatus nullius* werde sich der Heilige Stuhl zuvor bei der preußischen Staatsregierung vergewissern, daß politische Bedenken nicht bestehen.

Die Beamten der Kirche, die Lehrer und Leiter der Seminare müssen die deutsche Reichsangehörigkeit und ein abgeschlossenes akademisches Studium besitzen. Von der Bestellung von Mitgliedern der Domkapitel, von Leitern und Lehrern der Diözesanseminare erhält die Staatsregierung Kenntnis, aber kein Einspruchsrecht dagegen. Die Geistlichen erhalten ihre wissenschaftliche Vorbildung auf den Universitäten Breslau, Bonn, Münster und auf der Akademie zu Braunsberg. Ferner sollen als vollgültiger Ersatz für den deutschen Hochschulunterricht Seminare zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen eingerichtet werden bei den Bistümern Paderborn, Trier, Fulda, Limburg, Hildesheim und Osnabrück. Soll an einer katholischen Fakultät ein Lehrer zugelassen werden, so muß zunächst der zuständige Bischof gehört werden, ob er gegen den vorgeschlagenen Lehrer oder seinen Lebenswandel begründete Einwendungen zu erheben hat. Die Anstellung oder Zulassung eines derart Beanstandeten wird nicht erfolgen. Sollte ein Lehrer einer katholisch-theologischen Fakultät in Reden und Schriften der katholischen Lehre zu nahe treten oder einen ärgerlichen Lebenswandel führen, dann wird der Minister Abhilfe schaffen und für einen dem Lehrbedürfnis entsprechenden Ersatz sorgen, unbeschadet der dem Staatsdienstverhältnis des Betreffenden entspringenden Rechte.

Dieses Konkordat gewährte der katholischen Kirche in Preußen eine feste, unerschütterliche Stellung, eine Unabhängigkeit und Entwicklungsmöglichkeit, wie sie die römische Kirche in Norddeutschland seit der Reformation noch nicht wieder besessen hatte. Dennoch war der Papst unzufrieden. Anfang August 1929 richtete Nuntius Pacelli ein Schreiben an Ministerpräsident Braun, worin er erklärte, der Papst sei unzufrieden, da nicht, wie bei den andern Konkordaten der neuesten Zeit, die Schulfrage mit einbezogen sei. Selbst die unzulängliche Zusage des Ministeriums vom Juni 1927 sei später wieder gestrichen worden. Braun erwiderte darauf, daß der jahrelange, öffentliche Kampf in der Presse eine Verabschiedung des Konkordates im Landtag unmöglich gemacht hätte, wenn die Schulfrage mit einbezogen worden wäre. Übrigens werde die katholische konfessionelle Schule durch diese Unterlassung nicht gefährdet. Allerdings mußte der Papst enttäuscht sein. Denn **das, was die Katholische Aktion als Ziel der römischen Politik anstrebte, wurde nicht im mindesten erreicht: Eroberung und Gestaltung des öffentlichen Schulwesens von der Volksschule bis zu den Universitäten zu einem einheitlichen katholischen Bildungssystem.** So entgegenkommend wie Bayern war das marxistische Preußen auf dem Gebiete der Schulpolitik nicht gewesen.

**Streit um
Konkordat**

Im preußischen Landtag gab es allerdings hitzige Erörterungen bei der Besprechung des Konkordates. Am 1. Juli 1929 versuchte der Volksbildungsminister Becker den Staatsvertrag zu begründen. Das Konkordat sei der Abschluß einer hundertjährigen Entwicklung in Preußen. Trotz Weimar stellten weite evangelische Volkskreise unberechtigte Ansprüche auf Schutz durch den Staat gegen die katholische Ideenwelt. Zwar habe sich die evangelische Landeskirche größter Objektivität befleißigt, doch der Evangelische Bund habe sich oft zu scharfen Äußerungen hinreißen lassen. Ein neues Recht werde durch das Konkordat nicht geschaffen, die Schule sei nicht einbezogen, gemäß der Weimarer Verfassung. Das Konkordat stelle das Gerechtigkeitsprinzip in den Vordergrund. Das lasse es nicht zu, daß der Staat die grundsätzliche Selbständigkeit der katholischen Kirche beschränke und sich in ihre innersten Angelegenheiten mische. Im großen Ganzen regle das Konkordat nur Dinge, die sich in der Praxis bewährt und durchgesetzt hätten. Der neue Vertrag sei ein Hort der Glaubens- und Gewissensfreiheit wie auch der Freiheit der Religionsübungen. Die Staatsregierung sei nun aber auch verpflichtet, sofort nach Abschluß der Verhandlungen ein ähnliches Abkommen mit der evangelischen Kirche abzuschließen.

Das sagte der Minister.

Während die 49 **Kommunisten** wiederholt, aber vergeblich beantragt hatten, daß der preußischen Regierung der Abschluß eines Konkordates untersagt werde, stimmten die 140 **Sozialdemokraten** dem Verträge zu und nannten ihn ein Dokument der Geistesfreiheit! Die 40 Abgeordneten der **Deutschen Volkspartei** lehnten das Konkordat aus sachlichen Gründen ab; es binde den Staat, Artikel 1 könne auch auf die Schule ausgedehnt werden, im übrigen seien die Bestimmungen über die Theologieprofessoren unannehmbar. Die 22 **Staatspartei**er und 19 **Wirtschaftspartei**er forderten unverzüglich Verhandlungen mit der evangelischen Kirche: Landtag und Regierung hätten die Pflicht, die Parität beider Kirchen auf das genaueste zu wahren.

Die **Deutschnationalen** lehnten das Konkordat ab, weil die Staatsregierung ein gleichzeitiges Zustandekommen von Verträgen mit der evangelischen Kirche verhindert habe. Gemeinsam mit der Volkspartei beantragten sie, daß das Konkordat gleichzeitig mit dem Staatsvertrag der evangelischen Kirche in Kraft treten solle. Außerdem verlangten die Deutschnationalen, daß in das Konkordat eine ausdrückliche Erklärung aufgenommen werde, Artikel 1 dürfe nicht auf die Schule angewendet werden. **Die Rechte einschließlich der Nationalsozialisten** standen dem Konkordat ablehnend gegenüber; mit den Kommunisten verfügten sie aber nur über nicht ganz 150 Stimmen, wogegen die Parteien, die das Konkordat unterstützten, fast die doppelte Anzahl Stimmen aufbrachten.

Mitte August wurde der Vertrag ratifiziert.

Die Haltung der deutschnationalen Landtagsfraktion beschwor einen Konflikt in der Partei herauf. Der Vorsitzende des Deutschnationalen Katholikenausschusses Freiherr von Landsberg-Steinfurt legte sein Amt nieder und schied aus dem Ausschuß aus. Acht weitere Mitglieder des Ausschusses traten ebenfalls aus, unter ihnen Lejeune, Wallraf, Freiherr von Schönberg. Hugenberg rechtfertigte die Haltung der Partei, indem er auf die unparitätische und einseitig parteimäßige Behandlung der Konkordatsfrage hinwies. Die Partei müsse auf der paritätischen Behandlung beider Konfessionen, auch bei der Konkordatsgesetzgebung, bestehen. -

Fast zwei Jahre dauerte es, bis der Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche zustande kam.

Am 11. Mai 1931 wurde er unterzeichnet. Sein Inhalt ist folgender: Der preußische Staat wird der Freiheit, den evangelischen Glauben zu bekennen und auszuüben, den gesetzlichen Schutz gewähren. Kirchliche Gesetze und Notverordnungen über die vermögensrechtliche Vertretung der Kirche müssen dem Volksbildungsminister vorgelegt werden. Dieser kann Einspruch erheben, sofern eine ordnungsmäßige Geschäftsführung nicht gewährleistet ist. Doch dürfen kirchliche Ämter frei errichtet und umgewandelt werden, falls Aufwendungen aus Staatsmitteln nicht beansprucht werden. Die Dotation der Kirchen für kirchenregimentliche Zwecke sollen künftig im Jahre 4,95 Millionen Mark betragen. Das Eigentum der Kirche wird gewährleistet. Zum Vorsitzenden einer Behörde der Kirchenleitung oder einer kirchlichen Verwaltungsbehörde wird niemand ernannt werden, von dem nicht die zuständige kirchliche Stelle durch Anfrage bei der preußischen Staatsregierung festgestellt hat, daß Bedenken politischer Art gegen ihn nicht bestehen. Die Geistlichen müssen die deutsche Reichsangehörigkeit und ein mindestens dreijähriges theologisches Studium an einer der Fakultäten Berlin, Bonn, Breslau, Göttingen, Greifswald, Halle, Kiel, Königsberg, Marburg oder Münster besitzen. Vor der Anstellung eines ordentlichen oder außerordentlichen Professors an einer evangelisch-theologischen Fakultät wird der kirchlichen Behörde Gelegenheit gegeben zu gutachtlicher Äußerung. Die Ernennung der evangelischen Universitätsprediger erfolgt durch die Staatsbehörde im Einvernehmen mit der Kirchenbehörde.

**Staatsvertrag zwischen
evangelischer Kirche
und Preußen**

Am 22. April 1931 hatte die Generalsynode mit 166 gegen 47 Stimmen den Vertrag angenommen. Präsident D. Kappler bezeichnete als den Hauptwert des Vertrages, daß das rechtliche Dasein der evangelischen Kirche als Volkskirche im Staat nun seine vertragliche Sicherung erhalte. Angesichts des immer rücksichtsloser werdenden Ansturms der Gottlosigkeit sei dies ein bedeutsames Moment

der Stärkung, und die Erkenntnis dieses Momentes bestimmte die Mehrheit des Kirchenparlamentes, den Vertrag anzunehmen, obwohl er die auf ihn gesetzten Erwartungen nicht voll erfüllte. Dafür aber mußte die Kirche ein großes Opfer in Kauf nehmen: Die sogenannte politische Klausel, das Einspruchsrecht des Staates bei der Besetzung hoher Ämter. Die Kirche wies darauf hin, daß ein solches Einspruchsrecht der katholischen Kirche gegenüber nötig sei, um zu verhindern, daß Ausländer in die hohen Stellen eingesetzt würden. Bei dem rein innerdeutschen Charakter der evangelischen Kirche sei dies aber nicht nötig. Um etwaigen parteipolitischen Mißbrauch dieses Einspruchsrechtes auszuschalten, schlug die Kirche die Bestellung eines obligatorischen Schiedsgerichts vor. Das aber lehnte die Staatsregierung ab. Trotz schwerster Bedenken gegen die politische Klausel und ihren Mißbrauch stimmte die Mehrheit der Synode schließlich der Forderung des Staates zu. Minister Grimme, ein religiöser Sozialist, erklärte nachträglich im Landtag, die politische Klausel sei "ein Politikum ersten Ranges".

Der Unterschied zwischen dem Konkordat und dem evangelischen Kirchenvertrag bestand darin, daß der katholischen Kirche ihre Selbständigkeit und Souveränität neben dem Staate gesichert war, daß aber die evangelische Kirche dem Staat unterworfen wurde. Die Freiheit und das "Gottesrecht" der katholischen Kirche war vom Staate anerkannt worden, während die Kirche Luthers als eine Organisation minderen Rechtes behandelt worden war. Das war das kulturelle Ergebnis des Regierungsbündnisses zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Das eine arbeitete für die katholische, die andere gegen die evangelische Kirche! -

***Streit zwischen
evangelischer Kirche und
Volksbildungsministerium
wegen Einsichtnahme
in Religionsunterricht***

Als im Herbst 1929 der religiöse Sozialist Grimme Volksbildungsminister in Preußen geworden war, war das **Verhältnis zwischen Staat und Kirche** ein gespanntes geworden. Dies offenbarte sich in der Hauptsache in drei Punkten: **in der Frage der pädagogischen Akademie, in der Frage der Parität der Schulbeamten und in der Frage der Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht.** Es war gewissermaßen eine ganz neuartige Idee Grimmes, daß er 1930 unter den zwei geplanten pädagogischen Akademien auch eine weltliche errichten wollte. Damals hatte Preußen 15 Akademien, 12 evangelische, zwei katholische in Beuthen und Bonn und eine simultane in Frankfurt a. M., die bereits 1926 als vierte überhaupt erst bestehende Akademie auf Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten errichtet wurde. Grimme wollte jetzt aber noch eine katholische in Spandau und eine weltliche in Köpenik gründen. Den Widerspruch der evangelischen Kirche gegen diesen Plan entkräftete er im November 1930 mit der Behauptung, es vertrage sich nicht mit der Parität, wenn man sich gegen die Errichtung einer Akademie wende, die weder evangelischen noch katholischen Charakter trage; der Staat habe die Pflicht zur Toleranz und Objektivität. Infolge Geldmangels allerdings unterblieb die Errichtung der beiden Akademien.

Nun kam im Herbst 1931 die große Einschränkungs- und Sparaktion der Preußenregierung. Auch Minister Grimme mußte den Haushalt seines Ressorts stark kürzen. Lehrer wurden abgebaut, pädagogische Akademien wurden geschlossen. Die Maßnahmen weckten den Widerspruch des Kirchensenates, der bei dem Vorgehen der Regierung die notwendige Parität vermißte, um so mehr, als in der Volksschulabteilung des Ministeriums der evangelische Volksteil keineswegs paritätisch, das heißt seinem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Staates entsprechend vertreten war. Die evangelische Kirche klagte darüber, daß ein unverhältnismäßig hoher Anteil des Abbaus auf die evangelischen Kreise abgewälzt würde: es würden im Verhältnis mehr evangelische als katholische und weltliche Lehrer abgebaut.

Ganz offensichtlich zeigte sich diese Behandlungsart bei der Verringerung der pädagogischen Akademien. Es gab deren 15, davon waren zwei katholisch, eine simultan, 12 evangelisch. Der Minister verfügte die Schließung von 9 Akademien, und zwar lauter evangelischen. Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, D. Kappler, begab sich Ende Dezember 1931 selbst zum Minister Grimme und machte ihn auf die offensichtliche Ungerechtigkeit aufmerksam, die in dieser Maßnahme gegen den evangelischen Volksteil lag. Waren für die Katholiken zwei pädagogische Akademien da,

Ganz offensichtlich zeigte sich diese Behandlungsart bei der Verringerung der pädagogischen Akademien. Es gab deren 15, davon waren zwei katholisch, eine simultan, 12 evangelisch. Der Minister verfügte die Schließung von 9 Akademien, und zwar lauter evangelischen. Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, D. Kappler, begab sich Ende Dezember 1931 selbst zum Minister Grimme und machte ihn auf die offensichtliche Ungerechtigkeit aufmerksam, die in dieser Maßnahme gegen den evangelischen Volksteil lag. Waren für die Katholiken zwei pädagogische Akademien da,

dann konnten die Evangelischen deren vier beanspruchen, das war paritätisch.

Dann gab es neue Reibungsflächen wegen der **Einsichtnahme in den Religionsunterricht**. Der evangelische Oberkirchenrat hatte bereits mit Minister Becker, dem Vorgänger Grimmes, über die Neuregelung der kirchlichen Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht verhandelt und vorgeschlagen, daß nicht mehr die Geistlichen wie bisher, sondern die evangelischen Schulräte mit dieser Einsicht betraut werden sollen. Becker fand diesen Vorschlag außerordentlich glücklich. Im November 1930 nahm der evangelische Oberkirchenrat zum erstenmal in dieser Frage Fühlung mit Minister Grimme. Immer wieder hatte der Minister Verhandlungen über die zu ergreifenden Maßnahmen zugesagt, doch immer wieder hatte er sie verschleppt, zum steigenden Mißfallen der Kirchenbehörde.

Sturz Grimmes und seine Folgen

Zu einem ernstem Konflikt kam es in dieser Frage Ende Februar 1932. Der Minister hatte endlich eine Besprechung mit der Kirchenbehörde über die Einsichtnahme in den Religionsunterricht angesetzt, nachdem die Sache seit November 1930 hingezögert worden war. Im letzten Augenblick verschob Grimme die Besprechung auf unbestimmte Zeit, da noch einige grundsätzliche Fragen geklärt werden mußten. Der Oberkirchenrat war über dieses neue Verschleppungsmanöver außerordentlich verstimmt und schrieb dem Minister, daß dieses Vorgehen "eine schwere Brückierung der größten deutschen evangelischen Kirchen und ihrer obersten Kirchenbehörde" darstelle. Die Kirchenbehörde behalte sich von, nun alle ihr durch diese Vertagung aufgezwungenen Maßnahmen zu treffen.

Der Minister erwiderte darauf, für ihn bestehe gar kein Rechtszwang, sich mit der Frage der Einsichtnahme in den Religionsunterricht zu befassen, aber er sei bestrebt, eine Lösung vorzubereiten, die für Staat und Kirche in gleicher Weise tragbar sei und bei den Religionslehrern nicht den Anschein erwecke, als habe der Staat sein Aufsichtsrecht aus Artikel 144 der Reichsverfassung aufgegeben. Er müsse vor Weiterführung der Verhandlungen feststellen, daß nach seiner Ansicht ein Rechtsanspruch der Kirche auf Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht nicht bestehe. Und was tat er, um das kirchliche Recht der Einsichtnahme, das die marxistische Preußenregierung seit je bekämpft hatte, zu sabotieren? Er schickte dissidentische und katholische Schulräte in evangelische Gebiete! -

Der Kirchenrat erklärte, daß er durch die Haltung des Ministers auf das äußerste befremdet sei. Der Ernst der Lage werde dadurch nur noch erhöht. Der Rechtsanspruch der Kirche ergebe sich nicht nur aus Artikel 149 der Reichsverfassung - Übereinstimmung des Religionsunterrichtes mit den Grundsätzen der Kirche -, sondern vor allem auch aus dem Ministerialerlaß von 1876, der die Einsichtnahme in den Religionsunterricht der Kirche übertrage, während die Aufsicht den staatlichen Organen zugewiesen werde. Das preußische Volksbildungsministerium habe sich selbst in den Jahren 1925-1927 mehrfach auf diesen Erlaß berufen. Auch Minister Grimme habe sich dazu bekannt, und wenn er jetzt plötzlich die Verhandlungen absage, so lägen die Gründe dafür auf politischem Gebiet. Dem Minister erscheine jedenfalls eine Erledigung der Angelegenheit vor den Wahlen unangebracht.

Nachdem der Streit drei Wochen hin- und hergegangen war, fand am 18. März 1932 die Verhandlung zwischen Ministerium und Kirche wegen der Einsichtnahme in den Religionsunterricht statt. Sie führte im großen und ganzen zu einer Einigung der beiden Parteien. Dann wurden auch noch die Vertreter der Lehrerschaft gehört, und auch sie hatten nichts einzuwenden gegen eine Übertragung der Aufsicht des Religionsunterrichts an die evangelischen Schulräte. Damit wäre eigentlich die ganze Angelegenheit erledigt gewesen, jedoch der Minister verzögerte, ohne daß er einen Grund dafür angab, immer weiter die Durchführung der neuen Übereinkunft, aus parteipolitischen Gründen, vor allem unter dem Drucke des sozialdemokratischen Lehrerbundes, trotzdem der diesbezügliche Ministerialerlaß bereits Mitte April 1932 fertig vorlag. Grimme hat die ganze Angelegenheit überhaupt nicht mehr beendet.

Erst nachdem Reichskanzler von Papen die marxistische Preußenregierung beseitigt hatte, konnte

der stellvertretende Innenminister von Preußen, Oberbürgermeister Dr. Bracht aus Essen, den Ministerialerlaß von Mitte April veröffentlichen. Dies geschah am 2. August. Danach durften jetzt, unbeschadet der Rechte staatlicher Schulaufsicht, die evangelischen Landeskirchen Preußens in öffentlichen und privaten Volks- und Mittelschulen den Religionsunterricht besuchen lassen durch Beauftragte, in der Regel durch staatliche Schulaufsichtsbeamte (Schulräte), ausnahmsweise auch durch Leiter oder Lehrer öffentlicher Schulen, die das Vertrauen der Lehrerschaft genossen.

Damit war der jahrelange Streit zwischen Staat und Kirche auf schulpolitischen Gebieten beendet. -

Wendung der Kulturpolitik

Überhaupt trat nach den Länderwahlen vom 24. April 1932 eine Wendung des Kulturkampfes in Deutschland zugunsten der nationalen und christlichen Kultur ein. In verschiedenen Ländern machten die Nationalsozialisten Vorstöße gegen die unchristlich-marxistische Kultur. So wurde in Braunschweig durch Minister Klagges die weltliche Schule aufgehoben. In Anhalt nahm der Landtag einen nationalsozialistischen Antrag an, der sich gegen Freidenkertum und Gottlosigkeit richtete. Als Antwort darauf stürzten verrohete Gesellen die Grabkreuze auf einem Dessauer Friedhof um! Ein gleicher nationalsozialistischer Antrag im preußischen Landtag wurde nur von den Deutschnationalen unterstützt, von der Mehrheit sämtlicher anderer Parteien aber abgelehnt.

Den Wendepunkt der deutschen Kulturentwicklung bezeichnete ein Schreiben des Reichsinnenministers von Gayl über **die Erneuerung der deutschen Jugend-erziehung**, das dieser Ende Juli 1932 an die Unterrichtsminister der deutschen

Richtlinien Gayls

Länder richtete. Gayl wies zunächst darauf hin, daß die Frage des **Reichsschulgesetzes** noch nicht geklärt sei und daß er die Arbeit daran wieder aufnehmen würde. Sodann erklärte er als Richtlinien für die Erziehung den Staatsgedanken und Dienstgedanken. Die Jugend müsse zu Volk und Staat, zu Dienst, Verantwortung und Opferfähigkeit des einzelnen gegenüber dem Ganzen erzogen werden. Praktische Lebendigkeit und die Aufgaben des Staatsbürgers sollten im Mittelpunkt stehen. Die sachlichen Anforderungen sollen wieder gesteigert werden. Weichlichkeit und zu weit getriebene Rücksicht auf jede individuelle Neigung seien unangebracht gegenüber einer Jugend, die einmal vom Leben hart angepackt werde. Die schrankenlose Verhetzung der Jugend durch parteipolitische Organisationen müsse aufs schärfste verurteilt werden. Parteiische Einseitigkeiten in der Personalpolitik, parteipolitisch gefärbte Schulversuche, Einführung parteiischer Lehrbücher und viele andere Fehler hätten Eltern und Lehrer verbittert und parteipolitische Gegensätze hervorgerufen. **Die Lehrer seien Jugendzieher, Vertreter des überparteiischen Staates, und die Bildung, die sie vermitteln sollten, habe sich auf die Geschichte des deutschen Volkes und Reiches und auf das Christentum zu stützen.**

"Schulen oder Erzieher, die sich dieser deutschen Bildungsaufgabe versagen, weil sie kein Verhältnis im deutschen Volkstum haben oder unklaren Wünschen einer in ihrem deutschen Empfinden getrüben sogenannten 'modernen' Jugend nachgeben, sollten im deutschen Bildungswesen keinen Raum haben."

Das Schreiben Gayls kündete den neuen Zeitgeist an. Über das egozentrische Zerfließen der deutschen Kultur in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten, über das Chaos mit- und gegeneinander laufender Strömungen sollte jetzt wieder das Bewußtsein einer gemeinsamen großen deutschen, nationalen und christlichen Kultur als das Beherrschende gesetzt werden. Die Jugend sollte wieder erkennen, daß sie nicht durch ihre Launen herrschen darf, sondern sich dem Willen der Nation zu beugen hat.

So nur konnte für das deutsche Volk ein neues Zeitalter der Größe und des inneren und äußeren Glückes möglich werden, damit die Einheit sich machtvoll nach außen kehre, denn **das war das Ziel, die große Aufgabe, welche dem deutschen Volke gestellt wurde: äußere Freiheit durch innere Einheit!**



Schluß: Die geschichtliche Bedeutung der deutschen Entwicklung von 1929-1932.

Sommer 1929 bis Sommer 1932 - drei Jahre, vierzig Monate von schicksalsschwerer Bedeutung für das deutsche Volk! Drei Jahre, die zeigen mußten, ob die ganz neue deutsche Volksbewegung des Nationalsozialismus, die nichts zu tun haben wollte mit dem alten Parteiensystem, kraftvoll genug war, sich durchzusetzen, sich zu behaupten und die Führung des deutschen Volkes zu übernehmen. Drei Jahre, die zeigen mußten, daß die neue deutsche Volksbewegung stark genug war, sich nicht von ihren inneren und äußeren Gegnern verschlingen zu lassen, sondern diese selbst zu überwinden durch die Waffe der nationalen Wahrheit.

Wer das Schicksal des deutschen Volkes kennt, der weiß, daß es schon einmal in der deutschen Geschichte drei Jahre von schicksalsschwerer Bedeutung gab. Das waren die drei Jahre, die da erweisen mußten, ob die Tat **Luthers** wirklich die religiöse Wahrheit und die religiöse Läuterung war, als die sie ihr Verkünder hinstellte, oder ob sie von Desperados und Wirrköpfen und Gegnern erstickt werden sollte. Von der Reichsregierung geächtet, vom Papste in den Bann getan, hauste der einsame Luther in der Schutzhaft seines Kurfürsten auf der Wartburg. Und das benutzten seine Gegner, die Bilderstürmer und die Wiedertäufer, um das Werk Luthers zu verfälschen. Drei Jahre brauchte Luther, vom Frühling 1522 bis zum Frühling 1525, um seine Reformation gegen die anstürmenden feindlichen Gewalten zu sichern. Dies gelang ihm mit Hilfe der weltlichen Obrigkeit, und so verwuchs die Reformation mit dem deutschen Volke.

Wie nah verwandt sind geistig die Reformation und der Nationalsozialismus! Es war beide Male das Aufbäumen des deutschen Menschen dagegen, daß das Geld die Menschen, das Volk beherrschen sollte. Der Mißbrauch des Geldes zur Unterjochung menschlicher Freiheit und menschlicher Sittenwerte löste die Kraft aus, die sich gegen diese frevelhafte Machtgier auflehnte. **Luther erhob sich gegen den Ablaßhandel des Papstes. Hitler erhob sich gegen die von Frankreich und England geforderten Tribute, gegen die Zinsherrschaft der internationalen Finanzwelt.**

Einen ähnlich gewaltigen Existenzkampf wie Luthers Reformation zu gleichem siegreichen Ende führte die **Freiheitsbewegung des Nationalsozialismus** vom Sommer 1929 bis zum Sommer 1932. Sie hatte nicht die starke Macht der Obrigkeiten hinter sich, sondern wurde von ihnen unterdrückt, verfolgt, mit heimlichem Bürgerkrieg gequält. Aber das Volk, und vor allem seine Jugend, stand hinter der Bewegung und so blieb sie im Zeitalter des Parlamentarismus ebenso legal wie die Reformation, die sich auf Fürstenmacht stützte. Bodenlos waren der Haß und die Gemeinheit, mit denen Republikaner und Kommunisten die Freiheitsbewegung bekämpften, und die drei nach unten gerichteten weißen Pfeile im roten Feld, welche die "Eiserne Front" zu ihrem Zeichen wählte, wurden alsbald das Wappen von Meuchelmördern und Staatsverderbern.

Es ist eine alte Geschichtstatsache, daß **Bürgerkriege** heraufbeschworen werden entweder von einer ins Grab sinkenden, an ihrer Zukunft verzweifelnden Bewegung oder von einer jungen, zur Macht strebenden, aber in ihrem Fanatismus irre geleiteten Bewegung. Beide Tendenzen waren im deutschen Marxismus von 1929-1932 wirksam: die "Eiserne Front" und der kommunistische "Antifaschismus". **Eine Bewegung aber, die von der Zuversicht ihres Sieges erfüllt ist, achtet Gesetz und Sittlichkeit und wagt nicht durch Ströme von Blut ihrer Brüder, denen sie Freiheit und Staatsordnung bringen will.** So erhoben im 16. Jahrhundert die Protestanten die Waffen in der Abwehr all ihrer Gegner, die von der Reichsmacht, der katholischen Kirche bis zu den aufständischen Bauern reichten. So erhob im 20. Jahrhundert der Nationalsozialismus sich in der Notwehr gegen alle Feinde der deutschen Freiheit und Ordnung.

Die Mark- und Merksteine großer Volksbewegungen sind klar abgezeichnet, so auch in den drei Jahren 1929-1932. Der Nationalsozialismus hatte noch nicht die höchste Gewalt im Reiche erobert, und darum zeigt sich in den **äußeren Dingen** sein Einfluß noch recht schwach. Allerdings gab es auch hier schon Anzeichen für den Umschwung, hervorgerufen durch die grenzenlose Not, die infolge von Verantwortungslosigkeit und Mißwirtschaft über das deutsche Volk hereingebrochen war, befördert durch das Drängen des im Volke immer machtvoller anwachsenden Nationalsozialis-

mus. Die Tributkonferenz in Paris 1929, die erste und zweite Tributkonferenz im Haag, 1929 und 1930, der Finanzzusammenbruch Deutschlands und das Hoovermoratorium 1931 und die Tributkonferenz in Lausanne 1932, die das ganze Gebäude des Versailler Vertrages erschütterte, waren die Etappen der Entwicklung.

Deutlicher schon hob sich die **Entwicklung im Innern** ab. Die Reichstagswahl von 1928 erweckte den Anschein, als sei das demokratische System unerschütterlich. Dann kam der **erste Vorstoß** der nationalen Front, noch ohne greifbaren Erfolg: **das Volksbegehren und der Volksentscheid gegen den Youngplan**. Doch schon in engerem Kreise zeigte sich das Erstarken des Nationalsozialismus bei verschiedenen Länderwahlen. Zum erstenmal wurde in Thüringen ein Nationalsozialist deutscher Minister im Januar 1930. Acht Monate weiter, und der zweite Vorstoß, die **Reichstagswahl vom September 1930**, brachte den Nationalsozialisten ein Fünftel aller Mandate. Eine schwere Krise zog über den demokratischen Parlamentarismus herauf, und die demokratische Reichsgewalt, in den Händen eines hierarchisch gerichteten Zentrumskanzlers, in die Abwehr gedrängt, griff zur Diktatur. Eine Verschärfung der inneren Gegensätze war die Folge. Den **dritten Stoß** gegen die demokratische Gewalt führte der Stahlhelm mit seinem **Volksentscheid für Auflösung des preußischen Landtages**, der zwar auch noch nicht zum Erfolge führte, aber das bedrohliche Anwachsen der Gegner des "Systems" war nicht zu leugnen: mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten stand hinter ihnen!

Das **vierte Stadium** dieses Kampfes begann im Herbst 1931. Die Einheitsfront des Nationalsozialismus und der Deutschnationalen, die im Oktober 1931 zu Harzburg auf Hugenburgs Initiative errichtet wurde, hatte untergeordnete, vorübergehende Bedeutung. Alsbald wurde die Deutschnationale Partei durch den Nationalsozialismus überflügelt, und nun begann jenes denkwürdige Ringen, welches in der Folge alle Parteien, die Deutschnationalen eingeschlossen, gegen den Nationalsozialismus eröffneten. Die Demokratie schuf sich in der **"Eisernen Front"** eine Kampftruppe, die nach kommunistischen Prinzipien dieselbe Freiheit des Volkes heuchelte, die sie 13 Jahre zuvor als Heiligtum vergötterte.

Inzwischen wuchs die Macht des Nationalsozialismus lawinenhaft. Jede neue Wahl in deutschen Ländern brachte neue Erfolge. Das Rückgrat der Bewegung, die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln, faßten in sich etwa eine halbe Million wehrfähige deutsche Männer zusammen. Im Frühjahr 1932 zählte die Partei eine Million eingeschriebener Mitglieder. Der Reichswehrminister Groener öffnete jetzt den Nationalsozialisten die Reichswehr, während er noch zwei Jahre vorher die nationalsozialistischen Soldaten verfolgen ließ! Die Reichspräsidentenwahl im April brachte dem Führer Adolf Hitler mehr als 13 Millionen Stimmen.

Die demokratischen Gewalten im Reich und Preußen waren von Schrecken erfüllt. Da sie der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorwerfen konnten, daß sie nicht legal sei, griffen sie zu Unaufrichtigkeiten und Hinterlist. Severing, der schon im Jahre 1930 den nationalsozialistischen Minister Frick in Thüringen bespitzeln ließ, der im Herbst 1931 gegen die hessischen Nationalsozialisten die Lüge von den Boxheimer Dokumenten aufbrachte, führte im März 1932 einen brutalen Schlag gegen die S.A. und S.S. in Preußen. Der Reichsinnenminister Groener benutzte die neuen "Enthüllungen", um, unter gleichzeitiger Täuschung des Reichspräsidenten, ein Verbot der S.A. und S.S. von Rechts wegen zu erwirken. Die demokratische Gewalt zitterte vor der Wehrhaftigkeit der deutschen Freiheitsbewegung!

Und gerade diese demokratische Gewalt hatte ihre jahrelange Unfähigkeit aufs klarste erwiesen: die Zahl der Hungernden und Darbenden umfaßte jetzt ein Viertel des gesamten Volkes, die Zahl der Arbeitslosen hatte sich vom Frühjahr 1930 bis zum Frühjahr 1932 verdreifacht, sie war von 2 auf 6 Millionen gestiegen!

Da schüttelte ein Dröhnen und Beben das deutsche Volk in seinen Grundfesten, und ein neuer nationalsozialistischer Sturm erfaßte das Land. **Die Länderwahlen im Frühjahr waren ein Stoß von noch nie geahnter und erlebter Wucht gegen das vergreiste demokratisch-marxistische**

System. Vor dem siegreichen Nationalsozialismus breitete sich ein Trümmerfeld der alten zerschlagenen Parteien, aus dem nur Zentrum und Sozialdemokratie als festere, kompaktere Säulen herausragten. Diese beiden Parteien erhielten zusammen soviel Stimmen, wie der Nationalsozialismus allein! Die Koalitionsregierung Preußens, die sich noch ganz sicher fühlte, schwankte und wurde von der Höhe ihrer Macht gezogen: der neue Landtag wuchs als ein drohender Rächer vor ihr auf. In Oldenburg und Mecklenburg wurden sogar nationalsozialistische Mehrheiten erreicht!

Jetzt war die Zeit erfüllt. Der Machtgedanke der liberalistisch-zentriert-marxistischen Koalition vom 19. Juli 1917, vom 3. Oktober 1918 und vom 11. August 1919 sank in sich zusammen, verblaßte zu einem Schemen. Brüning, der demokratische Diktator, das letzte Verteidigungsbollwerk des demokratischen Systems im Reiche, stürzte, eine Regierung der "nationalen Konzentration", an der die Nationalsozialisten noch keinen Anteil hatten, folgte.

Der Damm war gebrochen: der Nationalsozialismus hatte zum ersten Male den alten Staat besiegt! Die politischen Ordnungen der demokratischen Diktatur wurden weggewischt, der Reichstag wurde aufgelöst, die S.A. und S.S. wurden wieder hergestellt! Der Rundfunk, den die Demokraten bisher als ihr Heiligtum geschützt hatten, wurde den Nationalsozialisten freigegeben.

Nun hub allerdings eine Zeit an, in der alle Schleusen schrankenlosen Hasses und blutgieriger Vernichtungswut geöffnet waren. Der Bürgerkrieg der Marxisten, der Eisernen Front und der Kommunisten raste durchs Land und viele unschuldige Märtyrer vergossen Blut und Leben für den Nationalsozialismus, tausende trugen Wunden davon aus unwürdigem, meuchlerischem Kampfe. Und **Severing**, dem von Staats wegen der Schutz der Preußen zur Pflicht gemacht war, **höhnte der Reichsgewalt und freute sich der Opfer des teuflischen Totentanzes**, ja, er bekannte sich offen zu den Marxisten, die diesen Bürgerkrieg heraufgeführt hatten, und feuerte sie noch an! - bis die Reichsregierung ihn und seine Helfershelfer beseitigte.

Zwischen den Länderwahlen vom 24. April 1932 und der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 war der Uhrzeiger der deutschen Republik um ein gewaltiges Stück vorwärts gerückt: Er hatte die Linie Hindenburg - Brüning - Groener - Severing verlassen und hatte die Linie Hindenburg - Papen - Schleicher - Hitler erreicht. Deutschland war entschlossen, den Kampf um die nationale Macht zu führen, sich zu befreien von dem französischen Gift, das ihm eingeflößt war 1919 politisch durch den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 und geistig durch die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919. Das deutsche Volk war entschlossen, sich frei zu machen von der demokratischen Sklaverei im Innern, zu der sich kaum mehr als ein Drittel noch bekannten, und von der helotischen Sklaverei vor den andern Völkern. In den inneren Dingen sollte wieder die sittliche Macht des Menschen über die materialistische Herrsch- und Habgier erhöht werden, und draußen in der Welt sollte das deutsche Volk dastehen als gleichberechtigt, frei von der Sklavenfron der Tribute, wehrhaft und arbeitsam wie die andern. Die treibende Kraft auf dem Wege zu diesem Ziel aber war der Nationalsozialismus.

So hatten sich die Dinge im Sommer 1932 zugespitzt: ein großes und mächtiges Volk zerfleischte sich im Kampfe für oder gegen den Nationalsozialismus, **im Kampfe für oder gegen Deutschlands Befreiung; um dies allein ging es nur noch: für oder gegen den Nationalsozialismus.** Und ein Wort Gustav Adolfs, des Schwedenkönigs, erhielt einen neuen Inhalt für jeden einzelnen Deutschen: "Was ist das für ein Ding, Neutralität? Ich verstehe es nicht. Freund oder Feind - *tertium non dabitur* - ein Drittes gibt es nicht!"





Aus unserem Versandbuchhandel:

Das Versailler Diktat.
Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,
Gegenvorschläge der deutschen Regierung



Mehr aus unserem Archiv:

Der Abgrund von Versailles



Die Schandverträge



Das Ultimatum der Entente
Vollständiger Text der Mantelnote
und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge
Amtlicher Wortlaut



Was Deutschland gezahlt hat
Die bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles



Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?



Zehn Jahre Versailles

